

Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1991 bis 2007.

**Eine Analyse unter besonderer Berücksichtigung
der Kleinstaatentheorie**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Katholischen Universität Eichstätt - Ingolstadt

vorgelegt von
Marina Tsoi
aus: Bischkek, Kirgisistan

2010

Referent: Prof. Dr. Klaus Schubert (Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt)
Korreferent: Prof. Dr. Leonid Luks (Katholische Universität Eichstätt - Ingolstadt)

Tag der letzten mündlichen Prüfung: 23. Oktober 2008

Meinem Großvater in Liebe und Dankbarkeit

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich die Möglichkeit ergreifen, allen, die mich im Laufe der Zeit, in der diese Arbeit entstanden ist, begleitet und unterstützt haben, herzlichst zu danken. Als erstes gebührt natürlich mein aufrichtigster Dank meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Klaus Schubert, der die konstruktive Anregung zu dem Thema der Dissertation gab und die Fertigstellung der Arbeit in vielfältiger Weise gefördert hat. Bedanken möchte ich mich auch bei Herrn Prof. Dr. Leonid Luks für seine freundliche Bereitschaft zur Erstellung des Zweitgutachtens.

Des Weiteren gilt mein Dank dem Referat Weltkirche, das durch das großzügige Promotionsstipendium das Entstehen der vorliegenden Arbeit ermöglichte. Persönlich möchte ich dem bischöflichen Beauftragten für die Angelegenheiten der Weltkirche im Bistum Eichstätt, dem Domkapitular Prof. Dr. Bernhard Mayer, für seine freundliche Unterstützung und Zuspruch während meines Studiums herzlich danken.

Ich danke auch meinen Freunden, die durch ihre Ermunterungen zur Fertigstellung der Arbeit beigetragen haben. An erster Stelle bedanke ich mich bei Daria Isachenko, die immer für mich da war und mir sowohl Rückhalt, als auch Ideen in den vielen anregenden Gesprächen über meine Promotion gab. Mein ganz besonderer Dank gilt Norbert Eszlinger, Madina Schuembajewa, Ewa Gabrys und Frau Waitzinger für ihre wertvolle Hilfe bei der Korrektur.

Nicht zuletzt gilt mein ganz besonderer Dank meinen Eltern, German Tsoi und Lydia Tschagai, und meinem Großvater, Jun-do Tschagai, dem ich diese Arbeit widme. Ihre uneingeschränkte Förderung meiner Ausbildung und ihre liebevolle Unterstützung hat die Anfertigung der vorliegenden Arbeit erst ermöglicht.

Eichstätt, den 15. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Fragestellung und Relevanz des Themas	1
1.2 Theorieansatz	3
1.3 Bisheriger Forschungsstand	4
1.4 Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit	5
1.5 Quellenlage	8
2. Außenpolitische Optionen kleiner, schwacher Staaten – eine theoretische Grundlegung (unter Einbezug der Kleinstaatentheorie)	11
2.1 Begriffsbestimmung	11
2.1.1 Kleinstaat	12
2.1.2 Schwache Staaten	15
2.1.3 Kirgisistan – ein kleiner und schwacher Staat?	18
2.2 Grundlagen der Kleinstaatentheorie	20
2.2.1 Grundannahme der Kleinstaatentheorie	20
2.2.2 Außenpolitische Optionen für Kleinstaat	22
2.2.2.1 Neutralitätspolitik	22
2.2.2.2 Die Politik der Allianzen	24
2.2.2.3 Aktive Außenpolitik	27
2.2.2.4 „Defensive Acquiescence“ und Adoption	29
2.3 Möglichkeiten und Grenzen kleinstaatlicher Außenpolitik	31
3. Historische Grundlagen, politische und institutionelle Rahmenbedingungen einer eigenständigen Außenpolitik der unabhängig gewordenen Kirgisischen Republik	34
3.1 Der geschichtliche Überblick bis zur Auflösung der Sowjetunion	34
3.1.1 Die Geschichte Kirgisistans vor 1917: Wechselnde Fremdherrschaften	34
3.1.2 Die Geschichte Kirgisistans innerhalb der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken	38
3.1.2.1 Die innenpolitische Entwicklung der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik	39
3.1.2.2 Kirgisische SSR in der internationalen Politik	43
3.1.3 Perestroika und die Gewinnung der Unabhängigkeit	45
3.2 Politische, ökonomische und gesellschaftliche Realitäten und Entwicklungen der jungen Kirgisischen Republik als Bedingungsfaktoren ihrer Außenpolitik	46

3.2.1 Die politische Transformation.	
Der Aufbau eines demokratischen politischen Systems.....	47
3.2.2 Die wirtschaftliche Transformation.....	56
3.2.3 Die gesellschaftliche Transformation.....	62
3.3 Der institutionelle Rahmen der kirgisischen Außenpolitik.....	67
3.3.1 Der kirgisische Präsident in der Außenpolitik.....	67
3.3.1.1 Der Präsident.....	68
3.3.1.2 Die Administration des Präsidenten.....	70
3.3.1.3 Der Sicherheitsrat.....	71
3.3.1.4 Das Internationale Institut für Strategische Studien.....	71
3.3.2 Die Rolle der kirgisischen Regierung in der Formulierung und Realisierung der Außenpolitik.....	72
3.3.2.1 Der Ministerpräsident.....	73
3.3.2.2 Das Außenministerium.....	73
3.3.2.3 Der Außenminister.....	76
3.3.2.4 Botschaften und Konsulate.....	77
3.3.2.5 Das Finanzministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel.....	78
3.3.2.6 Die Armee und das Verteidigungsministerium.....	79
3.3.3 Das kirgisische Parlament als außenpolitischer Akteur.....	83
4. Entwicklungen des welt- und regionalpolitischen Kontexts	
der Kirgisischen Republik als allgemeiner politischer Handlungsrahmen	
der kirgisischen Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes.....	86
4.1 Die Russische Föderation als Akteur mit speziellen Interessen und Erwartungen, Anforderungen und Einflussmöglichkeiten an die (GUS-)Republik Kirgisistan.....	87
4.2 Die ebenfalls neu gegründeten zentralasiatischen Staaten als Akteure mit völlig neuartigen Kooperations- und Konfliktpotenzialen in Bezug auf ihre Nachbar-Republik Kirgisistan.....	103
4.2.1 Republik Kasachstan.....	103
4.2.2 Republik Usbekistan.....	106
4.2.3 Republik Tadschikistan.....	109
4.2.4 Republik Turkmenistan.....	111
4.3 Weitere Akteure in Eurasien mit kulturell, ökonomisch oder sicherheitspolitisch ausgerichteten Politikstrategien in Bezug auf die Kirgisische Republik.....	112

4.3.1 Republik Türkei.....	112
4.3.2 Islamische Republik Iran.....	118
4.3.3 Königreich Saudi-Arabien.....	120
4.3.4 Islamische Republik Pakistan.....	120
4.3.5 Republik Indien.....	123
4.3.6 Die Volksrepublik China.....	124
4.4 Kirgisistan als entdeckte bzw. neu zugänglich gewordene Interessensphäre relevanter Schwergewichte der Weltwirtschaft und geopolitisch ehrgeiziger Global Players.....	129
4.4.1 Japan, Republik Korea (Südkorea) und Südostasien.....	129
4.4.2 Die Europäische Union.....	133
4.4.3 Bundesrepublik Deutschland.....	136
4.4.4 Schweizerische Eidgenossenschaft.....	139
4.4.5 Kanada.....	141
4.4.6 Die Vereinigten Staaten von Amerika.....	141
5. Grundlagen und Optionen der kirgisischen Außenpolitik.....	149
5.1 Souveränität als Grundlage der Außenpolitik.....	149
5.2 Konzeptionelle Grundlagen der kirgisischen Außenpolitik.....	151
5.2.1 Die Doktrin der „Diplomatie der Seidenstraße“ von 1998.....	151
5.2.2 Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1999....	155
5.2.3 Die Konzeption der nationalen Sicherheit von 2001.....	160
5.2.4 Die sieben modernen Gebote der Außenpolitik Kirgisistans.....	161
5.2.5 Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 2007...	162
5.3 Mögliche Optionen der kirgisischen Außenpolitik.....	168
6. Rekapitulation der wichtigsten Entscheidungen und Aktivitäten der kirgisischen Außenpolitik in Bezug auf die von außen an die Kirgisische Republik herangetragenen Erwartungen und Anforderungen und unter Berücksichtigung der aus dem Inneren der kirgisischen Gesellschaft jeweils geltend gemachten Interessen.....	172
6.1 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik in Bezug auf die neuen Realitäten in Weltwirtschaft und Weltpolitik – unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den entwickelten Ländern.....	172
6.1.1 Japan, Südostasien und Republik Korea (Südkorea).....	172
6.1.2 Die Europapolitik der kirgisischen Regierung.....	178
6.1.3 Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.....	181

6.1.4 Die Entwicklung der Beziehungen zur Schweiz.....	184
6.1.5 Kanada in der Außenpolitik Kirgisistans.....	184
6.1.6 Kirgisistans Beziehungen zu den USA.....	185
6.1.6.1 Die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen vor dem 11. September 2001.....	185
6.1.6.2 Die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September 2001.....	190
6.1.7 Chancen im multilateralen Rahmen. Kirgisistan in den Vereinten Nationen, in der Welthandelsorganisation, Kooperation mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mit der NATO und mit internationalen Finanzorganisationen.....	197
6.1.7.1 Kirgisistan in der UNO.....	198
6.1.7.2 Kirgisistan in der WTO.....	200
6.1.7.3 Kirgisistan und die NATO.....	203
6.1.7.4 Kirgisistan und die OSZE.....	205
6.1.7.5 Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen...	207
6.2 Der eurasische Raum in der Außenpolitik der Kirgisischen Republik.....	210
6.2.1 Die Türkei und der Iran in der Außenpolitik der Kirgisischen Republik...	210
6.2.2 Beziehungen zu Saudi-Arabien.....	216
6.2.3 Pakistan und Indien.....	216
6.2.4 Die Volksrepublik China	220
6.2.5 Chancen im multilateralen Rahmen: die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), Conference on Interaction and Confidence- building Measures in Asia (CICA), die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die Asiatische Bank für Entwicklung und die Islamische Bank für Entwicklung.....	228
6.2.5.1 Economic Cooperation Organization.....	228
6.2.5.2 Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia.....	230
6.2.5.3 Organization of Islamic Conference	233
6.2.5.4 Die Asiatischen Finanzorganisationen.....	234
6.3 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik gegenüber ihren Nachbarn in Zentralasien.....	235
6.3.1 Kasachstan.....	236
6.3.2 Usbekistan.....	240

6.3.3 Tadschikistan.....	246
6.3.4 Turkmenistan.....	249
6.3.5 Chancen im multilateralen Rahmen: zentralasiatische Kooperation....	250
6.4 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik gegenüber der Russischen Föderation.....	253
6.4.1 Die kirgisisch-russische politischen Beziehungen.....	254
6.4.2 Die kirgisisch-russische sicherheitspolitische und militärische Kooperation.....	259
6.4.3 Die kirgisisch-russische Wirtschaftsbeziehungen.....	263
6.4.4 Die kulturell-humanitäre Zusammenarbeit.....	265
6.4.5 Chancen im multilateralen Rahmen: Organisationen im Rahmen der GUS und die SCO.....	267
6.4.5.1 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).....	267
6.4.5.2 Collective Security Treaty Organization (CSTO).....	270
6.4.5.3 Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC).....	274
6.4.5.4 Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)...	277
7. Schlussbetrachtung und Perspektiven der Außenpolitik Kirgisistans.....	281
Literaturverzeichnis.....	293

1. Einleitung

1.1 Fragestellung und Relevanz des Themas

Am 31. August 1991 erklärte die Kirgisische Republik ihre Unabhängigkeit und fast 130 Jahre unter russischer Kolonial- und Sowjetherrschaft gingen zu Ende. In der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts schloss Kirgisistan sich dem russischen Zarenimperium an. Der Versuch, bereits 1916 durch einen Aufstand die Unabhängigkeit des kirgisischen Staates zu erreichen, scheiterte an der Gewalt des Russischen Reiches. Die Bemühungen, sich von der russischen Herrschaft während und nach der Oktoberrevolution 1917 zu befreien, schlugen ebenfalls fehl. Seit 1936 war Kirgisistan eine sozialistische Sowjetrepublik, für die die Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 eine neue Chance zur Unabhängigkeit bot (siehe dazu: Haghayeghi 1995; Hunter/Broxup 1996; Kubicek 1997a).

Als Kirgisistan in die Unabhängigkeit entlassen wurde, sollte sich der neue Staat in die Weltgemeinschaft integrieren. Dieses Ziel war nur durch die Gestaltung und Umsetzung einer offenen und aktiven Außenpolitik zu erreichen. Gleichzeitig sah die Kirgisische Republik in der außenpolitischen Tätigkeit des Staates eine Chance für die Festigung der nationalen Souveränität, die für die Wahrnehmung von innenpolitischen Belangen, in erster Linie die Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformen, benutzt werden könnte. Somit gewann die Herausbildung einer den Interessen Kirgisistans entsprechenden Außenpolitik für dieses zentralasiatische Land eine außerordentliche Bedeutung.

Der Aufbau einer eigenständigen Außenpolitik war zugleich ein Teil des Staatsbildungsprozesses, in dessen Verlauf die neuen staatlichen Strukturen gebildet werden sollten. Der größte Teil der neu gegründeten Organisationen stand im direkten Zusammenhang mit der außenpolitischen Tätigkeit des Landes: das Außenministerium, das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Außenhandel, das Verteidigungsministerium, das Staatliche Nationale Sicherheitskomitee, das Staatliche Zollkomitee usw. Funktionsfähigkeit dieser neuen Strukturen war aber nicht der wichtigste Faktor für den Erfolg der außenpolitischen Tätigkeit. Der Inhalt des Transformations- und Demokratisierungsprozesses im Lande spielte dabei eine größere Rolle. Der politischen Führung in Bischkek war es klar, dass ihr Land sich

nur dann in die Weltgemeinschaft integrieren kann, wenn es den modernen Begriffen eines demokratischen Staates und eines marktwirtschaftlichen Systems entspricht. Gleichzeitig war die Integration in die Weltgemeinschaft für Kirgisistan von großer Bedeutung, um das Land zu modernisieren. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wurde Anfang der 1990-er Jahre in der offiziellen kirgisischen Innenpolitik den Werten der Demokratie, der Sicherung der Menschenrechte und -freiheiten und der Schaffung einer freien Marktwirtschaft die höchste Priorität eingeräumt. Dennoch war und ist die politische Transformation der Kirgisischen Republik zu einem demokratischen Rechtsstaat durch viele Probleme gekennzeichnet. Kirgisistan befindet sich heute, also sechzehn Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit, immer noch im Aufbauprozess seiner Staatlichkeit und seiner nationaler/staatlicher Identität, und ein Abschluss dieses Prozesses ist noch lange nicht in Sicht. Sechzehn Jahre sind aber Zeit genug, um auf dem 1991 eingeschlagenen Weg eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit einer Reihe von Problematiken auseinander, jedoch wird hier besonderer Wert auf die Beantwortung folgender Fragestellungen gelegt: Welche Außenpolitik hat Kirgisistan seit der Gewinnung seiner Unabhängigkeit verfolgt? Auf der Grundlage welcher Prinzipien wird diese Außenpolitik formuliert? Welche Ziele und Prioritäten wurden festgesetzt? Welche Mittel und Instrumente hat bzw. benötigt eine solche Außenpolitik, um ihre Aufgaben zu erfüllen? Wie gestalten sich die Beziehungen zu den Nachbarländern, zu den regionalen und globalen Mächten? Welche Faktoren beeinflussten den Aufbau der zwischenstaatlichen Beziehungen? Mit welchem Erfolg versucht Kirgisistan seine außenpolitischen Ziele zu verfolgen und sie umzusetzen? Welche Handlungsspielräume hat die Kirgisische Republik in ihrer Außenpolitik? Und schließlich: Inwieweit kann Kirgisistan durch eine umfassende Außenpolitik seine Unabhängigkeit stärken bzw. sichern?

Gegenstand dieser Arbeit ist also die Analyse und theoriegeleitete Erklärung der Außenpolitik der Kirgisischen Republik nach der Erlangung der Unabhängigkeit. Der Untersuchungszeitraum setzt mit der Unabhängigkeitserklärung Kirgisistans im August 1991 ein. Die Erlangung der Unabhängigkeit ist eine Voraussetzung dafür, dass Kirgisistan seine Rolle gegenüber den zentralasiatischen Nachbarn, Russland,

China, den USA, Europa und Asien überhaupt erst definieren konnte. Es werden Entwicklungen bis einschließlich Ende 2007 berücksichtigt.

Da seit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 der in der Nachbarschaft von Afghanistan befindlichen zentralasiatischen Region als Partner der von Amerika geführten „*Antiterror-Koalition*“ eine besondere Bedeutung zukommt, erhält der Untersuchungsgegenstand aktuelle Bedeutung. Stabilität Zentralasiens liegt nunmehr nicht nur im Interesse der Länder selbst, sondern als eine Art „*Pufferzone*“ gegenüber den von Afghanistan ausgehenden sicherheitspolitischen Bedrohungen, auch im Interesse der benachbarten Großmächte Russland und China, sowie der USA und Europas.

Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, Informationen über die kirgisische Außenpolitik zu vermitteln, die zur Orientierung eines Publikums, das sich für Kirgisistan und zentralasiatische Region interessiert, besonders auch Studierender, beitragen sollen. Damit füllt sie eine Lücke, gibt es doch in deutscher Sprache bisher keine neuere Überblicksdarstellung zu diesem Thema.

1.2 Theorieansatz

Um die Außenpolitik der Kirgisischen Republik zu analysieren und die Fragen, mit denen sich die vorliegende Arbeit auseinandersetzt (siehe Kapitel 1.1) beantworten zu können, musste ein theoretischer Ansatz der internationalen Politikforschung gewählt werden. Bei der Wahl des Theorieansatzes für die Analyse der kirgisischen Außenpolitik, müssen allerdings die Besonderheiten der Kirgisischen Republik berücksichtigt werden. Erstens ist dieses zentralasiatische Land ein kleiner Staat. Zweitens ist Kirgisistan außenpolitisch durch seine geographische Nähe zu Russland und China geprägt. Die außenpolitische Ausgangslage der Kirgisischen Republik ist also im Wesentlichen durch seine geringe Größe und die Nachbarschaft zu Großmächten gekennzeichnet. Daher ist die Theorie der Kleinstaaten für Kirgisistan ein geeigneter Erklärungsansatz. Die Grundannahme der Kleinstaatentheorie lautet, dass Kleinstaaten bedingt durch ihre Ressourcenknappheit eine spezifische Außenpolitik verfolgen und ein höheres Maß an externen Verflechtungen aufweisen. Das bringt sie gegenüber Großmächten in eine schwächere Position und beschränkt ihre Möglichkeiten, Einfluss auf das internationale Geschehen zu nehmen.

Ausgehend von dieser Grundannahme wird zur Analyse des kirgisischen Agierens im internationalen System folgende Arbeitshypothese herangezogen: Der Kleinstaat Kirgisistan ist durch Anwendung bestimmter Strategien in der Lage, sein strukturelles Defizit bis zu einem gewissen Maße zu kompensieren und auf internationaler Ebene seinen Einfluss auszubauen. Grenzen und Möglichkeiten in der Festlegung seiner Rolle in der Weltgemeinschaft sind dabei in erster Linie, durch externe Faktoren bedingt. Um dies zu überprüfen, wird die kirgisische Außenpolitik seit 1991 gegenüber seinen zentralasiatischen Nachbarn, den wichtigsten regionalen und außerregionalen Akteuren, zu denen diversifizierte Außenbeziehungen aufrechterhalten werden, analysiert.

1.3 Bisheriger Forschungsstand

Erst der Aufbau von ersten Lehrstühlen für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an den kirgisischen Forschungsinstitutionen und Universitäten (z.B. an der Kirgisischen Staatlichen Pädagogischen Universität) nach der Eigenstaatlichkeit des Landes hat die Forschung über die kirgisische Außenpolitik in Kirgisistan ermöglicht. Zu Sowjetzeiten war die Politikwissenschaft als „*kapitalistische*“ Fachrichtung an keiner Hochschule in Kirgisistan vertreten. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen wurde in Kirgisistan als selbständiges Fachgebiet wahrgenommen, an dem man ein explosionsartiges Interesse hatte. Erklären lässt sich diese Tatsache damit, dass der junge unabhängige Staat das professionell ausgebildete wissenschaftliche und diplomatische Personal für die neuen außenpolitischen Strukturen dringend brauchte. Zu diesem Zweck wurde in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek an der Internationalen Universität Kirgisistans, der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität und an der Amerikanischen Universität in Kirgisistan ein Fachbereich für Internationale Beziehungen aufgebaut.

Das immense Interesse an der Lehre von den Internationalen Beziehungen führte aber nicht zu einer qualitativen Verbesserung des Forschungsstandes der Außenpolitik. Die wissenschaftlichen Studien zur kirgisischen Außenpolitik beschäftigen sich mit den bilateralen Beziehungen Kirgisistans und tragen vielmehr einen deskriptiven Charakter. Die beiden einzigen, der Verfasserin bekannten umfassenden Werke, die sich mit dem Themenkomplex auseinander setzen, sind das Buch von Toktomushev K. A. vom Jahr 2001 „*Vneshnjaja politika nezavisimogo*

Kyrgyzstana“ („Die Außenpolitik des unabhängigen Kirgisistans“) und von Omarov N. M. „*Mezhdunarodnye otnoshenija v epohu globalnogo razvitija*“ („Internationale Beziehungen in der Epoche der globalen Entwicklung“) (2003).

In Deutschland werden nur Teilaspekte der Außenpolitik Kirgistans untersucht, z. B. in Bezug auf regionale Sicherheit in Zentralasien¹, bisher ist aber keine umfassende Analyse zur kirgisischen Außenpolitik entstanden. Die vorliegende Arbeit versucht diese Forschungslücke zu schließen.

1.4 Struktur und Konzeption der Forschungsarbeit

Die vorliegende Arbeit setzt sich nachfolgend dieser **Einleitung** aus sechs Kapiteln zusammen. Im theoretischen Teil, d. h. in **Kapitel 2**, wird die Kleinstaatentheorie dargestellt, anhand deren in folgenden Kapiteln versucht wird, die Entwicklung der kirgisischen Außenpolitik seit der Unabhängigkeit zu erklären. Das **Kapitel 3** der Arbeit hat drei Schwerpunkte. Der erste Teil beschäftigt sich mit den historischen Bedingungen, die im August 1991 zur Gründung des kirgisischen Nationalstaates geführt haben. Obwohl der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit sich auf die Entwicklungen seit der Unabhängigkeit der Kirgisischen Republik konzentriert, ist es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation jedoch notwendig, Anlehnung an historische Entwicklungen zu nehmen. Im Zentrum der Analyse stehen vor allem die Periode der russischen Kolonialherrschaft und die Angliederung Kirgisistans an die Sowjetunion. Die politischen Entwicklungen Anfang der 1990-er Jahre, die die Erlangung der nationalen Eigenstaatlichkeit ermöglicht hatten, werden im Schlussteil dieses Teils erörtert. Die innerstaatlichen Bedingungsfaktoren kirgisischer Außenpolitik: Politische, ökonomische und gesellschaftliche Realitäten und Entwicklungen der jungen Kirgisischen Republik, werden im zweiten Teil des dritten Kapitels dargestellt. Der Wandel des politischen Systems hatte unmittelbare Auswirkungen auf den institutionellen außenpolitischen Apparat. In Kapitel 3.3 werden die staatlichen Institutionen der Kirgisischen Republik im Bereich der Außenpolitik dargestellt und ihre Kompetenzen untersucht. Außer historischen Grundlagen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen der eigenständigen Außenpolitik der unabhängig gewordenen Kirgisischen Republik müssen auch die

¹ Halbach, U. (2000): Sicherheit in Zentralasien. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24; Brauer, B. (2002b): Zentralasien - ein Jahr nach dem 11. September 2001. In: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik, Dezember.

Entwicklungen des welt- und regionalpolitischen Kontexts der Kirgisischen Republik als allgemeiner politischer Handlungsrahmen der kirgisischen Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes berücksichtigt werden. Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 stand Kirgisistan einer vollkommen neuen geopolitischen Konstellation gegenüber: Es hatte jetzt eine gemeinsame Grenze mit drei ebenfalls neu gegründeten zentralasiatischen Staaten – Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan – und China. Außerdem grenzte die Region, der die Kirgisische Republik angehört, an die Weltregionen, die konfliktbeladen oder von Transformationsprozessen geprägt sind: Russland im Norden, Afghanistan, Iran, Pakistan, Indien im Süden, Kaukasus und die Türkei im Westen und Europa im fernen Westen (vgl. Mesbahi 1995: 215). Was zuvor als sowjetische Peripherie galt, wurde nun als Bühne eines weitgespannten geopolitischen Kräftespiels mehrerer Akteure unterschiedlicher Interessenlage wahrgenommen. In **Kapitel 4** werden die Modelle der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen bestimmter Länder und Regionen der Welt zu Kirgisistan untersucht. Russland spielt als wichtigster Nachfolgestaat der Sowjetunion und wegen seiner außenpolitischen Interessen in Zentralasien eine zentrale Rolle für die kirgisische Außenpolitik. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung nach den Zielen der russischen Kirgisistanpolitik und nach der Bedeutung der Kirgisischen Republik innerhalb der Gesamtkonzeption der russischen Außenpolitik zu fragen (Kap. 4.1). Die ebenfalls neu gegründeten zentralasiatischen Staaten sind auch wichtige Akteure mit völlig neuartigen Kooperations- und Konfliktpotenzialen in Bezug auf ihre Nachbar-Republik Kirgisistan. In Kapitel 4.2 werden die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand der bilateralen Kontakte Kasachstans, Usbekistans, Tadschikistans und Turkmenistan zur Kirgisischen Republik aus näherer Perspektive betrachtet. Weitere Akteure in Eurasien mit kulturell, ökonomisch oder sicherheitspolitisch ausgerichteten Politikstrategien in Bezug auf die Kirgisische Republik sind die Türkei, der Iran, Pakistan, Indien und die Volksrepublik China. Die bilateralen Beziehungen dieser wichtigen Regionalmächte zu Kirgisistan werden in Kapitel 4.3 analysiert. Der Einfluss der hochentwickelten Länder wie Japan, Südkorea, Deutschland, der Schweiz, Kanada und der USA auf die außenpolitische Situation der Kirgisen ist auch nicht zu verachten (Kap. 4.4). Bei der Analyse der Politik dieser Staaten Kirgisistan gegenüber muss zwischen den einzelnen Akteuren dieser Gruppe differenziert werden. Die Politik der einzig verbliebenen Supermacht USA ist wegen ihrer nahezu hegemonialen Stellung im internationalen System von besonders

großer Bedeutung. Im darauf folgenden **Kapitel 5** soll dann schließlich die konkrete Außenpolitik der Kirgisischen Republik betrachtet werden. Dabei dienen offizielle Dokumente als Grundlage für die Bestimmung der grundlegenden außenpolitischen Zielsetzungen der Kirgisischen Republik. Es wird untersucht, aus welchen Gründen Kirgisistan seine außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen gewählt hat. Die wichtigsten Entscheidungen und Aktivitäten der kirgisischen Außenpolitik werden unter Berücksichtigung der aus dem Inneren der kirgisischen Gesellschaft jeweils geltend gemachten Interessen (vgl. Kap. 3) und in Bezug auf die von außen an das Land herangetragenen Erwartungen und Anforderungen (vgl. Kap. 4) in **Kapitel 6** rekapituliert. Es wird gezeigt, wie die Kirgisische Republik ihre außenpolitischen Ziele umzusetzen versucht und mit welchem Erfolg sie die Strategien, die für kleine und schwache Staaten von der entsprechenden Theorie (vgl. Kap. 2) im Allgemeinen konstatiert werden, in der Gestaltung der Beziehungen zu bestimmten Ländern und Regionen der Welt einsetzt. In Kapitel 6.1 werden Kirgisistans Kontakte zu den hochentwickelten Ländern der Welt dargestellt und die kirgisische Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen untersucht. Das Kapitel 6.2 analysiert das Konzept der kirgisischen Regierung in Bezug auf die Türkei, den Iran, Pakistan, Indien und die Volksrepublik China. Nach der Analyse der bilateralen Beziehungen zu diesen wichtigsten Regionalmächten wird die Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit auf dem asiatischen Kontinent mit kirgisischer Beteiligung untersucht. In Kapitel 6.3 wird die Zentralasienpolitik Kirgisistans behandelt. Zunächst wird auf die zentralen Bestimmungsfaktoren der zwischenstaatlichen Beziehungen eingegangen. Die Auswirkungen dieser Faktoren auf die Kirgisische Republik werden in den bilateralen Kontakten zu den Nachbarländern konkretisiert. Das Kapitel 6.4 widmet sich zum einen dem Zustand der Beziehungen Kirgisistans zu Russland und zum anderen der Analyse des Verhaltens Bischkeks gegenüber verschiedenen Formen der Zusammenarbeit und Integration mit Moskau, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Das **Schlusskapitel 7** fasst die grundsätzlichen Ergebnisse und Befunde der unternommenen Analyse zusammen. Hinzu kommt die Ausarbeitung von Konzepten, aufgrund derer sich die zukünftige Entwicklung der außenpolitischen Handlungsaktivitäten Kirgisistans einschätzen lässt. Auch Vorschläge für eine mögliche Modernisierung einiger Bereiche der Außenpolitik werden in diesen Schlussfolgerungen zusammengefasst.

1.5 Quellenlage

Bei der Fertigstellung dieser Arbeit wurden Materialien aus dem russisch-, englisch-, und deutschsprachigen Raum benutzt. Da an der Spitze der außenpolitischen Elite Kirgisistans der Präsident des Landes und sein Außenminister stehen, werden für die vorliegende Arbeit Quellen wie Reden, Stellungnahmen und Interviews dieser administrativen Vertreter ausgewählt. Die außenpolitische Elite Kirgisistans stammte häufig aus dem akademischen Bereich, so dass von einigen außenpolitisch relevanten Akteuren politikwissenschaftliche Arbeiten und Bücher vorliegen. Dieses Material wurde neben Primärquellen für die Analyse der Außenpolitik verwendet. Wertvolle Informationen über das Werden der außenpolitischen Strategie Kirgisistans und die Entwicklungen in der zentralasiatischen Region in den 90-er Jahren lieferten die Dissertation des kirgisischen Ex-Außenministers A. Dschekschenkulow *„Problemy i perspektivy integratsii gosudarstv Tsentralnoi Azii v mirovoe soobshestvo“* („Probleme und Perspektiven der Integration der Staaten Zentralasiens in die Weltgemeinschaft“) (2000) und dessen Buch *„Novye nezavisimye gosudarstva Tsentralnoi Azii v mirovom soobshestve“* („Neue unabhängige Staaten Zentralasiens in der Weltgemeinschaft“) (2000). Interessant waren auch die Bücher des ersten kirgisischen Präsidenten Akajew *„Diplomatija Shelkovogo Puti. Doktrina Prezidenta Kyrgyzskoi Respubliki Askara Akaeva“* („Diplomatie der Seidenstraße. Doktrin des Präsidenten der Kirgisischen Republik Askar Akajew“) (1999) und *„Dumaja o budushem s optimizmom. Razmyshlenija o vneshnei politike i miroustroistve“* („Nachdenken über die Zukunft mit Optimismus. Überlegungen über die Außenpolitik und Weltordnung“) (2004), wo er ausführlich die Risiken für die nationale und regionale Sicherheit beschreibt und schließlich Konzepte für ihre Bewältigung darstellt.

Zu den Primärquellen gehören sowohl Veröffentlichungen, die dazu beitragen, die kirgisische Außenpolitik zu erfassen, zu interpretieren und einzuordnen, als auch die jährlichen Rechenschaftsberichte der kirgisischen Außenminister und andere Dokumente aus dem Außenministerium. Die Auswertung der kirgisischen Zeitungen und Zeitschriften (*„Slovo Kyrgyzstana“*, *„Vechernii Bishkek“*) hat sich als hilfreich erwiesen, eine Tatsache, die auf die offenere Informationspolitik der Kirgisischen Republik zurückzuführen ist. Genauso informativ waren die Nachrichtenagenturen *„Kabar“* (www.kabar.gov.kg), *„Akipress“* (www.akipress.kg), *„Strana.kg“* (www.strana.kg), und die Internetseiten des kirgisischen Außenministeriums (www.mfa.kz), des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik

(www.customs.gov.kg), des kirgisischen Finanzministeriums (www.minfin.kg) und des Instituts der Öffentlichen Politik (www.ipp.kg).

Auch die Recherche in den russischsprachigen Medien stellte für die Analyse der politischen Geschehnisse in der Kirgisischen Republik eine große Hilfe dar. Hier sind die russischen Zeitungen wie „*Nezavisimaja Gazeta*“, „*Rossiiskaja Gazeta*“, „*Izvestija*“ und die Russische Agentur für internationale Informationen RIA Novosti zu erwähnen. Auch auf Zentralasien bzw. Kirgisistan spezialisierte Web-Ressourcen liefern viele Informationen. Hier ist auf die Informationsagentur Ferghana.ru (www.ferghana.ru) zu verweisen, die täglich Nachrichten aus der Region liefert.

Interviews lieferten zusätzlich sehr wichtige Informationen. In der kirgisischen Hauptstadt Bischkek hatte ich die Gelegenheit, mit Politikern des Außenministeriums, Diplomaten und Politikwissenschaftlern aus verschiedenen Universitäten und Institutionen zu sprechen. Während zweier Forschungsaufenthalte in Kirgisistan konnte ich Recherchen in den Bibliotheken des Außenministeriums, der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität, der Fakultät der Internationalen Beziehungen sowie der OSZE Akademie durchführen und mir somit ein Bild von der politischen Situation des Landes machen.

Weiterhin wurde einschlägige Sekundärliteratur von westlichen Autoren herangezogen. Im deutschsprachigen Raum waren es vor allem die Analysen der GUS- und Zentralasien-Abteilung der Stiftung für Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus waren die Länder-Studien von Institutionen wie Bertelsmann Stiftung², Amnesty International Deutschland³ oder Freedom House⁴ eine Hilfe zur Erfassung der Situation in der Kirgisischen Republik. Im englischsprachigen Raum waren folgende Online-Journale besonders nützlich: „*Central Asia Caucasus Analyst*“ (<http://www.cacianalyst.org>), „*Central Asia and the Caucasus*“ (<http://www.ca-c.org>), „*Eurasia Insight*“ (<http://www.eurasianet.org>), Russian and Euro-Asian Bulletin. Weitere informative Artikel waren in der Fachzeitschrift „*Journal of International Affairs*“ zu finden. Um die tagespolitischen Entwicklungen nachvollziehen zu können, wurde außerdem auf die Online-Berichte von Radio Free Europe und Radio Liberty (<http://www.rferl.org>) zurückgegriffen.

² Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.bertelsmann-transformation-index.de>

³ Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.amnesty.de>

⁴ Online-Zugang zu den Daten unter <http://www.freedomhouse.org>

Für den theoretischen Rahmen zur Analyse der Außenpolitik der Kirgisischen Republik wurden die Werke von westlichen Autoren herangezogen: H. Vogel (*„Der Kleinstaat in der Weltpolitik“*, 1979), O. Höll (Hrsg.) (*„Small States in Europe and Independence“*, 1983), M. Handel (*„Weak States in the International System“*, 1990), H. Geser (*„Kleinstaaten im internationalen System“*, 1992), J. Hey (*„Small States in World Politics. Explaining Foreign Policy Behaviour“*, 2003), E. Busek und W. Hummer (Hrsg.) (*„Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen“*, 2004).

2. Außenpolitische Optionen kleiner, schwacher Staaten – eine theoretische Grundlegung (unter Einbezug der Kleinstaatentheorie)

Um den Begriff Kleinstaatentheorie nachvollziehen zu können, muss zunächst der Begriff „*Kleinstaat*“ definiert werden. Dazu ist es wichtig, näher auf die einzelnen Definitionsansätze einzugehen, um schließlich die Zugehörigkeit der Kirgisischen Republik zur Kategorie der Kleinstaaten nachweisen zu können. In diesem Zusammenhang kommt den Grundlagen der Kleinstaatentheorie, die das Fundament für verschiedene Optionen von Kleinstaaten bilden, eine maßgebliche Rolle zu.

2.1 Begriffsbestimmung

Die Auseinandersetzung mit dem Kleinstaat fußt auf einer alten Tradition. Die politischen Denker des antiken Athen gründeten ihre Lehren implizit auf den Voraussetzungen der „*polis*“ als kleinstaatlichem Gebilde, und Plato definierte sogar in seiner „*Politeia*“ die ideale Staatsgröße für die Durchführung seiner demokratischen Ideale (vgl. Höll 1983: 14). Kausale Zusammenhänge zwischen der Größe eines Staates und seinem außenpolitischen Verhalten wurden aber weder bei Sokrates noch bei Plato oder Aristoteles explizit dargestellt (vgl. Dahl/Tufte 1973).

Obwohl die europäischen Wissenschaftler sich für die Untersuchung der Kleinstaaten während des XVIII. und XIX. Jahrhunderts interessierten (vgl. Sieber 1920; Cappis 1923), entwickelte sich die politikwissenschaftliche Analyse der Außenpolitik der Kleinstaaten, als ein Teilbereich der Disziplin der Internationalen Beziehungen, in den USA erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Erste, die sich mit dem Thema auseinandersetzte war Annette Baker-Fox (1959), die sich in ihrem Buch „*The Power of Small States*“ auf Kleinstaaten in der Dritten Welt im Kontext der Sicherheitsforschung konzentrierte. Wichtige Arbeiten zur Außenpolitik der Kleinstaaten folgten in den 60-er und 70-er Jahren. Besonders hervorzuheben ist das Buch von Robert L. Rothstein (1968) „*Alliances and Small Powers*“, wie auch mehrere Werke von David Vidal (1967, 1971) und „*Size and Democracy*“ von Robert Dahl und Edward Tufte (1973), die diesen Ansatz weiterentwickelten. In Europa wurde die Kleinstaatentheorie erstmals Mitte der 70-er in der politikwissenschaftlichen Forschung in Skandinavien, Österreich und in der Schweiz aufgegriffen.

Ab 1990 lässt sich ein „Boom“ dieses Forschungsansatzes in Europa erkennen (vgl. Schmidt 2003: 15). Das Entstehen zahlreicher neuer souveräner Kleinstaaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Jugoslawien hat der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Merkmal der Kleinstaatlichkeit neuen Auftrieb verliehen. Der Ausdruck dafür war die Reihe an einschlägiger Literatur, die für produktive Diskussionsbeiträge sorgte (siehe dazu etwa Kirt/Waschkuhn 2001; Thorhallsson 2000; Hanf/Soetendorp 1998; Goetschel 1998; Inbar/Sheffer 1997; Bauwens/Clesse/Knudsen 1996; Dosenrode-Lynge 1993).

Trotzdem gab es während der ganzen Entwicklung der Kleinstaatentheorie Stimmen, die diesen Ansatz als „wertlos für analytische Zwecke“ (vgl. Baehr 1974/75: 456-466; Armstrup 1976: 163-182) bezeichneten. Einer der am häufigsten kritisierten Aspekte ist, dass es bislang weder politisch-praktisch noch politikwissenschaftlich gelungen ist, den Kleinstaat in allgemeinverbindlicher Weise zu definieren (Waschkuhn 1991: 138; vgl. auch Christmas-Möller 1983: 43; Pace 2000: 107): Was ist ein Kleinstaat überhaupt? Wodurch wird seine „Größe“ / „Kleinheit“ bestimmt?

2.1.1 Kleinstaaten

In der politikwissenschaftlichen Kleinstaatenliteratur gibt es eine Vielzahl an Definitionsmöglichkeiten und die Autoren können sich kaum auf einheitliche Kriterien einigen. Trotz der fehlenden Einigung über den Begriff steht außer Frage, dass das Phänomen „Kleinstaat“ existiert und Kleinstaatlichkeit eine wichtige politische Kategorie darstellt, „denn es ist offenkundig, (...) dass der Unterschied zwischen den Kleinen und den Großen ebenso wie die Frage des Verhältnisses der Großen zu den Kleinen in der internationalen Politik eine wichtige Rolle spielt“ (Jansen 2001: 171).

Eine Lösung für das Definitionsproblem bieten einige Forscher, die eine einheitliche Definition von vornherein als überhaupt nicht notwendig ansehen.

“ (...) a universal definition of smallness will not, and indeed should not, be developed, since each definition must contain indicators relevant to the topic at hand.“
(Raadschelders 1992: 28)

“ (...) no strict definition is necessary either to employ “smallness” as an analytical device or to glean findings about foreign policy behaviour from it.” (Hey 2003: 2)

Um die zahlreichen Definitionsansätze zu ordnen, schlägt Hans Geser aufgrund der Indikatoren für die „*Kleinheit*“ eines Staates drei Kategorien vor (vgl. Geser 1992: 629):

- eine „*substantialistische*“ Sichtweise;
- eine „*relationistische*“ Perspektive;
- eine „*attributive*“ Statuseigenschaft.

In der „*substantialistischen*“ Sichtweise erscheine die „*Größe*“ als „*intrinsische Eigenschaft des einzelnen sozialen Systems*“ (Geser 1992: 629). Als „*klein*“ gelten die Staaten, die über einen besonders geringen Umfang bestimmter Ressourcen verfügen, wie

- die Einwohnerzahl⁵,
- die Größe des Territoriums,
- das Bruttosozialprodukt⁶.

So eine Definition eines Kleinstaates erklärt aber nicht die Tatsache, dass es auch Kleinstaaten gibt, die ein völlig anderes Verhalten zeigen und über wesentlich mehr Einfluss im internationalen System verfügen, als es aus ihrer „*Kleinheit*“ eigentlich gefolgert werden müsste⁷.

Obwohl es sich nicht leugnen lässt, dass die „*Größe*“ eines Staates in starker Abhängigkeit zu seinen Ressourcen steht (vgl. Vogel 1983: 55), haben dennoch viele Autoren an diesem Ansatz heftige Kritik geübt, Größe allein sei kein ausreichendes Definitionskriterium, und wollten weitere Variablen berücksichtigt wissen (vgl. Amstrup 1976: 166).

“The international position of a country, its reputation, and its influence depend on many factors. Among these, geographical size, generally speaking is irrelevant.” (Däniken 1998: 44)

⁵ Viele Forscher haben versucht, Obergrenze für Kleinstaaten im Rahmen ihrer Bevölkerung zu bestimmen: 20 Millionen Einwohner (Masaryk 1966: 23; Marriott 1943: 62), 10-15 Millionen (Barston 1971: 41, 43, 50), 10 Millionen (Kuznets 1960: 14). Als Kleinstaat für David Vital gelten entwickelte Staaten mit bis zu 15 Millionen Einwohnern und weniger entwickelte Staaten mit bis zu 30 Millionen Einwohnern (vgl. Vital 1967: 8).

⁶ Nach Vellut, der Bevölkerungszahl mit Bruttosozialprodukt verbunden hat, gibt es 3 Gruppen von Kleinstaaten: mit 10-50 Mio. Einwohnern und/oder 2-10 Mrd. BSP; mit 5-10 Mio. Einwohnern und/oder 1-2 Mrd. BSP; mit unter 5 Mio. Einwohnern und unter 1 Mrd. BSP (vgl. Vellut 1967: 254-256).

⁷ Beispielsweise ist Israel ein sehr kleiner Staat, was sein Territorium angeht (23 800 km²) (Kidron/Segal 1992: 112), aber es bleibt einer der aktivsten und sogar aggressivsten Akteure nicht nur in seiner Region aber auch auf der globalen Bühne.

Diese Definitionsversuche fasst Geser unter der relationistischen Perspektive zusammen, die die „Staatsgröße“ immer nur im situativen Rahmen des internationalen Systems sieht (vgl. Geser 1992: 629). Kleinheit ist damit eine komparative Größe und die Kategorisierung eines Staates als „klein“ macht nur in Relation zu großen Staaten Sinn (vgl. Ørvik 1973: 29; Amstrup 1976: 165; Kirt 1998: 28; Goetschel 2000: 4).

“By itself the concept of small state means nothing. A state is only small in relation to a greater one.” (Bjøl 1971: 29)

„Kleinstaaten“ sind also laut Definition und nicht aufgrund von Ressourcenknappheit diejenigen Staaten, die mächtigeren Staaten gegenüber unterlegen sind. Nur unter diesem Gesichtspunkt kann man z. B. die Logik Keohanes verstehen, wonach während des Kalten Krieges neben den beiden Supermächten – die USA und die Sowjetunion – alle anderen Staaten als Kleinstaaten hätten klassifiziert werden müssen (vgl. Keohane 1969).

Weiterhin lässt sich nach Geser die Größe als eine attributive Statureigenschaft auffassen („perzeptive“ Dimension einer Kleinstaatendefinition), die sich durch Prozesse der Selbstzuschreibung eines Staates und/oder der wechselseitigen Fremdzuschreibung verschiedener Staaten konstituiert (Geser 1992: 629; vgl. auch Rothstein 1968: 29; Keohane 1969: 296; Goetschel 1998: 13).

“The concept of a small state is based on the idea of perception. That is, if a state’s people and institutions generally perceive themselves to be small, or if other states’ peoples and institutions perceive that state as small, it shall be so considered.” (Hey 2003: 3)

Als gebräuchlichster Ansatz setzte sich die substantialistische Kategorie durch, nämlich Staaten anhand vergleichbarer Kriterien, wie Bevölkerungszahl oder geographische Größe zu kategorisieren, um damit annähernd objektive Aussagen zu erhalten (vgl. Vogel 1983: 61; Dosenrode-Lynge 1993: 52). Auch für die vorliegende Arbeit werden für die Definition des Begriffs Kleinstaat geringe Bevölkerungszahl, geringes Territorium und geringes Bruttosozialprodukt als objektive Kriterien herangezogen. Mit der Aufzählung dieser Elemente lässt sich aber das Konzept des Kleinstaates noch nicht umfassend umreißen. Es handelt sich hierbei bloß um Indizien. Ob man bei einem bestimmten Staat von einem Kleinstaat sprechen kann, hängt auch von anderen Indikatoren ab. Es kommt auf die Selbsteinschätzung und

den politischen Willen des betreffenden Staates und die Einschätzung durch die anderen Staaten, vor allem durch die Nachbarn, an. Deswegen wird die „perzeptive“ Dimension in der vorliegenden Arbeit nicht außer Acht gelassen. Letztlich soll Gesers Feststellung, Größe sei eine komparative und keine absolute Idee, also die relationistische Betrachtungsweise, ebenfalls berücksichtigt werden: Die Kleinheit Kirgisistans muss in Relation zu den größeren Staaten gesehen werden, mit denen es Außenbeziehungen aufrechterhält.

2.1.2 Schwache Staaten

... right, as the world goes, is only in question between equals in powers, while the strong do what they can and the weak suffer what they must.

Thucydides⁸

Wenngleich die Außenpolitikforschung über keinen einheitlichen Begriff von „Kleinstaaten“ verfügt, gehört es doch zu ihrem Grundwissen, dass „small states“ durch „lack of power“, „vulnerability“ und „a deficit in influence and autonomy“ (Goetschel 1999: 19), das heißt Schwäche („weakness“), gekennzeichnet sind. Deswegen verwenden viele Wissenschaftler die Begriffe „kleiner“ Staat und „schwacher“ Staat praktisch synonym (siehe z. B. Vital 1967, 1971; Rothstein 1968, 1977; Keohane 1969; Singer 1972; East 1975; Katzenstein 1985), obwohl kleine Staaten nicht unbedingt schwach sein müssen und keineswegs automatisch politisch kleine Akteure sind.

„ein Staat kann trotz seiner Kleinheit relativ stark und mächtig sein a) wegen großer Kraftballung im Innern und b) wegen der Möglichkeit, die divergierenden Kräfte der übrigen Staaten zu seinen Gunsten auszunützen“ (Binswanger 1970: 95).

Für die Spezifizierung des Kleinstaatenbegriffs führt Michael I. Handel (1990) den Begriff „schwache Staaten“ („weak states“) ein. Er untersucht in diesem Zusammenhang mehr als 600 Titel (Bücher und Zeitschriften) und fasst seine Forschungsergebnisse in der folgenden Tabelle zusammen.

⁸ Thucydides (1950): The History of the Peloponnesian War. Book V, chapter 17. New York: E. P. Dutton, p. 405.

Tabelle 1: Michael Handel's criteria to distinguish weak and strong states⁹

CRITERIA	THE WEAK STATE	THE STRONG STATE
POPULATION	Very small	Very large
AREA	Very small	Very large
ECONOMY	1. GDP small in <i>absolute</i> terms. 2. Little or no heavy industry. 3. High degree of specialization in a narrow range of products. 4. Small domestic market, hence high dependency on foreign markets for imports and exports. 5. Research and Development very low in absolute terms. 6. High dependence on foreign capital.	1. GDP very high in absolute terms. 2. Very large, highly developed heavy industry (including weapons). 3. Very high degree of specialization in large variety of products. 4. Very large domestic market, hence little dependence on foreign export/import trade. 5. Research and Development very high in absolute terms. 6. No dependence on foreign capital.
MILITARY POWER	1. Cannot defend itself against external threats by its own strength; high or total dependence on external help. 2. Total (or very high) dependence on weapon acquisition in foreign countries. 3. A high proportion of strength always mobilized or at its disposal; longer range war potential very low.	1. Can defend itself by its own power against any state or combination of states; very little reliance on external support. 2. Has full array of nuclear weapons and their delivery systems. 3. Domestic production of all weapons system. 4. Large standing armies, combined with very high war potential.
THE INTERNATIONAL SYSTEM	1. Limited scopes of interests (usually to neighboring and regional areas). 2. Little or no influence on the balance of power (or the nature of the system). 3. Mainly passive and reactive in foreign policy.* 4. Tends to minimize risks, especially vis-à-vis the powers. 5. Can be "penetrated" relatively easily.* 6. Strong support for international law and norms of international organizations.*	1. Worldwide (global) interests. 2. Weighs heavily in world balance of power; shapes the nature of the international system. 3. Pursues a dynamic and active foreign policy.* 4. Tends to maximize gains (rather than minimize risks).* 5. Relatively difficult to "penetrate" (depends on the nature of the internal political system).* 6. Low regard for international law and organizations; prefers power and summit policies.*

* Characteristics frequently found in the literature of small states, with which Handel does not entirely agree.

(Handel 1990: 52-53).

⁹ In dieser Kategorisierung geht es um einen absolut schwächsten Staat und einen „almighty“ Superpower (vgl. Handel 1990: 52)

Handel stellt außerdem ein Analyseraster auf, wie Schwäche definiert werden kann. Danach setzt sich der Grad der Stärke bzw. Schwäche eines Staates aus inneren und äußeren Quellen zusammen. Innere Ursachen von Schwäche oder Stärke sind demnach:

- die „*geographischen Daten*“,
- die „*materiellen Daten*“,
- die „*menschlichen Ressourcen*“ und
- die „*organisatorischen Kapazitäten*“ eines Staates (vgl. Handel 1990: 68f.).

Als geographische Nachteile gelten:

- ein kleines Territorium (geringere Wahrscheinlichkeit von Bodenschätzen; strategische Nachteile);
- ein militärisch leicht einzunehmendes Gebiet ohne natürliche Grenze;
- eine hohe Zahl von Nachbarstaaten, die mächtiger sind und mit denen wegen gegensätzlichen Interessen gestritten wird;
- eine geographische Lage im Zentrum des internationalen Systems oder eines Subsystems – strategische Bedeutung des Kleinstaates für Großmächte (vgl. Handel 1990: 76).

Unter „*materiellen Daten*“ versteht Handel die Bodenschätze, die industriellen Kapazitäten, die technologische Entwicklung und das vorhandene Kapital eines Staates. Das Kriterium der „*menschlichen Ressourcen*“ umfasst die Bevölkerungsgröße, die ethnische Homogenität, den Grad der gesellschaftlichen Integration, den „*nationalen Charakter*“ und die „*Moral*“. Unter „*organisatorischen Fähigkeiten*“ summiert Handel Struktur und Stabilität der politischen Institutionen, die Qualität und Effizienz der Verwaltung, die Kommandoqualität und die „*militärische Bereitschaft*“ der Armee, das Land im Notfall zu verteidigen. Die Qualität der Diplomatie und das Geschick eines Staates, sich an das internationale System anzupassen, zählen ebenfalls zu den organisatorischen Fertigkeiten (vgl. ebd.: 68). Zu den äußeren Quellen der Stärke bzw. Schwäche für einen Kleinstaat nach Handel zählen Allianzen, die in Kapitel 2.2.2.2 ausführlich vorgestellt werden.

2.1.3 Kirgisistan – ein kleiner und schwacher Staat?

Die vorliegende Arbeit fixiert sich auf keine einzelne Definition. Die Zuweisung des „Kleinstaat“-Status erfolgt aufgrund verschiedener Charakteristika. Nach der substantialistischen Sichtweise fällt Kirgisistan mit seinen 5,228 Mio. Einwohnern (01.07.2007¹⁰) und mit seinem Bruttosozialprodukt (US Dollar) 2,7 Mrd. im Jahre 2006¹¹ zunächst objektiv in die Definition für Kleinstaaten. In Bezug auf die geographische Größe ist die Frage nach der Kleinstaatlichkeit Kirgisistans jedoch nicht so eindeutig zu beantworten, da die Fläche mit 198.500 km² (von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 153) so groß wie die Gesamtfläche von Österreich (83 900 km²), Schweiz (41 300 km²) und Niederlande (62 000 km²)¹² ist.

Fällt Kirgisistan damit noch in die Kategorie Kleinstaat? An dieser Stelle wird auf Gesers relationistische Perspektive zurückgegriffen: Die Nachbarschaft zu China, der „Supermacht im Werden“ (Kirt 1999: 15), zu Kasachstan, dem neuntgrößten Land der Erde und dem viertgrößten Eurasiens, und zu Usbekistan, dem Land, das aufgrund seiner Bevölkerungsgröße, seiner zentralen Lage in Zentralasien und der stärksten Armee der Region über das größte Potential zum Aufstieg zu einer eigenständigen Regionalmacht verfügt, lässt die Kirgisische Republik im Vergleich ziemlich klein wirken. Die Nähe zu den Großmächten Russland und Indien ist in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht zu verachten. Außerdem ist die relativ „große“ Gesamtfläche Kirgisistans von untergeordneter Bedeutung für seine Einordnung, da der größte Teil des Landes (94%)¹³ aus Berglandschaft besteht und dies eine Besiedlung des gesamten Staatsgebietes unmöglich macht, so dass sich fast die gesamte Bevölkerung der Kirgisischen Republik im Tschuital im Norden und dem Ferghanatal im Süden konzentriert. Kirgisistan kann demzufolge sehr wohl zu den Kleinstaaten gerechnet werden.

Wenn dem Perzeptions-Kriterium von Jeanne A. K. Hey gefolgt wird, dann kann man behaupten, dass Kirgisistan eindeutig als ein Kleinstaat definiert werden kann: Fast jedes Buch und jeder Artikel über diese zentralasiatische Republik beginnt mit den Worten „*Kirgisistan ist ein kleines und armes Land*“ (vgl. z. B. Brill Olcott 1996: 87;

¹⁰ Wirtschaftsdaten kompakt – Kirgisistan (07.12.2007). In: Bundesagentur für Außenwirtschaft unter <http://www.bfai.de/DE/Navigation/Metanavigation/Suche/sucheUebergreifendGT.html>

¹¹ World Development Indicators database, April 2007 unter:

<http://devdata.worldbank.org/external/CPProfile.asp?PTYPE=CP&CCODE=KGZ>

¹² Alle Daten sind aus dem Politischen Weltatlas von Kidron/Segal (1992: 114f.).

¹³ <http://www.president.kg/press/inter/101/>

Mangott: 1996: 97; Krumm 2005: 1; Dzhekshenkulov 1996: 3; Baybosunov 2004: 154), in fast jedem Interview mit den kirgisischen Politikern¹⁴ wird erwähnt, dass ihr Land zur Gruppe der Kleinstaaten gehört. Ferner sind 393 von 400 befragten kirgisischen Bürgern der Meinung, dass Kirgisistan klein ist und dass diese Tatsache bedeutende Auswirkungen auf seine Außenpolitik hat¹⁵.

Um einen kleinen Staat als schwach definieren zu können, muss ein Großteil der Nachteile des von Handel aufgestellten Kriterienkatalogs (Kapitel 2.1.2) zutreffen. Kirgisistan hat ein relativ kleines Territorium, eine lange, kaum zu verteidigende Grenze mit China im Osten, mit Kasachstan im Norden, mit Usbekistan und Tadschikistan im Westen. Das Territorium der Kirgisischen Republik hatte in seiner Geschichte immer strategische Bedeutung¹⁶ für andere Völker. Die Folge davon waren wechselnde Fremdherrschaften (siehe dazu Peimani 1998: 24-27; Anderson 1999: 1-4). Es ist somit klar ersichtlich, dass Kirgisistan die geographischen Kriterien in negativer Hinsicht weitgehend erfüllt und daher als ein „*schwacher Staat*“ gelten muss.

Kirgisistan verfügt über keine hohen industriellen Kapazitäten, kein Kapital, und von einer fortgeschrittenen technologischen Entwicklung ist auch keine Rede. Die kleine zentralasiatische Republik ist im Vergleich zu anderen Ländern in der Region rohstoffarm. Es gibt nur unbedeutende Gas- und Erdölvorkommen, die selbst bei voller Erschließung den einheimischen Bedarf nicht decken könnten. Die Zahlen und Werte Kirgisistans sind so niedrig, dass man es ohne Bedenken als „*schwachen Staat*“ bezeichnen könnte. Dies wird auch durch das Kriterium der „*menschlichen Ressourcen*“, das u.a. die Bevölkerungsgröße umfasst, bekräftigt. Einer genaueren Betrachtung bedürfen die „*organisatorischen Fähigkeiten*“ Kirgisistans. Diese werden jedoch an anderer Stelle, bei der Analyse der kirgisischen Außenpolitik, ausgeführt.

¹⁴ Interviews der Autorin mit Prof. Dr. Kurmanov Z., Ex-Mitglied der parlamentarischen Kommission über Internationale Beziehungen, Mitglied des gesellschaftlichen Rates bei dem Außenministerium in Bischkek, vom 23.05.2006, Imanaliev M., kirgisischer Ex-Außenminister, Präsident des Instituts der gesellschaftlichen Politik, Professor an der Amerikanischen Universität in Zentralasien in Bischkek, vom 06.06.2006, Prof. Dr. Karabaev E., kirgisischer Ex-Außenminister, Prorektor für Internationale Beziehungen an der Kirgisisch-Russischen Universität in Bischkek, vom 16.06.2006, Abdrazzakov O., Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Kirgisischen Republik, vom 19.06.2006, Moldaliev O., Lehrstuhlleiter für Weltpolitik und Internationale Beziehungen in der Diplomatischen Akademie in Bischkek, vom 27.06.2006

¹⁵ Internetumfrage der Autorin vom 01.06.2006 bis zum 01.07.2006

¹⁶ Z. B. Im Altertum und im früheren Mittelalter ging die Seidenstraße (die Karawanenwege, auf denen verschiedenste Handels Güter aus dem Inneren Chinas bis zu den Hafenstädten an der Levante und dann auf dem Seeweg weiter bis nach Rom und in umgekehrter Richtung transportiert wurden, vgl. von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 245) durch das Territorium des heutigen Kirgisistan.

Die Zugehörigkeit der Kirgisischen Republik zu den kleinen und schwachen Staaten ist eindeutig, unabhängig davon, welche Definitionskriterien angewendet werden. Der Ansatz der „*Kleinstaaten*“ kommt also für die Analyse der kirgisischen Außenpolitik grundsätzlich durchaus in Frage.

2.2 Grundlagen der Kleinstaatentheorie

Bei der Kleinstaatentheorie handelt es sich um keine allumfassende Theorie. Unter diesem Begriff findet sich vielmehr ein Konglomerat verschiedener Ansätze, die sich mit den spezifischen Problemen von Kleinstaaten beschäftigen, wieder. Sie analysieren Charakteristika und Strategien, aufbauend auf der Grundannahme, dass diese aus der „*Kleinheit*“ eines Staates entspringen. Es wird also angenommen, dass die Größe eines Staates Auswirkungen auf sein Verhalten in der Außenpolitik hat (vgl. Baehr 1974/75: 457). Trotz aller Kritik an der Kleinstaatentheorie (siehe dazu z. B. Gstöhl 2001: 21-24; Däniken: 1998: 43-48) stellt sie ein umfassendes Instrumentarium zur Analyse des Verhaltens von Kleinstaaten in der internationalen Politik zur Verfügung.

2.2.1 Grundannahme der Kleinstaatentheorie

Ausgangspunkt ist die Annahme, dass alle Kleinstaaten durch „*strukturelle Knappheit*“ (eine relativ geringe Bevölkerungszahl, ein kleines Territorium oder ein niedriges Bruttosozialprodukt) (vgl. Vogel 1983: 57f.) geprägt sind, die zu einem hohen Grad an „*äußerer Verletzlichkeit*“ führt, da Kleinstaaten in Bezug auf die Veränderungen des internationalen Systems und der Weltwirtschaft wegen ihrer geringen Ressourcen empfindlicher sind als große Staaten. Diese Verletzlichkeit setzt die Kleinstaaten der Gefahr der „*fremden Durchdringung*“ aus, die politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell erfolgen kann (vgl. Vogel 1983: 57f.). Das außenpolitische Verhalten der Kleinstaaten muss also stets vor dem Hintergrund dieser drei genannten Komponenten gesehen werden. Somit bilden die „*strukturelle Knappheit*“, die „*äußere Verletzlichkeit*“ und die Gefahr „*fremder Durchdringung*“ die Ausgangslage für die Untersuchung der kleinstaatlichen Außenpolitik. Auf die sicherheitspolitische Ebene übertragen bedeutet dies, dass der Kleinstaat in einem permanenten Sicherheitsdilemma steckt. Seine geringen Ressourcen machen es ihm unmöglich, sich allein erfolgreich gegen Großmächte zu behaupten. Es ist also

davon auszugehen, dass Kleinstaaten eine spezifische Außenpolitik verfolgen müssen: In der außenpolitischen Praxis nehmen sie Stellungen und Standpunkte ein, die ihre Souveränität gegenüber anderen, „größeren“ Staaten stärken, gleichzeitig aber auch ihr Machtdefizit nicht in statische Abhängigkeitsverhältnisse resultieren lassen (vgl. Katzenstein 1996: 28).

Hans Vogel (1979) entwickelte in seinem Werk *„Der Kleinstaat in der Weltpolitik“* ein Zwei-Ebenen-Modell der kleinstaatlichen Verhaltensstrukturen und Verhaltensstrategien. Die Kleinheit und die strukturelle Knappheit, so Vogel, führen zu starker externer Verflechtung und hoher Interdependenz, welche die externe Abhängigkeit zur Folge haben und somit die Gefahr der Fremdbestimmung droht. Trotzdem müssen solche Strukturen der Außenbeziehungen nicht zwangsläufig Machtlosigkeit mit sich ziehen (vgl. Gstöhl 2001: 45), denn diese *„unheilvolle Kausalkette“* (Vogel 1979: 40) kann an verschiedenen Stellen durch bestimmte, bewusst ausgewählte Strategien durchbrochen oder zumindest abgeschwächt werden (vgl. ebd.: 47, 115-172).

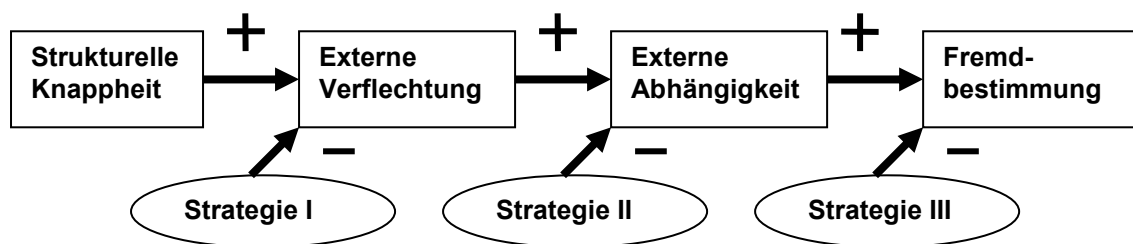


Abbildung 1: Kleinstaatliche Verhaltensstrukturen und Verhaltensstrategien nach Vogel.

Quelle: Vogel 1979: 40

Kleinstaaten stehen also *„nicht zwangsläufig auf verlorenem Posten“* (Robjsek 1999: 189) mit der *„wenig reizvolle(n) Auswahl zwischen der Rolle des Objektes, des Klienten oder des Vasallen“* (ebd.), sondern sind in der Lage durch die Anwendung bestimmter Strategien, das Manko ihrer Kleinstaatlichkeit auszugleichen.

„By skillfully utilizing economic and political opportunities even small states are able to progress economically and to enhance political or normative influence.“ (Väyrynen 1983: 93)

2.2.2 Außenpolitische Optionen für Kleinstaaten

“The main question for the small power is how it can take care of its interests and prevent itself from becoming a mere pawn in the game of the great ones.”

(Mathisen 1971: 238)

Trotz aller Einschränkungen stehen den Kleinstaaten verschiedene Strategien zur Gestaltung ihrer Außenpolitik zur Verfügung, die dazu beitragen können, ihren Handlungsspielraum zu vergrößern. In einem Umfeld, in dem Kriege zur Tagesordnung gehörten, gab es für Kleinstaaten nur zwei Rezepte zum Überleben: Beitritt zu Militärbündnissen oder Politik der Neutralität (vgl. Goetschel 2004: 223). Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und das sich seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelnde multipolare internationale System haben in der neuesten Zeit die Parameter des internationalen Umfelds verändert. Sie ermöglichen ein erheblich erweitertes Spektrum an Handlungsmöglichkeiten und eine Neubeurteilung der Optionen von Kleinstaaten: einige Strategien bieten jetzt mehr Chancen und gewinnen an Bedeutung, während andere im Gegensatz dazu an Gewicht verlieren.

2.2.2.1 Neutralitätspolitik

Die Politik der Neutralität ist eine der ältesten sicherheitspolitischen Taktiken, die insbesondere von Kleinstaaten oft ausgewählt wurde. Der Status der Neutralität entstand im Kontext, genannt die „*Westfälische Ordnung*“, mit Bezug auf den Westfälischen Frieden¹⁷, den man für den Ausgangspunkt des zwischenstaatlichen Systems hält. In diesem Kontext, jetzt auch bekannt als „*balance of power*“, galten die Staaten als Hauptakteure auf der Weltbühne, die nur mit einem Ziel agierten, ihre nationalen Interessen zu schützen; territoriale Invasion war die größte Gefahr für Staaten, und den Ausbruch eines zwischenstaatlichen Krieges betrachtete man als das größte Risiko auf internationaler Ebene. In solch einer Situation war der Status der Neutralität dafür konzipiert, den Staaten, die diese Option gewählt haben, zu ermöglichen, nicht in einen Krieg verwickelt zu werden. Im engeren Sinn bezieht sich die Neutralität ausschließlich auf Staaten und Kriege und meint „*sich zwischen*

¹⁷ Am 24. Oktober 1648 nach Verhandlungen des römisch-deutschen Kaisers Ferdinand III. mit Frankreich und dessen Verbündeten in Münster und mit Schweden und dessen Verbündeten in Osnabrück unterzeichnetes Vertragswerk, das den Dreißigjährigen Krieg beendete.

mehreren Krieg führenden Parteien [zu] befinden“ (Gehler 2001: 4 f.; vgl. auch Hundmaier 1999: 9).

“A state which declares itself permanently or generally neutral is doing no more than declare an intention to claim neutral status if and when war occurs.” (Harden 1994: 145)

Während des Kalten Krieges, in der Zeit des bipolaren Systems, bedeutete das für den neutralen politischen Akteur, sich aus allen Konflikthandlungen herauszuhalten und sich in Friedenszeiten weder einer der Parteien noch einem militärischen Block anzuschließen (vgl. Hundmaier 1999: 9).

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Option von Kleinstaaten mussten jedoch verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein: Neutralität war nur dann sinnvoll, wenn sie von außen anerkannt wurde. Eine einseitige Deklaration reichte dafür nicht (vgl. Cox/Mac Ginty 1996: 124). Der Erfolg der Neutralitätspolitik hing stark von der geographischen Lage des Kleinstaates und von seiner militärischen Stärke ab. Wenn sein Territorium für eine Großmacht strategisch relevant war, bestand keine Garantie dafür, dass der stärkere Staat im Konfliktfall diese Neutralität respektieren würde. Deswegen war es für einen neutralen Kleinstaat notwendig, über eine glaubwürdige militärische Verteidigung zu verfügen (vgl. Schmidt 2003: 19). Die geringe Verteidigungskraft eines Kleinstaates, der sich in strategisch wichtiger Position für eine Großmacht befindet, war besonders gefährlich: Es bestand das Risiko, dass eine Großmacht in diesem Kleinstaat ein „*militärisches Vakuum*“ (Handel 1990: 92) sieht und insbesondere in Zeiten internationaler Spannungen diese Leere durch eine militärische Besetzung füllen will, um einer anderen rivalisierenden Großmacht zuvor zu kommen oder um ihre eigene strategische Ausgangsposition für bevorstehende Konflikte zu verbessern (vgl. Schmidt 2003: 19). Der Vorteil des neutralen Status für Kleinstaaten lag also in der Möglichkeit, nicht in Konflikte der Großmächte hineingezogen zu werden, somit verringerte die Neutralitätspolitik den Grad der fremden Durchdringung. Neutralität wurde demnach als Mittel zur Wahrung der eigenen Souveränität gesehen (vgl. Jaquet 1980: 187).

In der modernen Welt hat sich die Art der militärischen Konflikte allerdings verändert: Sie spielen sich vermehrt innerhalb der Staatsgrenzen, in Form von Bürgerkriegen oder Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten militärischen Gruppen, ab. Demgegenüber hat die Wahrscheinlichkeit eines klassischen militärischen Konfliktes

in Form von einem zwischenstaatlichen Krieg stark abgenommen und damit auch die Bedeutung der Neutralität im traditionellen Sinn (vgl. Goetschel 2004: 226). Zukunft der Neutralitätspolitik als sicherheitspolitische Option ist also ziemlich ungewiss.

Heutzutage beruht die Neutralität mehr auf historischen Traditionen eines Staates (z.B. in der Schweiz galt Neutralität fünf Jahrhunderte lang als außen- und sicherheitspolitische Maxime) und auf überzeugter öffentlicher Einstellung zu Neutralität als Garant für Unabhängigkeit: In einem solchen Staat ist Neutralität ein fester Bestandteil seiner außenpolitischen nationalen Identität. Neben dieser innenpolitischen Bedeutung kann der Neutralität auch noch eine außenpolitische Rolle zukommen: Außenpolitik der neutralen Staaten gilt als weniger interessenorientiert als diejenige anderer Länder. Sie kommen nicht in den Verdacht, imperiale Ziele zu verfolgen und haben ein positives Image (vgl. Goetschel 2004: 228). Trotzdem ist es oft nur ein politischer Standpunkt mit einer „*judicial definition*“ (Harden 1994: 145), der vielmehr den Status eines Symbols errungen hat (vgl. ebd.: 156). Die Neutralität als normativer Orientierungspunkt und Glaubwürdigkeitsfaktor für ihre Friedens- und Sicherheitspolitik kann für Kleinstaaten also durchaus noch eine Rolle spielen (vgl. Goetschel 2004: 228).

Bezüglich der Kirgisischen Republik wird zu analysieren sein, ob dort die sicherheitspolitische Option der Neutralität überhaupt in Betracht gezogen und aus welchen Gründen sie abgelehnt oder angenommen wurde.

2.2.2.2 Die Politik der Allianzen

Sometimes it seems as if small states are like small boats, pushed out into a turbulent sea, free in one sense to traverse it; but, without oars or provisions, without compass or sails, free also to perish. Or, perhaps, to be rescued and taken on board a larger vessel.

*(former Secretary-General of the British Commonwealth,
Shridath Ramphal, zitiert in Harden 1985: 4)*

Es gibt keine eindeutige Definition des Begriffes „Allianz“, was sehr oft zu Schwierigkeiten führt, Allianzen von Bündnissen, Koalitionen oder anderen ähnlichen Vereinigungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger bedeuten Allianzen normalerweise *“the long-term political-military relationship of several states, which is reflected by a treaty binding two or more independent states to come to each other's*

aid with armed force, under circumstances specified in the casus foederis article of the treaty" (International Military and Defense Encyclopedia 1993: 116).

Militärische Allianzen zählen auch zu den sicherheitspolitischen Strategien, mit deren Hilfe Kleinstaaten versuchen, ihr Sicherheits- und Machtpotenzial auszubauen. Wie schon erwähnt, befinden sich Kleinstaaten in einem ständigen Sicherheitsdilemma. Sie können ihre militärische Sicherheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten und sind somit auf eine Politik der Allianzen angewiesen, um als souveräner Staat zu überleben (vgl. Rothstein 1968: 25). Da eine Fremdbestimmung nicht vollständig auszuschließen ist, wählt der Kleinstaat denjenigen Partner, dessen Interessen weitestgehend mit denen des Kleinstaates übereinstimmen. Ferner soll so der niedrige Einfluss auf internationaler Ebene ausgebaut werden (vgl. Amstrup 1976: 174).

Michael I. Handel unterscheidet zwischen

- einer auf der freien Wahl basierenden formalen Allianz eines Kleinstaates mit einer Großmacht,
- dem informellen „*Patron-Klient-Verhältnis*“ einer Großmacht mit einem Kleinstaat,
- Kleinstaaten in einem System kollektiver Sicherheit und
- Allianzen mehrerer Kleinstaaten untereinander (vgl. Handel 1990: 119-156).

Er kommt dabei zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Eine Allianz mit einer Großmacht ist für den kleineren Partner mit Risiken verbunden: Verstrickung in die Konflikte der Großmacht, große Abhängigkeit von der Großmacht und folglich sehr geringe Handlungsspielräume des kleineren Partners in der Außenpolitik (vgl. ebd.: 129). Aber aufgrund der „*democratic-egalitarian-liberal*“ (ebd.: 155) Normen, die heutzutage im internationalen System herrschen, ist diese Form von Allianzen für die schwächere Seite sicherer geworden, als sie es früher war.
- Eine Patron-Klient-Beziehung ist eine „*ungleiche*“ (ebd.: 132) aber zugleich „*vorteilhafte*“ (ebd.: 148) Partnerschaft. Ein Kleinstaat kann vom größeren Partner Schutz oder materielle Hilfe bekommen, dafür aber soll er Dienste leisten, die seinen Handlungs- und Entscheidungsspielraum bezüglich vieler internationaler Fragen erheblich einschränken. Fast in jeder Angelegenheit

soll der Standpunkt eingenommen werden, der mit dem der Großmacht übereinstimmt. Das Risiko besteht also darin, dass solch eine Allianz eine fremde Durchdringung des Kleinstaats durch die Großmacht erleichtert, seine Souveränität gefährdet und seine Abhängigkeit vom Patron verstärkt wird.

- Eine Allianz aus mehreren Kleinstaaten ist wenig geeignet, das Sicherheitspotential eines Kleinstaates zu vergrößern. Die Kosten dafür sind höher als bei einer Allianz mit einer Großmacht, und die Effektivität eines solchen Bündnisses ist gering einzuschätzen (vgl. Handel 1990: 153-156).
- Als „*the best solution specifically for small states*“ (Rothstein 1968: 244) wird eine multilaterale Allianz angesehen, insbesondere dann, wenn sie aus einer Großmacht und mehreren anderen Staaten besteht. Wenn die Interessen der Großmacht mit den Interessen des Kleinstaats übereinstimmen, kann der kleine Partner von der Zusammenarbeit mit dem großen Partner profitieren. Normalerweise trägt der Kleinstaat ganz wenig zur gemeinsamen Verteidigung bei und nutzt somit das Potenzial der Großmacht aus (vgl. Handel 1990: 152).

Wenn Kleinstaaten eine Allianz eingehen, bekommen sie zusätzliche Garantien für ihre Sicherheit dadurch, dass ihre Mitglieder sich für den Fall eines Angriffs durch einen Drittstaat die gegenseitige Unterstützung zusagen. Gleichzeitig aber büßen sie einen Teil ihrer Handlungsfreiheit ein und werden zusätzlichen Risiken und Gefahren, die sie alleine wahrscheinlich meiden könnten, ausgesetzt (vgl. Jundzis 1996).

“Military cooperation arrangements have the disadvantage of small states often having to “buy” their security with a deficit of participation in decision-making. This is especially true in the case of alliances”. (Goetschel 2000: 12)

Ein weiterer wichtiger Grund, warum die Rolle der Allianzen in ihrer alten Form in Frage gestellt werden sollte, ist die Tatsache, dass eine militärische Beistandsklausel gegenüber den „*neuen*“ Bedrohungen, wie z.B. ökologischen Katastrophen oder Terrorismus kaum Nutzen bringen kann. Gegen solche Gefahren kann man sich nur schwer „*verteidigen*“, hier sind vielmehr gemeinsame Problemlösungsansätze gefragt, wie sie etwa im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen oder anderer multilateraler Foren angestrebt werden (vgl. Goetschel 2004: 226).

Allianzen können jedoch, ergänzend zu ihrer ursprünglichen verteidigungspolitischen Kernfunktion, weitere Leistungsmerkmale aufweisen: So hat sich etwa der

Nordatlantische Verteidigungspakt (NATO) zu einer umfassenden sicherheitspolitischen Koordinationsinstanz entwickelt, die der Planung und Durchführung friedensfördernder Aktionen dient. Insofern können militärische Allianzen als Unterstützungs- und Koordinationsorganisation im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik für Kleinstaaten noch von Bedeutung sein (vgl. Goetschel 2004: 229).

Auf die Kirgisische Republik bezogen könnten die o.g. Allianzen folgendermaßen aussehen: Als Allianz mit einer Großmacht wäre es denkbar, Bündnisse mit Russland, China oder den USA zu schließen. Letzteres ist wegen der geographischen Distanz auf den ersten Blick unwahrscheinlich. Eine derartige Partnerschaft mit einer Großmacht wäre auch als Patron-Klient-Beziehung nicht ausgeschlossen. Ein Bündnis mit kollektiver Sicherheit könnte z. B. Mitgliedschaft im System kollektiver Sicherheit im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten bedeuten. Für eine Union mit anderen „*schwachen Staaten*“ bestünden mehrere Optionen: Zum einen der Zusammenschluss der zentralasiatischen Staaten untereinander, zum anderen wäre aber auch eine Allianz mit den islamischen Ländern in Eurasien vorstellbar. Im weiteren Verlauf der Arbeit soll auf diese Optionen näher eingegangen werden.

2.2.2.3 Aktive Außenpolitik

*“Small is also a peppercorn, but it makes itself felt”
(Korsisches Sprichwort) (zitiert in Thüerer 1998: 33)*

Eine Chance für Kleinstaaten, ihren außenpolitischen Spielraum zu erweitern, bietet das Konzept der aktiven Außenpolitik, oder wie Ole Elgström es nennt, das Konzept der „*Verhaltensintensität*“ (Elgström 1983: 267).

Elgström verweist auf drei Arten von Zielsetzungen einer aktiven Außenpolitik:

- Sicherheitsziele (die Erhaltung der eigenen Staatlichkeit und territorialen Integrität),
- Wohlstandsziele (die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung durch die Außenpolitik) und
- die Förderung von Werten als Ziel (die Förderung der Durchsetzung eigener Werte in der internationalen Politik) (vgl. Elgström 1983: 271 f.).

Den ersten zwei Zielsetzungen dient die Strategie der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und die der politischen und wirtschaftlichen Integration. Um im internationalen System wahrgenommen zu werden und seinen Einfluss zu steigern, ist es für einen Kleinstaat notwendig, aktives Mitglied in einer Vielzahl internationaler Organisationen zu sein (vgl. Elgström 1983: 268). Ihm wird meist ein von der Größe völlig unabhängiger basaler Mitgliedschaftsstatus zugestanden, der zur Wahrnehmung bestimmter Mitsprachemöglichkeiten (das Prinzip „*One state - One vote*“) und zur Sitzgewinnung in Kommissionen berechtigt (vgl. Geser 2004: 150; Dosenrode-Lynge 1993: 56). Da internationale Organisationen dem Kleinstaat die Chance eröffnen, im Rahmen eines einzigen Interaktionsfelds mit einem Minimum an organisatorischem Eigenaufwand Zugang zu vielfältigen transnationalen Kontakten zu gewinnen, kann er auf diese Weise von der Möglichkeit profitieren, seine knappen Ressourcen für institutionelle Außeninteraktion effizienter auszunutzen (vgl. Geser 2004: 149).

Die wirtschaftliche und politische Integration, eine von Kleinstaaten häufig gewählte Strategie, ihren Einfluss zu erhöhen, hat ähnliche Vorteile für Kleinstaaten, wie die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Wirtschaftlich sollen damit die eingeschränkten Möglichkeiten des eigenen Marktes ausgeglichen und der Zugang zu größeren Märkten gesichert werden, um den Außenhandel zu diversifizieren (vgl. Vogel 1979: 30). Außerdem kann mit Hilfe der politischen Integration die „*Willkür der Großen*“ durch bestimmte Regeln ersetzt werden. Die Kleinstaaten erhalten Mitgestaltungsrechte und haben infolgedessen größeren Einfluss auf den Entscheidungsprozess. Weiter verleiht die Mitgliedschaft in einem Integrationsbündnis gegenüber Drittstaaten mehr Prestige und Gehör (vgl. Dosenrode-Lynge 1993: 217f.). Dies kann der Kleinstaat durch eine aktive Politik innerhalb des Bündnisses weiter ausbauen (vgl. Woyke 1985: 344f., 375). Die Integration wird häufig für den Kleinstaat sogar als der „*einzig mögliche Lebensweg*“ (Hirsch 1974: 448) gesehen.

Die dritte Zielsetzung – die Förderung von Werten durch aktive Außenpolitik auf internationaler Ebene – ist für kleine und schwache Staaten deshalb wichtig, weil sie so einen Beitrag zum Abbau von Spannungen im internationalen System leistet. Je stärker sich ein zivilisiertes Miteinander der Akteure in der globalen Politik durchsetzt, desto sicherer können sich die Kleinstaaten ihrer Existenz sein. Je schärfer die

Weltgemeinschaft Interventionen in andere Staaten verhindert, desto stärker verringert sich für Kleinstaaten die Gefahr, selbst Opfer einer Invasion zu werden (vgl. Schmidt 2003: 21). Deswegen treten Kleinstaaten in der Regel für die Einhaltung der normativen Grundsätze des Völkerrechts ein und versuchen, andere Staaten dazu zu bewegen, Konflikte auf friedliche Weise zu lösen. Ein Kleinstaat kann auch versuchen, sich in internationalen Kreisen als Vermittler zu profilieren und damit Ansehen zu schaffen (vgl. Dosenrode-Lynge 1993: 95).

“(...) smaller states can serve important roles as transmitters or in getting processes starting and moving. On certain occasions and under the right circumstances, they might actually exercise a certain degree of influence, whether acting through international organisations or on a bilateral basis.” (Schmidl 2001: 85)

Das Image der Kleinstaaten in den Augen der Weltöffentlichkeit ist für diese von großer Bedeutung. Denn je weniger die Politik eines Kleinstaates anerkannt wird desto weniger werden sich andere Staaten für sein Fortbestehen im Falle einer Bedrohung einsetzen (vgl. Schmidt 2003: 21).

Das Konzept der aktiven Außenpolitik bietet den Kleinstaaten also verschiedene Optionen, ihren außenpolitischen Handlungsspielraum zu erweitern. Es ist im Folgenden zu prüfen, welche dieser Strategien von Kirgisistan in welchem Maße und mit welchem Erfolg bei der Gestaltung seiner Außenpolitik angewendet werden.

2.2.3.4 „Defensive Acquiescence“ und Adoption

Während aktive Außenpolitik auf die Erweiterung des Handlungsspielraums eines Kleinstaates und auf die Verminderung von Dependenz abzielt, geht die Strategie „*defensive acquiescence*“ (Mouritzen 1983: 239) (verteidigendes Nachgeben) einen anderen Weg. In einer zunehmend interdependenten Welt es ist unwahrscheinlich, dass ein Kleinstaat unabhängig von Außenfaktoren und von den ihn umgebenden Großmächten agieren kann. Die Abhängigkeit und Durchdringung von außen bis zu einem gewissen Grad lässt sich nicht immer verhindern. In diesem Fall gibt es für Kleinstaaten die Möglichkeit „*defensive acquiescence*“ als außenpolitische Strategie anzuwenden, die eine gewisse Dependenz akzeptiert und versucht, „*das Beste daraus zu machen*“ (Mouritzen 1983: 239). Die Option „*defensive acquiescence*“ kann auch als eine Art von „*Anpassung an die Umwelt*“ oder Adaption¹⁸ eines

¹⁸ Das Konzept der Adaption stammt aus der behavioristischen Schule (mehr dazu Rosenau 1970).

Kleinstaat an das internationale System angesehen werden (vgl. Schmidt 2003: 22). Der Sinn der Anpassung liegt darin, dass der Kleinstaat in bestimmten Bereichen dem Außendruck nachgibt, um in anderen Gebieten seine eigenen Ziele zu erreichen, somit bedeutet diese Option keine totale Selbstaufgabe oder den Verzicht auf staatliche Unabhängigkeit. Außerdem haben Kleinstaaten genügend Spielraum, selbst zu entscheiden, wie weit und in welchen Bereichen sie diesem Druck nachgeben wollen und „*partners of dependence*“ (Elgström 1983: 264), d.h. Akteure, von denen sie abhängen, selbst auszuwählen.

Man unterscheidet zwischen direkter und indirekter „*defensive acquiescence*“:

- Direkte „*defensive acquiescence*“ ist eine Konzession gegenüber einem Akteur, der als Bedrohung perzipiert wird. Die Motivation der Anpassung liegt also in der Abwehr, Verhinderung und Milderung einer negativen Sanktion (vgl. Schmidt 2003: 22).
- Indirekte „*defensive acquiescence*“ ist eine Konzession gegenüber einem Akteur, der als potentieller Verbündeter betrachtet wird. Die Motivation der Anpassung liegt in der Gewinnung der Sympathie und Unterstützung des anderen Staates. Der andere Akteur kann als Schutz gegen einen weiteren, als feindlich perzipierten Staat fungieren (vgl. Mouritzen 1983: 251 ff.).

„*Defensive acquiescence*“ ist nicht nur einem bestimmten Akteur gegenüber anzuwenden, sondern kann auch als Anpassungsstrategie an die vorherrschenden Werte und Bedingungen des internationalen Systems gelten. Nach dem Niedergang des Sozialismus ist die Demokratie zur dominierenden Herrschaftsform in der internationalen Politik geworden. Ohne Adaption daran würde sich der Kleinstaat der Gefahr aussetzen, sich außenpolitisch zu isolieren, da westliche Staaten und von ihnen kontrollierte internationale Organisationen anderen Ländern ihre politische und ökonomische Hilfe nur dann anbieten, wenn ihr System auf die vorherrschenden Werte der Demokratie und Marktwirtschaft, ausgerichtet ist (vgl. Schmidt 2003: 23).

Bezogen auf die Analyse der kirgisischen Außenpolitik gilt es in weiteren Kapiteln zu beurteilen, ob bestimmte außenpolitische Entscheidungen eine Anpassung oder Konzession an die Umwelt bzw. anderen Staaten gegenüber darstellen und mit welchem Erfolg diese Option der kleinstaatlichen Außenpolitik von Kirgisistan angewendet wird.

2.3 Möglichkeiten und Grenzen kleinstaatlicher Außenpolitik

Möglichkeiten und Verhaltensweisen der Kleinstaaten variieren, den Typen des internationalen Systems, in dem sie agieren, entsprechend, erheblich (vgl. Bjøl 1971: 29). Während des Kalten Krieges waren Kleinstaaten *"pawns in a global competition for superpower status"* (Hey 2003: 1). Heute genießen sie mehr internationales Prestige, als je zuvor. Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen hat zur erhöhten Rolle der Kleinstaaten als Subjekten im internationalen System geführt. Dank der allgemeinen Stärkung völkerrechtlicher Normen und der globalen Stellung der UNO können Kleinstaaten ein gleichberechtigter Teil von internationalen Strukturen sein und ihre außenpolitische Relevanz verstärken. Zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes mussten Kleinstaaten ihre „Selbstständigkeit“ in defensiver Weise erhalten (vgl. Geser 2004: 153). Im modernen internationalen System ist ihr „*physisches Überleben*“ in den meisten Fällen gewährleistet: Kleinstaaten können ihre politische Integrität dauerhaft bewahren (vgl. ebd.: 142).

In der Zeit der bipolaren Weltordnung hatten Kleinstaaten wegen der Weltteilung durch die Ideologie, einen ganz kleinen Spielraum. Die strategischen Rahmenbedingungen für Kleinstaaten heute gestalten sich in mehrfacher Hinsicht günstiger als vor 1989: Jetzt steht den Kleinstaaten ein erheblich erweitertes Spektrum an Handlungsmöglichkeiten offen. So bietet die neue Weltordnung, die *„durch eine Vielzahl neuer und annähernd grenzenloser (pluri-)bilateraler und (inter-) regionaler Beziehungen zwischen Staaten, Staatenverbünden und Internationalen Organisationen“* (Schubert 2005: 272) geprägt ist, eine größere Vielfalt an Kooperationsmöglichkeiten für Kleinstaaten. Die kleine ehemalige sowjetische Republik Kirgisistan kann jetzt *„die ewige Freundschaft“* mit der Russischen Föderation proklamieren und gleichzeitig die amerikanische Ausrichtung als eine ihrer außenpolitischen Prioritäten erklären, ein Mitglied im Nordatlantischen Kooperationsrat und NATO-Partnerschaft für den Frieden sein und parallel die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit zusammen mit Russland, China und anderen zentralasiatischen Staaten mitbegründen.

Ein weiteres Strukturmerkmal der neuen Weltordnung ist die zunehmende Globalisierung, die für einen Kleinstaat Chance und Herausforderung zugleich

bedeutet. Lokale und regionale Entwicklungen beeinflussen alle Akteure des internationalen Systems. Betroffen von diesem Trend ist – mit dem Phänomen des internationalen Terrorismus – auch der Bereich der Sicherheit. In Politik, Sozialem und Ökologie muss ähnliches festgestellt werden: Lokale Lösungen greifen nicht mehr, globale Lösungen müssen her (vgl. Ruloff 2005: 17). Die neue Bedrohungslage und der allgemeine Ruf nach internationaler Kooperation begünstigen die Position von Kleinstaaten auf zweifache Weise: Einerseits lastet der materielle und militärische Druck vorrangig auf den großstaatlichen Partnern, andererseits führt die Existenz einer allumfassenden Bedrohung wie z.B. jener des internationalen Terrorismus aber auch zu einer erhöhten Einbeziehung kleinstaatlicher Verhandlungspartner bei der Abhandlung internationaler Sicherheitsfragen.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben sich also die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der kleinstaatlichen Außenpolitik entscheidend verändert: Kleinstaaten haben außenpolitisch gesehen mehr Optionen, ihre Ziele zu erreichen, als während des Kalten Krieges. Dennoch bleiben Kleinstaaten schwache Staaten mit ihrer Ressourcenknappheit und ihrem politisch-militärischen Machtdefizit. Die harten Realitäten der internationalen Beziehungen zeigen, dass, obwohl Kleinstaaten in der Zeit nach dem Kalten Krieg nicht mehr Objekte des Werbens oder der Rivalität der Großmächte sind, sie mit der steigenden Rolle der regionalen Mächte zu Objekten von deren Interessen und Politiken werden.

Grundsätzlich ist die Rolle der kleinen und schwachen Staaten in der internationalen Politik sehr begrenzt: sie führen eher Politik durch, als sie zu formulieren. So sind internationale Verträge praktisch wirkungslos, wenn sie von „großen“ Staaten keine Zustimmung erhalten, von der die effektive Implementierung der Abkommen maßgeblich abhängt (vgl. Dilp/Siedschlag 2005: 3). Ferner üben Faktoren wie Globalisierung, Marginalisierung, Wettbewerbsdruck, zunehmende Armut, Klimaveränderungen und seine Folgen starken Druck auf Kleinstaaten aus.

Ein Kleinstaat bekommt nur dann vielfältige Möglichkeiten, *„wenn er durch Einfallsreichtum, taktisches Geschick und andere Intelligenzleistungen wettmachen kann, was ihm an politisch-militärischer und ökonomischer Machtentfaltung fehlt“* (Geser 2004: 153).

„Zum ersten Mal in der Geschichte haben kleine Staaten eine reale Möglichkeit, eigene Sicherheit und nationale Souveränität im Rahmen von regionalen und globalen Verträgen zu sichern. Die Strategie der Suche der Unterstützung durch eine Supermacht, zu deren Satelliten wir werden und die uns für unsere Loyalität und Servilität unsere nationale Sicherheit garantiert, ist nicht mehr sinnvoll. Das ist unsere große Chance.“ (Rede des ersten postkommunistischen Präsidenten Bulgariens Ž. Želeu im Bulgarischen Fernsehen am 23.06.1991. Zitiert in Robejsek 1999: 188)

Die Frage, ob es für den Kleinstaat Kirgisistan die Zeit der „*großen Chancen*“ oder die Zeit der „*großen Risiken*“ (Hey 2005: 2) ist, wird im weiteren Verlauf der Arbeit beantwortet.

3. Historische Grundlagen, politische und institutionelle Rahmenbedingungen einer eigenständigen Außenpolitik der unabhängig gewordenen Kirgisischen Republik

3.1 Der geschichtliche Überblick bis zur Auflösung der Sowjetunion

Als eigenständiges, völkerrechtlich anerkanntes Subjekt der internationalen Politik trat die Kirgisische Republik erst 1991 auf die Bühne der Weltpolitik. Doch auch ihre geschichtlichen Erfahrungen vor dem Jahr der Erlangung der Unabhängigkeit sind bei der Analyse der kirgisischen Außenpolitik von großer Bedeutung, da die Außenpolitik eines Landes im Wesentlichen vom Faktor „*Geschichte*“ bestimmt wird. Der Faktor „*Geschichte*“ beinhaltet zunächst die historischen Erfahrungen seit der Bildung des Karakirgisischen Autonomen Gebiets im Jahre 1924 innerhalb der Sowjetunion, denn erst unter der Sowjetmacht wurde Kirgisistan in seinen heutigen Grenzen definiert. Mit dem Faktor „*Geschichte*“ ist aber nicht ausschließlich die neuzeitliche Geschichte Kirgisistans gemeint. Viele der Motive, die das außenpolitische Agieren der Kirgisischen Republik seit jeher in sehr entscheidendem Maße prägen, haben ihre Wurzeln in der gesamten Geschichte des Landes und Volkes: Das wechselvolle Schicksal der Kirgisen wurde jahrhundertlang von ihren großen Nachbarn bestimmt, gegen die sie sich behaupten mussten. Daher soll im dritten Kapitel kurz die gesamte Geschichte des kirgisischen Volkes vor 1991 untersucht werden.

3.1.1 Die Geschichte Kirgisistans vor 1917: Wechselnde Fremdherrschaften

Das Gebiet Kirgisistans ist als einer der ältesten Orte der menschlichen Zivilisation bekannt. Die archäologischen Forschungen zeigen, dass Urmenschen hier seit der Steinzeit gelebt haben. Die ältesten Spuren, die im Gebiet der Berge Tenir-Too und im östlichen Teil des Ferghanatals gefunden wurden, gehen sogar bis in die Altsteinzeit (300 000 v. Chr. – 140 000 v. Chr.) zurück (vgl. Ibraimov 2001: 96). Die ersten namentlich erwähnten Bewohner Kirgisistans waren die Saken¹⁹, die im Tien-Schan („*Himmelsgebirge*“) in der Zeit vom VI. – III. Jahrhundert v. Chr. lebten und

¹⁹ Ein zu den Skythen gezähltes Volk in Zentralasien, das nomadische wie sesshafte Elemente beinhaltete.

ständig für ihre Unabhängigkeit kämpfen mussten: Im Jahr 530 v. Chr. gegen den persischen Herrscher Cyrus II., den Begründer der Achämenidendynastie, in den Jahren 519 bis 518 v. Chr. gegen dessen Nachfolger Darius I., im IV. Jahrhundert v. Chr. gegen die Armee des griechisch-makedonischen Eroberers Alexander der Große und im II. Jahrhundert v. Chr. gegen den starken Nomadenbund, den Juetschschen (Tocharen) (vgl. Abazov 2004: xix; Ploskich 2003: 46-53).

Das Volk der Kirgisen wurde zum ersten Mal in chinesischen Chroniken 201 v. Chr. erwähnt. Genau zu diesem Zeitpunkt eroberte das mächtige Nomadenbündnis unter der Leitung der starken turksprachigen Hunnen eine Reihe von Gebieten: „... (*Khan Maodun (Regierungszeit 209-174 v. Chr) besiegte im Norden die Völker von Hunju, Zjuische, Dinlin, Gegun²⁰ und Sinli*“ (zit. in: Ploskich 2003: 53). Seitdem war die kirgisische Geschichte eine Geschichte der Invasionen, Kriege, Eroberungen und Fremdherrschaften. Im I. Jahrhundert v. Chr. befreite sich ein Teil der kirgisischen Stämme von der Macht der Hunnen und zog nach Jenissej und Baikal. Somit wurde das südzentrale Sibirien zu ihrer neuen Heimat. Hier gründeten sie etwa im V. Jahrhundert n. Chr. einen frühfeudalen Staat Kirgis, dessen politische Geschichte durch den permanenten Kampf um Unabhängigkeit gegen Türken, Siren, Chinesen und Uiguren gekennzeichnet war (vgl. Ploskich 2003: 75; Glenn E. Curtis 1996).

840 n. Chr. schlug die „*Sternstunde*“ in der Entwicklung der kirgisischen Staatlichkeit am Jenissej. Die Kirgisen setzten eine 100.000 Mann starke Armee gegen Ordu-Balyk, die Hauptstadt der Rivalen der Uiguren im Raum Orchon (Mongolei) in Bewegung und siegten (vgl. Ploskich 1998: 7). Danach umfasste das Großkirgisische Khanat den Süden Sibiriens, Mongolei, Baikal, die Oberläufe des Irtysch, einen Teil der Kaschgarien, Issyk-Kul und Talas. Zu dieser Zeit betraten die Jenissej Kirgisen zum ersten Mal das Gebiet des Tien-Schans. Aber das „*Kirgisische Großmachtsein*“ (nach dem bildlichen Ausdruck von Bartold V. V., zit. in: Ploskich 2003: 83) dauerte nicht lange. Im späten X. Jahrhundert blieben davon nur der Süden Sibiriens, Altai und der Südwesten der Mongolei. Im XI. und XII. Jahrhundert waren es nur noch Altai und Sajan. Den nächsten Eckpunkt der Geschichte markiert das Jahr 1207, als die Kirgisen am Jenissej von den Mongolen erobert wurden und infolgedessen dem Imperium von Dschingis Khan²¹ angehörten. 1293 war das Jahr des endgültigen

²⁰ Gegun (oder Gjan-Gun, Kigu, Zigu) war damals die chinesische Bezeichnung für die Kirgisen.

²¹ Eigentlich Temudschin (1155 oder 1162 – 18. August 1227), ein hochmittelalterlicher Khan der Mongolen.

Untergangs der kirgisischen Staatlichkeit am Jenissej, die erst nach fast 700 Jahren unter anderen historischen Bedingungen und auf einem anderen Territorium wiedergeboren wurde (vgl. Koitschuev/Ploskich/Usubaliev 1996: 68)

Neben den Saken bewohnte der Stammesbund der Usunen²² (II. Jahrhundert v. Chr. – V. Jahrhundert n. Chr.) das Gebiet des heutigen Kirgisistan (vgl. Ploskich 2003: 56-60). Im V. – VI. Jahrhundert gehörte das kirgisische Territorium zum Reich der Hephthaliten²³ und später (VI. – VII. Jahrhundert) zum Göktürken-Reich²⁴ und zum Khaganat der Westtürken²⁵, dessen politisches Zentrum - Sujab – im Tschuital war. Anfang des VIII. Jahrhunderts ging die politische Macht auf dem Gebiet des heutigen Kirgisistan für kurze Zeit an das Reich der Türgesch²⁶ und dann an die Karluken²⁷ über, deren Herrschaft bis zur Mitte des X. Jahrhunderts andauerte. Zwei Jahrhunderte lang war das kirgisische Territorium ein Teil des Reiches der Karachaniden²⁸ (vgl. Zhukov 1965: 257-258).

1219–1221 eroberte die Armee von Dschingis Khan ganz Zentralasien, Afghanistan und einen Teil Irans. Nach dem Tod Dschingis Khans 1227 wurden diese Territorien unter dessen vier Söhnen verteilt. Ostturkestan und Zentralasien, darunter das Gebiet des heutigen Kirgisistan, gehörten von 1227-1280 zum Reich des Tschagatai (vgl. Ploskich 2003: 105-107). Mit dem Verfall der Mongolenreiche bildete sich in der Region das Khanat Moghulistan aus lose assoziierten türkischen, mongolischen und kirgisischen Stammesverbänden. Letztere waren seit dem XI. Jahrhundert aus dem Gebiet des Oberen Jenissejs nach Nord-Kirgisistan eingewandert. Dieses Khanat wurde im Zuge der zahlreichen Feldzüge Timurs²⁹ (1371, 1375, 1377-1379, 1383, 1389, 1390) verwüstet und dann erobert (vgl. Ibraimov 2001: 124; Ploskich 2003: 109-110).

²² Ein altes Turkvolk in Zentralasien.

²³ Ein von Hephthaliten um 425 n. Chr. begründetes Reich in Mittelasien, das bis 563 n. Chr. bestand.

²⁴ Das Reich der Göktürken bestand von 552 n. Chr. bis 745 n. Chr. als Verbindung nomadischer Stämme. Es zerbrach an inneren Konflikten und an den Auseinandersetzungen mit dem Kaiserreich China, erstreckte sich aber über große Teile Asiens und bildete so einen Meilenstein in der frühen Geschichte der Turkvölker.

²⁵ Die nach der Aufteilung des Göktürken-Reichs (581 n. Chr. - 603 n. Chr.) im Westreich gebildete mächtige Stammesföderation (603 n. Chr. - 659 n. Chr.).

²⁶ Ein altes uigurisch-stämmiges Turkvolk. Sein Siedlungsgebiet lag in der Talasregion zwischen dem Talas Balchaschsee Ili und dem Issyk-kul.

²⁷ Ein uigurisch-stämmiges Turkvolk, das ab 766 n. Chr. zwischen Altai und Syr-Daria nomadisierte.

²⁸ Die türkische Dynastie in Transoxanien ("Land jenseits des Oxus" - die Wüstenregion zwischen Amudarja (Oxus) und Syrdarja) (840 n. Chr. –1212 n. Chr.).

²⁹ Ein zentralasiatischer Anführer und Eroberer (1336 n. Chr. - 1405 n. Chr.).

Im XVII. Jahrhundert kämpften die Kirgisen unaufhörlich um ihre Existenz gegen die Dschungaren³⁰. Gerade von der mehr als 100 Jahre dauernden Herrschaft der Dschungaren befreit, drohten ihnen jetzt von der einen Seite das Qing³¹ Imperium, das schon Ostturkestan erobert hat, und von der anderen Seite das immer aggressiver werdende Khanat von Kokand³². Darüber hinaus waren die Beziehungen zu den Kasachen ziemlich gespannt. Die Jahrhunderte dauernde Unterdrückung durch wechselnde Herrschaft veranlasste die Kirgisen, den Beistand eines stärkeren Staates zu suchen. Sie mussten sich dabei zwischen dem Nordwesten oder dem Südosten entscheiden. Sie zogen das wirtschaftlich und kulturell weiter entwickelte, mächtige Russland, das dazu noch weit genug entfernt war und keine direkte Bedrohung für die Kirgisen darstellte, den rückständigen, feudal organisierten Staaten des Südostens, vor. Allerdings kam das zaristische Russland seiner Schutzpflicht gegenüber dem Volk im Süden nicht gerade vorbildlich nach, es war zu europazentriert (vgl. Schilling 1987: 189). Als z. B. die Horden des Khanats von Kokand über das Territorium Kirgisistans herfielen und es eroberten, blieb der Beistand Russlands aus. Wenig später suchten die Kirgisen wiederholt Unterstützung bei Russland, die sie schließlich erhielten: Am 17. Januar 1855 haben die Bugu Kirgisen³³ dem russischen Kaiser den Treueid abgelegt. 1862 wurden das Tschuital und das Kemin Gebiet in das Russische Imperium einbezogen, im Jahre 1863 kamen auch die Kirgisen aus dem Zentralen Tien-Schan und 1864 die Ketmen-Tjube Kirgisen hinzu (vgl. Ploskich 2003: 169-172). Somit wurde der Norden Kirgisistans friedlich an Russland angeschlossen, was man von seinem südlichen Teil überhaupt nicht behaupten konnte. Der heftige Widerstand der südlichen Kirgisen in Ferghana, Alai und Pamir, die noch unter der Herrschaft des Khanats von Kokand standen, gegen die im Zuge der Expansionspolitik weiter und weiter nach Zentralasien vordringenden russischen Armeen (mehr dazu Kappeler 2006: 140-143) wurde erst im April 1894 endgültig gebrochen (vgl. Ibraimov 2001: 136-137) und ihre Territorien wurden in das Russische Imperium eingegliedert.

Die freiwillig angeschlossenen und gewaltsam eingenommenen Gebiete der Kirgisen und der anderen zentralasiatischen Völker wurden in den russischen Staatsverband

³⁰ Ein westmongolischer Stamm, der als Stammeskonföderation vom XV. n. Chr. und zum XVIII. Jahrhundert n. Chr. weite Teile Zentralasiens kontrollierte.

³¹ Die 1644-1911 in China herrschende Mandschu-Dynastie.

³² Das usbekische Khanat mit der Hauptstadt im Ferghanatal: Kokand (1710-1876).

³³ Der größte kirgisische Stamm.

integriert und in das neugeschaffene „*Generalgouvernement Turkestan*“ umgewandelt. Dieser Prozess hatte u.a. folgende Konsequenzen:

- in politischer Hinsicht: die Bannung der Gefahr von den östlichen Nachbarstaaten und dem Britischen Imperium erobert zu werden; die Einstellung der feudal-gentilen inneren Fehden, die zur politischen Zerrissenheit führten; die Abschaffung der Sklaverei,
- in ökonomischer Hinsicht: die Beteiligung der früher geschlossenen Region mit patriarchalisch-feudalen Verhältnissen an den wirtschaftlichen Prozessen des entwickelteren Staates des aufsteigenden Kapitalismus; der Übergang zur Sesshaftigkeit,
- in kultureller Hinsicht: das Interesse der russischen und ausländischen Wissenschaftler an der Erforschung der Geschichte Kirgisistans, seines Territoriums, seiner Natur und Sprache; der Einfluss der progressiven Ideen, der demokratischen Kultur des russischen Volkes auf die geistige Entwicklung der kirgisischen Gesellschaft (vgl. Ploskich 2003: 178-179).

Die nationale und die soziale Freiheit wurde dem kirgisischen Volk aber nicht zugesprochen, genauso wenig wurde es von Unterdrückung und Ausbeutung befreit, da das zaristische Russland nach dem Ausdruck von Lenin V. I. „*das Gefängnis der Völker*“ (zit. in Ploskich 2003: 179) war.

3.1.2 Die Geschichte Kirgisistans innerhalb der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken (UdSSR)

Das russische Zarenimperium brach unter den Erschütterungen des Ersten Weltkriegs (1914-1918) und der Russischen Revolution 1917 auseinander und wurde im Wesentlichen auf das russische Kernland reduziert. 1918 wurde Russland zur Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) proklamiert. Seine peripheren Regionen blieben zunächst formal autonome Republiken: 1918 gehörte Kirgisistan der neugegründeten Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) Turkestan, innerhalb der RSFSR, an. Die Motivation, ein „*festes, unzerstörbares Bündnis*“ zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Russlands herzustellen, wird durch folgende Aussage Stalins verdeutlicht:

„Zentralrussland, dieser Herd der Weltrevolution, kann sich nicht lange ohne die Hilfe der Randgebiete halten, die Roh- und Brennstoffe sowie Lebensmittel in Hülle und Fülle haben. Die Randgebiete Russlands sind ihrerseits ohne die politische, militärische und organisatorische Hilfe des höher entwickelten Zentralrussland unausbleiblich zu imperialistischer Knechtung verurteilt.“ (Stalin 1971: 309)

Es folgte ein Prozess der Reorganisation Zentralasiens und Eingliederung in den am 30. Dezember 1922 gegründeten föderalistischen Bundesstaat, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Es wurde beschlossen, Zentralasien in mehrere Republiken aufzuteilen, um das Entstehen einer großen türkisch-islamisch geprägten Region innerhalb des Sowjetstaats zu verhindern (vgl. List 2006: 5). Am 14. Oktober 1924 kam es zur Bildung des Karakirgisischen Autonomen Gebiets, das am 25. Mai 1925 in Kirgisischer Autonomer Bezirk (Autonome Oblast) umbenannt und am 1. Februar 1926 in Kirgisische Autonome Sowjetische Sozialistische Republik umgebildet wurde. Mit der neuen Verfassung der UdSSR am 5. Dezember 1936 wurde Kirgisistan zur Sozialistischen Sowjetrepublik und war in seinem Status den anderen Unionsrepubliken gleichgestellt (vgl. Abazov 2004: xxvi; Ploskich 1998: 9).

Die Konfiguration der Kirgisischen Republik, die sich schließlich herauskristallisiert hatte, fiel kaum mit natürlichen Grenzen zusammen. Es resultierte in einigen Gebieten eine seltsame geopolitische Situation, in der Teile der einen Republik in die andere Republik hinein ragten und so kleine „*Inseln*“ und „*Landzungen*“ bildeten. Ein Beispiel dafür ist das Ferghanatal, das sich zwischen Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan aufteilt: Kirgisistan hat dort eine Exklave, ein kleines vom usbekischen Territorium umgebenes Dorf Barak; innerhalb der Kirgisischen Republik gibt es vier usbekische Enklaven (die Städte Sokh und Shah-i-Mardan und die winzigen Territorien Chuy-Kara und Dzhangail) und zwei tadschikische Enklaven. Diese Politik lässt sich mit dem sprichwörtlichen Prinzip altrömischer Außenpolitik umschreiben: „*divide et impera*“ („*teile und herrsche*“). Damit wurde ein Konfliktstoff geschaffen, der mit der Perestroika aufbrechen sollte.

3.1.2.1 Die innenpolitische Entwicklung der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Die Aufnahme Kirgisistans als Mitglied in die gemeinsame Familie der sowjetischen Völker öffnete ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes, das sich nicht eindeutig beurteilen lässt.

Die Sowjetunion war, wie der Name schon sagt, zwar eine Union (sozialistischer Sowjetrepubliken) mit der föderalistischen Administrativstruktur, de facto aber ein unitarisch regierter Staat mit einer allmächtigen Zentrale. Jede Republik hatte eine eigene Verfassung, ein eigenes Vertretungsorgan (Oberster Sowjet) und eine eigene Regierung, die reale Macht besaß man aber nur im Moskauer Kreml, der mit Hilfe der Kommunistischen Partei alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den Republiken bestimmte und kontrollierte.

Formal galt der Oberste Sowjet als das höchste Staatsorgan in Kirgisistan. Auch auf Gebiets-, Bezirks- und Lokalebene wurden Sowjets eingerichtet. Alle zwei bis vier Jahre waren die kirgisischen Bürger aufgerufen, die Deputierten dieser Sowjets zu wählen. Allerdings kontrollierte die Kommunistische Partei durch die Auswahl der Kandidaten die Zusammensetzung dieser Sowjetparlamente. Die Verflechtung von Partei- und Staatsapparat erfolgte durch die Besetzung aller wichtigen Staats- und Verwaltungsämter durch Parteimitglieder (vgl. Geiß 2006: 165). Im Zentrum des politischen Systems der Kirgisischen Republik befand sich also die Kommunistische Partei, die alle Entscheidungen an sich zog. Sie bildete ein Politbüro und Zentralkomitee (ZK), denen alle anderen landesweiten Parteiorgane untergeordnet waren und die den Parteifunktionären politische Richtlinien vorgaben. Die Gebietskomitees waren den Bezirks- und Stadtkomitees größerer Städte vorgesetzt und kontrollierten die Amtsführung ihrer Untergebenen (vgl. ebd.). Viele von diesen Zellen entstanden erst im Rahmen der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, der Zwangsansiedelung von Nomaden und der Industrialisierung der Wirtschaft.

Die Kollektivierung wurde zum Bestandteil des ersten Fünfjahresplans von 1928 erklärt. Der Fünfjahresplan war ein von der staatlichen Planungskommission erarbeiteter Plan, welcher Entwicklung und Erträge für die gesamte wirtschaftliche Produktion der UdSSR vorgab. Der erste Fünfjahresplan sah eine radikale Neuorganisation der Landwirtschaft vor, mit dem Ziel, die Landwirtschaft zu industrialisieren, die Bauern zu Feldarbeitern abzuwerten und den Machtanspruch der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) auf dem Land durchzusetzen. Der allergrößte Teil des Bodens ging zur Nutzung an die Kollektivwirtschaften (Kolchosen) über. Zugleich wurde die Eliminierung der Kulaken, die von Stalin am 27. Dezember 1927 als „*Liquidation der Kulaken als Klasse*“ proklamiert worden war,

offiziell beschlossen. In Kirgisistan wurden die tribalen und islamischen Eliten „*Bais*“ als „*Kulaken*“ und „*Klassenfeinde*“ betrachtet, liquidiert oder nach Sibirien verbannt.

Die gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft wurde gegen heftigen Widerstand der Bevölkerung vollzogen: Bis 1940 befanden sich 98% aller kirgisischen Bauern in den Kolchosen (vgl. Anderson 1999: 11). Die Bauern resignierten und wurden faktisch zu Tagelöhnern, die sich nicht für die Ergebnisse ihrer Arbeit interessierten und nicht nach einer Leistungssteigerung strebten. Selbstverständlich übte diese Tatsache eine nachteilige Wirkung auf den Zustand der kirgisischen Landwirtschaft aus. Trotz der mehrmals durchgeführten Reformen und unternommenen Hilfsmaßnahmen der Unionsregierung im Agrarsektor und aufgrund des extensiven Charakters der landwirtschaftlichen Entwicklung und einer übermäßigen administrativen Regulierung der Tätigkeit der Kolchosen, befand sich die kirgisische Landwirtschaft Anfang der 90-er Jahre in einer kläglichen Lage.

Die kirgisischen nomadischen Viehhirten wurden im Zuge der Industrialisierung der Wirtschaft zu Industriearbeitern umgeschult. In den 20-30-er Jahren fand in Kirgisistan eine stürmische Entwicklung der Industrie statt. Bis 1937 wurden mehr als 200 große Betriebe der Textil- und Nahrungsmittelindustrie, Buntmetallverhüttung, Antimon- und Quecksilberproduktion gebaut. Hauptmaßnahmen der Industrialisierung aber wurden unternommen, um Mineral- und Energieressourcen auszubeuten, da Kirgisistan und letztlich ganz Zentralasien in Moskau von Anfang an als Lieferant von Rohstoffen gesehen wurde (vgl. Ploskich 2003: 217). 1940 förderte Kirgisistan etwa 40% der in ganz Zentralasien (ausgenommen Kasachstan) geförderten Kohle (vgl. Anderson 1999: 11) und diese Tendenz blieb bis in die 90er Jahre (vgl. Ploskich 2003: 280).

In den 50-80-er Jahren entwickelte sich die kirgisische Industrie weiter: Der Stolz der kleinen Republik waren die in der UdSSR und im Ausland bekannte Frunse-Landmaschinenfabrik, die Werkzeugfabrik, die den Namen des fünfzehnten Jahrestages der Kirgisischen Republik trug, der Verein „*Kirgisawtomasch*“, die Maili-Sai Elektrolampenfabrik, das Osch Seidenkombinat, der Osch Baumwollverein und andere Betriebe (vgl. ebd.: 270). Kirgisistan erzielte bedeutsame Erfolge in der Buntmetallverhüttung und der Energiewirtschaft, im vielzweigigen Maschinenbau, in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie. Aber hauptsächlich produzierte die Republik

nur Rohstoffe und alle ihre Bodenschätze waren unter der Kontrolle Moskaus (vgl. Ibraimov 2001: 148). In Kirgisistan wurden einige Uranerzvorkommen entdeckt, deren Rohmaterial für friedliche Weltraumnutzung und für die Herstellung der sowjetischen Atomwaffen benutzt wurde. Der ökologischen Sicherheit jener Gebiete schenkte man aber keine entsprechende Aufmerksamkeit.

In Folge der Industrialisierung kam es zu einer forcierten Masseneinwanderung von Fachleuten, vorwiegend aus Russland. Unter dem Vorwand der fehlenden Qualifikation wurden die Kirgisen nicht besonders in die industrielle Arbeit einbezogen, jedoch wurden auch keine Ausbildungsmaßnahmen für sie durchgeführt. In der Republik fand der Prozess der Russifizierung statt, und zielstrebig wurde dem menschlichen Bewusstsein das kommunistische ideologische Postulat übergestülpt, nämlich, dass es in Zukunft, in der Zeit des Kommunismus, keine verschiedenen Nationen geben wird, sondern nur eine Nation. Das Ergebnis dieses Prozesses war die Marginalisierung der Kirgisen und die grundlegende Veränderung der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung: Im Jahre 1989 bildeten die Kirgisen nur noch 52% der Gesamtbevölkerung (vgl. von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 156).

In der Unionswirtschaft wurden die Interessen Kirgisistans nicht immer und nicht in allen Bereichen in Betracht gezogen. In den Jahren der Sowjetmacht entwickelte sich die Wirtschaft des Landes als ein Bestandteil des staatlichen Volkswirtschaftskomplexes, einer innersowjetischen „*Arbeitsteilung*“. Ihre Grundlage war eine vielzweigige, aber auch einseitig ausgerichtete, auf Befriedigung der Unionsbedürfnisse gezielte Industrie. Dadurch war Kirgisistan stark von Exporten anderer Unionsrepubliken abhängig und nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen.

Die Sowjetisierung der Kirgisischen Republik veränderte deren Gesellschaft nachhaltig. Was die Rolle der Frauen in der Gesellschaft, die Säkularisierung der politischen Eliten und den Rückgang des Einflusses der Religion auf Politik und Gesellschaft und den Bildungs- und Gesundheitssektor betrifft, stellte die Sowjetisierung Kirgisistans eine Form der gesellschaftlichen Modernisierung dar. Die Vernichtung muslimischer Eliten ging mit Bemühungen einher, die russisch-sowjetische Kultur zu verbreiten und muslimisch-traditionelle Lebensformen zu unterbinden: Moscheen wurden geschlossen, Religionsunterricht wurde verboten, die Polygamie, das Levirat und die Verschleierung von Frauen wurden als „*Verbrechen*,

beruhend auf Tradition“ gebrandmarkt und unter Strafe gestellt, die lokale Gerichtsbarkeit wurde abgeschafft, die Träger der islamischen Rechtskultur wurden eliminiert (vgl. Anderson 1999: 12f.; Geiß 2006: 166).

Zu anderen Eingriffen, die die 74-jährige Sowjetära in verschiedenste Lebensbereiche des kirgisischen Volkes brachte, zählten:

- Die Schaffung und Förderung von volkssprachlichen Literatur- und Unterrichtssprachen;
- die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und als Folge die erfolgreiche Bekämpfung des Analphabetismus;
- die Eröffnung von Lehranstalten, Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften;
- die Einführung zunächst der lateinischen, 1940 der kyrillischen Schrift für die kirgisische Sprache, die vor 1928 das arabische Alphabet verwendete. In den wissenschaftlichen Kreisen wurde aber dennoch russisch gesprochen;
- die Entwicklung der kirgisischen nationalen Literatur, Musik und Kunst, unter Einfluss der sowjetischen Propaganda und unter Kontrolle der kommunistischen Ideologie;
- die Hebung des Lebensstandards durch Basisgesundheitsversorgung, eine hohe soziale Sicherung (vgl. von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 156; Hambly 1995: 248-249; Ibraimov 2001: 148-149; Eschment 2000: 24; Ploskich 1998: 9)

3.1.2.2 Kirgisische SSR in der internationalen Politik

Am 1. Februar 1944 verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR das Gesetz *„Über die Ausstattung der Unionsrepubliken mit Vollmachten im Bereich der Außenbeziehungen und in diesem Zusammenhang über die Reorganisation des Unionsvolkskommissariats der Auswärtigen Angelegenheiten in das unionsrepublikanische Volkskommissariat der Auswärtigen Angelegenheiten“*. Der Verfassung der UdSSR vom 5. Dezember 1936 wurde durch dieses Gesetz dem Artikel 60 (Kapitel 4: Die höchsten Organe der Staatsgewalt der Unionsrepubliken) Punkt e) angefügt:

Artikel 60: Der Oberste Sowjet der Unionsrepublik

- a) beschließt in Übereinstimmung mit Artikel 16 der Verfassung der UdSSR die Verfassung der Republik und nimmt in ihr Abänderungen vor;
- b) bestätigt die Verfassungen der in ihr bestehenden autonomen Republiken und bestimmt die Grenzen ihres Territoriums;
- c) bestätigt den Volkswirtschaftsplan und den Haushalt der Republik;
- d) hat das Recht der Amnestie und Begnadigung der von den Gerichtsorganen der Unionsrepublik verurteilten Bürger;
- e) bestimmt die Vertretung der Unionsrepublik im internationalen Verkehr;

Diesen Paragraphen entsprechend erließ der Oberste Sowjet der Kirgisischen SSR am 17. März 1944 das Gesetz über die Bildung des unions-republikanischen Volkskommissariats der Auswärtigen Angelegenheiten der Kirgisischen SSR. Gemäß diesem Gesetz erhielt die Kirgisische SSR, wie alle anderen Unionsrepubliken, das Recht, Beziehungen zu anderen Staaten direkt aufzunehmen, Verträge mit ihnen abzuschließen, konsularische und diplomatische Vertreter auszutauschen, Vertretungen in internationalen Organisationen zu haben und Führungspositionen im internationalen Verkehr wahrzunehmen (vgl. Toktomushev 2001: 7).

Der 17. März 1944 wurde der Tag der Bildung des Außenministeriums der Kirgisischen SSR. Für den Posten des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten schlug man den jungen Staatsmann Dikambaev K. D. vor. Nach einem sechsmonatigen Praktikum in Moskau wurde Dikambaev am 31. Juli 1944 zum Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Kirgisischen SSR ernannt. Gleichzeitig fing man an, den Apparat des Kommissariats zu bilden. Es war ein Personalbestand mit 35 Mitarbeitern vorgesehen, aber wegen der fehlenden qualifizierten diplomatischen Kader waren nur 4 Mitarbeiter im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der Kirgisischen Republik bis zum 17. Oktober 1944 tätig. Am 16. November 1954 wurde ein neuer Stellenplan von der Staatsstellenkommission unter dem Ministerrat der UdSSR angenommen, der jetzt nur 3 Stelleninhaber vorsah: Außenminister, stellvertretender Außenminister und Sekretär-Maschinenschreiberin (Stenotypistin).

1955 wurde schließlich das gesamte Vermögen des Außenministeriums vom Ministerrat der Kirgisischen SSR dem Haushalt des Ministerrats und der Akademie der Wissenschaften übergeben. Somit blieb vom Außenministerium Kirgistans nur seine Bezeichnung übrig (vgl. Toktomushev 2001: 7-14). Die in der Verfassung der UdSSR und der Kirgisischen SSR verankerten Veränderungen wurden nicht durchgeführt, da das eigentliche Ziel des Gesetzes vom 1. Februar 1944 war, nur die diplomatische Position Stalins in der Organisation der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Einführung der Außenministerien in allen Unionsrepubliken und den Gewinn der UN-Sitze für zwei von ihnen – Weißrussland und Ukraine – zu verstärken (vgl. Kazemzadeh 1994: 213). Diese Situation, die das nominale Funktionieren des Auswärtigen Amtes einer Unionsrepublik besonders betonte, erhielt sich bis Anfang der 90-er Jahre.

Kirgisistan hatte selten die Gelegenheit, hochgestellte ausländische Delegationen bei sich zu empfangen: Besuche des Premierministers Indiens, Radjiv Ghandi, und des Staatspräsidenten Finnlands, Urho Kalevi Kekkonen, Anfang der 1980-er Jahre sind wenige Beispiele.

Trotz der formalen Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken im Bereich der außenpolitischen Aktivitäten, wurde die Außenpolitik der UdSSR ausschließlich in Moskau durchgeführt und alle wichtigen politischen Entscheidungen wurden vom ZK der KPdSU getroffen. Das Außenministerium der Kirgisischen SSR war „*pure fiction*“ (Kazemzadeh 1994: 213). Es gab keine diplomatischen Beziehungen zur Außenwelt, weder Botschaften, noch Konsulate im Ausland und somit keinen qualifizierten diplomatischen Kader.

3.1.3 Perestroika und die Gewinnung der Unabhängigkeit

Mit dem Machtantritt Gorbatschows in der UdSSR und der Einleitung seiner Politik von Perestroika, trat die wirtschaftliche und politische Krise in allen Unionsrepubliken zu Tage; des Weiteren zeigte es sich, dass die Nationalitätenfrage gewaltiges Konfliktpotenzial aufwies. Kirgisistan erlebte vor dem Hintergrund einer sich zuspitzenden materiellen Krise im Juni 1990 eine Welle von Gewalt: Die Konflikte um Bau- und Ackerland in der kirgisischen Südprowinz Osch eskalierten zu einem

mehrere Monate andauernden blutigen Konflikt zwischen Usbeken und Kirgisen, der Hunderte Todesopfer forderte (siehe dazu: Bozdag 1991).

Das politische Zentrum in Moskau hatte einen Veränderungsprozess ausgelöst, der nicht mehr zu bremsen war. Von nun an übernahmen die Republiken die Rolle eines Reform-Motors, machten sich für die Abschaffung des alten Systems stark und versuchten ihre Souveränitätsrechte auszubauen (vgl. List 2006: 7). In der Kirgisischen Republik stellte sich die Frage nach Souveränität und Unabhängigkeit jedoch erst relativ spät. Eine Repräsentativbefragung im August 1990 bezüglich der Unabhängigkeitsbestrebungen der Bevölkerung und eine Volksbefragung im März 1991 bezüglich der Erhaltung der Sowjetunion in einer neuen Form zeigten deutlich, wie unterschiedlich weit fortgeschritten die Auflösungserscheinungen der alten Sowjetordnung und die Entstehung neuer nationaler Strukturen in den westlichen Republiken im Vergleich zu den östlichen waren. Während sich an erster Stelle 92% der Georgier und 91% der Balten für einen Austritt aus der UdSSR aussprachen, stimmten 92,9% der Kirgisen der Erhaltung der erneuerten Sowjetunion zu (vgl. Ibraimov 2001: 151; Vremja vom 16.03.2001: 1; Huskey 1997: 678).

In Kirgisistan wurde die staatliche Unabhängigkeit also nicht aktiv angestrebt – weder von der politischen Elite, noch von der Bevölkerung (vgl. Eschment 2000: 24) – sie kam für die Kirgisische Republik *„plötzlich und ziemlich unerwartet“* *„ohne langwierigen Kampf oder Blutvergießen“* (vgl. Karpat 1995: 177; 185), die nationale Unabhängigkeit ereignete sich einfach, als das Sowjetreich nach dem gescheiterten August-Putschversuch, der Annullierung des Unionsvertrags und nach der Gründung des neuen Staatenbundes der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) am 8. Dezember 1991 zusammenbrach. Kirgisistan hatte also keine andere Wahl, als *„unfreiwillig“* (Eschment 2000: 24) *„the trappings, and the burdens of sovereignty“* (Mandelbaum 1994: 2) anzunehmen.

3.2 Politische, ökonomische und gesellschaftliche Realitäten und Entwicklungen der jungen Kirgisischen Republik als Bedingungsfaktoren ihrer Außenpolitik

Der Zerfall der Sowjetunion, mit dem Kirgisistan völlig unvorbereitet konfrontiert wurde, bedeutete für den neuen, unabhängigen Staat eine Vielzahl von großen

Herausforderungen. Zunächst aber war für den jungen kirgisischen Staat die vordringlichste Aufgabe der Aufbau der eigenen Staatlichkeit, die innere Ausgestaltung der gewonnenen Souveränität. Es stellte sich insbesondere die Frage, nach welchem Modell das politische System gestaltet werden sollte. Eine weitere wichtige Aufgabe für die unabhängige Kirgisische Republik war es, ein neues Fundament für das Wirtschaftssystem zu legen, für welches früher die UdSSR sorgte. Praktisch über Nacht sollte Kirgisistan mit einem knappen Budget und ohne jegliche Erfahrung selbst für sein eigenes Volk sorgen (vgl. Capisani 2000). Im folgenden Abschnitt soll die politische Transformation Kirgisistans untersucht werden. Es ist zu analysieren, welche politischen Institutionen geschaffen wurden, wie demokratisch und effektiv sie arbeiten. Ebenso soll die Machtverteilung der einzelnen Staatsgewalten im politischen System betrachtet werden.

3.2.1 Die politische Transformation. Der Aufbau eines demokratischen politischen Systems

„From Khan to Comrade back to Khan“³⁴

Transformation wird als ein multidimensionaler Prozess definiert, der verschiedene Veränderungen im gesamten Gesellschaftssystem voraussetzt. Beim Transformationsprozess sind Kernbereiche wie Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die Einführung und Einhaltung marktwirtschaftlicher, rechtstaatlicher und demokratischer Prinzipien von besonderer Relevanz. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit wurde Kirgisistan vor die Aufgabe einer doppelten – politischen und wirtschaftlichen – Transformation gestellt. Der institutionelle Umbau erfolgte in der Kirgisischen Republik relativ rasch. Am 5. Mai 1993 verabschiedete das Parlament eine neue Verfassung, die viele gemeinsame Elemente, die sowohl der alten sowjetischen und der russischen Verfassung als auch westlichen Vorbildern entlehnt waren, enthielt (vgl. Eschment 2000: 24; Akajew 2001: 164). In ihrer Verfassung erklärte sich die Kirgisische Republik zu einem demokratischen Rechtsstaat und garantierte die Einhaltung der Grundrechte (vgl. Artikel 1/1 der kirgisischen Verfassung). In Anlehnung an die russische Verfassung wurde das Amt des Präsidenten eingeführt. Der kirgisische Präsident und das kirgisische Parlament

³⁴ Dieser Satz stammt von einem westlichen Kommentator (zit. in: Halbach 2006: 210), der sich zur Entwicklung von Herrschaft in Kirgisistan und im ganzen Zentralasien von der vor- bis zur nachsowjetischen Zeit äußerte.

werden in direkter, freier, gleicher und geheimer Wahl vom Volk bestimmt (vgl. Artikel 1/6 der kirgisischen Verfassung).

Weiterhin sah die neue demokratische Verfassung strikte Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative und ein ständig tagendes Einkammer-Parlament (Dschoogorku Kenesch) vor, das eine Fülle von Kompetenzen hatte: Es besaß die gesetzgeberische Initiative und das Budgetrecht, musste den Etat bestätigen und der Besetzung einer Reihe von Schlüsselpositionen zustimmen. In Ausnahmefällen konnten Gesetze ohne Unterschrift des Präsidenten in Kraft treten (vgl. Moder 2001: 13; Anderson 1997: 306f.). Der Präsident hatte das Vorschlags- oder Besetzungsrecht für alle entscheidenden Ämter und in bestimmten Fällen auch die Gesetzgebungsinitiative. Zudem gewährte die Verfassung dem Staatsoberhaupt ein Notverordnungsrecht³⁵.

In der ersten Hälfte der 90-er Jahre entsprach die politische Entwicklung in Kirgisistan noch den konstitutionellen Vorgaben. Das Land wurde im Westen plakativ als „*Insel der Demokratie im Herzen Zentralasiens*“ (Reinecke 1995: 5; Moder 2001: 13), „*showcase of democracy*“ (Gleason 1997: 100), „*Oase der Demokratie*“ (Barth/Karsch 2000: 33) dargestellt. Beim USA-Besuch des kirgisischen Präsidenten Akajew im Mai 1993 sprach der damalige amerikanische Präsident Bill Clinton Kirgisistan die Unterstützung seines Landes beim Übergang zu einem demokratischen System zu. Ein Sprecher des Weißen Hauses sagte damals, dass Präsident Clinton und Vizepräsident Al Gore „*Kyrgyzstan as a model for the other new independent states*“ (Klimmige 2005) auswählten, und Präsident Akajew „*for his government's bold pursuit of macroeconomic stabilization and democratic reform*“ (ebd.) lobten. Tatsächlich hatte Akajew in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft günstige Bedingungen für die demokratischen Institutionen und Organisationen, wie beispielsweise die unabhängigen politischen Parteien und Zivilgesellschaften, sowie eine freie Presse, geschaffen. Die von Akajew gewählte Politik der Demokratisierung des Landes stellte eine Anpassung an die vorherrschenden Werte des internationalen Systems dar. Ohne diese Art der Adaption drohte dem kleinen und schwachen Staat Kirgisistan die außenpolitische Isolation, da westliche Staaten und

³⁵ Als Notverordnung wird eine gesetzvertretende Anordnung der Exekutivgewalt im Krisenfall verstanden. Dieses Recht gibt dem Präsidenten im Ausnahmezustand weitreichende Möglichkeiten zur Regierung am Parlament vorbei per Dekret.

von ihnen kontrollierte internationale Organisationen ihre politische und ökonomische Hilfe an andere Länder mit deren demokratischer Ausrichtung verknüpften. In diesem Fall wurde also die Option der kleinstaatlichen Außenpolitik „*defensive acquiescence*“ (siehe dazu Kapitel 2.2.3.4) von Kirgisistan angewendet.

So erlebte Kirgisistan Akajews liberale Reformen bis 1994. Nach und nach erwies sich das „*liberal-demokratische*“ Modell aber als ein Modell ohne Bodenhaftung, ohne Verwurzelung in den politischen und gesellschaftlichen Realitäten des Landes (Halbach 2006: 207). Von 1994 an rückte der kirgisische Präsident von seiner Demokratisierungsstrategie ab und wandte sich autoritären Herrschaftsmethoden zu: seine Macht wurde durch mehrere Verfassungsreferenden wesentlich ausgebaut³⁶, mit dem Argument, „*die Verfassung von 1993 gebe ihm nicht mehr Macht als der Königin von England*“ (Eschment 2000: 25); Wahlen wurden von Fälschungen begleitet, sie waren weder frei noch fair; die Organisationsmöglichkeiten der Bürger wurden reduziert, zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Tätigkeit behindert, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurde eingeschränkt und die Medien in ihrer Berichterstattung stärker zensiert.

“[Akaev’s] regime has increasingly turned to authoritarian actions to consolidate its power and quell political opponents and independent media. The Kyrgyz government was widely criticized in 1995 for failing to conduct fair presidential and parliamentary elections, and again in 2000 for conducting widespread vote manipulation, harassing independent journalists, and routinely banning the strongest political opponents from participation in parliamentary and presidential elections.” (Nations in Transit (Kyrgyzstan chapter) 2004: 2)

So wuchs die Kluft beständig weiter zwischen dem liberalen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit im Lande aus. Für Kirgisistan wurde klar ein allgemeiner Trend hin zu einem autoritären Präsidialsystem. Spätestens seit den Parlaments-

³⁶ Während der Phase der Auseinandersetzungen mit dem Einkammer-Parlament ließ Akajew sich am 30. Januar 1994 durch ein Referendum seine Politik vom Volk bestätigen lassen: Damals stimmten 96,2 % für seine Reformvorhaben und sprachen ihm so das Vertrauen aus, eine Entscheidung, die Akajews Position gegenüber dem Parlament erheblich stärkte. Am 22. Oktober 1994 fand das zweite Referendum statt, in dem sich die überwiegende Mehrheit der Abstimmenden für die Einführung eines Zweikammerparlaments aus einer 70-köpfigen (seit 1999 60-köpfigen), nur gelegentlich zusammentretenden Volkskammer und einer 35-köpfigen (seit 1999 45-köpfigen), ständig tagenden Gesetzgebenden Kammer aussprach sowie dafür, dass Verfassungsänderungen zukünftig per Volksabstimmung abgesegnet werden müssen. Das Referendum vom 17. Februar 1996 erweiterte die Kompetenzen des Präsidenten erheblich, indem ihm u. a. das Recht auf Auflösung des Parlaments (unter bestimmten Bedingungen) zugestand. Seitdem bestimmte der kirgisische Präsident die Richtlinien in der Innen- und Außenpolitik. Am 17. Oktober 1999 ließ Akajew seine Politik und eine erneut zwischen ihm und dem Parlament umstrittene Verfassungsänderung über die Privatisierung von Agrarland per Volksabstimmung bestätigen: bei einer Stimmbeteiligung von 96 % sprachen sich 90 % zu Gunsten des Präsidenten aus. Am 2. Februar 2003 ließ Präsident Akajew in einem Referendum über eine neue Verfassung abstimmen, die seine Position weiter stärken sollte. (Vgl. Ibraimov 2001: 152; Moder 2001: 14; Fischer-Weltalmanach 2000: 444; Abazov 2004: 151).

und Präsidentschaftswahlen, die im Jahr 2000 unter internationaler Beobachtung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) abgehalten wurden, gilt Kirgisistan als ein autoritäres Präsidialregime (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2006: 3). Gegen die Einschränkung der demokratischen Partizipationsrechte regte sich sowohl im Parlament als auch außerhalb des Parlaments Widerstand. Eine breite, wenn auch stark fragmentierte Opposition bildete sich. Anfang 2002 verschärfte sich der Konflikt zwischen der Regierung und der Opposition. Regierungskritische Parteien, Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen hielten Kundgebungen ab und organisierten Protestmärsche. Im März 2002 kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizeikräften im südkirgisischen Aksy, bei denen sechs Zivilisten starben (vgl. von Gumpenberg/Steinbach 2004: 162; Bertelsmann Transformation Index 2003: 2). Unmittelbarer Auslöser für die Protestaktionen war die Inhaftierung des Oppositionspolitikers Beknasarow³⁷ im Januar 2002. Die Demonstranten artikulierten nun ihre Unzufriedenheit über die Regierung, deren administrative Untätigkeit, Korruption und mangelnde sozialpolitische Kompetenz. Erneut verurteilten Gerichte regierungsunabhängige Zeitungen, die kritische Artikel und Vorwürfe wegen Korruption und Amtsmissbrauch veröffentlicht hatten, zur Zahlung von Schadensersatz wegen Verleumdung³⁸. Die staatliche Druckerei weigerte sich dem Vernehmen nach, mehrere unabhängige Zeitungen wegen ihrer oppositionellen Haltung zu drucken. Ein Journalist, der Korruptionsvorwürfen nachgegangen war, starb unter dubiosen Umständen³⁹.

³⁷ A. Beknasarow wurde am 5.01.2002 in der Region Jalalabad festgenommen und beschuldigt, es 1995 unterlassen zu haben, einen Mord zu untersuchen. Damals war er als Ermittlungsbeamter für die Staatsanwaltschaft der Region tätig gewesen. Seine Anhänger vertraten hingegen die Ansicht, dass die Anklage dazu dienen sollte, ihn wegen seiner Kritik an der Regierung zu bestrafen. (Vgl. Jahresbericht 2003 von Amnesty International Deutschland)

³⁸ Die Tageszeitung „Moja Stolitsa“ musste im Juni 2003 ihr Erscheinen einstellen, nachdem sie wegen der Zahlung von Schadensersatz nach einer Verleumdungsklage in den Bankrott getrieben worden war. Über 30 Klagen wegen übler Nachrede waren gegen das Blatt infolge kritischer Artikel über führende Regierungsbeamte angestrengt worden. (Vgl. Jahresbericht 2004 von Amnesty International Deutschland)

³⁹ Am 15.09.2003 fand man den Leichnam des 27-jährigen E. Nasalow, Korrespondent der Zeitung „Kirgis Ruchu“, in einem Kanal in der Region Kara-su. Nach Angaben des Innenministeriums ergab die Autopsie keine Anzeichen für einen gewaltsamen Tod. Nasalows Vater erklärte hingegen, dass bei dem Toten eine gebrochene Hand und Stichwunden festgestellt worden seien. Wie seine Kollegen berichteten, hatte Nasalow Recherchen über Korruption auf höchster staatlicher Ebene angestellt und war kurz davor gewesen, seine Erkenntnisse zu veröffentlichen. Es gab daher Anlass zu der Vermutung, dass ein Zusammenhang zwischen seinem Tod und seiner journalistischen Tätigkeit bestand. (Vgl. ebd.)

Nach den Wahlen zum neuen, nunmehr aus einer Kammer bestehenden Parlament⁴⁰ am 27. Februar und 13. März 2005, die nach Angaben von OSZE-Beobachtern nicht demokratischen Standards entsprachen, kam es zu Unruhen und Protesten im Süden und Westen des Landes wegen angeblichen Stimmenkaufs und Wahlbetrugs (die Opposition gewann lediglich sechs Sitze), die schließlich am 24. März 2005 zur so genannten „*Tulpenrevolution*“ und zum Sturz des Akajew-Regimes führten. Präsident Askar Akajew floh nach Kasachstan, später nach Moskau, und erklärte am 4. April 2005 seinen Rücktritt. Oppositionsführer Kurmanbek Bakijew⁴¹ wurde zum Übergangspräsidenten bestimmt, bei den Präsidentschaftswahlen am 10. Juli 2005 mit dem überraschend hohen Ergebnis von 88,9% der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt und am 14. August 2005 feierlich in sein Amt eingeführt (vgl. Salimi-Asl 2006). Bakijew hat sich mit dem wichtigsten anderen kirgisischen Politiker Felix Kulow⁴², der im September 2005 in seinem Amt als Premierminister bestätigt wurde, in einem so genannten Tandem verbündet. Damit wurde verhindert, dass in Verbindung mit den Wahlen der traditionelle Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden (dazu mehr in Kapitel 3.2.3) zum Ausbruch kam. Bakijew stand für den Süden, Kulow für den Norden.

Die Bevölkerung nahm den Machtwechsel anfangs sehr positiv auf und setzte in den ersten Wochen all ihre Hoffnungen auf Bakijew. In vielen Gesprächen hörte man den Stolz heraus, diesen Umsturz aus eigener, demokratischer Kraft herbeigeführt zu haben. Mittlerweile ist bei den meisten Menschen aber Ernüchterung eingekehrt.

⁴⁰ Mit dem Verfassungsreferendum vom 2. Februar 2003 wurde das 75 Abgeordnete umfassende Einkammersystem wiedereingeführt.

⁴¹ Die politische Karriere Kurmanbek Bakijews (geb. 1949) begann unter der Ägide Akajews, in der er 1995 das Amt des Gouverneurs seiner Heimatregion Jalalabad übernahm. Wenige Jahre später brachte er es bis zum Premierminister (2000-2002). Im Mai 2002, nachdem die Miliz tödliche Schüsse auf Demonstranten abgefeuert hatte, verließ Bakijew die Regierung und ging in die Opposition, 2004 wurde er Führer des Oppositionsbündnisses „Volksbewegung Kirgisistans“. (Vgl. Eschment 2005: 3)

⁴² Felix Kulow (geb. 1948) war ein Vertrauter Akajews und Regierungsmitglied, bis es 1999 zwischen ihm und dem Präsidenten zu Unstimmigkeiten kam und er daraufhin in die Opposition ging. Der aus dem Norden stammende ehemalige KGB-General hat als Innenminister der kirgisischen Sowjetrepublik eine wichtige Rolle bei der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 gespielt. Unter Akajew setzte er seine politische Karriere fort. Dabei trat Kulow wiederholt von politischen Ämtern zurück, um gegen Missstände zu protestieren: Ende 1993 legte er das Amt des stellvertretenden Staatspräsidenten aus Protest gegen die Korruption in der Regierung nieder. Im April 1999 warf er Akajew in einem offenen Brief undemokratisches Vorgehen und Rechtsverstöße vor und quittierte das Amt des Bürgermeisters der Hauptstadt. Zwischendurch war er Gouverneur der Region Chui und Sicherheitschef der Kirgisischen Republik. Kulow wurde schließlich von der Akajew - Administration aus dem Verkehr gezogen, indem man ihn zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilte. Am Tag des Sturzes von Akajew (24. März 2005) wurde Kulow befreit. (Vgl. Eschment 2005: 4)

Die Zeit nach der Revolution brachte politische Destabilisierung und weitere wirtschaftliche Probleme im Lande. Im Herbst 2005 wurde die Labilität der neuen Regierung deutlich, als Kriminelle vor dem „*Weißes Haus*“⁴³ ihr Lager aufschlugen und versuchten, Druck auf die neuen Machthaber auszuüben. Gleichzeitig kam es in zahlreichen Gefängnissen zu Aufständen, und der Bevölkerung wurde wieder einmal die Schwäche der staatlichen Gewalt vor Augen geführt. Erst nach langen Verhandlungen von Premierminister Kulow mit dem wegen mehrfachen Mordes verurteilten Anführer der Aufständischen, sowie mit vereinten Militär- und Polizeikräften konnte die Situation in den Strafanstalten in und um Bischkek beruhigt werden (vgl. Hessenberger/Kasper 2006: 18). Im Januar 2006 setzte der Anführer einer regionalen Miliz aus dem Grenzgebiet zu China die Regierung unter Druck, indem er drohte, ihr die Kohle, deren Abbau er seit dem Umsturz kontrollierte, vorzuenthalten und so die an sich schon prekäre Energielage⁴⁴ zu verschärfen.

Diese Begebenheiten verdeutlichten einerseits die Schwäche der neuen Regierung in Bischkek und machten andererseits klar, dass mittlerweile Clan-Strukturen und kriminelle Organisationen (mehr dazu im Kapitel 3.2.3) die Fäden der Macht zogen. Die innenpolitische Stabilität war immer noch fragil. Dazu trugen vor allem die mäßigen wirtschaftlichen Erfolge in der Regierungszeit Bakijews bei. Das Leben der Bevölkerung verbesserte sich nicht. Nach wie vor wurden Korruption und Rechtsunsicherheit sowie mangelnde Reformbereitschaft als Hauptursachen für die Unzufriedenheit der Bevölkerung gesehen.

Im Mai 2006 organisierte die oppositionelle Bewegung „*Für Reformen*“, die die Regierung insbesondere zu einer Verfassungsreform drängte, einige Demonstrationen auf dem zentralen Platz der kirgisischen Hauptstadt (vgl. Katargin 2006a). Der Präsident Bakijew nahm diverse Veränderungen oberflächlicher Natur im präsidialen Apparat vor, ignorierte jedoch die grundlegenden Reformforderungen der Opposition, so dass es Anfang November 2006 zu einer tief greifenden politischen Krise in Kirgisistan kam. Nach sieben Tagen friedlicher Demonstrationen kam es aber zu einer vorläufigen Annäherung zwischen Opposition und Regierung sowie zur eilfertigen Verabschiedung einer neuen Verfassung (am 9. November

⁴³ Regierungsgebäude in Kirgisistan

⁴⁴ Der Winter in Kirgisistan ist ziemlich kalt, und das Land verfügt nur über wenige einheimische Energieträger. Der Großteil der benötigten Rohstoffe muss aus Usbekistan und Kasachstan importiert werden, wobei das Verhältnis zu Usbekistan sehr angespannt ist und die Regierung in Taschkent immer wieder den Öl- und Gashahn zudreht.

2006). Die Verfassungsänderungen sahen vor, dass die Vollmachten des Präsidenten eingeschränkt und die des Parlaments erweitert werden. Das Parlament sollte künftig aus 90 Abgeordneten bestehen und die Partei, die mehr als 50% der Stimmen erreicht, sollte in Zukunft den Premierminister stellen und die Regierung bilden (vgl. Karmanau 2006). Der Präsident behielt das Recht, die Regierung zu bestätigen, verlor jedoch sein alleiniges Recht, den Nationalen Sicherheitsdienst zu kontrollieren. Der Nationale Sicherheitsrat sollte in die Regierung integriert werden. (Vgl. Katargin 2006b) Am 9. November unterzeichnete schließlich Präsident Bakijew die vom Parlament bestätigte Verfassung. Die Änderung sei „*ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Demokratie*“, sagte das kirgisische Staatsoberhaupt. „*Es gibt hier keine Verlierer*“, unterstrich er. Bakijew zufolge schaffte die neue Verfassung ein „*Gleichgewicht*“. Sie sei das Ergebnis des Einverständnisses zwischen allen drei Gewalten und der Zivilgesellschaft (vgl. Die Zeit vom 9.11.2006).

Aber schon am 30. Dezember 2006 verabschiedeten die Abgeordneten angesichts einer drohenden Parlamentsauflösung seitens des Präsidenten und aus Angst, ihr Mandat zu verlieren, erneut eine Verfassung – später „*Verfassung Bakijews*“ genannt –, die dem Präsidenten einen Teil der Befugnisse zurückgab, die ihm genommen worden waren. Unter anderem wurde dem Präsidenten wieder die Kontrolle über alle Sicherheitsorgane übertragen. Außerdem durfte er die Gouverneure der Gebiete sowie die Leiter der staatlichen Verwaltungen in den Bezirken wieder ernennen. Die Abgeordneten willigten zudem ein, dem Präsidenten erneut das Recht der Regierungsbildung zu übertragen (vgl. MSN vom 18.09.2007: 5; Katargin 2006b).

Zu den politischen Entwicklungen, die im April 2007 erneut zu Unruhen im Lande führten, zählte auch der erzwungene Rücktritt der Regierung unter Kulow am 19. Dezember 2006. Am 29. Januar 2007 wählte das Parlament den bisherigen Landwirtschafts- und Industrieminister A. Issabekow zum neuen Premierminister, was Kulow als Bruch der Vereinbarung zwischen ihm und dem Staatspräsidenten Bakijew sah. Daraufhin erklärte er, sich den Gegnern Bakijews anschließen zu wollen (vgl. Sershen 2007a). Im Februar 2007 gründete Kulow die „*Vereinigte Front für eine würdige Zukunft Kirgisistans*“, um die oppositionellen Kräfte zu bündeln und mit ihnen vorgezogene Neuwahlen und den Rücktritt Bakijews zu erwirken (vgl. Sershen 2007b).

Eine Annäherung zwischen Opposition und Regierung versuchte der Staatspräsident Bakijew damit zu erzielen, dass er am 29. März 2007 A. Atambajew, den Vorsitzenden der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei Kirgisistans, zum amtierenden Regierungschef ernannte, nachdem das bisherige Kabinett unter Asim Issabekow überraschend zurückgetreten war. Bakijew beauftragte Atambajew mit der Bildung einer Koalitionsregierung, in der auch die Opposition vertreten sein sollte. Doch die Opposition weigerte sich, ihre Vertreter zu stellen und forderte eine vorgezogene Präsidentschaftswahl (vgl. RIA Novosti vom 07.04.2007).

Am 11. April 2007 begann die Opposition in Bischkek unter Leitung des ehemaligen Premierministers Felix Kulow mit den unbefristeten Massenprotesten. Die Führer der Opposition verkündeten erneut ihre Forderung nach der Absetzung des Präsidenten Kurmanbek Bakijew, der ihnen zufolge Reformen und Neuwahlen ablehnte. Die Oppositionskundgebungen wurden aber gewaltsam mit Tränengas und Blendgranaten durch die Miliz beendet (vgl. Aslanov 2007).

Die Zeit seit den Demonstrationen vom April 2007 war verhältnismäßig ruhig. Die alten Probleme des Landes waren jedoch auch die aktuellen: zunehmende Korruption- und Vetternwirtschaft, Einfluss der organisierten Kriminalität auf die Politik, Konfliktpotential durch ungeklärte Eigentumsverhältnisse und illegale Landnahmen, Spannungen zwischen Kirgisen und anderen Ethnien und eine unbefriedigende verfassungsrechtliche Lage. Seit September 2007 befand sich Kirgisistan in einer Verfassungskrise. Das bisherige, im Dezember 2006 angenommene Grundgesetz, war vom Verfassungsgericht am 14. September 2007 außer Kraft gesetzt worden. Laut dem Beschluss war das Grundgesetz in einem rechtswidrigen Verfahren angenommen worden: Bei der Verabschiedung der Verfassung im Jahr 2006 habe das Parlament seine Kompetenzen überschritten, denn das Grundgesetz aus dem Jahr 2003 war per Volksabstimmung angenommen worden und könne nur per Volksabstimmung außer Kraft gesetzt werden, so das kirgisische Verfassungsgericht in seinem Urteil (vgl. RIA Novosti vom 17.09.2007). Mit der Außerkraftsetzung der Verfassung war das kirgisische Parlament handlungsunfähig, denn nach der alten Verfassung musste es aus sieben Ausschüssen bestehen, es gab aber fünfzehn. Das Oberste und das Verfassungsgericht waren nicht mehr legitim, weil die Richter im Frühjahr 2007 nach der neuen Verfassung gewählt wurden. Als Folge mussten alle bisherigen

Gerichtsurteile in Frage gestellt werden; auch die Wahlkommission und die kirgisische Regierung waren unzulässig, weil sie nach der neuen Verfassung gebildet wurden. Dieses Rechtschaos machte die Situation im Lande noch instabiler und komplizierter.

Am 21. Oktober 2007 fand in Kirgisistan ein Referendum zur Änderung der Verfassung statt. Abgestimmt wurde über den vom Staatspräsidenten vorgelegten neuen Verfassungsentwurf und über ein neues Wahlgesetzbuch. Nach offiziellen Angaben wurde die neue Konstitution von 80%⁴⁵ der Wahlberechtigten mit gut 75% gutgeheißen. Die neue Verfassung hatte einen Menschenrechtsteil und entsprach in der Struktur des Organisationsteils dem westlichen Verfassungsmodell. Andererseits wurde die lokale Selbstverwaltung geschwächt; die Abgeordneten waren weitgehend von den politischen Parteien abhängig; der Justizminister hatte die Möglichkeit, einzelne Parteien zu „deregistrieren“. Alle Gewaltministerien - vor allem der Sicherheitsapparat – waren dem Staatspräsidenten unterstellt. Träger hoher Ämter konnten von ihm entlassen werden.

Laut der neuen Verfassung soll das Parlament ausschließlich nach Parteilisten gewählt werden und aus 90 Abgeordneten bestehen. Für den Einzug ins Parlament muss eine Partei landesweit die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und mindestens 0,5% der Wählerstimmen in jeder Region erhalten. Den Premierminister stellt die Partei, die mehr als 50% der Abgeordnetenmandate bekommt. Die Entlassung der Regierung am 24. Oktober 2007 erklärte der kirgisische Präsident Bakijew mit dem Inkrafttreten des neuen Grundgesetzes.

Am 16. Dezember 2007 wurden erstmals in der Geschichte Kirgisistans Parlamentswahlen nach Parteilisten durchgeführt. Um die 90 Parlamentssitze bewarben sich zwölf Parteien. Nach der Auswertung von unglaublichen 95% der

⁴⁵ Von einer Beteiligung von 80% der Wahlberechtigten kann aber keine Rede sein. Die Regierung hat die Zahl offensichtlich manipuliert. Denn von den rund 2,7 Millionen wahlberechtigten kirgisischen Bürgern leben 800 000 bis 1 Million nicht dort, wo sie offiziell registriert sind – viele von ihnen als illegale Arbeitskräfte in Russland und Kasachstan. Der Ort der Registrierung ist jedoch ausschlaggebend für das Wahlregister. Es ist kaum anzunehmen, dass mehrere hunderttausend Personen nur für diese Abstimmung zu ihren Herkunftsorten zurückgekehrt sind. Die Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) äußerten sich enttäuscht über den Ablauf der Wahl. Der Chef der OSZE-Beobachtermmission, Kimmo Kiljunen, sprach von einer „*verpassten Gelegenheit*“. Die Wahl habe eine ganze Reihe von Kriterien der OSZE nicht erfüllt. Es sei sogar ein „*Rückschritt*“ gegenüber dem Jahr 2005 zu verzeichnen, sagte Kiljunen (NZZ vom 18.12.2007).

Wählerstimmen sind 48,8% auf die von Präsident Kurmanbek Bakijew nach kasachischem und russischem Vorbild binnen kürzester Zeit gegründete eigene Partei „Ak Dschol“ („Weißer Weg“) entfallen (vgl. RIA Novosti vom 18.12.2007). Auf Platz zwei folgte mit 8,7% die Oppositionspartei „Ata-Meken“ mit dem ehemaligen Parlamentssprecher Omurbek Tekebajew an der Spitze, sie schaffte aber die 0,5%-ge Regionalhürde nicht und zog deswegen nicht ins Parlament (vgl. NZZ vom 18.12.2007: 3). Ins Parlament schafften es neben „Ak-Dschol“ nur die Sozialdemokraten von Ex-Premier Almasbek Atambajew und die Kommunisten unter Führung von Ishak Masaliejew, die mehr als 5% der Wählerstimmen bekamen. Die Präsidentenpartei besitzt im neuen Parlament nun eine komfortable Zweidrittelmehrheit mit 71 von 90 Sitzen. Somit hat Bakijew seine Macht im Parlament gefestigt und der Opposition die Handlungsfreiheit auf die politische Entwicklung des Landes eingeschränkt. Die engere Machtkontrolle durch Bakijew könnte aber in Zukunft zu Frustrationen in der kirgisischen Bevölkerung, zur Wiederkehr der berüchtigten Demonstrationen oder sogar zu einer neuen Volksrevolution führen.

Es ist noch nicht allzu lang her, da galt Kirgisistan als Vorbild für eine demokratische Entwicklung in der zentralasiatischen Region. Davon ist heute nicht mehr viel übrig geblieben. Die vielen Hoffnungen, welche die „Tulpenrevolution“ vom März 2005 ausgelöst hatte, sind leider nicht erfüllt worden. Zwar wurde der seit 1991 regierende Askar Akajew aus dem Amt und aus dem Land gejagt, doch sein Nachfolger, Kurmanbek Bakijew eiferte seinem Vorgänger immer mehr nach. Anstelle des Akajew-Clans aus dem Norden des Landes beherrscht nun der Bakijew-Clan aus dem Süden Politik und Wirtschaft. In Kirgisistan gab es keine Revolution, d.h. keine wirkliche Änderung des Systems, sondern lediglich einen Wechsel des Personals an der Spitze des Staates. Im Vergleich zur Orangen-Revolution in der Ukraine und der Rosen-Revolution in Georgien hat sich in der Kirgisischen Republik wenig verändert.

3.2.2 Die wirtschaftliche Transformation

Die Ausgangslage für den Aufbau eigener und effektiver volkswirtschaftlicher Strukturen war extrem schwierig, da die Kirgisische Republik in die gemeinsame Planwirtschaft der Sowjetunion eingebunden war und daher eine vollkommen auf

den Markt der Sowjetunion ausgerichtete Wirtschaftsstruktur hatte. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verlor das Land, das im sowjetischen planwirtschaftlichen System zu den am wenigsten entwickelten und ärmsten Gebieten der ehemaligen UdSSR⁴⁶ und zu den am stärksten subventionierten Teilrepubliken gehörte, Moskau als seinen Hauptsponsor und die natürlich gewachsenen Märkte innerhalb der UdSSR. Die Industrie brach fast völlig zusammen.

Das schwierige sowjetische Erbe (siehe dazu Kapitel 3.1.2.1) war der Hauptgrund dafür, dass die Zeit der Unabhängigkeit in der Kirgisischen Republik mit einer großen wirtschaftlichen Rezession begann. Bis 1996 fielen in Kirgisistan die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren dramatisch ab und mit ihnen der Lebensstandard der Bevölkerung: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) sank 1991 um 5%, 1992 schon um 19,1%, 1993 um 16,4% und 1994 sogar um 20,1%, 1995 ging das BIP um weitere 6,8% zurück; 1996 lebten 44% der Bevölkerung in Armut; die Umbruchphase nach der Erlangung der Unabhängigkeit führte in Kirgisistan zu Inflationsraten in vierstelliger Höhe (1993 1208%) (vgl. Dzhekshenkulov 1996: 12; Managing Globalization in Selected Countries with Economics in Transition (United Nations Publication) 2003: 103).

Angesichts der Tatsachen, dass Kirgisistan ein Kleinstaat und dazu noch rohstoffarm ist, konnten die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme nur mit der internationalen Finanzhilfe gelöst werden. Deswegen unterstützte die kirgisische Regierung marktwirtschaftliche Reformen, um diese internationale Hilfe zu bekommen. Während die anderen rohstoffreichen Länder sich dem internationalen Druck für Reformen widersetzen konnten, indem sie auf ihre Erdöl-, Gas- und Mineralreserven zurückgriffen, wurde Kirgisistan vom internationalen Finanzsystem abhängig, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern.

Am Anfang des Transformationsprozesses schlugen die Weltbank und IWF-Experten der Kirgisischen Republik als den einzigen möglichen Weg, die kirgisische Wirtschaft zu reformieren, die Durchführung der Politik der „*Shock Therapy*“⁴⁷ vor, die voraussetzt, dass die Reformen mit dem Schwerpunkt der makroökonomischen

⁴⁶ 1990 lag das kirgisische BIP pro Kopf um 41% unter dem sowjetischen Durchschnitt (vgl. Mangott 1996: 147).

⁴⁷ Zum Doktrin der Schocktherapie siehe Marangos 2002: 41- 76.

Stabilisierung schnell, innerhalb von kürzester Zeit, nicht länger als zwei Jahre, eingeführt werden (vgl. Abazov 1999). Die freie Marktwirtschaft wurde als das einzige perfekte Modell der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen und die Eliminierung der Staatssubventionen und der staatlichen Preiskontrolle und die Dezentralisation der Außenhandelsregulierungen betrachtete man als unvermeidlich.

Die Regierung Kirgisistans versuchte ständig alle Empfehlungen der Experten der internationalen Organisationen zu befolgen. Man könnte Kirgisistan einen Musterschüler des Westens in Bezug auf Marktwirtschaftsreform nennen, denn in keinem anderen GUS-Staat wurden westliche Vorschläge und Grundvorstellungen derart weitgehend verwirklicht wie in diesem Kleinstaat (vgl. Götz/Halbach 1996: 226), was die Kirgisische Republik zum „*Liebling internationaler Finanzorganisationen*“ (Halbach 2006: 207) machte. Kirgisistan hatte im Wesentlichen vier miteinander verbundene Aufgaben zu lösen: makroökonomische Stabilisierung, Systemtransformation von der Plan- zur Marktwirtschaft, Strukturwandel und Neuordnung der wirtschaftlichen Außenbeziehungen innerhalb der ehemaligen UdSSR und gegenüber der Weltwirtschaft (vgl. Höhmann 1992: 33).

Im Juli 1992 verabschiedete das kirgisische Parlament ein von Akajew vorgeschlagenes radikales Wirtschaftsprogramm, das eine Art „*Schocktherapie*“ vorsah und von IWF- und Weltbankexperten empfohlen und ausgearbeitet worden war. Dieses Programm hatte 3 Hauptziele:

- die Abschaffung der alten Zentralplanwirtschaft, sowie der vom Staat kontrollierten Preise und Subventionen bzw. die allgemeine Liberalisierung der kirgisischen Wirtschaft;
- die Entwicklung der nationalen Finanz- und Banksysteme und die Einführung einer Nationalwährung;
- die Privatisierung des Staatseigentums und die Erweiterung des Privatsektors (vgl. ebd.; Barth/Karsch 2000: 36-37; Fischer/Sahay/Carlos 1996: 46).

Noch im Jahr 1992 schaffte Kirgisistan viele Institutionen der Zentralplanwirtschaft ab, stellte die Subventionen an die staatlichen Betriebe ein und baute staatliche Preiskontrollen weitgehend ab (vgl. Managing Globalization in Selected Countries with Economics in Transition (United Nations Publication) 2003: 93).

Die Einführung der Nationalwährung war eine Voraussetzung für die Stabilisierung der kirgisischen Volkswirtschaft, da die makroökonomischen Entwicklungen in Kirgisistan – einem Kleinstaat in der Rubelzone – von den Entwicklungen in Russland und anderen GUS-Ländern dominiert worden waren. Am 10. Mai 1993 gab Kirgisistan als erste ehemalige Sowjetrepublik Zentralasiens ein eigenes Zahlungsmittel aus, den Kirgisischen Som, der den Rubel aus der Sowjetzeit ablöste. Der kirgisische Som konnte sich zu einer verhältnismäßig stabilen Währung, die frei konvertierbar ist, entwickeln (vgl. Götz/Halbach 1996: 226) und hat nach den stürmischen Märzereignissen von 2005 kaum an Parität verloren. Es bestehen keine Restriktionen im internationalen Geldtransfer.

Nach offiziellen kirgisischen Quellen wurden seit 1991 mehr als zwei Drittel der staatlichen Betriebe privatisiert (vgl. Bertelsmann Transformation Index 2003: 8). Auch die Privatisierung von Agrarland wurde legalisiert. Kirgisistan ist damit das erste Land Zentralasiens, das die Privatisierung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens legalisiert hat (vgl. Barth/Karsch 2000: 34). Die Privatisierung setzte aber keineswegs einen Prozess der allgemeinen Umverteilung von Vermögen in Gang, sondern führte vielmehr zur Bereicherung einer kleinen Oberschicht, die bereits zu Sowjetzeiten Schlüsselpositionen innehatte und heute noch in enger Beziehung zur politischen Macht steht. Die einfache Bevölkerung Kirgisistans bezeichnete die unkontrollierte und intransparente Privatisierung als „*Prihvatisierung*“, was aus dem Russischen als der „*illegale Erwerb des Eigentums*“ übersetzt werden kann. Shleifer und Vishny benutzten auch die „*grabbing hand*“ - Analogie für „*Prihvatisierung*“, in der die Politiker ihre eigennützigen anstatt die öffentlichen Interessen und Ziele verfolgen (vgl. Shleifer/Vishny 1998).

Die makroökonomische Stabilisierung wurde 1996 erreicht, als die Inflation unter Kontrolle gestellt wurde. Die Währung stabilisierte sich und die wichtigen makroökonomischen Indikatoren fingen an sich zu verbessern. 1996 und 1997 wurden mit Wachstumsraten von 5,6% bzw. 9,9% zu Erfolgsjahren (vgl. Abazov 1999). Positives Wirtschaftswachstum ging hier aber von tiefstem Niveau aus und zeigte noch keine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung an. Diese Aufschwungphase wurde von einer durch die Finanzkrise in Russland ausgelösten Depression ab Mitte 1998 abgelöst, die die Strukturdefizite der kirgisischen Wirtschaft bloßlegte (vgl. Managing Globalization in Selected Countries with

Economics in Transition (United Nations Publication) 2003: 93). Ab 1998 setzte aber eine langsame wirtschaftliche Erholung ein. Die Inflationsrate verringerte sich, der Wechselkurs stabilisierte sich, die Wirtschaft wuchs jährlich bis zu 5%. Dennoch lag 2002 das BIP noch 34% unter dem Ausgangsniveau von 1991 (vgl. von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 160).

In punkto Außenhandelsliberalisierung spielte Kirgisistan eine Vorreiterrolle. 1998 trat Kirgisistan als erster Staat in Zentralasien der Welthandelsorganisation (WTO) bei, was eine umfassende Außenhandelsliberalisierung nach sich zog. Geschichte und isolierte Lage des Landes binden es aber weiterhin eng an die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken.

2003 und 2004 wurden mit Wachstumsraten von 7,0 und 7,13 % zu Jahren der Stabilisierung, wenn auch auf niedrigem Niveau, und gaben Anlass zu Hoffnung auf weitere wirtschaftliche Konsolidierung. Die Ereignisse vom März 2005 mit dem Sturz der Regierung Akajews haben aber diese Entwicklung unterbrochen: 2005 betrug das Wirtschaftswachstum nur 0,6%; 2006 wurde ein Wachstum von ca. 2,7% erzielt.⁴⁸ Bislang gibt es keine hinreichenden Anzeichen, dass es schnell zu einer Konsolidierung kommen wird. Das ohnehin fragile Investitionsklima hat sich weiter verschlechtert. Die Schaffung eines investorenfreundlichen Geschäftsklimas wird also zukünftig eine der großen Herausforderungen für die kirgisische Regierung bleiben. Ein weiteres Problem vor dem man in Kirgisistan steht, vor allem auch im Hinblick auf soziale Unrast, ist die Armutsbekämpfung: Nach Tadschikistan bildet Kirgisistan mit einem BIP pro Kopf von durchschnittlich 546 US Dollar (2006)⁴⁹ das Land in der Region, in dem Armutsbekämpfung zu einer der wichtigsten entwicklungspolitischen Herausforderungen geworden ist (vgl. The World Bank Country Brief 2006, Kyrgyzstan).

Als „eine der entscheidenden Entwicklungsbremsen“ (Halbach 2006: 211) gilt die allgegenwärtige, alle Ebenen der Gesellschaft durchdringende Korruption, die die Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen und damit die Wirtschaftsentwicklung untergräbt. Nach dem Corruption Perceptions Index von Transparency International für das Jahr 2007 besetzt Kirgisistan unter insgesamt 179

⁴⁸ Vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Wirtschaftspolitik. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

⁴⁹ vgl. ebd.

Rängen Platz 150 (mit u.a. Kongo, Kenia, Nigeria, Sierra Leone, Tadschikistan und Zimbabwe) (vgl. Transparency International 2007 Corruption Perceptions Index⁵⁰).

Den makroökonomischen Erfolgsdaten der letzten Jahre, wie niedriger Inflation und steigendem Bruttosozialprodukt, steht allerdings eine hohe Auslandsverschuldung gegenüber: 2006 belief sie sich auf fast 2 Mrd. \$ (das entspricht 75 % des Bruttosozialprodukts (BSP)⁵¹).

Mit einem Anteil von 34,5 % (2006) des BIP ist die Landwirtschaft die Basis der kirgisischen Wirtschaft. 85 % der landwirtschaftlichen Produktion stammen mittlerweile aus Privatbetrieben. Nach dem starken Rückgang im Zuge des Zusammenbruchs der UdSSR sind im Agrarsektor seit einigen Jahren wieder Zuwächse zu verzeichnen. Mit 46,1% trägt der Dienstleistungssektor mehr zum BIP bei als die dominierende Landwirtschaft. Weitere 19,5% des BIP bildet die Industrie, vorrangig die Gewinnung von Gold und in geringerem Ausmaß Antimon. Die Förderung von Gas, Öl und Kohle ist im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Republiken marginal. Wenige Investitionen und Umstrukturierungen lassen darauf schließen, dass es in näherer Zukunft keine Basis für eine grundlegende Erholung der kirgisischen Industrie geben wird.⁵²

Maßgeblich unterstützt wurde der wirtschaftliche Transformationsprozess durch internationale Organisationen – Kirgisistan ist das einzige Land der ehemaligen Sowjetunion, das den Übergang zur Marktwirtschaft nach einem Entwicklungsprogramm internationaler Organisationen durchführte. Die von außen getragene Transformation führte jedoch nicht zu nachhaltigen Wachstumseffekten. Der Kleinstaat befindet sich wegen geringer Ressourcenausstattung, abgeschnittener Marktlage, mangelnder Auslandsinvestitionen, weit verbreiteter Korruption, nachhaltiger Deindustrialisierung und hoher Außenverschuldung in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation (vgl. von Gumpfenberg/Steinbach 2004: 160).

⁵⁰ http://www.icgg.org/corruption.cpi_2007.html

⁵¹ vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Wirtschaftsdatenblatt. März 2007, unter www.auswaertiges-amt.de

⁵² vgl. ebd.; Background Note: Kyrgyzstan: 2007. US Department of State. Bureau of South and Central Asian Affairs; The World Factbook 2007.

3.2.3 Die gesellschaftliche Transformation

Befindet sich ein Land im Prozess der Transformation, verändern sich nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auch die gesellschaftlichen Gegebenheiten geraten in Bewegung. Das Problem der gesellschaftlichen Transformation in den ehemaligen Sowjetrepubliken wird in der westlichen Politikwissenschaft als Problem der Entstehung zivilgesellschaftlichen Strukturen gedeutet. Die Stabilität der politischen Ordnung wird direkt mit der politischen Liberalisierung verbunden (vgl. Geiss 2002: 5).

Das Recht auf Vereinigungen ist in der Kirgisischen Verfassung verankert. Es impliziert die Gründung von Vereinen, darunter Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gewerkschaften und Parteien (vgl. Artikel 8/3 der kirgisischen Verfassung). Außerdem unterzeichnete der erste kirgisische Präsident Akajew ein Liberalisierungsgesetz, das zivilen Organisationen wie Zeitungen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen sozialen Bewegungen ermöglichte, sich zu entwickeln. Kirgisistan wurde zum „*pluralistischsten zentralasiatischen Land*“ (Eschment 2000: 26). Überdies erlaubte Akajew internationalen Zivilgesellschaften im Land tätig zu sein. Zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses wurden Millionen von US-Dollar aus ausländischen Fördertöpfen ausgegeben. Allein USAID (US Agency for International Development) gab jährlich mehr als 11 Mio. US-Dollar zur Finanzierung der Programme aus, die die Stärkung der „*Zivilgesellschaft*“ in der Region zum Ziel hatten (vgl. Mendelson/Glenn 2000: 53).

Ein im Westen anfangs sehr ernst genommenes Phänomen beim Übergang von der sowjetischen zur nachsowjetischen Periode war die Bildung von „*Parteien*“ in den Nachfolgestaaten der UdSSR. Auch in Kirgisistan kam es zur Bildung „*informeller Bewegungen*“. Die als Alternativen zur Kirgisischen Kommunistischen Partei gegründeten Organisationen konnten sich nach der Unabhängigkeit frei entfalten (vgl. Halbach 1997). 1999 wurde in Kirgisistan das Gesetz „*Über politische Parteien*“ verabschiedet, das den Begriff der politischen Partei, die Ziele und Prinzipien ihrer Bildung und Tätigkeit definierte und ihre Rechte bestimmte. Der Staat garantierte den politischen Parteien die Beachtung ihrer gesetzlichen Ansprüche und Interessen. Dabei wurde die Einmischung der Staatsorgane in die Tätigkeit der politischen Parteien nur in Ausnahmefällen, die vom Gesetz vorgesehen waren, zugelassen (vgl. Kutnaeva 2002: 100). Zurzeit gibt es in der Kirgisischen Republik mehr als 80

verschiedene politische Parteien⁵³. Aber der Begriff der „*Partei*“ im westlichen Verständnis des Wortes ist auf diese Gruppierungen nicht anwendbar. Die kirgisischen Parteien sind schwach organisiert und in der kirgisischen Gesellschaft kaum verwurzelt. Die politischen Orientierungen der Parteien sind ziemlich unklar definiert und deswegen sind sie in ihrem Programm für die Bevölkerung nicht unterscheidbar. Die Kenntnis über die Parteien ist oft nur auf den Namen der Partei oder den ihres Führers beschränkt (vgl. Halbach 1997; Kutnaeva 2002: 101). Nach dem neuen Wahlrecht erfolgt die Formierung der kirgisischen Regierung auf der Grundlage einer Parteidemokratie. Dies sollte eigentlich dazu führen, dass die Parteien für die politische Meinungsbildung und die Wahlen eine bedeutende Rolle spielen. Wenn man aber die Durchführung und das Ergebnis der letzten Parlamentswahlen (siehe dazu Kapitel 3.2.1) genauer betrachtet, wird schnell klar, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde.

Die Nichtregierungsorganisationen entwickelten sich in Kirgisistan erst in der postsowjetischen Zeit, dank ausschließlich der finanziellen Unterstützung der internationalen Organisationen (vgl. Pétric 2005: 326), die durch die NGOs die gesellschaftlichen Voraussetzungen für nachhaltige Reformen schaffen und einen Demokratisierungsprozess von unten in Gang setzen wollten. Innerhalb der verschiedenen, vorwiegend von den USA finanzierten Programme entstanden in der Kirgisischen Republik zahlreiche „*non profit organizations*“: 2005 wurden 9 000 NGOs (vgl. The USAID 2005 NGO Sustainability Index) und 2006 über 11 000 NGOs (vgl. United Nations human development report 2006) registriert. Damit ergibt sich das Bild, dass Kirgisistan „*a relatively lively civil society*“ (ICG Report 2001: 84) hat und die Partizipation dieser Organisationen sehr wichtig ist (vgl. ebd.). Viele der zahllosen NGOs verschwanden aber im Laufe der Zeit oder wurden inaktiv. Nur etwa 20 – 30 % funktionieren tatsächlich aktiv (vgl. Abazov 2004: 199). Die kirgisischen NGOs sind in die Gesellschaft, in deren Namen sie sprechen, nicht integriert. Sie bekommen ausgiebige finanzielle Unterstützung vom Westen und werden deshalb als eine privilegierte Schicht der verarmten kirgisischen Bevölkerung angesehen (vgl. Geiss 2002: 9; Pétric 2005: 330; Grebenschikov 2006: 25). Ihre Tätigkeitsbereiche sind sehr unterschiedlich. Die Resultate der Arbeit der kirgisischen NGOs sind aber nicht besonders deutlich zu spüren, da alles, was die NGOs letztlich anbieten

⁵³ Vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Innenpolitik. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

können, in den meisten Fällen leider absolut nutzlose Seminare und Konferenzen sind.

Die kirgisischen Medien unter dem ersten kirgisischen Präsidenten Akajew waren entweder pro Regierung (sog. Regierungsmedien), oder oppositionell, oder überhaupt apolitisch. Die Regierungsmedien blieben Regierungsmedien auch nach dem Machtwechsel, mit denselben Leuten und derselben Politik, die das Regime, aufgrund der finanziellen Abhängigkeit von der Regierung, immer unterstützt. Die Oppositionsmedien verloren im März 2005 ihre Beweggründe für Opposition und füllten die Nische der früher mit der Regierung verbundenen Medien. Als aber klar wurde, dass die Politik des neuen Präsidenten Bakijew zu keiner Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Situation im Lande führt, fingen sie wieder an, regierungskritisch zu berichten. (Vgl. Grebenschikov 2006: 27)

Bakijew versicherte mehrfach, die Gewährleistung von Transparenz und Offenheit gehöre zu den Prioritäten seiner Arbeit, und er betrachte den Versuch, eine strenge Zensur einzuführen, als einen der größten Fehler des ehemaligen Präsidenten. Dennoch versucht die neue Führung des Landes jetzt ebenfalls, die Medien so weit es geht zu kontrollieren. In einer Erklärung der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation Freedom House heißt es, Präsident Bakijew erfülle sein Versprechen nicht, die Zeitungen zu privatisieren und das Staatsfernsehen in ein öffentlich-rechtliches umzuwandeln (vgl. DW-RADIO vom 9.6.2006). Obwohl die staatliche Kontrolle über die Medien schwächer geworden ist, zählt Kirgisistan, laut Bericht von Freedom House über die Pressefreiheit im Jahr 2007⁵⁴, wegen der Verfolgung mehrerer unabhängiger kirgisischer Journalisten und Menschenrechtler zu den „*unfreien Ländern*“.

Ein wichtiges Strukturmerkmal der gesellschaftlichen Ordnung und der politischen Kultur des Landes stellen kirgisische Stämme dar. Das System beruht auf der Struktur der Klanverhältnisse, und es gibt ein ungeschriebenes Gesetz, welcher Stamm welche Position in der Staatshierarchie beanspruchen kann. Das kirgisische Staatsoberhaupt war immer ein Vertreter des Nordens⁵⁵. Die südlichen Stämme

⁵⁴ Global Press Freedom 2007 (<http://www.freedomhouse.org/uploads/fop/2007/pfscharts.pdf>)

⁵⁵ Aufgrund des Verlaufs der russisch-zaristischen Landnahme, die zuerst und größtenteils die nördlichen Gebiete erfasste, ist der Norden stark russisch geprägt, und wurde dem Anpassungs- und Modernisierungsdruck stärker ausgesetzt. Dadurch ist die Islamisierung in dieser Region nie sehr intensiv gewesen (vgl. Reinecke 1995: 10).

waren bei der Machverteilung benachteiligt (vgl. Grebenschikov 2006: 25). Bakijew, der selbst aus dem Süden stammt, wurde im März 2005 zum Präsidenten ernannt und somit wurde die traditionelle klanstämmige Struktur verändert. Jetzt sind die nördlichen Stämme von der aktiven Macht vertrieben⁵⁶ und sind infolgedessen unzufrieden. Diese Unzufriedenheit findet ihren Weg in Protestdemonstrationen, was dazu führt, dass sich die politische Situation im Land destabilisiert.

Hervorzuheben in Bezug auf die kirgisische Zivilgesellschaft ist ferner die multinationale⁵⁷ Dimension. Die kirgisische Verfassung garantiert allen Nationalitäten Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz vor Diskriminierung (vgl. Artikel 13/3 der kirgisischen Verfassung). Der erste kirgisische Präsident Akajew widmete sich mit großer Aufmerksamkeit den Problemen der nationalen Minderheiten: Im Februar 1992 versammelte er 27 Führer aus ethnischen Gemeinschaften, nationalen Kulturzentren und sozialen Organisationen und gründete – mit dem Ziel, ihnen ein Stimmrecht im politischen Prozess zu geben – die *„Vollversammlung der Völker Kirgisistans“*. 1993 erarbeitete Akajew eine neue Konzeption: *„Kirgisistan unser gemeinsames Haus“*. In deren Rahmen unterstützte er im Frühling desselben Jahres auf der Basis eines Vertrags mit dem damaligen Präsidenten Russlands Boris Jelzin die Gründung der Kirgisisch-Russischen (Slawischen) Universität. Dies sollte Bildungsinteresse der russischsprachigen Bevölkerung entgegenkommen. Auch die neue Regierung unter Bakijew versprach, ein friedliches Zusammenleben aller Menschen ungeachtet ihrer Nationalitäten zu bewahren und gleiche Möglichkeiten für ökonomische, politische und geistige Entwicklung für alle ethnischen Gruppen zu schaffen. Dieses idyllische Bild einer multinationalen Harmonie entspricht aber nicht der Realität: Die Verwaltung tendiert dazu, mononational bzw. rein kirgisisch zu werden, in den Machtstrukturen sind die Minderheiten nicht entsprechend repräsentiert, sie können politisch oder beruflich nichts erreichen und eine Karriere in der Verwaltung zu verfolgen, ist chancenlos. So wächst die Tendenz, die Probleme durch Auswanderung und Migration zu lösen.

Einen weiteren Teil der Zivilgesellschaft in Kirgisistan bilden religiöse Gruppen. Die Verfassung verspricht die Freiheit der Religion (vgl. Artikel 14/5 der kirgisischen

⁵⁶ Zum Januar 2007 wurden 9 von 23 Ministerposten von den Südländern bekleidet (vgl. Sitnjanskii 2007).

⁵⁷ In Kirgisistan leben über 80 Nationalitäten, darunter 69% Kirgisen, 14% Usbeken, 9% Russen (nach Daten des Kirgisischen Nationalen Statistischen Komitees, in: www.ferghana.ru vom 24.08.2007)

Verfassung), die vom Staat getrennt ist (vgl. Artikel 8/1 der kirgisischen Verfassung). Als offizielle und traditionelle Religionen werden der Islam und die Orthodoxe Kirche betrachtet. Die aus Moskau geleitete orthodoxe Kirche ist ein traditioneller Freund der Machthaber in Bischkek. Kirgisistan ist das einzige Land in Zentralasien, wo die orthodoxen Weihnachten offiziell zum Staatsfeiertag erklärt wurden. Der offizielle Islam ist untertänig. Es wird jedoch Widerstand von einigen radikal-islamischen Strömungen erwartet (vgl. Grebenschikov 2006: 26). Vor allem handelt es sich dabei um die islamische Organisation „*Hizb ut-Tahrir al-Islami*“, die in den 1950-er Jahren im Nahen Osten gegründet wurde und die Einigung aller Muslime in einem religiösen Kalifatsstaat anstrebt. Natürlich greift Hizb ut-Tahrir nicht nur religiöse, sondern auch soziale, wirtschaftliche und politische Probleme des Landes auf. Im November 2003 verbat der kirgisische Oberste Gerichtshof die Hizb ut-Tahrir und deklarierte sie als eine extremistische Organisation (vgl. Kushchubekov 2004: 54; Baran 2004: 109).

Eine besondere Stellung in der kirgisischen Gesellschaft hat die Präsidentenfamilie. Unter Akajew kulminierte die wirtschaftliche und politische Macht in der Präsidentenfamilie (dazu mehr International Crisis Group 2004: 9-11). Die früher staatlichen Unternehmen waren von der Familie „*prihvatisiert*“ worden. Akajews Familiengeschäft bestand u.a. darin, staatliche und politische Positionen und selbst die Möglichkeit, Business zu betreiben, zu verkaufen. Um Business zu betreiben, brauchte man den Schutz der Familie. Es betraf und betrifft auch das internationale Business, das nach Kirgisistan gelangt. Das gesamte System Akajews wurde nach seiner Amtszeit nicht geändert. Man spricht davon, dass jetzt Bakijews Sohn Maksim alle Geschäfte von Akajews Sohn Aidar übernommen hat; man nennt ihn sogar Maksim Akajew. Ein anderer Sohn des kirgisischen Präsidenten ist im Komitee der Nationalen Sicherheit angestellt. Bakijews Brüder besetzen die leitenden Funktionen oder betreiben Business. Maratbek Bakijew z. B. leitete die Gerichtsabteilung im Justizministerium, dann wurde er zum kirgisischen Botschafter in Deutschland ernannt, obwohl er über keine Erfahrung im diplomatischen Dienst verfügt und des Deutschen nicht mächtig ist. Adyl Bakijew ist der Botschaftsrat in China, Akmat Bakijew – ein reicher Geschäftsmann (vgl. ferghana.ru vom 20.10.2006). Business und Politik sind zusammengewachsen, und beides ist eng mit der organisierten Kriminalität verbunden. Die organisierte Kriminalität kontrolliert die Wirtschaft und die Finanzen des Landes, sie ist politisiert und hat sogar Machtansprüche. Vor und nach der Märzrevolution konnte die korrumpierte Justiz nicht mit der organisierten

Kriminalität kämpfen: Einige Kriminelle genießen entweder Abgeordneten-Immunität oder haben Beziehungen, die diese Immunität gewähren. (Vgl. Wolkowa 2005; Grebenschikov 2006: 26)

Die Voraussetzungen für eine Demokratisierung waren in Kirgisistan 1991 denkbar schlecht. Grundsätzlich sind sich auch westliche Wissenschaftler keineswegs einig darüber, ob die in allen postkommunistischen Staaten erforderliche gleichzeitige politische und ökonomische Transformation überhaupt möglich sei (vgl. Przeworski 1991). Zudem waren in der langen vorsowjetischen Geschichte Kirgisistans keinerlei demokratische Traditionen zu entdecken. Die Bemühungen der Kirgisen, ihr Land nach der Erlangung der Unabhängigkeit zu liberalisieren und zu demokratisieren, fanden im Ausland schnell großen Zuspruch und wurden von den westlichen Staaten aktiv unterstützt. Zunächst machte die Kirgisische Republik beachtliche Fortschritte bei der Transformation der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Dennoch ist es ihr nicht gelungen, den Transformationsprozess zum Erfolg zu führen. *„Kyrgyzstan potentially has the necessary tools for democracy; they just need to use them correctly”* (Merritt 2006: 42). Das Land befindet sich heute sowohl politisch als auch wirtschaftlich in einer Krise.

3.3 Der institutionelle Rahmen der kirgisischen Außenpolitik

Der Wandel des politischen Systems hatte unmittelbare Auswirkungen auf den institutionellen außenpolitischen Apparat. Im folgenden Abschnitt werden die staatlichen Institutionen der Kirgisischen Republik im Bereich der Außenpolitik dargestellt und ihre Kompetenzen untersucht. Dabei soll geprüft werden, ob und inwieweit der junge kirgisische Staat wegen seiner beschränkten Ressourcen, als Kleinstaat, überhaupt in der Lage war, effektive außenpolitische Instrumente mit ausreichend qualifiziertem Personal, diplomatischen Vertretungen und militärischen Streitkräften aufzubauen.

3.3.1 Der kirgisische Präsident in der Außenpolitik

Auf die Frage, wie die Außenpolitik gemacht wird, würden viele antworten, dass Präsidenten oder Premierminister dafür zuständig und verantwortlich sind. Die Tatsache, dass der Präsident sogar in demokratischen Staaten *„the strongest subnational actor in the foreign policy process“* (Rourke 1997: 103) ist, ist in der

internationalen Praxis kein Novum. Rourke (1997: 106) weist darauf hin, dass dies einerseits geschichtlich bedingt ist:

“The leadership has historically run foreign policy in virtually all countries, especially in time of war or other crises.” (ebd.)

“(…) kings traditionally directed foreign and military affairs, and they kept that authority long after they began to lose control of domestic affairs to parliaments.” (ebd.: 103)

Andererseits gibt es das Axiom, das besagt „*politics should stop at the water’s edge*“ (Rourke 1997: 106). Man glaubt also daran, dass eine einheitliche nationale Stimme zweifellos wichtig für erfolgreiche Durchführung der Außenpolitik ist.

“(…) the (successful) conduct of foreign policy (...) requires a concentration of executive power.” (Spanier/Uslander 1994: 1)

Ferner tendieren andere subnationale Akteure (Gesetzgeber) dazu, sich eher auf die Innenpolitik zu konzentrieren, da die Innenpolitik sie direkt betrifft: Für ihre Wähler sind die inneren Angelegenheiten viel wichtiger als die außenpolitischen (vgl. Rourke 1997: 103, 106). Abschließend ist wichtig zu erwähnen, dass die meisten politischen Führer gegenüber anderen subnationalen Akteuren im großen Vorteil sind, da sie die Möglichkeit haben, zu handeln, während die Legislative nur debattieren und abstimmen kann (vgl. ebd. 103).

3.3.1.1 Der Präsident

Die Außen- und Sicherheitspolitik Kirgisistans ist eine absolute Prärogative des Präsidenten. Er ist der einzige Träger aller taktischen und strategischen Entscheidungen in Bezug auf die Außenpolitik. Sowohl die verfassungsrechtlichen Kompetenzen als auch die faktische Machtkonstellation im Lande erlauben ihm eine ungehinderte Formierung und Durchführung der auswärtigen Politik. Laut Artikel 42/3 des Grundgesetzes bestimmt der Präsident die wichtigen Richtlinien der Innen- und Außenpolitik und laut Artikel 46/3 der kirgisischen Verfassung regelt der Präsident die Außenpolitik der Kirgisischen Republik. Darüber hinaus hat er das Recht, Verhandlungen zu führen und internationale Verträge zu unterzeichnen. In Absprache mit dem Parlament Dschogorku Kenesch ernennt er die diplomatischen Vertreter der Kirgisischen Republik im Ausland und in internationalen Organisationen und ruft sie ab, akkreditiert die ausländischen diplomatischen Vertreter und Vertreter internationaler Organisationen (vgl. Artikel 46/3 der kirgisischen Verfassung).

Der Präsident erklärt die allgemeine oder teilweise Mobilisierung, ruft den Ausnahmezustand, im Falle der Aggression oder der unmittelbaren Bedrohung der Aggression, wie auch den Kriegszustand, im Interesse des Schutzes des Landes und der Sicherheit ihrer Bürger, aus und legt dies dem Dschogorku Kenesch unverzüglich zur Prüfung vor (vgl. Artikel 46/8 der kirgisischen Verfassung). Der kirgisische Präsident ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Kirgisistans. Er bestimmt, ernennt und entlässt das höchste Oberkommando der Streitkräfte (vgl. Artikel 46/9). Unabhängig von seinen formalen Kompetenzen wirkt der Präsident als wichtiger Repräsentant seines Landes im Ausland. In der kirgisischen Verfassung heißt es explizit in Artikel 42/3:

„Der Präsident repräsentiert die Kirgisische Republik innerhalb des Staates und in internationalen Angelegenheiten.“

Er verkörpert in seiner Person die unabhängige Staatlichkeit seiner Republik, ist wichtiger Ansprechpartner der ausländischen Medien, gibt Informationen über sein Land, wirkt als Sympathieträger und wirbt vor allem in westlichen Staaten um politische und wirtschaftliche Unterstützung.

Obwohl viele Oppositionelle zur Zeit des ersten kirgisischen Präsidenten Askar Akajew ihn einen *“loose cannon”* (Wood 2006: 9) nannten und seine Außenpolitik als *“impulsive, vacillating and over conciliatory thus damaging the national interest”* (ebd.) bezeichneten, erfüllte er seine Aufgaben erfolgreich. Akajew, der eine akademische Karriere und keine Vergangenheit als kommunistischer Funktionär hatte, und großes Interesse für außenpolitische Fragen zeigte, tat sich mit der Imagewerbung im Westen nicht schwer. Obwohl er über keine Erfahrungen in der Außenpolitik verfügte, war er während seiner Präsidentschaft auf diesem Feld sehr aktiv. Er bemühte sich, Kirgisistan als *„Insel der Demokratie im Herzen Zentralasiens“* (Reinecke 1995: 5) darzustellen und griff in die kirgisische Innenpolitik ein, damit sein Land die Erwartungen des Westens im Hinblick auf eine stabile Demokratie erfüllen konnte: Im Vergleich zu seinen zentralasiatischen Nachbarrepubliken war Kirgisistan durch eine weitgehende Reformbereitschaft, politische Öffnung und Respektierung der Menschenrechte gekennzeichnet. Somit konnte Akajew die Rolle des westlich orientierten Staatsoberhauptes gut erfüllen. Seine aktive Außenpolitik trug dazu bei, dass der junge unabhängige Staat

Kirgisistan, der erst 1991, als ein Subjekt des Völkerrechts, auf die Weltbühne getreten war, innerhalb von kurzer Zeit internationale Anerkennung erreichte.

Mehr Demokratie, Verfassungsreformen, Dezentralisierung und Überwindung der Nord-Süd-Spaltung, Bekämpfung der Korruption, ökonomische Erholung, mehr Sozialleistungen – das waren Versprechen Bakijews – des Nachfolgers Akajews im Amt des kirgisischen Präsidenten – im Präsidentschaftswahlkampf 2005. Deswegen konzentriert sich der jetzige Präsident der Kirgisischen Republik hauptsächlich auf die Innenpolitik, oder anders gesagt, die innenpolitische Situation zwingt ihn dazu.

3.3.1.2 Administration des Präsidenten

Bei seinen Entscheidungen wird das kirgisische Staatsoberhaupt von seinem eigenen Beraterstab – der Administration des Präsidenten -, unterstützt, die laut dem Erlass des Präsidenten der Kirgisischen Republik vom 28.01.1991 gebildet wurde und bis zum 23. Juli 1994 „*Apparat des Präsidenten der Republik Kirgisistan*“ hieß (vgl. Erlass des Präsidenten Nr. 144 vom 23. Juni 1994).

In der Administration des Präsidenten arbeiten u.a. außenpolitische Spezialisten, die der „*Abteilung der Außenpolitik*“ angehören und folgende Aufgaben erfüllen:

- Ausarbeitung von Empfehlungen und Vorschlägen im Bereich der Außenpolitik;
- Analyse und Prognose der internationalen Situation und außenpolitischen Prozesse in anderen Staaten;
- Kontrolle und Koordination des diplomatischen Dienstes; der Aktivitäten des Außenministeriums, der Durchführung der internationalen Initiativen des Präsidenten im Bereich der Bildung, Wissenschaft und Kultur;
- Erklärung der Außenpolitik des Präsidenten;
- Vorbereitung der Vorschläge zu Kandidaturen für die Posten in außenpolitischen Behörden.

(Vgl. http://www.president.kg/administration/str_adm/foreign_department)

Somit verfügt der kirgisische Präsident über das notwendige Instrumentarium, um außenpolitisch tätig werden zu können.

3.3.1.3 Der Sicherheitsrat

Im Bereich der Sicherheitspolitik steht dem Präsidenten der Sicherheitsrat zur Seite. Der Sicherheitsrat wurde im Februar 1994 zwecks der Koordinierung der Tätigkeiten der Staatsorgane im Bereich der Sicherheit gegründet (vgl. Erlass des Präsidenten Nr. 10 vom 2. Februar 1994). Ursprünglich gehörten dem Sicherheitsrat folgende Mitglieder an: Der Ministerpräsident, der Vizeministerpräsident (Vorsitzender der Staatskommission für außerordentliche Situationen und Zivilverteidigung), der Innen- und Außenminister, der Verteidigungsminister, der Vorsitzende des nationalen Komitees der nationalen Sicherheit, der Befehlshaber der nationalen Garde, der Staatssekretär, der Leiter der Administration des Präsidenten und der Assistent des Präsidenten für nationale Sicherheit. Im April 1996 wurde die Zusammensetzung des Rats geändert. Zusätzlich wurden der Sekretär des Sicherheitsrates, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Generalstaatsanwalt aufgenommen. Der Vorsitzende des nationalen Komitees der nationalen Sicherheit wurde durch den Minister für nationale Sicherheit, und der Vizeministerpräsident und Vorsitzende der Staatskommission für außerordentliche Situationen und Zivilverteidigung durch den Minister für außerordentliche Situationen und Zivilverteidigung ersetzt (vgl. Erlass des Präsidenten Nr. 130 vom 8. April 1996). Später wurde der Wirtschaftsminister durch den Präsidenten der Nationalbank und der Minister für nationale Sicherheit durch den Leiter des Dienstes der Nationalen Sicherheit ersetzt (vgl. Erlass des Präsidenten Nr. 184 vom 29. Mai 1998).

Der Sicherheitsrat erarbeitet Konzeptionen, Strategien und Taktiken der nationalen Sicherheit, koordiniert die Tätigkeiten der Staatsorgane im Bereich der nationalen Sicherheit, bereitet Empfehlungen und Vorschläge zu Fragen der Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik der Sicherheit vor und gibt dem Präsidenten zuverlässige Informationen über die Sicherheitslage in der Republik und über die Faktoren, die ihr drohen.

3.3.1.4 Das Internationale Institut für Strategische Studien

Das Internationale Institut für Strategische Studien war auf die Verordnung des kirgisischen Präsidenten 1994 hin gebildet (vgl. Verordnung des Präsidenten Nr. 89 vom 19. Mai 1994). Dieses „*Internationale Wissenschaftliche Forschungsinstitut*“ (vgl.

Beschluss der Regierung Nr. 233 vom 12. Juni 1995) soll „den *Staatsorganen sachverständige Analysen der Innen- und Außenpolitik*“ (ebd.) zur Verfügung stellen, konzeptionelle Grundlagen und praktische Empfehlungen zur außenpolitischen Strategie und nationalen Sicherheit der Kirgisischen Republik ausarbeiten und analytische Berichte und Prognosen der Außenpolitik und der militär-politischen Situation im In- und Ausland vorbereiten (vgl. ebd.).

Geplant war, dass sich das Internationale Institut für Strategische Studien zu einer Art „*Thinktank*“ – ein analytisches Forschungszentrum, das aus hochprofessionellen, sich in internationalen Beziehungen, Politikwissenschaft und Soziologie spezialisierten Mitarbeiter bestehen sollte –, entwickelt. Aber die Unmöglichkeit, unabhängig zu arbeiten, führte dazu, dass es sich allmählich in eine unbedeutende Organisation verwandelt hat. Wie der kirgisische Ex-Präsident Akajew in seiner Rede in der OSZE-Akademie in Bischkek am 11. Mai 2004 sagte, konnte das Internationale Institut für Strategische Studien kein „*Braintrust*“ nach westlichem Vorbild werden.

3.3.2 Die Rolle der kirgisischen Regierung in der Formulierung und Realisierung der Außenpolitik

Laut der kirgisischen Verfassung ist die Regierung Kirgisistans das „*oberste Organ der Exekutive der Kirgisischen Republik*“ (vgl. Artikel 68/2 der kirgisischen Verfassung). Sie besteht aus dem Ministerpräsidenten, den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Ministern und Vorsitzenden der Staatskomitees. Die Regierung steht unter der Kontrolle des Präsidenten und ist dem Parlament rechenschaftspflichtig. Trotz der wichtigen Rolle des Präsidenten im außenpolitischen Bereich ist in Kirgisistan in erster Linie die Regierung für die Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik zuständig: sie arbeitet außenpolitische Vorschläge aus und legt sie dem Präsidenten zur Erörterung vor, garantiert die Erfüllung der von Kirgisistan abgeschlossenen internationalen Verträge, trifft Entscheidungen über den Abschluss von Vereinbarungen auf der Regierungsebene.

3.3.2.1 Der Ministerpräsident

Aus der detaillierten Untersuchung des Gesetzes über die Regierung der Kirgisischen Republik (vgl. Gesetz Nr. 155 vom 19. Oktober 2005) kann man schließen, dass der Ministerpräsident mehr Verantwortung für die inneren Angelegenheiten als für die Außenpolitik trägt. Das bedeutet aber nicht, dass er im Bereich der internationalen Beziehungen überhaupt nicht tätig ist. Der Ministerpräsident der Kirgisischen Republik, unterstützt von der in seinem Apparat tätigen Abteilung der Internationalen Zusammenarbeit und der Abteilung Regionaler Probleme, bringt Vorschläge über die Richtlinien der kirgisischen Außenpolitik ein, vertritt das Land in Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen, unterzeichnet internationale Vereinbarungen und Verträge, vertritt die Regierung in Verhandlungsprozessen mit internationalen Gesellschaften und öffentlichen Organisationen (vgl. Gesetz Nr. 155 vom 19. Oktober 2005). Somit ist er bei grundsätzlichen Entscheidungen in außenpolitischen Fragen maßgebend, jedoch ist es der hauptsächliche Aufgabenbereich des Ministerpräsidenten, innenpolitische und wirtschaftliche Reformen auszuarbeiten und durchzuführen.

3.3.2.2 Das Außenministerium

Seit der Unabhängigkeit hat das kirgisische Außenministerium bei der Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik eine untergeordnete Position eingenommen, da es in der Sowjetzeit nur eine Scheininstitution war und keine eigenständige Außenpolitik führen durfte, daher über keinen hohen Grad an Professionalität und Kontinuität verfügt. Es gab nur ganz wenige Fachleute in Kirgisistan, wie z.B. Muratbek Imanaliev, der als erster Sekretär der sowjetischen Botschaft in Beijing arbeitete, und Ishanbai Abdrazakov, der in der Botschaft der UdSSR in Tokio im Laufe von mehr als einem Jahrzehnt tätig war (vgl. Abazov 2004: 49-50, 139-140). Sie wurden im sowjetischen Apparat des Außenministeriums ausgebildet und konnten so die notwendigen Erfahrungen in der internationalen Politik sammeln. Kirgisistan musste also seine außenpolitischen Institutionen von Null an aufbauen.

Eröffnet im Februar 1992, steht das Außenministerium heute an der Spitze des einheitlichen Systems der Institutionen des auswärtigen Dienstes, bestehend aus dem Ministerium (Zentralapparat) selbst, den diplomatischen und konsularischen

Vertretungen der Kirgisischen Republik im Ausland, ihren Vertretungen bei internationalen Organisationen, den Vertretungen des Ministeriums auf dem Territorium Kirgisistans und den Institutionen unter seiner Jurisdiktion (z. B. die Diplomatische Akademie).

In einem Land mit begrenzten außenpolitischen Einflussmöglichkeiten obliegt es dem Außenministerium, Informationen über das internationale Umfeld einzuholen, die aktuellen Machtverhältnisse zu analysieren und die eigenen Ressourcen realistisch einzuschätzen, um einen möglichst hohen Wirkungsgrad des außenpolitischen Handelns zu erzielen (vgl. Kestler 2005: 72). Die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Funktionen des kirgisischen Außenministeriums sind:

- Erarbeitung der Hauptausrichtungen der Außenpolitik des Staates und Einbringung der entsprechenden Vorschläge für Präsidenten und die Regierung der Kirgisischen Republik;
- Schutz der Interessen der kirgisischen Bürger und Rechtspersonlichkeiten im Ausland und der Zuwanderer in Kirgisistan;
- Gestaltung der Außenbeziehungen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen;
- Ausarbeitung der Projekte der internationalen Abkommen und Abschluss der internationalen Vereinbarungen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen im Auftrag des Präsidenten und der Regierung;
- Unterbreitung der Vorschläge über den Abschluss, die Erfüllung und Annullierung der Verträge gegenüber dem Präsidenten und der Regierung;
- Koordination der Tätigkeiten anderer Exekutivorgane im außenpolitischen Bereich mit dem Ziel, die Integrität des außenpolitischen Kurses der Kirgisischen Außenpolitik zu bewahren⁵⁸;
- Herstellung und Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen wirtschaftlichen Organisationen;
- Organisation der internationalen Foren, Ausstellungen und anderer Veranstaltungen (vgl. Gesetz Nr. 131 vom 25.07.2002).

⁵⁸ Der Präsidialerlass Nr. 253 vom 15. September 1997 bestätigte das Primat des Außenministeriums der Kirgisischen Republik in der Durchführung der Außenpolitik und bezeichnete es als die einzige koordinierende Regierungsinstitution in Erarbeitung und Realisierung der außenpolitischen Strategie, Durchführung der einheitlichen Außenpolitik in Bezug auf andere Länder und internationale Organisationen und Vorbereitung, Abschluss und Verwirklichung Vereinbarungen zwischen Staaten, Regierungen und Behörden.

Zu den traditionellen Funktionen des Außenministeriums sind in letzter Zeit wegen verschiedener Entwicklungen einige neue Aufgaben hinzugekommen:

- Werben für Investitionen in die Republik (vgl. Beschluss der Regierung Nr. 71 vom 2. März 2001) – als Folge der Veränderungen in der Investmentpolitik und der Erhöhung der Bedeutung der ökonomischen Diplomatie;
- Mitwirkung an der Gewährleistung der regionalen Sicherheit (vgl. Beschluss der Regierung Nr. 71 vom 2. März 2001). Laut Verordnungen von 1991 bis 2001 beschäftigte sich das Außenministerium mit Problemen der globalen Sicherheit, seit 2001 wurde den Problemen der regionalen Sicherheit absolute Priorität eingeräumt;
- Verwaltung der Migrationspolitik (vgl. Beschluss der Regierung Nr. 359 vom 14. Mai 2004). Wegen der Veränderungen in der Regierungsstruktur (im Zusammenhang mit der Auflösung der staatlichen Migrations- und Demographieagentur bei der Regierung) wurden die entsprechenden Funktionen dem Außenministerium übergeben.

Strukturell entwickelte sich das kirgisische Außenministerium nach dem Hauptorganisationsmodell, das auch vielen anderen Außenministerien, mit seiner Teilung in „*home ministry*“ und „*foreign missions*“ (Wood 2006: 15), weltweit als Vorbild dient. Die Abteilungen innerhalb des „*home ministry*“ werden weiter in territoriale und funktionale Einheiten unterteilt. Funktionale Abteilungen schließen ein: Die Rechnungsabteilung, die Diplomatische Akademie, die Rechtsabteilung, die Grenzdemarkationsabteilung, die Protokollabteilung, die Abteilung für internationale Organisationen und Sicherheitspolitik, die Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, die Konsularabteilung und die Verwaltungsabteilung (vgl. <http://www.mfa.kg>). Territoriale Abteilungen bestehen aus drei wichtigen Büros. Die größte Abteilung befasst sich mit Russland und den GUS-Ländern und ist unterteilt in die sich auf die bilateralen Beziehungen zwischen GUS-Staaten konzentrierende Abteilung, die für die multilaterale Zusammenarbeit im GUS-Raum zuständige Sektion und das GUS-Sekretariat. Die westliche Sektion gliedert sich in die Abteilung für Nord- und Südamerika, Westeuropa und Afrika. Zur östlichen Abteilung gehören China, Südostasien, Australien und Japan (vgl. <http://www.mfa.kg/ministry/departments/>).

3.3.2.3 Der Außenminister

Das kirgisische Außenministerium wird vom Außenminister geleitet, der u.a.

- die Kirgisische Republik in bilateralen und multilateralen Verhandlungen repräsentiert, bzw. im Auftrag des Präsidenten der Kirgisischen Republik und der Regierung der Kirgisischen Republik internationale Verträge der Kirgisischen Republik unterzeichnet;
- die Arbeit des Ministeriums organisiert und die Auslandsinstitutionen leitet;
- dem Präsidenten Vorschläge für die Ernennung der Botschafter der Kirgisischen Republik, der ständigen Vertreter bei den internationalen Organisationen, der Leiter konsularischer Vertretungen macht. Außerdem berät er die Regierung bei der Ernennung der Leiter der Regierungsdelegationen;
- den Geschäftsträgern der Kirgisischen Republik im Ausland Akkreditierungsschreiben aushändigt;
- den ausländischen Konsuln Exequaturen erteilt;
- das Ministerium in den Beziehungen zu den Staatsmacht- und Verwaltungsorganen der Kirgisischen Republik, den Staatsmacht- und Verwaltungsorganen der ausländischen Staaten, und auch zu den internationalen Organisationen repräsentiert;
- Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der Leiter der diplomatischen Vertretungen Kirgisistans im Ausland durch Unterschrift bestätigt;
- die Ratifikationsurkunde der internationalen Verträge der Kirgisischen Republik durch Unterschrift bestätigt;
- die Verordnungen und Dienstanweisungen in allen Fragen der Tätigkeit des Ministeriums verabschiedet;
- die leitenden Mitarbeiter des Zentralapparates des Ministeriums und der Auslandsinstitutionen und auch andere Mitarbeiter im System des Ministeriums ernennt und abberuft;
- die Struktur der Auslandsinstitutionen der Kirgisischen Republik billigt;
- diplomatische Ränge vom Attaché bis zum Botschaftsrat erster Klasse verleiht, und beim Präsidenten des Landes Anträge über die Verleihung diplomatischer Ränge des Außerordentlichen und Bevollmächtigten

Botschafters und des Außerordentlichen und Bevollmächtigten Gesandten stellt. (Vgl. Beschluss der Regierung Nr. 71 vom 2. März 2001)

Trotz der turbulenten innenpolitischen Entwicklungen mit zahlreichen Regierungswechseln zeigte Kirgisistan eine bemerkenswerte Kontinuität bei der Ernennung von Außenministern: Zwischen 1991 und 2007 hatte Kirgisistan insgesamt nur fünf verschiedene Außenminister. Der erste kirgisische Außenminister Muratbek Imanalijew (1991-1992, 1997-2002) und seine Nachfolgerin Roza Otunbaeva (1992, 1994-1997, 2005 (stellvertretend)), beide sehr erfahrene und talentierte Spezialisten⁵⁹, bekleideten das Amt seit der Unabhängigkeit mit kurzen Interregna von Askar Aitmatov (2002-2005), Alikbek Dschekshenkulov (2005-2007) und Ednan Karabaev (1992-1994), der seit dem 08. Februar 2007 wieder das Amt des Außenministers inne hat.

3.3.2.4 Botschaften und Konsulate

Anfang der 1990-er Jahre war die Vertretung der Kirgisischen Republik im Ausland auf die Arbeit der Botschaften in den USA (Washington), in der Russischen Föderation (Moskau) und in Belgien (Brüssel) beschränkt. 1993 eröffnete Kirgisistan seine Botschaft in der Volksrepublik China (Beijing) und im Laufe der Zeit noch in 17 weiteren Staaten der Welt, darunter in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, Großbritannien, der Türkei, Indien, Malaysia, Iran, Saudi-Arabien und Japan.

Bischkek eröffnete auch Botschaften in einigen GUS-Ländern – in der Ukraine und Weißrussland – was für den Kurswechsel zum Bilateralismus im Rahmen der GUS symptomatisch war. Ende der 1990-er Jahre wurde Kirgisistan auch in allen zentralasiatischen Nachbarstaaten – Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan – durch seine Botschaften vertreten. Der Prozess der Erweiterung der Vertretung der Kirgisischen Republik in den GUS-Staaten zeigte die allmähliche Einsicht Kirgisistans, dass die Beziehungen zu seinen Nachbarn eine starke bilaterale Komponente verlangen. Ein zusätzlicher Grund für die Erweiterung war die Arbeitskräfteabwanderung und die Notwendigkeit, die Interessen der kirgisischen

⁵⁹ In der Sowjetzeit war Otunbaeva die nominelle Außenministerin der Kirgisischen SSR und die Botschafterin der UdSSR in der UNESCO. Imanaliev arbeitete in der sowjetischen Botschaft in China (1982-1989) (vgl. Abazov 2004: 139, 206).

Arbeiter im Ausland zu schützen. Zum Beispiel beeinflussten die zahlreichen kirgisischen Arbeitsmigranten in Russland maßgeblich die Entscheidung, im Jahr 2000 das Generalkonsulat in Jekaterinburg zu eröffnen. Die kirgisischen Generalkonsulate sind auch in der Türkei, Deutschland, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Pakistan tätig, im Iran wird Kirgisistan durch die Konsularabteilung repräsentiert. Außerdem ist das Land noch bei einigen internationalen Organisationen diplomatisch vertreten, wie z. B. bei der UNO in New York oder bei der OSZE in Wien.

Aufgrund der geringen Ressourcen als Kleinstaat, kann der kirgisische Staat diplomatisch nicht überall präsent sein. Kirgisistan ist nicht einmal in allen GUS-Staaten repräsentiert. 21 kirgisische Botschaften sind nicht mit russischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in 171 Ländern zu vergleichen (vgl. www.mid.ru). Die Verteilung der Auslandsvertretungen macht den Schwerpunkt der außenpolitischen Orientierung auf die Russische Föderation und die Nachbarstaaten deutlich.

3.3.2.5 Das Finanzministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel

Ein weiteres Charakteristikum der kirgisischen Außenpolitik ist die Zuteilung außenpolitischer Kompetenzen an andere Ministerien.

Das Finanzministerium ist im außenwirtschaftlichen Bereich tätig. Es ist zuständig für die Kontrolle und Durchführung der Außenwirtschaft- und Finanzstrategien, koordiniert die internationale Finanzzusammenarbeit, arbeitet die Staatspolitik im Bereich der Zusammenarbeit mit der Welthandelsorganisation aus, erarbeitet die Politik der Verwaltung von Auslandsschulden, koordiniert die Staatsaußenwirtschaftspolitik im Bereich des Arbeitsexports, des Gesundheitswesens, der Kultur, der Volksbildung, der Religion, der Sozialen Sicherheit, des Verkehrs, der Entwicklung der Tourismusindustrien und befasst sich mit Fragen der Zahlung des Mitgliedsbeitrags an die internationalen Organisationen und GUS-Strukturen (vgl. Verordnung der Regierung Nr. 210 vom 14. April 1997).

Das zweite Ministerium, das im außenwirtschaftlichen Bereich arbeitet, ist das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel. Im Bereich der Außenpolitik ist das Ministerium für die Entwicklung der Außenwirtschafts- und Außenhandelsbeziehungen, die effektive Integration der Kirgisischen Republik in die Weltwirtschaft, den Export einheimischer Waren und Dienstleistungen und die Schaffung eines effektiven Systems zur Beschaffung direkter Investitionen verantwortlich. Es koordiniert die Tätigkeit der Exekutivorgane in Fragen der Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit mit wirtschaftlichen Vereinigungen, regionalen Unionen, internationalen Wirtschafts- und Handelsorganisationen (Gemeinschaft unabhängiger Staaten, Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Welthandelsorganisation, Organisation der Islamischen Konferenz, Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik). Damit konzipieren das Finanzministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel zusammen die außenwirtschaftliche Politik der Kirgisischen Republik und sorgen für ihre Durchführung.

Andere Ministerien und administrative Institutionen verfügen über spezielle Abteilungen für internationale Beziehungen und können so Verbindungen zu ausländischen Ländern und internationalen Organisationen aufnehmen und mit ihnen zusammenarbeiten, aber nur im Rahmen ihrer Kompetenz. Wenn z.B. ein Ministerium ein Abkommen mit dem ausländischen Exekutivorgan schließen will, muss es dafür das Außenministerium konsultieren. Ohne Abstimmung mit dem Außenministerium dürfen Vorschläge über den Abschluss zwischenstaatlicher Verträge nicht der Regierung der Kirgisischen Republik zur Erörterung vorgelegt werden (vgl. Verordnung der Regierung Nr. 474 vom 10.08. 2000).

3.3.2.6 Die Armee und das Verteidigungsministerium

Kleinststaaten befinden sich wegen ihrer beschränkten Ressourcen in einem permanenten Sicherheitsdilemma. Deswegen ist ihre Außenpolitik vor allem Sicherheitspolitik. Daher kommt dem Aufbau nationaler Sicherheitskräfte besondere Bedeutung zu.

Ebenso wie die diplomatischen Einrichtungen musste Kirgisistan eigene Streitkräfte vollkommen neu aufbauen, da in der Zeit der Zugehörigkeit zur UdSSR die Kirgisische Republik keine eigene Armee hatte und vollständig in die Verteidigungsstruktur der Sowjetunion eingebunden war. Der junge Staat verfügte über keine Erfahrungen in diesem Bereich, keine notwendige Verteidigungsinfrastruktur und kaum qualifizierte Offiziere. Dem schnellen Aufbau standen auch die sozialwirtschaftlichen Faktoren im Wege. Der im wirtschaftlichen Umgestaltungsprozess befindliche Kleinstaat Kirgisistan war überfordert und zeigte am Anfang kein großes Interesse an der Bildung eigener Streitkräfte. Die Militärpolitik in den ersten Jahren der Unabhängigkeit war eindeutig keine der ersten Prioritäten des damaligen Präsidenten Akajews:

„Bishkek issued a decree establishing the Kyrgyz Armed forces only when in May 1992 Akayev received a telegram from [CIS Defense Minister] Shaposhnikov telling him to take control of the forces on Kyrgyz territory because the center would no longer pay for them.” (Petersen 1995: 173)

„ (...) wir wurden dazu gezwungen, diese Entscheidung über die Bildung unserer eigenen Streitkräfte zu treffen. Ursprünglich hatten wir der Idee der einheitlichen GUS-Streitkräfte zugestimmt. Aber leider wurde daraus nichts. Die GUS-Länder fingen an, Einheiten, Truppenteile und Institutionen der ehemaligen Sowjetischen Armee unter ihre Rechtshoheit zu nehmen. Am 29. Mai 1992, nachdem die Mehrheit der ehemaligen Unionsrepubliken sich für die Bildung ihrer Militärorganisationen ausgesprochen hatte, unterzeichnete der Präsident der Kirgisischen Republik Askar Akajew den entsprechenden Erlass und machte den Anfang mit der Bildung der kirgisischen Armee“. (Aus dem Interview mit dem damaligen kirgisischen Verteidigungsminister E. Topoev in „Moskovskii komsomolets Kyrgyzstan“ vom 26.05.2004)

Am 17. Dezember 1993 wurde das Verteidigungsministerium der Kirgisischen Republik gegründet, das in erster Linie wegen der institutionellen Unterentwicklung des Ministeriums bis heute eine unklare Rolle bei der Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik spielt. Das Verteidigungsministerium gibt selten selbständige Stellungnahmen über außen- und sicherheitspolitische Angelegenheiten (vgl. Abazov 2000: 5), obwohl es an der Erarbeitung der Konzeptionen der nationalen Sicherheit, der Militärdoktrin, der Pläne der Mobilmachung, der Ausbildung und der Verwendungen der Streitkräfte der Kirgisischen Republik teilnimmt, die Tätigkeiten der Staatsorgane im Bereich der Verteidigung koordiniert und dem Präsidenten und der Regierung der Kirgisischen Republik informationsanalytisches Material über die Fragen der Verteidigung gibt (vgl. Gesetz der Kirgisischen Republik Nr. 1462-XII über die Verteidigung vom 13. April 1994). Primär ist das Verteidigungsministerium aber mit zahlreichen Problemen in den Streitkräften beschäftigt.

Die kirgisische Verfassung, die am 5. Mai 1993 angenommen wurde, bestimmte die Grundprinzipien der Militärpolitik Kirgisistans und des Aufbaus seiner Streitkräfte. In der Verfassung ist verankert, dass die Kirgisische Republik keine Expansions- und Aggressionsziele und keine territorialen Ansprüche hat, die militärisch geregelt werden. Die Militarisierung des Staatslebens, die Unterstellung des Staates und seiner Funktionen unter die Aufgaben der Kriegsführung wird ablehnt. Die Streitkräfte werden nach dem Selbstverteidigungsprinzip gebildet (vgl. Artikel 9/1 der kirgisischen Verfassung).

Außerdem spielte beim Aufbau der Streitkräfte die Tatsache, dass Kirgisistan finanzielle Engpässe hat, eine wichtige Rolle.

„Die Struktur, der Bestand und die Anzahl der Streitkräfte der Kirgisischen Republik sind in Übereinstimmung mit dem Charakter und der Ausrichtung der Bedrohungen für die Militärsicherheit Kirgisistans, mit den staatlichen finanziell-ökonomischen Mitteln und auch in Übereinstimmung mit den gesetzten Zielen und Aufgaben gebracht.“ (Aus dem Interview mit dem damaligen stellvertretenden Leiter der Pressestelle des kirgisischen Verteidigungsministeriums, dem Oberst M. Ashirbekov in „Moja stolitsa“ vom 14.09.2004, eigene Übersetzung)

Die Streitkräfte Kirgisistans setzen sich zusammen aus

- den Einheiten des Verteidigungsministeriums (Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte und Luftabwehr; nach verschiedenen Angaben (Internationales Institut für strategische Studien (IISS), Jane's Information Group (Jane's IG), The Federal Research Division of the Library of Congress, Concise World Armies 2006) dienten im Jahre 2006 6 600 – 8 500 Soldaten bei den Landstreitkräften und 4 000 Mann bei den Luftstreitkräften und Luftabwehr),
- dem Ministerium für Ökologie und Notstandssituationen (2 000 Mann),
- den Organen der Nationalen Sicherheit (der Dienst der Nationalen Sicherheit mit den ihm untergeordneten Abteilungen in den Oblast-, Kreis- und Stadtverwaltungen und die Organe des militärischen Abschirmdienstes; 1 000 Mann),
- dem Grenzschutzdienst (5 000 Mann; der Aufbau der Grenzschutztruppen begann erst 1998, bis dahin hatte die Operationsgruppe des Grenzdienstes der Russischen Föderation die kirgisischen Grenzen gesichert),
- der freiwilligen Nationalgarde (1 500 Mann),
- den Truppen des Innenministeriums (eine Stärke von 3 000 Mann) und

- den Organen der Militärjustiz der Kirgisischen Republik
(vgl. www.continent.kz; www.mil.kg; www.orbat.com; www.agentura.ru,
www.stratfor.com, www.memory.loc.gov/ammem/index.html).

Bisher ist es der Kirgisischen Republik aber nicht gelungen, eine wirksame Landesverteidigung aufzubauen. Die Ausrüstung der Armee ist trotz westlicher und russischer Hilfe unzureichend, es mangelt sogar an Uniformen und Verpflegung. Außerdem sind die Truppen schlecht ausgebildet und es kommt oft zu Kameradenschinderei, Handgreiflichkeiten seitens der Offiziere, Fahnenflucht⁶⁰ und Selbstmord⁶¹. Wer genug Geld hat, versucht, sich vom Wehrdienst „freizukaufen“. Für etwa 600 US-Dollar kann man eine Bescheinigung über einen bereits absolvierten Wehrdienst erhalten. Derzeit besteht die kirgisische Armee zu 35 % aus Berufssoldaten. Die restlichen 65 % stammen aus armen Familien. Meist konnten die Eltern ihre Söhne nicht „freikaufen“ oder ihnen ein Studium finanzieren (vgl. Solto 2006).

Die verantwortlichen Politiker in Kirgisistan wissen, dass solch eine Armee niemals in der Lage sein wird, allein und aus eigener Kraft einen Angriff größerer Nachbarstaaten abzuwehren. So meinte der Abgeordnete des kirgisischen Parlaments Dooronbek Sadyrbaev, dass in der Zahl der Generäle und Oberste die kirgisische Armee sogar die chinesische Armee übertrifft, aber „*nicht mal eine Stunde Widerstand leisten könnte*“, falls die Nachbarländer Kasachstan, Tadschikistan oder Usbekistan auf den Gedanken kommen würden, die Republik zu überfallen (vgl. www.akipress.kg vom 19.09.2006). Kirgistan will die zahlreichen Probleme seiner Streitkräfte durch verstärkte Kooperation mit dem Ausland lösen.

Resümierend lässt sich sagen: Die Armee und das Verteidigungsministerium sind in der Gestaltung der Außenpolitik nur von untergeordneter Bedeutung. Die führenden Repräsentanten in der auswärtigen Politik bleiben der Staatspräsident und das Außenministerium. Die Kirgisische Republik konnte wegen ihrer strukturellen Knappheit und der schwierigen wirtschaftlichen Transformation kein flächendeckendes Netz an Botschaften aufbauen. Dem kirgisischen Staat ist es

⁶⁰ Nach Angaben der Militär-Staatsanwaltschaft befanden sich 2006 mehr als 300 Soldaten auf der Flucht (vgl. Solto 2006).

⁶¹ 2004 kam es unter den Soldaten zu 14 Selbstmorden, 2005 gab es zehn solcher Fälle (vgl. ebd.).

bisher auch nicht gelungen, wegen ihrer geringen Ressourcen, eine effektive Landesverteidigung zu schaffen. Diese strukturelle Knappheit macht die Kirgisische Republik - „*das militärisch schwächste Land in Zentralasien*“ (Halbach 2001: 8) - für militärische Drohungen und den Druck größerer Mächte sehr verletzlich. Diese Schwäche erhöht zusätzlich die Bedeutung der kirgisischen Diplomatie und der Außenpolitik.

3.3.3 Das kirgisische Parlament als außenpolitischer Akteur

In allen Ländern spielen Legislaturen eine kleinere Rolle in der Außenpolitik als die Entscheidungsträger der Exekutive (vgl. Rourke 1997: 106). In seinen außenpolitischen Tätigkeiten wurde das kirgisische Parlament (Dschoogorku Kenesch) von Anfang an stark eingeschränkt, es wurde, was die Formulierung und Durchführung der Außenpolitik angeht, schlichtweg umgangen. Laut aktueller Verfassung verfügt das Parlament über bescheidene Kompetenzen im Bereich der Außenpolitik:

*„22) die Ratifizierung und Auflösung der internationalen Verträge in der vom Gesetz festgelegten Ordnung;
23) die Ausrufung des Ausnahmezustandes, die Genehmigung oder die Aufhebung der Verordnungen des Präsidenten bezüglich dieser Frage;
24) die Entscheidung über Kriegs- und Friedensfragen; die Ausrufung des Kriegsrechts, die Erklärung des Kriegszustandes, die Genehmigung oder die Aufhebung der Verordnungen des Präsidenten bezüglich dieser Frage;
25) die Entscheidung über die Möglichkeit der Nutzung der Streitkräfte der Kirgisischen Republik außerhalb ihrer Grenzen, falls interstaatliche vertragliche Verpflichtungen für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit erfüllt werden müssen.“ (Vgl. Artikel 58/22,23,24,25 der kirgisischen Verfassung)*

„4) die Veränderung der Grenzen der Kirgisischen Republik“ (vgl. Artikel 58/4).

Das Parlament übt durch die Kontrolle über den Staatshaushalt auch einen Einfluss auf die internationalen Wirtschaftsabkommen aus (vgl. Artikel 59/5). Das Mitwirken des Parlaments in auswärtigen Angelegenheiten ist eigentlich nicht der Rede wert. Um es aber trotzdem in die auswärtigen Aktivitäten des Landes einzubinden, wurden ihm verschiedene, im Prinzip aber unbedeutende, Funktionen zugesprochen, wie z.B. seine bestätigende Rolle in der Ernennung der kirgisischen Botschafter im Ausland (vgl. Artikel 46/3 der kirgisischen Verfassung). Ungeachtet der geminderten Kompetenzen und im Widerspruch zu seinem Image (als nur ein Genehmigungsorgan des autoritären Regimes zu fungieren) konnte das kirgisische Parlament nach 1996 vorläufige Erfolge verzeichnen und sich im außenpolitischen

Prozess durchsetzen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts protestierte das Parlament in einigen Fällen, wenn es unrechtmäßig erst im Nachhinein konsultiert wurde. Eine strittige Angelegenheit war das Recht des Parlaments, die Abkommen vor der Präsidentenunterschrift zu prüfen und zu besprechen. Die Tendenz der Regierung Akajews, dem Parlament die Abkommen für die Billigung erst im Nachhinein vorzustellen, ärgerte die Abgeordneten. Beispielsweise erfolgte die parlamentarische Ratifizierung der Kredite des Internationalen Währungsfonds (im Februar 2000) und der Vereinbarung zwischen Kirgisistan und Usbekistan über die Sokh Enklave, (ebenfalls 2000), ex post facto (vgl. Wood 2006: 12).

Das Hauptforum für die Übersicht der internationalen Beziehungen im Parlament ist das Komitee für auswärtige Angelegenheiten. Zu seinen Kompetenzen zählen der Beitritt zu neuen Organisationen und Abkommen, die Kontrolle über das Budget des Außenministeriums, die Herstellung und die Festigung der interparlamentarischen Kontakte und der Beziehungen zu den Parlamenten anderer Länder. Unter dem Deckmantel der zuletzt genannten Funktion, die dem kirgisischen Parlament eine gewisse Ähnlichkeit mit parlamentarischen Demokratien verleiht, veranstaltet es für seine Abgeordneten Urlaubsreisen ins Ausland (oder so genannte Dienstreisen) auf Staatskosten (vgl. ebd.: 12).

Das kirgisische Parlament hat nur wenige Möglichkeiten der Beratung bezüglich der Außenpolitik und die Mehrheit der Abgeordneten verfügt kaum über Erfahrungen im außenpolitischen Bereich. Das für das präsidentiale System Kirgisistans charakteristische Übergewicht der Exekutive sowie die weitgehende Nichtexistenz eines politischen Wettbewerbs im Bereich der Außenpolitik führten dazu, dass die Legislative auf ein eigenständiges außenpolitisches Profil verzichtete. Ein weitgehendes Desinteresse der Öffentlichkeit trug ebenfalls dazu bei, dass außenpolitische Themen in den politischen Auseinandersetzungen kaum eine Rolle spielten und von den im Parlament vertretenen Parteien nicht aufgegriffen wurden.

Der potentielle Einfluss des Parlaments in der Außenpolitik verringerte sich als Folge der Verfassungsänderungen im Februar 1996, die die Beratungsfunktion des Parlaments bei der Festsetzung von Richtlinien gestrichen haben. Die neue Verfassung, die zum Ziel hat, viele der in der Akajews Zeit vorgenommenen Verfassungsänderungen zu beheben, delegiert dem Parlament aber keine

zusätzlichen Kompetenzen im außenpolitischen Bereich und macht die Außenpolitik nicht zu einer Angelegenheit des Parlaments von höchster Priorität.

Bei der Formulierung der Außenpolitik spielt also der kirgisische Präsident die wichtigste Rolle und als Staatsoberhaupt ist er auch an ihrer Umsetzung beteiligt. In der Diplomatie und als „*Imagemaker*“ seines Landes fällt ihm eine entscheidende Position zu. Das Dominieren des Präsidenten in der Außenpolitik ist nicht untypisch für Staaten mit einer starken Präsidentschaft. Doch in Kirgisistan, das seine Außenpolitik von Grund auf neu errichtete, liegt der Nachteil darin, dass nur ein kleiner Kreis der Eliten im Präsidentenapparat und Außenministerium die Politik maßgeblich bestimmt und beeinflusst. Es gibt wenig Raum in dieser Institution für andere Vorstellungen oder Stimmen, was den Eindruck der mangelnden Transparenz erweckt. Die kirgisische Außenpolitik wurde seit der Erlangung der Unabhängigkeit maßgeblich von Präsident Akajew im Tandem mit der Bürokratie, die unter der strengen Kontrolle des Regimes stand, bestimmt. Für die Regierung Bakijews wird es nicht leicht, die außenpolitischen Institutionen und Traditionen von Grund auf zu ändern, besonders wenn sie selbst eigentlich gar nicht danach strebt.

4. Entwicklungen des welt- und regionalpolitischen Kontexts der Kirgisischen Republik als allgemeiner politischer Handlungsrahmen der kirgisischen Außenpolitik seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes

Die Geschichte und die Transformationsprozesse bilden die Voraussetzungen für die Außenpolitik Kirgisistans und determinieren in erheblichem Maße seine grundsätzlichen außenpolitischen Orientierungen. Bei der Formulierung seiner Außenpolitik sieht sich Kirgisistan mit vielen Einschränkungen seines Handlungsspielraums auf der internationalen Ebene konfrontiert. Die relative Machtposition des Landes wird durch die nationalen Ressourcen bestimmt, die dem Wandel der wirtschaftlichen Verhältnisse unterliegen, während sich die Veränderungen der internen politischen Situation auf die Konstellation der außenpolitischen Akteure und Entscheidungsprozesse auswirken. Darüber hinaus muss auch das internationale Umfeld berücksichtigt werden. Die Dynamiken innerhalb des internationalen Systems beeinflussen und begrenzen die Möglichkeiten des Kleinstaats Kirgisistan und seine Optionen für außenpolitisches Handeln.

Als Kirgisistan 1991 als souveräner Staat anerkannt wurde, befand sich das internationale System in einer grundlegenden Umbruchsphase: Der Ost-West-Konflikt, der die bipolare Ordnung der internationalen Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestimmt hatte, war mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, mit der Wiedervereinigung Deutschlands und mit dem Zerfall der Sowjetunion auf friedliche Weise zu Ende gegangen (vgl. Czempiel 1992). Diese veränderte weltpolitische Lage half Kirgisistan bei der Gewinnung seiner Eigenstaatlichkeit.

Die Kirgisische Republik stand nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 einer vollkommen neuen geopolitischen Konstellation gegenüber. Das nun unabhängige Land hatte jetzt eine gemeinsame Grenze mit drei ebenfalls neu gegründeten zentralasiatischen Staaten – Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan – und China. Außerdem grenzte die zentralasiatische Region, der Kirgisistan angehört, an die Weltregionen, die konfliktbeladen oder von Transformationsprozessen geprägt

sind: Russland im Norden, Afghanistan, Iran, Pakistan, Indien im Süden, Kaukasus und die Türkei im Westen und Europa im fernen Westen (vgl. Mesbahi 1995: 215). Was zuvor als sowjetische Peripherie galt, wurde nun als Bühne eines weitgespannten geopolitischen Kräftespiels wahrgenommen. An der Wende zum XXI. Jahrhundert wurden mit Blick auf Kirgisistan und die anderen vier zentralasiatischen Staaten geopolitische Schlagworte des XIX. und frühen XX. Jahrhunderts wiederbelebt – allen voran das „*Great Game*“, mit dem der Wettkampf um Einfluss und Gewinn in Indien und Zentralasien, wie ihn Rudyard Kipling⁶² seinerzeit für Großbritanniens Konkurrenzkampf mit dem zaristischen Reich eingeführt hatte, bezeichnet wurde. 1904 hatte der britische Geograf und Geopolitiker Halford Mackinder den Begriff des „*Heartland*“ für Eurasien (Russland und Zentralasien) geprägt und dies zum Schlüssel für globale Vorherrschaft erhoben. Ganz ähnlich beschrieb Zbigniew Brzezinski 1997 das postsowjetische „*Herzland*“ als das Schachbrett, auf dem erneut der Kampf um die globale Vorherrschaft ausgetragen wird. Wo sich im XIX. Jahrhundert nur zwei Großreiche gegenüberstanden, sind es heute mehrere Akteure verschiedenster Größe und unterschiedlicher Interessenlage.

4.1 Die Russische Föderation als Akteur mit speziellen Interessen und Erwartungen, Anforderungen und Einflussmöglichkeiten an die (GUS-)Republik Kirgisistan

Russlands post-sowjetisches Verhältnis, sein Interesse und seine Strategie gegenüber der Kirgisischen Republik sollen hier, erstens, im Rahmen der allgemeinen Außenpolitik der Russischen Föderation gegenüber allen GUS-Staaten und zweitens, gegenüber allen zentralasiatischen GUS-Staaten, untersucht werden. Obwohl sich die bilateralen Verbindungen sehr unterschiedlich gestalteten, sprach man oft von generellen Beziehungsmustern: Russland – GUS-Raum, Russland – Zentralasien.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR musste die Russische Föderation eine neue Politik gegenüber Kirgisistan und anderen ehemaligen Unionsrepubliken entwickeln.

⁶² In seinem Roman „*Kim*“ (1901) schilderte Kipling das Vordringen britischer und russischer Agenten nach Afghanistan – den Auftakt der versuchten Kolonisierung Afghanistans einerseits von Britisch-Indien aus und von Russisch-Mittelasien andererseits im XIX. Jahrhundert.

Von Anfang an wurde von der Russischen Föderation erklärt, die Beziehungen zu den neuen Nachbarn seien ihre „Hauptpriorität“, *„Russland habe lebenswichtige Interessen auf dem ganzen Territorium der ehemaligen UdSSR“* (Bazhanov 1997: 8). Die neuen unabhängigen Staaten wurden seit dem Ende 1991 mit dem Begriff *„nahes Ausland“* umschrieben, der deren Sonderstellung in der Hierarchie der außenpolitischen Prioritäten Russlands ausdrücken sollte (vgl. Fuller 1994: 95; Lapidus 2001: 3).

Als „Ersatz“ für die Sowjetunion wurde die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet. Ihr Fundament wurde am 8. Dezember 1991 von Russland, Weißrussland und der Ukraine gelegt und treffend als Instrument der *„zivilisierten Scheidung“*⁶³ charakterisiert, da das Hauptmotiv für ihre Entstehung der Versuch einer geordneten Auflösung der UdSSR war. Am 21. Dezember 1991 schlossen sich auf einem Gipfeltreffen in Alma Ata acht weitere ehemalige Sowjetrepubliken der Gemeinschaft an – unter ihnen auch Kirgisistan - womit formell das Ende der Sowjetunion bestätigt wurde. Laut GUS-Charta vom 22. Januar 1993 gehören zu den Bereichen gemeinsamer Tätigkeit die Wahrung der Menschenrechte und -freiheiten, die Koordination der außenpolitischen Aktivitäten, die Kooperation in der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, die Zollpolitik, das Transport- und Fernmeldewesen, der Gesundheits- und Umweltschutz, die Sozial- und Migrationspolitik, der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, sowie die Verteidigungspolitik und der Schutz der äußeren Grenzen (List 2006: 69).

Zum Ziel des Aufbaus eines gemeinsamen Sicherheitssystems unterzeichneten Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan am 15. Mai 1992 in Taschkent einen Vertrag über kollektive Sicherheit (engl. Collective Security Treaty, CST), mit dem die sechs Signatarstaaten sich verpflichteten, *„keinen militärischen Bündnissen“* beizutreten und *„sich an keinen Gruppierungen von Staaten oder Aktionen, die gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtet sind, zu beteiligen“* (Artikel 1, Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992). 1993 traten noch Aserbaidschan, Weißrussland und Georgien dem Bündnis bei. In allen wichtigen, die Interessen der Teilnehmerstaaten berührenden Fragen

⁶³ Diese Charakterisierung stammt vom damaligen ukrainischen Präsidenten, Leonid Kravchuk (zit. nach: Götz/ Halbach 1996: 16).

internationaler Sicherheit, seien die Positionen untereinander abzustimmen und unverzügliche Konsultationen durchzuführen, falls Gefahr für Sicherheit, Souveränität und territoriale Integrität bestehe (List 2006: 78).

1992-1993 schloss Russland zahlreiche Kooperationsverträge ab, mit dem Zweck der Festigung und Entwicklung freundschaftlicher politischer Beziehungen zu den neuen Nachbarn. Am 10. Juni 1992 wurde z. B. der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Gegenseitige Unterstützung zwischen der Russischen Föderation und der Kirgisischen Republik unterzeichnet. Die dominierende Tendenz anfangs der 90-er Jahre war aber „das Trägheitsgesetz“ (Akimbekov 1998).

Gegenüber seinem südlichen „nahen Ausland“ mangelte es an einer klaren, konsequenten Strategie Russlands (vgl. Brauer 2002a: 86), so dass sich das russische Engagement in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gegenüber Kirgisistan und den vier anderen zentralasiatischen Republiken eher sporadisch gestaltete. Die russische Politik schwankte zwischen den nach ihrer geographischen Ausrichtung genannten Vertretern des „Atlantizismus“, den Vertretern der anderen Denkschule des „Eurasismus“ und den Vertretern des „Großrussischen Nationalismus“. Die ersten wünschten sich eine engere Beziehung zum Westen und verbanden damit die Zukunft Russlands mit Europa, auf Kosten Zentralasiens, das in ihren Augen nur „an economic burden“ (Jonson 2001: 96) war, zum Bereich der sekundären Interessen der führenden Weltmächte zählte und immer eine periphere Rolle spielen würde (vgl. Kassenow 1995: 6). Deswegen seien Kirgisistan und die anderen zentralasiatische Republiken für russische Interessen die unbedeutendste Region im Raum der ehemaligen UdSSR, und noch dazu eine potentielle Gefahrenquelle, aufgrund ihrer Ambitionen, Teil der muslimischen Welt zu werden. Ein Rückzug von diesem „weichen Unterleib Russlands“ werde Russland in strategischer Hinsicht viele Probleme ersparen (vgl. List 2006: 29).

*“Kyrgyzstan may need Russia, but Russia has no absolute need of Kyrgyzstan”.
(Anderson 1999: 101)*

Die Denkweisen der Verteidiger des Eurasismus waren stark im sowjetischen Großmachtdenken verwurzelt und richteten ihren Fokus auf das ehemalige Territorium der Sowjetunion. Russland sollte sich als eurasische Großmacht etablieren, indem es versuchte, den postsowjetischen Raum stärker unter der

Führung Moskaus zu integrieren. Russland wurde nach dem Verständnis des Eurasismus nicht als ausschließlicher Teil des Westens betrachtet, sondern als multiethnisches, multikulturelles Land mit einer Funktion als Brückenkopf zwischen Europa und Asien.

Neben dem Atlantizismus und dem Eurasismus existierte noch der „*Großrussische Nationalismus*“ als außenpolitische Denkschule. Russland wird hierbei als Weltmacht perzipiert, welche dem Westen gegenüber eher feindlich gesinnt ist. Expansion wird als Mittel des Erhalts des vermeintlichen Weltmachtstatus gesehen. Diese Denkschule konzentrierte sich ausnahmslos auf den postsowjetischen Raum mit dem Ziel, die vor kurzem unabhängig gewordenen Staaten unter der Führung Moskaus zu integrieren. Die GUS wurde dementsprechend nicht als Übergangslösung von der UdSSR zur vollen staatlichen Souveränität gesehen, sondern als Instrument Russlands zur Reintegration.

Trotz all dieser Uneinigkeit lässt sich feststellen, dass in der Periode von 1991 bis 1993 die russische Außenpolitik „*strongly pro-Western*“ (Bondarevsky/Ferdinand 1994: 41) wurde. „*Go West*“ (Baev 1997), so lautete ihre Hauptidee und die Beziehungen zu den neuen unabhängigen zentralasiatischen Staaten waren „*far from being the highest priority of the new Russian administration*“ (Bondarevsky/Ferdinand 1994: 40). Nur einige Fakten, die diese Behauptung bestätigen: Der damalige russische Außenminister Kosyrew besuchte Zentralasien zum ersten Mal im April 1992, während der damalige US-Außenminister James Baker zu diesem Zeitpunkt schon das 3. Mal offiziell in der Region war. Die erste diplomatische Anerkennung der Souveränität des kirgisischen Staates bekam man aus der Türkei und den USA, und erst danach aus Russland. Die Russische Botschaft in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek wurde erst geöffnet, nachdem die USA, die Türkei und China ihre Botschaften errichtet hatten (vgl. Ploskih 2003: 324f.).

Die russische Politik der Öffnung nach Westen stieß jedoch auf breite interne Kritik, welche die Führung des ersten Präsidenten Russlands Boris Jelzin zu einer Kurskorrektur veranlasste: Die russische Diplomatie sollte fortan der Devise des alten russischen Wappens folgen, auf welchem ein zweiköpfiger Adler nach Westen und Osten blickt (vgl. List 2006: 34).

Im Frühsommer 1993 wurde die neue Außenpolitik bekräftigt, indem Jelzin und Außenminister Kosyrew betonten, dass dem „*nahen Ausland*“ und der verstärkten wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Kooperation innerhalb des postsowjetischen Raumes im Rahmen der GUS auf bi- und multilateraler Ebene absolute Priorität einzuräumen sei (vgl. Westphal 1995).

Zur Abkehr Moskaus von der „*strategischen Partnerschaft*“ mit dem Westen und zur Rückkehr zu seiner südlichen „*natürlichen Einflusszone*“ (Stuth 1998: 40) trug das Eindringen der „*fremden*“ (Djekshenkulov 2000: 148) Mächte in Zentralasien bei. Sehr oft wurde in den Publikationen russischer Analytiker der Gedanke wiederholt, dass die zentralasiatischen Staaten „*das Objekt der aktiven militärisch-politischen und ökonomischen Expansion der westlichen Staaten und der muslimischen Welt geworden sind, und all das schuf und schafft weiter unerwünschte und für Interessen Russlands gefährliche Veränderungen der geopolitischen und geostrategischen Situation an seinen südlichen Grenzen*“ (Guscher 1997: 91).

Ein weiteres Thema war die Gefahr des islamischen Fundamentalismus: Der Bürgerkrieg in Tadschikistan (1992), die Eroberung der afghanischen Hauptstadt durch die fundamentalistischen Taliban (1996) schufen in Russland den Anlass zur Befürchtung, dass sich islamischer Fundamentalismus in Zentralasien ausbreiten, die säkularen Regierungen stürzen, und schließlich in einer Art Domino-Effekt auch Russlands Grenzen überqueren könne. Damit entwickelte sich ein klares Gefühl der Bedrohung der nationalen Sicherheit (vgl. Trenin 2003: 121ff). Die südlichen Grenzen der ehemaligen UdSSR betrachtete man nun als „*die Quelle der direkten Hauptgefahren für Russland*“ (Nezavisimaja Gazeta vom 18.11.1998: 6).

Für Russlands wirtschaftliche Modernisierung war es notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Integration in Zentralasien zu schaffen. Russland wollte den großen zentralasiatischen Markt nicht verlieren, den stabilen Import von großer Auswahl von landwirtschaftlichen Produkten sichern, seinen Einfluss auf Rohstoffgeschäfte in der Region geltend machen und Entscheidungen (insbesondere über den Verlauf von Pipelines) zu seinen Gunsten beeinflussen (vgl. Trofimov 2003: 15).

Unter diesen Umständen formulierte die russische Regierung folgende Ziele in der zentralasiatischen Region:

- die zentralasiatischen Republiken politisch und wirtschaftlich enger in die GUS-Sphäre zu integrieren und aus ihnen enge Alliierte Russlands zu machen,
- den strategischen Zugang der „external powers“ zu Zentralasien zu verhindern,
- die Grenzsicherheit und regionale Stabilität zu gewährleisten und das Eindringen islamistischer Tendenzen zu unterbinden und dadurch seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Zentralasien zu sichern (vgl. Smith 1996: 15)

Neben den sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen ist auch der ethnische Faktor zu nennen, der Russlands Aufmerksamkeit auf die Entwicklungen in Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Republiken zog (vgl. List 2006: 33). Da Russland über zwei Jahrhunderte eine intensive Siedlungspolitik betrieben hatte, lebten in ganz Zentralasien beim Zerfall der Sowjetunion etwa 10 Mio. Russen, in Kirgisistan 910 000 (22% der kirgisischen Gesamtbevölkerung) (vgl. Fuller 1994: 109; Huashen 2005: 38). Deswegen wurde der Schutz der russischen Minderheiten in der GUS als eines der Grundziele der russischen Außenpolitik genannt.

Seit 1995 fing man in Russland an, von der Bildung der *"economically and politically integrated association of states capable of claiming its proper place in the world community"* (Rossiiskaja Gazeta vom 28.09.1995: 19) zu sprechen. Der Erlass Nr. 940 vom 14. September 1995 erklärte:

"our main vital interests in the spheres of economy, defense, security and the protection of the rights of Russians are concentrated on the territory of the CIS, and the safeguarding of those interests constitutes the basis of the country's national security".
(Rossiiskaja Gazeta vom 28.09.1995: 19)

Der Erlass bestimmte die Grundziele der Russischen Föderation:

- *"to ensure political, military, and economic stability;*
- *to promote economically and politically stable CIS states friendly toward Russia;*

- *to consolidate Russia as the leading force in formulating a new system of interstate relations;*
- *and to boost integration processes within the CIS*” (zit. in: Smith 1996: 15),

und fügte hinzu:

"when collaborating with third countries and international organizations, it is necessary to seek their agreement that this region is primarily a zone of Russian interests."
(*Rossiiskaja Gazeta* vom 28.09.1995: 21)

Am 6. Januar 1995 wurde eine Zollunion von Russland und Weißrussland vereinbart. Am 20. Januar 1995 schloss sich Kasachstan an, Kirgisistan folgte am 29. März 1996. Am gleichen Tag unterzeichneten die Partner einen Vertrag über die Vertiefung ihrer Integration im ökonomischen und humanitären Bereich, welcher die Grundlage für die Schaffung einer Gemeinschaft integrierter Staaten bildete (vgl. Grinberg/Kosikova 1997: 29-33; Toktomushev 2001: 38).

1996 erhielt die russische Außenpolitik erneut eine andere Nuance, als Ewgenij Primakow zum neuen Außenminister berufen wurde, der als Reaktion auf das Streben der USA nach Weltherrschaft und auf die Osterweiterung der NATO die neue Doktrin einer „*multipolaren Weltordnung*“ formulierte. In einer 1998 gehaltenen programmatischen Rede betonte Primakow, dass Russland nicht ohne eine aktive Außenpolitik existieren könne und weiterhin eine führende Rolle in der Welt spielen werde. Das von Primakow entwickelte Konzept postulierte, dass das System der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend multipolar geworden sei und sich mehrere weltpolitische „*Pole*“ – so vor allem die USA, Russland, die EU, China, Indien und Japan – herausgebildet hätten.

Entsprechend dieser Konzeption des Multipolarismus wurden während Primakows Amtszeit als Außen- und seit 1998 Premierminister neue wirtschaftspolitische Zusammenschlüsse im Rahmen der GUS gebildet: Am 26. Februar 1999 wurde die Vereinbarung über die vertiefte Wirtschaftsintegration zwischen Russland, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisistan vom 29. März 1996 zum Vertrag zur Schaffung einer Zollunion und eines gemeinsamen Wirtschaftsraums ausgeweitet. Gleichzeitig wurde Tadschikistan als fünftes Mitglied aufgenommen (vgl. Ultanbaev 2003).

Mit dem Amtsantritt des Präsidenten Putin Anfang 2000 erfuhr der von Primakow eingeleitete realpolitische und pragmatische Ansatz der russischen Politik eine neue Stärkung. Ein neuer außenpolitischer Kurs setzte auf die Rückkehr in die Weltpolitik und auf die Stärkung Russlands als Regionalmacht durch die Reintegration des alten Einflussbereichs und wurde durch die Ereignisse vom 11. September 2001⁶⁴ und die daraus resultierende amerikanische Militärpräsenz in Zentralasien⁶⁵ zugespitzt (vgl. List 2006: 30; Huashen 2004: 139).

“(...) President Putin brought Central Asia back into mainstream Russian foreign policy thinking after a decade of neglect under President Yeltsin.” (Bernard 2005: 65)

Am 10. Januar 2000 unterzeichnete Putin das neue Nationale Sicherheitskonzept, das die bisherige Ausrichtung der russischen Verteidigungspolitik veränderte (vgl. Kremp 2000: 6). Am 22. April 2000 gab es eine Neufassung der Militärdoktrin. Außerdem wurde kurz darauf noch eine überarbeitete außenpolitische Konzeption in Kraft gesetzt. Diese Dokumente beinhalteten einige klare Richtlinien, in denen Zentralasien im allgemeinen außenpolitischen Konzept Russlands stand. Bezüglich der regionalen Beziehungen nahm die neue außenpolitische Konzeption von 2000 eine Priorisierung vor, wobei an erster Stelle die *„zwei- und mehrseitige Zusammenarbeit mit den Teilnehmerstaaten der GUS“* in Übereinstimmung mit den Aufgaben der nationalen Sicherheit genannt wurde:

„Vorrangige Bedeutung werden gemeinsame Anstrengungen zur Regulierung von Konflikten in den GUS-Teilnehmerstaaten sowie zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf militärpolitischem Gebiet und in der Sphäre der Sicherheit haben, besonders beim Kampf mit dem internationalen Terrorismus und Extremismus. (...) Ein ernstzunehmender Akzent wird auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich der Schaffung von Freihandelszonen, und auf die Verwirklichung der Programme gemeinsamer rationeller Verwendung der Naturressourcen gelegt werden.“ (Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation von 2000)

⁶⁴ Damit sind die Terroranschläge am 11.09.2001 - eine Reihe von Selbstmordanschlägen in den USA auf die Türme des World Trade Centers in New York City und das Pentagon in Arlington, die vom islamistischen Terrornetzwerk Al-Qaida koordiniert und ausgeführt wurden – und die nachfolgende Bekämpfung der Taliban in Afghanistan gemeint.

⁶⁵ Nach dem 11.09.2001 richtete Washington unter dem Vorwand des *„Kriegs gegen den Terrorismus“* US-Militärbasen in Zentralasien ein. Die USA pachteten die Militärbasis Karshi-Khanabad (Usbekistan) (vgl. Joint Statement Between The Government Of The United States Of America And The Government Of The Republic Of Uzbekistan, U.S. Department of State, 12.10.2001). Eine gemeinsame Erklärung der Staaten der SCO von Anfang Juli 2005 auf einer Konferenz in Kasachstan forderte den Abzug der US-Truppen in Zentralasien. Am 29.07.2005 erließ Usbekistan eine Bestimmung, welche besagte, dass die US-Truppen das Land innerhalb von 180 Tagen zu verlassen hätten. Am 21.11.2005 war der Rückzug der amerikanischen Truppen vollzogen. Für den Krieg gegen die Taliban hatten die USA Stationierungsrechte auch in Tadschikistan und Kirgisistan angekauft. Eine Bitte der USA, tadschikische Einrichtungen für militärische Zwecke zu nutzen, wurde aber im Sommer 2006 unter Hinweis auf Einwände wichtiger Partnerländer abgelehnt. In Kirgisistan unterhält Amerika seit 2002 den militärischen Luftstützpunkt Ganci.

Die Erweiterung der NATO um drei osteuropäische Staaten, die Vereinbarung über „*out-of-area operations*“ und die NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien schwächten die Position Russlands in der Welt (vgl. Jonson 2001: 98-99). Ferner zeigten die US- und NATO-Programme wie „*International Military Education and Training*“ (IMET), „*Foreign Military Financing*“ (FMF) und „*Partnership for Peace*“ (PfP) die Bereitschaft des Westens, in die Regionen, die für strategische Interessen Russlands wichtig waren, vorzudringen. Zudem tauchten neue wirtschaftliche Herausforderungen seitens der amerikanischen und europäischen Firmen, insbesondere im Energiesektor, auf (vgl. Jonson 2001: 98-99).

Die Regierung Russlands war entschlossen, die russische Vorrangstellung in Zentralasien wieder zu behaupten. Im Nationalen Sicherheitskonzept von 2000 werden als bevorzugte Form der Interaktion Russlands mit der Welt multidimensionale Verfahren wie Multipolarität und Multilateralismus genannt und der Platz der Russischen Föderation in so einer multipolaren Welt betont. In der außenpolitischen Konzeption vom Jahr 2000 wird der „*growing trend towards the establishment of a unipolar structure of the world with the economic and power domination of the United States*“ (Russian President, The Foreign Policy Concept of the Russian Federation, 28 June 2000) kritisiert. Russland wollte eindeutig den wachsenden westlichen Einfluss in Zentralasien eindämmen mit dem Ziel, „*a good-neighbor belt along the perimeter of Russia's borders*“ (ebd.) zu bilden.

Die Strategie Russlands unter Putin gegenüber den zentralasiatischen Staaten basiert auf der „*double-track policy*“ (Dongfeng 2003: 8): die Integration innerhalb der GUS und die Kooperation in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (engl. Shanghai Cooperation Organization, SCO) (vgl. ebd; Rashidov 2006). Innerhalb der GUS ist ökonomische und sicherheitspolitische Kooperation der wichtigste Bereich der Zusammenarbeit. Im Rahmen der GUS unter Beteiligung zentralasiatischer Staaten werden im Folgenden zwei Organisationen als Beispiele für diese Kooperation kurz dargestellt.

Am 10. Oktober 2000 wurde auf einem Treffen der Staatschefs in Astana die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (engl. Eurasian Economic Community, EurAsEC) gegründet. Diese neue regionale Organisation basierte auf den Grundlagen der Vorgängerinstitution der Zollunion, nahm jedoch auch einige Änderungen vor, um die

ökonomische Integration effektiver voranzubringen. Nachdem der Gründungsvertrag von allen Mitgliedern (Russland, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan) ratifiziert worden war, trat er am 30. Mai 2001 in Kraft. Das Hauptziel besteht im effektiven Aufbau einer Freihandelszone und schließlich eines einheitlichen Wirtschaftsraums (vgl. List 2006: 88). Die Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten soll in drei Bereichen stattfinden:

- Außenhandel und Zollpolitik (Verbesserung des Freihandelsregimes für Güter und Dienstleistungen, Formierung einer einheitlichen Zollpolitik, Ausarbeitung eines einheitlichen Vorgehens gegenüber WTO und anderen internationalen Wirtschaftsinstitutionen, Entwicklung eines effektiven Systems der Zahlungs- und Währungskontrolle),
- Wirtschaftspolitik (Harmonisierung der wirtschaftspolitischen strukturellen Rahmenbedingungen, Ausarbeitung der gemeinsamen sozioökonomischen Entwicklungsprogramme, Schaffung eines gemeinsamen Transport- und Energiemarkts),
- humanitärer Bereich (Entwicklung der gemeinsamen Richtlinien, die den Bevölkerungen minimale soziale Standards, sowie gleiche Rechte zum Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährleisten sollen (vgl. Islamova 2001: 130f).

Im Mai 2002 erhielten Moldawien und Ukraine Beobachterstatus in der EurAsEC. Später kam noch Armenien, als Beobachterstaat, hinzu. Am 25. Januar 2006 ist auch Usbekistan der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft beigetreten.

Zum wichtigen Meilenstein bezüglich der militärischen Integration innerhalb des CST, der, nachdem sich im April 1999 Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan entschieden, den auslaufenden Taschkenter Vertrag nicht erneut zu unterzeichnen, nur aus Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan bestand, wurde die Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrats in der armenischen Hauptstadt Jerewan, im Mai 2001. Zum ersten Mal in der Geschichte des CST wurde auf multilateraler Basis die Formation einer kollektiven schnellen Eingreiftruppe in Zentralasien, mit Beteiligung russischer, tadschikischer, kasachischer und kirgisischer Militäreinheiten, zum Kampf gegen islamischen Extremismus, Drogenhandel und Terrorismus in den Grenzgebieten, beschlossen

(vgl. List 2006: 81) In der Abschlusserklärung drückten die Gipfelteilnehmer die Hoffnung aus, dass die erfolgreiche Implementierung der kollektiven Eingreiftruppen zum Aufbau eines umfassenden kollektiven Sicherheitssystems führen werde (vgl. Utyaganova 2001).

Zur Intensivierung und Vertiefung der militärischen Kooperation wurde im Mai 2002 während der Jubiläums-Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrats in Moskau beschlossen, den Vertrag über kollektive Sicherheit in die Collective Security Treaty Organisation (CSTO) zu transformieren. Eine Charta und der rechtliche Status der CSTO wurden am 7. Oktober 2002 in der moldawischen Hauptstadt Chisinau verabschiedet. Die grundlegenden Ziele der CSTO blieben der gemeinsame Kampf gegen internationalen Terrorismus und Extremismus, Schmuggel von Waffen, Drogen, sowie organisiertes transnationales Verbrechen. Darüber hinaus erhielt die Zusammenarbeit eine neue Komponente: die Kooperation im militärtechnischen Bereich - der Kauf von Waffen und Technologien zu russischen Preisen sowie die gemeinschaftliche Entwicklung und Produktion von Militärtechnologie.

In der russischen Selbstwahrnehmung wird die CSTO (Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Weißrussland und seit 2006 auch wieder Usbekistan) als militärisch-politischer Kern der GUS angesehen, der als kollektives Sicherheitssystem für den eurasischen Raum weiterentwickelt werden soll (vgl. Kreikemeyer/Kropatcheva 2006: 3).

Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit stellt das zweite multilaterale Instrument der russischen Politik gegenüber Kirgisistan und anderen zentralasiatischen Staaten dar. Mitte der 90-er Jahre ging aus regelmäßigen Kontakten bezüglich der langen chinesisch-exsowjetischen Grenze zwischen China und Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, die „*Shanghai Fünf*“ zur friedlichen Beilegung von Grenzproblemen hervor. Zu diesem Ziel wurde auf dem ersten Treffen der Staatsefs in Shanghai am 26. April 1996 das „*Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischem Gebiet in Grenzregionen*“ unterzeichnet, welches zur Stärkung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen und zur Sicherheit und Stabilität in den Grenzregionen Maßnahmen zum beidseitigen Truppenrückzug, die gegenseitige Beteiligung an Militärmanövern und Informationsaustausch vorsah (vgl. List 2006: 117; Toktomushev 2001: 43).

Das zweite „*Abkommen über die beidseitige Reduzierung von Streitkräften*“ folgte am 24. April 1997 in Moskau. Diese beiden Dokumente legten den Grundstein der sicherheitspolitischen Kooperation im Rahmen der „*Shanghai Fünf*“, die am 3. Juli 1998 auf einem Gipfel der Staatspräsidenten in der damaligen kasachischen Hauptstadt Almaty um folgende Punkte erweitert wurde: Kampf gegen internationalen Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Waffenschmuggel und Drogenhandel. Neben dem klaren Fokus auf sicherheitspolitische Belangen, äußerten die Shanghai Fünf den Wunsch, auch auf ökonomischer und energiepolitischer Ebene zu kooperieren⁶⁶. In der Zwischenzeit werden im Rahmen der SCO 120 wirtschaftliche Projekte durchgeführt (vgl. Vechernii Bishkek vom 06.08.2007).

Seit dem vierten Gipfel der Shanghai Fünf in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek am 24.-25. August 1999 hatte sich aufgrund der fundamental veränderten Sicherheitslage und der Bedrohungsperzeptionen der Schwerpunkt der Zusammenarbeit von vertrauensbildenden Maßnahmen im Grenzbereich, zur Sicherung von politischer Stabilität und dem gemeinsamen Kampf gegen internationalen Terrorismus ausgeweitet.

Im Juni 2001 fand der erste Schritt zur Institutionalisierung der Zusammenarbeit statt, nachdem auch Usbekistan sein Interesse an einer Mitarbeit signalisiert hatte. China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gründeten auf dem Gipfel in Shanghai am 20. Juni 2001 die „*Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit*“ auf Basis der bisherigen Shanghai Gruppe. Es wurde eine deutliche Priorisierung bezüglich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit und der notwendigen Bemühungen zur Gewährleistung der Stabilität in der Region vorgenommen. Die Deklaration über die Gründung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit formulierte folgende Zielsetzungen:

“strengthening mutual confidence, friendship and goodneighborly relations between the participating states; encouraging effective cooperation between them in the political, trade-economic, scientific-technical, cultural, educational, energy, transportation, ecological and other areas; joint efforts to maintain and ensure peace, security and stability in the region, to build a new democratic, just and rational political and economic international order.” (Declaration on the Creation of the Shanghai Cooperation Organization, Shanghai, June 15, 2001, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department)

⁶⁶ Vgl. Joint Statement of Kazakhstan, China, Kyrgyzstan, Russia and Tajikistan on the Almaty Meeting, July 3, 1998.

Die Interessenlagen und Einflussmöglichkeiten innerhalb der SCO basieren auf den Machtverhältnissen zwischen den zwei größten SCO-Mitgliedstaaten Russland und China, ihren Interessen an Zentralasien, sowie der Einflussnahme durch die USA seit dem 11. September 2001 (vgl. List 2006: 122). Seit Beginn der Kooperation im Rahmen der Shanghai Fünf konkurrierten Russland und China um die Führungsposition innerhalb der Gruppe und um die Dominanz über die zentralasiatische Einflussosphäre (vgl. Umbach 2004: 43-62). Auf der anderen Seite nahmen im Verlauf der Zusammenarbeit die partnerschaftlichen Tendenzen zwischen den beiden Großmächten zu (vgl. Carpenter 2002: 141-148). Die wichtigste Gemeinsamkeit war der Wunsch, der amerikanischen Einflussnahme in Zentralasien entgegenzuwirken (vgl. Lo 2005: 6). Der Eindruck einer einvernehmlichen chinesisch-russischen Vorherrschaft über Zentralasien wurde verstärkt, als die beiden Mächte Anfang 2001 den ersten bedeutenden bilateralen Vertrag seit einem halben Jahrhundert über gute nachbarschaftliche Beziehungen, Freundschaft und Kooperation abschlossen (vgl. Cutler 2002). Die zentralasiatischen Staaten müssen somit wohl als „*Juniorpartner*“ innerhalb der SCO gewertet werden.

Die militärische Präsenz der USA in Zentralasien führte zu einer verstärkt antiamerikanischen Stimmung innerhalb der SCO. Russland fühlte sich bedrängt durch die amerikanische Präsenz in seiner ehemals exklusiven Einflussosphäre und versuchte dem aktiv entgegenzuwirken, indem es die Rolle und das Gewicht der SCO stärken wollte. Präsident Putin zeigte seit Ende 2002 eine energische Entschiedenheit, die SCO als eine „*open organisation*“ zu propagieren und betonte: „*(the SCO's) role is growing, notably in forging multilateral regional ties and in the war on terror*“ (zit. nach: Blagov 2003). Putin trieb die ambitionierte Vision an, die SCO in eine pan-asiatische Körperschaft umzuformen, um so ein relevantes Gegengewicht zum amerikanischen Einfluss aufzubauen und eine signifikante Rolle in einer „*multipolaren Welt*“ einzunehmen (ebd.). Erweiterungspläne zogen den Iran, die Mongolei, Indien und Pakistan in Erwägung. 2004 erhielt die Mongolei und im Juli 2005 der Iran, Indien und Pakistan Beobachterstatus (vgl. Kreikemeyer/Kropatcheva 2006: 3). Seit dem siebten SCO-Gipfel in Bischkek am 16. August 2007 wird mit der baldigen Aufnahme mehrerer weiterer asiatischer Staaten in die Organisation gerechnet.

Trotz allem finden zwangsläufig Gespräche und Kooperationsansätze mit Washington statt, schließlich verfolgt man dasselbe Ziel - die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. In diesem Zusammenhang schlug der damalige russische Außenminister Igor Iwanow vor, dass die SCO-Mitgliedstaaten mit Amerika kooperieren sollten (vgl. Blagov 2002). Die russische Führung in Zentralasien verfolgt also gegenüber den USA einen Kurs der „*kompetitiven Koexistenz*“ (Kreikemeyer/Kropatcheva 2006: 2).

Somit hat Russland in der zentralasiatischen Region folgende Ziele:

- *“to maintain a single economic space with Central Asia, while maintaining a structure of military integration (the CSTO) in order to protect Russia’s interests in the region”* (Dongfeng 2003: 9),
- *“to strengthen its international position and influence by seeking cooperative partners and by creating various organizations”* (ebd.),
- *“to cooperate with the USA, as well as to compete with it for regional influence through the CIS and SCO”* (ebd.: 8).

Aus der Sicht von Stephen Blank, Professor am Institut für Strategische Studien des US Army War College, stellt sich der neue Trend folgendermaßen dar:

„Since the war in Iraq, Russia has launched a comprehensive effort to bring Central Asia and the CIS under its control using military and economic instruments of power to counter America’s presence there. These moves reflect the Russian military-political elite’s continuing unwillingness to forsake its hegemonic approach to Central Asia or to accept the legitimacy of America’s presence there as invited by local sovereign states.” (Blank 2003)

Ein Vorteil der Position Russlands in der Region ist das Vorhandensein der ökonomischen und militärischen Druckhebel auf die zentralasiatischen Staaten. Im Gegensatz zu den 90-er Jahren gilt Russland heute als wirtschaftlich gestärkt. Das Land ist nicht mehr auf westliche Finanzhilfen angewiesen, der Außenhandel boomt, die anhaltend hohen Ölpreise bescheren seit Jahren beträchtliche Haushaltsüberschüsse⁶⁷. Russlands Einfluss auf die zentralasiatischen Volkswirtschaften ist entsprechend gewachsen. Dies gilt nicht allein im Hinblick auf den zentralasiatischen Außenhandel, der seit jeher auf Russland fixiert war. Es ist

⁶⁷ Vgl. IMF Country Report No. 04/315 (2004)

vor allem Russlands Bedeutung als Auffangbecken für das überschüssige Arbeitskräftepotenzial der Region, die sich immer mehr als wirksamer Einflusshebel der Moskauer Zentralasienpolitik erweist. Dies gilt besonders mit Blick auf Kirgisistan und Tadschikistan, die Armenhäuser der Region mit hoher Arbeitslosigkeit. Schätzungen gehen davon aus, dass 300 000 - 500 000 kirgisische Arbeitsmigranten in Russland arbeiten. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsmigration nach Russland ist enorm. Die Geldsendungen der kirgisischen Gastarbeiter Richtung Heimat beliefen sich 2006 auf etwa 700 Mio. US-Dollar (vgl. Interfax vom 23.11.2006). Die kirgisischen Arbeitsmigranten auf dem russischen Territorium stellen ein gravierendes Argument für den Aufbau der russischen Positionen in Kirgisistan dar (vgl. Gorbachev 2006; Evlashkov/Negoitsa 2006; Abdyldaev 2003).

Nach dem Zerfall der UdSSR blieben fast alle Kommunikationslinien in Russland. Praktisch alle Eisenbahn- und Autowege, die Zentralasien mit der Außenwelt verbinden, gehen durch das russische Territorium. Russland hat also die unbeschränkten Möglichkeiten, die Güterströme, aus der Region heraus und in die Region hinein, zu kontrollieren. Außerdem, haben fast alle zentralasiatischen Staaten Schulden bei der Russischen Föderation, aber keine Möglichkeit, diese zurückzuzahlen, deswegen zahlen sie mit Aktien ihrer Unternehmen, in erster Linie, mit den Aktien der Unternehmen der Rohstoffgewinnungsindustrie ab, was ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland weiter verstärkt (vgl. Esenov 1997).

Russlands Einfluss in Kirgisistan erhöhte sich durch das Engagement des russischen Stromkonzerns RAO UES (United Energy System), der in Südkirgisistan Wasserkraftwerke baut und das Land an einen GUS-weiten Elektrizitätsverbund anschließt (vgl. RIA Novosti vom 15.12.2006). Außerdem erwarb Gazproms Tochterunternehmen Gazprom Neft Beteiligungen am kleinen Ölsektor Kirgisistans (Götz 2006: 17).

“Economics is a component of politics. If one has a strong economic influence, then the opportunity arises to influence politics to some degree” (der Abgeordnete des kirgisischen Parlaments Marat Sultanov, zit. nach Saralaeva 2005).

Russland verfügt auch über den militärischen Druckhebel auf die Region. Die zentralasiatischen Staaten, die nicht die ausreichenden Ressourcen für die Bildung von eigenen wirksamen Streitkräften haben, werden angesichts der Bedrohungen dazu gezwungen, sich um Russland zusammenzuschließen.

Am 21. Mai 2007 schlug der Abgeordnete des kirgisischen Parlamentes Marat Sultanov vor, die russischen Grenztruppen für den Schutz der Grenzen seines Landes zurückzurufen⁶⁸, da, wie er sagte, „*das Militärbudget Kirgisistans erlaubt es noch leider nicht in vollem Maße (...) die südlichen Grenzen unseres Staates abzudecken*“ (zit. nach Sitnjanskii 2007).

Im Oktober 2003 eröffnete Russland eine Militärbasis auf dem ehemals sowjetischen Luftwaffenstützpunkt Kant bei Bischkek, nur 30 km entfernt vom amerikanischen Luftstützpunkt Ganci. Die kirgisische Regierung hatte auf Ansuchen Russlands diesen Stützpunkt der russischen Regierung im Rahmen der CSTO Ende 2002 angeboten (vgl. Brach-von Gumpenberg 2006). Der entsprechende Vertrag wurde für 15 Jahre – mit einer automatischen Verlängerung alle fünf Jahre – abgeschlossen (vgl. Pravda.RU vom 20.11.2003). Der russische Stützpunkt sollte nach Angaben Putins während der Eröffnungszeremonie, terroristische Infiltration aus dem Ausland und den Drogenschmuggel aus Afghanistan verhindern (vgl. Pravda.RU vom 23.10.2003). Diese Militärbasis besitzt aber keinen operativen militärischen Wert, da sie nicht über die dafür notwendige Ausstattung verfügt. *“This deployment is much more political than practical. It is aimed at reestablishing Russia's presence in the region, waning since the post-September 11th deployment”* (Oresman 2003; vgl. auch Kim 2003: 1-4).

Auch die kulturell-humanitäre Einflussnahme Russlands ist ein wichtiger Einflussmechanismus auf die zentralasiatischen Länder. Ein signifikanter Vorteil Russlands in Zentralasien sind die „*pro-russischen Interessengruppen*“, insbesondere in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan (vgl. Abdyldaev 2003). Die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen zwei Ländern könnte dazu dienen, eine tiefergehende Völkerverständigung zu schaffen, was seinerseits zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation zwischen diesen Staaten führt (vgl. Rashidov 2006). Zwischen Russland und Kirgisistan entwickeln sich die kulturell-humanitären Beziehungen sehr aktiv, einige Beispiele dafür sind die Veranstaltung der Tage der kirgisischen Kultur in Russland und der Tage der russischen Kultur in Kirgisistan (vgl. Vlasov 2007: 5), zahlreiche Konzerte der berühmten russischen Sänger, Theatervorstellungen der russischen Truppen in Kirgisistan und natürlich die Zusammenarbeit in der Ausbildung - auf der Basis des

⁶⁸ Die russischen Grenzsoldaten schützten die Grenzen Kirgisistans bis Juli 1999.

bilateralen Abkommens über die Kooperation im Bereich der Ausbildung bietet Russland jährlich 80 Studienplätze für kirgisische Bürger an seinen Universitäten (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 07.08.2007).

Moskaus Einflussnahme wurde aber in der Region durch eine Kombination verschiedener Faktoren erschwert (vgl. Rahmani 2003):

- das Streben der neuen zentralasiatischen Staaten nach Unabhängigkeit („*Integrations*“-Schritte verlangten Opfer in Bezug auf die gerade gewonnene nationalstaatliche Souveränität, zu der einige Staaten nicht bereit waren),
- die Ambitionen anderer Mächte – insbesondere der USA –, ihren Einfluss in Zentralasien auszuweiten,
- sowie die eigene Schwäche Russlands: *“Russia does not have enough economic power to integrate Central Asian states under its own terms”* (Dongfeng 2003: 9).

4.2 Die ebenfalls neu gegründeten zentralasiatischen Staaten als Akteure mit völlig neuartigen Kooperations- und Konfliktpotenzialen in Bezug auf ihre Nachbar-Republik Kirgisistan

4.2.1 Republik Kasachstan

Die kasachische Führung behauptet, dass die Welt sich zur Multipolarität entwickelt, wobei ihre Zentren die USA, China, Russland, Europa und Japan sind. Deshalb musste Kasachstan nach der Erlangung seiner Unabhängigkeit 1991 unter solchen Umständen eine „*multi-vector*“ (Rasizade 2002: 102) Politik verfolgen, die das *„Fehlen der strengen Abhängigkeit des außenpolitischen Kurses vom Agieren des einen oder anderen Partners, von der Unberechenbarkeit der Situationsentwicklung in der einen oder der anderen Region, von der Veränderung der Konjunktur der Weltmarkts“* (Tokajew 1997: 21) voraussetzt. Im praktischen Sinn, wie der damalige Außenminister Kasachstans K. Tokajew erklärte, bedeutet die „*multi-vector*“ Politik die *„gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit den direkten Nachbarländern, den GUS-Staaten, den führenden Ländern des Westens, mit Asien und dem Nahen Osten“* (Tokajew 1997: 21).

In der kasachischen Außenpolitik gibt es Prioritätsrichtungen. Nach Russland und China bezeichnet man als Prioritätsrichtung auch die zentralasiatische Region (vgl. Halbach 2002: 18; Kalishevskii 2007). Im Mittelpunkt der Wechselbeziehungen zwischen Kasachstan und seinen zentralasiatischen Nachbarländern stehen Stabilität und die ökonomische Sphäre.

Das flächenmäßig mit Abstand größte Land in der Region, Kasachstan, das reiche Bodenschätze und Rohstoffvorkommen besitzt, bildet in Zentralasien das politische und wirtschaftliche Schwergewicht.

"Kazakhstan is the only success story in the region in terms of political, social and economic development" (Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kazakhstan: Truth about Kazakhstan. Regional Leadership Cooperation of the Republic of Kazakhstan with Kyrgyz Republic. 13.07.2006)

Dank der aktiven Integrationspolitik und der geschickten Wirtschaftspolitik⁶⁹ seines Präsidenten Nasarbajew hat Kasachstan zum „Motor und Vorzeigemodell“ (Gerisch 2006) in der zentralasiatischen Region avanciert. Nasarbajew setzt sich für verschiedene Pläne ein, die engere Wirtschaftsbeziehungen und eine größere politische Einheit der zentralasiatischen Staaten zum Ziel haben.

"Today we are witnessing superpower rivalry for economic dominance in our region. We have to address correctly this global and geo-economics challenge. We have a choice between remaining the supplier of raw materials to the global markets and wait [ing] patiently for the emergence of the next imperial master or to pursue genuine economic integration of the Central Asian region. I chose the latter." (Die Rede vom kasachischen Präsidenten im März 2005, zit. nach: Blank 2005)

Dabei sieht sich Kasachstan als den Kern der zentralasiatischen Integration.

„Kasachstan kann und soll eine der wichtigsten Stützen im System der Gewährleistung der Sicherheit in Zentralasien werden. Wir, der Staat Kasachstan, und ich, als das Staatsoberhaupt, machen alles dafür. Der Erfolg unserer wirtschaftlichen und politischen Modernisierung soll ein Stimulans für die Länder der Region und insgesamt für die Wiedergeburt Zentralasiens werden. In Zukunft sehe ich Kasachstan als einen führenden Staat in der Region mit der stabilen Wirtschaft ". (Die Rede Nasarbajews am 22.11.2006 auf der 11. Assemblée der Völker Kasachstans, zit. nach: Maikova 2007)

Wirtschaftliche Entwicklung, regionale Integration und Stabilität sind auch die Ziele der kasachischen Außenpolitik gegenüber der Kirgisischen Republik.

⁶⁹ Seit Jahren weist Kasachstan ein robustes Wirtschaftswachstum von knapp zehn Prozent vor (vgl. Krumm 2007: 8). Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt über 5.000 US Dollar (vgl. Auswärtiges Amt: Kasachstan. März 2007) und ist damit das höchste aller zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR. Bis 2015 wird ein weiterer Anstieg auf 9.000 Dollar erwartet (vgl. Kairat/Sultanow 2005: 94ff.).

In der ökonomischen Sphäre ist Kirgisistan für Kasachstan als ein Land, wo mehr oder weniger ähnliche wirtschaftliche Reformen durchgeführt wurden, von Interesse. Die Kompatibilität der Wirtschaften der beiden Länder ist ziemlich hoch. Deswegen zieht Kirgisistan Kapital aus Kasachstan an. Die Gesamtsumme der direkten kasachischen Investitionen in die kirgisische Wirtschaft beträgt über 400 Mio. US Dollar (vgl. Semenjak 2007).

In Kasachstan versteht man, dass sich in der Epoche der Globalisierung in der langfristigen Perspektive kein Land erfolgreich entwickeln kann, und die Situation in Kasachstan immer von den „*armen Nachbarn*“ beeinflusst werden wird. Da die usbekische und turkmenische Wirtschaft für die Führung der offenen Marktbeziehungen wenig geeignet sind⁷⁰, stellt Kirgisistan in Zentralasien für Kasachstan den bequemsten Wirtschaftspartner dar.

Vor den Märzereignissen in Bischkek waren internationaler Terrorismus, radikaler Islamismus, organisierte Kriminalität und Drogenhandel die möglichen von Kirgisistan ausgehenden Bedrohungen für Kasachstan. Die Militärübungen an den südlichen Grenzen Kasachstans wurden unter Berücksichtigung des möglichen Durchbruchs der kasachisch-kirgisischen Grenze durch die großen Gruppierungen der Freischärler und die Massenauswanderung der friedlichen Bevölkerung aus Kirgisistan durchgeführt. Nach den Märzereignissen wurde von der kasachischen Führung und der Öffentlichkeit der innenpolitischen Komponente der Risiken und Gefahren, die aus Kirgisistan stammen, Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Bekbolotov 2006: 6) Nach den tief greifenden Änderungen in Kirgisistan machte Kasachstan deutlich, dass Stabilität in Kirgisistan im eigenen nationalen Interesse liegt.

Die Ereignisse im benachbarten Kirgisistan erzeugten in Kasachstan einen doppelten Effekt. Einerseits war das kirgisische Beispiel des mehr oder weniger nicht gewaltsamen Sturzes der Macht für die kasachische Opposition sehr interessant. Direkt nach den Märzereignissen besuchten die kasachischen Oppositionellen Bischkek, um aus der erfolgreichen Erfahrung der „*Tulpenrevolution*“ zu lernen. Andererseits nutzte die kasachische Regierungselite das kirgisische Beispiel, um die

⁷⁰ Usbekistan betreibt eine staatlich gelenkte Wirtschaftspolitik, die aus der Sicht Kasachstans eine Hürde in den Wirtschaftsbeziehungen darstellt. Die Wirtschaftspolitik Turkmenistans ist ausschließlich von sozialistischen planwirtschaftlichen Grundsätzen geprägt, eine freie Marktwirtschaft ist nicht vorstellbar.

Wählerschaft zu erschrecken. Im Sommer und im Herbst 2005 wurde die Propaganda der Stabilität, unter Verwendung des „*kirgisischen Umsturzes*“ als ein markantes Beispiel des negativen Situationsausgangs geführt. In den Augen eines kasachischen Durchschnittsbürgers steht jetzt Kirgisistan nun für ein Land mit postrevolutionären Maroden, politischen Morden und wirtschaftlichem Rückgang wegen der endlosen Demonstrationen.

Die Tatsache, dass der kasachische Präsident Nasarbajew an der Inaugurations-Zeremonie des kirgisischen Präsidenten Bakijew im August 2005 teilnahm und auch Bakijew an der Inaugurations-Zeremonie Nasarbajews im Januar 2006 präsent war, spricht doch für ein stabil hohes Niveau der gutnachbarschaftlichen kasachisch-kirgisischen Beziehungen.

4.2.2 Republik Usbekistan

In der Anfangsphase der staatlichen Selbständigkeit war für Taschkent sehr wichtig, die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn in Zentralasien neu zu regulieren und die grundlegenden Prinzipien des Aufbaus der bilateralen Kontakte zu Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan zu erarbeiten. Zu den ersten Initiativen der usbekischen Außenpolitik gehörte das Vorantreiben der wirtschaftlichen und kulturellen Integration in Zentralasien, die von der usbekischen Führung in Form einer Doktrin als *„Turkestan ist unser gemeinsames Haus“* deklariert wurde (vgl.: Karimow 1995). Die zentralasiatische Integration betrachtete Taschkent als eine *„objektive Notwendigkeit, die bedingt ist durch die territoriale Gemeinsamkeit, die Gemeinsamkeit der Verkehrsverbindungen, die grundlegenden und führenden Wirtschaftszweige, die Notwendigkeit der gemeinsamen Nutzung wasserwirtschaftlicher und energetischer Objekte, die Versorgung mit Energieressourcen. Ganz zu schweigen von der kulturellen, sprachlichen und geistigen Gemeinsamkeit unserer Völker, die tiefe, einander durchdringende Wurzeln haben“* (Karimow 1998: 372-373). Die regionale Integration verstand Usbekistan auch als einen bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung seiner eigenen nationalen Sicherheit (vgl. ebd.). Dass es in unmittelbarer Nähe zu politisch ungefestigten, ethnisch oder regional stark untergliederten Nachbarländern wie Afghanistan und Tadschikistan gelegen ist, spielte eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik

Usbekistans. Präsident Karimow schrieb hierzu: *„Usbekistan ist von Ländern umgeben, die von ethnischen, demographischen, ökonomischen und anderen Problemen belastet sind. Usbekistan grenzt an einen solchen Herd der Instabilität wie Afghanistan, das von inneren Konflikten zerrissen ist, welche durch religiöse Extremisten, ethnische Gruppierungen, Drogenkartelle und verschiedene Kräfte von außen her angeheizt werden. Außerdem grenzt es an Tadschikistan, wo die Gefahr einer erneuten Eskalation des Bürgerkrieges anhält“* (Karimow 2000: 16). Durch die stabile Entwicklung der Region kann ein wichtiger Beitrag zur Festigung des Friedens in Zentralasien geleistet werden. Das usbekische Sicherheitskonzept stützte sich auf regionale Sicherheit (vgl. Inomjonov 2005: 139).

Es wurde also ständig betont, dass die regionale Integration in Zentralasien die wichtigste Aufgabe der usbekischen Außenpolitik sei. Die Realisierung vieler gemeinsamer Projekte ist aber an der Haltung Taschkents gescheitert. Wie Laumulin behauptet: *„Das Paradoxe an den usbekischen Erwartungen an die regionale Integration besteht darin, dass einerseits sämtliche volkswirtschaftlichen Ressourcen in den Händen des Staates konzentriert werden sollen, mit der Absicht, ihre umfassende Nutzung durch ein System der zentral gelenkten Finanzierung und Kreditierung zu sichern. Andererseits möchte man gleichberechtigter Partner in einer auf marktwirtschaftlichen Prinzipien aufbauenden Wirtschaftsunion sein“* (Laumulin 1999: 36). In dieser Hinsicht stellte die Inkonvertibilität der usbekischen Währung „Sum“ ein großes Hindernis auf dem Weg der Entwicklung und Intensivierung eines direkten zwischenstaatlichen Handels dar und erschwerte die Arbeit der zentralasiatischen Finanzinstitutionen. Erst seit Herbst 2003 ist der Sum offiziell konvertierbar. Außerhalb Usbekistans wird er jedoch kaum gehandelt. Auch die verstärkten sicherheitspolitischen Maßnahmen, die von Taschkent seit Ende der 1990-er Jahre durchgeführt werden⁷¹, werden von vielen als eine große Barriere auf dem Weg zur regionalen Integration bewertet (vgl. Inomjonov 2005: 152; List 2004: 249-255).

⁷¹ Im Februar 1999 erschütterte eine Serie von Bombenattentaten Taschkent. Die Tat wurde der Islamischen Bewegung Usbekistans zugeschrieben. Im August desselben Jahres drangen Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans aus Tadschikistan kommend in das kirgisische Gebiet Batken ein. Im Sommer 2000 kam es zu einem ähnlichen Vorfall. Als Reaktion verstärkte Usbekistan die Verfolgung von „Islamisten“ und verminte Abschnitte seiner Grenzen zu Tadschikistan und Kirgisistan, was zu erheblichen zwischenstaatlichen Spannungen führte.

Ein weiterer wichtiger Faktor der zwischenstaatlichen Kontakte Usbekistans mit seinen zentralasiatischen Nachbarn ist die Grenzproblematik. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurden innersowjetische Verwaltungsgrenzen zu völkerrechtlich verbindlichen Staatsgrenzen, deren Anerkennung die Deklaration von Almaty über die Gründung der GUS im Dezember 1991 bestätigte (vgl. Inomjonov 2005: 156). Zwar haben die zentralasiatischen Staaten untereinander die bestehenden Grenzen anerkannt, aber es besteht häufig gar keine Klarheit, wo diese verlaufen. Bei der Grenzsicherungspolitik war das Hauptaugenmerk der usbekischen Regierung auf Kirgisistan und Tadschikistan gerichtet, weil die Ereignisse von 1999 und 2000 deutlich zeigten, dass diese Länder die Schwächsten im Gefüge der regionalen Sicherheit sind. Dies hat zu Spannungen in den usbekisch-kirgisischen und usbekisch-tadschikischen Beziehungen geführt. Da eine gemeinsame regionale Sicherheitsarchitektur, die eventuell die Frage der Grenzüberwachung einbeziehen könnte, nicht in Sicht war, versuchte jede Republik, ihre Grenzen selbst zu schützen. So entstand die Notwendigkeit der Abklärung aller Grenzabschnitte, um einen Konfliktfall im Prozess der Grenzüberwachung zu verhindern. (Vgl. Inomjonov 2005: 157)

Die Minderheitenproblematik⁷² spielt auch in den Beziehungen zwischen Usbekistan und Kirgisistan eine große Rolle. Denn ein Konflikt zwischen der Titularnation Kirgisen und einer ethnischen Minderheit usbekischer Herkunft kann zur Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen führen. Wegen des großen Anteils der usbekischen Minderheit in der Kirgisischen Republik sollte Usbekistan bei der Bildung seiner außenpolitischen Strategie ihr gegenüber auch ihre Interessen mit einbeziehen.

⁷² Die Grenzregionen der zentralasiatischen Länder stellen ein Paradebeispiel für die ethnische Mischung und Vielfalt in Zentralasien dar. Alle Länder in der Region sind mehr oder weniger Vielvölkerstaaten. Die Entstehung dieser komplizierten ethno-politischen Situation ist auf die historische Entwicklung der Region zurückzuführen, in der sie Schauplatz der Wanderungen verschiedener Nomadenvölker war. Mit der Teilung Zentralasiens 1924 in nationale Republiken entstanden nach Ethnizität definierte feste Gebietseinheiten. Jedoch konnte diese sowjetische nationale Grenzpolitik das Problem der Multiethnizität nicht lösen, sondern sie erschwerte zusätzlich die ethno-politische Lage der Region, weil viele Völker jetzt auf dem Territorium der Nachbarrepubliken zu Minderheiten geworden waren. In der folgenden Periode wurde die ethnische Situation durch den Zuzug von Arbeitsmigranten aus dem europäischen Teil der Sowjetunion und durch die Zwangsumsiedlung und Deportationen in den 1930-er und 1940-er Jahren weiter verschärft. So hatte jede zentralasiatische Republik zum Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeitserklärung mehr als 100 Nationalitäten und musste mit diesem schweren „Sowjeterbe“ alleine zurechtkommen. (Vgl. Inomjonov 2005: 158)

Weiterhin stellt die Wasserverteilung einen wichtigen Faktor in den usbekisch-kirgisischen Beziehungen dar. Usbekistan als größter Baumwollproduzent der Region ist in die heftigsten Wassernutzungskonflikte mit Kirgisistan am oberen Lauf des Syrdarja um die Nutzung des Toktogul-Staudammes verwickelt.

Der „geopolitische Mittelpunkt Zentralasiens“ (Halbach 1999: 19) Usbekistan verfügt aufgrund seiner Bevölkerungsgröße (27 780 059 Einwohner, 2007), seiner Lage in Zentralasien und der stärksten Armee der Region (100 000 Soldaten, Mai 2006⁷³) über das größte Potential zum Aufstieg zu einer eigenständigen Regionalmacht. Das gegenwärtige politische System⁷⁴ Usbekistans und das Vorhandensein von Konflikten mit seinen zentralasiatischen Nachbarn⁷⁵ erschweren aber die Erfüllung dieses ehrgeizigen außenpolitischen Ziels des Landes.

4.2.3 Republik Tadschikistan

Tadschikistan, das die kleinste sowjetische Republik war und als das „*Armenhaus der Sowjetunion*“ galt, war nach Erlangung der Unabhängigkeit dazu gezwungen, geopolitische Partner zu suchen, da es eine instabile Zone in der zentralasiatischen Region darstellte. Das schwache innenpolitische Potenzial, die schlechte wirtschaftliche Lage, der Bürgerkrieg im benachbarten Afghanistan, die

⁷³ vgl. The World Defence Almanac 2006.

⁷⁴ Die politische Entwicklung Usbekistans nach der Erlangung der Unabhängigkeit ist eng mit der Geschichte ihres Präsidenten, Islam Karimow, verbunden. Karimow wurde 1989 Erster Sekretär der usbekischen KP und am 24. März 1990 vom Obersten Sowjet Usbekistans zum Präsidenten gewählt. Seitdem steht er an der Spitze des Staates. Ab 1993 festigte sich in Usbekistan ein stabiles, autoritäres Regime. Allerdings wurde diese Stabilität im Februar 1999 durch terroristische Anschläge auf staatliche Einrichtungen herausgefordert. Obwohl die Vorfälle niemals geklärt wurden, gelangte die Führung relativ schnell zu der Annahme, dass hinter den Anschlägen fundamentalistische islamische Gruppen standen. Seit diesen Anschlägen sind Angriffe des Staates gegen vermeintliche und tatsächliche Anhänger islamistischer Gruppierungen, Anhänger anderer verbotener oppositioneller Gruppen und Menschenrechtsaktivisten an der Tagesordnung. Der Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus bestimmte lange die Rhetorik des Regimes: Die Einleitung politischer Reformen, die Liberalisierung der Gesellschaft, sei zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, da dadurch die Stabilität des Landes gefährdet werden könne. Auch marktwirtschaftliche Reformen wurden mit Verweis auf die Aufrechterhaltung der sozialen Stabilität weitgehend verzögert. (Vgl. BTI Ländergutachten 2003: Usbekistan. Unter <http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/151.0.html>) „Usbekistan ist ein Polizeistaat, in dem es weder Rede- noch Pressefreiheit gibt und Opposition nicht geduldet wird“ (Jahresbericht FES-Zentralasien 2000). Im Gegensatz zu Kasachstan und Kirgisistan begann Usbekistan nach der Unabhängigkeit eine so genannte „kontrollierte“ Transformation der Wirtschaft. Die Wirtschaft wurde zwar nach wie vor kontrolliert, nicht jedoch transformiert. Es lässt sich vielmehr ein Stagnationsprozess feststellen.

⁷⁵ Zum wirtschaftlich erfolgreichen Kasachstan besteht seit längerem eine Rivalität. Die Beziehungen zu Tadschikistan und Kirgisistan bleiben schwierig, da wichtige Fragen der Regional Kooperation nach wie vor ungeklärt sind (Wasser- und Energienutzung, Grenzsicherheit etc.).

Unterwanderung durch bewaffnete religiöse Extremisten aus südlichen Grenzgebieten und der seit 1992 geführte Bürgerkrieg machten das Land sehr abhängig von anderen Staaten, insbesondere von Russland, mit dem Tadschikistan eine sicherheitspolitische Partnerschaft unterhält. Duschanbe hatte praktisch keine Alternative, als sich auf äußere Kräfte zu stützen. Diese Tatsache bestimmte die außenpolitischen Prioritäten der Republik Tadschikistan. Wichtigster Außenpartner war und bleibt die Russische Föderation (vgl. Olimova 2000: 97-114). Aufgrund der kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten genießen die Beziehungen zum Iran und Pakistan eine wichtige außenpolitische Priorität (vgl. Barth/Karsch 2000: 61), ebenso die Beziehungen zur Türkei und zu Indien. Nach der Beendigung des Bürgerkrieges 1997 trat Tadschikistan verstärkt auf der internationalen Bühne auf: zunehmende Bedeutung erhält das Verhältnis zu China, es bestehen gute Beziehungen auch zu den USA. Zusammenarbeit mit Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Nachbarstaaten ist auch eine der Prioritäten in der tadschikischen Außenpolitik.

Die diplomatischen Beziehungen zur Kirgisischen Republik wurden am 14. Januar 1993 aufgenommen (vgl. Toktomushev 2001: 56). Bis 1997, als mit der Unterzeichnung eines Allgemeinen Friedensabkommens durch den tadschikischen Präsidenten Emomalij Rahmonow und Said Abdullo Nuri, den Anführer der Vereinigten Tadschikischen Opposition der fünf Jahre währende Bürgerkrieg in Tadschikistan formal beendet wurde, blieben die bilateralen Kontakte zwischen Duschanbe und Bischkek auf ganz niedrigem Niveau.

Den wichtigen Bestimmungsfaktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen in der modernen Etappe stellen Grenzstreitigkeiten dar. Tadschikistan hat eine gemeinsame Grenze mit der Kirgisischen Republik, deren Länge 970 km beträgt. Davon sind bis jetzt nur 482 km demarkiert (vgl. Slutskii 2007). Es gibt insgesamt 70 strittige Territorien an der tadschikisch-kirgisischen Grenze.

Hohe Priorität in den tadschikisch-kirgisischen Beziehungen genießt die Entwicklung der Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft. Während des offiziellen Besuchs des tadschikischen Präsidenten E. Rahmon⁷⁶ in Bischkek im September 2007 wies er auf das riesige hydroenergetische Potenzial beider Staaten hin, das unbedingt entwickelt

⁷⁶ Am 26. März 2007 ändert Emomalij Scharifowitsch Rahmonow, wie er bis dato hieß, seinen Namen in Emomali Rahmon. Dies sei, laut Rahmon, Teil der neuen Identitätsfindung Tadschikistans.

und benutzt werden sollte. *„Wir werden unsere Kooperation in diesem Bereich, insbesondere im Export der Elektroenergie, vertiefen“*, - sagte der tadschikische Präsident (zit. in Slovo Kyrgyzstana vom 19.09.2007: 2).

Den politischen Dialog und die handelsökonomische Kooperation mit Kirgisistan entwickelt Tadschikistan erfolgreicher im multilateralen Rahmen, z.B. der EurAsEC, der CSTO und der SCO, als auf der bilateralen Ebene.

4.2.4 Republik Turkmenistan

Das Vorhandensein strategischer Rohstoffe und die vorteilhafte geographische Lage⁷⁷ öffneten für Turkmenistan, das früher als *„Rohstoffanhängsel“* (Nezavisimaja Gazeta vom 27.10.1999) der UdSSR galt, gute geopolitische Aussichten und ließen es auf neue Weise seinen Platz in der zentralasiatischen Region und in der Welt bestimmen. Die turkmenische Führung praktizierte die *„eigenwilligste Außenpolitik in der Region und der gesamten GUS“* (Halbach 2000: 14). Diesem neuen außenpolitischen Kurs Aschgabads lag die Idee der strikten Neutralität zugrunde. Ihre Prinzipien wurden in der turkmenischen Verfassung folgendermaßen formuliert: *„Turkmenistan erkennt die Priorität der allgemeingültigen Normen des Völkerrechts an, es ist ein vollberechtigtes Subjekt der Weltgemeinschaft und hält an den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des Verzichts auf den Einsatz bewaffneter Macht, der Nichteinmischung in die Innenpolitik anderer Staaten fest“* (die Verfassung von Turkmenistan von 1996).

Der erste turkmenische Präsident S. Nijasow, der Turkmenbaschi (*„Führer der Turkmenen“*), wie er sich nennen ließ, erklärte diese Haltung folgendermaßen: *„Da es mehr als 30 Prozent der weltweiten Gasreserven und bis zu 12 Milliarden Tonnen Erdöl allein im Schelf des Kaspischen Meers besitzt und ein gewaltiges Territorium mit nur fünf Millionen Einwohnern umfasst, muss Turkmenistan Neutralität wahren. Es ist für uns unmöglich, irgendeiner Staatengruppe beizutreten, denn das würde zur Bildung von Blöcken führen und unsere Neutralität schwächen“* (zit. in: Mezhdunarodnaja Zhizn vom Oktober 1995). Am 12. Dezember 1995 wurde

⁷⁷ Turkmenistan ist für Russland und Usbekistan ein Pufferstaat gegenüber dem Iran, für den Iran ist es *„Pforte nach Zentralasien“* und für die Türkei ein wichtiges Transitland (vgl. Freitag-Wirninghaus 1998: 16)

Turkmenistan als ein neutraler Staat von der UNO anerkannt und im Laufe der Zeit auch von 185 Ländern (vgl. Dzhekshenkulov 2000: 251-253).

Die turkmenische Neutralitätspolitik hatte die Distanzierung von den zentralasiatischen Nachbarstaaten zur Folge. Aschgabad war davon überzeugt, dass bei dem Vorhandensein von wichtigen Bodenschätzen Turkmenistan die Probleme seiner wirtschaftlichen Entwicklung mit eigenen Kräften schneller lösen könnte, als in einer engeren Zusammenarbeit mit den ex-sowjetischen zentralasiatischen „Brüderrepubliken“. Bei der Bestimmung der außenpolitischen Prioritäten wurde also *„no special favour to either the CIS states or other Central Asian neighbours“* (Brill Olcott 2001: 33) eingeräumt.

Obwohl die diplomatischen Beziehungen zwischen Turkmenistan und Kirgisistan am 9. Oktober 1992 aufgenommen wurden, blieben die bilateralen Beziehungen gering und unausgereift. Alle offiziellen politischen Kontakte zwischen Turkmenistan und Kirgisistan fanden auf multilateraler Ebene im Rahmen der OIK, ECO und des Gipfels von Turkstaaten statt.

Auf eine Änderung des außenpolitischen Kurses Aschgabads hoffte man nach dem Tod des ersten turkmenischen Präsidenten Nijasow am 21. Dezember 2006. Der neue Präsident G. Berdimuhamedow versprach aber, den von Nijasow vorgegebenen Kurs in der Außenpolitik beizubehalten.

4.3 Weitere Akteure in Eurasien mit kulturell, ökonomisch oder sicherheitspolitisch ausgerichteten Politikstrategien in Bezug auf die Kirgisische Republik

4.3.1 Republik Türkei

Das Aufkommen unabhängiger Staaten in Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und die Öffnung der Region, die naturgemäß vor dem NATO-Mitglied Türkei jahrzehntelang hermetisch abgeriegelt war, setzten in Istanbul von Anfang an beträchtliche Emotionen und weitreichende Planungen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung frei, in der sich das Land einen entscheidenden Stellenwert beimaß.

Die Türkei war der erste ausländische Staat, der die staatliche Souveränität der Kirgisischen Republik anerkannte (schon am 18. Dezember 1991), die diplomatischen Beziehungen zu ihr aufnahm (am 24. Dezember 1991) und Anfang 1992 die erste diplomatische Vertretung in Bischkek eröffnete (vgl. Toktomushev 2001: 18; 114). Die ethnischen und sprachlichen Verbindungen der Türkei zu Kirgisistan und den anderen Staaten der Region wurden ständig hervorgehoben. Die Türkei wollte diese Grundlage nutzen, um auf die wirtschaftliche Entwicklung, die politische Ausrichtung und die externen Beziehungen der zentralasiatischen Republiken Einfluss nehmen zu können.

Zur Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Zentralasien und im Kaukasus wurde beim Außenministerium die Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur (TIKA) ins Leben gerufen⁷⁸. Die Tätigkeitsbereiche der TIKA umfassen auch die Koordination der Zusammenarbeit zwischen den Turkrepubliken und der Türkei in den Bereichen Ausbildung, Kultur, Kunst, Geschichte und Geschichtsforschung, Sprache und Alphabet, Ethnographie, Tourismus, Verwaltung, Justiz, Sicherheit, Kommunikation und Kommunikationstechnologie, Umwelt, Wissenschaft und Technologie.

Die großen Erwartungen wurden im Diktum des Präsidenten Özal (auch von seinem Nachfolger Süleyman Demirel wiederholt) reflektiert: die Türkei verstehe sich nicht mehr als *„ein Land zwischen dem Bosphorus und Igdir (Provinz an der iranischen Grenze), sondern zwischen der Adriatischen See und der Chinesischen Mauer“* (Steinbach 2001: 51). Wenngleich dies nicht als ein panturkistisches Konzept interpretiert werden sollte, so kam doch darin das Selbstbewusstsein einer Türkei zum Ausdruck, der im Verbund mit den turksprachigen Republiken Zentralasiens eine *„neue Rolle“* zuwachsen würde.

“The breakdown of the Soviet Union and the emergence of independent states in Central Asia have presented Turkey with a potentially unprecedented historical opportunity to explore a completely new horizon in its foreign policy.” (Mesbahi 1995: 217)

1991 hegte die Türkei die große Hoffnung, zur einflussreichsten Macht in der Region aufzusteigen (vgl. Rashid 2002: 271). Die türkische Führung skizzierte ihre Politik

⁷⁸ Die Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur (Türk İşbirliği ve Kalkınma Ajansı, TIKA) wurde am 24. Januar 1992 gegründet, mit dem Ziel, den Entwicklungsprozess in den turksprachigen Republiken und in anderen Nachbarländern der Türkei zu unterstützen.

gegenüber den muslimischen Nachfolgerstaaten der ehemaligen Sowjetunion „*im Rahmen ihrer geostrategischen Position und der bestehenden ethnischen und sprachlichen Bindungen zwischen den verschiedenen Turkvölkern zu einer Rolle als Brücke zwischen diesen Staaten und dem Westen*“ (Brown/Fuller 1994: 47).

Die Absichten der Türkei, ihre Einflussosphäre und ihr internationales Prestige auszuweiten, wurden jedoch weitgehend durchkreuzt. Das gilt zum einen mit Blick auf das Zusammenrücken der Turkvölker. Im Vordergrund der Beziehungen der Türkei zu Kirgisistan und anderen zentralasiatischen Republiken stand nach dem Zusammenbruch der UdSSR die Einleitung einer engen wirtschaftlichen und politischen Kooperation zwischen allen Turkstaaten. Während der ersten türkischen Weltgipfelbesprechung in Ankara im Oktober 1992 erklärte der Staatspräsident Turgut Özal das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Türken. Die Türkei betrachtete sich als natürlicher Partner und als regionale Führungsmacht für eine Reihe von Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion (vgl. Yilmaz 1995: 37): Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan. In der Erklärung von Ankara wurden in allgemein gehaltener Form Gemeinsamkeiten beschworen, die die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Infrastruktur, die Verpflichtung auf die Prinzipien der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, den Säkularismus und die Marktwirtschaft sowie die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, betrafen. Konkrete Absprachen über einen Zielkatalog der Ausgestaltung der Beziehungen, wie er von türkischer Seite vorbereitet worden war, der die Liberalisierung des Handels, einen Zollabbau und den Bau von Erdgas- und Erdölpipelines hätte beinhalten sollen, wurden aber nicht getroffen (vgl. Steinbach 2001: 51). Der Traum von einem zusammenrückenden wirtschaftlichen und politischen turksprachigen Raum war dabei zu verblassen.

Die Türkei wollte Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Ländern als Beispiel dienen und ihnen ihr eigenes Modell des Säkularismus in einer islamischen Gesellschaft, der parlamentarischen Demokratie und einer freien Marktwirtschaft nahe bringen. Diese Politik wurde hauptsächlich von den USA unterstützt, die in der Türkei eine regionale Macht sahen, die den russischen und vor allem iranischen Hegemonialversuchen Widerstand zu leisten und für Zentralasien als Beispiel eines säkularen, westlich orientierten Staates zu dienen vermochte. Diese Erwartungen haben sich ebenfalls nicht erfüllt.

"The Central Asians weren't wanting to adopt another country's model and they weren't wanting to negotiate or mediate their relations with the international community through Iran or Turkey. They wanted to shape their own identities and future and they wanted to make their own direct contact with the international community and that has been very much the pattern." (Edmund Herzig, zit. nach Esfandiari 2005)

Kirgisistan blickte, wie auch die anderen zentralasiatischen Staaten, nicht auf die Türkei als Vorbild, obwohl der kirgisische Präsident Akajew die Türkei ständig als den „Morgenstern, der den Weg Kirgisiens leitet“ (zit. nach Freitag-Wirminghaus 1992: 50), anpries, sondern in erster Linie auf die Türkei als „potentielle Quelle konkreter finanzieller und technologischer Hilfe“ (Brown/Fuller 1994: 48). Sehr rasch erwies sich, dass der Türkei angesichts des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs Zentralasiens die Kapazitäten fehlten, signifikante Entwicklungsimpulse zu geben (vgl. Steinbach 2000:51).

"The Central Asian States were disappointed that Turkey's help was not sufficient to bring economic health, prosperity and integration with western economic institutions." (Khan 2004: 56)

Also schlugen die Versuche der Türkei fehl, eine Führungsrolle in Kirgisistan und den anderen Staaten Zentralasiens zu spielen (vgl. Carley 1995: 169-197). Mehrere Faktoren waren dafür verantwortlich: Die frisch befreiten Republiken sahen die Türkei als einen „älteren Bruder“ und waren gegenüber jeder Art der Vorherrschaft argwöhnisch; die eigenen ökonomischen Schwierigkeiten in der Türkei, wie hohe Inflation, beschränkte Haushaltsressourcen und ein kostspieliger Krieg gegen den kurdischen Separatismus warfen ebenfalls Zweifel über den Wert einer engen Anbindung an die Türkei auf; die Türkei war wirtschaftlich nicht in der Lage, den zentralasiatischen Ländern die erwartete starke finanzielle Hilfe zu leisten.

Außerdem hatte die Türkei zu dem Zeitpunkt wichtigere außenpolitische Ziele und die zentralasiatischen Republiken zählten nicht zu ihren Hauptprioritäten:

"Turkey has its main priority to complete its EU application and negotiations (...) and for the foreseeable future that's going to be Turkey's main foreign-policy priority aside from that it has Iraq and Cyprus to deal with and for Iran its focus has always [been] mainly on the [Persian] Gulf region and its relation with other Gulf countries. (...) So, for that reason, they simply haven't had the resources and the political attention needed to really focus strongly and in a coherent way on the Central Asian region, whereas larger and more resourceful states such as Russia, China, and the United States have been able to do so." (Svante Cornell, zit. nach Esfandiari 2005)

Auch trugen andere einflussreiche Mächte zum Rückgang der regionalen Ambitionen der Türkei bei. Trotz des Zusammenbruchs der UdSSR blieb Russland für die ehemaligen sowjetischen zentralasiatischen Republiken von großer Bedeutung (vgl. Mitrofanova 2002: 202). Die Kirgisische Republik blieb weiterhin wirtschaftlich von Moskau abhängig, und lebte im Schatten von Russlands militärischer Stärke und kulturellem Einfluss. Dies zeigte sich daran, dass der kirgisische Führer Askar Akajew auf dem Türkischen Gipfel im April 2001 in Istanbul seine Rede auf Russisch hielt. Der demokratische Bestandteil des türkischen Modells war für die autoritäre politische Struktur Kirgisistans unattraktiv, da es nur geringes Interesse daran hatte, mehr politische Beteiligung und Pluralismus zu fördern. Und in der Tat ist Kirgisistan diesem Modell nicht gefolgt, was mit dem nachhaltigen sowjetischen Einfluss zu begründen ist.

Einige Jahre nach der Auflösung der UdSSR erkannte Ankara seinen Wunsch, die Rolle als Regionalhegemonie in Zentralasien zu spielen, als unrealistisch.

„Die Zeiten der romantischen Erwartungen sind vorbei, nun beginnt die konkrete Zusammenarbeit.“ (Zitat des damaligen türkischen Außenministers Abdullah Gul, zit. nach: Dschafarov 2007)

In der Zwischenzeit versuchte die Türkei, sich mit einer rationaleren Politik in der Region eine respektvolle Stellung in der Weltpolitik zu verschaffen (vgl. Kubicek 1997b), und die Stabilität und die Säkularität der neuen zentralasiatischen Republiken im Rahmen der internationalen Kooperation zu fördern (vgl. Henze 2001: 119), z.B. im Rahmen der Gemeinschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (eng. Economic Cooperation Organization (ECO)), eine aus Iran, Pakistan, der Türkei, Aserbaidschan, Afghanistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan bestehende Wirtschaftsgemeinschaft, die von der Türkei als Basis für wirtschaftliche Zusammenarbeit gesehen wird. Doch aufgrund der gespannten Beziehungen zwischen Ankara und Teheran muss man die Möglichkeiten dieser Organisation eher skeptisch beurteilen.

Einen entscheidenden Schritt nach vorn im Rennen um kulturellen Einfluss in der Kirgisischen Republik machte die Türkei durch die Ausstrahlung von türkischen Fernsehprogrammen über einen extra eingerichteten Satelliten, die in Kirgisistan empfangen werden konnten. Zu den weiteren kulturellen Aktivitäten der Türkei

gehören Rundfunksendungen, Buchläden, Kulturzentren, Universitätskurse und offene Sprachkurse (vgl. Freitag-Wirminghaus 1992: 52-53). Daneben suchten auch türkische Nicht-Regierungsorganisationen, Einfluss auszuüben und enge kulturelle und ökonomische Verbindungen zur neuen Nation Kirgisistans aufzubauen. Dies fand sowohl im geschäftlichen als auch im kulturellen Bereich statt, um die Ausrichtung der zukünftigen Eliten auf die Türkei zu fördern (vgl. Bülent 2000: 36-58; Winrow 2000). Bedeutsame Bemühungen fanden auf dem Feld der Bildung statt (vgl. Bülent 2002: 237). Die Türkei stellte ein großzügiges Stipendienprogramm zur Verfügung, das viele kirgisische Studenten und Offiziersschüler dazu nutzten, um an den besten Universitäten und an der angesehenen Polizeiakademie in der Türkei zu studieren (vgl. Vechernii Bishkek vom 12.03.2007: 6; Bülent 2002: 237).

Die türkische Führung zielte auch darauf, private Investitionen seitens türkischer Firmen in die sich entwickelnde kirgisische Wirtschaft zu fördern. In Kirgisistan betreiben 470 türkische Firmen Geschäfte und investierten seit 1991 über 650 Millionen US Dollar in die kirgisische Wirtschaft (vgl. World Tribune.com vom 28.03.2005; KYRGYZNEWS vom 23.03.2007).

Nach dem 11. September haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und den zentralasiatischen Staaten verändert (vgl. Kaya 2001). Die türkische Zentralasien-Politik, die sich früher von kulturellen und ökonomischen Faktoren dominieren ließ, erwarb zunehmend eine Militärkomponente: *„Turkey provides military assistance to most of the region's countries, especially in areas such as the training of military officers and students“* (Kaya 2002).

Obwohl die Türkei insbesondere Anfang der 90er Jahre Anstrengungen um eine Ausweitung ihres Einflussbereichs unternahm und hierfür erhebliche wirtschaftliche Ressourcen zu mobilisieren versuchte, bleibt ihr Gewicht in Kirgisistan de facto begrenzt. Als Investor und dank ihres kulturellen, Medien- und Bildungsangebots spielt die Türkei eine hervorgehobene Rolle in Kirgisistan, aber keinesfalls eine dominante.

4.3.2 Islamische Republik Iran

Der andere Akteur in Kirgisistan, von dem im Westen negative ideologische Einflüsse auf die „vergessenen Muslime“ erwartet wurden, ist der Iran. Daher verband man mit dem iranischen Einfluss automatisch religiöse Absichten, das islamische theokratische Staatsmodell, das im Iran vorherrscht, zu exportieren. In der iranischen Kirgisistan-, bzw. Zentralasien-Politik gewann die religiöse Staatsideologie aber nicht die Oberhand über pragmatische Diplomatie und sicherheitspolitische sowie wirtschaftliche Interessen (vgl. Halbach 1997). Eine britische Studie nennt die Optionen dieser „zurückhaltendsten und klügsten“ (Rashid 2002: 267) Politik mit folgenden Stichworten (Herzig 1995: 47):

- „*enhancing regional stability*“ (vgl. auch Mesbahi 1995: 226; Smith 1996: 6): Im November 2005 erklärte Ali Laridschani, Sekretär des Hohen Rates für Nationale Sicherheit, dass „*die nationale Sicherheit des Iran nur über Stabilität, Unabhängigkeit, Fortschritt und Entwicklung in Zentralasien und im Kaukasus zu erreichen ist*“ (zit. nach Chauffour 2006);
- „*discouraging unfriendly penetration*“: Darunter ist die Verhinderung einer Vormachtstellung der Vereinigten Staaten und ihrer türkischen und saudischen Verbündeten, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Machtvakuum auftauchten (vgl. Hunter 1996), gemeint;
- „*developing neighbourly relations and economic cooperation*“: Dadurch wollte Teheran seine internationale außenpolitische und wirtschaftliche Isolation überwinden;
- „*maintaining good relations with Russia*“: Der Iran betrachtet die Russische Föderation in Zentralasien als „*strategische Alliierte*“ (Kreft/Huterer 2001) mit Berührungspunkten sowohl auf der regionalpolitischen Ebene als auch in der Weltpolitik. „*Iran’s policy toward Central Asia (...) remains to a considerable degree “Moscow-centric”*“ (Mesbahi 1995: 227).

Freilich legte Teheran die religiösen Akzente seiner Außenpolitik gegenüber der Kirgisischen Republik nicht ganz beiseite, schon allein wegen der Konkurrenz mit anderen islamischen Akteuren wie Saudi Arabien und Pakistan und der Modellrivalität mit der Türkei. Der Iran versuchte, ein Bild starker historischer und kultureller Verbindungen zur Kirgisischen Republik hervorzurufen, und so hoben die

iranischen Behörden das gemeinsame kulturelle Erbe des Islam regelmäßig als eine wichtige Verbindung hervor. Der Iran unterstützte in Kirgisistan den Bau von Moscheen und islamischen Bildungseinrichtungen. Aber die Basis kultureller Gemeinsamkeiten ist eher schwach, gehört doch Kirgisistan der toleranten Hanefitischen Schule mit seiner bedeutenden Sufi-Tradition an (vgl. Halbach 1993: 10-20), während im Iran seit dem XVI. Jahrhundert die Schia als Staatsreligion angenommen worden war. Schon bald erkannten die pragmatischen iranischen Mullahs, dass sie im sunnitischen Kirgisistan „auf taube Ohren stoßen würden“ (Rashid 2002: 268). Auch die sieben sowjetischen Jahrzehnte spielten in der Kirgisischen Republik ihre Rolle. Irans religiöse Kultur unterschied sich einfach zu stark von der Kirgisistans. Deshalb verlagerte sich der iranische Einflussbereich in Kirgisistan auf kulturelle Zusammenarbeit und auf pragmatische Ziele: Wirtschafts- und Sicherheitskooperation (vgl. Halbach 2006: 219).

Der Iran organisiert verschiedene internationale und regionale Konferenzen und Festivals, auch religiöser Richtung, Länderspiele und lädt die kirgisischen Delegationen und Mannschaften zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen gerne ein; außerdem bietet man an den iranischen Universitäten Praktika für kirgisische Lehrer der Persischen Sprache, für kirgisische Studenten des Persischen an. Eben solche Möglichkeiten bietet das Außenministerium des Irans auch den Mitarbeitern des kirgisischen Außenministeriums (vgl. Toktomuschew 2001: 160).

Die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern geschieht im Kontext des Aufbaus neuer Transport- und Kommunikationslinien, da der Iran ein wichtiges Transitland und einen Transportkorridor darstellt. Das Handelsvolumen zwischen Iran und Kirgisistan ist seit 2004 ständig gewachsen⁷⁹: 2003 – 8,6 Mio. US Dollar; 2005 – 9,6; 2006 – 15,7; 2007 – 16,8. Über 100 iranische und iranisch-kirgisische Firmen betreiben Geschäfte in Kirgisistan (vgl. Akipress vom 08.12.2006).

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit findet stärker auf der multilateralen Ebene statt (OIK, ECO). Die bilateralen Beziehungen zur Kirgisischen Republik in diesem Bereich hingegen bleiben dürftig.

⁷⁹ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

4.3.3 Königreich Saudi-Arabien

Islamische Außenpolitik hatte hohe Priorität für Saudi-Arabien, dessen Einfluss in der Kirgisischen Republik offensiver als der iranische war. Riyadh investierte erhebliche Geldsummen in ein Paket von Hilfsmaßnahmen für die Förderung des Islam in Kirgisistan: Der Bau der Moscheen und Koranschulen und die Errichtung von islamischen Einrichtungen in kirgisischen Städten und Dörfern wurden von Saudi-Arabien finanziert (vgl. Dzhekshenkulov 2000: 190).

Auf missionarische Aktivitäten der Saudis bereits in sowjetischer Zeit deutete der gängige Terminus „*Wahhabismus*“ hin, womit die sowjetischen Behörden islamische Erweckungsbewegungen in Zentralasien, vor allem im Ferghanabecken, bezeichneten (Halbach 1997). Der „*Wahhabismus*“ ist die religiöse Staatsideologie der saudischen Dynastie und eine extrem puristische Islamvariante. Die Saudis vermeiden heute den Begriff „*Wahhabiten*“, da er in der islamischen Welt längst ein Schimpfwort ist. Man unterstellt den Saudis, im Kampf gegen islamische Sekten hätten sie selbst eine weitere Sekte gegründet (vgl. Müller 2001). Die Saudis selbst sehen sich als Verfechter der sunnitisch-islamischen „*Orthodoxie*“ (ebd.), die allerdings dem religiösen Synkretismus in Kirgisistan kaum entgegenkam.

Anknüpfungspunkte für die Intensivierung der Beziehungen zu Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Ländern boten die Erinnerung an die kurze Zugehörigkeit dieser Region zum arabischen Kalifat und der Beitrag, den sie zur islamischen Hochkultur des Mittelalters geleistet hatte. Dazu kamen Wirtschaftsinteressen (vgl. Halbach 1997).

4.3.4 Islamische Republik Pakistan

Der Konflikt um Kaschmir⁸⁰ ist ein zentraler Streitpunkt in den Beziehungen zwischen Pakistan und Indien seit deren Gründung im Jahre 1947. Er war Gegenstand mehrerer kriegerischer Auseinandersetzungen, und vorläufig gibt es wenig Aussicht auf eine baldige demokratische Lösung (vgl. Paringaux 2002). Also ist auch heute noch Indien für Pakistan, wie Pakistan für Indien der „*außen- und*

⁸⁰ Die Gebirgsregion im Himalaya Kaschmir gehört zu 1/3 zu Pakistan, zu 2/3 zu Indien - jedoch beharren beide Länder darauf, Kaschmir „gehöre“ ihnen.

sicherheitspolitische Dreh- und Angelpunkt“ (Fritsche 1994:2) geblieben. Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken eröffnete sich für diese Länder Südasien erneut das traditionelle nördliche „*Hinterland*“, ein neues Feld der Auseinandersetzung. Kirgisistan, Kasachstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan stellten „*an attractive area for diplomatic and economic advances by India and Pakistan*“ dar (Akbarzadeh 2003: 219). Diese südasiatischen Rivalen sahen in Zentralasien eine Möglichkeit, ihre regionalen und innenpolitischen Interessen voranzutreiben.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, mit der Pakistan zu keinem Zeitpunkt gute Beziehungen gehabt hatte, und die Entstehung fünf neuer unabhängiger Staaten in ihren südlichen Gebieten, die in kulturell-religiöser Hinsicht mit Pakistan verwandt waren, erweckten auch in Islamabad gewisse Hoffnungen und „*romantische Erwartungen*“ (Stobdan 1993: 1118), nach denen sich „*das Gravitationszentrum in Asien nun in Richtung Pakistan verlagern würde*“ (Stobdan 1993: 1009) und Pakistans internationale Rolle erheblich an Bedeutung zunehmen würde. Es bekamen Kräfte Auftrieb, die Pakistan stärker nach West- und Zentralasien statt nach Südasien orientieren wollten. So verbreiteten sich die Auffassungen, dass Pakistans „*natural habitat*“ die Türkei, den Iran, Afghanistan und die zentralasiatischen Republiken einschliesse (vgl. Hafeez Malik 1994: 251). Andere verkündeten großartige Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen Pakistan und Zentralasien, weil in Zentralasien Pakistan als ein Modell für ein zu errichtendes islamisches System betrachtet würde (vgl. Shariff 1993: 19-21; Dzhekshekulov 2000: 192f.). Auf der Suche nach neuer Rückendeckung gegenüber Indien forderte man die Entwicklung eines engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses dieses geopolitischen Raumes. Einige Pakistani wollten einen antiwestlichen muslimischen Block bilden, der eine bedeutende Macht darstellen sollte (vgl. Vaughn 1994: 314). Andere Wissenschaftler und Politiker waren vor allem aus wirtschaftlichen Gründen an einem solchen Zusammenschluss interessiert.

Die Militärstrategen hofften außerdem auf das seit langem gesuchte „*Hinterland*“ zur Schaffung einer größeren „*strategischen Tiefe*“ im Konflikt mit Neu Delhi (vgl. Moonis Ahmar 1993: 6). Als eine Option wurde dabei die „*sehr bedeutende Rolle Zentralasiens in der pakistanischen Außenpolitik*“ gesehen. „*Wenn damit in der*

richtigen Weise umgegangen wird, könnte diese Region einen Ausgleich für die bestehenden Spannungen mit Indien bieten“ (Stobdan 1993: 1113).

Also entwickelte Pakistan politische und wirtschaftliche Ambitionen in Richtung Kirgisistan und der anderen zentralasiatischen Republiken (vgl. Reetz 1993: 28-56): Um die neue geopolitische Lage zu seinen Gunsten zu nutzen, bemühte sich Pakistan besonders schnell um die Aufnahme der Beziehungen zur Region. Schon im November 1991 besuchte eine offizielle Regierungsdelegation unter Leitung des damaligen Staatsministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und späteren Außenministers Sardar Asif Ali die noch zur Sowjetunion gehörenden zentralasiatischen Republiken. Während der Verhandlungen in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek wurden die Gemeinsame Erklärung über die Prinzipien und Prioritäten der pakistanisch-kirgisischen Kooperation und fünf zwischenbehördliche Abkommen unterzeichnet. Am 20. Dezember 1991 erkannte Pakistan, als erster südasiatischer Staat, die Unabhängigkeit der Kirgisischen Republik an und am 10. Mai 1992 nahmen beide Staaten offiziell diplomatische Beziehungen auf. In der Entwicklung der pakistanisch-kirgisischen Beziehungen spielte die diplomatische Unterstützung Islamabad eine wichtige Rolle: Pakistan bemühte sich aktiv um die Aufnahme der Kirgisischen Republik in diverse internationale Organisationen, darunter in die ECO. Dafür hoffte man in Islamabad, dass das offizielle Bischkek eine pro-pakistanische Position sowohl im Rahmen der ECO, als auch in der Kaschmir-Frage einnehmen würde (vgl. Dzhekshenkulov 2000: 193). Es wurde ferner geplant, eine Politik wachsender politischer, wirtschaftlicher, kultureller und religiöser Penetration gegenüber Kirgisistan zu verfolgen, um eine bedeutende Rolle im Land spielen zu können und seine Stellung in der Region zu stärken.

Mit der Zeit ließen die regionalen Ambitionen Pakistans aber nach. Dazu trugen dieselben Faktoren, wie im Fall der Türkei (siehe dazu Kapitel 4.3.1) bei. Außerdem war die komplizierte und labile innere Struktur Pakistans, die von ethnischen, religiösen und machtpolitischen Konflikten gezeichnet war, für den Rückgang der Ambitionen ausschlaggebend. Nun sollte man eine konkrete Zusammenarbeit mit pragmatischen Zielen vorantreiben: die Entwicklung der stabilen politischen Beziehungen und der handelsökonomischen Kontakte mit der Kirgisischen Republik.

4.3.5 Republik Indien

Im Unterschied zu Pakistan pflegte Indien traditionell gute Beziehungen zur früheren Sowjetunion. Die fünf zentralasiatischen Republiken stellten für Indien bis zum Zusammenbruch der UdSSR also eine „befreundete Region“ (Fritsche 1994: 17) dar und nach deren Zusammenbruch war Delhi daran interessiert, die freundschaftlichen Kontakte mit den Nachfolgerstaaten der UdSSR aufrecht zu erhalten. Diese Situation, die für Indien einen komfortablen strategischen Vorteil gegenüber Pakistan bot, sollte auf der Basis bilateraler Beziehungen mit den unabhängig gewordenen Staaten festgeschrieben werden. Aus diesen Gründen schenkte Indien der stetigen Entwicklung seiner Kontakte zu Zentralasien große Aufmerksamkeit. Für Delhi gehörte es zu den lebenswichtigen Interessen, dass die Kirgisische Republik in der Kaschmir-Frage und in den anderen Angelegenheiten der regionalen Sicherheit keine pro-pakistanische Position einnahm. Ferner war es für Indien sehr wichtig, dass Kirgisistan seinen säkularistischen politischen Kurs fortsetzte. Gründe zur Besorgnis existierten zahlreiche, weil die zentralasiatische Region unter starken Einfluss des Iran und Pakistans geraten könnte, deren Außenpolitiken stark vom islamischen Faktor geprägt sind. Diese Befürchtungen schienen sich zu bewahrheiten, als Ende 1994, Anfang 1995 mit Pakistans finanzieller und militärischer Hilfe in Afghanistan die radikale islamistische Bewegung „*Taliban*“ gegründet wurde und dort im Jahre 1996 an die Macht kam. Indien hatte Angst vor der Verbreitung des islamischen Fundamentalismus durch die Taliban in Zentralasien und sah seine Sicherheit durch diesen „*verlängerten Arm*“ Pakistans gefährdet.

“India was faced with the prospect of the emergence of an Islamic bloc created on the basis of religion and an opposition for India. In its perceptions, Afghanistan and the Central Asian Republics together could provide Pakistan with a strategic depth on its western border to be able to counter the eastern threat”. (Afzal 2003)

Kirgisistan stellte in diesem Kontext für Indien einen verlässlichen sicherheitspolitischen Partner dar. Die Positionen beider Länder in vielen Fragen der regionalen Sicherheit und der Sicherstellung der regionalen Stabilität waren ähnlich.

Insgesamt war die Bedeutung Kirgisistans für Indien jedoch gering. Indien war lange Zeit nur auf Südasien fixiert und konnte daher keine strategische Vision entwickeln, die sein weiter entferntes Umfeld adäquat berücksichtigte (vgl. Peter 2002: 703-710).

Weder Indien noch Pakistan gelang es, zu einem bedeutenden politischen Faktor in Kirgisistan zu werden.

4.3.6 Die Volksrepublik China

China befindet sich in der unmittelbaren Nachbarschaft Kirgisistans. Über Jahrhunderte herrschten enge politische, militärische, kulturelle und kommerzielle Kontakte zwischen den beiden Ländern. Die Ausbreitung des russischen Einflussbereichs und schließlich die Gründung der UdSSR führten zum Abbruch aller chinesisch-kirgisischen Beziehungen (vgl. Kellner 2004: 37).

Aus chinesischer Perspektive waren die Wandlungsprozesse in Kirgisistan und anderen zentralasiatischen Staaten Anfang der 90-er Jahre für die innere und äußere Situation der Volksrepublik China von großer Bedeutung und wurden deshalb von chinesischen Politikern aufmerksam beobachtet (siehe dazu Wacker 1997). Die Entstehung der fünf neuen Staatsgebilde⁸¹ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Westen Chinas hatte sowohl außenpolitische aber auch innenpolitische Relevanz.

In außenpolitischer Hinsicht bestand für China die Möglichkeit, seine Ambitionen als Weltmacht zu verwirklichen. Innenpolitisch war die Gefahr der Destabilisierung der nordwestlichen Provinz Xinjiang groß. Denn die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der neuen Staaten hätten sich auch auf die innere Stabilität Chinas bzw. einzelner chinesischer Regionen auswirken können. Die chinesischen Interessen bezüglich der Kirgisischen Republik umfassen zwei Kernbereiche, die auch vor mehr als 2000 Jahre für China zu Zeiten der Han Dynastie (206 vor Chr. - 220 nach Chr.) und der Seidenstraße wichtig waren:

1. Sicherheit:

Nach 1991 war das Verhältnis zwischen China und Kirgisistan zunächst von Misstrauen geprägt, jedoch gelang es beiden Seiten innerhalb von wenigen Jahren, partnerschaftliche Beziehungen aufzubauen, welche zwar nicht immer ungetrübt

⁸¹ Die drei davon, Kirgisistan, Kasachstan und Tadschikistan, hatten eine gemeinsame Grenze zur Volksrepublik China (mehr dazu Wacker 1994b: 6-25).

waren, jedoch kein militärisches Konfliktpotential enthielten. 1994 unternahm der chinesische Ministerpräsident Li Peng eine Reise nach Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan, während der er in einer Rede die politischen Leitlinien seines Landes gegenüber den neuen Nachbarn vorstellte: „1. *Aufrechterhaltung nachbarschaftlicher Freundschaft und friedliches Zusammenleben*, 2. *Kooperation zum gegenseitigen Nutzen und Förderung des gemeinsamen Gedeihens*, 3. *Respektierung der Wahl des Volkes jedes Landes, keine Einmischung in die Innenpolitik anderer Länder*, 4. *Respektierung von Unabhängigkeit und Souveränität, Förderung regionaler Stabilität*“ (zit. nach: Wacker 1994a: 2).

Die vierte Leitlinie war und ist das oberste Primat der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik und steht in engem Zusammenhang mit der chinesischen Furcht vor Terrorismus, Separatismus und Extremismus (genannt: *“three evil forces”*) (vgl. List 2004: 43). Hieraus resultierende Gefährdungen der Sicherheit befürchtet die chinesische Regierung ausgehend von der nordwestlichen Provinz Xinjiang⁸² und den zentralasiatischen Nachbarn. Beijing fürchtet das separatistische und islamistisch-fundamentalistische Potential dieser Region und will verhindern, dass ebensolche Bewegungen von Kirgisistan aus nach Xinjiang eindringen, oder dass uigurische Terroristen dort Unterstützung finden. In der Tat erweckte die Unabhängigkeit der Kirgisischen Republik 1991 bei den Führern der uigurischen Gemeinschaften die Hoffnung, dass diese die Lösung der nationalen Frage in Xinjiang unterstützen würde, nämlich die Gründung eines unabhängigen uigurischen Staates auf dem Territorium des heutigen autonomen Bezirkes. Die uigurischen Unabhängigkeitsbewegungen fanden Unterstützung unter den religiösen Kreisen Kirgisistans, aber die Position des offiziellen Bischkeks in dieser Frage war eindeutig: es bietet keine Unterstützung für uigurische Separatisten und stimmt mit der chinesischen Position in dieser Frage völlig überein, alle anderen Kräfte, die Separatismus und religiösem Extremismus in Xinjiang Antrieb geben könnten, werden in Zusammenarbeit mit der kirgisischen Regierung bekämpft. Diese Sicherheitsprobleme ergeben ein konstituierendes Element der chinesischen Beziehungen zu Kirgisistan, denn ein destabilisierter Nachbar hätte aus chinesischer

⁸² Xinjiang ist überwiegend von Uiguren (8 Mio.) besiedelt, ein Turkvolk, das den zentralasiatischen Völkern bezüglich Kultur, Sprache und Religion näher steht als der Han-Gruppe. Viele Uiguren leben in Kirgisistan – ebenso wie viele ethnische Kirgisen in Xinjiang leben. In Xinjiang gibt es eine kleine radikale uigurische Minderheit, die für die Errichtung eines unabhängigen Staates „*Ostturkestan*“ (auch der Name ihrer separatistischen Organisation) kämpft. (Vgl. Xiong 2003; Gill/Bates/Oresman 2003; Viczyani 2004: 149)

Sicht wahrscheinlich folgenschwere Auswirkungen auf Xinjiang (vgl. List 2004: 45). Um die Gefahr des islamistischen Radikalismus in der Region (Mackerras 2003: 41) zu bannen, leistet China der Kirgisischen Republik Hilfe im sicherheitspolitischen Bereich: Unterstützung für Grenzüberwachung, militärische Unterstützung, militärische Ausbildung, Waffenverkauf und gemeinsame militärische Übungen. So wurden z.B. am 10.-11. Oktober 2002 gemeinsame militärische Übungen von China und Kirgisistan auf kirgisischem Territorium durchgeführt (vgl. Mackerras 2004).

Eine weitere sicherheitsrelevante Frage zwischen China und seinem westlichen Nachbar betraf die gemeinsame Grenze, die 1991 aus der ehemaligen chinesisch-sowjetischen Grenze hervorging. Die Lösung dieses Problems war ein hartnäckiger Verhandlungsprozess, der 1996 mit Kirgisistan einsetzte, jedoch inzwischen weitestgehend – zumeist zu Chinas territorialem Vorteil – zu Ende geführt wurde. Die chinesische Außenpolitik hat also in diesem Interessenbereich alle lebenswichtigen Aufgaben für sich positiv gelöst.

2. Wirtschaft und Handel:

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sind in der partnerschaftlichen chinesisch-kirgisischen Zusammenarbeit von primärer Bedeutung. Als integratives Element werden Transportprojekte im Sinne der Wiederbelebung der alten „*Seidenstraße*“ hervorgehoben. Angesichts des steigenden Exportpotenzials Chinas bestand die Notwendigkeit der Diversifizierung der Transportwege nach Europa und die Errichtung neuer Transportkorridore für die schnellere und kostengünstigere Lieferung chinesischer Ware zu anderen Kontinenten. In diesem Zusammenhang eröffnete die Unabhängigkeit Kirgisistans und der anderen zentralasiatischen Länder neue Möglichkeiten für den Aufbau alternativer Kommunikationslinien.

In Kirgisistan sieht China auch einen potentiellen Markt für seinen Export, insbesondere aus Westchina, der ärmsten Region des Landes, was zur wirtschaftlichen Entwicklung Chinas beitragen könnte (vgl. Giragosian 2006: 135). Obschon der chinesische Handel mit der Kirgisischen Republik nur einen kleinen Prozentsatz des Gesamthandels Chinas darstellt, wächst er ständig. Dasselbe gilt auch für die chinesischen Investitionen in Kirgisistan (vgl. Swanström 2001; 2003), die hauptsächlich in die Textil- und Bergbauindustrie, die Landwirtschaft und in den Transport vorgenommen werden.

Die chinesische Politik gegenüber Kirgisistan in den zwei dargestellten Kernbereichen findet nicht nur auf bilateraler Ebene, sondern auch multilateral im Rahmen der SCO statt, welche ein wichtiges konstituierendes Element der zwischenstaatlichen Beziehungen geworden ist. Mit dem Errichten der SCO wurde China erstmals zu einer führenden Kraft - bzw. eine der zwei führenden Kräfte - innerhalb einer internationalen Organisation.

“China and Russia, constituting respectively the largest economic power and the largest military power within the organization, play leading roles in it.” (Dongfeng 2003: 1)

China hat sich als regionale Macht positioniert und damit die Verantwortung für die Wahrung militärischer und politischer Stabilität, sowie das Vorantreiben ökonomischer Zusammenarbeit in der Region auf sich genommen (vgl. List 2006: 47f.) In Folge dieser Erfahrung hat China ein neues Sicherheits-Verständnis entwickelt, das sich im „*Shanghai Spirit*“ niederschlägt und folgende Prinzipien beinhaltet: *„mutual trust, reciprocity, equality, cooperation, joint consultations, respect for cultural diversity and the desire for common development“* (Kellner 2004: 37).

Auch die allgemeinen Grundzüge chinesischer Außen- und Sicherheitspolitik bestimmten das Verhältnis zu Kirgisistan. Diese lauten:

„Maintaining world peace. China does not participate in the arms race, nor does it seek military expansion. China resolutely opposes hegemonism, power politics, aggression and expansion in whatever form, as well as encroachments perpetrated by one country on the sovereignty and territorial integrity of another, or interference in the internal affairs of another nation under the pretext of ethnic, religious or human rights issues.“ (Main Characteristics of China’s foreign policy, Excerpts of Premier Li Peng’s speech at the 96th Inter-Parliamentary Conference on September 19, 1996)

In dieser Programmatik schwingt ein antiamerikanischer Unterton. Die Rivalität und die Auseinandersetzungen mit der Großmacht USA⁸³ wirkten sich auch auf die Beziehungen zum Kleinstaat Kirgisistan aus. Es war für Beijing essentiell, eine Einflussphäre in Zentralasien aufzubauen, um dem globalen Einfluss Washingtons entgegenzutreten:

⁸³ China fürchtete das Eindringen der USA in seine Nachbarschaft aus ideologischen und militärischen Gründen. Dies betraf einerseits eine befürchtete NATO-Ausweitung: *„Everything lead us to believe that NATO intends to expand eastwards and up to Central Asia; strategic military relations between the USA and certain countries in Central Asia have already been clearly strengthened, a fact which constitutes an important latent danger for the security of China’s North East frontier“* (Limin Lin 1999, zit. nach: Kellner 2004: 39). Ferner befürchtete China, dass die USA separatistische Kräfte unterstützen könnten, um das Land zu destabilisieren, bzw. sich aus humanitären Gründen oder in Verbindung mit der Frage Tibets, Taiwans oder Xinjiangs zu einem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Chinas veranlasst sehen könnten (vgl. ebd.).

"Countries around China should at least be neutral to China and they can't be allied with the United States,"

"On the land borders of China, all the countries should be under the influence of China. That is essential to China's safety." (zit. nach: Kellner 2004: 41).

In diesem Zusammenhang tauchte ein Interessengegensatz in den chinesisch-kirgisischen Beziehungen im Zuge der Militäroperationen in Afghanistan auf, infolgedessen auf kirgisischem Territorium amerikanische Soldaten stationiert wurden. Die Wahrscheinlichkeit eines langfristigen US-Engagements in Kirgisistan erregte in Beijing ernsthafte Besorgnis. Die amerikanische Militärpräsenz an seiner Türschwelle betrachtete man als eine große Niederlage Chinas.

„It is already clear that China is the big loser in the war on terrorism in Central Asia, if not elsewhere. Virtually every plank of its strategic policy for enhancing its influence and lessening American influence in the area has failed and its weaknesses have been cruelly displayed to the world. Therefore, Beijing is now searching for a new strategy with which to regain influence and reduce the threats it perceives from Washington's rising presence in Central Asia." (Blank 2002)

In diesem Sinne versucht Beijing die sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der SCO zu verstärken. Mit dieser Organisation verbindet China große Hoffnungen auf die Stärkung seiner Position in Kirgisistan und den anderen Staaten der Region.

Der Überblick über Chinas gegenwärtige außen- und sicherheitspolitische Interessenlage in Zentralasien belegt keine systematische Strategie Beijings, zu einer aggressiven Hegemonialmacht in der Region zu avancieren. Im Hinblick auf die Kirgisische Republik dominiert in Chinas Außen- und Sicherheitspolitik ein rational-pragmatischer Ansatz, der auf die Schaffung stabiler Rahmenbedingungen für Chinas ökonomische Weiterentwicklung und die Bewahrung der Stabilität in seiner nordwestlichen Provinz ausgerichtet ist. In diesem Kontext ist Kirgisistan ein geeigneter und wichtiger Partner für China in der Region. Dazu der stellvertretende Vorsitzende der Volksrepublik China Tszen Tsinhun: *„China betrachtet Kirgisistan als seinen Hauptpartner in der zentralasiatischen Region“* (zit. in. Ferghana.Ru vom 12.01.2006). Durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit Kirgisistan kann China seine Position in Zentralasien verbessern.

4.4 Kirgisistan als entdeckte bzw. neu zugänglich gewordene Interessensphäre relevanter Schwergewichte der Weltwirtschaft und geopolitisch ehrgeiziger *Global Players*

Als die Kirgisische Republik und vier andere zentralasiatische Staaten in ihre staatliche Unabhängigkeit traten, verglich ein amerikanischer Zeitungskommentator dieses Ereignis mit der Öffnung Japans im XIX. Jahrhundert und bezeichnete die fünf „-stans“ als *„die jüngsten und am wenigsten bekannten diplomatischen Partner Amerikas seit Kommodore Perry in die Bucht von Tokio segelte“* (zit. nach: Halbach 2006: 218).

4.4.1 Japan, Republik Korea (Südkorea) und Südostasien

Japan ist ein wirtschaftlich hoch entwickeltes Land und der einzige Vertreter des asiatischen Kontinents in der Gruppe der Acht (G8)⁸⁴. Seine Entwicklungspolitik ist ein wichtiger Bestandteil seiner Außenpolitik: In den 90-er Jahren vergab die japanische Regierung jährlich zwischen 9 und 15 Mrd. US Dollar an Entwicklungshilfe und war damit das größte Geberland der Welt überhaupt.

„Nach dem Ende des Kalten Krieges entstand eine Reihe von Ländern, die sich auf dem Weg der Freiheit und Demokratie befinden bzw. gerade dabei sind, diesen Weg einzuschlagen. Wir wollen die Freiheit entlang diesem Bogen verbreiten. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, eine prosperierende und stabile Region zu schaffen, in der allgemein gültige Werte wie Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit Wurzeln schlagen. Ich denke, dass Japan als eine fortschrittliche Demokratie die Verantwortung hat, diese Werte in der Außenpolitik anzuwenden und umzusetzen.“ (Rede von Außenminister Taro Aso vor den Abgeordneten des Parlaments während der 166. Sitzungsperiode des Parlaments am 26. Januar 2007)

Gemäß der 1992 verabschiedeten Charta der staatlichen Entwicklungshilfe (engl. Official Development Assistance, ODA) werden mit den Geldern zur technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern folgende Ziele verfolgt:

- Globale Abrüstung: Keine Unterstützung von Rüstungsexporten oder Vergabe von Entwicklungshilfemitteln an Staaten mit einem hohen Rüstungsetat;
- Koordination von Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung;
- Förderung der freien Marktwirtschaft;
- Förderung von Demokratie und Menschenrechten.

⁸⁴ Der supranationale Vereinigung der acht führenden Industrienationen gehören außer Japan Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Russland, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich an.

Die Bekämpfung von Armut, AIDS, Maßnahmen zur Geburtenkontrolle und der weltweite Umweltschutz gehören zudem gegenwärtig zu den größten Herausforderungen, mit denen sich die japanische Entwicklungshilfepolitik konfrontiert sieht.

Die japanische Regierung hat auch der jungen Kirgisischen Republik, die einen schwierigen Prozess des Übergangs zur Marktwirtschaft erlebte, erhebliche Summen an öffentlicher Entwicklungshilfe bereitgestellt und hat sich dadurch zu einem wichtigen Geberland für Bischkek entwickelt. Die bilateralen Beziehungen zwischen Japan und Kirgisistan sind sehr stark durch diesen Faktor geprägt. Mittels der finanziell-technischen Unterstützung und Expertenhilfe versucht Tokio seine Position in Kirgisistan und der Region zu festigen. Die geopolitischen Interessen Japans sind wegen seiner militärischen Schwäche und der fehlenden geographischen Verbindung bedeutungslos. Damit bleibt es trotz seines möglichen finanziellen Einflusses politisch gesehen ein „ungefährlicher“ (Inomjonov 2005: 265) Partner. Zugleich unterstützt Japan, als der nach den USA zweitgrößte Aktieninhaber der internationalen Finanzinstitutionen (der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (engl. Asian Development Bank, ADB), die Finanzierung der Programme dieser Institutionen. Dieser Faktor machte das Land für Kirgisistan, dessen Wirtschaft von diesen Institutionen unterstützt wird, noch wichtiger.

Diese Faktoren haben für die stabile Entwicklung der Beziehungen gesorgt und Japan zu einem bedeutenden Partner für Kirgisistan gemacht. Trotz dieses positiven Bildes der Beziehungen sind die wirtschaftlichen Interessen Japans angesichts der enormen Schwierigkeiten, die wegen der geographischen Entfernung zwischen den zentralasiatischen Ländern und Japan bestehen und auch wegen der Absatzmöglichkeiten des kirgisischen Marktes, sehr begrenzt. Die Handelsbilanz und die Summe der japanischen Direktinvestitionen lassen großen Spielraum für Verbesserung. 2007 lag das Handelsvolumen zwischen Kirgisistan und Japan bei 20,4 Mio. US Dollar⁸⁵, was überhaupt nicht zu vergleichen ist, mit den Handelsumsätzen⁸⁶ der wichtigsten Außenhandelspartner: Russland (2007 – 1 Mrd. 204 Mio. US Dollar), Kasachstan (2007 – 512,15) und China (2007 – 435,57).

⁸⁵ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

⁸⁶ vgl. ebd.

Der Grund dafür liegt unter anderem auch darin, dass der japanische Privatsektor am wirtschaftlichen Aufbauprozess in Kirgisistan kaum beteiligt ist (vgl. Toktomuschew 2001: 140). Ausgenommen bleiben davon Projekte, die durch staatliche Kredite aus Japan finanziert werden, z.B. Projekte im Verkehrsstraßenbau und –umbau und im Kommunikationssystem. Diese Projekte sind jedoch kein Ausdruck realer Handelsbeziehungen, weil sie – nach Aussagen der Japaner selbst – nicht in erster Linie durch wirtschaftliche und kommerzielle Interessen motiviert sind, sondern vielmehr auf politischen Überlegungen, die durch ein wohlgesonnenes Gefühl der Freundschaft gegenüber diesen neuen unabhängigen Nationen der früheren Sowjetunion gekennzeichnet sind, beruhen (vgl. Watanabe 2001: 65).

Mit anderen Worten stellt für Japan die Zusammenarbeit mit Kirgisistan und seinen Nachbarn in Zentralasien einen wichtigen Bestandteil seiner Politik zur Durchsetzung des Konzepts der *„komplexen Bewahrung der nationalen Sicherheit“* dar, die vor allem auf die Stärkung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Japans im Asiatisch-Pazifischen Raum (APR) und in der Welt insgesamt, gerichtet sind (vgl. Azizov 2002: 140). Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Tokio eine starke Asienpolitik und eine engagierte Politik in den Nachbarregionen, vor allem in Eurasien. In diesem Zusammenhang könnte die Intensivierung der japanischen Politik in den zentralasiatischen Staaten die Realisierung seiner strategischen Pläne andeuten, weil Zentralasien ein Teil des asiatischen Kontinents und eine Nachbarregion zur APR ist (vgl. Inomjonov 2005: 268f.).

Für Tokio ist es wichtig, in der Region feste Bündnisstrukturen zu etablieren, die japanische Initiativen in der Weltpolitik unterstützen könnten. Der erste konkrete Schritt in diese Richtung war die loyale Position der zentralasiatischen Länder in den gegenwärtigen Diskussionen über einen ständigen Sitz Japans im UN-Sicherheitsrat. Als Gegenleistung hat der damalige Premierminister Japans Koidzumi auf dem Asien-Forum im April 2002 vorgeschlagen, die zentralasiatische Region an die Prozesse der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Ostasien anzuschließen (vgl. Azizov 2004: 209).

Der ehemalige japanische Botschafter in Moskau Koji Watanabe führt das starke japanische Engagement in Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Republiken auf drei Grundüberlegungen zurück:

1. Da Zentralasien – umgeben von Russland, dem Nahen Osten und China – geopolitisch bedeutsam für die Stabilität ganz Eurasiens ist, ist eine Politik des konstruktiven Engagements zur Förderung der Stabilität nicht nur allgemein wichtig für den internationalen Frieden, sondern kann auch hilfreich sein bei der Ausgestaltung positiver, konstruktiver Beziehungen zu Russland und China, Japans zwei wichtigen Nachbarländern, und auch zu Ländern im Nahen Osten, insbesondere der Türkei und Iran;
2. Die Energievorräte am Kaspischen Meer in Form von Erdöl und Erdgas liegen aller Wahrscheinlichkeit nach in einer Größenordnung, die erhebliche Auswirkungen auf die weltweite Energielandschaft haben wird. Die Erschließung dieser Ressourcen könnte dazu dienen, die Quellen von Energielieferungen an asiatische Länder, einschließlich Japans, zu diversifizieren. Diversifikation weg von der übermäßigen Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten ist ein wichtiges langfristiges Ziel für ostasiatische Länder;
3. Das Fehlen einer negativen historischen Verwicklung in der Region und Japans lange aufrechterhaltener Status als das einzige moderne, fortgeschrittene Industrieland in Asien erzeugen ein vorteilhaftes, positives Bild von Japan bei den politischen Eliten der Region. Die hohen an Japan gerichteten Erwartungen sind durch nostalgische Gefühle in der japanischen Öffentlichkeit erwidert worden, die Zentralasiens Völker als historisch eng verbundene asiatische Freunde ansieht, die einst eine sehr wichtige Rolle in der Großen Seidenstraße spielten.

(Watanabe 2001: 67-68)

Japans Zentralasienpolitik ist also insgesamt daran interessiert, dass Kirgisistan und die anderen zentralasiatischen Republiken politisch stabil bleiben und als Partner berechenbar sind. Die Entwicklung aller Formen der Zusammenarbeit mit der Region liegt im Interesse der japanischen Regional- und Globalpolitik. In diesem Zusammenhang hat sich 2004 in der Außenpolitik Japans der Dialog „Zentralasien+Japan“ herausgebildet, die die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Kirgisistan und anderen Staaten der Region, insbesondere die Verstärkung der Sicherheit und Stabilität, Erweiterung der handelswirtschaftlichen Beziehungen, der Integrationsprozesse zum Ziel hat.

Die bilateralen Beziehungen zwischen der **Republik Korea** und Kirgisistan tragen vor allem wirtschaftlichen Charakter. Kirgisistan war das erste zentralasiatische Land, mit dem Seoul eine Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich zu entwickeln anfang. Der Handelsumsatz bleibt aber seitdem auf niedrigem Niveau⁸⁷: 2007 – nur 42,1 Mio. US Dollar. Das bisher größte Projekt zwischen den südkoreanischen Firmen und Kirgisistan ist das Telekommunikationsprojekt in der Tschui-Oblast. Weitere Bereiche für die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit sind, außer der Telekommunikation, Tourismus, Bauwesen, Verarbeitungsindustrie (vgl. Toktomuschew 2001: 144).

Außer **Malaysia**, dessen Beziehungen zu Kirgisistan sich in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen ziemlich erfolgreich entwickeln, zeigen die anderen südostasiatischen Länder kein großes Interesse an der Kirgisischen Republik und bauen deswegen keine aktiven Kontakte mit diesem zentralasiatischen Kleinstaat aus.

4.4.2 Die Europäische Union

Kirgisistan liegt von Europa geographisch gesehen weit entfernt und grundsätzlich ist anzumerken, dass das europäische Interesse an dieser zentralasiatischen Republik nicht sonderlich ausgeprägt war. Die Verbindung zwischen der Europäischen Union und der Kirgisischen Republik ist jedoch nicht zu unterschätzen. Bereits die KSZE⁸⁸-Charta von 1990 erwähnte die Länder Zentralasiens inklusive Kirgisistan als einen Raum von gesamteuropäischem Sicherheitsinteresse (vgl. Rahr 2001: 90).

Die gesetzlichen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Kirgisistan wurden durch ein bilaterales Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) gebildet, das am 9. Februar 1995 in Brüssel unterzeichnet wurde und nach der Ratifizierung von den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten am 1. Juli 1999 in Kraft getreten ist (vgl. Reissner 2000: 1; Wolter 1999: 32-39). Das PKA beinhaltet die Achtung der Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte, institutionalisiert den politischen Dialog, regelt die Handels-, Wirtschafts- und Investitionsbedingungen und schafft einen Rahmen für die Kooperation in einer Vielzahl von Bereichen wie Inneres, Justiz und Bildung.

⁸⁷ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

⁸⁸ Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Konkret zeigt sich die Zusammenarbeit zwischen Brüssel und Bischkek in der Unterstützung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Prozesse in Kirgisistan durch die EU-Programme und -Projekte (vgl. Erhart/Thränert 1998: 37-46). Mit dem TACIS (engl. Technical Aid to the Commonwealth of Independent States) - Programm, das 1991 initiiert wurde, will die EU die Beziehungen zu ihrem zentralasiatischen Partnerland fördern und dieses durch technische Hilfe in seinen Transformationsprozessen begleiten und unterstützen, um einen Beitrag zu politischen Freiheiten und ökonomischem Wohlstand zu leisten⁸⁹.

Im Rahmen ihres TACIS-Programms hat die Europäische Union ein TRACECA (engl. Transport Corridor Europa Caucasus Asia) - Projekt ausgearbeitet, um die Transportrouten entlang der historischen Seidenstraße zu entwickeln und somit die Transportisolation Zentralasiens zu überwinden. An dem Projekt, das die zentralasiatischen Länder über den Kaukasus und die Türkei mit Europa verbinden soll, nehmen neben Kirgisistan auch Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Bulgarien, Rumänien, die Türkei und die Ukraine teil⁹⁰.

Gleichzeitig war aber die sicherheitspolitisch-militärische Zusammenarbeit der EU mit den zentralasiatischen Ländern inklusive Kirgisistan vernachlässigt worden. Die EU stützte sich bei der sicherheitspolitisch-militärischen Kooperation mit Zentralasien auf die Programme im Rahmen der NATO und OSZE. Dies hat aber im Vergleich zu anderen Großmächten zur deutlichen Verringerung der politischen Bedeutung der EU in Kirgisistan und in der gesamten Region geführt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den darauf folgenden Ereignissen in Afghanistan kam es in der EU zu einer Neubewertung der Prioritäten in Zentralasien.

“Die strategischen Folgen der durch die Anschläge vom 11. September ausgelösten Krise erfordern eine Neubewertung unserer Politik gegenüber den Ländern Zentralasiens (...) Wir haben diese Länder bisher durch das Prisma der ehemaligen Sowjetunion betrachtet. Die terroristische Anschläge vom 11. September und die Intervention in Afghanistan haben die strategische Bedeutung dieser Länder auch im allgemeinen asiatischen Kontext (politisch, ethnisch, religiös, sozial) herausgestellt. Diese Ereignisse haben zudem die Tatsache verdeutlicht, dass die Probleme der Region einen direkten Einfluss auf unsere Interessen haben könnten.” (Javier Solana, zit. nach: (EU) EU/Zentralasien: Solana schlägt Neubewertung der EU-Politik gegenüber den Ländern Zentralasiens vor. Luxemburg. 29.10.2001)

⁸⁹ Vgl. EU Directorate General for External Relations, “Economic Background”, Tacis Framework, 1-2.

⁹⁰ Informationen über TRACECA sind zu finden unter: <http://www.traceca-org.org/default.php>

„Events in Afghanistan have changed the EU's perception of the region (...) The European Union is reviewing its overall policy towards the Central Asian Republics (...)“
(AFP vom 17.01.2002)

Es kam also zu einer stärkeren Betonung der Signifikanz von Sicherheit und Stabilität in der neuen Politik der EU gegenüber den zentralasiatischen Staaten. Dazu hielt der Staatsminister im Auswärtigen Amt Gernot Erler in Berlin im Mai 2006 eine programmatische Rede: *„Das Ziel Stabilität steht an vorderster Stelle.“* Es sei im europäischen Interesse, *„ein friedliches, stabiles Umfeld zu schaffen“* (zit. nach der Rede vom 18. Mai 2006 auf der Website www.gernot-erler.de).

Die neue Zentralasien-Politik der EU besteht inzwischen *„in der Förderung von Stabilität und Sicherheit, des Justizwesens und der inneren Angelegenheiten (Beachtung der Menschenrechte, Unterbindung von Geldwäsche und Menschenhandel u.a.), der Hilfe bei der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, der Lösung von Grenzfragen und Wasserrechten sowie der Verringerung der Armut“* (Brauer 2004: 76). So hat die Europäische Union im Rahmen des TACIS-Programms für die Sicherung der Grenzen in Zentralasien 12 Mio. Euro zur Verfügung gestellt (vgl. AKIpress vom 16.10.2003). Dabei wurde die technische Unterstützung durch TACIS für die Periode 2002-2006 von jährlich 25 Mio. Euro auf 50 Mio. Euro erhöht. Die im August 2005 geschaffene Funktion des Sonderbeauftragten der EU für Zentralasien verschafft der EU-Politik in Zentralasien politisch mehr Gewicht.

Die Aufnahme von zehn osteuropäischen Staaten im Mai 2004 hat die EU geographisch näher an Zentralasien herangebracht. In dieser Hinsicht erforderten die europäisch-kirgisischen bzw. europäisch-zentralasiatischen Beziehungen eine Erneuerung, die auf eine qualitative Verbesserung des beiderseitigen Verhältnisses ausgerichtet werden sollte. Im Jahr 2007 wurden die fünf zentralasiatischen Republiken von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft zu einem ihrer außenpolitischen Schwerpunkte erklärt. Die neue Zentralasienstrategie wurde beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am 21.-22. Juni 2007 verabschiedet. Diese legt zum ersten Mal politische Leitlinien für ein wesentlich größeres Engagement der EU in Zentralasien fest. (Vgl. Auswärtiges Amt – Bundesminister Steinmeier stellt EU-Zentralasienstrategie vor. 27.06.2007) Mit ihrer Zentralasienkonzeption unterstreicht die EU die wachsende strategische Bedeutung dieser Region, da strategische,

politische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie die zunehmenden transregionalen Herausforderungen in Zentralasien direkt oder indirekt auch die Interessen der EU berühren (vgl. Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft. 2007).

„Die EU hat ein ausgeprägtes Interesse daran, dass in Zentralasien Frieden, Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand herrschen. Das Ziel der EU-Strategie besteht daher darin, gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten aktiv auf diese Ziele hinzuarbeiten und auch einen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Wohlstand in den Nachbarstaaten leisten.“ (Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft. 2007)

Die Bemühungen um die Schaffung einer aktiven Partnerschaft werden aber durch die Existenz einer Reihe von störenden Faktoren erheblich erschwert. Für Brüssel stellen das Nichtfunktionieren der demokratischen Attribute, die Vernachlässigung der allgemeinen demokratischen Prinzipien wie die Beachtung der Menschenrechte, bürgerlicher Freiheiten und Rechtstaatlichkeit, ein Hindernis in den europäisch-kirgisischen, bzw. europäisch-zentralasiatischen Beziehungen dar. Auf der anderen Seite ist die zurückhaltende politische Aktivität der EU in Zentralasien, die vor allem durch die besonderen europäisch-russischen Beziehungen bedingt ist, ein Grund für die Schwächung der europäischen Position in dieser Region.

4.4.3 Bundesrepublik Deutschland

Nicht nur die Europäische Union, sondern auch die einzelnen europäischen Länder bemühten sich um den Aufbau eines guten Verhältnisses zur Kirgisischen Republik.

Die deutsch-kirgisischen Beziehungen sind historisch durch die deutsche Minderheit in Kirgisistan geprägt. Erste deutsche Siedlungen gehen bis ins XIX. Jahrhundert zurück. Während des Zweiten Weltkriegs wurden u.a. auch nach Kirgisistan Deutschstämmige zwangsumgesiedelt. Eine rege Zuwanderung setzte aber vor allem in den 50-er und 60-er Jahren ein. Von den noch zu Beginn der 90-er Jahre rund 100.000 Deutschstämmigen in Kirgisistan hat inzwischen der größte Teil das Land – vorzugsweise in Richtung Bundesrepublik – verlassen (vgl. Krumm 2007: 9). Die Bundesregierung unterstützt die im Lande verbliebene deutsche Minderheit im sozialen, kulturellen sowie im Bildungsbereich. Die Sicherung der Zukunftsperspektive für kirgisische Bürger deutscher Abstammung war auch ein wichtiger Punkt der Grundsatzerklärung vom 04. Juli 1992 zwischen dem unabhängigen Kirgisistan und der Bundesrepublik Deutschland, mit der die intensive

Zusammenarbeit begann⁹¹. Deutschland war das erste europäische Land, das diplomatische Beziehungen mit der Kirgisischen Republik aufgenommen hat (am 3. Februar 1992). Noch im selben Jahr wurde in Bischkek eine deutsche Botschaft eröffnet (vgl. Akajew 2001: 323-324). Untermauert wurden die bilateralen Beziehungen durch einen Besuchsaustausch auf höchster Ebene: Präsident Akajew besuchte Deutschland erstmals im April 1992, dann im September 1999, im März 2002 und im Oktober 2004. Bundespräsident Roman Herzog flog zum ersten Mal im Februar 1998 nach Kirgisistan. Dazu ist anzumerken, dass es der erste Besuch eines westlichen Staatsoberhauptes in Bischkek in der Geschichte des unabhängigen Landes war. Im November 1995 unternahm der Stellvertreter des Bundeskanzlers, Bundesminister des Auswärtigen, Klaus Kinkel, eine Reise nach Kirgisistan, besuchte aber keine anderen zentralasiatischen Republiken, was dafür spricht, dass Berlin der Kooperation mit Bischkek eine besondere Bedeutung beimisst (vgl. Toktomuschew 2001: 105). Auch in den letzten Jahren fanden wichtige Arbeitsbesuche statt: Im März 2006 führte der damalige kirgisische Außenminister Dschekschenkulow politische Gespräche in Berlin, im Juli 2006 besuchte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, und am 3. und 4. November der Außenminister Steinmeier Kirgisistan und im Juni 2007 empfing er seinen kirgisischen Amtskollegen Ednan Karabajew in Berlin (vgl. Akajew 2001: 324; Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland. März 2007; Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2007). Diese Ereignisse ließen den guten Willen, sich einander anzunähern, erkennen und übten somit eine positive Wirkung auf die Dynamik der bilateralen Beziehungen in politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Bereichen aus.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte stark die Kandidatur Kirgisistans bei der Integration in die europäischen und internationalen Organisationen, z.B. bei der Aufnahme in die OSZE und die WTO und überzeugte die anderen Mitglieder dieser Organisationen von der Notwendigkeit des Beitritts der Kirgisischen Republik (vgl. Nezavisimaja Gazeta vom 23.02.1992).

Im Zentrum der deutsch-kirgisischen Beziehungen steht neben politischen Kontakten die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die bei der Modernisierung Kirgisistans den größten Beitrag leistet. Deutschland ist bisher der größte Handelspartner Kirgisistans

⁹¹ Vgl. Auswärtiges Amt – Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

unter allen europäischen Ländern. Der gesamte Außenhandel mit Deutschland betrug 2007 58,21 Mio. US Dollar⁹². Die Investitionstätigkeit deutscher Firmen ist aber wegen fehlender Rahmenbedingungen insgesamt gering⁹³.

Die Bundesregierung engagiert sich mit Beratungsprojekten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (u.a. Förderung der Berufsbildung, Förderung von Kreditgenossenschaften, Förderung von Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften, Unterstützung privater Landwirte im Süden des Landes sowie Förderung der Privatwirtschaft). Deutschland unterstützt Kirgisistan im Landwirtschafts- und Textilsektor durch Lieferung von Ersatzteilen, im Bereich der Privatwirtschaft durch Kredite, im Gesundheitswesen durch Mutter-Kind-Programme sowie Programme zur Bekämpfung von AIDS und Tuberkulose.⁹⁴

In der Zusammenarbeit im Bildungsbereich sieht die Bundesrepublik Deutschland eine der wichtigsten Säulen der deutsch-kirgisischen Beziehungen. Grundlage der Zusammenarbeit ist das 1993 unterzeichnete Kulturabkommen zwischen Deutschland und Kirgisistan, welches Mitte 2002 in Kraft getreten ist. Seit 1992 sind rund 16 Mio. Euro investiert worden, um die Präsenz der deutschen Sprache und Kultur, z.B. in Form von Sprachkursen oder von Deutschland organisierten Festivals in Kirgistan zu manifestieren. Ein Teil des Geldes ist außerdem in die Bildungspolitik Kirgisistans geflossen. Zwischen beiden Ländern gibt es zahlreiche Hochschulpartnerschaften (z.B. zwischen der Universität Greifswald und der Kirgisischen Staatlichen Universität, zwischen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität) sowie Austauschprogramme für Künstler, Studenten und Wissenschaftler. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) vergibt in Kirgisistan jährlich 25 Forschungs- und Studienstipendien an kirgisische Studierende und Wissenschaftler (vgl. Toktomushev 2001: 110).

Nach dem 11. September 2001 haben die Beziehungen zwischen Deutschland und Kirgisistan eine neue Grundlage bekommen. Berlin und Bischkek unterstützten den globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus und waren Mitglieder der „*Coalition Against Terrorism*“. Darüber hinaus haben sich die Positionen der beiden

⁹² Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

⁹³ vgl. Auswärtiges Amt – Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

⁹⁴ ebd.

Länder in Fragen der Sicherstellung der regionalen Sicherheit entschieden angenähert. Deutschland als aktivster Teilnehmer des Friedens- und Wiederaufbauprozesses in Afghanistan teilt die Besorgnis Kirgisistans über die vom internationalen Terrorismus ausgehende Gefahr für die Sicherheit in Zentralasien. Im Zentralasienkonzept der Bundesregierung vom März 2002 heißt es: *„Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Befriedungsprozesses in Afghanistan eröffnen sich jetzt neue Möglichkeiten, die Unabhängigkeit und Souveränität der zentralasiatischen Partnerstaaten und in besonderem Maße ihren Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität zu unterstützen“* (das Zentralasienkonzept der Bundesregierung 2002⁹⁵).

Angesichts der oben genannten Tatsachen sieht die Bundesrepublik Deutschland die Bilanz der bilateralen Beziehungen positiv.

4.4.4 Schweizerische Eidgenossenschaft

Die Schweiz erkannte die Kirgisische Republik am 23. Dezember 1991 offiziell als unabhängigen Staat an und am 14. Februar 1992 nahm sie diplomatische Beziehungen mit ihm auf. Im selben Jahr fing die Kooperation zwischen den beiden Ländern im Bereich der Unterstützung der demokratischen Reformen und des Übergangs zur Marktwirtschaft in Kirgisistan an und wurde 1993 intensiviert, als die schweizerische Delegation unter der Leitung des Finanzministers Otto Stich Bischkek besuchte und mit dem kirgisischen Präsidenten, Premierminister und Außenminister Verhandlungen führte (vgl. Toktomuschew 2001: 125).

Die Schweiz trug dazu bei, dass Kirgisistan in den internationalen Finanzinstituten Aufnahme fand: dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Seit 1992 gehört es zur Stimmrechtsgruppe der Schweiz⁹⁶ bei den Bretton-Woods-Institutionen.

Für die schweizerische Regierung stellt die Kirgisische Republik *„ein Land der Konzentration der Bemühungen“* (Toktomuschew 2001: 125) in Zentralasien dar und

⁹⁵ Unter: www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/zentralasienkonzept.pdf

⁹⁶ Als die Schweiz 1992 dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beitrug, übernahm sie gleichzeitig die Leitung einer neuen Stimmrechtsgruppe und erhielt in beiden Institutionen je einen der 24 Sitze des Exekutivdirektoriums. Dies erlaubt der Schweiz, aktiv in den Bretton-Woods-Institutionen mitzuwirken und ihren Kurs mitzubestimmen. Die Stimmrechtsgruppe besteht außer der Schweiz und Kirgisistan aus sechs weiteren Staaten: Aserbaidschan, Usbekistan, Polen, Tadschikistan, Turkmenistan und Jugoslawien.

die technische Kooperation ist der am meisten entwickelte Bereich der schweizerisch-kirgisischen Beziehungen. Ein vergleichbar intensives Niveau in der technischen Zusammenarbeit wie mit der Schweiz haben unter den GUS-Ländern haben außer Kirgisistan nur noch Russland und die Ukraine. Die technische Unterstützung und Finanzhilfe der Schweiz hat in Kirgisistan folgende Ziele⁹⁷:

- Armutsminderung,
- nachhaltiges, auf dem Privatsektor basierendes Wirtschaftswachstum,
- gerechter Zugang für alle zu öffentlichen Dienstleistungen sowie
- die Entwicklung zu einem pluralistischen und wirtschaftlich lebensfähigen Land.

Zu diesen Zwecken werden Projekte in verschiedenen Bereichen durchgeführt⁹⁸:

- *Gesundheit*: Die Unterstützung der Reformen der Gesundheitsversorgung, sodass diese für die gesamte Bevölkerung zugänglich wird und eine akzeptable Qualität erreicht.
- *Wassermanagement und Risikoreduktion von Naturkatastrophen*: Prinzipien des integrierten Wasserressourcenmanagements werden angewendet; verbesserte Produktivität der Landwirtschaft; Kapazitätserhöhung für Analyse und Management von Naturkatastrophen.
- *Öffentliche Institutionen und Dienstleistungen*: Schutz der zivilen und wirtschaftlichen Rechte durch Unterstützung der Zivilgesellschaften und der Regierungen; Verbesserung des Managements hinsichtlich transparente und effiziente Nutzung der öffentlichen Ressourcen.
- *Elementare Infrastruktur*: Unterstützung einer nachhaltigen und erschwinglichen Nutzung von Wasser und Energie; Instandstellung beschädigter Infrastruktur.
- *Privatsektorentwicklung*: Unterstützung des Privatsektors mit besonderer Beachtung der kleinen und mittleren Unternehmen; Förderung des Handels- und Bankensektors.

⁹⁷ Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit: DEZE in Zentralasien, unter: http://www.deza.admin.ch/de/Home/Laender/Gemeinschaft_Unabhaengiger_Staaten_GUS/Zentralasi en_Kirgistan_Tadschikistan_Usbekistan

⁹⁸ Swiss Agency for Development and Cooperation: Swiss Cooperation in Kyrgyzstan, unter: http://www.swisscoop.tj/en/Home/Activities_in_Kyrgyzstan

Für die Verwirklichung diverser Projekte gewährte die Schweiz von 1993 bis 2006 eine Entwicklungshilfe in Höhe von 178,8 Mio. Schweizer Franken⁹⁹.

4.4.5 Kanada

Kanada hat in der Kirgisischen Republik keine aktive Rolle übernommen. Kirgisistan und die anderen Länder Zentralasiens sind *„nicht ein Teil der Welt, in dem Kanada sich in hohem Maß engagiert hat“* (James R. Wright, zit. nach: Garnett 2001: 62). Kanada unterhält keine Botschaft in Bischkek. Die einzige kanadische Auslandsvertretung in der Region befindet sich in Kasachstan, nur der Stab der diplomatischen Vertretung Kanadas ist in Kirgisistan akkreditiert.

Ottawas Herangehen an Kirgisistan wurde durch kommerzielle Interessen, vor allem an Bodenschätzen, bestimmt. Das kanadische Goldbergbau-Unternehmen Cameco Gold ist der größte Investor in Kirgisistan (vgl. Garnett 2001: 63).

Die kanadische Regierung bemüht sich um Menschenrechte, Demokratisierung und Wirtschaftsreformen in der Kirgisischen Republik, fördert regionale Programme zur Drogenbekämpfung und polizeilichen Zusammenarbeit. Hochrangige kanadische Diplomaten erkennen die Notwendigkeit, Ottawas Präsenz in Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Staaten zu verstärken, aber diverse andere außenpolitische Prioritäten lassen eine solche Ausweitung bestenfalls als eine langfristige Entwicklung erscheinen.

4.4.6 Die Vereinigten Staaten von Amerika

*„de facto ‘third neighbor’“
(Brauer 2002a: 85)*

“There is no great interest in [Kyrgyzstan] since it lacks natural resources”, behauptete Oliver Roy (2000: 192), einer der bedeutendsten Wissenschaftler über Zentralasien. Dennoch wurde diese kleine zentralasiatische Republik, was die Investitionen und das Engagement in den Jahren nach der Erlangung der Unabhängigkeit betrifft, von der Welt und den USA nicht ignoriert.

⁹⁹ Swiss Agency for Development and Cooperation: Swiss Cooperation in Kyrgyzstan, unter: http://www.swisscoop.tj/en/Home/Activities_in_Kyrgyzstan

Das weltweite Engagement in der kirgisischen Entwicklung kam aus verschiedenen Quellen, einschließlich Japan, der Asiatischen Entwicklungsbank (engl.: Asian Development Bank, ADB) und der Weltbank. Die USA verfolgten ihrerseits eine „*methodical, multi-faceted*“ (Bernard 2005: 35) Außenpolitik gegenüber der unabhängigen Kirgisischen Republik. Im Vergleich zur allgemeinen amerikanischen Außenpolitik war dieses Engagement am Anfang aber ziemlich bescheiden und mäßig und fand oft im Rahmen der kollektiven zentralasiatischen Diplomatie statt und nicht im Rahmen der spezifischen amerikanisch-kirgisischen bilateralen Maßnahmen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion waren die Vereinigten Staaten bemüht, mit Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Staaten zurechtzukommen, diese Region stand aber ganz unten auf der amerikanischen Prioritätenliste.

“Prior to September 11, 2001, the Central Asian states of the former Soviet Union - Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan - might as well have been on the other side of the moon as far as U.S. policy was concerned.” (Maynes 2003: 120)

Washingtons erste Aufgabe war, neue Beziehungen zum postkommunistischen Russland zu entwickeln. Solange das nicht geschehen war, mussten die übrigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hinten anstehen. In den ersten beiden Jahren nach der Auflösung der UdSSR betrachtete die amerikanische Regierung Zentralasien durch die Brille Moskaus, da sie sich an den Grundsatz „*Russland zuerst*“ (Rashid 2002: 234; vgl. auch Herrnson/Hill 1999: 136ff) hielt und den russischen Standpunkt akzeptierte, bei den GUS-Staaten handle es sich um „*nahes Ausland*“, in das sich die USA politisch nicht einmischen sollten (vgl. Kleiser 2002: 15).

„*Washington was not keen on asserting its influence in the Central Asian region*“ (Cornell 1999) weil diese Region „*both geographically remote from the United States and marginal to Washington’s traditional strategic interests*“ war (Barnes 2002: 212), deshalb widerspiegelte die amerikanische außenpolitische Strategie gegenüber Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Republiken die allgemeinen Ziele der US Nationalen Sicherheitsstrategie, dargestellt von Präsident Bill Clinton am Ende seiner zweiten Amtszeit, - „*enhancing American security; bolstering our economic prosperity; and promoting democracy and human rights abroad*“ (A National Security Strategy for a New Century 1999: 3). In Zentralasien verfolgten die USA die folgenden Ziele:

- Die Etablierung von Demokratie und freier Marktwirtschaft;

"The USA is the premier democratic country of the modern world, and its identity as a nation is inseparable from its commitment to liberal and democratic values. Other nations may fundamentally change their political systems and continue their existence as nations. The United States does not have that option. Hence Americans have a special interest in the development of a global environment congenial to democracy" (Huntington 1991: 29).

- die Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen: Als konkretes Ziel die Beseitigung der Atomwaffen in Kasachstan¹⁰⁰;
- der Zugang zum Öl- und Gasreichtum in Zentralasien.

"The region of the South Caucasus and Central Asia could produce oil and gas in sufficient quantities to reduce the dependence of the United States on energy from the volatile Persian Gulf region." (Silk Road Strategy Act of 1999, 106th Congress, 1st Session, March 10, 1999)

Ziemlich oft ergänzten sich diese Ziele nicht gegenseitig, sondern kollidierten miteinander. In solchen Fällen sprach man von der *"Janus-faced"* (Bernard 2005: 35) Natur der amerikanischen Außenpolitik in Zentralasien. Wenn die USA sich mit den autoritären oder unterdrückerischen Regimen um der großen Energiepolitik Willen befassen müssten, so würden sie es machen (vgl. Blank 2001: 134).

"To preserve its geopolitical influence, the United States are willing to close and have closed its eyes to the existence of authoritarian regimes and successfully cooperating with them, if this meets its so called "vitally important interests". (Laumulin 2000)

Kennzeichnend in diesem Zusammenhang war die Antwort vom Sonderberater des US-Außenministers für GUS-Staaten Ross L. Wilsons auf die Frage, ob die USA ihre Hilfe für Kasachstan von den demokratischen Reformen in diesem Land abhängig machen sollten:

"It would be counterproductive to single out democracy as the number one priority. We have other interests as well." (Zit. nach: United States Information Service, Wireless File vom 10. Mai 1999: 3-4)

Auch der strategische Effekt, ein Gegengewicht zur Ausweitung von russischen, iranischen oder chinesischen Einflüssen darzustellen, dürfte eine wichtige Rolle bei der Formulierung der geostrategischen Interessen der USA in Zentralasien gespielt haben.

¹⁰⁰ Diese zentralasiatische Republik verfügte über 104 SS-19-Raketen aus der Sowjetzeit mit insgesamt über 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Die USA übernahmen die Kosten für die Zerstörung der Raketen. Bis zum Jahr 1995 (26. Mai), als alle Raketen unbrauchbar geworden gemacht worden waren, hatte Kasachstan rund 85 Mio. US Dollar aus Washington erhalten.

„A fundamental U.S. policy goal is precisely to prevent the emergence of a new Russian empire in Eurasia. That restoration would inevitably threaten the regional balances of power in Europe, the Middle East, and the Far East.” (Blank 2000: 4)

„Geopolitisch interessant ist aber auch der eurasische Balkan¹⁰¹, den die künftige Transportwege, die zwischen den reichsten und produktivsten westlichen und östlichen Randzonen Eurasiens bessere Verbindungen herstellen sollen, durchziehen werden. Außerdem kommt ihm sicherheitspolitische Bedeutung zu, weil mindestens drei seiner unmittelbaren und mächtigsten Nachbarn¹⁰² von alters her Absichten darauf hegen, und auch China ein immer größeres politisches Interesse an der Region zu erkennen gibt.“ (Brzezinski 1997: 182)

“Deny one country or a group of countries, such as Russia and China, the ability to dominate the region to the exclusion of American presence; and deny China the ability to establish a new sphere of influence in the region” (Cohen 2001).

Die Stellung der rohstoffarmen Kirgisischen Republik in der allgemeinen amerikanischen Außenpolitik in Zentralasien basierte mehr auf „*democracy promotion*“ und „*market reform*“ (Bernard 2005: 36), als auf der Energiepolitik: Die USA nahmen, nachdem sie die Kirgisische Republik Ende 1991 anerkannt hatten, diplomatische Beziehungen zu ihr auf, mit dem Willen, sie in ihrer politischen und ökonomischen Transformation zu unterstützen. Die formelle Grundlage dafür bildete der „*Freedom Support Act*“ vom 24. Oktober 1992, der Kirgisistan und anderen zentralasiatischen Staaten vielseitige Unterstützung zusagte. Die demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen der ersten Jahre nach der Unabhängigkeit halfen der Kirgisischen Republik, sich den Ruf der „*most open, progressive, and cooperative*“¹⁰³ Nation in der ganzen zentralasiatischen Region zu erwerben. Es war also nicht überraschend, dass US-Außenministerin Madeleine Albright während ihres Besuchs in Bischkek im April 2000 stark betonte, „*the best guarantee of Kyrgyzstan’s security is democracy*“¹⁰⁴.

Die USA hatten auch spezifische sicherheitspolitische Interessen in der Kirgisischen Republik. Anne Sigmund, die Ex-US-Botschafterin in Kirgisistan, sagte, dass dieses kleine zentralasiatische Land in punkto Sicherheit wichtig sei, denn „*its location [sits] astride a strategic arc of instability along which East and West have historically*

¹⁰¹ Von Brzezinski stammt die Definition des zentralasiatischen Raumes als „*Eurasischer Balkan*“ (Brzezinski 1997: 180).

¹⁰² Die „*unmittelbaren mächtigsten Nachbarn*“, von denen Brzezinski spricht, sind Russland, der Iran und Europa.

¹⁰³ U.S. Agency for International Development (USAID), „USAID 2004 Congressional Budget Justification: Europe and Eurasia – Kyrgyzstan,“ 28 February 2003.

¹⁰⁴ Madeleine K. Albright, Statement at Press Availability Conference at the Pinara Hotel, Bishkek, Kyrgyzstan, 16 April 2000.

clashed”¹⁰⁵. Die sicherheitspolitischen Interessen der USA in Kirgisistan konzentrierten sich auf die Grenzsicherheit, regionale Stabilität und Friedenssicherung, obwohl der Schwerpunkt weiterhin in der Demokratieförderung, als Langzeitlösung für die Prävention gegen radikale und extremistische Organisationen, die das Land überwältigen könnten, lag¹⁰⁶. Im amerikanischen Interesse war es, die Transformatron Zentralasiens *“into a base for radical Islamic forces, such as the Taliban or Usama Bin Ladin’s organization, including stopping these entities from establishing training camps and bases of operations in the region and frustrating any attempts to subvert or take over Central Asian governments”* (Cohen 2001) zu verhindern.

Ab Mitte 1994 beteiligte sich Kirgisistan am Programm *„Partnerschaft für den Frieden“* (PfP) der NATO. Dies bedeutete eine Formalisierung der Beziehungen der Kirgisischen Republik zur NATO, womit ein Mechanismus für die Sicherheitszusammenarbeit und eine Basis für gemeinsame Aktionen geschaffen wurde (vgl. Wishnick 2003). Gegen Ende der 90-er Jahre gewann der Kampf gegen den Terrorismus an Bedeutung innerhalb der amerikanisch-kirgisischen Sicherheitszusammenarbeit. Zu einer expliziten Komponente amerikanischer Politik wurde der Antiterrorismus nach dem Eindringen bewaffneter Anhänger der IMU (engl. Islamic Movement of Uzbekistan) in kirgisches Territorium im Juli und August 1999 (vgl. ebd.). Bereits am 10. März 1999 hatte der amerikanische Kongress den *„Silk Road Strategy Act“* erlassen, welcher militärische Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten billigte¹⁰⁷.

Zusätzliche finanzielle Unterstützung für die zentralasiatischen Staaten (je 3 Mio. US Dollar) für den Kampf gegen Terrorismus, Drogen- und Waffenhandel wurde aufgrund der geographischen Nähe zum Krisenherd Afghanistan nach einem Besuch von Staatssekretärin Madeleine Albright im April 2000 zur Verfügung gestellt. Nach erneuten Übergriffen im Ferghanatal durch die IMU im Sommer 2000, wurde diese Gruppierung vom State Department im September 2000 in die Liste ausländischer terroristischer Organisationen aufgenommen (vgl. Wishnick 2002: 3-6).

¹⁰⁵ U.S. Agency for International Development (USAID) Regional Mission for Central Asia, “USAID Assistance Strategy for Central Asia 2001-2005,” July 2000.

¹⁰⁶ Vgl. U.S. Department of State, “U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with the New Independent States of the Former Soviet Union: FY 2000 Annual Report,” January 2001.

¹⁰⁷ Vgl. Silk Road Strategy Act of 1999, 106th Congress, 1st Session, March 10, 1999.

All das entsprach aber noch keinem vitalen Interesse und verdeutlichte, dass die USA zu diesem Zeitpunkt keine strategischen Interessen in der Kirgisischen Republik verfolgten und somit auch keinen konzeptionellen Ansatz benötigten, sondern sich der unverbindlichen Devise verschrieben hatten:

„As long as they move in the direction of political and economic freedom, of national and international reconciliation, we will be with them.“ (Talbot 1997)

Die Ereignisse vom 11. September 2001 – die Terroranschläge in New York und Washington – führten zu vielen Veränderungen in der amerikanischen Sicherheitspolitik und ihrer Prioritäten, unter anderem zu einer Verschiebung der „*strategic geography*“ (Wishnick 2002: 4). Staaten und Regionen, die zuvor für Amerika von peripherem Interesse gewesen waren, erhielten aufgrund ihrer Nähe zu Afghanistan eine völlig neue Bedeutung.

Seit dem 11. September 2001, quasi von einem Tag auf den anderen, entdeckten die USA ihr strategisches Interesse an Zentralasien und wurden zu einem wichtigen Akteur innerhalb der Region. Drei zentralasiatische Länder – Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan – wurden zu „*frontline states*“ (Jones 2001) in der Antiterror-Operation Enduring Freedom, der Antiterrorismus wurde zum Fokus der US-Politik in Zentralasien und Amerika stationierte erstmals Truppen in den ehemaligen Sowjetrepubliken.

“September 11 brought with it a dramatic reconfiguration of the entire international security environment as well as a fundamental shift in the ranking of American foreign and security priorities. Virtually every other foreign policy priority was now subordinated to the effort to create an anti-terrorist coalition. This reorientation has had important consequences for American-Russian relations, as well as for US relations with Central Asia” (Lapidus 2001: 1)

Die Nach-September-Vorstellung der amerikanischen Strategie gegenüber Zentralasien, einschließlich Kirgisistan, passt sich den Themen, die in der ersten Nach-September Nationalen Sicherheitsstrategie von der Bush-Administration dargelegt wurden, an. Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) der Vereinigten Staaten vom 20. September 2002¹⁰⁸, besser bekannt unter dem Namen Bush-Doktrin, unterscheidet sich im Ton von den vorherigen Strategien des Präsidenten Clinton. Die NSS (2002) deutet darauf hin, dass die USA sich im Krieg befinden. Um

¹⁰⁸ Am 16. März 2006 verkündete US-Präsident George W. Bush eine neue Nationale Sicherheitsstrategie für die Vereinigten Staaten von Amerika, die aber auf den Grundsätzen seiner Vorläuferin, der NSS (2002) aufbaut. Neues gegenüber der NSS 2002 bringt die NSS (2006) nicht. Man kann eher sagen, die NSS (2002) wird in allen zentralen Aussagen bestätigt.

den „*Global War*“ gegen den Terrorismus zu führen, führt die Bush-Administration eine neue Strategie ein - die Präemption: Die USA behalten sich das Recht vor, zuzuschlagen, wenn ihnen eine Bedrohung zu groß wird. Gerade weil Massenvernichtungswaffen das Vernichtungspotential terroristischer Angriffe multiplizieren könnten, müsse es möglich sein, durch präemptive Schritte Terrorgruppen und „*Schurkenstaaten*“ davon abzuhalten, sich solche Waffen anzueignen oder sie zu benutzen, denn Angriff soll ja – einer weit verbreiteten Vorstellung zufolge – die beste Verteidigung sein. Ferner besagt die NSS (2002) jeder habe ein Recht auf Freiheit und Gerechtigkeit. Sie sieht es vor die individuelle Freiheit des Menschen zu schützen und demokratische Institutionen weiterzuentwickeln¹⁰⁹.

Die Nationale Sicherheitsstrategie betont die Demokratieförderung durch internationale Hilfe und verspricht, die Nationen, die positive Schritte weg von autoritären Regimen machen, zu unterstützen und zu belohnen (vgl. National Security Strategy 2002: 4). Die NSS (2002) erkennt die Notwendigkeit, „*independence and stability of the states of the former Soviet Union*“ zu unterstützen, um zur regionalen Stabilität und zur Integration Russlands in die westliche Welt beizutragen (vgl. ebd.: 27). Trotz der starken anti-terroristischen Fokussierung der NSS (2002), fehlen in diesem Zusammenhang die spezifischen Maßnahmen bezüglich der Formulierung einer Strategie für Zentralasien. Diese fallen unter die Aufgaben der Nationalen Verteidigungsstrategie. Die Nationale Verteidigungsstrategie vom März 2005 hilft dabei, die strategischen Ziele der Bush-Administration in die aktuelle Politik für Zentralasien einzubinden. Eine der wichtigsten Zielsetzungen der Verteidigungsstrategie ist es, den strategischen Zugang zu „*key regions, lines of communication, and the global commons*“¹¹⁰ zu sichern, um die Bewegungs- und Manöverfreiheit für die Führung des globalen Krieges gegen den Terrorismus zu schaffen. Die Nationale Verteidigungsstrategie (2005) rechtfertigt den „*global access*“ als einen Weg, die Sicherheit und Prosperität der Vereinigten Staaten zu schaffen, die Handlungsfreiheit zu gewährleisten, den Partnern im Krieg gegen den Terrorismus zu helfen und die Integrität des globalen Wirtschaftssystems zu schützen.

¹⁰⁹ Vgl. U.S. President, The National Security Strategy of the United States of America, The White House, September 2002: 3-4.

¹¹⁰ U.S. Department of Defense, The National Defense Strategy of the United States of America, March 2005: iv

“Global access” gehört zu den Vorbedingungen der Präemptionsstrategie der NSS. A. Elizabeth Jones, Leiterin der Abteilung für Europäische und Eurasische Angelegenheiten des US-Außenministeriums, bemerkte, *„Our country is now linked with this region in ways we could never have imagined before September 11. Our policy in Central Asia must include a commitment to deeper, more sustained, and better-coordinated engagement on the full range of issues upon which we agree and disagree.”*¹¹¹. Das US-Außenministerium erklärt *“promoting regional stability, development of democratic, market-based systems, and combating terrorism and narcotic smuggling”*¹¹² als amerikanische strategische Ziele in Zentralasien. Man kann nun nicht mehr behaupten, diese Region werde von der US-Regierung ignoriert. Präsident Bush hieß den Präsidenten Akajew im September 2002 im Weißen Haus willkommen und der Verteidigungssekretär Donald Rumsfeld besuchte die Region 2001, 2002, 2003 und Kirgisistan im April 2005. Für die USA ist die Kirgisische Republik *“dependable and outspoken ally in the Global War on Terrorism”*¹¹³ und sogar nach dem Sturz der kirgisischen Regierung im März 2005 *„a more politically stable partner in Central Asia“* (Bernard 2005: 50).

Trotz der Betonung der Terrorismusbekämpfung haben die USA ihre Hoffnungen auf die demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen in Kirgisistan nicht aufgegeben. Das US-Außenministerium betrachtet die Kirgisische Republik als *“the most open [and] free society in Central Asia and the one most likely to achieve sustainable reforms”*¹¹⁴. Der US-Botschafter Stephen Young beschreibt Kirgisistan als *“leader in the development of democracy in Central Asia”*¹¹⁵.

Die USA räumen den demokratischen und wirtschaftlichen Reformen in Kirgisistan also weiter, parallel zu der verstärkten Zusammenarbeit und Unterstützung im sicherheitspolitischen Bereich, den Vorrang ein.

¹¹¹ Testimony before the Senate Foreign Relations Committee, Subcommittee on Central Asia and the Caucasus, Washington, DC, December 13, 2001

¹¹² U.S. Department of State, “U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with Eurasia: FY 2003 Annual Report. Section II: Country Assessments and Performance Measures – Kyrgyz Republic,” January 2004

¹¹³ U.S. Department of State, “Country Reports on Terrorism,” Chapter 5. 27 April 2005.

¹¹⁴ U.S. Department of State, “U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with Eurasia: FY 2003 Annual Report. Section II: Country Assessments and Performance Measures – Kyrgyz Republic,” January 2004.

¹¹⁵ Stephen Young, “Ambassador Stephen Young’s Interview to Radio Azattyk and Radio BBC Kyrgyz,” 18 February 2005. U.S. Embassy, Bishkek, Kyrgyzstan.

5. Grundlagen und Optionen der kirgisischen Außenpolitik

5.1 Souveränität als Grundlage der Außenpolitik

Nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahre 1991 entstand zum ersten Mal in der Geschichte ein unabhängiger kirgisischer Nationalstaat. Eine notwendige Voraussetzung und das wichtigste Mittel zur Erhaltung und Stärkung der Souveränität des Staates war der Aufbau und die Verwirklichung einer aktiven, den Interessen Kirgisistans entsprechenden Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Aufgabe stellte aber den schwersten Teil des Staatsaufbauprozesses dar. Zum Zeitpunkt der Erlangung seiner Unabhängigkeit verfügte Kirgisistan über keine außenpolitischen Erfahrungen. Die enorme Herausforderung des jungen Staates bestand darin, außenpolitische Interessen, Strategien und Konzeptionen zu definieren (vgl. Karpat 1995: 187). Die besondere Schwierigkeit ergab sich daraus, dass in der jungen Kirgisischen Republik eine ganze Reihe der Voraussetzungen, die eine normale außenpolitische Tätigkeit ermöglichen, einschließlich der materiell-technischen, finanziellen und personellen Versorgung, fehlte. Die Ressourcenknappheit war für die Außenpolitik des neuen unabhängigen Staates in der ersten Zeit ein objektives Hindernis auf dem Weg ihrer dynamischen Entwicklung.

Am 31. August 1991 nahm der Oberste Sowjet der Republik Kirgisistan die „*Deklaration über die staatliche Unabhängigkeit der Republik Kirgisistan*“ an, in der feierlich proklamiert wurde, dass

1. der Oberste Sowjet die Republik Kirgisistan zu einem unabhängigen, souveränen Staat erklärt;
2. das Territorium der Republik Kirgisistan unteilbar ist, und auf diesem Territorium nur die Verfassung der Republik Kirgisistan gilt;
3. die Republik Kirgisistan ihr Festhalten an den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts betont;
4. der Oberste Sowjet die Parlamente der Unionsrepubliken und der anderen Staaten der Weltgemeinschaft auffordert, die Unabhängigkeit der Republik Kirgisistan anzuerkennen (vgl. Omarov 2003: 200).

Dieses historische Ereignis legte den Grundstein zur Formierung des außenpolitischen Kurses des unabhängigen Kirgisistans. Die Deklaration war das erste legislative Dokument auf dem Gebiet der Außenpolitik, in dem das Festhalten der Kirgisischen Republik an den allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts erklärt wurde.

Die erste konkrete Aufgabe der kirgisischen Außenpolitik war das Erreichen der internationalen Anerkennung der staatlichen Souveränität Kirgisistans von möglichst vielen Staaten und Organisationen. Die Außenpolitik war beauftragt, unter dem Volk den Glauben an Eigenstaatlichkeit zu stärken. Dabei war in den Augen der Bevölkerung die zunehmende Intensität internationaler Kontakte der Maßstab für kirgisische Unabhängigkeit. Aus diesen Gründen war die Frühphase der Außenpolitik durch das Bemühen um internationale Anerkennung des neuen Staates geprägt. Dazu der erste Staatspräsident Akajew *„Zuerst sollten wir der Weltgemeinschaft als ein neuer souveräner Staat beitreten“* (Akaev 2001: 305).

Die ersten Länder, die Ende Dezember 1991 die Unabhängigkeit Kirgisistans anerkannten und gleichzeitig die diplomatischen Beziehungen zu ihm aufnahmen waren: am 24. Dezember die Türkei, am 26. Dezember Australien und am 27. Dezember die USA. 1992 hatten insgesamt 59 Staaten der Welt diplomatische Beziehungen zu Kirgisistan aufgenommen (vgl. Omarov 2003: 201). Besonders wichtig für die Entwicklung des jungen Staates war die Tatsache, dass unter ihnen alle EU-Mitgliedsländer und außerdem die Schweiz, Russland, China, Japan, Indien, Pakistan, Iran und Südkorea waren.

Angesichts der regionalen Konflikte im benachbarten Afghanistan und der Fragwürdigkeit der sowjetischen Grenzziehungspolitik, war die Aufnahme der Republik Kirgisistan in die UNO – auf der 46. Tagung der UNO-Generalversammlung am 2. März 1992 innerhalb der Grenzen der Kirgisischen SSR – und in die OSZE im Januar 1992 von großer Bedeutung. In der Folgezeit trat das Land zahlreichen internationalen Organisationen und Konventionen bei und nahm diplomatische Beziehungen zu über 100 Staaten auf.

Die Bemühungen um die internationale Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit beinhalten jedoch nur einen kleinen Teil im Aufbauprozess einer eigenständigen

Außen- und Sicherheitspolitik. Es musste vielmehr ein komplizierter Prozess in Gang gesetzt werden, der sich auf die Erfüllung folgender Aufgaben konzentrieren sollte:

- Bestimmung der Ziele und Hauptaufgaben der außenpolitischen Tätigkeit der Republik Kirgisistan;
- Festlegung der Prinzipien der Außenpolitik der Republik Kirgisistan;
- Festsetzung der Prioritäten außenpolitischer Orientierung, die am besten für die Wahrnehmung der nationalen Interessen der Republik Kirgisistan geeignet wären.

Im Folgenden werden die Ziele und Aufgaben, die Prinzipien und Prioritäten der kirgisischen Außen- und Sicherheitspolitik anhand der wichtigsten außenpolitischen Dokumente betrachtet. Vor allem die Aspekte der nationalen Sicherheit sind bei dieser Analyse von besonderem Interesse.

5.2 Konzeptionelle Grundlagen der kirgisischen Außenpolitik

Ein bedeutendes Ereignis für die Festlegung der Grundprinzipien der Außenpolitik der Kirgisischen Republik war die Verabschiedung der kirgisischen Verfassung am 5. Mai 1993. Laut ihr wurde die Kirgisische Republik zu einer souveränen, unitarischen, demokratischen Republik, die auf den Prinzipien des weltlichen Rechtsstaates gebaut ist, erklärt. Mit dem Grundgesetz basierte die Außenpolitik auf dem Streben nach dem allgemeinen Frieden, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit, der friedlichen Regelung der globalen und regionalen Konflikte und der Einhaltung der allgemein anerkannten Prinzipien des Völkerrechts und schaffte somit die Voraussetzungen für die Bestimmung und Ausarbeitung der konzeptionellen Grundlagen der Außenpolitik Kirgisistans.

5.2.1 Die Doktrin der „Diplomatie der Seidenstraße“ von 1998

Die vorrangigen Richtungen, die Perspektiven und die Aufgaben des außenpolitischen Kurses der Kirgisischen Republik wurden in der Doktrin der „Diplomatie der Seidenstraße“, die von Askar Akajew entwickelt und am 17.

September 1998 bekannt gemacht wurde, dargelegt. Durch dieses Konzept sollte in der gegenwärtigen internationalen Kooperation die Wiederbelebung der antiken „Seidenstraße“ realisiert werden.

"Die Große Seidenstraße hat eine mehrere Jahrtausende alte Geschichte. In alter Zeit sorgte sie für die Verbindungen von Handel und Wirtschaft, Kultur und humanitären Beziehungen, Politik und Diplomatie zwischen Ost und West, und in gewissem Maße auch zwischen Nord und Süd. (...) Die Seidenstraße war die Brücke zwischen Ländern und Zivilisationen. Sie diente dem Handel, der die Herausbildung der Handwerkskunst förderte. Reisende und Forscher leisteten großartige Beiträge zum Fortschritt der Wissenschaft, indem sie die Länder und Völker studierten, die entlang dieser Route lebten. (...) Es fanden eine intensive wechselseitige Bereicherung der Kulturen statt, ein Austausch von Wissen sowie geistig-philosophischen Konzepten und Ansichten. (...) Die Große Seidenstraße war von unschätzbarem Wert bei der Schaffung und Erhaltung diplomatischer Beziehungen zwischen den politischen Zentren der großen Nationen Europas und Asiens. (...) Am Vorabend des dritten Jahrtausends gewinnt die Idee einer Wiedergeburt der Großen Seidenstraße breite internationale Unterstützung." (Akaev 1999a. In: Nezavisimaja Gazeta vom 10. März)

„Rüstungswettlauf, lokale Konflikte, Extremismus und Terrorismus, illegale Produktion, Verkauf und Konsum von Drogen, Naturkatastrophen und Katastrophen technogenen und anthropogenen Charakters, soziales Elend – alle diesen Probleme führen zum Begreifen der natürlichen und objektiven Notwendigkeit der Wiedergeburt der Großen Seidenstraße auf einer qualitativ neuen Basis.“ (Akaev 1999b: 5)

Die Wiedergeburt der Großen Seidenstraße förderte die Vertiefung der internationalen Kooperation in der Lösung der modernen globalen Probleme und sollte die Bedingungen für Sicherheit, Stabilität und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit schaffen. Für Kirgisistan verkörperte die Seidenstraße das Begreifen seiner neuen geopolitischen Qualität und die Suche nach seinem Platz in der Weltordnung im XXI. Jahrhundert – dieses kleine zentralasiatische Land kann und will als ein Bindeglied zwischen allen Staaten der Großen Seidenstraße dienen.

Die Hauptziele der Kirgisischen Republik sind nach der Doktrin der „Diplomatie der Seidenstraße“:

- die stabile Entwicklung des Staates in alle Richtungen;
- die Formierung der reifen Zivilgesellschaft mit entwickelten demokratischen Instituten;
- die grundlegende Verbesserung des Lebens der kirgisischen Bürger.

Die Doktrin proklamierte folgende Prinzipien¹¹⁶:

- *Friedliche, nicht aggressive Wahrnehmung der Welt. Positiver Liberalismus.* Es wurde betont, dass es Kirgisistan auf der Anfangsetappe gelungen ist, einige wichtige Probleme zu lösen, insbesondere die Annäherung an die führenden demokratischen Staaten und die Bildung eines Sicherheitsgürtels und guter Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten.
- *Gleichberechtigte Partnerschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Ländern der Welt.* Das sind die wichtigsten Komponenten des Prinzips, das einen universellen Charakter hat und den Bestrebungen aller Staaten entspricht, die sich für die Bildung einer günstigen Umgebung nach dem Perimeter der staatlichen Grenzen und im Rahmen der bi- und multilateralen Diplomatie interessieren. Dieses Prinzip entspricht den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts, einschließlich gegenseitiger Achtung der Souveränität, territorialer Integrität und Unantastbarkeit der Grenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Absage an Gewalt und Drohungen bei der Lösung von Streitfragen und gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit.
- *Interdependenz.* Die gegenseitige Abhängigkeit ist ein vollkommen neues Phänomen des Endes des XX. Jahrhunderts. Globalisierung zwingt dazu, zu begreifen, dass kein Land, egal wie mächtig es wirtschaftlich oder militärisch ist, den modernen Herausforderungen im Alleingang gewachsen ist.
- *Gegenseitiger Nutzen.* Die Entwicklung der für alle Seiten vorteilhaften internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Region der Großen Seidenstraße hilft allen Ländern, ohne Ausnahme, Antwort auf viele Fragen zu finden und Probleme zu lösen, auf die sie gegenwärtig stoßen.
- *Langfristige Perspektive.* Die historische Erfahrung der Entwicklung der Großen Seidenstraße und der Länder durch welche sie führt, hat bewiesen, dass der Aufbau und die Lebensfähigkeit von interstaatlichen Beziehungen, auf lange Sicht, notwendig sind.
- *Multivektorielle Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit.* Damit ist die notwendige Voraussetzung für die Schaffung günstiger Bedingungen und Möglichkeiten für die Durchführung einer den nationalen Interessen Kirgisistans

¹¹⁶ Vgl. Die Doktrin der „Diplomatie der Seidenstraße“ 1998.

entsprechenden, flexiblen, ausgeglichenen und manövrierfähigen Politik auf der internationalen Arena gemeint.

In der heutigen Zeit ist also die stetige und dynamische Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ohne die Festigung der freundschaftlichen, partnerschaftlichen Kontakte zwischen allen Staaten entlang der Großen Seidenstraße nicht realisierbar (vgl. Akaev 1999c).

Laut der Doktrin der „*Diplomatie der Seidenstraße*“, bestehen die Aufgaben der kirgisischen Außenpolitik darin, die internationalen Garantien für die Souveränität, ökonomische Selbstständigkeit, territoriale Integrität des Landes mit den politisch-diplomatischen Mitteln in höchstem Maße zu festigen. Um dies zu erreichen, strebt die Kirgisische Republik danach, freundschaftliche und partnerschaftliche Beziehung zu allen Ländern der Region der Großen Seidenstraße auf jede Weise zu fördern und zu entwickeln und an den Integrationsprozessen aktiv teilzunehmen (vgl. ebd.)

Die Doktrin definierte Kirgisistan als einen Staat, der sich auf der Grundlage gleichberechtigter Partnerschaft, gutnachbarliche Beziehungen zu allen Ländern der Welt wünscht. Die Besonderheiten der geopolitischen Lage erlauben Kirgisistan gleichzeitig, die Beziehungen in folgende Richtungen zu entwickeln:

- „*Kirgisistan – Nachbarländer*“. Die Kirgisische Republik arbeitet an der Vertiefung der vielseitigen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und dem Ausbau der politischen, wirtschaftlichen, kulturell-humanitären Beziehungen. Die gemeinsamen historischen, politischen, ökonomischen, kulturell-humanitären Verbindungen mit den Ländern, die in der Vergangenheit ein einheitliches Ganzes bildeten, machen die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Beziehungen in Form von bi- und multilateraler Zusammenarbeit objektiv notwendig. Kirgisistan nimmt an den Integrationsprozessen der GUS-Staaten aktiv teil, leistet seinen Beitrag zur Intensivierung sowohl der regionalen als auch der subregionalen Integration. Die kirgisische Führung erkennt die wichtige Rolle der günstigen Außenumgebung für die Weiterentwicklung ihres Landes an und arbeitet konsequent an der Festigung der Sicherheit am Perimeter der Staatsgrenzen mit allen Nachbarländern. Geographisch und geschichtlich gesehen ist Kirgisistan den muslimischen Staaten der Region der Großen

Seidenstraße nah, die ein bedeutendes Investitions-, Industrie- und Rohstoffpotential haben.

- „*Kirgisistan – Europa*“. Die Bedeutung des Westens für Kirgisistan ist durch die Notwendigkeit und den Vorteil der Zusammenarbeit mit den entwickelten europäischen Ländern, die Zweckmäßigkeit der Weiterentwicklung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und die Teilnahme an den gesamteuropäischen Angelegenheiten der Nachbarländer Kirgisistans bedingt. Bei der Entwicklung der Beziehungen zu den Ländern Europas wird die Kirgisische Republik abgesehen von den unternommenen Bemühungen auf der bilateralen Ebene in der multilateralen Diplomatie aktiv und nutzt die einzigartige Möglichkeit der Mitarbeit in den gesamteuropäischen Organisationen, die sich mit Fragen der Sicherheit (auch in der zentralasiatischen Region), der wirtschaftlichen Kooperation und der Entwicklung der demokratischen Institutionen beschäftigen.
- „*Kirgisistan – Ost- und Südostasien*“. Die Zusammenarbeit Kirgisistans mit den Ländern Ost- und Südasiens entwickelt sich sowohl auf bilateraler Ebene als auch in den internationalen Organisationen. Trotz der finanziell-ökonomischen Schwierigkeiten, die einige asiatische Staaten in der letzten Zeit hatten, wird ihr wirtschaftliches Potential eine zunehmende Rolle auf der internationalen Arena spielen. In Anbetracht der reichen Erfahrung der Länder Ost- und Südasiens zeigt die Kirgisische Republik ihr großes Interesse an der aktiven Teilnahme an verschiedenen regionalen Foren der ASEAN (engl. Association of South East Asian Nations), und auch an der Entwicklung der Zusammenarbeit auf regionaler Grundlage in Zukunft (vgl. Die Doktrin der „*Diplomatie der Seidenstraße*“).

Mit der „*Diplomatie der Seidenstraße*“ versuchte Akajew mit allen Nachbarn und den mächtigen Rivalen der neuen Runde des „*Großen Spiels*“ in Zentralasien gut auszukommen.

5.2.2 Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1999

Das grundlegende Dokument der außenpolitischen Strategie der Kirgisischen Republik, die Konzeption der Außenpolitik, wurde am 17. Mai 1999 vom kirgisischen Sicherheitsrat angenommen (vgl. Dzhorobekova/Momosheva 2003: 208). Es war eine logische Fortsetzung der Doktrin der „*Diplomatie der Seidenstraße*“ und betonte

auch die universelle Lage Kirgisistans, bedingt durch die Verbindung verschiedener kulturell-zivilisatorischer Schichten auf seinem Territorium – europäisch-russischer, arabisch-muslimischer, persischer und chinesischer. Dies schafft einerseits günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit in verschiedene Richtungen, andererseits aber bedingt dies die Notwendigkeit, eine flexible und ausgewogene Außenpolitik zu treiben, und bestimmt somit die Faktoren der Existenz Kirgisistans in der Weltgemeinschaft.

In der außenpolitischen Konzeption der Kirgisischen Republik werden folgende Interessen prioritär behandelt:

- die Verteidigung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität;
- die Schaffung von günstigen außenpolitischen Voraussetzungen für die Durchsetzung der innenpolitischen Reformen, deren Endziel die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates und einer Zivilgesellschaft mit einer stabilen Marktwirtschaft ist;
- der Schutz der Rechte, Freiheiten und der Interessen der kirgisischen Bürger (vgl. Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1999).

Entsprechend dem Konzept war die bilaterale, multilaterale und ökonomische Diplomatie das Hauptinstrument zur Realisierung der Außenpolitik. Gerade solche Zusammenarbeit zwischen den Staaten eröffnet die beiderseitig vorteilhaften, langfristigen Perspektiven. Die bilaterale Diplomatie betraf nicht nur die Beziehungen zu den Nachbarländern der Kirgisischen Republik, sondern auch zu den geografisch entfernten, wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten der Welt, den Zentren der Weltpolitik, und zwar in folgenden Richtungen:

1. Kirgisistan und die Großmächte (Russland, China und die USA).

Um Russland hat sich die „*eurasische Zivilisation*“ formiert, ein geopolitischer, ökonomischer, kultureller, geistiger und linguistischer Raum, zu dem Kirgisistan gehört. Das hohe Niveau der politischen Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und Russland wird von der Verflechtung ihrer Interessen vorbestimmt. Die Intensivierung der militär-politischen Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ist eine wichtige Bedingung für die Gewährleistung der Sicherheit des Landes. Mit Russland

sind auch lebenswichtige Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaft verbunden. All das geht mit der Notwendigkeit des Aufbaus einer strategischen Partnerschaft mit diesem Land einher.

Die Beziehungen zur Volksrepublik China sind ein sehr wichtiger Aspekt der Außenpolitik Kirgisistans. Die Vorrangstellung Chinas in der kirgisischen Außenpolitik ist mit seinem wachsenden Gewicht in der Welt- und Regionalpolitik, dem bedeutenden wirtschaftlichen und demographischen Potenzial und auch mit der unmittelbaren Nachbarschaft mit der Kirgisischen Republik zu erklären. Auch hier stellt die Entwicklung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen eine notwendige Komponente der Gewährleistung der Sicherheit dar. Außerdem spielen sie eine wichtige Rolle als Transitland nach Süden und Osten. Nicht zu unterschätzen ist auch die für beide Seiten vorteilhafte Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit.

Die Bedeutung der USA, als das einflussreichste Zentrum der Weltordnung, und auch die zunehmende Aktivität Amerikas in der Region verbürgen diesem Land einen der ersten Plätze unter den Prioritäten der kirgisischen Außenpolitik. Die Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zu den USA kann die sozialwirtschaftlichen und demokratischen Veränderungen, die in der Kirgisischen Republik durchgeführt werden, unterstützen. Eine wichtige Aufgabe ist die Schaffung des Gleichgewichts zwischen den politischen und ökonomischen Komponenten der bilateralen Beziehungen mittels der Aktivierung der Zusammenarbeit mit den USA im Handels- und Wirtschaftsbereich.

2. Kirgisistan und die Nachbarländer.

Die Beziehungen zu den Nachbarländern sind ein der wichtigsten Faktoren, der die Sicherheit in der Region und im Lande, das normale Funktionieren der Wirtschaft Kirgisistans, die Durchführung von Reformen und den Zugang zur Welt- und Kontinentalkommunikationsinfrastruktur bestimmt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Bildung von freundschaftlichen Beziehungen, die zum gegenseitigen Verständnis, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und zum Gleichgewicht der Interessen beitragen. In diesem Zusammenhang ist die Vertiefung der regionalen wirtschaftlichen Integration eine strategische Aufgabe.

3. Kirgisistan und die wirtschaftlich hoch entwickelten Demokratien.

Für Kirgisistan, das schwierige politische und ökonomische Reformen durchführt, spielen die Beziehungen zu den demokratischen und wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten der Weltgemeinschaft eine große Rolle und öffnen ihm den Weg zur Integration in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten. Hier hat die Intensivierung der Kontakte mit Deutschland, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien und der Türkei eine vorrangige Bedeutung.

4. Kirgisistan und der Asiatisch-Pazifische Raum.

Die Vertiefung der bislang oberflächlichen Beziehungen zu den Ländern der asiatisch-pazifischen Region, insbesondere zu Japan, Korea, Malaysia und Indonesien würde zur erfolgreichen Durchführung wirtschaftlicher Veränderungen in Kirgisistan beitragen. (Vgl. Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1999)

In der Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik wurde auch die Bedeutung der GUS betont: Dank dieser Gemeinschaft konnten die interstaatlichen Beziehungen auf qualitativ neuem Niveau aufgebaut werden; sie trug zur Vereinigung der Bemühungen bei, um sich gegen die gemeinsamen Bedrohungen auf dem Gebiet der Sicherheit zu behaupten und den gemeinsamen Bildungs-, Kultur- und Informationsraum zu erhalten; die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der GUS ist die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung der tiefen Krise und die Eingliederung in die Weltwirtschaft unter akzeptablen Bedingungen, die dem Potential der neuen unabhängigen Staaten entsprechen. Zu den langfristigen Interessen Kirgisistans zählen die schrittweise Formierung des gemeinsamen Marktes der Waren, Dienstleistungen, der Arbeitskraft und des Kapitals im GUS-Raum. Auch die Erhaltung und Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit den GUS-Ländern ist im Sinne Kirgisistans. Eine wichtige Aufgabe ist außerdem die Festigung eines einheitlichen militärisch-strategischen Raumes und der Mechanismen der kollektiven Sicherheit.

Auch den muslimischen Ländern schenkte man eine besondere Aufmerksamkeit: Kirgisistan, als ein weltlicher Staat mit vorwiegend muslimischer Bevölkerung, strebt

danach, die freundschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der islamischen Welt, die auf der gegenseitigen Achtung des gewählten Entwicklungsweges und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gegründet sind, zu entwickeln.

Die Tätigkeit in den internationalen und regionalen Organisationen gehört ebenfalls zu den vorrangigen Ausrichtungen der Außenpolitik der Kirgisischen Republik. Sie fungieren als multilaterale Mechanismen und geben Kirgisistan die Möglichkeit, die nationalen Interessen auf der gleichberechtigten Grundlage mit anderen Staaten wirksam zu fördern, am Entscheidungsprozess über allgemeine Fragen aktiv teilzunehmen und sie tragen zur Konsolidierung der Position Kirgisistans in der Weltgemeinschaft bei. Weiter dienen sie als Garant der nationalen Sicherheit und leisten finanzielle, technische und andere Außenhilfe, die zur Lösung der inneren Probleme Kirgisistans beiträgt.

Im politischen Leben der modernen Welt ist die Rolle der UNO erheblich gewachsen. Aus diesem Grund ist die aktive Teilnahme Kirgisistans an der Arbeit der Hauptorgane der UNO und der engen Zusammenarbeit mit deren spezialisierten Institutionen unabdingbar. Durch die Intensivierung der Kooperation mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Organisation Islamische Konferenz erzielt die Kirgisische Republik regionale Sicherheit. Durch effektivere Zusammenarbeit mit der Weltbank und den regionalen Wiederaufbau- und Entwicklungsbanken wird versucht, die Probleme der inneren Entwicklung Kirgisistans zu lösen. Dazu soll auch das Potential der ECO (engl. Economic Cooperation Organisation) genutzt werden, um das Außenhandelsvolumen zu vergrößern und das Land in Zukunft an die globale Infrastruktur anschließen zu können.

Die Formierung einer effizienten Wirtschaft soll mit Hilfe ausländischer Investitionen gelingen und ebenso durch die Integration der Kirgisischen Republik in internationale und regionale wirtschaftliche Zusammenhänge sowie durch die Gewährleistung der ökonomischen Sicherheit. Dies sind die wichtigsten Ziele der außenwirtschaftlichen Politik.

5.1.3 Die Konzeption der nationalen Sicherheit von 2001

Die Konzeption der nationalen Sicherheit der Kirgisischen Republik vom 14. Juli 2001 ist ein grundlegendes politisches Dokument. Es beinhaltet die Ziele und die staatliche Strategie auf dem Gebiet der Sicherheit. Damit soll, unter Berücksichtigung vorhandener Ressourcen und Kapazitäten, der Schutz des Individuums, der Gesellschaft und des Staates vor äußeren und inneren Bedrohungen politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, militärischer, technikbedingter, ökologischer, informationeller oder anderer Art gewährleistet werden.

Die Hauptparameter der nationalen Sicherheit Kirgisistans sind:

- der Schutz der lebenswichtigen nationalen Interessen der Gesellschaft, der Existenz des einzelnen Menschen;
- die Stabilität der Grundlagen des Staatsaufbaus;
- die Gewährleistung der fortschreitenden Entwicklung;
- das Vorhandensein des notwendigen Potentials für den Schutz des Landes vor inneren und äußeren Bedrohungen mit defensiven und politischen Mitteln.

Dieses Konzept nennt die inneren, äußeren und so genannten „*nicht traditionellen*“ Bedrohungen der nationalen Sicherheit Kirgisistans. Zur ersten Gruppe zählen Mängel bei den Organen der staatlichen und lokalen Verwaltung, eine schwache Entwicklung der Zivilgesellschaft, die Gefahr der interethnischen und interkonfessionellen Konflikte, ein schwaches Wirtschafts- und Militärpotential des Landes, oder ein hohes Niveau an wirtschaftlicher Kriminalität und Korruption. Unter den äußeren Bedrohungen versteht man zum Beispiel Grenzstreitigkeiten, Wassernutzungskonflikte, die Abhängigkeit von den natürlichen Ressourcen anderer Staaten, oder das Streben einiger Länder der Region nach militärischer und politischer Vorherrschaft in der Republik. Zu den „*nicht traditionellen*“ Bedrohungen gehören der religiöse Extremismus und Terrorismus, die organisierte Kriminalität, sowie Drogenproduktion, -handel und -schmuggel.

Das wesentliche Ziel war es, die maximale Effizienz der außenpolitischen Aktivitäten des Staates zu erreichen und so die nationale Sicherheit, die innere Stabilität und die

fortschreitende Wirtschaftsentwicklung, die auf der Intensivierung der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit basierte, zu garantieren.

Das Konzept bildet die Grundlage für die Ausarbeitung von Maßnahmen, die die Sicherheit der Kirgisischen Republik gewährleisten. Dazu gehören:

- eine breitere Integration der Kirgisischen Republik in das System der regionalen und globalen Sicherheit, unter der Bedingung die unabhängige Außenpolitik beizubehalten;
- die Ausweitung der Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Organisationen;
- die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zu den Staaten der Weltgemeinschaft;
- die Koordinierung der Bemühungen zum Schutz der gemeinsamen Grenzen der GUS-Staaten, insbesondere im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit;
- die Lösung territorialer Probleme und der Probleme der Wasserverteilung in der zentralasiatischen Region (vgl. Momosheva 2006).

Das nationale Sicherheitskonzept der Kirgisischen Republik definiert also die inneren und äußeren Bedrohungen, nennt die möglichen Mittel zu ihrer Abwehr und bietet Strategien und Mechanismen zur Sicherung der nationalen Interessen an.

5.1.4 Die sieben modernen Gebote der Außenpolitik Kirgisistans

Das 2004 erschienene Buch des kirgisischen Präsidenten Askar Akajew *„Nachdenken über die Zukunft mit Optimismus. Überlegungen über die Außenpolitik und Weltordnung“* ist kein offizielles politisches Dokument, aber angesichts der ausschlaggebenden Rolle, die der kirgisische Präsident im Prozess der Formierung und Durchführung der auswärtigen Politik spielt (siehe dazu Kapitel 3.3.1.1), ist es durchaus von Interesse. Im Kapitel *„Sieben moderne Gebote der Außenpolitik Kirgisistans“* werden in knapper Form die wichtigsten Ziele und Ausrichtungen der außenpolitischen Aktivitäten der Kirgisischen Republik dargestellt.

1. Kirgisistan soll sich in erster Linie auf die eigene Kraft stützen.
 2. Kirgisistan soll die innere Stabilität sichern, die Grundlagen für eine demokratische Gesellschaft festigen.
 3. Kirgisistan, als ein Kleinstaat, soll „*Große Freunde*“ haben.
 4. Kirgisistan soll ein aktives Mitglied in den globalen (UNO) und regionalen Organisationen (CSTO, EurAsEC, GUS) sein.
 5. Kirgisistan soll die jahrhundertelange Freundschaft mit Russland weiterentwickeln, die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu China festigen und die auf gemeinsamen Interessen gegründete Zusammenarbeit mit den USA fördern.
 6. Kirgisistan soll die Zusammenarbeit in politischen, ökonomischen und humanitären Sphären mit europäischen, asiatischen und anderen Staaten, die ihre Bereitschaft zur Entwicklung freundschaftlicher, partnerschaftlicher Beziehungen zeigen, intensivieren.
 7. Kirgisistan soll die dank der konstruktiven Politik erworbene Autorität in der Weltgemeinschaft für die Leistung der „*Guten Dienste*“¹¹⁷ nutzen.
- (Vgl. Akaev 2004: 300-309)

5.1.5 Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 2007

Die neue Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik wurde am 10. Januar 2007 vom kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew gebilligt. Sie beinhaltet ein System wichtiger außenpolitischer Anschauungen und Ziele, einschließlich einer Methodologie ihrer Realisierung unter den neuen Bedingungen.

Die neue Konzeption war einerseits eine Reaktion des Staates auf die revolutionären Ereignisse vom 24. März 2005 und sollte dazu dienen die durchgeführten Reformen in Kirgisistan zu beschleunigen. Andererseits war sie durch die Dynamik internationaler Entwicklungen und Integrationstendenzen, die Globalisierung und Regionalisierung der Weltprozesse und durch die Notwendigkeit der Suche nach

¹¹⁷ Das ist ein Sammelbegriff für die Bemühungen einer Drittpartei zur friedlichen Beilegung eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Guten Dienste sollen einen Dialog zwischen den Konfliktparteien zustande bringen. Zu den Guten Diensten zählen folgende, in der UN-Charta aufgelisteten Maßnahmen: Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen, Abmachungen oder andere friedliche Mittel eigener Wahl.

neuen adäquaten Möglichkeiten der Entwicklung und Abwehr der Bedrohungen bedingt.

Die höchste Priorität des außenpolitischen Kurses der Kirgisischen Republik besitzt der Schutz der Interessen des Individuums und der Gesellschaft. Innerhalb des Rahmens dieses Prozesses sollten die Hauptbemühungen darauf gerichtet sein, die folgenden Ziele zu erreichen:

- *Die Gewährleistung einer verlässlichen Sicherheit des Landes und die Erhaltung und Stärkung seiner Souveränität und territorialen Integrität.*

Die nationale Sicherheit der Kirgisischen Republik wird nicht allein durch militärische Maßnahmen gewährleistet. Die wichtigste Aufgabe unter modernen Bedingungen, wenn Antworten auf globale Herausforderungen nur gemeinsam gefunden werden können, ist der aktive Einsatz diplomatischer Mittel für die Festigung der Sicherheit Kirgisistans. Der Abschluss der rechtlichen Regelung der Grenzdelimitation und -demarkation mit der Republik Kasachstan, der Republik Usbekistan und der Republik Tadschikistan spielt in diesem Prozess eine große Rolle.

Die Kirgisische Republik strebt nach der Aufrechterhaltung und Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zu den Ländern der Region und zwar auf der Grundlage des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitig vorteilhaften Kooperation. Die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, der CSTO und der SCO, die die Sicherheit in der Region und im Land bestimmen, zielt auf eine fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung und Integration in die Kontinental- und Weltinfrastruktur ab.

Die Stationierung der russischen und amerikanischen Luftstützpunkte auf kirgischem Territorium schafft einzigartige geostrategische Möglichkeiten für die Gewährleistung der Sicherheit nicht nur in Kirgisistan, sondern auch in der ganzen Region, und dient somit den nationalen Interessen des kirgisischen Volkes. Auch die Integration im eurasischen Raum, die die Delegation bestimmter Kompetenzen an die supranationalen Strukturen vorsieht, trägt dazu bei.

- *Die Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für die Realisierung der nationalen Prioritäten der Entwicklung.*

Die Schaffung einer günstigen völkerrechtlichen Basis für die Tätigkeit der Subjekte der Außenwirtschaft, der Schutz ihrer Interessen und die Unterstützung in der Entwicklung des Exportes sowie in der Verbesserung der Wirtschafts- und Investitionsbedingungen sind eine der Grundlagen der außenwirtschaftlichen Politik. Das Ziel ist es, ausländische Investitionen heranzuziehen, die Kirgisische Republik in regionale und internationale Wirtschaftsverflechtungen zu integrieren und die nationale Sicherheit zu garantieren.

Die schrittweise Bildung eines gemeinsamen Marktes für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft in der Region, im Rahmen der EurAsEC, SCO und ECO, entspricht den langfristigen Interessen Kirgisistans.

Die Kirgisische Republik hält sich an die Grundprinzipien der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die in der UN Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten verankert sind und setzt sich für die aktive Eingliederung in internationale und regionale Währungssysteme ein.

Die Lösung der Probleme der Außenverschuldung – Restrukturierung und vollständige oder teilweise Ausbuchung der Außenschulden – hat eine große Bedeutung für die internationale Aktivität der Republik.

Die Mitgliedschaft in der WTO ist ein wichtiges Potential und ein Mechanismus um nationale Interessen realisieren zu können.

- *Die Festigung des positiven Images der Kirgisischen Republik auf der internationalen Arena.*

Kirgisistan positioniert sich als ein demokratischer Rechtsstaat und nutzt alle Möglichkeiten, um ein positives Image und ein freundschaftliches Verhältnis seitens der Weltöffentlichkeit und der politischen Kreise zu fördern.

Ein wichtiger Punkt der Außenpolitik ist die Sicherstellung eines umfassenden Schutzes der Rechte und Interessen kirgisischer Bürger im Ausland. Ethnische Vielfalt, interethnische und interkonfessionelle Verständigung dienen als eine positive Ressource für die Festigung der Außenpolitik des Landes. Die ethnischen Gruppen

und ihre Verbindungen zur historischen Heimat sind ein zusätzlicher Investitionsanreiz.

Kirgisistan strebt danach, ein Land zu werden, das für die Niederlassung der internationalen Organisationen und die Abhaltung verschiedener regionaler und internationaler Foren geeignet ist. Außerdem setzt es darauf, sich als regionales Kultur- und Ausbildungszentrum zu profilieren (vgl. Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 2007).

Die Außenpolitik Kirgisistans konzentriert sich auf drei Kooperationskreise:

- *Der regionale Kreis.*

Die gemeinsamen Grenzen mit der Volksrepublik China, der Republik Kasachstan, der Republik Tadschikistan und der Republik Usbekistan haben die engen politischen, sozioökonomischen und kulturell-humanitären Verbindungen historisch bedingt. Die Formierung der freundschaftlichen Umgebung und die Festigung der guten Nachbarschaft auf den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität tragen eine Schlüsselbedeutung in der außenpolitischen Tätigkeit Kirgisistans.

Die Republik spricht sich für die Idee der Integration im Rahmen der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit aus.

- *Der kontinentale Kreis (Eurasien).*

Die Außenpolitik Kirgisistans ist auf die gegenseitig vorteilhafte Kooperation mit den Zentren der internationalen Politik gerichtet. Zu diesen Zentren gehören Russland, China, die USA, die EU, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Indien und die Türkei.

Das Ziel der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ist die Festigung der strategischen Partnerschaft. Sie wird als eine der wichtigen Voraussetzungen für die friedliche und aussichtsreiche Entwicklung der Republik und für die Realisierung der langfristigen Interessen Kirgisistans in den militärisch-politischen, wirtschaftlichen,

und sozialen Bereichen sowie in den Energiesphären und der Infrastruktur betrachtet.

Kirgisistan beabsichtigt, die aktive Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus fortzusetzen, und auch die militärisch-technische Kooperation und die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auszubauen. Die Entwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union und besonders zur Bundesrepublik Deutschland, als dem Hauptpartner und Geberland, bleibt eine lohnende Ausrichtung der Außenpolitik des Landes. Die wachsende Aktivität Tokios in der Regionalpolitik macht Japan zu einem der einflussreichsten Partner der Kirgisischen Republik.

Kirgisistan ist aktives Mitglied in zahlreichen internationalen und regionalen Organisationen, z.B. in der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Organisation Islamische Konferenz.

- *Der globale Kreis.*

In der Epoche der Globalisierung gewinnen die führenden Länder und internationalen Organisationen an Bedeutung. Die Außenpolitik Kirgisistans ist auf die Festigung des Vertrauens in der Weltgemeinschaft und die maximale Nutzung der Möglichkeiten der Globalisierung ausgerichtet. Ein Schlüsselinstrument für die Lösung der Probleme der globalen Welt und der internationalen Sicherheit ist der kollektive Wille der UNO. Die wichtigsten Prioritäten der Außenpolitik der Kirgisischen Republik im Rahmen dieser Organisation sind Abrüstung, Nichtverbreitung der Massenvernichtungswaffen, atomwaffenfreie Zonen in der Region und der Kampf gegen Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel.

Kirgisistan hat die Absicht, den Kurs der Annäherung an die G8-Länder und die Teilnahme an der Realisierung der bi- und multilateralen wirtschaftlichen Projekte fortzusetzen.

Für die fortschreitende Entwicklung Kirgisistans ist es notwendig, mit internationalen und regionalen Finanzinstituten - dem Internationalen Währungsfonds (engl.: International Monetary Fund, IMF), der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank (engl.: Asian Development Bank, ADB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (engl.: European Bank for Reconstruction and Development, EBRD), der Islamischen Entwicklungsbank (engl.: Islamic Development Bank, IDB) – aktiv zusammenzuarbeiten (vgl. Die Konzeption der Außenpolitik von 2007).

Nach der Erörterung der Inhalte der wichtigsten außenpolitischen Dokumente Kirgisistans lässt sich feststellen, dass das Hauptziel der kirgisischen Außenpolitik der Schutz der staatlichen Unabhängigkeit ist: Laut der Doktrin der „*Diplomatie der Seidenstraße*“ bestehen die Interessen und Aufgaben der kirgisischen Außenpolitik darin, die internationalen Garantien für die Unabhängigkeit, Souveränität, ökonomische Selbstständigkeit, territoriale Integrität des Landes mit den politisch-diplomatischen Mitteln in höchstem Maß zu festigen; in der Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik vom Jahr 1999 wird die Verteidigung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität als das wichtigste Ziel genannt; in der Konzeption von 2007 wird erneut die Bewahrung und Stärkung seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität als das Hauptziel der kirgisischen Außenpolitik proklamiert.

Die Betonung der staatlichen Unabhängigkeit, weist darauf hin, dass diese als gefährdet angesehen wird. Die zitierten außenpolitischen Dokumente bestätigen die in Kapitel 2.2.1 aufgestellte These über die Außenpolitik der Kleinstaaten: Die Sicherung der staatlichen und nationalen Existenz ist das Hauptziel ihrer Außenpolitik, das folgendermaßen erreicht werden soll:

- durch die Entwicklung der freundschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarländern und den wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten der Welt, den Zentren der Weltpolitik;
- durch die Tätigkeit in den internationalen und regionalen Organisationen, die Kirgisistan die Möglichkeit gibt, die nationalen Interessen auf der gleichberechtigten Grundlage mit anderen Staaten wirksam zu fördern, am Entscheidungsprozess über allgemeine Fragen aktiv teilzunehmen, die zur

Konsolidierung der Position Kirgisistans in der Weltgemeinschaft beiträgt und als Garant der nationalen Sicherheit dient;

- durch eine breitere Integration der Kirgisischen Republik in das System der regionalen und globalen Sicherheit.

Das bestätigt die in Kapitel 2.2.2 aufgestellte These über die Außenpolitik von Kleinstaaten: Sie können ihrem Sicherheitsdilemma durch die Anwendung bestimmter Strategien und Verhaltensweisen entkommen.

5.3 Mögliche Optionen der kirgisischen Außenpolitik

Kirgisistan als ein Kleinstaat befindet sich in einem Sicherheitsdilemma, da es wegen seiner beschränkten Ressourcen nicht in der Lage ist, allein auf sich gestellt für ein ausreichendes Maß an Sicherheit zu sorgen. Außenpolitik ist für diese zentralasiatische Republik daher primär Sicherheitspolitik. Ihre strukturelle Knappheit beschränkt die Möglichkeiten dieses Kleinstaates, das internationale System zu beeinflussen. Dennoch eröffnet die derzeitige Situation mehrere Optionen für Kirgisistan zur Gestaltung seiner Außenpolitik, die dazu beitragen können, sein Überleben im internationalen System zu sichern und seinen Handlungsspielraum zu vergrößern.

Zur Lösung der Sicherheitsprobleme steht Kleinstaaten eine Politik der Allianzen zur Verfügung. Für Kirgisistan wäre ein Bündnis mit Moskau eine Möglichkeit, was die militärische Bedrohung vermindern und einen Ausweg aus dem Sicherheitsdilemma bedeuten würde. Die Tatsache, dass die Kirgisen keine negativen historischen Erfahrungen wie z.B. die Balten oder Kaukasier mit Russland hatten, sprach für eine derartige Außenpolitik. *„Für das kirgisische Volk war der Anschluss an Russland ein Ereignis von einer immensen historischen Relevanz. Dieser Prozess hatte eine positive Bedeutung für das Schicksal der Kirgisen“* (Ploskich 2003: 169). Dieser Satz stammt keineswegs von einem sowjetischen Historiker, sondern aus einem Geschichtslehrbuch für kirgisische Studenten aus dem Jahr 2003. Weitere denkbare Allianzoptionen wären ein regionales Sicherheitsbündnis der zentralasiatischen Staaten untereinander oder gemeinsam mit anderen Turkstaaten wie der Türkei und dem Aserbaidschan. Eine andere Möglichkeit für eine Allianz wäre die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der Kirgisischen Republik in die GUS-

Strukturen. Die partielle wirtschaftliche Abhängigkeit von den Staaten der ehemaligen Sowjetunion würde diese Option zumindest ökonomisch sinnvoll erscheinen lassen. Durch die Integration in die GUS und mit der Beteiligung an den sicherheitspolitischen Verträgen der Nachfolgerstaaten der Sowjetunion könnten Sicherheitsgarantien gewonnen werden.

Eine Alternative zur Politik der Allianzen wäre die außenpolitische Option der Neutralität. Ein neutraler kirgisischer Staat im unstabilen Zentralasien wäre eine weitere denkbare außenpolitische Alternative. So spielte Neutralität in der außenpolitischen Debatte Kirgisistans eine wichtige Rolle. Insbesondere nach den Ereignissen vom 11. September und ihren Folgen befürworteten einige kirgisische Politiker eine derartige neutrale außenpolitische Orientierung. Diese Haltung wurde dadurch begründet, dass:

1. Eine Doktrin der Neutralität ist unter Berücksichtigung des sich verschärfenden internationalen Terrorismus, des militanten Separatismus und der interethnischen Konflikte für Stabilität notwendig zur Gewährleistung der Sicherheit Kirgisistans und zum Überleben seines Volkes.
2. Kirgisistan könnte im Rahmen der globalen Geopolitik im Spiel der führenden Weltmächte zwischen Hammer und Amboss geraten. Die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts ist im Zeichen des Kampfes der zwei Supermächte – Seemacht USA und Kontinentalmacht Russland – um die Weltherrschaft vergangen. Diesen Kampf werden die genannten Staaten vermutlich weiterführen und in diese (offene und latente) Konfrontation werden direkt oder indirekt alle Länder der Welt ohne Ausnahmen hineingezogen.
3. Kirgisistan befindet sich auch im Kontext der regionalen Geopolitik auch zwischen zwei Feuern: dem internationalen arabisch-islamischen Fundamentalismus einerseits, und dem auf die Führungsrolle in Zentralasien Anspruch erhebenden Usbekistan andererseits. Sowohl im ersten als auch im zweiten Fall wird die geopolitische Unabhängigkeit Kirgisistans, seine Souveränität und Freiheit ignoriert.
4. Das Prinzip der ewigen Neutralität Kirgisistans stellt, ideologisch gesehen, die einzige gesamtstaatliche Idee dar, die alle Völker in der Kirgisischen Republik

vereinen könnte, da ein gesicherter, allgemeiner, gerechter Frieden im Interesse nicht nur der Titularnation, sondern aller ethnischen Gruppen liegt.

5. Der Status des neutralen Gürtels befreit Kirgisistan – in wirtschaftlicher Hinsicht – von der fast fatalen Notwendigkeit, die Produktionskapazität einiger arbeitsintensiven Zweige, die für die Aufrechterhaltung der formalen Parität mit den Nachbarländern notwendig sind, zu steigern. Ein Kirgisistan, das äußere Sicherheit genießt, könnte diese in ökonomischer und ökologischer Hinsicht nicht ungefährliche Produktion ohne Nachteil aufgeben und sich auf die Natur- und Ressourceneinsparungstechnologien und die globale, gut entwickelte Infrastruktur der Dienstleistungen (Tourismus, Bankwesen usw.) umstellen.
(Vgl. Kuruchbekov/Sarulu 2002)

Dem Land fehlen aber einige wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Neutralitätspolitik. Die Kirgisische Republik hat eine außerordentlich wichtige strategische Lage. Sie befindet sich ganz im Herzen Zentralasiens: Nordkirgisistan grenzt an jenes Bergmassiv, das sich über Almaty, der ehemaligen Hauptstadt des riesigen Kasachstan, die auch heutzutage als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum des Landes dient, erhebt; Ostkirgisistan ist die Pforte zum chinesischen Turkestan (Xinjiang). Südkirgisistan kann auch als Aufmarschbasis für Spionageakte der Geheimdienste und Durchführung von Kampfhandlungen in Richtung Afghanistan und Pakistan dienen. Außerdem ist das Gebiet ein Teil des berühmten Ferghanatals, das zwischen drei Staaten aufgeteilt ist: Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Das Tal zeichnet sich durch eine hohe Bevölkerungsdichte, wirtschaftliche Rückständigkeit, ethnische Buntheit und traditionell starken Einfluss des Islam aus und bildet, trotz seiner Aufteilung, ein einheitliches sozialpolitisches Areal. Veränderungen in einem der Teile des Ferghanatals spiegeln sich sofort in der Situation der anderen beiden wider. Folglich, gibt die stabile Position einer ausländischen Macht in Südkirgisistan ihr die Möglichkeit, auf die Lage in Usbekistan und Tadschikistan Einfluss auszuüben.

Außerdem befindet sich Kirgisistan – im Unterschied zur neutralen Schweiz – nicht im ruhigen Europa, wo ein militärisches Eindringen in ein Land unvorstellbar ist. Dies

bestätigten die Ereignisse von Batken¹¹⁸. Internationale Terroristen, Drogenschmuggel aus Afghanistan durch die zentralasiatischen Staaten – all diese Umstände erlauben es der Kirgisischen Republik nicht, auf internationale Unterstützung zur Abwehr möglicher Angriffe zu verzichten. Im Alleingang kann das militärisch und wirtschaftlich schwache Kirgisistan diese Bedrohungen nicht bewältigen (vgl. Bakiev 2003: 100). Eine glaubwürdige und bewaffnete Neutralität kommt für diesen zentralasiatischen Kleinstaat daher nicht in Frage. Im Unterschied zu Turkmenistan verfügt Kirgisistan nicht über große Mengen von Erdöl und Erdgas, die es einem Land ermöglichen, ohne die Hilfe und enge Zusammenarbeit mit der Weltgemeinschaft auszukommen. Zudem hat Neutralität mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der wachsenden Globalisierung weitgehend ihren Sinn verloren (vgl. Cox/Mac Ginty 1996: 132).

Im Folgenden wird die Außenpolitik der Kirgisischen Republik analysiert, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Frage, in welchem Umfang es dieser (nicht) gelungen ist, zur Umsetzung ihrer außenpolitischen Zielsetzung jene Optionen – *„defensive acquiescence“*, *„Politik der Allianzen“* und *„aktive Außenpolitik“* –, zu nutzen, die kleinen und schwachen Staaten von der entsprechenden Theorie im Allgemeinen konzidiert werden, und welche Faktoren hierfür verantwortlich sind.

¹¹⁸ Im August 1999 fielen bewaffnete Einheiten der Islamischen Bewegung Usbekistans (engl. Islamic Movement of Uzbekistan, IMU) in die kirgisische Südprovinz Batken ein. Die IMU wollte damals einen Korridor nach Usbekistan erzwingen, da ihr Weg von den Basen zwangsläufig über kirgisches Territorium führte. Die kirgisischen Streitkräfte standen diesem Einfall hilflos gegenüber. In bewaffneten Zusammenstößen wurden nach offiziellen Angaben 28 kirgisische Bürger getötet; der direkte Schaden der Staatskasse betrug 400 Mio. Som. Ein Jahr später wiederholte sich das gleiche Szenario. Die Kämpfer der IMU griffen Dörfer in Kirgisistan an, wurden allerdings zurückgeschlagen (vgl. Bensmann 2002; Halbach 2001: 8; 2002; Vechernii Bishkek vom 31.08.2007). Dank dem Batkener Syndrom wurde allen klar, dass ohne Militärmacht die Begriffe *„Unabhängigkeit“* und *„Souveränität“* keinen realen Inhalt haben.

6. Rekapitulation der wichtigsten Entscheidungen und Aktivitäten der kirgisischen Außenpolitik in Bezug auf die von außen an die Kirgisische Republik herangetragenen Erwartungen und Anforderungen und unter Berücksichtigung der aus dem Inneren der kirgisischen Gesellschaft jeweils geltend gemachten Interessen

6.1 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik in Bezug auf die neuen Realitäten in Weltwirtschaft und Weltpolitik – unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den entwickelten Ländern

6.1.1 Japan, Südostasien und Republik Korea (Südkorea)

Die Hervorhebung der Politik gegenüber den entwickelten Ländern des asiatischen Kontinents basierte auf einer pragmatischen Sichtweise. In Bischkek hoffte man sehr, dass die modernen Technologien und Investitionen aus diesem Raum der kirgisischen Wirtschaft einen Modernisierungsimpuls geben könnten. Außerdem erweckte der beachtliche Erfolg der Schwellenländer wie Südkorea und Malaysia bei der Reformierung ihrer Volkswirtschaften im Transformationsland Kirgisistan die Hoffnung, ihre Erfahrungen nachahmen zu können.

Wie in Kapitel 4.4.1 festgestellt wurde, liegt die Entwicklung aller Formen der Kooperation mit der zentralasiatischen Region im Interesse der japanischen Regional- und Globalpolitik. In diesem Zusammenhang spielen die kirgisisch-japanischen Beziehungen eine besondere Rolle. Bischkek zeigt sich in den Beziehungen zu Japan in allen Bereichen sehr offen für die Zusammenarbeit.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Kirgisistan und **Japan** wurden am 26. Januar 1992 hergestellt und schon am 30. April empfing der kirgisische Präsident Akajew die hochrangige japanische Delegation unter der Leitung vom damaligen Außenminister Japans M. Watanabe in Bischkek, um die Formen der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten in wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereichen zu besprechen. Im April 1993 fand der erste offizielle Besuch des kirgisischen Präsidenten in Tokio statt. 1994 und 1996 reiste der Premierminister

Kirgisistans nach Japan, um an der Arbeit des kirgisisch-japanischen Wirtschaftskomitees teilzunehmen. Im Februar 1996 kam die Delegation des japanischen Außenministeriums nach Bischkek mit dem Ziel, den politischen Dialog und die ökonomische Zusammenarbeit mit Kirgisistan zu vertiefen und zu intensivieren. Erneut besuchte eine Delegation aus Japan Kirgisistan im Juli 1997. Damals wurde von der japanischen Seite betont, dass ihre Regierung die Durchführung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen in der Kirgisischen Republik, die ein gutes Beispiel in der ganzen zentralasiatischen Region darstellen, mit besonderen Sympathien verfolgt und bereit ist, das kleine zentralasiatische Land in diesem Prozess zu unterstützen (vgl. Toktomushev 2001: 136-137).

Kirgisistan war das erste zentralasiatische Land in der Region, dem Japan Hilfe zu leisten anfang, dabei spielte das positive demokratische Image der Kirgisischen Republik eine große Rolle. Tokio hat erhebliche Summen an öffentlicher Entwicklungshilfe für den jungen Staat bereitgestellt und sich dadurch zu einem wichtigen Geberland für Bischkek entwickelt. Seit 1992 haben die Fördermittel der japanischen Regierung im Rahmen der staatlichen Entwicklungshilfe (ODA) für Kirgisistan über 350 Mio. US Dollar¹¹⁹ ausgemacht. Insgesamt leistete Japan der Kirgisischen Republik auf der bilateralen Basis Hilfe in Höhe von 430 Mio. US Dollar¹²⁰. Zugleich unterstützt Japan, als der nach den USA zweitgrößte Aktieninhaber der internationalen Finanzinstitutionen, die Finanzierung der Programme eben dieser Institutionen für Kirgisistan. Außerdem wurden die Schulden der Kirgisischen Republik gegenüber Japan 2002 und 2005 restrukturiert. Als Gegenleistung unterstützt Bischkek die Absicht Japans, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden (vgl. Akaev 2004: 328).

Ein qualitativ neues Niveau erreichten die kirgisisch-japanischen Beziehungen nach dem offiziellen Besuch des kirgisischen Präsidenten Akajew in Japan im Oktober 1998. Während dieses Besuchs wurde zwischen beiden Ländern das erste, in der Geschichte der kirgisisch-japanischen Kontakte, politische Dokument – die Erklärung über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und

¹¹⁹ Vgl. Auskunft des kirgisischen Finanzministeriums über die Entwicklungshilfe der japanischen Regierung vom 14.03.2006

¹²⁰ vgl. Nachrichtenagentur 24.kg vom 02.04.2007.

Japan – unterzeichnet, in dem die wichtigsten Prinzipien der Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen dargelegt wurden (vgl. Toktomushev 2001: 137).

Als im Sommer 1999 eine Gruppe japanischer Geologen in kirgisischen Gebirgen von der Gruppierung der Islamischen Bewegung Usbekistans als Geisel genommen worden war und die Regierung Japans, Gerüchten zufolge, einige Millionen US Dollar für die Befreiung seiner Bürger gezahlt haben soll¹²¹, ließ der japanische Enthusiasmus gegenüber Kirgisistan nach. Für kurze Zeit stellte Tokio seine Hilfe ein, aber 2001 wurde Japan wieder zum Hauptgeberland der Kirgisischen Republik. Diese Ereignisse wirkten sich aber auf die ohnehin geringe Beteiligung des japanischen Privatsektors am wirtschaftlichen Aufbauprozess in Kirgisistan negativ aus. Japan schrieb die Kirgisische Republik in die Liste der Staaten, die den japanischen Bürgern zu besuchen abgeraten wurden und charakterisierte Kirgisistan als ein instabiles Land.

Im August 2003, 11 Jahre nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, wurde beschlossen, eine kirgisische Botschaft in Japan zu errichten. Die Regierung der Kirgisischen Republik hatte die Eröffnung der Botschaft in Tokio schon seit langem geplant, aber aufgrund der geringen Ressourcen musste der kirgisische Staat, als Kleinstaat, die Beschlussfassung immer wieder verschieben (vgl. Vechernii Bishkek vom 06.10.2003). Die Eröffnung der japanischen Botschaft in Bishkek 2003 und der kirgisischen diplomatischen Vertretung in Tokio 2004 sollte den direkten politischen Dialog zwischen beiden Ländern vorantreiben und zum Ausbau der kirgisisch-japanischen Kontakte beitragen.

Im April 2004 traf der kirgisische Präsident Akajew zu seinem dritten offiziellen Besuch in Japan ein, um die Bilanz der erfolgreichen 12-jährigen Zusammenarbeit zwischen Bishkek und Tokio zu ziehen, die Weiterentwicklung der kirgisisch-japanischen Kooperation in politischen, handelswirtschaftlichen und kulturell-humanitären Bereichen zu besprechen und sich für Freundschaft, Unterstützung und Hilfe bei der japanischen Regierung zu bedanken (vgl. Akajew 2004: 326).

Als ein Staat mit einem kleinen Absatzmarkt ist Kirgisistan von geringem Interesse für die japanischen Wirtschaftsgiganten: Die Vertretungen der japanischen Firmen

¹²¹ Vgl. RFE/RL vom 31.08.1999: Kyrgyzstan: Militants Test Regional Security

„Mitsubishi“ und „Sumimoto“ in Bischkek wurden wegen dem niedrigen Umsatzvolumen geschlossen. 1993 wurde der kirgisisch-japanische Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit gebildet, der jährlich gemeinsame Sitzungen durchführt, prioritäre Richtungen der Kooperation festlegt, das Fazit der geleisteten Arbeit zieht und neue Aufgaben entwirft. Trotzdem lässt die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern noch viele Wünsche offen.

Tabelle 2: Entwicklung der kirgisisch-japanischen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹²²

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	0,2117	6,6329	6,8446
2003	0,1046	12,5952	12,6998
2004¹²³	0,00161	8,87550	8,87711
2005	0,41839	13,10696	13,52535
2006	1,12384	11,50920	12,63304
2007	1,72287	18,67319	20,39606

Die Beziehungen Kirgisistans zu Japan, dem wirtschaftsstärksten Land des asiatischen Kontinents, nehmen eine besondere Stellung in der kirgisischen Außenpolitik ein. Bischkek konnte sein Verhältnis zu diesem Industrieland in den vergangenen Jahren aufbauen und ausbauen. Seiner Bitte um Unterstützung bei der Reformierung der Wirtschaft wurde von der japanischen Seite entsprechend entgegengekommen. Tokio hat sich zum Hauptgeberland für Bischkek entwickelt. Die bilateralen Beziehungen zwischen Kirgisistan und Japan sind sehr stark durch diesen Faktor geprägt. Die Erwartungen, einen Modernisierungsimpuls für Wirtschaft durch Technologietransfer und Investitionen aus Japan zu bekommen, wurden aber nicht erfüllt.

Neben Japan nehmen **die südostasiatischen Schwellenländer** wichtige Positionen in der kirgisischen Außenpolitik im asiatischen Raum ein. Die Herstellung der stabilen Beziehungen zu den neuen Industrieländern dieser Region, insbesondere zu Korea, Malaysia und Indonesien wurde schon in den ersten Jahren der Unabhängigkeit zu

¹²² Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

¹²³ Vom Januar 2004 bis September 2004

den Prioritäten der kirgisischen Außenpolitik erklärt. Von großem Interesse für Kirgisistan waren die Erfahrungen dieser Staaten bei der rapiden Modernisierung ihrer Wirtschaft und die Heranziehung von Investitionen aus dem südostasiatischen Raum. Zur Verwirklichung dieser Ziele reiste Staatspräsident Askar Akajew 1995 nach Malaysia und Indonesien. In Kuala Lumpur und Jakarta wurde über großzügige Wirtschaftshilfe gesprochen, die wegen der Währungs- und Wirtschaftskrise in der asiatischen Region jedoch nicht vollständig realisiert werden konnte. Die indonesische Wirtschaft litt außerdem in der Vergangenheit immer wieder unter negativen internen Einflüssen (Bombenattentate, Tsunami, Vogelgrippe, Erdbeben).

Ziemlich aktiv entwickeln sich die Beziehungen Kirgisistans zu **Malaysia**: Im Juli 1996 besuchte der Premierminister Malaysias, Dato Seri Dr. Mahathir bin Mohamad, Bischkek, wo er mit dem kirgisischen Präsidenten die Möglichkeiten der Vertiefung der Kontakte zwischen beiden Ländern besprach und die übereinstimmenden Positionen Bischkeks und Kuala-Lumpurs in Bezug auf viele Probleme der internationalen Politik, insbesondere was die Fragen der Friedenssicherung und Gewährleistung der Stabilität in den Regionen und der friedlichen Beilegung der Konflikte betrifft, konstatierte. Die Kirgisische Republik eröffnete 1997 in Malaysia ihre Botschaft. 1998 unterstützte die kirgisische Regierung Malaysia in der asiatischen Gruppe der UN-Vollversammlung bei den Wahlen zu nicht-ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates. 1999 reisten die kirgisischen Vizepremierminister und Minister für Außenhandel und Industrie nach Malaysia, um die Kooperation im Investitionsbereich voranzutreiben (vgl. Toktomushev 2001: 161-162). In den folgenden Jahren tauschten Kirgisistan und Malaysia zahlreiche Delegationen aus, erarbeiteten Projekte und Programme für die Intensivierung der Kooperation und unterzeichneten viele bilaterale Abkommen.

Die Beziehungen Kirgisistans zu Malaysia entwickeln sich tatsächlich aktiv, aber nicht sehr erfolgreich. Das Ziel der kirgisischen Führung bezüglich der bilateralen Kontakte mit Malaysia war die ökonomische Zusammenarbeit, die zur erfolgreichen Durchführung wirtschaftlicher Veränderungen in ihrem Land beitragen sollte. Der malaysische Export nach Kirgisistan betrug 2007 aber nur 2,4 Mio. US Dollar, und Kirgisistan exportierte in dieses südasiatische Land überhaupt keine Artikel¹²⁴, aus

¹²⁴ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

verschiedenen Gründen wurden viele Investitionsprojekte malaysischer Firmen in der Kirgisischen Republik nicht realisiert.

Unter den neuen Industrieländern der südasiatischen Region gehört **Südkorea** angesichts seines großen Wirtschaftspotenzials – gemessen am BSP liegt die koreanische Wirtschaft heute auf dem 15. Rang weltweit – zu den wichtigsten Partnern der Kirgisischen Republik. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere die Gewinnung südkoreanischer Investitionen, ist das Hauptziel der kirgisischen Regierung in den bilateralen Beziehungen zu Südkorea, einem bedeutenden Investor¹²⁵ für viele Länder.

Die Unabhängigkeit Kirgisistans wurde von der Republik Korea noch im Dezember 1991 anerkannt. Am 31. Januar 1992 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen. Um die Entwicklung der kirgisisch-südkoreanischen Zusammenarbeit anzutreiben, besuchte der kirgisische Präsident Akajew im Juni 1997 Seoul, wo die ersten bilateralen Abkommen unterzeichnet wurden. Unter den unterschriebenen Dokumenten hatte die Gemeinsame Erklärung, in der die Grundlagen der freundschaftlichen Beziehungen und Kooperation zwischen Kirgisistan und Südkorea dargelegt wurden, eine große Bedeutung (vgl. Toktomushev 2001: 141).

Ein wichtiges Element in den kirgisisch-koreanischen Beziehungen ist die koreanische Minderheit in Kirgisistan. Nach Angaben des sowjetischen Statistikamts lebten 1989 etwa 18 355 Koreaner in Kirgisistan. Sie stellen ein besonderes Potenzial für die bildungspolitische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern dar. Einen hohen Beitrag zur Entwicklung der humanitären Beziehungen leistet seit 1995 die Koreanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit (KOICA). Im Bereich Kultur und Kunst werden viele gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Es werden Kontakte auf der Ebene der Ministerien für Bildung, Gesundheit, Arbeit und Soziales entwickelt. Mit Hilfe der südkoreanischen Botschaft in Almaty, die auch für Kirgisistan zuständig ist, wurden in Bischkek mehrere Sprachkurse für die koreanische Minderheit angeboten. Am 18. Mai 2001 wurde in Bischkek das Bildungszentrum der Republik Korea eröffnet. Dank seiner

¹²⁵ Die südkoreanischen Investitionen in Länder Südostasiens betragen 1 Mrd. US Dollar (vgl. Toktomushev 2001: 141).

Tätigkeit bekamen die kirgisischen Bürger die Möglichkeit, die koreanische Sprache und Kultur (kennen) zu lernen.

Das Hauptziel Kirgisistans in den Beziehungen zu Südkorea – die Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation und die Heranziehung der südkoreanischen Investitionen ins Land –, wurde aber bis jetzt nicht erreicht: Der Handelsumsatz zwischen beiden Ländern bleibt relativ gering, es gibt keine Zeichen nachhaltigen Wachstums. Es fließen auch keine realen Investitionen ins Land. Die Gründe dafür sind u.a. der kleine Absatzmarkt, das Fehlen einer modernen Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur und eines modernen Banksystems sowie die Instabilität der Steuerpolitik in Kirgisistan.

Die anderen südostasiatischen Länder spielen in der Außenpolitik Kirgisistans eine untergeordnete Rolle. Es liegt aber nicht daran, dass sie keine große Bedeutung für die kirgisische Außenpolitik haben, ganz im Gegenteil, eine gewisse Unterstützung von diesen Ländern und ein Erfahrungsaustausch sind im Interesse des Transformationslandes Kirgisistan. Seitens dieser Staaten besteht kein besonderes Interesse an der Entwicklung der Beziehungen zu der Kirgisischen Republik.

6.1.2 Die Europapolitik der kirgisischen Regierung

Der Aufbau und die Intensivierung der Zusammenarbeit Kirgisistans sowohl mit einzelnen europäischen Ländern als auch mit dem europäischen Kontinent als Ganzem spielen bei seiner Integration in die Weltgemeinschaft eine sehr wichtige Rolle. Europa ist außerdem für Kirgisistan, das sich um regionale Kooperation in Zentralasien aktiv bemüht, als das am weitesten fortgeschrittene Beispiel für regionale Integration vom großen Interesse.

Als rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und der Europäischen Union diente in der Anfangsphase der Beziehungen das im Dezember 1988 von der Europäischen Gemeinschaft mit der UdSSR abgeschlossene Handels- und Kooperationsabkommen. Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 leiteten Kirgisistan und andere Republiken ihren eigenen Prozess politischer und wirtschaftlicher Reformen ein; daher musste die EG neue

Abkommen mit den einzelnen Ländern schließen. Im April 1992 besuchte der Vizepräsident der EG-Kommission, Frans Andriessen, Kirgisistan und unterzeichnete am 3. April in Bischkek das gemeinsame Memorandum über die Verständigung zwischen der Regierung der Kirgisischen Republik und der Europäischen Kommission (vgl. Omarov 2003: 219). Auf der Grundlage der Verhandlungsrichtlinie des Ministerrates der EG vom Oktober 1992 wurden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Ländern der ehemaligen Sowjetunion ausgehandelt. Im Laufe der Jahre 1993 und 1994 wurden zwei Verhandlungsrunden mit Kirgisistan abgehalten. Die Verhandlungen wurden während des Besuchs des Präsidenten der Republik Kirgisistan, Akajew, am 1. Juni 1994 abgeschlossen und das *„Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kirgisistan andererseits“*¹²⁶ paraphiert. Die Unterzeichnung erfolgte am 9. Februar 1995. (Vgl. Reissner 2000: 1; Wolter 1999: 32-39) Dazu ist anzumerken, dass wegen der Anerkennung der Erfolge ihrer demokratischen Reformen die Kirgisische Republik einer der ersten GUS-Staaten (nach der Ukraine, Kasachstan und Weißrussland) war, mit dem die EU über der Abschluss eines PKA verhandelte (vgl. Omarov 2003: 219). In Kirgisistan sah die Europäische Union *„a potential leader of political and economic reform, and (...) an advocate for closer cooperation and integration in the central Asian sub-region.“*¹²⁷

Das Abkommen über die Partnerschaft und Zusammenarbeit mit der Europäischen Union wurde von der kirgisischen Seite als ein Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit Kirgisistans und der Entwicklung der gleichberechtigten Beziehungen zur EU betrachtet. Diese Partnerschaft bot der Kirgisischen Republik umfassende Möglichkeiten für Kooperation und Kontakte in der wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Sphäre mit der Europäischen Union und den EU-Mitgliedsstaaten. Darüber hinaus legte das Abkommen die institutionelle Grundlage für einen regulären politischen Dialog zwischen Bischkek und Brüssel.

Die Bedeutung Europas für Kirgisistan, ein hoch verschuldetes, armes Land, das schwierige politische und ökonomische Reformen durchführt, ist aber vor allem durch

¹²⁶ http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/pca/pca_kyrgyzstan.pdf (Das Portal der Europäischen Union)

¹²⁷ http://ec.europa.eu/external_relations/kyrgyz/intro/index.htm (Das Portal der Europäischen Union)

den Vorteil der Entwicklungspolitik von Seiten der Europäischen Union bedingt. Die EU-Beihilfe wird im Rahmen des TACIS-Programms geleistet. Als eines der Hauptempfängerländer aus dem TACIS-Programm erhielt Kirgisistan seit 1991 hieraus 85 Mio. Euro. Außerdem erhält Kirgisistan Hilfe aus dem Ernährungssicherungsprogramm, seit 1991 104 Mio. Euro, und humanitäre Hilfe, seit 1991 31 Mio. Euro. Insgesamt hat Kirgisistan seit 1991 254 Mio. Euro Hilfe von der EU erhalten.¹²⁸ In der Zwischenzeit wird TACIS eingestellt und durch ein neues Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (engl. Development Cooperation Instrument, DCI)¹²⁹ ersetzt. Den derzeitigen Plänen der Kommission zufolge werden im Zeitraum 2007-2010 für die Kirgisische Republik 55 Mio. Euro an Hilfe im Rahmen eines nationalen Programms bereitgestellt. Dies ist pro Einwohner mehr als für jedes andere Land in Zentralasien. Die Kirgisische Republik wird auch durch ein regionales Programm gefördert.

Die EU ist also für Kirgisistan in erster Linie als Verteiler umfangreicher Fördermittel attraktiv; die anderen Bereiche der Zusammenarbeit zwischen Bischkek und Brüssel haben geringe Bedeutung. Das liegt daran, dass Europa seine Interessen an und für Zentralasien nicht definiert hat und deswegen als „*Papiertiger in der Region*“ (Rede von Hedi Wegener, MdB am 14.03.06 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung) gilt. Europa hat erst nach den Anschlägen vom 11. September die Bedeutung Zentralasiens für seine eigene Zukunft erkannt. Es dauerte bis 2004, bis die EU mit einem Regionalbüro in Bischkek vertreten war. Und erst nach den Ereignissen von Andischan¹³⁰ hat man einen Sonderbeauftragten für Zentralasien ernannt. Am 21.-22. Juni 2007 wurde beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs in

¹²⁸ Vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Beziehungen zur Europäischen Union. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

¹²⁹ DCI-Verordnung: http://ec.europa.eu/external_relations/ceeca/pca/pca_kyrgyzstan.pdf.

¹³⁰ Am 12. - 13. Mai 2005 erhob sich die Bevölkerung von Andischan im Ferghanatal gegen die Politik der Regierung von Präsident Karimow. Auslöser war ein Prozess gegen 23 lokale Geschäftsleute, deren Kleinbetriebe einige der raren Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der Region bieten. Sie wurden beschuldigt, Mitglieder einer Splittergruppe der islamischen Hizb ut-Tahrir zu sein. Bei Demonstrationen gegen den Prozess wurden mehrere Teilnehmer von Sicherheitskräften verhaftet. Daraufhin stürmten Demonstranten das lokale Gefängnis und befreiten Hunderte Gefangene. Die Regierung setzte am 13. Mai Sicherheitskräfte ein, die den Aufstand mit massivem Gewalteinsatz niederwarfen. Laut Regierungsangaben wurden 169 Menschen getötet, darunter 32 Sicherheitskräfte. Menschenrechtsorganisationen sprachen dagegen von 500 bis 1000 Toten unter den weitgehend unbewaffneten Demonstranten. In weiteren Städten im Ferghanatal, so z. B. in Kara Suu an der kirgisischen Grenze, kam es ebenfalls zu Protesten und Unruhen. Präsident Karimow beschuldigte wieder einmal international agierende islamistische Terroristen, den Aufstand organisiert zu haben, und lehnte eine von UN, EU und USA geforderte Untersuchung ab. Human Rights Watch bezeichnete im Juni 2005 die Vorgänge nach der ausführlichen Befragung von mehr als 50 Augenzeugen als „*Massaker*“.

Brüssel die neue Zentralasienstrategie verabschiedet (siehe dazu Kapitel 4.4.2), deren Umsetzung zur Aktivierung der sicherheitspolitisch-militärischen Zusammenarbeit der EU mit Kirgisistan, die lange Zeit vernachlässigt worden war, beitragen und zur Vergrößerung der politischen Bedeutung der EU in der Region führen könnte. Solch eine Entwicklung ist im Interesse der Kirgisischen Republik, da sie in ihrer Außenpolitik der sicherheitspolitischen Kooperation höchste Priorität einräumt. Die Europäische Union hat außerdem einen Vorteil gegenüber den USA, Russland und China, was die Beteiligung im regionalen System angeht. Sie stellt eine „Gruppe“ von Ländern dar, nicht einen einzelnen Staat. Mit anderen Worten, wird die Möglichkeit des Aufdrängens der dominierenden Rolle seitens einer Großmacht ausgeschlossen.

6.1.3. Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland

Kirgisistan bemüht sich nicht nur um den Aufbau und die Pflege eines soliden Verhältnisses zur gesamten EU, sondern interessiert sich auch für die Entfaltung seiner bilateralen Beziehungen zu den einzelnen europäischen Ländern. In dieser Hinsicht nehmen die Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Stellung in der Europapolitik der kirgisischen Regierung ein. Dies ist vor allem durch drei Faktoren bedingt: Deutschland spielt innerhalb der EU eine zentrale und entscheidende Rolle; die deutsche Wirtschaft stellt die leistungsstärkste und wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft Europas dar; Berlin selbst betreibt eine aktive Politik in und um Zentralasien. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte stark die Kandidatur Kirgisistans und der anderen zentralasiatischen Republiken bei der Integration in die europäischen und internationalen Organisationen, z.B. bei der Aufnahme in die OSZE. Darüber hinaus war Deutschland das erste europäische Land, das diplomatische Beziehungen zur Kirgisischen Republik aufnahm (am 3. Februar 1992) und eine diplomatische Vertretung in Bischkek eröffnete (vgl. Akajew 2001: 323-324). Im Januar 1995 folgte die Eröffnung der Botschaft der Kirgisischen Republik in Bonn, die sich seit Oktober 1999 in Berlin befindet. Hilfreich für die Herstellung der politischen Beziehungen waren auch zahlreiche Kontakte hochrangiger Politiker.

Den wichtigsten Aspekt der kirgisisch-deutschen Beziehungen stellt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dar. Die Bundesregierung leistet einen nachhaltigen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kirgisischen Republik. Bei den Regierungsverhandlungen der beiden Länder im September 2007 wurde der Politikbereich „*Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft*“ als Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bestätigt. Zusätzlich werden zur Abfederung des Transformationsprozesses und zur Unterstützung armer Bevölkerungsschichten aber auch Vorhaben im Bereich Basisgesundheits und im Energiesektor durchgeführt. Insgesamt beläuft sich das Volumen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf ca. 215 Mio. Euro. Damit ist Deutschland nach Japan und den USA drittgrößter bilateraler Geber.¹³¹

Dank der deutschen Mitwirkung wurden die Umschuldungsverhandlungen¹³² im Pariser Club¹³³ im März 2005 abgeschlossen. Das „*Umschuldungsabkommen Kirgisistan II*“ wurde zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und der kirgisischen Regierung am 06. September 2005 unterzeichnet.¹³⁴

Weiterhin unterstützt die Bundesregierung Kirgisistan bei der Fortsetzung der demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung. In Zusammenarbeit mit der OSZE leistet die Bundesrepublik in großem Umfang Aufbauhilfe. Für konkrete Projekte wie z.B. die OSZE-Akademie in der Hauptstadt Bischkek, die Unterstützung der kirgisischen Polizei und Wahl-Beobachtungsmissionen der OSZE wurden im Jahr 2004 ca. 0,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.¹³⁵

Die Bedeutung, die Kirgisistan der Entwicklungszusammenarbeit mit Deutschland beimisst, spiegelt sich nicht in den Wirtschaftsbeziehungen wider. Der Handelsaustausch ist insgesamt gering und von einem extremen

¹³¹ Vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland. Oktober 2007, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de>

¹³² Es ging um Umschuldungsmaßnahmen für Handelsschulden (2001-2004) und Schuldenumwandlungen aufgrund von Entwicklungskrediten

¹³³ Im Rahmen des Clubs von Paris (Pariser Club) werden Umschuldungen zwischen einem Schuldnerland und seinen Gläubigerländern multilateral vereinbart. Der Pariser Club ist eine jeweils ad hoc gebildete Gruppe bestehend aus den Vertretern der Gläubigerländer, denen es obliegt eine koordinierte und dauerhafte Lösung der Zahlungsprobleme von Schuldnerländern gemeinsam mit den Vertretern der Schuldnerländer zu finden.

¹³⁴ vgl. ebd.

¹³⁵ Vgl. Auswärtiges Amt - Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland. März 2007, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de>

Handelsbilanzüberschuss auf deutscher Seite gekennzeichnet. Dennoch ist Deutschland der größte Handelspartner Kirgisistans unter allen europäischen Ländern.

Tabelle 3: Entwicklung der kirgisisch-deutschen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹³⁶

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	1,8705	31,486	33,3565
2003	3,7181	41,3901	45,1082
2004¹³⁷	2,48543	37,72969	40,21512
2005	3,84754	29,90040	33,74784
2006	2,45635	38,29148	40,74783
2007	6,67682	51,53008	58,2069

Im Bildungs- und Kulturbereich entwickeln sich die Kontakte zu Deutschland sehr gut (siehe dazu Kapitel 4.4.3). Kirgisistan, das bei seiner Modernisierungspolitik der Kaderbildung besondere Aufmerksamkeit schenkt, hat ein sehr starkes Interesse an dem Zuwachs des wissenschaftlichen Austauschs. Wirtschaftstage, Hochschulpartnerschaften, Ausbildungs- und Materialhilfen für die kirgisischen Sicherheitskräfte, Künstler-, Journalisten- und Studentenaustauschprogramme sowie die Tätigkeit von Programmlehrkräften der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und des Goethe-Instituts, dazu die Arbeit von Experten für Technische Zusammenarbeit und weiteren Fachkräften sowie gemeinsame Kulturprogramme zeugen von der Intensität der Beziehungen im Bildungs- und Kulturbereich.

Wegen der insgesamt positiven Entwicklung der kirgisisch-deutschen Beziehungen versprach Bischkek feste Unterstützung für die Kandidatur der Bundesrepublik Deutschland für den erweiterten Sicherheitsrat der UNO (vgl. Toktomushev 2001: 106; Akaev 2004: 328).

¹³⁶ Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

¹³⁷ vom Januar 2004 bis September 2004

6.1.4 Die Entwicklung der Beziehungen zur Schweiz

Gleich nachdem die diplomatischen Beziehungen zwischen der Kirgisischen Republik und der Schweiz am 14. Februar 1992 aufgenommen wurden, fing die kirgisisch-schweizerische Zusammenarbeit im Bereich der Unterstützung der demokratischen Reformen und des Übergangs zur Marktwirtschaft in Kirgisistan an (vgl. Toktomuschew 2001: 125). Dank dem Prozess der aktiven Reformen in Kirgisistan wurde der kleinen zentralasiatischen Republik in der schweizerischen finanziellen und technischen Zusammenarbeit die höchste Priorität gegeben. Die gesetzlichen Rahmen für die Kooperation in diesem Bereich wurden durch ein bilaterales Abkommen über die technische Zusammenarbeit gebildet, das im November 1994 während des offiziellen Besuches des kirgisischen Präsidenten in der Schweiz unterzeichnet wurde (vgl. ebd.: 126).

Der Grundstein der handelsökonomischen Beziehungen der Kirgisischen Republik zur Schweiz wurde mit dem Abkommen über die handelswirtschaftliche Zusammenarbeit (Mai 1997), dem Abkommen über Förderung und gegenseitigen Schutz von Investitionen (Januar 1999) und dem Doppelbesteuerungsabkommen (Januar 2001) gelegt (vgl. ebd.). Die Schweiz ist das einzige westliche Land, mit dem Kirgisistan einen positiven Saldo der Handelsbilanz hat: 226,1 Mio. US Dollar Einfuhren aus Kirgisistan und 11,7 Mio. US Dollar Ausfuhren aus der Schweiz¹³⁸ (2006). Zu erklären ist es damit, dass Kirgisistan Edelmetalle und Bauwollfaser in die Schweiz exportiert.

Trotz der Erfolge in der handelsökonomischen Kooperation zwischen beiden Staaten bleibt die finanziell-technische Zusammenarbeit der wichtigste und am besten entwickelte Bereich der kirgisisch-schweizerischen Beziehungen.

6.1.5 Kanada in der Außenpolitik Kirgisistans

Die kirgisisch-kanadischen Beziehungen befinden sich auf ganz niedrigem Niveau, was daran liegt, dass Kanada, wegen seiner anderen außenpolitischen Prioritäten, die Präsenz Ottawas in der Kirgisischen Republik nicht verstärkt und die Kooperation mit Bischkek nicht ausbaut.

¹³⁸ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik, unter www.customs.kg

Die kirgisische Seite sieht in den bilateralen Beziehungen zu Kanada ein großes unbenutztes Potenzial, das entwickelt werden sollte, und zeigt Interesse an einer Intensivierung der handelswirtschaftlichen Kontakte und an der Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Tourismus (vgl. Vechernii Bishkek vom 17.05.2002). Bis jetzt aber beschränkt sich die kirgisisch-kanadische Kooperation auf die Tätigkeit des kanadischen Goldbergbau-Unternehmens Cameco Gold in Kirgisistan und die Ausbildung kirgisischer Militärkader in Kanada (vgl. strana.kg vom 13.07.2007).

6.1.6 Kirgisistans Beziehungen zu den USA

Das kleine zentralasiatische Land Kirgisistan war vor dem 11. September 2001 relativ unbekannt. Das hat sich seit den Terroranschlägen in New York und Washington und dem anschließenden Krieg in Afghanistan gänzlich geändert. Die bis dahin weitgehend ignorierten zentralasiatischen Republiken, die als Hinterhof Russlands galten, erlangten plötzlich strategische Bedeutung für die von Amerika angeführte Anti-Terror-Koalition. Amerikanische Truppen wurden in Kirgisistan und Usbekistan stationiert. (Vgl. Brauer 2002b) Diese Ereignisse wirkten sich stark auf die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen aus. Deswegen wäre es sinnvoll, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Bischkek und Washington in zwei Perioden aufzuteilen: die Periode vor und die Periode nach dem 11. September 2001.

6.1.6.1 Die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen vor dem 11. September 2001

Die Anfangsphase der kirgisisch-amerikanischen Beziehungen war durch die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten gegenüber den Unabhängigkeitsprozessen in den südlichen Teilen der Sowjetunion gekennzeichnet (vgl. MacFarlane 1998: 3). Als der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr vermieden werden konnte und die Staaten der Region ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, versuchte Washington, mit ihnen direkte diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in diesen Ländern diplomatische Vertretungen aufzubauen. So nahmen die USA am 27. Dezember 1991, nachdem sie die staatliche Souveränität Kirgisistans am 25. Dezember 1991 anerkannt hatten, diplomatische Beziehungen zu ihm auf. Die Eröffnung der amerikanischen Botschaft in Bischkek erfolgte im Februar 1992. In demselben Jahr eröffnete Kirgisistan seine Botschaft in Washington (vgl. Omarov 2003: 235).

Dank dem Enthusiasmus für marktwirtschaftliche Reformen, demokratische Liberalisierung und der religiösen Toleranz des ersten kirgisischen Präsidenten Akajew wurde sein Land von den USA bei der politischen und ökonomischen Transformation auch ebenso enthusiastisch unterstützt – Kirgisistan wurde zum „Labor“ für demokratische Prinzipien und marktwirtschaftliche Reformen in Zentralasien¹³⁹. Der damalige US-Außenminister James Baker bemerkte bei einem Treffen mit Akajew in Bischkek, dass *“in a region more prone to warlords than Jeffersonian democrats, Akayev was an anomaly who genuinely believed in democracy and free markets”* (Baker 1995: 578).

Kirgisistan sicherte das anhaltende Engagement der USA im Lande, als der US-Kongress den „Freedom Support Act“ vom 24. Oktober 1992 verabschiedete. Dieses Gesetz formalisierte *„the broad policy approach“* für das amerikanische Engagement in Zentralasien und betonte die Notwendigkeit der Demokratie und Marktwirtschaft für die Entwicklung der zentralasiatischen Länder (vgl. Wishnick 2002: 3). Im „Silk Road Strategy Act“ vom 10. März 1999 wurde die strategische Bedeutung der Region vom US-Kongress wieder betont und es wurden spezifische Maßnahmen und finanzielle Mittel zur Modernisierung des Grenzschatzes in Zentralasien vorgesehen, um die Staaten dieser Region bei dem Kampf gegen die transnationalen Bedrohungen, wie die Verbreitung von Waffen und den Drogenschmuggel, zu unterstützen (vgl. Wishnick 2002: 5). Außerdem beinhaltete dieses Gesetz zum ersten Mal spezifische antiterroristische Maßnahmen, fokussiert auf Zentralasien. Dank all dieser Bemühungen und Maßnahmen seitens der USA bekam Kirgisistan eine merkliche Hilfe und Unterstützung in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Dimensionen und die kirgisische Führung einen bestimmten Grad von Legitimität als Folge der Entwicklung der Kontakte mit der Großmacht USA.

Kirgisistan zog großen Nutzen aus seinen Beziehungen zu den USA. Amerikas Führungsstellung in der Welt und sein Einfluss waren sehr hilfreich bei der Durchsetzung der Ziele und Interessen Bischkeks in anderen Foren. Z.B. der Beitritt der Kirgisischen Republik zur Welthandelsorganisation im Dezember 1998 hätte sich ohne die technische und politische Unterstützung der USA als viel problematischer erwiesen. Die USA, mit der Hilfe von U.S. Agency for International Development (USAID) und anderen Programmen leisteten Hilfe für den Beitritt Kirgisistans zur

¹³⁹ Vgl. U.S. Government Accounting Office: U.S. Economic and Democratic Assistance to the Central Asian Republics. Washington, August 1999: 14.

WTO: sie trugen u.a. zur Entwicklung des Privatsektors im Land bei, sorgten für die öffentliche Unterstützung der kirgisischen Mitgliedschaft in der WTO und wirkten bei der Ausarbeitung neuer Handelsstrategien und Handelsgesetze mit¹⁴⁰. Außerdem gaben die USA Kirgisistan und auch den anderen zentralasiatischen Ländern die Möglichkeit, *“more than 1500 government officials, judges, journalists, businesspersons, and lawyers in WTO-related policy and legal issues”*¹⁴¹ auszubilden.

Die kirgisische Führung war sich der Vorteile und Nutzen, die sie von der US-Führungsstellung bekam, bewusst. Der kirgisische Botschafter in den USA Baktybek Abdrissajew lobte die Unterstützung Washingtons sehr hoch:

“If we look at what was done during this uneasy transition period in the sphere of economics, I would like to underline that, among other things, Kyrgyzstan was the first country in Central Asia to introduce its own currency; Kyrgyzstan from the very beginning was an active partner in world economic and financial organizations like the World Bank and the International Monetary Fund; Kyrgyzstan was one of the first countries in the region which established modern investment laws; Kyrgyzstan was the first country which introduced private land ownership. And it was not a surprise that Kyrgyzstan in 1998 (only a year and a half after submitting documents to Geneva) became a member of the World Trade Organization (WTO), and in 2000 Kyrgyzstan was granted PNTR (permanent normal trade relations) status with United States. According to the European Bank for Reconstruction and Development, at present Kyrgyzstan is the country in the Commonwealth of Independent States (CIS) that has undertaken the most market economic reform. All these results we achieved due to a strong commitment and determination on the part of Kyrgyz leaders and to invaluable assistance from the United States”. (Abdrisaev 2002)

Auch die wirtschaftliche Kooperation mit den USA brachte Kirgisistan Vorteile. Es war das erste GUS-Land, in Bezug auf das das Jackson-Vanik-Amendment¹⁴² abgeschafft wurde. Trotzdem blieb der Handelsumsatz zwischen beiden Ländern relativ mäßig.

¹⁴⁰ Vgl. World Trade Organization (WTO): Technical Cooperation Guide: The United States of America/USAID, unter www.wto.org.

¹⁴¹ ebd.

¹⁴² Das Jackson-Vanik-Amendment war 1974 beschlossen worden. Diese Regelung sah Einschränkungen im Außenhandel mit der Sowjetunion wegen der damaligen Behinderungen für die Juden, die aus der UdSSR auswandern wollten, vor.

Tabelle 4: Entwicklung der kirgisisch-amerikanischen Handelsbeziehungen 1993-2000 (in Mio. US Dollar)¹⁴³

Jahr	Export	Import	Gesamt
1993	2.0	18.4	20,4
1994	7.7	6.1	13,8
1995	8.4	24.6	33,0
1996	5.1	46.9	52,0
1997	2.3	28.3	30,6
1998	0.2	20.7	20,9
1999	0.5	22.8	23,3
2000	2.0	23.0	23,2

Was die direkten amerikanischen Investitionen in Kirgisistan angeht, kann man feststellen (siehe Tabelle 4), dass sie zum Anfang des Jahres 2001 dramatisch gesunken sind. Diese Tatsache lässt sich mit der durch den Kollaps des Rubel im August 1998 verschärften wirtschaftlichen Krise in Russland erklären, sowie mit deren negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft der meisten ex-sowjetischen Länder und auch mit der Folge der Investitionsmüdigkeit. 2000 waren die USA nur der achtgrößte Investor in Kirgisistan.

Tabelle 5: Ausländische direkte Investitionen aus den USA in Kirgisistan 1996-2000¹⁴⁴

Jahr	1996	1997	1998	1999	2000
Direkte Investitionen aus den USA in Kirgisistan (Mio. US Dollar)	4,4	6,0	25,5	7,0	1,8
% der gesamten direkten Investitionen in Kirgisistan	9,3	7,2	23,3	15,8	¹⁴⁵

Während der Handel mit den USA und ihre Investitionen geringfügigen Vorteil für Kirgisistan darstellten, war die Hilfe der amerikanischen Regierung ein „*major contributor to the sustainment of the Kyrgyz economy*“ (Bernard 2005: 40). Von 1993

¹⁴³ Zusammengefasst nach den Statistiken der Foreign Trade Division, U.S. Census Bureau, Washington unter: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/index.html>

¹⁴⁴ zusammengefasst nach den Statistiken der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) unter: <http://www.unctad.org/Templates/Page.asp?intltemID=3198&lang=1&print=1>

¹⁴⁵ nicht vorhanden

bis 2000 leistete Washington der Kirgisischen Republik ökonomische und militärische Hilfe in Höhe von 511,2 Mio. US Dollar. Unter allen zentralasiatischen Staaten bekam Kirgisistan den höchsten Betrag pro Kopf von der Entwicklungshilfe, die von USAID verteilt worden ist, und auf demokratische und marktwirtschaftliche Reformen zielte (vgl. USAID: USAID's Assistance Strategy for Central Asia, 2001-2005: 25-26). Diese Tatsache zeigt sehr deutlich die Bereitwilligkeit der amerikanischen Regierung, die Fortschritte Kirgisistans bei seiner politischen und wirtschaftlichen Transformation zu unterstützen und das Land zum Entwicklungsmodell für andere Staaten der Region zu machen.

Obwohl in den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit Kirgisistans keine formalen Sicherheitsabkommen zwischen Washington und Bischkek unterzeichnet wurden, erkannten die USA die Wichtigkeit der zentralasiatischen Region in der globalisierten und instabilen Welt, und Kirgisistan konnte davon profitieren. Z.B. erklärte sich U.S. Central Command für fünf zentralasiatische Republiken geographisch verantwortlich und betonte die „*greater Middle East*“ Rolle Zentralasiens (Blank 2001: 141). Gleichzeitig aber nahm diese Region nur den dritten Platz auf ihrer Prioritätenliste ein, hinter den „*Middle East energy concerns*“ (ebd.) und der „*security situation in the Levant*“ (ebd.).

Bischkek bekam moralische Unterstützung aus Washington, als das US-Außenministerium am 15. September 2000 die Islamische Bewegung Usbekistans als eine „*Foreign Terrorist Organization*“ bezeichnete¹⁴⁶. Obwohl es keine direkte Hilfe beim Kampf der Kirgisischen Republik gegen den Extremismus und Terrorismus war, konnte Kirgisistan aus den Maßnahmen der amerikanischen Regierung, wie „*blocking assets and prohibiting transactions*“ (Executive Order 12978, October 21st, 1995) und „*intelligence gathering*“ Nutzen ziehen.

Kirgisistan war auch das erste zentralasiatische Land, das sich 1994 am Programm „*Partnerschaft für den Frieden*“ (PfP) der NATO beteiligte. Es wurde deshalb als ein „*enthusiastic, if not highly visible*“ (O'Malley/McDermott 2003) Mitglied dieser Organisation betrachtet. Unter der Ägide der PfP bildeten Kirgisistan, Kasachstan und Usbekistan die erste regionale Friedenstruppe – das zentralasiatische Bataillon

¹⁴⁶ Vgl. U.S. Department of State: Intent to Designate as Foreign Terrorist Organization the Islamic Movement of Uzbekistan. U.S. Department of State press statement, 15 September 2000.

(CENTRASBAT). Diese führte gemeinsame Militärübungen durch (vgl. O'Malley/McDermott 2003), die von den USA von 1996 bis 2001 finanziert wurden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass obwohl Kirgisistan aus den Beziehungen zu den USA in vielen Bereichen Nutzen zog, sich seine Position nicht erheblich verbesserte. In der Wirtschaft blieben der Handel und die Investitionskooperation zwischen der Kirgisischen Republik und den USA auf einem unbedeutenden Niveau. Im sicherheitspolitischen Bereich gab es auch keine Beweise, dass die Unterstützung und Hilfe der Großmacht USA das Sicherheitsdilemma des Kleinstaates Kirgisistan abmilderten. Die amerikanische Regierung unternahm keine militärischen oder sicherheitspolitischen Maßnahmen, um Kirgisistan bei seinem Kampf gegen Bedrohungen von außen direkt zu helfen. Im Endeffekt hatten nur die großen Summen von Unterstützungsgeldern, die auf demokratische und ökonomische Reformen gerichtet werden sollten, das Potenzial, die Entwicklung Kirgisistan bedeutend zu beeinflussen. Seit Mitte der 90-er Jahre wurde aber die „*Insel der Demokratie*“ immer kleiner und in den letzten Jahren hat sich in der Kirgisischen Republik ein autoritäres Präsidialregime etabliert.

6.1.6.2 Die kirgisisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September 2001

“(...) a state may be economically weak, have low military strength and be politically instable; but its weakness can be a source of bargaining power if a great power perceives the territory of the small state to be of strategic importance and is prepared to commit conventional military forces to its assistance”

(Barston 1973: 22).

Die Terroranschläge des 11. Septembers und der nachfolgende Krieg gegen den Terrorismus in Afghanistan haben den kirgisisch-amerikanischen Beziehungen eine neue Qualität verliehen. Diese Periode der kirgisisch-amerikanischen Beziehungen lässt sich in zwei unterschiedliche Phasen unterteilen. Die erste Phase ist durch die aktive Teilnahme Kirgisistans an der „*Coalition Against Terrorism*“ und eine strategische Annäherung zwischen Bischkek und Washington gekennzeichnet. In der zweiten Etappe traten Probleme und Schwierigkeiten in der Partnerschaft zwischen beiden Staaten auf. Es kam zu einer Abkühlung der bilateralen Beziehungen. Im Folgenden werden die beiden Entwicklungstendenzen analysiert.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 führten zu vielen Veränderungen in den amerikanischen Prioritäten (siehe dazu Kapitel 4.4.6), auch in der US-Strategie für Zentralasien. Die Operation „*Enduring Freedom*“ zum Sturz des Taliban-Regimes und die Präsenz der US- und NATO-Truppen in Afghanistan zwangen Washington, die Beziehungen zu den zentralasiatischen Republiken zu intensivieren. Das US-Außenministerium erklärte „*promoting regional stability, development of democratic, market-based systems, and combating terrorism and narcotic smuggling*“¹⁴⁷ als amerikanische strategische Ziele in Zentralasien.

Die USA hofften also weiterhin auf die demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen in Kirgisistan und leisteten Hilfe dafür. Seit dem 11. September 2001 war aber die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Bischkek das vorrangige Ziel Washingtons. Im Rahmen der Operation „*Enduring Freedom*“ wurden die Vereinigten Staaten in Kirgisistan militärisch präsent. Am 5. Dezember 2001 vereinbarten das U.S. Department of State und Kirgisistan die Benutzung der Flugbasis Manas südlich von Bischkek, welche wenig später den Namen des New Yorker Feuerwehrmannes Peter Ganci erhielt. Die USA verstärkten also die Zusammenarbeit mit der Kirgisischen Republik im sicherheitspolitischen Bereich und unterstützten weiterhin die demokratischen und wirtschaftlichen Reformen, so konnte Kirgisistan seinerseits von den US-Programmen profitieren.

Die Entscheidung des kirgisischen Präsidenten Akajew, den US- und NATO-Truppen zu erlauben, von seinem Land aus zu agieren, war politisch motiviert. Kirgisistan profitierte vom Zusammenwachsen der amerikanischen und kirgisischen Sicherheitsinteressen bezüglich der Taliban und IMU. Als US-Präsident Bush in seinem Vortrag im Kongress nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 die Islamische Bewegung Usbekistans mit dem Netzwerk von Al Qaida verband, stimmten die Bedrohungsperzeptionen zwischen den USA und Kirgisistan überein¹⁴⁸. Die kirgisische Führung bekam somit die Legitimation in ihrem Kampf gegen den Terrorismus, durch die man Akajew überzeugen konnte, sich der „*Coalition of the Willing*“ anzuschließen. Obwohl sich die kirgisischen Streitkräfte an den Operationen

¹⁴⁷ U.S. Department of State: „U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with Eurasia: FY 2003 Annual Report. Section II: Country Assessments and Performance Measures – Kyrgyz Republic,“ January 2004

¹⁴⁸ Vgl. George W. Bush, Address to a Joint Session of Congress and the American People, Washington D.C, 20 September 2001.

in Afghanistan nicht beteiligten, brachten die militärischen Erfolge der USA in Afghanistan für Kirgisistan einige praktische Vorteile. Als Anfang Dezember 2001 der Aufstand der gefangenen Taliban-Kämpfer in der Festung Qailai Shangi im Norden Afghanistans von den Truppen Raschid Dostums und US-Spezialeinheiten niedergeschlagen wurde, starben auch über 240 Kämpfer der Islamischen Bewegung von Usbekistan. Die IMU unterhielt unter der Patronage der Taliban in Afghanistan Ausbildungslager und Büros. Ihre Hauptbasen befanden sich in Kundus und in den Bergen östlich von Tolaqan. Ein Resultat des amerikanischen Krieges in Afghanistan war die Zerschlagung der IMU. Ihre Lager in Afghanistan wurden durch das Bombardement zerstört. (Vgl. Bensmann 2002) Der Sturz der Taliban-Regierung in Kabul wirkte sich also auf die innere Sicherheit Kirgisistans und seine Nachbarn stabilisierend aus (vgl. Akajew 2004: 31). Denn die zentralasiatischen Republiken hatten unter gewalttätigen Aktionen der Islamischen Bewegung Usbekistans gelitten.

Das verstärkte Engagement der USA in Kirgisistan wurde von der Erweiterung der US-Unterstützung begleitet. Im März 2002 hat Präsident Bush in Monterrey den Millennium Challenge Account (MCA) ins Leben gerufen, um denjenigen Ländern Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, die sich an die Spielregeln demokratischer Regierungsführung halten. Ziel ist es, Wirtschaftswachstum zu fördern und Armut zu reduzieren. Das Programm konzentriert sich auf eine kleine Anzahl von Entwicklungsstaaten, die sich durch politische und wirtschaftliche Reformmaßnahmen für die Entwicklungshilfe qualifizieren können. Der Kongress hat dafür an Anfangsfinanzierung für das Fiskaljahr 2004 1 Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt, im Jahr 2005 1,5 Mrd. US-Dollar. Präsident Bush hat für das Jahr 2006 3 Mrd. US-Dollar bewilligt bekommen und für 2007 3 Mrd. US-Dollar beim Kongress beantragt, langfristig soll das Budget aber bis auf 5 Mrd. US-Dollar gesteigert werden¹⁴⁹. Der MCA hat auch die Kirgisische Republik für anspruchsberechtigt erklärt (vgl. Moskovskie novosti vom 24.-30.08.2007: 17).

Kirgisistan profitierte auch von den Maßnahmen der USA zur Förderung des Handels und der Investitionszusammenarbeit. Im Februar 2002 unterzeichneten Bischkek und Washington das Memorandum über die bilaterale Kooperation, das in erster Linie den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern vorsah¹⁵⁰.

¹⁴⁹ Vgl. http://www.mcc.gov/public_affairs/press_releases/pr_020606_fy07budget.shtml

¹⁵⁰ Vgl. U.S. Department of State: US – Kyrgyz Republic Memorandum on Bilateral Cooperation. 15 February 2002

Außerdem wurde ein Handels- und Investitionsabkommen im Juli 2004 abgeschlossen, im Rahmen dessen ein kirgisisch-amerikanischer Rat für Handel und Investitionen gebildet wurde (vgl. Nichol 2005: 13). Als Folge der unternommenen Maßnahmen stieg seit 2001 der kirgisische Handelsumsatz mit den USA.

Tabelle 6: Entwicklung der kirgisisch-amerikanischen Handelsbeziehungen 2001-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁵¹

Jahr	Export	Import	Gesamt
2001	3.4	27.6	31,0
2002	4.8	31.1	35,9
2003	11.0	39.1	50,1
2004	10.8	29.4	40,2
2005	4.6	31.1	35,7
2006	4.2	71.3	75,5
2007	1,7	48,6	50,3

Die US-Investitionen stagnierten in den Jahren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 1998, stiegen aber zum Jahr 2003 an, und die USA wurden mit ihren 9 Mio. US Dollar an Investitionen zum viertgrößten Nicht-GUS-Investor in Kirgisistan¹⁵².

In den Jahren gleich nach den Terroranschlägen in den USA zog Kirgisistan Vorteil aus der Erhöhung der finanziellen Hilfe aus Washington. 2002 erreichte die US-Entwicklungshilfe ihren Höchststand – 114,98 Mio. US Dollar. 32% dieser beträchtlichen Summe wurden für die Unterstützung der kirgisischen Sicherheitsstrukturen bereitgestellt, obwohl in den vorigen Jahren im Durchschnitt nur 2-3% jährlich für die Sicherheitsprogramme gewährt worden waren (vgl. Bernard 2005: 55f.).

¹⁵¹ Zusammengefasst nach den Statistiken der Foreign Trade Division, U.S. Census Bureau, Washington unter: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/index.html>

¹⁵² vgl. BISNIS: Rethinking Eurasia: Spotlight on Russia's Siberia & Urals and the Kyrgyz Republic. Slide 11.

Tabelle 7: Gesamt US-Hilfe und Geldmittel für Sicherheitsprogramme in Kirgisistan 2001-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁵³

Jahr	Gesamt US-Hilfe	davon für die Sicherheit
2001	50,85	10,1
2002	114,98	37,0
2003	70,44	11,36
2004	50,8	11,36
2005		nicht vorhanden
2006	38,02	11,12
2007		nicht vorhanden

Trotz der gemeinsamen Bedrohungsperzeptionen bezüglich des internationalen Terrorismus und Extremismus, fehlt aus kirgisischer Perspektive ein formales Sicherheitsabkommen mit Washington. Kirgisistans Mitgliedschaft in der „*Coalition of the Willing*“ gab ihm keine legale Garantie für Unterstützung aus den USA im Falle einer bewaffneten Aggression. Die US-Militärpräsenz wirkte als Abschreckungsmittel, das extremistische Gruppen von aktiven Operationen in der Kirgisischen Republik abbrachte. Es ist aber nicht die Aufgabe der US-Truppen in Manas, eine Bedrohung, wie Eindringen aufständischer Gruppen in kirgisches Territorium, abzuwehren.

Die kirgisischen Streitkräfte profitierten auch von der US-Militärhilfe. Die USA bildeten kirgisische Offiziere der Bergtruppen, Spezialeinheiten, Truppenärzte, Soldaten der Friedenstruppen aus, führten 2004 gemeinsam die Militärübung „*Balance Knight*“ durch (vgl. Socor 2003) und lieferten Kirgisistan militärische Ausrüstung. Die Hilfe, die Kirgisistan von amerikanischen Programmen „*International Military Education and Training (IMET)*“ und „*Foreign Military Financing (FMF)*“ bekam, wurde seit 2001 in bedeutendem Maße erhöht.

¹⁵³ Zusammengefasst nach den Statistiken des US Department of State, unter www.state.gov und Government Accountability Office, unter: www.gao.gov.

Tabelle 8: US-Militärhilfe Kirgisistan 2001-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁵⁴

Jahr	IMET	FMF	Gesamtmilitärhilfe
2001	0,380	1,846	2,226
2002	0,600	11,000	11,600
2003	1,068	3,900	4,968
2004	1,047	4,075	5,122
2005	1,100	1,984	3,084
2006	1,100	2,000	3,100
2007		nicht vorhanden	

Die zweite Periode in den kirgisisch-amerikanischen Beziehungen nach dem 11. September 2001 begann mit dem Regierungswechsel in Kirgisistan 2005. In Washington ging man von der falschen Annahme aus, dass die Aktivitäten der Oppositionen in allen GUS-Ländern einen prowestlichen Charakter annähmen. Vor diesem Hintergrund betrachteten die USA die Situation in der Kirgisischen Republik seit den März-Ereignissen 2005. Die darauffolgende Festigung der strategischen Partnerschaft Bischkeks mit Moskau (siehe dazu Kapitel 6.4.1), die antiamerikanische Stimmung in der kirgisischen Öffentlichkeit¹⁵⁵ und die Politik des neuen kirgisischen Präsidenten Bakijew in Bezug auf den amerikanischen Luftstützpunkt in Manas bewiesen das Gegenteil.

Die Verlängerung des Pachtvertrags mit den USA wurde von der neuen Regierung Kirgisistans fast ständig in Frage gestellt. Russland und China wollten, dass alle US-Truppen Zentralasien verlassen, und die Shanghai Cooperation Organisation forderte im Juli 2005 die Festlegung einer Frist für den Verbleib militärischer Kontingente des Antiterrorbündnisses auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten der

¹⁵⁴ Zusammengefasst nach den Statistiken des US Department of State und Federation of American Sciences unter: www.fas.org

¹⁵⁵ Z.B. Anfang Juni 2007 protestieren etwa 50 Personen vor der US-Botschaft in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek gegen den Verbleib des US-Luftstützpunktes im Land. Unter den Protestierenden gab es Vertreter der Bewegung „Für den Abzug der US-Luftbasis aus Kirgisistan“, der Liberal-Progressiven, der Kommunistischen Partei sowie anderer politischer und nichtstaatlicher Organisationen. Die Teilnehmer der Kundgebung verlangten von den US-Behörden, den Soldaten Zachary Hatfield, der im Dezember 2006 auf dem Kontrollposten des Luftstützpunktes den Tankwagenfahrer Alexander Iwanow erschossen hatte, der kirgisischen Justiz zu übergeben und die Familie des Opfers zu entschädigen. Auch bestanden sie auf einer umfassenden und transparenten Untersuchung aller Zwischenfälle mit amerikanischen Militärangehörigen in Kirgisistan. Die Protestierenden trugen Plakate mit ihren Forderungen sowie rote Fahnen und riefen im Sprechchor „Weg mit den USA!“ (Vgl. RIA Novosti vom 02.06.2007, Ferghana.ru vom 07.06.2007)

Organisation. Statt wie Usbekistan das US-Militär sehr rasch zur Räumung zu zwingen, entschloss sich die kirgisische Regierung, den starken Wunsch der Amerikaner auszunutzen, ihren letzten militärischen Standort in der Region beizubehalten. Im Frühling 2006 entschied sich der Präsident Kurmanbek Bakijew, die amerikanischen Partner unter Druck zu setzen und drohte, die Base Ganci zu schließen, wenn bis zum 1. Juni 2006 kein neues Abkommen über die Höhe der Miete geschlossen wird. In seiner Erklärung, die am 19. April 2006 vom Pressedienst des kirgisischen Staatsoberhauptes verbreitet wurde, erinnerte Bakijew daran, dass der US-Stützpunkt Ganci in Kirgisistan im Jahr 2001 eingerichtet worden sei. Der Präsident unterstrich, dass in den nachfolgenden Jahren die Zusammenarbeit im Rahmen der Anti-Terror-Koalition zu einem wichtigen Bestandteil bei der Gewährleistung der Stabilität in Afghanistan geworden sei, was im Interesse der internationalen Sicherheit läge, und das, obwohl kirgisische Partner in regionalen und anderen Organisationen gewisse Bedenken gegen die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Kirgisistan geäußert hätten. Bakijew sagte im kirgisischen Fernsehen: *„Ich bin von der Notwendigkeit ausgegangen, diese Frage schnellstens zu lösen. Dies hat sich jetzt um neun Monate verzögert, was in der kirgisischen Öffentlichkeit Besorgnis hervorruft, weil diese Frage nicht geklärt ist. In dieser Situation behält sich Kirgisistan das Recht vor, eine mögliche Kündigung des bilateralen Abkommens vom 4. Dezember 2001 zu prüfen, im Fall, dass irgendwelche Umstände es nicht erlauben, die Verhandlungen bis zum 1. Juni 2006 abzuschließen“* (zit. in: DW-RADIO vom 19.04.2006).

Der harte mehrmonatige Verhandlungsmarathon zwischen den Vereinigten Staaten und der kirgisischen Regierung führte zu einer Einigung über eine 75-fache Erhöhung der Pacht für den Stützpunkt, die sich nun auf 150 Mio. US Dollar jährlich beläuft (vgl. Konicz 2006). Für ein armes Land wie Kirgisistan stellen die vereinbarten Zahlungen des US-Militärs eine enorme finanzielle Erleichterung dar. Bevor die Einigung erreicht war, hatte die kirgisische Regierung zwei US-Diplomaten des Landes verwiesen, die sie beschuldigte, „unangemessene“ Kontakte zu NGOs unterhalten und sich der wiederholten Einmischung in innere Angelegenheiten schuldig gemacht zu haben (vgl. Nezavisimaja Gazeta vom 14.07.2006; Konicz 2006). Die USA konterten mit der Ausweisung von zwei kirgisischen Diplomaten in Washington. Durch den Zusammenstoß einer US-Militärmaschine und eines kirgisischen Passagierflugzeugs, der katastrophal hätte enden können, und durch

den verhängnisvollen Schuss auf einen russischstämmigen Lastwagenfahrer, der angeblich einen US-Soldaten mit einem Messer bedroht hatte, entflammte die Diskussion um den Luftwaffenstützpunkt erneut. (Vgl. RIA Novosti vom 07.12.2006)

Am 16. Mai 2007 hatte der Verteidigungs- und Sicherheitsausschuss des kirgisischen Parlaments beschlossen, eine Kündigung des Vertrags mit den USA über die Präsenz der US-Militärbasis zur Abstimmung zu unterbreiten. Am Tag danach sagte der US-Botschafter Ronald Newman, dass eine Schließung des US-Stützpunktes negative Auswirkungen auf die jetzige enge Zusammenarbeit zwischen den USA und Kirgisistan haben würde und einen Nährboden für Radikalismus und Drogenhandel in Zentralasien schaffen würde. (Vgl. RIA Novosti vom 24.05.2007)

Ob die US-Regierung in der Lage sein wird, ihre militärische Präsenz in der Kirgisischen Republik aufrecht zu erhalten, ist fraglich, insbesondere wenn Russland und China dem offiziellen Bischkek Angebote machen, durch die das Geld und die Unterstützung Amerikas zunehmend überflüssig werden.

6.1.7 Chancen im multilateralen Rahmen. Kirgisistan in den Vereinten Nationen, in der Welthandelsorganisation, Kooperation mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, mit der NATO und mit internationalen Finanzorganisationen

Den Kleinstaaten fällt es vielfach schwer, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu gewinnen. Wegen ihrer stark begrenzten außenpolitischen Ressourcen ist die aktive Beteiligung in verschiedenen internationalen Organisationen für Kleinstaaten von großer Bedeutung. Das bietet ihnen die Chance, diese Institutionen als Bühne für ihre Anliegen zu nutzen und so die Aufmerksamkeit anderer Staaten leichter zu gewinnen als im bilateralen Rahmen. (Vgl. Schmidt 2003: 265)

Im Folgenden soll das Auftreten der Kirgisischen Republik in den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Organisationen betrachtet werden, denen sie bereits angehört. Dabei ist zu prüfen, ob es dem Kleinstaat Kirgisistan gelingt, in der Weltpolitik Gehör zu finden und zu untersuchen, welche außenpolitischen Strategien seine Aktivitäten in diesen Institutionen kennzeichnen und welche Rolle diese Institutionen in seiner Außenpolitik spielen.

6.1.7.1 Kirgisistan in der UNO

“ (...) the network of United Nations institutions and related agencies provides the small state with an arena for international contact, the opportunity to express its political views and at times exert disproportionate influence”

(Barston 1973: 26).

Für die staatliche Identität des jungen Kirgisistan war die Möglichkeit, an der Arbeit der Vereinten Nationen teilzunehmen, von immenser Bedeutung. Die Kirgisische Republik erreichte mit ihrer Aufnahme in die UNO das Ziel einer weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit. Außerdem betrachtete die politische Führung in Bischkek die Möglichkeit der Beteiligung an der Tätigkeit der UNO in erster Linie als Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die ernststen Sicherheitsprobleme in der zentralasiatischen Region zu lenken.

Kirgisistan beteiligt sich an verschiedenen UN-Maßnahmen zur Friedenssicherung und versucht im Rahmen der Vereinten Nationen seine eigenen Initiativen zur Gewährleistung der regionalen Sicherheit durchzusetzen. Besorgt zeigte sich die kirgisische Führung vor allem über die instabile Lage in Afghanistan, die eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität in Zentralasien darstellte. Am 22 Oktober 1996 kam von kirgisischer Seite auf der Sitzung des UN-Sicherheitsrates der Vorschlag, eine internationale Konferenz über Afghanistan unter der Ägide der UNO in Bischkek abzuhalten (vgl. Toktomushev 2001: 183). Im Januar 2000 erklärte Kirgisistan sich bereit, an der Arbeit der so genannten „6+2“ – Gruppe, deren Mitglieder zwei Großmächte, die USA und Russland, sowie sechs Nachbarländer Afghanistans waren, teilzunehmen (vgl. ebd.: 185). Die kirgisische Regierung unterstützte den Vorschlag des usbekischen Präsidenten Islam Karimow zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Zentralasien, der er 1993 auf der 48. Sitzung der UN-Vollversammlung gemacht hatte. Auf der Konferenz von 1995 zur Überprüfung und Verlängerung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verbreitete die kirgisische Delegation ein Arbeitspapier über die Bildung einer kernwaffenfreien Zone in der zentralasiatischen Region¹⁵⁶.

¹⁵⁶ United Nations, NPT/CONF.1995/MC.II/WP.17, Article VII - nuclear-weapon-free zone in Central Asia: working paper submitted by Kyrgyzstan.

Außerdem beschloss auf Antrag Kirgisistans die UN-Vollversammlung Ende 1998, das Jahr 2002 zum „*Internationalen Jahr der Berge*“ auszurufen. Das Ziel dieser kirgisischen Initiative war, die Aufmerksamkeit der Staaten der Welt und internationaler Organisationen auf die Probleme der Entwicklung der armen Bergländer und -regionen zu lenken (vgl. Omarov 2003: 246-251). Die Kirgisische Republik initiierte auch eine Resolution, in der die Vollversammlung die Weltgemeinschaft dazu aufruft, sich an den Feiern zum „*Jahr der kirgisischen Staatlichkeit 2003*“ zu beteiligen, das so in den UN-Kalender flutschte. Die Kirgisen feierten den Erfolg als das Zeugnis der Autorität Kirgisistans auf der internationalen Ebene. Weiterhin wurde die außenpolitische Doktrin der Kirgisischen Republik, die „*Diplomatie der Seidenstraße*“, als offizielles Dokument der UNO angenommen und am 17. September 1998 an ihre Mitgliedstaaten weitergegeben.

In Fragen zur Reform der Vereinten Nationen befindet die politische Führung in Bischkek, ebenso wie die Mehrheit der Staaten, die Umstrukturierung der UNO und die Verbesserung ihrer Tätigkeit für notwendig. Kirgisistan tritt für die Reform des Sicherheitsrates ein, in dem die Mitgliederzahl des Sicherheitsrates von derzeit 15 (fünf ständige und zehn nichtständige Mitglieder) erweitert werden soll. Begründet wird es mit dem Argument, die tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen, die seit 1945 eingetreten sind, in der Zusammensetzung des Sicherheitsrates zu berücksichtigen und somit die Repräsentativität und die Effektivität des mächtigsten Organs der UNO zu erhöhen. Dabei unterstützt das offizielle Bischkek die Kandidaturen Japans und Deutschlands für ständige Sitze im Weltsicherheitsrat. Dieser Position liegen objektive Faktoren wie die Leistungsfähigkeit¹⁵⁷ Japans und Deutschlands zugrunde. Die subjektiven Faktoren – Tokio und Berlin sind die Hauptgeberländer für die Kirgisische Republik – spielen dabei auch eine gewisse Rolle.

Die Zusammenarbeit Kirgisistans mit der UNO hat am 2. März 1992 angefangen, als es als Vollmitglied in diese Organisation aufgenommen wurde. 1993 eröffneten die Vereinten Nationen ihre ständige Mission in Bischkek. Darüber hinaus sind zurzeit fünfzehn Sonderagenturen, Programme und Fonds der UNO in der Kirgisischen Republik tätig, wie z. B. UNDP (engl. United Nations Development Programme),

¹⁵⁷ Japan und Deutschland gehören zu den größten Industrienationen der Welt, Japan leistet den zweitgrößten Finanzbeitrag an die UN und Deutschland ist der drittgrößte Beitragszahler zum regulären Haushalt der Vereinten Nationen außerdem ist Deutschland bei UN-Missionen zweitgrößter Truppensteller.

UNICEF (engl. United Nations International Children's Emergency Fund), UNESCO (engl. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization), UNFPA (engl. United Nations Fund for Population Activities), UNHCR (engl. United Nations Office of the High Commissioner for Refugees) und WHO (engl. World Health Organization).

Die UN-Programme in Kirgisistan konzentrieren sich auf die Vertiefung der demokratischen Reformen, Unterstützung der Bildung, Kultur, Wissenschaft, Medien und des Gesundheitswesens, die Beilegung der interethnischen, -kulturellen, und interkonfessionellen Konflikte sowie auf den Kampf gegen Drogenproduktion, -handel und -schmuggel sowie gegen die Kriminalität (vgl. Omarov 2003: 206-211).

6.1.7.2 Kirgisistan in der WTO

Parallel zu seinen Versuchen, den Freihandel durch bilaterale Abkommen voranzubringen, setzt sich Kirgisistan seit 1998 auch in der WTO für eine Liberalisierung des weltweiten Handels ein. Im Oktober 1998 wurde Kirgisistan als erstes GUS-Land Mitglied der Welthandelsorganisation. Zuvor ließ es seine Handels- und Außenwirtschaftspolitik durch die WTO prüfen und konnte aufgrund der positiven Resultate sein Image als „*Musterknabe*“ Zentralasiens und damit als stabiles und für Investitionen vertrauenswürdiges Land bestätigen. Für alle Prozeduren brauchte Kirgisistan weniger als drei Jahre. Nach den Einschätzungen der Experten bleibt so ein schneller Beitritt in die Organisation der einzige Präzedenzfall dieser Art. Es gibt eigentlich drei Erklärungen dafür. Kirgisistan wurde in die WTO aus rein pragmatischen Überlegungen anderer WTO-Mitglieder aufgenommen. Das Land stellte für sie eine Rohstoffbasis und eine Pforte zu den Märkten der GUS-Länder und insbesondere Zentralasiens dar. Der zweite Grund für den raschen Beitritt war die Schwäche der heimischen Wirtschaft. Diese Tatsache bedingte bei den Verhandlungen „*weiche*“ Forderungen seitens der WTO-Mitglieder. Kirgisistan, nach Meinung der Analytiker, hatte einfach nichts, was es auf dem Binnenmarkt schützen sollte. Schließlich benutzten die entwickelten demokratischen Länder die Aufnahme Kirgisistans in die WTO um im Land das „*Schaufenster der Demokratie*“ als ein positives Beispiel der erfolgreich funktionierenden Marktwirtschaft für andere zentralasiatische Staaten zu schaffen.

Unter den Zielen, die die Kirgisische Republik durch die Mitgliedschaft in dieser internationalen Organisation zu erreichen versuchte, kann man u.a. folgende nennen:

- Bessere und diskriminierungsfreie Marktzugangsmöglichkeiten für kirgisische Produktionen. Es wurde erwartet, dass die Mitgliedschaft Kirgisistans in der WTO die Exporte nach 150 Mitgliedsstaaten ankurbeln und wirkungsvoll die Wirtschaftslage verbessern würde.
- Zugang zu den Streitbeilegungsorganen. Für Kirgisistan sind die Konfliktsschlichtungsmechanismen der WTO besonders relevant. Sie bieten dem Kleinstaat einen gewissen Schutz vor einem unilateralen Vorgehen der größeren Staaten. Durch die formale WTO-Regelung des Konsensbeschlusses kann sich Kirgisistan in der Organisation Gehör und Beachtung verschaffen.
- Anpassung der Gesetzgebung an die internationalen Bestimmungen, um damit mehr Transparenz zu erreichen.
- Teilnahme an der Ausarbeitung der neuen und den Änderungen der schon bestehenden WTO-Abkommen, damit auch die Interessen Kirgisistans berücksichtigt werden können. (Vgl. Galushkina 2003)

Leider hat die Mitgliedschaft der Kirgisischen Republik in der WTO diesem Land die erhofften Dividenden nicht gebracht. Kirgisistan kann die ihm von der WTO gewährten Präferenzen nicht nutzen, da der größere Teil seiner Exportproduktion konkurrenzunfähig ist. In diesem Fall bleibt dem Land nur die Rolle eines Rohstoffanhängsels, was zur Stagnation vieler Industriesektoren und zum nachhaltigen Abbau nationaler Produktionsstrukturen führt. Der Einfuhrstrom der billigen und konkurrenzfähigen Waren aus den WTO-Mitgliedsländern hat die Lage kirgisischer Hersteller verschlechtert. Außerdem wurden die Positionen Bischkeks in der GUS geschwächt. Mit der Mitgliedschaft in der WTO erschwerte Kirgisistan den Export seiner Produktion in GUS-Länder. Die meisten Handelspartner der Kirgisischen Republik fingen an, eine härtere Politik in Bezug auf die Einfuhr der Waren aus diesem Land durchzuführen, um ihre eigenen Märkte zu schützen. Die WTO-Mitgliedschaft Kirgisistans sorgte auch für Konflikte mit seinen Nachbarn, in die nach den WTO-Regeln Reexporte uneingeschränkt geliefert werden dürfen. Die Folge waren verschiedene tarifäre und nichttarifäre Barrieren, auch für den Transit

nach Russland, die sogar von lokalen Behörden – etwa in Form von Ökoabgaben in kasachische Regionalkassen – errichtet wurden. Die Handels- und somit auch die Leistungsbilanz schloss in den letzten Jahren mit einem Negativsaldo ab. (Vgl. Hishow 2002: 24) Die Mitgliedschaft in der WTO behinderte somit die aktive Teilnahme der Republik am Prozess der Integration im postsowjetischen Raum. Diese Situation wird sich nur dann ändern, wenn andere Mitgliedstaaten der EURASEC, einschließlich Russland und Kasachstan, zur WTO beitreten werden. Und bis dahin betrachten die GUS-Länder die Erfahrung Kirgisistans als ein negatives Beispiel der Teilnahme an der Tätigkeit der WTO.

Es besteht aber kein Zweifel, dass Bischkek von der Mitgliedschaft in der WTO politische Dividenden hat. Kirgisistan hat bewiesen, dass es nach Liberalisierung und Offenheit der Wirtschaft strebt, dafür hat das Land gewisse Einflusshebel bekommen, deren Wirksamkeit z.B. die Ukraine erfahren hat. Als ein Mitglied der Welthandelsorganisation hat Kirgisistan ein Stimmrecht, wenn es um die Aufnahme neuer Mitglieder geht. Die Ukraine, die ihre Verhandlungen bereits mit fast allen WTO-Mitgliedern abgeschlossen hat, wollte recht bald der internationalen Organisation beitreten. Nur Kirgisistan beeilte sich nicht, seine Zustimmung zu erteilen. Bischkek entschied sich, die Situation zu nutzen und gegenüber der Ukraine eine Reihe von Forderungen zu erheben, darunter die Begleichung von Schulden. Schätzungen kirgisischer Experten zufolge schuldet die Ukraine Bischkek etwa 276 Mio. US Dollar (vgl. Segodnja vom 31.10.2007). Kiew war aber nicht bereit, über das Thema zu sprechen. Die ukrainische Seite lehnte eine Sitzung der Regierungskommissionen ab, bei der geklärt werden könnte, welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen Kooperation und welche Meinungsverschiedenheiten, darunter auch die Schuldenfrage, bestehen. Viele Beobachter waren aber der Meinung, dass die Schulden der Ukraine lediglich ein Vorwand waren. Die kirgisische Staatsmacht behindere auf Druck Russlands hin den Beitritt der Ukraine zur WTO. Russland würde natürlich seinen Ehrgeiz verletzt sehen, wenn die Ukraine der WTO schneller beitrifft. (Vgl. DW vom 29.06.2006) Im November 2007 wurde aber doch ein Beitrittsprotokoll mit Kirgisistan unterzeichnet.

Es ist nicht auszuschließen, dass dieselbe Methode früher oder später von Bischkek auch in Bezug auf andere GUS-Länder angewendet wird. Besonders kann es die

Nachbarrepubliken betreffen, die Kirgisistan gegenüber eine Zoll- und Grenzbarriere errichtet haben.

6.1.7.3 Kirgisistan und die NATO

Früher sah die ehemalige sowjetische Republik Kirgisistan die NATO als Feind und reale Bedrohung an. Aber im Laufe der Jahre haben sich die Ansichten geändert, und alte Stereotypen konnten überwunden werden¹⁵⁸. Die NATO verwandelt sich in eine universelle friedensschaffende und stabilisierende Kraft. Die Kirgisische Republik kann sich nun auf die Entwicklung einer aktiven Zusammenarbeit konzentrieren.

Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR)¹⁵⁹, der als Konsultationsforum für die militärische Zusammenarbeit zwischen der Allianz und den Partnerstaaten dient, und das „*Partnerschaft für den Frieden*“ - Programm¹⁶⁰, in dessen Rahmen individuelle Beziehungen zum Bündnis hergestellt werden, stellen zwei wesentliche Partnerschaftsmechanismen der NATO dar. Im Dezember 1992 trat Kirgisistan dem Nordatlantischen Kooperationsrat bei. Die Rolle dieses Gremiums kann positiv bewertet werden, da es die Länder des postsowjetischen Raums wieder zusammenführt, sie ermutigt, auch nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit politisch zusammenzuarbeiten und fördert zudem eine gewisse Integration auf militärischer Ebene.

Seit 1994 arbeitet die Kirgisische Republik im Rahmen des Programms „*Partnership for Peace (PfP)*“ mit der NATO zusammen. Die praktische Kooperation wird auf vielen verschiedenen Gebieten praktiziert, darunter Militärreform, die Abhaltung militärischer Übungen und Manöver, zivile Notfallplanung, zivil-militärische

¹⁵⁸ Vgl. Interview mit dem Botschafter der Kirgisischen Republik bei der NATO, bei der Europäischen Union und in Belgien Tschingis Aitmatov in NATO Brief (Frühjahr 2002) unter:

<http://www.nato.int/docu/review/2002/issue1/german/interview.html>

¹⁵⁹ Im Dezember 1991 wurde in der NATO-Zentrale der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) als Forum zur Erörterung und Förderung von Sicherheitsanliegen sowohl der NATO-Mitglieder als auch der früheren Gegner des Bündnisses gegründet. Der NAKR wurde am 30 Mai 1997 umbenannt und erhielt den Namen Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPR).

¹⁶⁰ 1994 leitete die NATO die Partnerschaft für den Frieden ein, ein praktisches Programm der militärischen Zusammenarbeit und Unterstützung, das jeweils auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Teilnehmerstaaten zugeschnitten und ursprünglich dazu gedacht war, die Einführung einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu fördern, den militärischen Reformprozess zu unterstützen und zum Aufbau von Streitkräften beizutragen, die sich durch Kompatibilität mit denen der NATO auszeichneten. (Vgl. <http://www.nato.int/docu/review/2003/issue3/german/art1.html>)

Beziehungen und Verteidigungspolitik sowie Konsultationen auf politischer und militärischer Ebene (vgl. Freitag-Wirminghaus 2004: 207-209).

Seit dem Beitritt Kirgisistans haben seine Streitkräfte an nahezu allen Übungen teilgenommen, die im Rahmen der PfP stattfanden. Es war für das kirgisische militärische Personal eine positive Erfahrung, selbst zu erleben, welche Art von Zusammenarbeit zwischen der NATO und ihren Partnerstaaten entwickelt werden kann. Die Teilnahme an der PfP hat dazu beigetragen, dass kirgisische Streitkräfte ein besseres und realistischeres Bild von der NATO gewannen.¹⁶¹

Darüber hinaus beteiligt sich Kirgisistan am Wissenschaftsprogramm der NATO *"Science for Peace and Security"*. In den letzten Jahren wurden kirgisische Wissenschaftler im Rahmen dieses Programms gefördert. Zu den unterstützten Themen gehörten unter anderem die Umwelt- und Gesundheitsfolgen der Urangewinnung und die Umweltsicherheit. Des Weiteren nimmt Kirgisistan am von der NATO unterstützten Projekt *„Virtual Silk Highway“* teil, das Naturwissenschaftlern und Forschern in Zentralasien und Kaukasus den satellitengestützten Zugang zum Internet ermöglicht.

Nach dem 11. September 2001 kam es zu einer bedeutenden Ausweitung der Interessen und Aktivitäten der NATO in Zentralasien. Die Einleitung der Operation *„Enduring Freedom“* in Afghanistan führte zur Verstärkung der militärischen Präsenz der NATO in Zentralasien. Als der damalige NATO-Generalsekretär Lord Robertson die Region im Jahr 2003 besuchte, erklärte er, die Ereignisse des 11. Septembers hätten das Bündnis zu der Einsicht geführt, dass *"unsere Sicherheit eng mit der Sicherheit weit entfernter Gebiete verknüpft ist. Zentralasien wird nun in hohem Maße ein Bestandteil der Bündnisagenda sein."*¹⁶² Dadurch dass die NATO im August 2003 die Führung der ISAF (engl. International Security Assistance Force) in Afghanistan übernommen hat, ist sie nun an einem langfristigen Projekt zur Förderung der Stabilität in Zentralasien beteiligt.

¹⁶¹ Vgl. Interview mit dem Botschafter der Kirgisischen Republik bei der NATO, bei der Europäischen Union und in Belgien Tschingis Aitmatov. In: NATO Brief (Frühjahr 2002) unter: <http://www.nato.int/docu/review/2002/issue1/german/interview.html>

¹⁶² Zit. in: Weitz, R. (2006): Erneuerung zentralasiatischer Partnerschaften. In: NATO Brief (Herbst 2006) unter: <http://www.nato.int/docu/review/2006/issue3/german/analysis2.html>

Im Juni 2004 bestätigten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Istanbul die größere Bedeutung Zentralasiens. Sie bezeichneten die Region gemeinsam mit Kaukasus in ihrem Kommuniqué als einen *"besonderen Schwerpunkt"* (Weitz 2006). Die Entsendung eines Verbindungsoffiziers in das regionale Hauptquartier nach Almaty (Kasachstan) und die Errichtung des Postens des Sonderbeauftragten des NATO-Generalsekretärs für Zentralasien und Südkaukasus scheint eine der Maßnahmen zu sein, die die Zusammenarbeit der Allianz mit der gesamten Region auf ein neues Niveau bringen soll.

Zu einer strategischen Annäherung zwischen Kirgisistan und der NATO wird es angesichts der geopolitischen Lage des Landes, seiner Mitgliedschaft in der CSTO und SCO, sowie der Position Russlands kaum kommen. Somit bleibt die Partnerschaft der Kirgisischen Republik mit der der Nordatlantischen Allianz *„passiv“*.

6.1.7.4 Kirgisistan und die OSZE

Die Entwicklung von Kontakten zu diversen internationalen und regionalen Sicherheitsorganisationen spielt für Integrationspolitik Kirgisistans in die Weltgemeinschaft eine bedeutende Rolle und stellt eine wichtige Komponente der Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität im Land und in der Region dar. In dieser Hinsicht war die Herstellung fruchtbarer Beziehungen zu der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von großer Bedeutung. Die OSZE ist eine der erfolgreichsten zwischenstaatlichen Institutionen. Sie stützt sich auf das Konzept der umfassenden Sicherheit und steht für die nachhaltige Sicherung von Frieden, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in ihren Mitgliedsländern durch politischen Dialog über gemeinsame Werte sowie durch deren praktische Anwendung. Dabei ist die OSZE mit 56 Teilnehmern die einzige sicherheitspolitische Organisation mit euroasiatischem Ausmaß.

Am 30. Januar 1992 wurde die Kirgisische Republik nach längeren Diskussionen als Teilnehmer bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zugelassen (vgl. Toktomushev 2001: 83; Omarov 2003: 212). Zuvor hatte die KSZE entschieden, dass kein Nachfolgestaat der Sowjetunion aus dem KSZE-Raum ausgeschlossen werden sollte. Wichtigstes Argument war das kooperative Sicherheitsverständnis der KSZE: Sicherheit sei, insbesondere nach dem *„Kalten*

Krieg“, ein inklusives, kein exklusives Konzept (von Gumpfenberg, M.-C./ von Gumpfenberg, M.B. 2006).

Kirgisistan bemühte sich aktiv um die Gestaltung enger Beziehungen zur KSZE. Von der Mitgliedschaft in der KSZE erhoffte es sich die weitere Festigung seiner Unabhängigkeit und verstärkte Aufmerksamkeit der westlichen Länder auf die Sicherheitsprobleme in der zentralasiatischen Region. In den folgenden Jahren entwickelten sich diplomatische Beziehungen zwischen der KSZE und Kirgisistan. 1995 – nach der Umbenennung der KSZE (1994) – eröffnete die nun OSZE genannte Organisation in Usbekistan ein Verbindungsbüro, zuständig auch für Kirgisistan. Seit 1999 ist die OSZE in dem Land mit eigenem Büro präsent. Damit war die formal institutionelle Einbindung dieses zentralasiatischen Kleinstaats in die OSZE abgeschlossen. Im Dezember des Jahres 2002 war die OSZE-Akademie in der kirgisischen Hauptstadt offiziell eröffnet worden. Ihre Gründung basierte auf einer gemeinsam Absichtserklärung des Ministeriums für Bildung und Kultur der Kirgisischen Republik und des OSZE-Zentrums in Bischkek.

Erklärtes Ziel der OSZE in Zentralasien war und ist es, in den Mitgliedsstaaten das zivile Konfliktmanagement zu fördern, den Ausbruch von Gewalt zu verhindern, wo nötig, zur Friedenskonsolidierung beizutragen und die Sicherheit in umfassender und kooperativer Weise zu fördern (vgl. von Gumpfenberg, M.-C./ von Gumpfenberg, M.B. 2006). Seit dem 11. September 2001 hat sich die OSZE gewandelt. Eine konzeptionelle Neuausrichtung wurde in Angriff genommen, infolge derer sich auch der Ansatz der OSZE in Zentralasien veränderte. Ihr politischer Auftrag trat in den Hintergrund, und ihre entwicklungspolitischen Aufgaben rückten in den Vordergrund (vgl. Interview mit dem Leiter des OSZE-Zentrums in Bischkek, Botschafter Markus Müller in MSN vom 23.03.2007).

Kirgisistan misst seiner Zusammenarbeit mit der OSZE eine wichtige politische Bedeutung bei. Die Tätigkeit in dieser Organisation trägt zur Integration in den gesamteuropäischen Raum und zur Nutzung ihrer Mechanismen für die Gewährleistung und den Schutz der nationalen und regionalen Interessen bei. Außerdem gewährt sie der Republik die Möglichkeit zur Aktivierung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit den führenden Ländern der Welt, sowohl auf multilateraler, als auch auf bilateraler Basis.

6.1.7.5 Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen

Zur Sowjetzeit machten die Subventionen Moskaus etwa die Hälfte des Staatshaushalts der Kirgisischen SSR aus. Deswegen wurde Kirgisistan nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dazu gezwungen, sich an internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen zu wenden, um die notwendige Hilfe zu bekommen. Darüber hinaus konnten diese Institutionen – wie die Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (WB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) – bei der Durchführung der ökonomischen Reformen sowie bei der Integration Kirgisistans in die Weltgemeinschaft große Unterstützung leisten.

Inzwischen ist Kirgisistan Mitglied aller wichtigen internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen. Dank der anfänglichen politischen Öffnung, der weitgehenden Reformbereitschaft und der Respektierung der Menschenrechte gestaltete sich sein Verhältnis zu den hier erwähnten Finanzstrukturen unproblematisch und es gab keine besonderen Schwierigkeiten bei der Entwicklung der vorteilhaften Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen.

Seit 1992 ist die Kirgisische Republik Mitglied des **Internationalen Währungsfonds**, der mächtigsten Finanzorganisation der Welt. Der IWF machte die Vergabe von Krediten an die kirgisische Regierung von der Erfüllung bestimmter wirtschaftspolitischer Auflagen abhängig. Diese Auflagenpolitik der Bank stieß bei den Strukturen in Kirgisistan auf keine erheblichen Umsetzungsprobleme. Kirgisistan war ein *„Musterschüler des Internationalen Währungsfonds“* (Omorov 2007: 2). *„Seitdem Kirgisistan unabhängig wurde, hat dieses Land einen sehr guten Ruf, was die Erfüllung seiner Pflichten angeht, erworben (...)“* (aus dem Interview mit Paulo Neuhaus, stellvertretendem Direktor der zweiten Europaabteilung des IWF für den Mittleren Osten und Zentralasien in Slovo Kyrgyzstana vom 16.03.2007).

Der IWF unterstützt Kirgisistan mit Krediten bei der Inflationsbekämpfung, dem Ausgleich des Staatshaushalts und der Steuerpolitik. Weiterhin wurde die Verbesserung des Banksystems und des Schuldenmanagements durch den IWF technisch unterstützt.¹⁶³ Außerdem wurden fünf Antikrisenprogramme des

¹⁶³ Vgl.: www.donors.kg

Internationalen Währungsfonds in Kirgisistan durchgeführt: Stand-by¹⁶⁴ (1993-1994), ESAF¹⁶⁵ (1995-1998), PRGF1¹⁶⁶ (1998-2001), PRGF2 (2001-2003), PRGF3 (2004-2007) (vgl. Omorov 2007: 2). Das Hauptproblem liegt dabei darin, dass diese Programme nicht auf die Lösung der fundamentalen Probleme – die Bekämpfung der Korruption und Willkür, die die Grundlagen der Marktwirtschaft zerstören – gerichtet waren.

Da die **Weltbank** die Vergabe ihrer Kredite meist von der Einschätzung der Lage durch den IWF abhängig macht, war die Zusammenarbeit mit dieser Finanzinstitution ebenso unproblematisch. Die Weltbank hat seit 1992 Kredite in Höhe von über 680 Millionen US Dollar für Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum zur Verfügung gestellt und unterstützt das Land mit Beratung und Expertise (z.B. zum nachhaltigen Tourismus und zum Potential des Telekommunikationssektors). Ziele sind die Erhöhung des Lebensstandards, die Weiterentwicklung in der Landwirtschaft, Privatwirtschaft, der Kampf gegen Korruption und AIDS und die Unterstützung des Gesundheitswesens.¹⁶⁷ Heute realisiert die Weltbank in Kirgisistan 19 Projekte im Wert von über 254 Mio. US Dollar (vgl. MSN vom 23.02.2007)

Außerdem wurde Ende 2006 Kirgisistan der Zugang zur Entschuldungsinitiative der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für stark verschuldete arme Länder¹⁶⁸ ermöglicht. Die kirgisische Regierung lehnte aber Ende Februar 2007 eine Entschuldung nach HIPC (engl. Heavily Indebted Poor Countries) ab, forderte

¹⁶⁴ Im Zusammenhang mit der Kredittranchenpolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) gewährte Notstandshilfen. Damit soll Mitgliedern, insbesondere bei der Überwindung von unerwartet auftretenden Zahlungsbilanzproblemen, geholfen werden. (Vgl. Wirtschaftslexikon24.net)

¹⁶⁵ Die ESAF (engl. Enhanced Structural Adjustment Facility, ESAF) gibt dem IWF die Möglichkeit, seinen ärmsten Mitgliedern verbilligte Kredite zur Verfügung zu stellen. Damit kann der IWF auch in den Ländern Wirtschaftsprogramme unterstützen, welche Kredite zu Marktbedingungen nicht verkräften können. Die entsprechenden wirtschaftlichen Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme helfen insbesondere mit, die Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen. (Vgl. Pressemitteilungen der Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft, November 1997 unter <http://www.admin.ch/cp/d/34699A61.4B21@gs-efd.admin.ch.html>)

¹⁶⁶ Entsprechende Maßnahmen heißen jetzt PRGF-Programme (engl. Poverty Reduction and Growth Facility) und sollen auf nationalen Plänen zur Armutsbekämpfung aufbauen.

¹⁶⁷ vgl.: <http://www.un.org.kg/english/agency.phtml?wb>

¹⁶⁸ Da sich die bisherigen Lösungsversuche der Schuldenkrise vieler Entwicklungsländer als nicht erfolgreich bzw. als nicht ausreichend herausstellten, stellten Internationaler Währungsfonds und Weltbank 1996 gemeinsam die so genannte HIPC-Initiative vor. Danach sollten Länder, die als „arm“ und „hochverschuldet“ eingestuft wurden (engl. Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) einen teilweisen Schuldenerlass erhalten. Der Erlass sollte alle Kredite einbeziehen: Die bilateralen Schulden bei Staaten, die multilateralen Schulden gegenüber den multinationalen Entwicklungsbanken (vor allem dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) und die Schulden bei privaten Banken.

stattdessen ein gesondertes Entschuldungsprogramm für „*Binnenländer in Bergregionen*“. Bei der Ablehnung spielten die Risiken, die mit der Teilnahme an der HIPC-Initiative verbunden waren, eine Rolle: der Verlust des Kreditvertrauens seitens der internationalen Finanzgemeinschaft und Ausbleiben der Investitionen; die Einführung der Außenverwaltung seitens der WB und des IWF und als Folge die Gefährdung der Unabhängigkeit und Souveränität; die Gleichsetzung der Kirgisischen Republik mit Staaten wie z.B. Bolivien, Burkina Faso, Mosambik, Tansania und Uganda (Teilnehmer der HIPC-Initiative) und somit die Beschädigung des politischen Images des Landes. Außerdem würde die Entschuldung das Hauptproblem des Landes – die Gewährleistung des Wirtschaftswachstums – nicht lösen können. Den Forderungen der Geberländer gemäß, sollten alle dank diesem Programm freigemachten finanziellen Mittel ins Sozialwesen fließen, was aber die Wirtschaftstätigkeit nicht stimulieren wird.

Ziemlich erfolgreich gestaltet sich auch das Verhältnis Kirgisistans zu anderen Finanzinstitutionen wie zur **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung** (engl. European Bank for Reconstruction and Development, EBRD). Die EBRD der Europäischen Union begann ihre Tätigkeit in Kirgisistan im Jahre 1996, seitdem wurden 172 Mio. US Dollar investiert. 70% aller Investitionen der EBRD fließen in die Privatwirtschaft. Hauptziel ist die Anwerbung von internationalen Investoren. Die wichtigsten Projekte sind Investitionen in die Telekommunikation, Energiewirtschaft, das Bankwesen, natürliche Ressourcen und Tourismus.

Für Kirgisistan gibt es ganz pragmatische Gründe für ein Engagement in internationalen Organisationen, welche aus der Kleinheit des Landes resultieren: Um Partner für die Durchsetzung seiner Interessen zu finden, muss sich Kirgisistan auf internationalem Parkett umsehen. Internationale Organisationen sind außerdem wichtig für Kirgisistan, weil in diesen Institutionen klare Regeln gelten, die dem Land ein gewisses Maß an Verlässlichkeit bieten und seine Verwundbarkeit mindern.

6.2 Der eurasische Raum in der Außenpolitik der Kirgisischen Republik

Die Bedeutung des Verhältnisses zum eurasischen Raum nahm in der außenpolitischen Strategie Kirgisistans in den ersten Jahren der Unabhängigkeit eine sehr wichtige Stellung ein. In Bischkek war man davon überzeugt, dass die Gestaltung der engen Beziehungen zu den Ländern dieser Region für die Kirgisische Republik neue Möglichkeiten öffnen könnte:

- Zugang Kirgisistans zu den Weltmeeren könnte dank dem Bau neuer Infrastruktur und Ausbau der Transportwege, garantiert werden. Die Idee der Wiederherstellung der alten Seidenstraße in moderner Form als Eisenbahnnetz und Autobahn existierte in der außenpolitischen Konzeption der Kirgisischen Republik, die sich als Brücke zwischen Asien und Europa sah.
- Die kirgisische Wirtschaft könnte durch finanzielle und technologische Hilfe der asiatischen Länder modernisiert werden und mit Hilfe ausländischer Investitionen signifikante Entwicklungsimpulse bekommen.
- Eine enge und effiziente Zusammenarbeit könnte zur Bewahrung der regionalen Sicherheit beitragen. Für Kirgisistan, das in einer der instabilsten Regionen der Welt liegt, ist es von besonderem Interesse.

Zu den wichtigsten Ländern, die in der Region eine bedeutende Rolle spielen könnten und mit denen Kirgisistan Beziehungen pflegt, gehören die Türkei, der Iran, Saudi Arabien, Pakistan, Indien und natürlich der große Nachbar China. Im Folgenden werden die zwischenstaatlichen Beziehungen Kirgisistans zu diesen Ländern analysiert.

6.2.1 Die Türkei und der Iran in der Außenpolitik der Kirgisischen Republik

Zum wichtigsten Partner Kirgisistans im asiatisch-muslimischen Raum gehört **die Türkische Republik**. Die Türkei war das erste Land, das die Unabhängigkeit Kirgisistans offiziell anerkannt hatte (noch am 18. Dezember 1991) und die diplomatischen Beziehungen zur Kirgisischen Republik aufnahm (am 24. Dezember 1991) (vgl. Akajew 2001: 342). Die Türkei war auch der erste Staat, der seine Botschaft in Bischkek eröffnete. Im Dezember 1991 kam es zu den ersten offiziellen Kontakten zwischen Kirgisistan und der Türkei. Die erste Auslandsreise des kirgisischen Staatsoberhauptes Akajew ging nach Ankara. Während des Besuches

wurde das Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und der Türkei unterzeichnet, das die vielseitige und aktive Kooperation der beiden Länder einleitete (vgl. Toktomushev 2001: 19).

Die starken ethnischen und sprachlichen Verbindungen der Türkei zu Kirgisistan wurden ständig hervorgehoben: *„Dort, auf dem Tien-Schan, ist das Land unserer Vorfahren. Sie sind unsere Brüder“* – das war das Leitmotiv der Reden aller türkischen Politiker, Beamten und Geschäftsleute auf zahlreichen kirgisisch-türkischen Treffen (zit. in Vechernii Bischkek vom 12.03.2007: 6).

Am 24. Oktober 1997 wurde der Vertrag über ewige Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und der Republik Türkei abgeschlossen (vgl. Toktomushev 2001: 114). Dieser Vertrag und die am 1. Juli 1999 von den Präsidenten beider Staaten unterzeichnete gemeinsame Erklärung *„Kirgisistan und die Türkei: zusammen in das XXI. Jahrhundert“* bildeten das Fundament, auf dem die *„brüderlichen“* (Akajew 2004: 333) kirgisisch-türkischen Beziehungen aufgebaut werden sollten. Diese Ereignisse symbolisieren sehr deutlich den euphorischen Zustand der kirgisisch-türkischen bilateralen Beziehungen nach dem Erlangen der Eigenstaatlichkeit (siehe dazu Kapitel 4.3.1).

Kirgisistan hat aber seine bilateralen Beziehungen zur Türkei von der politisch-kulturellen Dimension *„befreit“*. Mit dem Rücktritt des türkischen Präsidenten Süleyman Demirel 2000, der Anfang der 90-er Jahre als Premierminister zusammen mit dem damaligen Staatschef Özal die Ära der türkisch-zentralasiatischen Beziehungen eingeleitet und von einer politisch-wirtschaftlichen Integration dieser Länder geträumt hatte, schien die Ära der *„Brüderlichkeit“* Vergangenheit zu sein (Inomjonov 2005: 251). Die beiden Seiten vertreten jetzt einen pragmatischen Standpunkt. Die Außenpolitik Kirgisistans gegenüber der Republik Türkei zielt auf die Intensivierung des politischen Dialogs und den Ausbau der handelswirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kooperation.

Bis vor kurzem pflegte Bischkek offizielle Kontakte mit Nordzypern und hoffte auf positive Resonanz seitens der Türkei. Im Oktober 2005 wurde eine Delegation aus dem kirgisischen Parlament im Rahmen ihrer offiziellen Kontakte auf Nordzypern vom Staatspräsidenten Mehmet Ali Talat empfangen. Während dieses Treffens erklärte der kirgisische Abgeordnete Arslan Malijew: *„Die Weltöffentlichkeit hat nun*

eingesehen, wer auf Zypern im Recht ist. Ich glaube, dass nach dem Referendum alle Isolationen auf Nordzypern aufgehoben werden“ (zit. in: Tagesspiegel vom 21.10.2005). Im Februar 2007 kamen der kirgisische Kulturminister Sultan Rajew und die ihn begleitende Delegation nach Zypern. Sultan Rajew wies darauf hin, dass in den letzten zwei Jahren zwischen der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) und Kirgisistan eine feste Brücke der Zusammenarbeit gebaut worden sei, die unbedingt fortgesetzt werden sollte (vgl. Tagesspiegel vom 20.02.2007). Unter Druck einiger europäischer Länder und UN-Organisationen wurde Kirgisistan aber dazu gezwungen, seine Kooperation mit der Türkischen Republik Nordzypern einzustellen (vgl. 24.kg vom 28.05.2007).

Zur Intensivierung des politischen Dialogs trug auch der Besuch des türkischen Außenministers im Mai 2005 in Bischkek bei. Damals schickte die Türkei ihren Außenminister nach Kirgisistan, um zu zeigen, dass sie immer bereit ist, die zentralasiatischen Republiken zu unterstützen. Abdullah Gül war der erste hochrangige Gast, der Bischkek nach der Märzrevolution besuchte. Außerdem versuchte der türkische Außenminister über günstigere Bedingungen für das türkische Business auf dem kirgisischen Markt zu verhandeln. Als Ergebnis wurden die bilateralen Beziehungen auf diesem Gebiet erheblich aktiviert. Am 11. Mai 2005 fand in Istanbul eine Konferenz statt, die der wirtschaftlichen Situation in der Kirgisischen Republik gewidmet wurde. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der Weiterentwicklung der Investitionszusammenarbeit mit Kirgisistan (vgl. Djuraev 2005).

Die türkische Wirtschaft ist eine der aktivsten im kirgisischen und im gesamtregionalen Markt. 2006 avancierte die Türkei zum größten ausländischen Investor in der kirgisischen Wirtschaft, das Volumen der direkten Investition erreichte 450 Mio. US Dollar. Die Zahl der Firmen mit einem 100-prozentigen türkischen Kapitalanteil lag bei über 470, darüber hinaus operieren 300 Firmen mit türkischer Beteiligung in Kirgisistan (vgl. strana.kg vom 26.03.2007). Das Handelsvolumen zwischen Kirgisistan und der Türkei hat sich im Jahre 2007 im Vergleich zum Jahr 2003 mehr als verdoppelt, weiteres Wachstum wird auch 2008 erwartet.

Tabelle 9: Entwicklung der kirgisisch-türkischen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁶⁹

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	17,6743	18,9940	36,6683
2003	11,4311	25,3637	36,7948
2004¹⁷⁰	10,04491	24,08266	34,12757
2005	18,31993	34,76445	54,08438
2006	28,04490	39,74568	67,79058
2007	42,99575	38,42171	81,41746

Auch die Kontakte zwischen Bischkek und Ankara auf dem Gebiet der Sicherheit belebten sich. Im April 2005, also weniger als einen Monat nach dem Umsturz in Kirgisistan, gewährte die Türkei der Kirgisischen Republik Militärhilfe in Höhe von 870 000 US Dollar. Seit 1999 leistete die Türkei Kirgisistan unentgeltliche militär-technische Hilfe in Höhe von 5 Mio. US Dollar (vgl. 24.kg vom 23.10.2006). Im Mai 2005 besuchte der Leiter der Polizeiakademie der Türkei Tuncay Yılmaz Bischkek und teilte der kirgisischen Regierung mit, dem kirgisischen Ministerium für innere Angelegenheiten Hilfe leisten zu wollen. In beiden Fällen demonstrierte Ankara, dass der Regierungswechsel in der Kirgisischen Republik die Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich nicht beeinflussen wird. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Aktivitäten Ankaras in Kirgisistan, sofort nach dem Umsturz des Akajew-Regimes, der Türkei reale Chancen gaben, dort ihre Position zu stärken.

Mit dem Türkei-Besuch des kirgisischen Staatspräsidenten Kurmanbek Bakijew im September 2006 fing in Bezug auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern eine neue Periode an (vgl. Bakiev 2007: 142). Bakijew und Sezer unterzeichneten nach den Gesprächen vier Abkommen in den Bereichen Justiz, Handel, Tourismus und Sicherheit. Bei den Gesprächen wurden die Entwicklung und Vertiefung der Beziehungen in allen Bereichen zwischen den beiden Ländern erörtert (vgl. Tagesspiegel vom 06.09.2006).

¹⁶⁹ Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

¹⁷⁰ vom Januar 2004 bis September 2004

Das Verhältnis zum **Iran** nimmt in der Außenpolitik Kirgisistans auch eine wichtige Stellung ein, was durch die geopolitischen und geographischen Faktoren bedingt ist. Außerdem ist der Iran einer der aktivsten Staaten in der Organisation der Islamischen Konferenz und spielt eine Schlüsselrolle in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die staatliche Souveränität der Kirgisischen Republik wurde am 21. Dezember 1991 vom Iran anerkannt, am 10. Mai 1992 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Bischkek und Teheran aufgenommen. 1993 eröffnete der Iran seine Botschaft in Bischkek und im Mai 1996 fing die kirgisische Botschaft ihre Arbeit in Teheran an (vgl. Toktomuschew 2001: 155). Der politische Dialog zwischen Kirgisistan und dem Iran wurde 1993 hergestellt, als die beiden Seiten die offiziellen Besuche auf höchster Ebene austauschten. Der kirgisische Präsident Akajew besuchte Teheran, und der iranische Präsident Rafsanjani kam nach Bischkek. Während der Verhandlungen wurden die Hauptrichtungen der bilateralen Zusammenarbeit festgelegt.

Große Bedeutung für die Annäherung der beiden Länder und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauens hatte die Position Bischkeks auf der 55. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 2000, als die kirgisische Delegation gegen eine Resolution stimmte, die den Iran für Menschenrechtsverletzungen verurteilte. In diesem Zusammenhang bedankte sich Teheran bei der Regierung der Kirgisischen Republik für ihre Unterstützung.

Im Frühling 2002 besuchte das damalige iranische Staatsoberhaupt, Präsident Chatami, Bischkek. Sein kirgisischer Kollege stattete Ende 2003 einen Antwortbesuch in Teheran ab. Allein im Jahr 2004 empfing Bischkek den ersten Vizepremierminister des Iran, seinen Minister für Außenhandel (zweimal), den Minister für Gesundheitswesen und den stellvertretenden Minister für innere Angelegenheiten. Im September 2004 trafen sich die Staatsoberhäupter beider Länder in der tadschikischen Hauptstadt. Der politische Dialog zwischen Bischkek und Teheran hatte also einen regelmäßigen, aktiven und positiven Charakter. Deswegen war die iranische Regierung wegen des Sturzes des Akajew-Regimes, mit dem der Iran stabile Beziehungen pflegte, besorgt.

Die Politik Teherans gegenüber der Kirgisischen Republik war ein Teil der globalen iranischen Strategie in der zentralasiatischen Region, die auf die Überwindung der internationalen außenpolitischen und wirtschaftlichen Isolation des Iran und die Verhinderung der Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der Region zielte (siehe dazu Kapitel 4.3.2). Außerdem strebte Teheran danach, einer der wichtigsten außenwirtschaftlichen Partner der zentralasiatischen Länder zu werden.

Die iranische Führung befürchtete, dass der Umsturz in Kirgisistan zum proamerikanischen Regierungswechsel führen würde. Am Anfang hatte der Iran keine Zweifel daran, dass hinter der „*Tulpenrevolution*“ Washington stand. Die Politik der neuen kirgisischen Regierung widerlegte solche Gedanken. Im April und Mai 2005 trafen die Vertreter der neuen kirgisischen Regierung den Botschafter der Islamischen Republik, Goljam-Resa Bacheri-Mohaddam, in Kirgisistan persönlich. Anfang Juli hatte der neue Präsident Kirgisistans Bakijew in der kasachischen Hauptstadt ein langes und produktives Gespräch mit dem ersten Vizepräsidenten des Iran Mohammad-Resa Arefom. Die Erklärung Bakijews über die Notwendigkeit des Abzugs der US-Truppen aus dem Land wurde in Teheran mit Begeisterung wahrgenommen. Die iranischen Führer verstanden, dass der neue Präsident der Kirgisischen Republik für sie kein Gegner, sondern ein strategischer Partner ist und intensivierten die wirtschaftlichen und politischen Kontakte mit Bischkek.

Das Handelsvolumen zwischen Kirgisistan und dem Iran hat sich im Jahre 2007 (16,6 Mio. US Dollar) im Vergleich zum Jahr 2003 (8,6 Mio. US. Dollar) fast verdoppelt¹⁷¹. Den Worten des kirgisischen Wirtschafts- und Finanzministers Akylbek Schaparow zur Folge wird der Warenumsatz zwischen Kirgisistan und dem Iran demnächst auf das 20-fache steigen. 2006 unterzeichneten beide Staaten ein Memorandum über gegenseitige Verständigung, das 15 bilaterale Großprojekte, darunter auch die Eröffnung einer iranischen Bank in Kirgisistan, vorsieht. Außerdem ist die iranische Regierung bereit, kirgisischen Unternehmern Kredite im Gesamtwert von 50 Mio. Euro einzuräumen (vgl. RIA Novosti vom 28.08.2006). Nach Angaben der kirgisischen Regierung sind in der Kirgisischen Republik zurzeit mehr als 100 kirgisisch-iranische Gemeinschaftsunternehmen tätig.

¹⁷¹ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik, unter: www.customs.gov.kg

6.2.2 Beziehungen zu Saudi-Arabien

Die religiöse Einflussnahme Riyads (siehe dazu Kapitel 4.3.3) in der Anfangsphase seiner Außenpolitik gegenüber der Kirgisischen Republik trat so sehr in den Vordergrund, dass sie von der kirgisischen Regierung als aufdringlich empfunden wurde. Deswegen kamen regelmäßige Kontakte auf offizieller Ebene selten zustande und die kirgisisch-saudiarabischen Beziehungen begrenzten sich auf die Organisation der Pilgerfahrt nach Mekka und Medina. Jährlich besuchen mehr als 4 000 kirgisische Bürger die heiligen Stätten. Die kirgisische Außenpolitik besitzt keinen religiösen Inhalt. Nach offiziellen Aussagen ist die außenpolitische Tätigkeit des Landes von allen ideologischen Dogmen frei und nur die nationalen Interessen bilden Punkte für die Anknüpfung bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit. Die bisherige kirgisische Politik in und gegenüber dem islamisch-asiatischen Raum lässt keine Spuren eines islamischen Faktors erkennen.

In der letzten Zeit wurde die Bereitschaft zur Entwicklung der wirtschaftlichen Kontakte von beiden Seiten signalisiert¹⁷². Dennoch bleibt das Handelsvolumen zwischen Kirgisistan und Saudi-Arabien auf sehr niedrigem Niveau. Im Jahr 2007 betrug es nur 252 000 US Dollar¹⁷³. Einen weiteren Bereich der gegenwärtigen kirgisisch-saudiarabischen Beziehungen, der für Bischkek von besonderem Interesse ist, stellt die Entwicklungszusammenarbeit¹⁷⁴ dar. Die kirgisische Regierung hofft auf die Bereitstellung von finanzieller Hilfe von Riyad, insbesondere vom Entwicklungsfonds des Königreiches Saudi-Arabien, für die Durchführung wichtigster Projekte im Land, die auf Wirtschaftswachstum abzielen.¹⁷⁵

6.2.3 Pakistan und Indien

Eine wichtige Bedeutung misst Kirgisistan der Zusammenarbeit mit seinem Nachbarn **Pakistan** bei, zu dem Bischkek am 10. Mai offiziell die diplomatischen Beziehungen

¹⁷² Vgl. <http://www.president.kg/press/news/395/> (15.09.2005)

¹⁷³ vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik, unter: www.customs.gov.kg

¹⁷⁴ Angesichts der Krisen der armen Länder mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, leistet Saudi-Arabien großzügige Hilfe an verschiedene Entwicklungsländer. Obwohl es selbst ein Entwicklungsland ist, überschritten seine Hilfeleistungen die Quote von 0,7% des BSP, welche die UNO für die Hilfe an die Entwicklungsländer aus den reichen Ländern definiert hat. (Vgl. Royal Embassy of Saudi Arabia in Berlin: Humanitäre Hilfsleistungen und der Entwicklungsfonds des Königreiches Saudi-Arabien, unter: <http://www.mofa.gov.sa>)

¹⁷⁵ vgl. <http://www.president.kg/press/news/395/> (15.09.2005)

aufnahm. Im Dezember 1994 wurde der kirgisische Präsident Askar Akajew nach Islamabad eingeladen, wo sechs Abkommen zwischen Kirgisistan und Pakistan, darunter die Deklaration über Prinzipien der Zusammenarbeit, über Gemeinsame Ministerkommission, über Zusammenarbeit in Wirtschaft, Verkehr, und Kultur und diverse Konsultationen der Außenministerien unterschrieben wurden. Im August 1995 kam die damalige pakistanische Ministerpräsidentin Benazir Bhutto zu einem ersten Besuch nach Kirgisistan. Während des Besuchs fand ein vertiefter Meinungsaustausch über die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Staaten statt und ein Abkommen über Investitionen und Zusammenarbeit im Energiesektor, einem der wichtigsten Aspekte der pakistanisch-kirgisischen Kooperation, wurde beschlossen. Im selben Jahr fand der zweite offizielle Besuch Akajews in Islamabad statt. Im Oktober 1996 besuchten der pakistanische Präsident Faruk Ahmad Khan Legari und am 2. November 1998 der Außenminister Pakistans Muhammad Siddique Khan Kanju Bischkek (vgl. Toktomuschew 2001: 151; Akbarzadeh 2003: 220).

Die außenpolitischen Aktivitäten Islamabads – die Unterstützung und die Anerkennung der Taliban-Regierung in Afghanistan im Jahre 1997, die Entwicklung eigener Atomwaffen 1998 –, und die innenpolitische Situation in Pakistan – der Coup d'État in Pakistan im Oktober 1999 und die politische Instabilität im Land hemmten die Entwicklung der kirgisisch-pakistanischen Beziehungen und wirkten sich negativ auf sie aus. Nachdem die pakistanische Regierung den Taliban ihre Unterstützung entzog und die amerikanischen Militäroperationen gegen die Taliban und Al-Qaida unterstützte, normalisierte sich die Zusammenarbeit zwischen Bischkek und Islamabad. Der kirgisische Präsident Askar Akajew besuchte Pakistan am 17. Januar 2005, zehn Jahre nach seinem letzten Besuch in Islamabad. Zum Hauptthema der Verhandlungen Akajews und des Präsidenten Pakistans, Pervez Musharraf, wurden Fragen der Festigung der kirgisisch-pakistanischen Zusammenarbeit im politischen, handelsökonomischen, kulturellen und humanitären Bereich.

Für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und Pakistan spielte die Eröffnung der Niederlassung der Nationalen Bank Pakistans in Bischkek, die auf die Intensivierung des kirgisisch-pakistanischen Handels zielte, eine große Rolle. Wenn 2002 das bilaterale Handelsvolumen bei 667 500 US Dollar lag, so stieg es 2007 auf 3,6 Mio. US Dollar¹⁷⁶.

¹⁷⁶ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

Der wichtigste Bereich für die kirgisisch-pakistanischen Wirtschaftsbeziehungen ist der Energiesektor. Im März 2005 wurde eine Energiebrücke, die den Süden Kirgisistans mit Tadschikistan verbindet, eröffnet. Durch ihren Nachbarn Tadschikistan kann die Kirgisische Republik Elektroenergie, an der Pakistan großes Interesse hat, in dieses Land exportieren (vgl. Nachrichtenagentur Kabar vom 08.03.2005).

Obwohl Pakistans Teilnahme an der wirtschaftlichen Transformation der Kirgisischen Republik wegen seiner eigenen finanziellen Probleme, schwachen Wirtschaft und dem dramatisch geringen Investitionsvolumen vorerst begrenzt bleibt, unterstützt Islamabad trotzdem das arme Kirgisistan. Im Januar 2006 schloss die Kirgisische Republik mit der Islamischen Republik Pakistan ein Abkommen über die Konvertierung der Schulden Kirgisistans an Pakistan in Fördermittel (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 26.06.2007).

Die Kooperation im Bereich der Bildung und Kultur stellt einen wichtigen Aspekt der kirgisisch-pakistanischen Beziehungen dar: Kirgisische Studenten studieren an pakistanischen Universitäten, kirgisische Beamte nehmen an verschiedenen Ausbildungsprogrammen in Pakistan teil und umgekehrt sind über 350 pakistanische Studenten an Universitäten in Bischkek, hauptsächlich an medizinischen Hochschulinstituten, eingeschrieben (vgl. Khwaja 2005: 9).

Im Juli 2006 war das Abkommen über die Errichtung des Luftverkehrs zwischen Kirgisistan und Pakistan abgeschlossen worden, das im Juni 2007 vom kirgisischen Parlament ratifiziert wurde (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 26.06.2007). Der Aufbau der Flugverbindung wäre ein bedeutender Schritt zur Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen.

Die Zusammenarbeit zwischen Islamabad und Bischkek findet auch auf der multilateralen Ebene statt, im Rahmen der Organisation Islamische Konferenz und der ECO – beide Staaten sind die Mitglieder dieser Organisationen – und der SCO, wo Pakistan seit dem 5. Juli 2005 einen Beobachterstatus hat. Genauso verhält es sich z.B. mit den quadrilateralen Abkommen: zwischen Pakistan, Kirgisistan,

Kasachstan und China über „*traffic in transit*“¹⁷⁷ (März 1995) und zwischen Pakistan, Kirgisistan, Afghanistan und Tadschikistan über den Bau der elektrischen Fernleitung (Mai 2006).

Auf Einladung der indischen Regierung besuchte im März 1992 der kirgisische Präsident Akajew zum ersten Mal offiziell **Indien**. Während des Besuches am 18. März wurden das Protokoll über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Kirgisischen Republik und der Republik Indien und die Gemeinsame Erklärung über die Prinzipien der indisch-kirgisischen Kooperation unterschrieben. Diese Dokumente machten den Anfang für die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Der Wunsch Indiens, sich in Zentralasien als „*a major player*“ zu etablieren (siehe dazu Kapitel 4.3.5) wurde von der kirgisischen Führung positiv betrachtet, weil sie die indische Verwicklung in die Region als ökonomisch vorteilhaft und für die Schwächung des Einflusses Russlands und Chinas als politisch nützlich ansieht. In diesem Zusammenhang schlug Bischkek den Beitritt Indiens in die SCO vor. (Vgl. Akbarzadeh 2003: 226; India stepping up diplomacy in Central Asia', unter: www.stratfor.info vom 09.08.2002)

Der militärtechnischen Zusammenarbeit zwischen Indien und Kirgisistan liegt das Memorandum über die Verständigung im Bereich der militärtechnischen Kooperation zugrunde. Die Aufträge der indischen Regierung für die Rüstungsproduktion werden von der transnationalen Korporation „*Dastan*“ in Kirgisistan durchgeführt (vgl. Toktomuschew 2001: 149). Nach den Ereignissen von Batken bot Indien seine Hilfe für die Satellitenaufnahmen der bestimmten Gebiete Kirgisistans an. Außerdem qualifizieren sich die Offiziere des kirgisischen Verteidigungsministeriums an den Militärakademien Indiens weiter.

Auch die handelsökonomischen Beziehungen entwickelten sich. Wenn 2002 das bilaterale Handelsvolumen zwischen Indien und Kirgisistan bei 6,7 Mio. US Dollar lag, so stieg es 2007 auf 9,7 Mio. US Dollar¹⁷⁸. Dieses Ausmaß ist aber im Vergleich zu den realen Möglichkeiten der Zusammenarbeit äußerst unbedeutend. Der Grund

¹⁷⁷ Mehr dazu unter: <http://www.pakistan.gov.pk/ministries/communication-ministry/media/Quad.pdf>

¹⁷⁸ Vgl. Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter www.customs.gov.kg

dafür ist das Infrastrukturproblem, u.a. der Mangel an bequemen Landtransitwegen. Es gibt erst seit Juni 1997 eine direkte Flugverbindung von Bischkek nach Delhi, einmal pro Woche, was für die Intensivierung der Kontakte offensichtlich ungenügend ist (vgl. Toktomuschew 2001: 149).

Aus Indien bekommt Kirgisistan Kredithilfe. Im Juni 1995 räumte die indische Regierung den Kirgisen einen 5 Mio. US Dollar Kredit für die Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe in Kirgisistan ein (vgl. Toktomuschew 2001: 147). 2006 gewährte Indien der Regierung der Kirgisischen Republik einen Grant in Höhe von 1,0 Mio. US Dollar für die Eröffnung des Indisch-Kirgisischen Zentrums der informativen Technologien (vgl. Aidraliev 2007). Die indischen Experten halfen bei der Ausarbeitung der Tourismusstrategie in Kirgisistan, und die indische Seite bot kirgisischen Studenten 5 Studienplätze jährlich am Institut für Tourismus und Management in der indischen Stadt Gwalior an (vgl. Toktomuschew 2001: 148-149). Kirgisische Unternehmer besuchten Indien zum Erfahrungsaustausch im landwirtschaftlichen Sektor und im Rahmen verschiedener Programme der Indian Technical and Economic Cooperation (ITEC) wurden kirgisische Fachleute ausgebildet.

Kirgisistan aktivierte auch seine kulturellen Kontakte zu Indien. Die Tage der indisch-kirgisischen Freundschaft, die man zweimal im Jahr in Bischkek veranstaltet, wurden zur Tradition. Außerdem wurden im Oktober 1997 indische Kulturtage in Kirgisistan und im März 1999 kirgisische Kulturtage in Indien organisiert. Der berühmte indische Schriftsteller Singh übersetzte das kirgisische Epos „*Manas*“ ins Hindi. Veröffentlicht wurde das Buch 1997. Ebenso wurde das älteste bekannte Epos Indiens „*Mahabharata*“ ins Kirgisische übersetzt (vgl. Toktomuschew 2001: 150).

6.2.4 Die Volksrepublik China

Die Beziehungen zur Volksrepublik China gehören zu den wichtigsten Aspekten der Außenpolitik Kirgisistans. Die vorrangige Stelle Chinas in der kirgisischen Außenpolitik ist mit Chinas wachsendem Gewicht in der Welt- und Regionalpolitik, seinem bedeutenden wirtschaftlichen und demographischen Potenzial und auch mit der unmittelbaren Nachbarschaft zur Kirgisischen Republik zu erklären. Die Entwicklung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit dieser Großmacht ist

eine notwendige Komponente der Gewährleistung der Sicherheit, eine wichtige Bedingung für die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit und auch für die Entwicklung der Verkehrswege in Richtung Süden und Osten.

Die Regierung der Volksrepublik China erkannte die Unabhängigkeit der Kirgisischen Republik am 27. Dezember 1991 an, und schon am 5. Januar 1992 wurden zwischen beiden Staaten die diplomatischen Beziehungen aufgenommen (vgl. Alamanov 2003: 142). Im Gemeinsamen Kommuniqué von 1992 über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen erkannte die Kirgisische Republik die Regierung der Volksrepublik China als die einzige legale Regierung Chinas an und Taiwan als einen untrennbaren Teil Chinas. In diesem Zusammenhang bestätigte Kirgisistan, dass es keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan aufnehmen wird (vgl. Toktomushev 2001: 131). Somit beruhten die kirgisisch-chinesischen Beziehungen seit den ersten Tagen der Herstellung der Kontakte zwischen beiden Ländern auf Prinzipien gegenseitigen Respekts und Vertrauens.

Im Mai 1992 errichtete China seine Botschaft in Bischkek und während des Besuchs des kirgisischen Außenministers in Beijing am 31. August 1993 wurde dort die Botschaft Kirgisistans eröffnet (vgl. Omarov 2003: 230-231). Der erste offizielle Besuch des kirgisischen Präsidenten Askar Akajew in China fand im Mai 1992 statt, bei dem die politische Zusammenarbeit mit dem großen Nachbar begann. Während des Besuchs wurden das Gemeinsame kirgisisch-chinesische Kommuniqué über die Prinzipien der Beziehungen zwischen beiden Staaten, und eine Reihe der Abkommen, die die rechtliche Basis für die Entwicklung der bilateralen Kooperation mit China legten, unterschrieben.

Die wichtigste Komponente der politischen Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und der Volksrepublik China in den 90-er Jahren war die vertragliche Regelung der Staatsgrenze: Kirgisistan teilt eine 1071,8 km lange Grenze mit der Volksrepublik China, hatte aber vom zaristischen Russland und von der Sowjetunion fünf Grenzabschnitte zu China (über 34 000 m²) geerbt, welche nie endgültig festgelegt worden waren (vgl. Omarov 2004). Die erfolgreiche Lösung dieses Problem war im Interesse der Verbesserung der bilateralen Kooperation zwischen Bischkek und Beijing auf dem militärpolitischen Gebiet erwünscht. Im Laufe der Verhandlungen von 1992 bis 1996 zwischen Kirgisistan und China wurde eine Vereinbarung über vier

von fünf Grenzabschnitten getroffen. Über das Uzengi-Kuush-Gebiet des Altai-Gebirges konnte man sich damals aber noch nicht einigen (vgl. Alamanov 2003: 144).

Zur Festigung der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Bischkek und Beijing trugen die Treffen der Staatsoberhäupter der Russischen Föderation, Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Chinas am 26. April 1996 in Schanghai und am 24. April 1997 in Moskau bei. Im Rahmen dieser Kontakte, aus denen die „*Shanghai Gruppe*“ hervorging, wurden ein Abkommen über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich und ein Abkommen über Truppenabbau entlang der gemeinsamen Grenzen zwischen China und den vier GUS-Staaten (Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan) unterzeichnet.

Eine große Rolle im Ausbau der kirgisisch-chinesischen Kontakte spielte der erste offizielle Besuch des Staatspräsidenten der Volksrepublik China Jiang Zemin in Bischkek im Juli 1996, bei dem die rechtliche Basis für die Zusammenarbeit ausgebaut wurde. Unter den von den Präsidenten der beiden Staaten unterzeichneten Dokumenten hatten die Gemeinsame Erklärung über die Grundlagen der freundschaftlichen Beziehungen und das Abkommen über die kirgisisch-chinesische Staatsgrenze eine wichtige Bedeutung (vgl. Toktomushev 2001: 132). Mit Abschluss dieses Abkommens regelte Kirgistan de jure zum ersten Mal in seiner Geschichte die Staatsgrenze zur Volksrepublik China, damals aber noch nicht endgültig: Das Uzengi-Kuush-Gebiet hatte im Abkommen über die kirgisisch-chinesische Staatsgrenze vom 4. Juli 1996 einen besonderen Status, über den die Verhandlungen fortgesetzt werden mussten (vgl. Alamanov 2003: 144). In der Gemeinsamen Erklärung wurde betont, dass die beiden Länder einander als befreundete Nachbarn betrachten und bereit sind, die langfristigen, stabilen, gutnachbarschaftlichen, freundschaftlichen Beziehungen auf der Basis des gegenseitigen Respekts der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, des gegenseitigen Nutzens, der Gleichberechtigung und der friedlichen Koexistenz zu regeln (vgl. Omarov 2003: 231).

Nach den kirgisisch-chinesischen Verhandlungen, die am 26. August 1999 in Bischkek stattfanden, unterzeichneten die Führer der beiden Länder das Abkommen

über das strittige Uzengi-Kuush-Territorium, laut dem 30% dieses Gebiets an China abgetreten werden sollten (vgl. Kerimbekova/Galitskii 2002: 131). 2000 trat Kirgisistan 1.270 km² an die VR China ab, aber erst 2003 bestätigte der Verfassungsgerichtshof Kirgistans die Verfassungsmäßigkeit des Gebietsabtritts (vgl. The World Factbook 2003). Oppositionspolitiker forderten sogar ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Akajew, der sich den Verlust des Uzengi-Kuush-Gebietes vom Parlament am 16. Mai 2002 hatte bestätigen lassen (vgl. Olcott 2003: 7). Sie verlangten sogar einen Widerruf des Grenzvertrages. Diese Frage ist aber juristisch gesehen formal abgeschlossen und international endgültig geregelt. Dass die Grenzregelungen einen derart schwierigen politischen Prozess erforderten, ist u.a. mit der Rolle der VR China verbunden, die historisch gesehen oft von Kirgisistan gefürchtet wurde.

Man kann also feststellen, dass der Kleinstaat Kirgisistan der Großmacht China gegenüber die Option „*defensive acquiescence*“ (dazu Kapitel 2.2.3.4) angewendet hat. Für Bischkek ging es um eine Konzession gegenüber seinem großen Nachbarn, der, was die Frage der Grenzregelung angeht, als Bedrohung perzipiert wurde. Die Motivation, sich anzupassen, lag in der Verhinderung einer negativen Sanktion, für den Fall, dass der Grenzkonflikt zwischen Kirgisistan und China nicht hätte beigelegt werden können. Hier gab die Kirgisische Republik nach, um auf anderen Gebieten ihre eigenen Ziele zu erreichen: die Aktivierung der wirtschaftlichen und insbesondere der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Beijing.

Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die kirgisisch-chinesischen Beziehungen im Juni 2002, als während des offiziellen Besuchs des kirgisischen Präsidenten Akajew in Beijing, von den zwei Staatsoberhäuptern der Vertrag über die gutnachbarschaftlichen Beziehungen, über Freundschaft und Zusammenarbeit unterzeichnet wurde. Die Kirgisische Republik war das dritte Land nach Russland und der Mongolei, mit dem China einen Vertrag auf solch hohem Niveau abgeschlossen hatte (vgl. Akajew 2004: 319). Insgesamt wurden 140 Abkommen unterschrieben, die alle Seiten der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit regeln (vgl. Slovo Kyrghyzstana vom 07.08.2007).

Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sind in der partnerschaftlichen kirgisisch-chinesischen Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Ein häufig diskutiertes Thema

waren die Transportprojekte im Sinne einer neuen „*Seidenstraße*“, die die beiden Staaten miteinander, sowie mit Europa, dem Fernen Osten und Ostasien verbinden sollen. Über 80 dieser Transportprojekte wurden zwischen China, Kirgisistan und Tadschikistan schon realisiert¹⁷⁹. Auch die Verwirklichung des Projekts des Aufbaus einer Eisenbahnlinie, die China über Kirgisistan und Usbekistan den Anschluss auf dem Landweg nach Europa ermöglichen soll, könnte ein geeignetes Instrument zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen werden.

Die rechtliche Basis für die kirgisisch-chinesischen wirtschaftlichen Beziehungen stellen die Abkommen zwischen den Regierungen der Kirgisischen Republik und der Volksrepublik China vom 6. Januar 1992 und vom 27. April 1998 dar, die alle Vorbedingungen für die erfolgreiche Zusammenarbeit erfüllt haben (vgl. Omarov 2003: 233). In der Zwischenzeit ist China nach Russland der bedeutendste Handelspartner der Kirgisischen Republik.

Tabelle 10: Entwicklung der kirgisisch-chinesischen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁸⁰

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	40,6921	53,7667	94,4588
2003	23,7634	104,3723	128,1357
2004¹⁸¹	32,90599	55,01279	87,91878
2005	31,64667	102,96349	134,61016
2006	38,93091	247,09784	286,02875
2007	74,86730	360,70681	435,57411

Zur weiteren Intensivierung der handelswirtschaftlichen Beziehungen sollte der Beitritt der Volksrepublik China am 11. Dezember 2001 zur Welthandelsorganisation, deren Mitglied Kirgisistan schon 1998 wurde, beitragen. Am 24. März 2000 unterzeichnete die Kirgisische Republik ein Protokoll, das das Verzeichnis der Zugeständnisse, die China Kirgisistan in Bezug auf die Zollgebühren und Tarifquoten

¹⁷⁹ Vgl. das Interview des kirgisischen Außenministers Karabajew mit der chinesischen Zeitung „*Wenhuibao*“ vom 10.07.2007

¹⁸⁰ Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

¹⁸¹ vom Januar 2004 bis September 2004

gewährt, festlegte (vgl. Koichuev 2007). China vereinbarte aber, bei seinem Beitritt in die WTO, eine lange Übergangsperiode, bis seine Verpflichtungen in dieser Organisation in Kraft treten. Deswegen wird der Beitritt Chinas in die WTO seine reale Wirkung auf die handelswirtschaftlichen Beziehungen zur Kirgisischen Republik erst auf lange Sicht zeigen.

Einen besonderen Bereich in den Beziehungen zwischen Kirgisistan und China stellt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der regionalen Sicherheit dar. Die Basis der sicherheitspolitischen Kooperation bildet die Wechselwirkung im Rahmen der SCO. Die Zusammenarbeit Kirgisistans mit China im Rahmen der SCO fing mit der Grenzregelung an und wurde später um folgende Punkte erweitert: gemeinsamer Kampf gegen internationalen Terrorismus, radikalen Extremismus, ethnischen Separatismus, organisiertes Verbrechen, Waffenschmuggel, Drogenhandel und Entwicklung der Wirtschaft (vgl. List 2006: 117-118). Mittlerweile wurde die SCO zum bedeuteten Faktor der Aufrechterhaltung der Stabilität in Zentralasien und der Welt; sie symbolisiert eine neue Konzeption der Sicherheit, die auf die Prinzipien multilateraler Kooperation, gegenseitigen Respekts und friedlicher Beilegung von Konflikte gegründet ist.

Das wesentliche Element der Gewährleistung der regionalen Sicherheit ist die koordinierte Position der Kirgisischen Republik und der Volksrepublik China in Bezug auf das Problem des uigurischen Separatismus in Xinjiang. Zwischen beiden Ländern bestehen mehrere Abkommen über die Behandlung der Uiguren. China fürchtet die Verbreitung separatistischen Gedankenguts und erwartet von der Kirgisischen Republik, den Uiguren kein Asyl zu gewähren, sondern an der Niederhaltung dieses Volkes mitzuarbeiten¹⁸². Im Dezember 2002 betonte der kirgisische Präsident Akajew, dass Kirgisistan die Politik der chinesischen Regierung gegenüber den uigurischen Separatisten nach wie vor voll unterstütze. Später, im November 2003, erklärte die Generalstaatsanwaltschaft der Kirgisischen Republik die Islamische Partei Ostturkestans zu einer internationalen terroristischen Organisation, deren Tätigkeit auf dem Territorium Kirgisistans untersagt ist.

¹⁸² Der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte (IHR) zufolge waren die Uiguren in der Kirgisischen Republik im Jahr 2006 zunehmender Diskriminierung, Belästigung und gezielter Verfolgung ausgesetzt (vgl. Bericht der IHR über Menschenrechte in der OSZE – Region 2007: 99).

Um die Gefahr des islamistischen Radikalismus in der Region (Mackerras 2003: 41) zu bannen, leistet China der Kirgisischen Republik Hilfe im sicherheitspolitischen Bereich: Unterstützung für Grenzüberwachung, militärische Unterstützung, militärische Ausbildung, Waffenverkauf und gemeinsame militärische Übungen. Als zwischen 1999 und 2001 die Sicherheitslage in Zentralasien, insbesondere im Ferghanatal, für Kirgisistan bedrohlich wurde, zeigte Peking Solidarität mit Bischkek und bot Hilfe bei der Aufrüstung der kirgisischen Armee (vgl. Omarov 2004).

Ein Interessengegensatz in den kirgisisch-chinesischen Beziehungen tauchte jedoch im Zuge der Militäroperationen in Afghanistan auf, in deren Folge auf kirgischem Territorium amerikanische Soldaten stationiert wurden und Bischkek anfangs, verstärkt mit Washington in Fragen der regionalen Sicherheit zu kooperieren. Die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Militärpräsenz der Amerikaner in Zentralasien erregte in Peking ernsthafte Besorgnis. Dieser Gegensatz wurde jedoch später durch eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit Kirgisistans im Rahmen der SCO beigelegt.

Das wichtigste Ereignis in den kirgisisch-chinesischen Beziehungen 2006 war der Staatsbesuch des Präsidenten Bakijew in China. Es ging dabei darum, die Atmosphäre wechselseitigen Vertrauens zwischen beiden Ländern wiederherzustellen, die nach der „*März-Revolution*“ in Bischkek 2005 getrübt worden war. Die Bereitschaft Beijings zur Wiederherstellung der Zusammenarbeit in vollem Umfang hing von der Position der kirgisischen Regierung in Bezug auf folgende Fragen ab:

- Das Taiwan-Problem;
- Der gemeinsame Kampf gegen uigurischen Separatismus, Extremismus und Terrorismus;
- Die Treue der kirgisischen Regierung gegenüber den früher unterzeichneten bilateralen politischen Abkommen und Verträgen und über die Grenzregelung;
- Die Stationierung des amerikanischen Luftstützpunktes in Kirgisistan.

Während seines Besuches in Beijing erklärte Bakijew offiziell, dass die neue kirgisische Regierung den früher abgeschlossenen Abkommen und Verträgen, auch

über die Grenzregelung, treu bleibe. In der von dem Staatspräsidenten Chinas Hu Jintao und dem kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew am 9. Juni 2006 unterzeichneten gemeinsamen Erklärung wurde die Position der kirgisischen Regierung in Bezug auf weitere Fragen deutlich gemacht: In der Erklärung bekräftigte Kirgisistan erneut seine „*Ein-China-Politik*“, darüber hinaus betonten beide Seiten, dass Terrorismus, Separatismus und Extremismus nach wie vor die Hauptgefahr für Sicherheit und Stabilität in der Region darstellen. Der Kampf gegen die „*ostturkestanischen*“ Terroristen sei ein wichtiger Bestandteil des internationalen Antiterrorkampfes (vgl. China.org.cn vom 12. 06.2006).

Auch die Frage des amerikanischen Luftstützpunktes in Kirgisistan in unmittelbarer Nähe zur chinesischen Grenze war ein wichtiger Tagesordnungspunkt bei den Verhandlungen Bakijews in Beijing. Die chinesische Führung sprach sich für Einschränkung der Stationierung des amerikanischen Militärs in Manas und gegen die Erweiterung seines Mandates außerhalb des Rahmens der antiterroristischen Operation in Afghanistan aus. Beijing konnte die kirgisische Seite von seiner Position überzeugen und sich deren Unterstützung sichern. In der gemeinsamen Erklärung hieß es bezüglich dieser Frage, dass Einmischungen von Drittländern, die die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität einer Seite verletzen, nicht geduldet werden. Ebenso wenig wird die Gründung von Organisationen und Gemeinschaften auf dem Territorium einer Seite akzeptiert, die die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität der anderen Seite verletzen (vgl. China.org.cn vom 12. 06.2006).

Beijing bestätigte ausdrücklich die Unterstützung der von der Kirgisischen Republik unternommenen Bemühungen für den Schutz der Unabhängigkeit, der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität, für die Festigung der inneren Stabilität. Weiterhin soll die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gefördert werden. China wertete den Beitrag Kirgisistans zur Gewährleistung der Sicherheit, der Stabilität und zur Entwicklung der Zusammenarbeit in Zentralasien als positiv.

Für die sicherheitspolitisch orientierte kirgisische Außenpolitik existieren zurzeit keine politischen Hindernisse, die dieses Verhältnis belasten könnten. Im Gegenteil sind die Positionen beider Länder in Fragen der regionalen Sicherheit sehr ähnlich. Kirgisistan und China sehen im internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus und Separatismus die größten Herausforderungen für die Sicherheit der Region.

Aber wie der ehemalige kanadische Ministerpräsident Trudeau einmal sagte: *„Für die Maus ist es ungemütlich, mit einem Elefanten zusammen im Bett zu sein, selbst wenn es ein sehr lieber Elefant ist“* (zit. nach: Prinz Nikolaus von Liechtenstein 2004: 196). Es wird in Kirgisistan viel darüber spekuliert, dass der große und wirtschaftlich mächtige Nachbar China mit seiner starken demographischen und wirtschaftlichen Expansion eine Gefahr des Verlustes staatlicher Souveränität der kleinen Kirgisischen Republik darstellt.

6.2.5 Chancen im multilateralen Rahmen: die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO), Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia (CICA), die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die Asiatische Bank für Entwicklung und die Islamische Bank für Entwicklung

Eines der Prinzipien der kirgisischen Außenpolitik ist die Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen Ländern sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene. Insbesondere in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit bot eine multilaterale Kooperation Kirgisistan zusätzliche Möglichkeiten, zu anderen Ländern Kontakte aufzubauen bzw. zu festigen sowie die Chance, die auf bilateraler Ebene nicht realisierbaren Projekte, im multilateralen Rahmen zu verwirklichen. Heute ist Kirgisistan Mitglied in vielen multilateralen Institutionen des eurasischen Kontinents. Die wichtigsten davon sind SCO¹⁸³, ECO, CICA und OIK. Im Folgenden werden die Teilnahme, Position und Politik der Kirgisischen Republik innerhalb dieser Organisationen untersucht.

6.2.5.1 Economic Cooperation Organization

Die Economic Cooperation Organization (ECO) ist eine regionale Institution, in der Kirgisistan auf multilateraler Ebene mit anderen asiatischen Ländern zusammenarbeitet. Sie wurde als Nachfolgeorganisation der vom Iran, Pakistan und der Türkei 1964 gegründeten Organisation Regionale Zusammenarbeit für Entwicklung (engl. Regional Cooperation for Development, RCD) errichtet. Die RCD hatte das Ziel, zur Entwicklung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen dieser Länder beizutragen. Die vertragsrechtliche Grundlage dieser Organisation wurde

¹⁸³ Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) wird in Kapitel 6.4.6.4 untersucht.

1977 mit dem Izmir-Vertrag geschaffen. Im Januar 1985 wurde die RCD durch eine Revision des Izmir-Vertrages in die ECO umgewandelt. Die ECO verfolgt das Ziel, die multilaterale regionale Wirtschafts- und Handelskooperation zu fördern, um nachhaltige sozioökonomische Entwicklung in den Mitgliedstaaten zu ermöglichen.¹⁸⁴

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand für die Kirgisische Republik die Möglichkeit, an diesem Kooperationsprojekt teilzunehmen. Zu Beginn der staatlichen Unabhängigkeit stellte ECO für Kirgisistan neben der GUS die einzige Möglichkeit zur überregionalen Zusammenarbeit dar und erschien als gute Alternative zur alten Ausrichtung der Handelsbeziehungen auf den Norden, d.h. zur ökonomischen Abhängigkeit von Russland (vgl. Halbach, U. 1994: 3).

Die Kirgisische Republik wurde in ihrem Anliegen, Mitglied der ECO zu werden, von den Gründungsländern unterstützt, die selbst auch starkes Interesse an der Erweiterung der Organisation hatten. Kirgisistan wurde am 28. November 1992 in die ECO aufgenommen. Mit zehn Mitgliedstaaten (Iran, Pakistan, die Türkei, Afghanistan, Aserbaidshan, Kirgisistan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan) und einer Gesamtbevölkerung von heute über 350 Millionen Menschen, war aus einer ökonomisch relativ unbedeutenden Regionalorganisation Struktur, einer der größten ökonomischen Zusammenschlüsse entstanden. Somit bot die ECO Kirgisistan einen attraktiven regionalen Markt. Mit seiner Teilnahme an der Arbeit der Organisation verband Bischkek auch die Hoffnung auf die Diversifizierung seiner Handelsbeziehungen und die Entwicklung neuer Transportkorridore. Die Intensität der ersten Begegnungen im Rahmen der ECO und die Versprechungen über die wirtschaftliche Kooperation seitens der Gründungsländer bekräftigten diese Hoffnungen. War das erste Treffen in Teheran im Februar 1992 dem Meinungsaustausch zwischen „alten“ und „neuen“ Mitgliedsstaaten gewidmet, wurden beim nächsten Treffen in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabad im Mai desselben Jahres diverse Vereinbarungen unterzeichnet, die vor allem wirtschaftliche Fragen betrafen (vgl. Inomjonov 2005: 283).

Die multidimensionale regionale Kooperation mit dem Ziel des wirtschaftlichen Wachstums und der erfolgreichen Integration in die Weltwirtschaft konzentriert sich auf folgende Bereiche: Handel, Investitionen, Transport, Kommunikation, Energie,

¹⁸⁴ Vgl. offizielle Homepage der Organisation <http://www.ecosecretariat.org>

mineralische Rohstoffe, Umwelt, Landwirtschaft, Industrie und Drogenkontrolle (List 2004: 191). Der andauernde Bürgerkrieg in Afghanistan und die unterschiedlichen Positionen der ECO-Mitgliedstaaten gegenüber diesem Konflikt stellten aber ein großes Hindernis bei der Herstellung der Handelsbeziehungen dar und erschwerten die Realisierung der einschlägigen Pläne. Die Eroberung der Macht durch die Taliban-Bewegung paralyisierte die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Pakistan und den zentralasiatischen Ländern (vgl. Inomjonov 2005: 284).

Die Arbeitsfähigkeit der Organisation wurde außerdem durch Kompetenzgerangel zwischen den beiden mächtigsten Staaten – Türkei und Iran – um Einflussnahme innerhalb der Organisation und um die Frage erschwert, welche Richtung künftig eingeschlagen werden soll (vgl. De Cordier 1996: 53f.), ebenso durch die unterschiedliche Wahrnehmung der Herausforderungen für die regionale Sicherheit, durch fehlende Finanzmittel zur Verwirklichung der gemeinsamen Wirtschaftsprojekte und schließlich durch unterschiedliche außenpolitische Orientierungen (vgl. Gomaa 2003). So nimmt die ECO im gegenwärtigen außenpolitischen Konzept Kirgisistans in Bezug auf regionale Kooperationsprojekte keine bedeutende Rolle ein.

6.2.5.2 Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia

Der kasachische Präsident Nasarbajew schlug während seiner Rede in der Hauptversammlung der UNO im September 1992 die Bildung einer einheitlichen kontinentalen Organisation zur Sicherheit und Zusammenarbeit, die analog der OSZE auf dem asiatischen Kontinent tätig werden könnte. Er nannte dieses Forum *“Conference on Interaction and Confidence-building Measures in Asia”* (CICA)¹⁸⁵. Der Prozess der Errichtung einer solchen Struktur sollte nach Nasarbajew stufenweise in vier Phasen in Gang gesetzt werden:

- Ausarbeitung und Durchführung von CICA.
- Institutionalisierung der CICA nach Vorbild von OSZE, Aktivierung der Tätigkeit von CICA, Erweiterung der Zahl ihrer Mitglieder.

¹⁸⁵ Vgl.: Vystuplenie prezidenta respubliky Kazahstan N. A. Nazarbaeva na 47-i sessii generalnoi assamblei OON, zit. in: Tokaev 2003: 463.

- Konstituierung, Entwicklung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen den ständigen Organen von CICA und OSZE sowie die Gründung transkontinentaler Strukturen für bestimmte Bereiche.
- Gründung einer transkontinentalen Conference on Interaction and Confidence- building Measures in Eurasien (CICEA), die zur Bildung von Kooperationsmechanismen zwischen den kontinentalen Systemen von Asien, Europa, Afrika und Amerika führen könnte und als Basis zur Formierung eines einheitlichen Weltsystems der Sicherheit und Zusammenarbeit dienen würde. (Vgl. Inomjonov 2005: 279-280)

Der erste große Durchbruch wurde am 14. September 1999 erreicht, als sich die Außenminister von 15 Staaten (zentralasiatische Länder, ausgenommen Turkmenistan, Afghanistan, Aserbaidshan, Ägypten, China, Indien, Iran, Israel, Pakistan, Palästina, Türkei und Russland) in Almaty trafen und die *„Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States“* unterzeichneten. Folgende Prinzipien sollten demzufolge die Beziehungen zwischen den CICA Staaten bestimmen:

“I. Sovereign equality, respect for the rights inherent in sovereignty.

II. Refraining from the threat or use of force.

III. Territorial integrity of the member-state.

IV. Peaceful settlement of disputes.

V. Non-interference in internal affairs.

VI. Disarmament and Arms Control.

VII. Economic, social and cultural cooperation.

VIII. Human rights and fundamental freedoms.”¹⁸⁶

Vom 3.-5. Juni 2002 fand in Almaty das erste Gipfeltreffen der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien statt. Erstmals kamen die Staats- und Regierungschefs von 16 eurasischen Staaten zusammen (seit 2001 gehörte auch die Mongolei als Vollmitglied dieser Organisation an), um ihren politischen Willen und ihr Interesse an einer gemeinsamen Suche nach Möglichkeiten kundzutun, Frieden und Stabilität im asiatischen Raum zu festigen. Die

¹⁸⁶ Conference on Interaction and Confidence building measures in Asia, Declaration on Principles Guiding Relations between CICA Member-States, Signed on the meeting of CICA ministers for foreign affairs on September 14, 1999 in Almaty, unter: http://www.mfa.kz/english/cica_declaration.htm

auf dem Gipfeltreffen verabschiedeten Schlussdokumente – der „*Almaty Act*“ und die CICA-Gipfelerklärung zur Bekämpfung von Terrorismus und zur Förderung des Dialogs zwischen den Nationen – waren der erste Schritt auf dem Wege zum Erreichen dieser Ziele und legten das Fundament zur Verbesserung der Außenbeziehungen innerhalb Asiens.

Zum zweiten Gipfeltreffen der CICA trafen sich die Vertreter 16 asiatischer Staaten am 17. Juni 2006 in Almaty. Die Teilnehmer erarbeiteten und unterzeichneten eine Erklärung der Ziele und Aufgaben der Konferenz, die insgesamt 25 Punkte beinhaltete. Die Verurteilung von Terrorismus und Separatismus stand auch dieses Mal ganz oben auf der Liste. Der Katalog war mannigfaltig – vom transnationalen organisierten Verbrechen über die Bedrohung durch Massenvernichtungs- und Nuklearwaffen, bis hin zu Energiesicherheit, der Tourismusförderung entlang der Seidenstraße und Gesundheitspolitik (vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 14.07.2006). In der Erklärung wurde weiter festgehalten, dass Thailand und Südkorea als Vollmitglieder in die CICA aufgenommen werden. Damit ist die Zahl der CICA-Mitglieder auf 18 gestiegen (vgl. China.org.cn vom 19.06.2006).

Es gibt viele Anzeichen dafür, dass die CICA Erfolg haben könnte, weil die Idee, diese Organisation zu gründen, sich der Unterstützung von Ländern erfreut, die 90% des asiatischen Territoriums einnehmen, und mit einer Bevölkerungszahl von 3 Milliarden Menschen ungefähr die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung ausmachen. Die CICA-Staaten verfügen zusammen über rund 40% der weltweiten Erdölvorkommen. Das BIP dieser Länder beträgt ungefähr 20 Billionen US-Dollar.

Der Kleinstaat Kirgisistan liegt in einem politisch explosiven Teil der Welt, im sogenannten geopolitischen "*Unsicherheitsgürtel*". Deswegen wird jeder konstruktive Vorschlag, der zur Stabilisierung der Sicherheitslage und zur Festigung des Vertrauens in dieser Region durch die Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems einen Beitrag leisten kann, von der Kirgisischen Republik unterstützt. Die Reaktionen aus Bischkek auf die Initiative des kasachischen Präsidenten waren sehr optimistisch. Kirgisistan, das unbeirrbar den Weg der friedlichen Entwicklung gehen und gemeinsam mit allen asiatischen Ländern ein harmonisches Asien mit dauerhaftem Frieden und gemeinsamer Prosperität aufbauen will, hat die Idee Nasarbajews stark unterstützt (vgl. Toktomushev 2001:

52). Die Vertreter des kirgisischen Außenministeriums haben während der vorbereitenden Sitzungen eine konstruktive Position eingenommen und der kirgisische Staatschef hat alle Dokumente der CICA unterzeichnet.

Aber schon die große Heterogenität der Teilnehmerstaaten des neuen Forums offenbarte seine Grenzen zur Schaffung einer regionalen Sicherheitsstruktur: die Rivalen Indien und Pakistan tragen dazu bei, den CICA-Prozess zu erschweren; ein akutes Konfliktpotential beinhaltet die gleichzeitige Mitgliedschaft von Israel und Palästina; weiterhin existieren Spannungen auch zwischen einzelnen zentralasiatischen Staaten. Im gegenwärtigen Rahmen von 18 äußerst heterogenen, teils verfeindeten Teilnehmern und einer sehr lockeren institutionellen Struktur erscheint die Durchschlagskraft sehr beschränkt. (Vgl. List 2004: 201)

6.2.5.3 Organization of Islamic Conference

Im Kreis der neuen islamischen Länder, die früher zur UdSSR gehörten, spielt die Zugehörigkeit des Landes zur islamischen Welt in der kirgisischen Außenpolitik wohl die geringste Rolle. In diesem Zusammenhang ist die Erklärung des kirgisischen Präsidenten Akajew während seines offiziellen Besuches 1993 in Israel besonders bemerkenswert. Nicht genug, dass er der zweite Staatschef eines muslimischen Landes (nach dem ägyptischen Präsidenten Muhammad Anwar as-Sadat) war, der Israel besuchte, beteuerte Akajew auch, dort eine kirgisische Botschaft eröffnen zu wollen. Die Mitgliedschaft der Kirgisischen Republik in allen islamischen Organisationen ist hauptsächlich den Wunsch nach Krediten und Finanzhilfe, z.B. von der Islamischen Bank gerichtet.

Die Islamische Konferenz ist eine regionale Organisation, die 1971 in Jiddah, in Saudi-Arabien, gegründet wurde. Sie ist ein lockerer Zusammenschluss von 57 Ländern mit einer nennenswerten islamischen Bevölkerung, darunter z.B. die meisten arabischen Staaten, die PLO (engl. Palestine Liberation Organization), Albanien, die Türkei und alle zentralasiatischen Staaten.¹⁸⁷ Ziel der OIC ist die kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche und soziale Zusammenarbeit zwischen

¹⁸⁷ Vgl. offizielle Homepage der Organisation, unter: <http://www.oic-oci.org/oicnew/home.asp>

islamischen Staaten, der Schutz des islamischen Erbes und Glaubens sowie der Heiligen Stätten (mehr dazu Schubert/Klein 2006).

Wichtig sind zahlreiche Tochterorganisationen der OIC, im kulturellen Bereich die Islamische Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft (engl. Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization, ISESCO), deren Aufgabe es ist, die islamische Lehre in den Curricula des Bildungswesens muslimischer Staaten zu verankern und die islamische Kultur vor der kulturellen Invasion aus dem Westen zu schützen. Ökonomisch von Bedeutung ist die Islamische Entwicklungsbank (engl. Islamic Development Bank, IDB). Politische Arbeit leistet das al-Quds Komitee, das die Lage der heiligen Stätten beobachten und die Aktivitäten zur Befreiung von Jerusalem koordinieren soll. Saudi-Arabien versucht, mittels der OIC seinen Einfluss auf die islamischen Staaten zu verstärken, ärmere Länder sehen in ihr eine Möglichkeit, Unterstützung und Hilfe zu erhalten (vgl. Elger/Stolleis 2001).

Auch für Kirgisistan war eines der Hauptmotive für seinen Beitritt in die OIC im Dezember 1992 die Notwendigkeit der ökonomischen Zusammenarbeit, mit dem Ziel neue Möglichkeiten für die Durchführung wirtschaftlicher Reformen zu finden und die schwere ökonomische Lage in der Republik zu überwinden. Die Teilnahme Kirgisistans an den Foren der OIC bietet dem Land die Möglichkeiten der Ausweitung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den führenden Ländern der islamischen Welt. Von zahlreichen Organisationen der OIC ist für Kirgisistan die Islamische Bank für Entwicklung von besonderer Bedeutung.

6.2.5.4 Die Asiatischen Finanzorganisationen

Im November 1993 wurde Kirgisistan Mitglied der **Islamischen Bank für Entwicklung** (IBE), einer asiatischen Finanzorganisation, die mit ihren Geldern die marode kirgisische Wirtschaft unterstützen sollte. In der Zwischenzeit wurden von der Islamischen Bank für Entwicklung sechs Projekte der technischen Hilfe und vier Projekte der speziellen Hilfe in Gesamthöhe von 3,059 Mio. US Dollar erarbeitet. Außerdem billigte die IBE sechs Kredite in Höhe von 43,61 Mio. US Dollar¹⁸⁸. Die meisten Projekte wurden im Transport- und Energiesektor realisiert. Ein neues

¹⁸⁸ http://www.president.kg/president/out_politic/donors_rv/

wichtiges Projekt ist die Einführung der islamischen Prinzipien der Finanzierung in das kirgisische Banksystem (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 27.07.2007), das zur Intensivierung der Kontakte zwischen der Kirgisischen Republik und der IBE beitragen könnte.

Die wichtigste asiatische Finanzinstitution, die mit ihren Mitteln den wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess in der Kirgisischen Republik unterstützt, ist die **Asiatische Bank für Entwicklung** (engl. Asian Development Bank, ADB). Sie ist die größte internationale Finanzinstitution des asiatischen Kontinents¹⁸⁹. Kirgisistans Mitgliedschaft in der ADB erfolgte im Jahre 1994, im April 2000 eröffnete die Bank ihre ständige Mission in Bischkek. 1997 initiierte die ADB ihr „*Central Asia Regional Economic Cooperation*“ (CAREC) Programm, mit dem Ziel, durch Förderung der ökonomischen Kooperation in den Bereichen Transport, Handel und Energie, das wirtschaftliche Wachstum zu verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung in der Region zu erhöhen. Das CAREC-Programm involviert außer Kirgisistan noch Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan und China. Weitere Teilnehmer sind Aserbaidschan und die Mongolei (2002) und Afghanistan (2005). Seit 1994 vergab die ADB 25 Darlehen in Gesamthöhe von 604 Mio. US Dollar an Kirgisistan und leistete technische Hilfe in einer Höhe von 37,2 Mio. US Dollar¹⁹⁰.

6.3 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik gegenüber ihren Nachbarn in Zentralasien

Der Schwerpunkt des außenpolitischen Interesses der Kleinstaaten liegt natürlicherweise auf der intensiven Pflege der Beziehungen zu den geographisch unmittelbar benachbarten Staaten (vgl. Jansen 2001: 171f.).

„Mit einem guten Verhältnis zu den Nachbarstaaten lassen sich auch die beschränkten außenpolitischen Kapazitäten ein wenig kompensieren: Der Kleine braucht Anwälte auf der größeren diplomatischen Bühne und wird sich dabei in der Regel vor allem auf die Nachbarn verlassen können.“ (Prinz Nikolaus von Liechtenstein 2004: 196)

So spielt sich kleinstaatliche Außenpolitik eher in kleineren Kreisen ab und ist von

¹⁸⁹ Die Asian Development Bank wurde 1966 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche Transformation und Entwicklung der asiatischen Länder zu unterstützen. Gegenwärtig sind 67 Staaten Mitglieder der Bank. Der Hauptsitz der ADB ist Manila.

¹⁹⁰ vgl. die offizielle Homepage von ADB, unter: <http://www.adb.org/KyrgyzRepublic/default.asp>

Natur aus weniger global veranlagt. Der Nachbarschaftspolitik wird von einem Kleinstaat ein sehr hoher Stellenwert eingeräumt. Deswegen gehörte die Neuregelung der Beziehungen zu den Nachbarn in der zentralasiatischen Region zu den schicksalhaften Fragen der Außenpolitik Kirgisistans in der Anfangsphase der staatlichen Selbstständigkeit. Im Folgenden werden die Entwicklung und der gegenwärtige Zustand der kirgisischen Beziehungen zu Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan sowohl im bilateralen Rahmen, als auch auf multilateraler Ebene näher betrachtet.

6.3.1 Kasachstan

Bischkek und Astana haben eine solide rechtliche Grundlage für die Zusammenarbeit geschaffen, die aus bisher über 150 unterschriebenen Verträgen und Abkommen zwischenstaatlichen Charakters besteht¹⁹¹. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Kirgisistan und Kasachstan wurden am 15. Oktober 1992 aufgenommen. Die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden in einem Abkommen *„Über die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung“* vom 8. Juli 1993 festgelegt, das als solide Basis für die frühe Phase der guten nachbarschaftlichen Beziehungen diente (vgl. Toktomuschew 2001: 50-51). Die andere wichtige Rechtsgrundlage für die kirgisisch-kasachischen Beziehungen stellt der Vertrag *„Über ewige Freundschaft zwischen der Republik Kasachstan und der Kirgisischen Republik“* dar, der im April 1997 von den beiden Staatspräsidenten Akajew und Nasarbajew unterzeichnet wurde.

Eine positive Rolle bei der Schaffung einer vertraulichen Atmosphäre in den kirgisisch-kasachischen Beziehungen spielte der Verzicht der Republik Kasachstan auf den Besitz von Atomwaffen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besaß neben Russland, der Ukraine und Weißrussland auch Kasachstan ein Atomwaffenarsenal. Für Bischkek war es von großer Bedeutung, dass die zentralasiatische Region eine atomwaffenfreie Zone blieb. Verfügte einer der Staaten der Region über Kernwaffen, hätte dies das strategische Gleichgewicht in Zentralasien erheblich belastet. Aus diesen Gründen war auch eine der ersten

¹⁹¹ Vgl. Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kazakhstan: Cooperation of the Republic of Kazakhstan with Kyrgyz Republic, 22.02.2008, unter: <http://portal.mfa.kz>

außenpolitischen Initiativen Kirgisistans, Zentralasien zur kernwaffenfreien Zone zu erklären. Kasachstan hat diese Initiative unterstützt (vgl. Toktomushev 2001: 52). In Bezug auf die regionale Kooperation waren und sind die Positionen beider Länder identisch. Kirgisistan und Kasachstan nehmen an einer regionalen Integration aktiv teil.

Während des staatlichen Besuchs des ehemaligen Präsidenten Kirgisistans Akajew in Kasachstan vom 15. - 16. Dezember 2001 wurde der wichtige Vertrag über die Delimitation der Staatsgrenze zwischen der Kirgisischen Republik und der Republik Kasachstan unterzeichnet (vgl. Semenjak 2007). Das zeigt, dass es zwischen Kirgisistan und Kasachstan keine großen territorialen Differenzen gibt. Ende 2003 wurden die kirgisisch-kasachischen Beziehungen auf ein neues Niveau gehoben. In der kasachischen Hauptstadt Astana unterzeichneten Akajew und Nasarbajew am 26. Dezember den „*Vertrag über Alliierte Beziehungen*“ zwischen ihren Ländern (vgl. Akaev 2004: 344). Im April 2007 besuchte der kasachische Präsident Bischkek. Bakijew und Nasarbajew gaben eine gemeinsame Erklärung ab, in der zu einer Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aufgerufen wurde. Es sollte eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen, Drogenhandel und illegaler Einwanderung geben. Das wichtigste Ergebnis des Besuchs war die Bildung des Obersten Zwischenstaatlichen Rates, der zur Koordinierung der umfangreichen Zusammenarbeit zwischen beiden Republiken einberufen werden sollte.

Die kulturell-humanitären Kontakte befinden sich auf einem hohen Niveau: In beiden Republiken werden regelmäßig nationale Ausstellungen, Konzerte, internationale wissenschaftliche Konferenzen, Symposien und Seminare veranstaltet. Man feierte zusammen das 100-jährige Jubiläum des kasachischen Schriftsteller Auesow, das 175-jährige Jubiläum des kasachischen Volkskomponisten Kurmangazy, das 150-jährige Jubiläum des berühmten kasachischen Dichters, Schriftstellers und Denkers Abai, das 150-jährige Jubiläum des kasachischen Schriftstellers Schambyl, das 1000-jährige Jubiläum des kirgisischen Epos „*Manas*“ und die Jubiläen der kirgisischen Schriftsteller Tokombajew und Aitmatow. Im Mai 2006 wurden in Kasachstan Kulturtage Kirgisistans organisiert.

Die gegenwärtige Bilanz der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kirgisistan und Kasachstan kann als sehr befriedigend bewertet werden.

Tabelle 11: Entwicklung der kirgisisch-kasachischen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁹²

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	37,0926	111,9428	149,0354
2003	65,1720	153,7556	218,9276
2004¹⁹³	68,06398	144,42975	212,49373
2005	115,55294	170,67781	286,23075
2006	163,48578	195,02507	358,51085
2007	206,17936	305,97250	512,15186

Durch seine wirtschaftliche Stärke verfügt Kasachstan über das Potenzial, um als Geberland umfangreicher humanitärer Hilfe aufzutreten. Während seines offiziellen Besuchs in Bischkek im April 2007 bot der kasachische Präsident der Kirgisischen Republik, deren Wirtschaft sich in einer schwierigen Phase befindet, 100 Mio. US Dollar an humanitärer Hilfe sowie Weizen- und Brennstofflieferungen an. Kasachstan ist auch ein aktiver Investor in die Wirtschaft Kirgisistans. Was den gesamten Umfang seiner Investitionen betrifft, nimmt es den ersten Platz unter 49 ausländischen Investorländern ein. Während des offiziellen Besuchs des kirgisischen Präsidenten Bakijew in Kasachstan im Juli 2006 versicherte Nasarbajew seinem Amtskollegen, dass er das kasachische Business zu Investitionen in die Wirtschaft der Kirgisischen Republik ermuntert. Konkrete Vereinbarungen über kasachische Investitionen in die Hydroenergetik, Bergbauindustrie, das Kommunikationssystem und den Tourismus wurden in Astana getroffen. 2006 investierte Kasachstan 56,2 Mio. US Dollar in die kirgisische Wirtschaft¹⁹⁴. In Kirgisistan funktionieren über 400 kirgisisch-kasachische Jointventures mit kasachischem Kapital. Sie sind im Bereich des Gastransports („KyrKazGaz“), in der Energiewirtschaft, in der Produktion von Baumaterialien (Fabrik für Baumaterialien in Tokmok, Zement-Schieferkombinat in Kant), in der Industrie (Antimon-Bergwerk in Kadamdschai, Gold-Bergwerk in

¹⁹² Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

¹⁹³ vom Januar 2004 bis September 2004

¹⁹⁴ vgl. die offizielle Homepage des kasachischen Außenministeriums, unter: <http://portal.mfa.kz/portal/page/portal/mfa/ru/content/policy/cooperation/CIS/06> (22.02.2008)

Taldybulak Lewobereschnyi), im Banksektor (*“Kazkommerzbank”, “Halyk bank”, “Temirbank”, “ATF bank”*) usw. tätig.

Nach den bilateralen Verhandlungen über die Entwicklung der kirgisisch-kasachischen Kooperation in Bischkek im Juli 2007 haben Kirgisistan und Kasachstan beschlossen, einen gemeinsamen Investitionsfonds in Höhe von 120 Mio. US-Dollar zu bilden, um die kirgisische Wirtschaftsentwicklung zu fördern. Entsprechend den getroffenen Vereinbarungen sollte der Anteil Kasachstans am Investitionsfonds 100 Mio. US Dollar ausmachen und Kirgisistan verpflichtete sich seinerseits, den übrigen Geschäftsanteil einzuzahlen (vgl. itar-tass/russland.RU vom 11.07.2007). Die Gründung des Investitionsfonds bedeutete keinen Kredit für Kirgisistan, denn es handelt sich um zinsfreie, nicht rückzahlbare Investitionen, die dem Zweck der Entwicklung kirgisischer Wirtschaft dienen werden. Einerseits erweitern sich damit die Kooperationsmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich, andererseits bietet aber die Präsenz der kasachischen Investoren in Kirgisistan Konfliktpotenzial, weil viele Fragen über den Schutz der Investorenrechte und die mögliche Gewährung von Präferenzbedingungen entstehen (vgl. Bekbolotov 2006).

Mit der Steigerung des Wohlstandes in Kasachstan nimmt die Tendenz der Arbeitsmigration von Kirgisen nach Kasachstan zu. Viele lassen sich auf der Suche nach Arbeit im nördlichen Nachbarland nieder. Zurzeit arbeiten in Kasachstan bis zu 80 000 legale Migranten und noch mehr illegale Migranten aus Kirgisistan (vgl. Nachrichtenagentur Kabar vom 19.12.2005). Die gewaltsame Deportation von kirgisischen Migranten, der Einsatz der Arbeitsmigranten auf Tabakplantagen im Süden Kasachstans unter schweren Verletzungen der Menschenrechte schufen auch Konfliktpotenzial zwischen Kasachstan und Kirgisistan (vgl. Bekbolotov 2006).

Einen traditionellen Interessenkonflikt zwischen Kasachstan und Kirgisistan bildet die gegenseitig vorteilhafte Verwaltung der Wasserressourcen. Kasachstan, dessen Territorium sich in einer trockenen Zone befindet, ist im Sommer von kirgisischem Wasser abhängig. Astana und Bischkek konnten bestimmtes Maß an gegenseitigem Verständnis auf dem Gebiet der gemeinsamen und rationalen Nutzung der Wasserressourcen erreichen. Nach den Ergebnissen von bi- und multilateralen Treffen erhält nun Kirgisistan dafür, dass es den Zufluss regelt und Wasser liefert, Öl und Kohle als Entschädigung aus Kasachstan.

Unter den Brüdern in einer großen Familie herrscht meist ein unterschiedliches Maß an Vertraulichkeit und enger Freundschaft. In der regionalen zentralasiatischen Bruderschaft stehen die Kasachen den Kirgisen am nächsten. Dazu äußerte sich der erste kirgisische Staatspräsident Akajew wie folgt: *„Wir (Kirgisistan und Kasachstan) sind tatsächlich die freundschaftlichsten von den Brüdern in Zentralasien“* (Akaev 2004: 343).

6.3.2 Usbekistan

*„Ein schlechter Friede ist besser als ein guter Krieg“
Russisches Sprichwort*

Die Anfangsphase der kirgisisch-usbekischen Beziehungen war durch einen ethnischen Konflikt im südkirgisischen Osch im Juni 1990 stark belastet (siehe dazu: Bozdag 1991). Deswegen wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der Kirgisischen Republik und Republik Usbekistan erst am 16. Februar 1993 aufgenommen. Durch intensive Kontakte der beiden Präsidenten Askar Akajew und Islam Karimow und regelmäßige Staatsbesuche, von denen einer im Januar 1994 unmittelbar in der Unruhestadt Osch stattgefunden hatte, konnte allerdings die angespannte Atmosphäre in den interethnischen Verhältnissen beruhigt werden. Der Anschluss Kirgisistans im April 1994 an den Vertrag über den gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum zwischen Usbekistan und Kasachstan war ein weiterer wichtiger Faktor auf dem Weg der Verbesserungen der bilateralen Beziehungen zwischen Taschkent und Bischkek. (Vgl. Inomjonov 2005: 174)

Zugleich wurde eine solide rechtliche Basis für die Aufrechterhaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen geschaffen. In den vergangenen 16 Jahren der Selbständigkeit wurden zwischen Kirgisistan und Usbekistan mehr als 184 Abkommen und Verträge unterzeichnet¹⁹⁵. Das am 24. Dezember 1996 von beiden Staatspräsidenten unterschriebene Abkommen *„Über ewige Freundschaft zwischen der Kirgisischen Republik und der Republik Usbekistan“* ist das wichtigste Dokument in der Geschichte der kirgisisch-usbekischen Beziehungen und sollte als feste Grundlage für die vertrauensvolle Zusammenarbeit dienen. Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt die Bilanz der kirgisisch-usbekischen bilateralen Beziehungen eher negativ; sie erweisen sich gegenwärtig als eines der schwierigsten, gespanntesten und konfliktträchtigsten Verhältnisse in Zentralasien.

¹⁹⁵ Vgl. Offizielle Homepage des usbekischen Außenministeriums, unter: www.mfa.uz

Die kirgisisch-usbekischen Grenzstreitigkeiten stellen einen wichtigen Bestimmungsfaktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Die wesentlichen Bestandteile des kirgisisch-usbekischen Grenzkonflikts sehen folgendermaßen aus (vgl. Inomjonov 2005: 177f.):

- Völkerrechtliche Absicherung der Grenze. Die gesamte Länge der kirgisisch-usbekischen Grenze beträgt etwa 1375 km (Askerova 2007: 10). Seit Ende 1999 laufen die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten über die Demarkierung der Grenze. Bis heute wurden davon 995 km geklärt (vgl. ebd.). Die Verhandlungen über den Grenzverlauf kommen nur sehr langsam voran, da der große Anteil der kirgisisch-usbekischen Grenzlinie über das Ferghanatal verläuft, das mittels bizarrer Grenzziehungen zwischen Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan aufgeteilt wurde¹⁹⁶.
- Zugang zu den Enklaven. Die Lösung der Grenzfragen zwischen Kirgisistan und Usbekistan werden durch die Existenz der auf dem Territorium des Nachbarlandes liegenden Enklaven erheblich erschwert. Mit der Einführung von Zoll- und Grenzposten an der Grenze der beiden Länder entstanden enorme Schwierigkeiten für die Bevölkerung dieser Gebiete. Der Transport der landwirtschaftlichen Produkte für den Verkauf auf den anliegenden Märkten wurde durch unzählige Kontrollpunkte behindert.
- Verminung der Grenzlinien. Die Grenzproblematik zwischen Bischkek und Taschkent wurde zudem durch die Verminung der 42 km langen Grenzabschnitte im Herbst 1999 verschärft¹⁹⁷. Aus usbekischer Sicht stellte dieser Schritt eine Notwendigkeit dar, um die Sicherheit der Grenzen zu bewahren und sie für terroristische Gruppierungen unpassierbar zu machen. Die kirgisischen Behörden dagegen behaupteten, dass es durch die usbekischen Minen zu mehreren menschlichen Opfern gekommen sei. Im Juni 2004 versprach der usbekische Verteidigungsminister, die usbekisch-

¹⁹⁶ Kurz vor der Auflösung der UdSSR wurden im Moskauer geographischen Institut 165 Fälle innersowjetischer Territorialdispute, mehr als 30 davon lagen in Zentralasien (vgl. Kolossov 1991: 42; Halbach 2006: 214). Die Tatsache, dass innersowjetische Verwaltungsgrenzen zu neuen Staatsgrenzen wurden, hat in Zentralasien Probleme aufgeworfen (vgl. Eschment/Mielke 2002). Besonders im Ferghanatal, wo sich Grenzen von drei neuen Staaten ineinander verwirren und nationale Enklaven eines Staates auf dem Territorium eines anderen hinterlassen, wirken sich diese Probleme aus.

¹⁹⁷ vgl. OSCE, "Uzbek government announces its readiness for demining of state borders," Spot Report, 11 June 2004; "Demining alone: Uzbekistan clears mines from Kyrgyz-Uzbek border without agreement with neighbor," <http://www.dw-world.de/>, 24.08.2004

kirgisische Grenze zu entminen. 2004 wurden die Minen um die usbekische Enklave Shakhimardan innerhalb Kirgisistan und 2005 in den Grenzgebieten Chonkara, Ak-Turpak und Otukchu geräumt (vgl. Landmine Monitor Report 2005: 916).

- Grenzübergänge und Grenzhandel. Durch Übergriffe islamistischer Freischärler im Jahre 1999/2000 wurden zwischen beiden zentralasiatischen Staaten die bisher im GUS-Verbund geregelten visafreien Einreise- und Transitregelungen teilweise außer Kraft gesetzt. Die Sicherung der Grenze durch Einrichtung von Grenzposten und Visumszwang bedeutete für die Bevölkerung der Grenzregionen eine erhebliche Erschwernis. Verschärft wurde die Situation aber noch dadurch, dass Übergänge ohne Ankündigung geschlossen werden oder Schmiergeldzahlungen zum Grenzübertritt erforderlich sind.

Die Wasserproblematik zwischen Kirgisistan und Usbekistan ist besonders scharf ausgeprägt. Ein steter Streitpunkt zwischen den beiden Republiken ist das Nutzungsregime des Stausees Toktogul. Der große zentralasiatische Fluss Syrdarja erhält seinen Zufluss aus Kirgisistan über den Naryn. Mit dem Ziel einer besseren Abflusssnutzung für Bewässerungszwecke hatte die Sowjetregierung in den 70-er Jahren in Kirgisistan mehrere riesige Wasserreservoirs entlang des Naryn gebaut. Das größte davon, das Toktogul-Staubecken mit einem Gesamtvolumen von 19,5 Mrd. m³, sollte die ganzjährige Bewässerung für den Baumwoll-, Reis-, Obst- und Gemüseanbau in Usbekistan und im südlichen Kasachstan sicherstellen. Auch mehrere gigantische Wasserkraftwerke wurden errichtet. An den Toktogul-Stausee ist ein Wasserkraftwerk mit einer Gesamtkapazität 1 200 MW gekoppelt (vgl. Inomjonov 2005: 178). Die jährlichen Kosten für die Nutzung von Toktogul betragen 15-27 Mio. US Dollar, wobei Usbekistan, das das Wasser aus dem Stausee bekommt, an der Finanzierung nicht beteiligt ist. Da diese Ausgaben für das kirgisische Budget zu hoch sind, hat die Regierung des Landes Anfang der 90-er Jahre versucht, Usbekistan zu überreden, einen Teil der Kosten für die Nutzung von Toktogul zu übernehmen (vgl. ICG Asia Report 2002: 19). Taschkent hat sich geweigert, für die Nutzung des Toktoguls zu zahlen. 1999 erklärte die kirgisische Führung das Wasser zu einem Rohstoff. Nach Auffassung der kirgisischen Seite sind die Wasservorräte ein wichtiger Teil der natürlichen Ressourcen des Landes (vgl. Inomjonov 2005: 178f.).

„Als unabhängiges Land beansprucht Kirgisistan das volle Eigentumsrecht an allen natürlichen und materiellen Ressourcen, die sich innerhalb seiner Staatsgrenzen befinden und verlangt in Übereinstimmung mit nationalem wie internationalem Recht eine Bezahlung für die Nutzung des Wassers.“ (Oxus, Nr. 2/1999: 39-40)

Am 29. Juni 2001 verabschiedete das kirgisische Parlament ein Gesetz *„Über die zwischenstaatlichen Nutzung der Wasserobjekte, Wasserressourcen und wasserwirtschaftlichen Anlagen der Kirgisischen Republik“* (vgl. ICG Asia Report 2002: 20). Kirgisistan beruft sich dabei auf die *„Dublin Principles“* von 1992, die den ökonomischen Wert von Wasser festschrieben. Damit hat die kirgisische Seite die Absicht geäußert, Geld für das Wasser von Usbekistan zu fordern. Taschkent lehnt die Stellung der kirgisischen Führung kategorisch ab und stützt sich dabei auf die *„Osloer Konvention über die Nutzung der transnationalen Flüsse“*, die die freie Nutzung des Wassers der grenzüberschreitenden Flüsse zur Grundlage hat (vgl. Inomjonov 2005: 179). Die Reaktion der usbekischen Seite war die Stationierung von militärischen Kräften an der usbekisch-kirgisischen Grenze in der Nähe von Toktogul und die Durchführung einiger militärischer Übungen.

Zu Zeiten der Sowjetunion arbeitete das Toktogul-Stausee so, dass im Winter 31 % und im Sommer 69 % der Wassermenge abgegeben wurden. Im Winter und Frühjahr, wo man kein Wasser für die Landwirtschaft braucht, wurde das Wasser im Toktogul-See aufgestaut, um im Sommer die Baumwollanlagen von Usbekistan zu bewässern. In Winterzeiten, wenn im Staubecken zu wenig Wasser vorhanden war, erhielt Kirgisistan Energiekompensationen von Usbekistan. Da die Energielieferungen aus dem Nachbarland ausbleiben, ändert Kirgisistan seit 1993 das Nutzungsregime und erhöht die Abflussmenge im Winter (vgl. Trouchine/Giese 2006: 10). Das entspricht den Bedürfnissen der Energienutzung in Kirgisistan, widerspricht aber vollkommen den Interessen der usbekischen Landwirtschaft. Meistens gelingt es, Differenzen auf dem Verhandlungswege auszuräumen. Kirgisistan und Usbekistan haben zwischen 1997 und 2004 zehn Verträge über die wechselseitigen Lieferungen unterzeichnet (Karaev 2006: 44). Trotz vieler Abkommen gibt es aber bis jetzt noch keine verlässlichen Zusagen.

Kirgisistan ist ein kleiner Staat mit beschränktem Machteinfluss in der zentralasiatischen Region. Seiner Regierung ist bewusst, dass die Republik nicht in der Lage ist, Usbekistan für das Wasser zum Zahlen zu zwingen. Die Drohungen der kirgisischen Seite, den Abfluss von Syrdarja aufzuhalten, haben an sich das Ziel,

Usbekistan dazu aufzufordern, sich die Kosten für die Nutzung vom Toktogul zu teilen (vgl. ICG Asia Report 2002: 21).

Die usbekische Volksgruppe, die in Kirgisistan lebt, macht 14% der gesamten Bevölkerung des Landes aus und siedelt relativ geschlossen am in Kirgisistan gelegenen Ostrand des Ferghanatals mit dem Zentrum in Osch. Die Usbeken Kirgisistans besitzen eine Kulturautonomie, die aus usbekischen Bildungseinrichtungen, kulturellen Zentren und Hochschulen besteht (vgl. Inomjonov 2005: 176). Der wachsende Zuspruch, den separatistische Lösungen unter der usbekischen Volksgruppe in der Region Osch finden, kann sich zu einer offenen Bedrohung der staatlichen Integrität Kirgisistan auswachsen (vgl. Mangott 1996: 99). Diese ziemlich große ethnische Volksgruppe wird von einigen kirgisischen Politikern als Mittel der expansionistischen Politik Taschkents mit dem Ziel, die südlichen Regionen Kirgisistans, nämlich Osch Oblast und Jalalabad Oblast, an Usbekistan anzuschließen, gesehen (vgl. Sujunbaev 2005: 142).

Zu erheblichen Problemen in den zwischenstaatlichen Beziehungen führte die bewaffnete Invasion der militanten islamistischen Gruppierungen im Süden Kirgisistans im August 1999 (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 26.10.2007). Die kirgisischen Medien behaupteten, dass die usbekische Luftwaffe das kirgisische Territorium bombardiert und materiellen Schaden in Höhe von 10 Mio. Som verursacht habe. Nach dem Andischan-Massaker 2005 wurde die Haltung Taschkents zunehmend feindselig. Die usbekischen Behörden unterstellten, Terroristen aus der Kirgisischen Republik seien für das massive Blutvergießen in der usbekischen Stadt verantwortlich und setzten die Kirgisische Republik stark unter Druck, um die Flüchtlinge zurückzuschicken, die die Grenze überschritten hatten. Die internationale Gemeinschaft drängte die Kirgisische Republik, diesem Druck nicht nachzugeben, zu dem auch die Unterbrechung der Gasversorgung gehörte. Dies gelang auch längere Zeit. Einige Flüchtlinge wurden jedoch später von den kirgisischen Behörden gewaltsam nach Usbekistan zurückgeschickt. Als die kirgisische Regierung sich schließlich zumindest in gewissem Maße dem Druck Usbekistans beugte, verbesserten sich die Beziehungen. Im Juni 2006 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Geheimdienste und gemeinsame Operationen gegen vermeintliche islamische Kämpfer geschlossen. Durch die Anzeichen einer vermehrten Tätigkeit von Islamisten im kirgisischen Teil des

Ferghanatales war das Interesse Bishkeks an einer solchen Zusammenarbeit größer geworden.

Der offizielle Besuch von Staatspräsident Bakijew in Taschkent am 3.-4. Oktober 2006 – der erste eines kirgisischen Präsidenten seit 8 Jahren¹⁹⁸ – hat zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen beigetragen, wenngleich nicht alle strittigen Fragen gelöst werden konnten (vgl. Khamidov 2006). Die Kirgisische Republik und Usbekistan haben die Visumpflicht für Bürger des jeweils anderen Landes abgeschafft. Reisende müssen jedoch im Besitz eines gültigen internationalen Reisepasses sein, die Behörden über ihren Aufenthaltsort in dem von ihnen besuchten Staat unterrichten und dürfen nicht länger als 60 Tage im Land bleiben (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 26.10.2007).

Ein großes Hindernis für die handelsökonomischen Beziehungen stellte die Inkonvertibilität der usbekischen Währung, die Errichtung wirtschaftlicher Barrieren und das Zahlungsdefizit der kirgisischen Wirtschaft dar. Trotzdem entwickelte sich der Handel zwischen beiden Staaten insbesondere in den letzten zwei Jahren ziemlich erfolgreich, was auf die allgemeine Verbesserung der bilateralen Kontakte zurückzuführen ist

Tabelle 12: Entwicklung der kirgisisch-usbekischen Handelsbeziehungen 2002-2007 (in Mio. US Dollar)¹⁹⁹

Jahr	Export	Import	Gesamt
2002	22, 0476	56, 4619	78, 5095
2003	58, 3204	52, 3620	110, 6824
2004²⁰⁰	12, 10995	39, 32957	51, 43952
2005	16, 72584	66, 16675	82, 89259
2006	27, 81214	84, 65085	112, 46299
2007	84, 60816	103, 49319	188, 10135

¹⁹⁸ Das kirgisische Staatsoberhaupt besuchte Usbekistan im September 1992, Dezember 1995, Dezember 1996 und November 1998.

¹⁹⁹ zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

²⁰⁰ vom Januar 2004 bis September 2004

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Kirgisischen Republik und Republik Usbekistan wurden durch Spannungen und sogar Feindseligkeit gekennzeichnet, das betrifft auch die Zusammenarbeit im Rahmen multilateraler Organisationen.

6.3.3 Tadschikistan

In der kirgisischen Außenpolitik gehörte Tadschikistan niemals zu den Prioritäten. Die Nachbarrepublik Tadschikistan wurde in der Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 2007 nicht einmal erwähnt. Diese Tatsache kann damit erklärt werden, dass beide Länder zur Gruppe kleiner und schwacher Staaten gehören und nach Erlangung der Unabhängigkeit dazu gezwungen waren, andere wichtige außenpolitische Aufgaben zu lösen als die Entwicklung der Kooperation zwischen einander. Außerdem stellte der fünf Jahre währende Bürgerkrieg (1992-1997) in Tadschikistan ein großes Hindernis im Ausbau der bilateralen Kontakte zwischen Bischkek und Duschanbe dar.

In Tadschikistan hatten sich seit Ende der 1980-er Jahre nationalistisch und islamisch orientierte oppositionelle Gruppierungen gegen das kommunistische Regime herausgebildet, die im März 1992 Massenkundgebungen gegen die Regierung abhielten. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Duschanbe sowie lokale bewaffnete Konflikte zwischen umgesiedelter und eingesessener Bevölkerung im Süden Tadschikistans lösten einen Bürgerkrieg aus. Die islamistischen Bewegungen bildeten eine Vereinigte Tadschikische Opposition (VTO), die im September 1992 den pro-kommunistischen Präsidenten Rahmon Nabijew aus dem Amt jagte. Gegen Ende 1992 wurde die Volksfront gebildet, ein Netzwerk aus ex-kommunistischen Eliten.

Die unmittelbare Nachbarschaft, die Jahrhunderte lange kulturelle Bindung zwischen beiden Völkern und die Existenz der kirgisischen Minderheit in Tadschikistan und der tadschikischen in Kirgisistan erforderte von der kirgisischen Führung, in Tadschikistan politisch aktiv zu werden. Im Falle eines Sieges der islamischen Bewegung über die kommunistischen Machthaber in Duschanbe könnten die islamischen Bewegungen selbst in Kirgisistan ihre Aktivitäten ausweiten. Um das zu vermeiden, hat Bischkek mit allen Mitteln versucht, das Interesse Russlands auf den innertadschikischen Konflikt zu lenken. Am 3. September 1992 vereinbarten die

Präsidenten Kirgisistans, Russlands, Kasachstans und Usbekistans die Entsendung zusätzlicher Grenztruppen nach Tadschikistan. Mitte Oktober 1992 schickte Kirgisistan 400 Mann als so genannte „*Friedenstruppen*“ in das Nachbarland. Ihr Auftrag war, der tadschikischen Regierung Gelegenheit zu geben, sich per Gesetz durchzusetzen und die wirtschaftliche Situation des Landes zu stabilisieren (Barth/Karsch 2000: 34). Bis Mitte 1993 übernahm die Volksfront mit Hilfe von Truppen der GUS die Kontrolle über weite Teile des Landes. Die VTO verlegte ihre militärischen Basen nach Afghanistan, erhielt Waffenlieferungen der afghanischen Mudschaheddin und setzte ihren Kampf gegen die Regierungstruppen fort.

Die zunehmende Unterstützung der VTO-Truppen durch afghanische Mudschaheddin und der in Afghanistan selbst aufflammende Bürgerkrieg hatte nach Ansicht Kirgisistans die baldige Lösung des innertadschikischen Konflikts mit friedlichen Mitteln notwendig gemacht. Bischkek drängte die tadschikische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Opposition.

Die Bemühungen der kirgisischen Regierung, dank deren es möglich wurde, das positive Ergebnis in den Verhandlungen zwischen dem tadschikischen Präsidenten Rahmonow und dem VTO-Führer Said Abdullo Nuri im Mai 1997 in Bischkek zu erzielen, wurden von der Weltgemeinschaft hoch geschätzt. Die Bischkeker Vereinbarungen trugen in bedeutendem Maße zur Unterzeichnung des Allgemeinen Friedensabkommens in Moskau im Juni 1997 bei (vgl. Toktomushev 2001: 56).

Einen wichtigen Impuls in der Entwicklung der kirgisisch-tadschikischen Kontakte gab der offizielle Besuch des kirgisischen Präsidenten Akajew im Juli 1996 in Duschanbe. Während dieses Besuches wurde u.a. das Abkommen über die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen der Republik Tadschikistan zu der Kirgisischen Republik abgeschlossen. Im Mai 1998 stattete der tadschikische Präsident E. Rahmonow einen Antwortbesuch in Bischkek ab. Als Ergebnis wurde die Erklärung über die Entwicklung und weitere Vertiefung der Beziehungen unterzeichnet (vgl. Toktomushev 2001: 57). Zwischen Kirgisistan und Tadschikistan wurden insgesamt über 60 Abkommen unterschrieben, das wichtigste ist das Abkommen über gutnachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Beziehungen (vgl. Vechernii Bishkek vom 6.08.2007).

Den bedeutsamsten Bestimmungsfaktor in den zwischenstaatlichen Beziehungen stellen die Grenzstreitigkeiten dar. Die gemeinsame Grenze der Kirgisischen Republik mit Tadschikistan beträgt 970 km, davon sind bis jetzt nur 482 km. demarkiert (vgl. Slutskii 2007). Es gibt insgesamt 70 umstrittene Territorien an der kirgisisch-tadschikischen Grenze: hauptsächlich in der Osch-Oblast und Batken-Oblast (Kirgisistan) und in der Leninabad-Oblast (Tadschikistan) (vgl. Luzjanin 2005). Eine ziemlich prekäre Lage bildete sich in der tadschikischen Enklave, auf dem Territorium der kirgisischen Batken-Oblast, heraus, die nur 20 km. vom tadschikischen Hauptterritorium entfernt liegt und wo fast 40 000 ethnische Tadschiken leben. Diese Enklave und die Grenzlinie um sie stellen seit langem den Streitgegenstand zwischen Tadschiken und Kirgisen dar. Die Ursache steckt im Mangel an bewässerten Acker- und Wiesenflächen in der Region. Die Anfänge dieses Problems sind historischer Natur: Die Tadschiken behaupten, dieser Teil der Batken-Oblast habe seit jeher ihnen gehört und die Kirgisen sind gegensätzlicher Meinung (vgl. Zhumagulov 2003; Abdullaev 2006). Es kam zu Grenzzwischenfällen, die aber bisher stets ohne größere Verstimmungen gelöst werden konnten. Zurzeit bleibt die Situation in den Grenzgebieten der beiden Republiken wegen der internethnischen Konflikte gespannt, was zur Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen führen könnte.

Bischkek hat Interesse an der Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Republik Tadschikistan in der Energiewirtschaft. Beide Länder sind potenzielle „*Wassermächte*“. Die kirgisische Regierung setzt viel auf die Entwicklung ihres Potentials im Bereich Wasserkraft und will daraus ihr „*blaues Gold*“ machen, zumal das Land über keine nennenswerten Gas- und Ölvorkommen verfügt. Das seit Mai 2005 bestehende Energieverbundsystem zwischen Kirgisistan und Tadschikistan arbeitet bisher ohne größere Probleme.²⁰¹ Weiterhin haben Kirgisistan und Tadschikistan im Mai 2007 beschlossen, ein Zentralasiatisches Wasser- und Energiekonsortium zu gründen, um die Fragen und Probleme in diesem Bereich effektiver zu lösen (vgl. <http://kg.www.akipress.org> vom 17.05.2007). Die Vertiefung der Kooperation in der Energiewirtschaft und im Export der Elektroenergie war auch das Hauptthema während des offiziellen Besuchs des tadschikischen Präsidenten E. Rahmon in Bischkek am 18. September 2007 (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 19.09.2007: 2).

²⁰¹ Vgl. Auswärtiges Amt – Kirgisistan: Außenpolitik. März 2007, unter: www.auswaertiges-amt.de

In den letzten acht Jahren war es der zweite offizielle Besuch des tadschikischen Präsidenten in Bischkek. Kurmanbek Bakijew und Emomalij Rahmon unterzeichneten hier die gemeinsame Erklärung über die weitere Intensivierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Kirgisistan und Tadschikistan. Auch das Regierungsabkommen über die Regelung des Auswanderungsprozesses und den Schutz der Rechte der Auswanderer wurde unterschrieben. Außerdem unterzeichneten die Ministerien beider Länder eine Reihe weiterer Abkommen: u. a. das Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, das Abkommen über die Zusammenarbeit in Agrar-Industrie-Komplex (vgl. tazar.kg vom 18.09.2007). Während der Verhandlungen wurden auch die Möglichkeiten des Ausbaus der handelsökonomischen Beziehungen besprochen.

6.3.4 Turkmenistan

Noch am 16. Juli 1991 wurde der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Kirgisistan und Turkmenistan unterzeichnet und am 9. Oktober 1992 die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Republiken aufgenommen (vgl. Abdylidaeva 2006: 280). Die Neutralitätspolitik des ersten turkmenischen Präsidenten S. Nijasow (siehe dazu Kapitel 4.2.4) war der Hauptgrund für die Distanzierung Aschgabads von Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Nachbarstaaten. Im Juni 1999 wurde das Visumregime für Kirgisen seitens Turkmenistans eingeführt (vgl. Abdylidaeva 2006: 281), es existierte keine direkte Flugverbindung zwischen Aschgabad und Bischkek und alle offiziellen politischen Kontakte fanden auf multilateraler Ebene statt.

Nach dem Tod des Turkmenbaschi (21. Dezember 2006) fing Turkmenistan sehr langsam aber sicher an, unter der Führung vom neuen Präsidenten G. Berdimuhammedow die „*Absonderung von der Welt*“ aufzugeben und, was die Beziehungen zu anderen Staaten anging, berechenbar zu werden. Für die Normalisierung der Beziehungen Turkmenistans mit der Welt hat Berdimuhammedow zwei Hauptinstrumente ausgewählt: den Ausbau von persönlichen Kontakten mit dem Ausland und die Aktivierung des Verhandlungsprozesses über Energiethemen mit allen beteiligten Staaten.

2007 war das Jahr der konkreten Entwicklung und Intensivierung des zwischenstaatlichen Dialogs zwischen Bischkek und Aschgabad in alle Richtungen. Der Staatssekretär der Kirgisischen Republik A. Madumarow besuchte Turkmenistan im Februar 2007 und der kirgisische Außenminister E. Karabajew fuhr im Juni 2007 nach Aschgabad. Die Regierungsdelegation Turkmenistans unter der Leitung des turkmenischen Präsidenten kam im August 2007 nach Bischkek, um als Ehrengast an der Arbeit des SCO-Gipfeltreffens teilzunehmen. Der kirgisische Präsident Bakijew hatte hier die Möglichkeit, die wichtigsten Fragen der Zusammenarbeit im Handels- und Wirtschaftsbereich, der Bildung, im Tourismus mit Berdimuhamedow zu besprechen. Weiterhin wurde die Eröffnung der Botschaft Turkmenistans in Kirgisistan vereinbart. Die Seiten haben ferner die Notwendigkeit des Ausbaus der vertragsrechtlichen Basis, und in erster Linie der Erneuerung des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit betont. Nach den Verhandlungen wurde das Protokoll über die Kooperation zwischen den Außenministerien der Kirgisischen Republik und Republik Turkmenistan unterschrieben.

6.3.5 Chancen im multilateralen Rahmen: zentralasiatische Kooperation

*“Regional cooperation is not an option for Central Asia. It is a necessity.”
(Starr 2004: 6)*

Regionale Kooperation bzw. Integration in Zentralasien stellt eine objektive Notwendigkeit dar, die durch gemeinsame Geschichte, Infrastruktur, Geographie, die Notwendigkeit der gemeinsamen Nutzung wasserwirtschaftlicher und energetischer Objekte, kulturelle, sprachliche und geistige Gemeinsamkeit der Völker bedingt ist. Sie manifestiert sich in der Existenz verschiedener institutioneller Staatenbündnisse, die die zentralasiatischen Staaten involvieren. Die Umsetzung von regionaler Kooperation unterliegt jedoch vielfältigen Hindernissen, und steht in Wechselwirkung mit diversen anderen Einflussfaktoren. Es ist ein Prozess, der von unterschiedlichen, teils konfligierenden nationalen Interessen, internationalen Konstellationen, sich schnell ändernden Rahmenbedingungen, unterschiedlichen Sicherheitsrisiken, etc. beeinflusst wird (vgl. List 2006: VII).

Zu Beginn der Unabhängigkeit war der Wille zur regionalen Kooperation sehr stark. Regionale Integration, in erster Linie wirtschaftliche Integration, und die nachhaltige ökonomische Entwicklung auf nationaler Ebene wurden als zwei Seiten einer

Medaille wahrgenommen, da die vielen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme nur gemeinsam bewältigt werden könnten. Erstmals diskutierten die Präsidenten der fünf zentralasiatischen Staaten auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 1990 in Almaty über die regionale Integration und beschlossen, eine gemeinsame wirtschaftspolitische Agenda zu erarbeiten. Später wurden entsprechende Abkommen und institutionelle Arrangements getroffen. Im Januar 1994 unterzeichneten Kasachstan und Usbekistan ein Abkommen *„Über die Maßnahmen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration zwischen Usbekistan und Kasachstan für die Jahre 1994-2000“*. Damit wurde der erste bedeutsame Schritt auf dem Wege zur Schaffung eines zentralasiatischen Wirtschaftsraums gemacht. Kirgisistan schloss sich im April 1994 diesem regionalen Kooperationsprozess an. Nach Beendigung seiner Bürgerkriegsphase trat auch Tadschikistan im März 1998 der Gemeinschaft bei. Am 17. Juli 1998 wurde die Staatengruppierung offiziell **„Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft“** (eng. Central Asian Economic Community, CAEC) genannt (vgl. Halbach 2006: 217). Man bildete einen aus den Präsidenten und Premierministern der beteiligten Staaten bestehenden zwischenstaatlichen Rat, gründete eine Zentralasiatische Bank für Zusammenarbeit und Entwicklung, erstellte ein Fünfjahr-Programm für Integration und schuf eine Zollunion.

Die zentralasiatischen Republiken schlugen aber relativ schnell ihre eigenen Entwicklungswege ein, und setzten ihre Prioritäten eher hinsichtlich nationaler, denn regionaler Interessen. So gab es nationale Alleingänge, wie beispielsweise bei der Einführung einer eigenen Währung 1993 in Kirgisistan, ohne Abstimmung mit den Nachbarstaaten. Außerdem wollte man einfach nicht die neu gewonnene nationale Souveränität wieder einschränken und einen Teil davon an supranationale Institutionen abtreten. Zwar bekannten die politischen Führungen der zentralasiatischen Länder sich weiterhin zu regionaler Integration, aber nur *„auf dem Papier“* (vgl. List 2006: 2).

Die Ungleichheit zwischen den fünf Staaten stellte zusätzliche Herausforderungen für die regionale Integration dar. Turkmenistan deklarierte sich als *„neutral“*, und nahm eine Außenseiterrolle ein. Das Potenzial der vier anderen Staaten ist sehr ungleich verteilt: Den zwei mächtigen Staaten Kasachstan und Usbekistan stehen die zwei kleinen und schwachen Staaten Kirgisistan und Tadschikistan gegenüber. Bei

Verhandlungen über regionale Angelegenheiten konnte man also nicht von gleichberechtigten Partnern ausgehen (vgl. List 2006: 2). Außerdem erschwerte die Rivalität zwischen Kasachstan und Usbekistan um den Führungsanspruch in der Region diesen Prozess. Unter diesen Voraussetzungen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, stellte eine große Herausforderung dar.

Trotz aller Probleme ist regionale Kooperation ein relevantes Thema für die Kirgisische Republik und ihre zentralasiatischen Nachbarländer. Wurde in den ersten Jahren der Unabhängigkeit regionale Integration primär aus ökonomischer Perspektive betrachtet und anvisiert, so fand Ende der 90-er Jahre ein Umdenken statt, das sicherheitspolitische Belange in den Mittelpunkt stellte (vgl. List 2006: 3). Der Trend der zunehmenden Relevanz sicherheitspolitischer und militärischer Fragen wurde durch die Ereignisse vom 11. September 2001 und deren Folgen für die Region deutlich verstärkt. Die Umstrukturierung der CAEC zur Organisation Zentralasiatische Zusammenarbeit (eng. Central Asian Cooperation Organization, CACO) muss aus dieser Perspektive gesehen werden. Die Entscheidung über die Gründung der CACO fiel während eines Treffens der Staatspräsidenten am 28. Dezember 2001 in Taschkent.

„Mit dem Ziel der weiteren Fortsetzung des politischen Dialogs, der Vervollkommnung von Formen und Mechanismen der regionalen wirtschaftlichen Integration, der Vertiefung der gegenseitigen Verständigung in Fragen der Formierung eines einheitlichen Sicherheitsraums, der Ausarbeitung gemeinsamer Maßnahmen für die Unterstützung von Frieden und Stabilität in der Region, der Aktivierung der Zusammenarbeit im politischen, handels- und wirtschaftlichen, wissenschafts-technischen, kulturellen und menschlichen Bereich haben die Staatshäupter entschieden, die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft in die Organisation Zentralasiatische Zusammenarbeit umzuwandeln.“(Erklärung von Taschkent der Staatspräsidenten von Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Republiken Tadschikistan und Usbekistan vom 28.12.2001, in: Prawda Wostoka vom 29.11.2001)

Der Gründungsvertrag der CACO wurde am 28. Februar 2002 in Almaty von den Präsidenten Kasachstans, Kirgisistans, Tadschikistans und Usbekistans unterzeichnet. In der Deklaration der neuen Organisation wurde auf folgende Bereiche der Zusammenarbeit eingegangen: Gegenseitig vorteilhafte ökonomische Kooperation; koordiniertes Vorgehen bezüglich der rationalen und gegenseitig vorteilhaften Nutzung von Wasser-Objekten, Wasserenergie-Ressourcen und Irrigation; Aufbau gemeinsamer Infrastruktur; Beendigung des Prozesses der Grenzdemarkation; Unterstützung für die politische Beilegung des Afghanistan-Problems; gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Terrorismus, politischen und

religiösen Extremismus, transnationales organisiertes Verbrechen und andere Gefährdungen der Stabilität; Ausweitung der Koordination in der kulturellen und humanitären Sphäre²⁰². Trotz Intensivierung der multilateralen Gespräche verlief die faktische Zusammenarbeit im Rahmen der CACO nicht wesentlich besser als bei ihrer Vorgängerin.

Eine ganz neue Entwicklung in der bisherigen Geschichte der multilateralen Kooperation in Zentralasien stellte die aktive Einmischung Moskaus in die CACO dar. Während des Gipfeltreffens in Duschanbe am 17. Oktober 2004 wurde die Russische Föderation, die seit 1996 über Beobachterstatus in dem zentralasiatischen Staatenbündnis verfügte, als Vollmitglied in die Organisation angenommen. Damit wandelte sich die CACO zu einer „SCO im kleinen Format ohne China“ (Inomjonov 2005: 149). Später wurde aber die Verschmelzung der CACO mit der EurAsEC beschlossen, was auf ihre Auflösung in dieser größeren Einheit hinauslief. Der Werdegang der CACO ist charakteristisch für regionale Kooperation in Zentralasien, *„für ein Experimentieren mit wechselnden Konstellationen, Umbenennungen, Statusveränderungen, für ein Integrationstheater mit immer neuen Aufführungen, hinter dem reale zwischenstaatliche, multilaterale Zusammenarbeit zurückbleibt“* (Halbach 2006: 217).

6.4 Die Außenpolitik der Kirgisischen Republik gegenüber der Russischen Föderation

*„Russland ist uns von Gott und von der Geschichte gegeben worden“
(Akajew 2001: 373)*

Mit dem Erlangen der Unabhängigkeit im Jahre 1991 erhielt der kirgisische Staat nach langem Zusammenleben zum ersten Mal die Möglichkeit, gleichberechtigte Beziehungen zur Russischen Föderation aufzubauen. Dennoch sind die Gleichberechtigung und Unabhängigkeit in Bezug auf Kirgisistans Kontakte zu Russland relativ zu bewerten. Während des Zusammenlebens in der UdSSR

²⁰² Vgl. Tashkent Declaration of Presidents of Kazakhstan, Kirgizstan, Tajikistan and Uzbekistan, December 28, 2001, Press Service of the President of the Republic of Uzbekistan, Documents, unter: http://www.press-service.uz/eng/documents_eng/documents_eng1.htm

entstand zwischen Moskau und Bischkek²⁰³ ein Zentrum-Peripherie-Verhältnis. In dieser Hinsicht bestand für die politische Führung in Bischkek die Frage nach Eigenstaatlichkeit darin, inwieweit die Kirgisische Republik ihre Souveränität vor dem ehemaligen Zentrum würde behaupten können, aber auch darin, wie die Garantien für die Unabhängigkeit des Kleinstaats Kirgisistan ohne den Beistand des mächtigen Russlands erhalten werden können. Dies bedeutete den Beginn eines Prozesses, in dessen Verlauf die politische Führung in Bischkek, die die Überlebensfähigkeit ihres Landes ohne Moskaus Hilfe in Frage stellte, gegenüber Russland eine souveränitätsbezogene Politik ausführen musste.

6.4.1 Die kirgisisch-russischen politischen Beziehungen

Beim Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit Kirgisistans und der anderen zentralasiatischen Republiken spielte Russland eine positive Rolle (vgl. Akaev 2001: 310; 2004: 315). Es war die Haltung der russischen Führung, die nach dem gescheiterten August-Putschversuch 1991 gegen die Wiederherstellung des Zentrums auftrat, was im Endeffekt ermöglichte, dass die ehemaligen Unionsrepubliken nach der Proklamation ihrer Unabhängigkeit auf einem friedlichen Weg mit ihrem Staatsaufbauprozess anfangen konnten (vgl. Inomjonov 2005: 205). Eine indirekte Rolle bei der Sicherung der kirgisischen Souveränität spielte der außenpolitische Kurs des ersten russischen Präsidenten Jelzin und des damaligen Außenministers Kossyrew Anfang der 90-er Jahre, die das Schaffen einer engen politischen und wirtschaftlichen Beziehung zum Westen als Hauptziele der russischen Außenpolitik definierten. Eine zusätzliche Motivation für Moskauer Politiker, die dazu beitrug die zentralasiatischen Republiken in Form einer „*bedingungslosen*“ Entlassung in die Unabhängigkeit zu führen, war der Standpunkt der ersten liberalen russischen Regierung, ein weiteres Zusammenleben mit einer rückständigen Region wie Zentralasien könne die Durchführung von Marktreformen und den Demokratisierungsprozess in Russland in Frage stellen (vgl. Wilhelmi 2002: 48). Einige Stimmen, darunter die des Schriftstellers Solschenizyn, forderten sogar

²⁰³ Ehemals Pischpek und Frunse. Mitte des 19. Jahrhunderts baute der usbekische Khan von Kokand auf dem Territorium der heutigen Stadt Bischkek eine Festung, die 1862 von russischen Soldaten im Zuge der russischen Eroberung Zentralasiens eingenommen wurde. Später wurde hier eine Stadt mit dem Namen Pischpek gegründet (1878). 1926 wurde die Stadt zu Ehren des sowjetischen Generals M. V. Frunse, der in Bischkek geboren war, in Frunse umbenannt. Das kirgisische Parlament änderte im Frühjahr 1991 vor der Unabhängigkeitserklärung des Landes den Namen der Stadt wieder in Bischkek.

die Abkoppelung Russlands von seiner „*fremdkulturellen Kolonialperipherie*“ (Halbach 2002: 17).

Somit hatte der junge kirgisische Staat in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit²⁰⁴ keine ernsthaften Gründe, sich um seine Souveränität Sorgen zu machen. Andererseits fühlte sich der Kleinstaat Kirgisistan von Russland aber vernachlässigt und wünschte sich im Unterschied zu einigen anderen ex-sowjetischen Republiken mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens Moskaus; denn die erste diplomatische Anerkennung der Souveränität des kirgisischen Staates bekam die Kirgisische Republik nicht von Russland, sondern, wie schon gesagt, von der Türkei und den USA. Die Russische Föderation war auch nicht unter den ersten Staaten, die offiziell diplomatische Beziehungen zu Kirgisistan aufnahmen (vgl. Ploskih 2003: 324-325).

Es war Kirgisistan, das sich recht früh bemühte, eine solide Grundlage für die Zusammenarbeit mit Russland zu schaffen. Noch im Juli 1991 lud der kirgisische Präsident Akajew Boris Jelzin, der erst im Juni 1991 zum Oberhaupt der Russischen Föderation gewählt wurde, nach Bischkek ein. Während dieses ersten Auslandsbesuchs des russischen Präsidenten wurde das Abkommen über die Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Kirgisistan und Russland unterzeichnet und schon am 10. Juni 1992 wurde zum ersten Mal in der Geschichte ein gleichberechtigter Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Gegenseitige Unterstützung zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kirgisistan in Moskau unterschrieben, der in einer für Kirgisistan krisenhaften Zeit seinen Glauben an die Festigkeit eigener Staatlichkeit stärkte (vgl. Akaev 2004: 315).

Zur Intensivierung der kirgisisch-russischen politischen Beziehungen trugen die innenpolitischen Ereignisse in Russland und die geopolitischen Veränderungen in Zentralasien Mitte der 90-er Jahre bei (siehe dazu Kapitel 4.1), die zu einer Kurskorrektur der russischen Außenpolitik gegenüber Kirgisistan und den anderen zentralasiatischen Republiken führten: Russland erklärte den postsowjetischen Raum zur Zone seiner lebenswichtigen Interessen. Die Gewährleistung der

²⁰⁴ Auch später versuchte Russland nicht der Kirgisischen Republik ihre Souveränität abzusprechen, da Moskau klar wurde, dass Kirgisistan, als ein souveräner Staat, mit seiner Außenpolitik, die den Interessen Russlands im internationalen System und regionalen Subsystem förderlich sein kann, viel nützlicher ist.

russischen Interessen auf dem Territorium der ehemaligen Union sollte durch die Vertiefung der Integration in der GUS erreicht werden. Also entdeckte Russland Mitte der 90-er Jahre das Interesse an seiner südlichen Peripherie neu und unternahm diverse Integrationsbemühungen, was als eine neue Phase in der Entwicklung der kirgisisch-russischen Kontakte verzeichnet werden konnte.

Da die wirtschaftliche und politische Integration für Kleinstaaten als der „*einzig mögliche Lebensweg*“ (Hirsch 1974: 448) angesehen wird und von ihnen häufig als Strategie gewählt wird, um ihre Sicherheit zu erhöhen, ihre Abhängigkeit zu mindern und ihren Einfluss zu erhöhen, nahm der Kleinstaat Kirgisistan an vielen von der Russischen Föderation initiierten Integrationsprozessen aktiv teil. Wirtschaftlich versuchte er, durch die Mitgliedschaft in einem Integrationsbündnis die eingeschränkten Möglichkeiten des eigenen Marktes auszugleichen und den Zugang zu größeren Märkten zu sichern, um den Außenhandel zu diversifizieren. Politisch wollte die Kirgisische Republik Mitgestaltungsrechte erhalten und größeren Einfluss auf den Entscheidungsprozess erlangen und somit mehr Prestige und Gehör gegenüber Drittstaaten erlangen, das durch eine aktive Politik und Initiative im Bündnis weiter ausgebaut werden können. Ob die Hoffnungen, die Kirgisistan mit der Mitgliedschaft in verschiedenen Integrationsbündnissen verbunden hatte, sich in der Realität verwirklicht haben, wird im Folgenden betrachtet.

Am 26. März 1996 fand der erste, in der Geschichte der kirgisisch-russischen Kontakte nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, offizielle Besuch des Präsidenten Kirgisistans Akajew in Russland statt (vgl. Toktomushev 2001: 47). In Moskau wurde die erste Bilanz der gegenseitig vorteilhaften freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern gezogen. Akajew verhandelte während seines Aufenthalts mit Präsident Jelzin, Premierminister Tschernomyrdin, Außenminister Primakow und mit den anderen Amtspersonen. Während des Besuchs wurde eine Reihe wichtiger Dokumente unterzeichnet, darunter die Deklaration über die Ausweitung und Vertiefung der kirgisisch-russischen Kooperation.

Um als souveräner Staat zu überleben und ihre Sicherheit, die wegen ihrer strukturellen Knappheit nicht aus eigener Kraft gewährleistet werden kann, zu erhöhen, war die Kirgisische Republik auf eine Politik der Allianzen angewiesen. Sie

sollte den Beistand eines stärkeren Staates suchen und da eine Fremdbestimmung nicht vollständig auszuschließen war, sollte der Kleinstaat Kirgisistan denjenigen Partner wählen, dessen Interessen weitestgehend mit seinen übereinstimmen; dazu der erste kirgisische Präsident Akajew: *„(...) sich im Alleingang gegen die modernen globalen Herausforderungen und Bedrohungen für Kirgisistan, als einen Kleinstaat mit knappen Ressourcen und Möglichkeiten, zu behaupten, ist eine die Kräfte übersteigende Aufgabe. Das setzt die Suche nach Partnern und Alliierten aus den zu uns freundschaftlichen und mit uns mitfühlenden Ländern voraus, mit der Absicht, die entsprechenden Probleme auf der Basis der kollektiven Bemühungen zu lösen“* (Akaev 2004: 31).

Wie im XIX. Jahrhundert entschied sich die Führung in Bischkek für das wirtschaftlich weiter entwickelte, mächtige Russland, das weit genug entfernt war und keine direkte Bedrohung, wie z.B. China, Kasachstan oder Usbekistan, für Kirgisistan darstellte. Es beanspruchte seitdem die Rolle des strategischen Partners Russlands in der Region und signalisierte, dass es für Moskau *„the most reliable partner within the CIS“* (O'Malley/McDermott 2003: 80) war.

Aufgrund der instabilen Situation in der Region, der Konflikte mit einigen zentralasiatischen Nachbarländern, der starken Verschlechterung der Wirtschaftslage des Landes, der hohen Auslandsverschuldung, des Rückgangs der Auslandsinvestitionen und wegen der Steigerung der innenpolitischen Spannung sah sich Bischkek gezwungen, sich bei der eindeutigen Auswahl des Alliierten für Russland zu entscheiden. Die Führung Kirgisistans betrachtet Russland als einen *„guarantor of sovereignty versus muscular, assertive neighbors such as Uzbekistan and Kazakhstan“* (Wood 2007: 5), Garanten der Unterstützung ihrer Macht²⁰⁵ und der Überwindung der permanenten wirtschaftlichen und politischen Krisen. Für die kirgisischen Bürger sind die Russen *„their only protectors in the region“* (Olcott 1997:104), *„neither the US, China, nor any state other than Russia can become Kyrgyzstan's strategic partner. A range of historic, economic and other factors means only Russia can protect us from an external threat“* (I. Kadyrbekow, kirgisischer Abgeordnete, zit. in: O'Malley/McDermott 2003: 104).

²⁰⁵ Moskau mischte sich nie in die inneren Angelegenheiten der Kirgisischen Republik ein, machte seine Politik ihr gegenüber nicht von der Entwicklung der Demokratisierungsprozesse abhängig, bestand auf keinen bestimmten Regimetyp in diesem zentralasiatischen Land, sondern schenkte immer der regierenden Führung in Bischkek seine politische Unterstützung, solange sie eine Russland-orientierte Außenpolitik verfolgte.

Die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern erlebten im Juli 2000, während des zweiten offiziellen Besuchs Akajews in Russland, auf Einladung des neuen russischen Präsidenten Putin, ihren bisherigen Höhepunkt, als Kirgisistan und Russland die Erklärung über die ewige Freundschaft, Allianz und Partnerschaft unterzeichneten (vgl. Omarov 2003: 226). Zum ersten Mal unterschrieb die Russische Föderation mit ihren ausländischen Partnern ein Dokument solch hohen Niveaus.

Eine große Bedeutung für Kirgisistan haben die enge Zusammenarbeit mit Russland auf dem Gebiet der Außenpolitik, sowie die Koordinierung der praktischen Schritte mit Moskau im Bereich der globalen und regionalen Diplomatie, der kollektiven Sicherheit, der Verteidigung und des Schutzes der Grenzen. Die offiziellen Positionen Moskaus und Bischkeks stimmen diesbezüglich prinzipiell überein. Nur einige Beispiele dafür sind die friedenssichernden Bemühungen der beiden Staaten in der Beendigung des Bürgerkrieges in Tadschikistan und die Einigkeit über das Afghanistan-Problem, als sich nach dem Machtantritt der Taliban die Stabilität und Sicherheit in der ganzen zentralasiatischen Region verschlechterten.

Trotz der verschiedenen Phasen, die die politischen Beziehungen zwischen Bischkek und Moskau seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion durchlebten, stellen sie aus der Sicht Kirgisistans eine lineare Entwicklungslinie dar: Russland war und ist die oberste Priorität der Außenpolitik der Kirgisischen Republik, was in allen wichtigen außenpolitischen Dokumenten hervorgehoben wird, z.B. *„die Verflechtung der Interessen Kirgisistans und Russlands bestimmt das hohe Niveau der politischen Zusammenarbeit vor. Die Intensivierung der militär-politischen Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ist eine wichtige Bedingung um die Sicherheit des Landes gewährleisten zu können. Mit Russland sind auch die lebenswichtigen Interessen auf dem Gebiet der Wirtschaft verbunden. All das bedingt die Notwendigkeit des Aufbaues der Beziehungen der strategischen Partnerschaft mit diesem Land“* (Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 1999); *„Kirgisistan und Russland – Freundschaft auf ewig“* (Akajew 2004: 303); *„das Ziel der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation ist die Festigung der strategischen Partnerschaft“* (Die Konzeption der Außenpolitik der Kirgisischen Republik von 2007).

Auch der neue kirgisische Präsident Bakijew, der nach den März-Ereignissen 2005 an die Macht kam und seine erste Auslandsreise nach Russland unternahm, betont ständig Kirgisistans Loyalität gegenüber Russland: *„Hier liebt man Russland, hier hat man die Russen schon immer besonders geliebt. Das wird auch weiterhin so sein. Die Wirtschaft unseres Landes ist eng verbunden mit der russischen Wirtschaft. Wir sind uns im Geist und in der Mentalität sehr nahe“* (zit. in: DW-RADIO vom 11.8.2005), *„Russland war und bleibt für Kirgisistan für immer der strategische Hauptpartner“* (Interview mit dem kirgisischen Präsidenten Bakijew in: *„Rossiiskaja Gazeta“* vom 27.01.2006). Laut Bakijew gründen sich die kirgisisch-russischen Beziehungen auf der gemeinsamen Geschichte, Kultur sowie auf gegenseitigem Verständnis und Respekt und *„die Festigung und Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland gehören nach wie vor zu den außenpolitischen Prioritäten Kirgisistans“* (zit. in: RIA Novosti vom 05.07.2007)

6.4.2 Die kirgisisch-russische sicherheitspolitische und militärtechnische Kooperation

Mit dem Erlangen der Unabhängigkeit stand die Kirgisische Republik gleichzeitig vor einem großen Problem – die Gewährleistung der eigenen Sicherheit, der Schutz der Souveränität und der territorialen Integrität waren nicht gegeben. Als ein Kleinstaat konnte Kirgisistan damals und kann auch heute seine Sicherheit nicht selbständig gewährleisten: Russische Grenzsoldaten bewachten Staatsgrenzen der Kirgisischen Republik, bis sie im Juli 1999 aus Kirgisistan abkommandiert wurden. Im Mai 2007 aber schlug Bischkek Moskau vor, die russischen Grenzsoldaten wieder nach Kirgisistan zurückzubringen²⁰⁶.

„Wir stellten uns die Frage über die Rückkehr russischer Grenzsoldaten in unser Land, weil der Militärhaushalt Kirgisistans es heute leider nicht ermöglicht, die Luftstreitkräfte des Landes in vollem Maße zu sichern und die südlichen Grenzen unseres Staates (...) abzudecken“ (Interview mit Marat Sultanow, dem Vorsitzenden des kirgisischen Parlaments, in: RIA Novosti vom 21.05.2007).

Um das Land zu schützen und die bestehenden Grenzen zu erhalten, bedurfte Kirgisistan in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit der Unterstützung Russlands, das in allen Belangen über ein mächtiges Potenzial verfügt. Deswegen wurde in der

²⁰⁶ Die politische Führung in Moskau hält aber die Rückkehr russischer Grenzsoldaten in Kirgisistan für unreal.

Sicherheitsstrategie Kirgisistans Russland ausschließlich die Rolle eines Stabilitätsfaktors in der zentralasiatischen Region eingeräumt.

Bischkek sprach sich für eine gemeinsame Armee in der GUS aus, die jedoch an der ukrainischen Haltung zu dieser Frage scheiterte. In dieser Hinsicht stellte die Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit der GUS am 15. Mai 1992 in Taschkent aus kirgisischer Perspektive einen erforderlichen Schritt in die richtige Richtung dar. Die Gründe für diese Bemühungen waren die instabile Lage in der Region, die vor allem durch die militärische Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung in Tadschikistan und das Neuaufflammen des Bürgerkriegs in Afghanistan verursacht wurde.

Angesichts der sicherheitspolitischen Entwicklungen in Zentralasien im Sommer 1999 und 2000, als bewaffnete Islamisten im Ferghanatal für Unruhe sorgten, und insbesondere der nach den Ereignissen vom 11. September 2001 veränderten geopolitischen Situation in der Region, war Bischkek dazu gezwungen, in Sicherheitsfragen Moskau noch näher zu kommen und die militärische Zusammenarbeit mit Russland zu aktivieren.

Der bilateralen militärischen Partnerschaft liegt der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Gegenseitige Unterstützung zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kirgisistan vom 10. Juni 1992 zugrunde. In den vergangenen Jahren wurden zwischen den beiden Staaten für den Ausbau der Beziehungen auf militärischem Gebiet und bei der Grenzsicherung etwa 40 völkerrechtliche Dokumente auf verschiedenen Ebenen unterzeichnet (vgl. RIA Novosti vom 27.06.2007).

Während des offiziellen Besuchs des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin in Bischkek im Dezember 2002 wurde das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Russland und Kirgisistan auf dem Gebiet der Sicherheit unterzeichnet (vgl. Akaev 2004: 32) und die Fragen, die mit der Zusammenarbeit von zwei Ländern im Rahmen der GUS, des Sicherheitskollektivvertrages und anderer internationalen Organisationen verbunden sind, besprochen. Der Präsident Kirgisistans Askar Akajew erklärte, dass sein Staat *„danach strebt, politische und militärpolitische Hauptstütze Russlands in Zentralasien zu werden“* (zit. in: Analytische Wochenschau „Blick“, Dezember 2002).

Am 23. September 2003 unterzeichneten die Verteidigungsminister Russlands und Kirgistans einen Vertrag, der es Russland erlaubte, die Flugbasis Kant, 20 km östlich von Bischkek, zu einer Militärbasis auszubauen. In der Rede des russischen Verteidigungsministers Iwanow handelt es sich dabei um *„the first and only purely Russian military base that we have opened in the 13 years of the existence of the Russian Federation“*. Neben den russischen Soldaten beherbergt Kant auch die Schnelle Eingreiftruppe der CSTO mit Truppen aus Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Die Basis befindet sich unter russischer Jurisdiktion, die taktische Kontrolle wird aber vom Kommandeur der Schnellen Eingreiftruppe ausgeübt. Die Russische Föderation gab 2 Mio. US Dollar für den Ausbau der Basis aus (vgl. Asia Times Online vom 24.09.2003). Der russische Präsident Putin meinte in einem Interview, dass *„The Kant airbase will provide security for Kyrgyzstan, for the region and will create favorable conditions for fighting terrorism in the Russian Federation itself“* (zit. in: Utyaganova 2003). Die Stationierung des russischen Luftstützpunktes in Kant wird auch von der kirgisischen Seite als *„Schlüsselfaktor der Festigung der regionalen Sicherheit und Stabilität betrachtet“* (Interview mit dem kirgisischen Präsidenten Bakijew in: *„Rossijskaja Gazeta“* vom 27.01.2006).

Im Oktober 2003 schlossen Kirgisistan und Russland ein bilaterales Rüstungsabkommen, das die Zusammenarbeit beider Staaten für Produktion und Export von Waffen regelt (vgl. Gumpfenberg 2006).

Andere Aspekte der kirgisisch-russischen militärtechnischen Kooperation sind:

- Die Ausbildung von Militärkadern für die Streitkräfte der Kirgisischen Republik. Mit Russlands Hilfe wurden in Kirgisistan die ersten Lehrkurse für Grenzsoldaten geöffnet. Jährlich haben über 250 kirgisische Bürger die Möglichkeit, sich in den russischen Offiziersschulen auszubilden (vgl. Slovo Kyrgyzstana vom 20.03.2007, Burnashshev 2002: 150).
- Militärtechnische Hilfe für die Modernisierung der Streitkräfte Kirgisistans. Im Oktober 2000 unterschrieb Russland einen Vertrag über die Modernisierung des kirgisischen Grenzverteidigungssystems (vgl. Bernard 2005: 77). Im Sommer 2002 lieferte Russland Ausrüstung für die Modernisierung des Luftverteidigungssystems Kirgisistans für die Summe 130 000 US Dollar (vgl. Opdahl 2005: 101). Ende Oktober 2006 wurde z.B. zwischen den Verteidigungsministerien der beiden Länder ein Abkommen über

unentgeltliche militärtechnische Hilfe durch Russland im Wert von über 27 Millionen US-Dollar für einen Zeitraum von 2006 bis 2008 unterzeichnet (vgl. RIA Novosti vom 27.06.2007). Im Dezember 2006 lieferte Russland Kraftfahrzeugtechnik und Ersatzteile für mehr als 2 Mio. US-Dollar und 4 Kampfhubschrauber Mi-8 und Mi-24 an das kirgisische Verteidigungsministerium als Bezahlung des Pachtpreises für die russischen Militärobjekte auf kirgischem Territorium (eine diesbezügliche Vereinbarung wurde 2005 getroffen) (vgl. Vlasov 2007: 5; RIA Novosti vom 27.06.2007; Slovo Kyrgyzstana vom 20.03.2007).

- Gemeinsame Militärübungen der kirgisischen und russischen Partner auf bilateraler Basis und im Rahmen der CSTO, der SCO. Zu nennen sind z.B.:
 - die Übung der Kollektiven Schnelleingreifkräfte der CSTO „*Rubesch-2004*“, an der mehr als 2 000 Militärangehörige aus Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan teilnahmen und gemeinsame Handlungen zur Lokalisierung und Vernichtung der illegalen bewaffneten Formationen, die ins Gebiet der Kirgisischen Republik eingedrungen waren, trainierten (vgl. RIA Novosti vom 03.08.2004),
 - die kirgisisch-russischen Antiterrorübungen „*Süden 2006*“ in Kirgisistan im Oktober 2006, die das Ziel verfolgten eine gemeinsame Antiterroroperation, Verbesserung der Fertigkeiten der Soldaten bei der Kampforganisation, Training der Kampfführung im Hochgebirge, Effektivere Anwendung von Waffen und Technik in den Bergen zu planen und auszuüben (vgl. RIA Novosti vom 02.10.2006; 05.10.2006) und
 - die Übungen „*Issyk-Kul-Antiterror-2007*“, an denen sich Truppenverbände und Spezialeinheiten der SCO-Länder im Mai 2007 in Kirgisistan beteiligten, um das Zusammenwirken der Geheimdienste, der bewaffneten Strukturen und der Rechtsschutzbehörden der SCO-Teilnehmerstaaten bei großangelegten Operationen, die auf Aufspüren und Verhinderung von Terrorakten sowie auf Liquidierung der illegal bewaffneten Gruppen und verstärkte Sicherung der Staatsgrenzen gerichtet sind, zu koordinieren (vgl. RIA Novosti vom 30.05.2007).

6.4.3 Die kirgisisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

Die handelswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland ist eine der Hauptprioritäten der außenwirtschaftlichen Politik der Kirgisischen Republik und dient ihren lebenswichtigen Interessen, da die Kommunikationen und die Produktionsinfrastruktur Kirgisistans hauptsächlich auf Russland orientiert sind (vgl. Omarov 2003: 227). Die Schaffung einer effektiven, sich dynamisch entwickelnden und in die Wirtschaft Russlands organisch integrierten Wirtschaft in Kirgisistan ist eine der Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Kirgisischen Republik (vgl. Ploskih 2003: 328).

Das Handelsregime zwischen beiden Ländern regelt das Regierungsabkommen über das Freihandelsregime vom 8. Oktober 1992. Jährlich werden Abkommen über die handelswirtschaftliche Zusammenarbeit unterschrieben, in denen die vorrangigen Lieferungen der wichtigsten Produkte – Energieressourcen, Holz, Buntmetalle, Antimon, Tabak, Textil und andere –, aber auch gegenseitige Lieferungen der Hauptprodukte auf äquivalenter Basis bestimmt werden. Eine wichtige Bedeutung für die Perspektiven der Entwicklung der kirgisisch-russischen wirtschaftlichen Beziehungen hat der Beitritt Kirgisistans zur Zollunion im März 1996, die im Jahre 2000 in EurAsEC umgewandelt wurde. 1999 wurde die gemeinsame Kirgisisch-Russische Regierungskommission über die handelswirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gebildet, deren Hauptaufgabe es ist, die handelswirtschaftlichen Beziehungen an das hohe Niveau der politischen Kooperation anzugleichen. Mit Hilfe des vom kirgisischen Präsidenten Akajew und russischen Präsidenten Putin unterzeichneten Programms der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und der Russischen Föderation für die Jahre 2000-2009 hofft man das handelswirtschaftliche Zusammenwirken der beiden Staaten zu verbessern (vgl. Omarov 2003: 227-228).

Obwohl Russland schon immer der Handelspartner Nr. 1 für Kirgisistan war, fand bei den handelswirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern seit 2004 eine rasante Entwicklung statt.

Tabelle 13: Entwicklung der kirgisisch-russischen Handelsbeziehungen 2004-2007 (in Mio. US Dollar)²⁰⁷

Jahr	Export	Import	Gesamt
2004²⁰⁸	88,01464	186,83131	274,84595
2005	135,25238	379,81979	515,07217
2006	155,35218	646,15751	801,50969
2007	235,04061	968,93168	1203,97229

Ein wichtiger Bereich für die kirgisisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ist der Energiesektor. Das russische Energiekonzern Gasprom und die kirgisische Regierung unterzeichneten im Mai 2003 ein auf 25 Jahre befristetes Abkommen über die Zusammenarbeit im Gasbereich. Das Dokument sah unter anderem geologische Erkundungsarbeiten, den Abbau von Gasvorkommen auf kirgischem Territorium, die Modernisierung, den Bau und den Betrieb von Gas-Fernleitungen und anderen Objekten der Infrastruktur des kirgisischen Gaskomplexes sowie Gaslieferungen aus Russland im Rahmen gemeinsamer Projekte vor (vgl. Jonson 2004: 103). Die nachgewiesenen Erdgasvorräte Kirgisistans wurden auf insgesamt 6 Mrd. Kubikmeter geschätzt, die Eigenförderung von Erdgas in der Republik beläuft sich auf rund 30 Mio. Kubikmeter im Jahr. Es wurde geplant, diese Zahl bis zum Jahr 2010 auf 40 Mio. Kubikmeter zu steigern (vgl. RIA Novosti vom 15.05.2007). Die Kooperation Bischkeks mit Moskau in diesem Bereich ist für Kirgisistan angesichts der Tatsache, dass die Republik von Energielieferungen aus Usbekistan stark abhängt und die Beziehungen mit diesem zentralasiatischen Land nicht immer konfliktfrei sind, besonders wichtig, da sie die Energieabhängigkeit vom eigenwilligen Taschkent abzubauen hilft.

Ein anderes aussichtsreiches Projekt, das es ermöglicht, Milliarden US-Dollar Investitionen für Kirgisistan zu mobilisieren, ist der Bau von Wasserkraftwerken in der kirgisischen Region Kambaratin gemeinsam mit dem russischen Stromkonzern RAO UES. Ihre Nutzung ermöglicht, eine effektivere Wasserwirtschaft und die Industrie der Republik zu entwickeln. Zu den Großprojekten zählen auch der Bau eines

²⁰⁷ Zusammengefasst nach den Statistiken des Staatlichen Zollkomitees der Kirgisischen Republik unter: <http://www.customs.gov.kg/>

²⁰⁸ vom Januar 2004 bis September 2004

Kondensationskraftwerks nahe des Kohlevorkommens Kara-Ketsche und die Errichtung einer Hochspannungsleitung. (Vgl. RIA Novosti vom 05.07.2007)

Die Investitionskooperation Russlands mit Kirgisistan wird durch die russische Regierung gefördert. Am 10. Juli 2007 sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow nach dem Treffen mit seinem kirgisischen Amtskollegen Ednan Karabajew: *„Wir werden die russischen Geschäftskreise, die mit der kirgisischen Seite zusammenarbeiten wollen, unterstützen“* (zit. in: russland.RU vom 10.07.2007).

Noch einen Aspekt der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Kirgisischen Republik und der Russischen Föderation stellen die kirgisischen Bürger dar, die in Russland arbeiten. Wirtschaftlich leisten sie einen realen Beitrag zur Entwicklung ihres Landes. Die Geldsendungen der kirgisischen Gastarbeiter Richtung Heimat beliefen sich 2006 auf etwa 700 Mio. US-Dollar (vgl. Interfax vom 23.11.2006).

„For (...) Kyrgyzstan (...) Russia has become what the USA is for Mexico's rural poor – in a time of devastating economic collapse and botched farming reform, entire villages and regions now rely on income from migrant labor working in the Russian Federation.“
(Wood 2007: 5)

Aus politischer Perspektive bewirkt die gegenwärtige Arbeitsmigration in der Bevölkerung Kirgisistans eine noch festere Bindung an die Russische Föderation.

Für die Zusammenarbeit beider Staaten ist der Wirtschaftsaufschwung in Russland von großer Bedeutung: *„Die Integration im postsowjetischen Raum hängt vor allem von Russland ab. Seine Wirtschaftserfolge ermöglichen Kirgisistan und anderen GUS-Staaten eine bessere Einbindung in die Weltwirtschaft“*, sagte der kirgisische Präsident in einem Interview RIA Novosti. *„Wir legen großen Wert auf engere und gegenseitig vorteilhafte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, die uns zur Lösung unserer Wirtschaftsprobleme verhelfen“* (RIA Novosti vom 05.07.2007).

6.4.4 Die kulturell-humanitäre Zusammenarbeit

Die kulturell-humanitäre Zusammenarbeit zwischen der Kirgisischen Republik und der Russischen Föderation, die auf die Erhaltung und Entwicklung des einheitlichen Kultur-, Informations-, Wissenschafts- und Bildungsraumes gerichtet ist, befindet sich im Stadium der stabilen Entwicklung. In den vergangenen Jahrzehnten wurden zwischen Bischkek und Moskau eine Reihe wichtiger Abkommen auf Regierungs-

und Behördenebene im Bereich der Bildung, Wissenschaft und Kultur abgeschlossen. Durch die Zusammenarbeit in der Ausbildung können in diesem Zusammenhang einige Erfolge verzeichnet werden: Die russische Seite hat Satellitenantennen für die Aufnahme des Kanals „*Schüler TV*“ in 120 Schulen der Republik errichtet; 2006 haben die kirgisischen allgemeinbildenden Schulen als Schenkung 19 000 Lehrbücher und didaktische Bücher aus Russland bekommen (vgl. Ferghana.ru vom 15.10.2007).

Große Aufmerksamkeit wird den Problemen der russischsprachigen Bevölkerung in Kirgisistan gewidmet. Die zuletzt unionsweit geführte Volkszählung von 1989 hatte ergeben, dass in Kirgisistan 916 500 ethnische Russen lebten, was 21,5% der Gesamtbevölkerung entsprach. Sie bildeten nach der Unabhängigkeit der Republik die so genannte „*russischsprachige Minderheit*“. Durch den Kollaps der Sowjetunion verloren sie ihre Bindung an die vormals große Heimat und stellten nun in der neuen souveränen Kirgisischen Republik eine nationale Minderheit dar. Nach Umfragen vom März 1991 betrachteten sich etwa 66,4% der Russen in nichtrussischen Republiken in erster Linie „*als Bürger der UdSSR*“ (Lewada 1993: 164, zit. in: Inomjonov 2005: 213). Kirgisistan versuchte in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerungsgruppe eine konstruktive Minderheitenpolitik zu führen, um Spannungen mit Russland zu vermeiden. Am 24. Dezember 2001 bekam die russische Sprache einen offiziellen Status, was in der kirgisischen Verfassung verankert wurde. Dieser Schritt fand große Unterstützung seitens der Führung und der breiten Öffentlichkeit Russlands. Um zusätzliche Möglichkeiten für die Erlernung der russischen Sprache in Kirgisistan zu schaffen wurde an der Kirgisisch-Russischen Slawischen Universität in Bischkek das Zentrum für Weiterbildung und Qualifikation der Lehrer der russischsprachigen Schulen eröffnet. Die Kirgisische Republik ist das einzige zentralasiatische Land, in dem die russischen Medien ohne Restriktionen verbreitet und das russische Fernsehen überall ausgestrahlt werden können.

Die Auswanderung der russischsprachigen Bevölkerung aus Kirgisistan ist dennoch sehr hoch. Zwischen 1991 und 1993 haben etwa 253 000 Russischsprachige das Land verlassen. Das Hauptimmigrationsland dabei war Russland. Den Angaben des kirgisischen staatlichen Statistik-Komitees zufolge sind im Jahr 2005 mehr als 25.000 kirgisische Staatsbürger nach Russland übergesiedelt, fast 10.000 mehr als im Jahr

2004. Dabei haben die desolate wirtschaftliche Situation in Kirgisistan und eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Russlands entscheidenden Einfluss auf diesen Prozess.

6.4.5 Chancen im multilateralen Rahmen: Organisationen im Rahmen der GUS und die SCO

6.4.5.1 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

Die Nachricht über die Auflösung der Sowjetunion durch die Gründung der GUS am 8. Dezember 1991 kam für Kirgisistan relativ überraschend. Denn in Bischkek gab man die Hoffnung auf eine Lösung, in der der gemeinschaftliche Charakter der Union beibehalten werden konnte, noch nicht auf.

Als die zentralasiatischen Führer in Aschgabad am 12. Dezember 1991 zusammentrafen, diskutierten sie darüber, ob man ein eigenes „*Turkbündnis*“ gründen sollte. Dennoch wurde einstimmig entschieden, zusammen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beizutreten (vgl. Toktomushev 2001: 24). Kirgisistan unterzeichnete den zweiten Gründungsakt der GUS am 21. Dezember 1991 in Almaty und schloss sich somit diesem Staatenbund an. Mit Ausnahme der drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen, die „*aufgrund eines historisch begründeten Misstrauens gegenüber Russland der GUS fern blieben*“ (List 2006: 69), sind alle ehemaligen Sowjetrepubliken Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Von der GUS-Mitgliedschaft erhoffte sich der junge kirgisische Staat die Beibehaltung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen und des GUS-Raums als eines einheitlichen Sicherheitsraums. Außerdem trug die Zugehörigkeit zur GUS dazu bei, den diplomatischen Aktivitäten der Kirgisischen Republik, die in den außenpolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen noch nicht über die nötige Autorität verfügte, Gewicht zu verleihen. Die GUS war für Kirgisistan also nicht nur ein geeignetes Instrument für eine „*zivilisierte Scheidung*“, sondern auch ein wichtiges Mittel für die Stärkung der nationalen Selbständigkeit.

Ausgehend von seinen Interessen positionierte sich Kirgisistan als überzeugender Anhänger der Idee der Verstärkung des gemeinschaftlichen Charakters der

Organisation, indem ihre Strukturen gefestigt und sie sich zum Mechanismus der Steuerung der gegenseitigen Beziehungen entwickeln sollte. Neben Russland und Kasachstan gehörte Kirgisistan zur Gruppe derjenigen Staaten, die die meisten Abkommen der GUS unterzeichnet hatten. Dazu gehört beispielsweise die GUS-Charta vom 22. Januar 1993, die die Bereiche gemeinsamer Tätigkeit definiert: Wahrung der Menschenrechte und -freiheiten, Koordination der außenpolitischen Aktivitäten, Kooperation in der Herausbildung und Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums, Zollpolitik, Transport- und Fernmeldewesen, Gesundheits- und Umweltschutz, Sozial- und Migrationspolitik, Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie Verteidigungspolitik und Schutz der äußeren Grenzen²⁰⁹. Zur Schaffung einer Wirtschaftsunion unterzeichneten Kirgisistan und andere GUS-Mitgliedstaaten am 24. September 1993 ein entsprechendes Abkommen (vgl. Toktomushev 2001: 24-25). Laut Vertrag waren die Ziele der Wirtschaftsunion: „*die Herausbildung von Bedingungen einer stabilen Entwicklung der Volkswirtschaften der Vertragspartner im Interesse der Erhöhung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung*“, sowie „*die schrittweise Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes auf Grundlage von marktwirtschaftlichen Beziehungen*“²¹⁰. Zunächst war die Errichtung einer Freihandelszone im Rahmen der GUS und später die Einführung einer einheitlichen Währung vorgesehen. Doch von Beginn an fanden kaum Schritte zur Umsetzung des Vertrags, da die strukturellen Unterschiede zwischen den Mitgliedern zu gravierend waren. So blieb die Wirkung der GUS-Vertragswerke in der Realität stark begrenzt²¹¹ und der Großteil der wirtschaftlichen Interaktionen fand auf bilateraler statt auf multilateraler Ebene statt (vgl. Pankov 1995: 17; Clement 1996: 45f.).

Folglich war immer wieder die Forderung nach einer Reform der GUS zu vernehmen. Der kirgisische Präsident Akajew sagte beispielsweise Ende Dezember 2002: „*The present-day reality dictates the need to work out and put into practice new conceptual approaches to reforming the Commonwealth*“ (zit. in: News from Russia vom 03.01.2003). Trotz der unternommenen Versuche, die GUS zu reformieren, entzog sich eine Reihe von Republiken konsequent einer Beteiligung an der Institutionalisierung kollektiver Formen der Zusammenarbeit und deren Finanzierung,

²⁰⁹ Vgl. Chapter I. Purposes and Principles, Article 4: Charter of the Commonwealth of Independent States, adopted on January 22, 1993 at the meeting of the Council of Heads of State in Minsk.

²¹⁰ Artikel 2, Vertrag über die Gründung einer Wirtschaftsunion, Moskau, 24. September 1993.

²¹¹ Laut offiziellen Äußerungen war gegen Ende der 90-er Jahre von rund 800 Abkommen zwischen GUS-Staaten kaum ein Zehntel umgesetzt worden (Halbach 2006: 217).

obwohl bei vielen Mitgliedstaaten ein deutlich gesteigertes Interesse an der Abstimmung wirtschaftlicher Entscheidungen und an der Erhaltung der wirtschaftlichen Verbindungen zu erkennen war. Somit tat sich eine Kluft zwischen zwei Staaten-Gruppierungen innerhalb der GUS auf: Die eine Gruppe, der auch Kirgisistan angehört, lässt sich als integrationswillig und an Russland orientiert charakterisieren; die andere Gruppe steht allen Integrationsinitiativen äußerst kritisch gegenüber und will die Einflussnahme durch Russland verhindern.

Die GUS-Kooperation findet also verstärkt im Rahmen eines Kernmodells²¹² in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und unterschiedlichen Formaten statt: Die Zollunion in der GUS zählte nur fünf Mitglieder (Kasachstan, Kirgisistan, Russische Föderation, Tadschikistan und Weißrussland), die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sieben Mitglieder (Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland).

Neben den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen ist der heute wohl wichtigste Pfeiler der GUS-Kooperation der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus. Die GUS-Staaten verabschiedeten eine Reihe von Dokumenten, in denen immer wieder der Wille zur Zusammenarbeit in der Terrorismus-Bekämpfung unterstrichen wurde (vgl. Arunova 2002: 14). Auf Beschluss des Rats der Staatschefs in Minsk vom 1. Dezember 2000 wurde ein Antiterrorismus Zentrum (engl. Anti-Terrorist-Center, ATC) in Moskau eingerichtet. Ein entsprechendes Statut definierte das Zentrum als *“permanent CIS specialized agency and is designed to ensure coordination and cooperation among the competent bodies of the Commonwealth's states in the field of the combating of international terrorism and other manifestations of extremism”*²¹³. Der Aufgabenbereich des ATC umfasste u.a. den Aufbau einer speziellen Datenbank über internationale terroristische Organisationen, sowie die Vorbereitung und Durchführung antiterroristischer Operationen und Übungen²¹⁴. Doch die Durchschlagskraft der Organisation hielt sich in Grenzen, was sich allein in dem

²¹² Das Kerneuropa Modell geht auf ein Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 1. September 1994 zurück, das die These vertritt, dass die Bildung eines aus der Bundesrepublik, Frankreich und den Benelux-Ländern bestehenden „Kerneuropa“ notwendig sei, um den ins Stocken geratenen europäischen Integrationsprozess voranzubringen. Erforderlich sei, dass die Länder des festen Kerns sich an sämtlichen Politikbereichen beteiligten, und erkennbar gemeinschaftsorientierter handelten als alle anderen. Dieser Kern müsse für weitere Teilnehmer offen sein. Somit sei die Bildung der Kerngruppe kein Ziel an sich, sondern lediglich Mittel zum Zweck. (Vgl. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1994: 1271-1280)

²¹³ The Antiterrorist Center of the CIS Member States (Factsheet), December 8, 2000, Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation, Information and Press Department, Daily News Bulletin

²¹⁴ ebd.

kleinen Budget, das die Mitgliedstaaten zur Verfügung stellten, widerspiegelt (vgl. List 2006: 74).

Von Anbeginn der GUS bis heute finden sich immer wieder Stimmen von Politikern, die der Fortexistenz der Organisation wenig Chancen einräumen (vgl. Pankov 1994: 7). Bald nach der GUS-Gründung wurde schon das Scheitern der Integrationskonzeption ausgemacht, wofür drei zentrale Gründe angeführt wurden:

1. Die Krise der GUS sei „*genetisch bedingt*“, da sie als Ersatz für die zerbrochene Sowjetunion geschaffen worden wäre, läge ihr kein neues Aufbruchskonzept zu Grunde, an dem es in der Folgezeit mangle.
2. Die GUS sei weder eine Werte- noch eine Interessengemeinschaft. Ihr fehle eine tragende gemeinsame Idee.
3. Die Transformationsprozesse in den GUS-Mitgliedstaaten, ihre individuellen Interessen und Bündnispräferenzen gestalteten sich so unterschiedlich, dass die Idee einer Integration nach dem Muster der EU gescheitert sei. (Vgl. Timmermann 1998: 1f.)

Natürlich kann man die Schwächen der GUS scharf kritisieren, aber sie hat sich als Organisation im ehemaligen Sowjetraum etabliert, und niemand wird heute ihre Existenz in Frage stellen. Die GUS hat sich zum nützlichen Forum entwickelt, innerhalb dessen Interaktionen zwischen den Mitgliedstaaten auf bilateraler, sowie regionaler Ebene stattfinden. Kirgisistan nutzte die GUS z.B. um Beziehungen zu Moldawien anzuknüpfen, was zur Handelsentwicklung (z.B. ist der moldawische Wein ein Importartikel in Kirgisistan) und der Intensivierung der Kontakte auf Regierungsebene zwischen diesen beiden Ländern beitrug (2006 wurde Moldawien von der Kirgisischen Republik beauftragt, neue Pässe für kirgisische Bürger zu fertigen). Als Institution regionaler Integration im postsowjetischen Raum oder gar als überregionaler politischer, wirtschaftlicher und militärischer Faktor ist die GUS jedoch irrelevant (vgl. Timmermann 1998: 1f.).

6.4.6.2 Collective Security Treaty Organisation (CSTO)

Nach der Gründung der GUS war es im Interesse der Kirgisischen Republik, ein einheitliches militärisches Gebiet beizubehalten. Aber bereits im Mai 1992 wurde offenkundig, dass ein zentralisiertes GUS-Militär unter einem Kommando nicht

haltbar war, und der junge, unabhängige kirgisische Staat war dazu gezwungen, seine eigene Armee aufzubauen.

Dennoch war den Staatsführungen Kirgisistans und der anderen GUS-Länder bewusst, dass angesichts der drohenden Eskalation von Konflikten im post-sowjetischen Raum, effektive Mechanismen zur militärisch-politischen Integration und zum Aufbau eines gemeinsamen Sicherheitssystems notwendig waren (vgl. List 2004: 140). Infolgedessen unterzeichneten Kirgisistan, Armenien, Kasachstan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan am 15. Mai 1992 in Taschkent einen Vertrag über kollektive Sicherheit (engl. Collective Security Treaty, CST), mit dem sie sich verpflichteten, *„keinen militärischen Bündnissen“* beizutreten und *„sich an keinen Gruppierungen von Staaten oder Aktionen, die gegen einen anderen Teilnehmerstaat gerichtet sind, zu beteiligen“* (Artikel 1, Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992). In der Folgezeit traten noch Aserbaidschan, Weißrussland und Georgien dem Bündnis bei, und am 20. April 1994 trat der Vertrag schließlich in Kraft.

Entsprechend dem Vertrag gewährleisteten die Mitgliedstaaten kollektiv ihre Sicherheit: *„Wenn für die Sicherheit, territoriale Integrität oder Souveränität eines oder mehrerer Mitgliedstaaten eine Gefahr entsteht oder für den Weltfrieden oder die Weltsicherheit eine Gefahr entsteht, dann haben die Mitgliedstaaten unverzüglich den Mechanismus gegenseitiger Konsultationen in Gang zu setzen, um ihre Positionen zu koordinieren und Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr zu treffen“* (Artikel 2, Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992). Dabei besagt Artikel vier: *„Im Falle einer Aggression gegen einen der Mitgliedstaaten haben alle anderen Mitgliedstaaten ihm die notwendige militärische und sonstige Hilfe zu erweisen, und zwar unter Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und bei Inanspruchnahme des Rechts auf kollektive Verteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta“* (Artikel 4, Vertrag über kollektive Sicherheit, Taschkent, 15. Mai 1992).

Von Anfang an waren aber dem Taschkenter Vertrag substantielle Mängel immanent: Er umfasste nicht alle GUS-Staaten; die Beistandsverpflichtung galt nur für die militärische Bedrohung durch Drittstaaten, für Konflikte innerhalb des GUS-Raums waren keine Schlichtungsmechanismen vorgesehen (vgl. Halbach 2000: 18).

Nichtsdestotrotz gab es für die Kirgisische Republik gute Gründe zur Teilnahme an dieser kollektiven Sicherheitsstruktur. Als Hauptmotivation muss als gemeinsamer Nenner die Hoffnung genannt werden, einen Rückzug Russlands aus der Region zu verhindern. Kirgisistan erhoffte russische Unterstützung bei Aufbau und Unterhalt seiner nationalen Armee und Sicherheitsgarantien gegenüber einer gemeinsamen potentiellen Bedrohung, wie China.

Die Sicherheitszusammenarbeit der Taschkenter Vertragspartner weitete sich seit dem Jahr 2000 aus. Grund war die zunehmende sicherheitspolitische Brisanz seit Sommer 1999 im Süden der zentralasiatischen Region, die sich in Zusammenstößen zwischen islamistisch fundamentalistischen Rebellen und den dort stationierten Streitkräften äußerte. Folglich wurden die gemeinsamen militärischen Übungen der Mitglieder des Kollektiven Sicherheitsvertrages in der GUS in den Jahren 1999 und 2000 intensiviert. Im Rahmen der Übung „*GUS Südliches Schild 99*“ wurde ein Bedrohungsszenario durch Terroristen und Guerillas angenommen, wie es sich wenige Monate zuvor in Zentralasien ereignet hatte. In der Übung „*GUS Südliches Schild 2000*“ ging es um die Verhinderung des Eindringens extremistischer Gruppierungen aus Afghanistan in eine der zentralasiatischen Republiken (vgl. Jonson 2003: 135-136). Das Thema Terrorismusbekämpfung wurde zur wichtigsten Integrationsklammer des Bündnisses (vgl. List 2006: 80).

Im April 2000 schlug Russland die Schaffung von Schnellen Eingreiftruppen vor, welche auch in den zentralasiatischen Republiken stationiert werden sollten und von dort gegebenenfalls Präventivschläge gegen Stützpunkte von Terroristen und Extremisten in Afghanistan durchführen könnten. Im Mai 2001 wurde der russische Vorschlag angenommen und die Errichtung einer zentralasiatischen Truppe mit kasachischen, kirgisischen und tadschikischen Einheiten beschlossen mit einem gemeinsamen Sitz in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek.

Im selben Jahr einigte man sich auf die Schaffung einer zentralasiatischen Antiterrorismuszentrale (vgl. Nichol 2003: 5), die von Russland kontrolliert wurde und 50% ihres Personals und Budgets aus Moskau erhielt (vgl. Socor 2002). Der russische Präsident Putin äußerte sich zu den Aufgaben der Antiterrorismuszentrale, dass diese den Bedrohungen aus dem Süden, wie militanten islamistischen

Gruppierungen und dem wachsenden Drogenhandel, entgegenwirken solle (vgl. Socor 2002).

Zur Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit wurde im Mai 2002 während der Sitzung des Kollektiven Sicherheitsrats in Moskau beschlossen, den Vertrag über kollektive Sicherheit in die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (engl. Collective Security Treaty Organisation, CSTO) zu transformieren (vgl. Radyuhin 2003). Die grundlegenden Ziele und Maßnahmen der CSTO blieben der gemeinsame Kampf gegen internationalen Terrorismus und Extremismus, Schmuggel von Waffen, Drogen und andere bewusstseinsverändernde Substanzen, sowie organisiertes transnationales Verbrechen. Darüber hinaus erhielt die Kooperation eine neue Komponente, die insbesondere für Kirgisistan mit seinen veralteten Waffen und Kommunikationstechnologien von Interesse war – die Kooperation im militärtechnischen Bereich.

Für den kleinen Bündnispartner Kirgisistan sind nach wie vor die durch die CSTO garantierten besonderen Beziehungen zur Russischen Föderation von großer Bedeutung. Denn objektiv betrachtet ist außer Russland kein Mitgliedstaat in der Lage, alleine für seine militärische Sicherheit Sorge zu tragen. Somit ist Kirgisistan auf den Schutz durch den großen Nachbarn angewiesen. Eine wichtige Rolle kommt in diesem Zusammenhang der Sicherheitsdoktrin der Russischen Föderation von 2000 zu, die ihren Bündnispartnern militärischen Beistand – falls notwendig auch nuklearer Art – zusichert.

„Die wichtigste Aufgabe der Russischen Föderation ist die Gewährleistung der Abschreckung zur Abwehr einer Aggression beliebigen Maßstabs, darunter mit Einsatz von Kernwaffen, gegen Russland und seine Verbündeten.“ (Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation, 10. Januar 2000)

Die Erfolgsbilanz aus Sicht der Mitgliedstaaten der CSTO lautete wie folgt: *“The Collective Security Treaty Organization is now building the appropriate counter-terrorism capacity. Collective rapid-deployment forces, drawn from the armed forces of the Republic of Kazakhstan, the Kyrgyz Republic, the Russian Federation and the Republic of Tajikistan, have been established to cover Central Asia. The Council of Ministers for Foreign Affairs and the Council of Ministers of Defence are operational. The Committee of Secretaries of the Security Council is developing practical measures to counter terrorism and related illicit trafficking in drugs and weapons,*

illegal migration and transnational organized crime. Arrangements are being made for the mutual use of relevant infrastructures of the States members of the Collective Security Treaty Organization to carry out counterterrorism measures. The intelligence services and counter-terrorist divisions are increasing their combat readiness; joint exercises are being conducted; and coordinated plans of action are being drawn up. An agreement on a unified system of technical protection of railways of the States members of the Collective Security Treaty Organization was signed on 28 April 2003. Efforts are under way to harmonize countries' national legislation in the area of counter-terrorism. The Collective Security Treaty Organization is developing cooperation with the relevant organs of the Commonwealth of Independent States and the groundwork has been laid for contacts with the United Nations, the Organization for Security and Cooperation in Europe, the Shanghai Cooperation Organization and other international security organizations. The Collective Security Treaty Organization meets the requirements to actively participate in the system of cooperation among regional organizations evolved by the Counter-Terrorism Committee of the United Nations Security Council" (Statement by the States members of the Collective Security Treaty Organization, 27 November 2003, zit. in: List 2006: 85).

6.4.6.3 Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC)

Die wirtschaftlichen Ziele, deren Erreichung Bischkek durch die Mitgliedschaft in der GUS erwartet hatte, versucht die kirgisische Führung im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurAsEC) erfolgreicher durchzusetzen.

EurAsEC, die Rechtsnachfolgerin der Zollunion²¹⁵, ist eine internationale wirtschaftliche Organisation, zu deren Aufgaben die Bildung gemeinsamer Zollaußengrenzen der Mitgliedsstaaten (Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland), die Erarbeitung einer einheitlichen Außenwirtschaftspolitik und die Festsetzung einheitlicher Tarife und Preisen gehören, sowie andere für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes notwendige Aufgaben. Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft wurde von den

²¹⁵ Die Zollunion wurde am 6. Januar 1995 von Russland und Weißrussland vereinbart, mit dem Ziel, die Integration dieser Staaten im wirtschaftlichen und humanitären Bereich zu vertiefen. Am 20. Januar 1995 schloss sich Kasachstan an, Kirgisistan folgte am 29. März 1996 und Tadschikistan am 26. Februar 1999 (vgl. Toktomushev 2001: 38).

Teilnehmerstaaten der Zollunion zwecks effektiven Aufbaus eines Einheitlichen Wirtschaftsraums und der Koordinierung ihres Herangehens bei der Integration in die Weltwirtschaft und in das internationale Handelssystem gebildet. Zu den wichtigsten Zielen der Organisation gehört die Förderung der dynamischen Entwicklung von EurAsEC-Staaten durch die Koordinierung der sozial-wirtschaftlichen Wandlungen unter effektiver Nutzung ihrer wirtschaftlichen Potentiale zur Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die wichtigsten Aufgaben der Gemeinschaft sind:

- endgültige und vollständige Einführung des Freihandelsregimes, Bildung eines einheitlichen Zolltarifs und eines einheitlichen Maßnahmensystems zur außertariflichen Regelung;
- Festsetzung von gemeinsamen Handelsregeln für Waren und Dienstleistungen und für den Zugang auf die Innenmärkte;
- Einführung der einheitlichen Vorschriften zur Devisenregulierung und -kontrolle;
- Bildung eines gemeinsamen einheitlichen Zollregelungssystems;
- Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer sozial-wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme;
- Bildung gleicher Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit und Produktion;
- Entwicklung eines gemeinsamen Markts für Verkehrsdienstleistungen und eines einheitlichen Verkehrssystems;
- Bildung eines gemeinsamen Energiemarktes;
- Schaffung gleicher Bedingungen für den Zugang ausländischer Investoren zu den Märkten der Teilnehmerstaaten;
- Einräumung gleicher Rechte für die Bürger der Staaten der Gemeinschaft bei der Bildung und der medizinischen Behandlung auf dem gesamten Territorium;
- Annäherung und Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen;
- Sicherung des Zusammenwirkens der Rechtssysteme der EurAsEC-Staaten zwecks Bildung eines einheitlichen Rechtsraums innerhalb der Gemeinschaft (vgl. www.evrazes.com).

Der Gründungsvertrag der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde am 10. Oktober 2000 in der Hauptstadt Kasachstans, Astana, von den Präsidenten

Weißrusslands (Alexander Lukaschenko), Kasachstans (Nursultan Nasarbajew), Kirgisistans (Askar Akajew), Russlands (Wladimir Putin) und Tadschikistans (Emomalij Rahmonow) unterzeichnet (vgl. Toktomushev 2001: 41). Im Mai 2002 wurde EurAsEC-Beobachterstatus an Moldawien und die Ukraine auf Bitte der Führungen dieser Staaten verliehen. 2003 wurde einem ähnlichen Ersuchen Armeniens stattgegeben. Im Januar 2006 ist Usbekistan Mitglied der EurAsEC geworden.

Zu den vorrangigen Herausforderungen in der Tätigkeit der EurAsEC für die nächste Zukunft gehören:

- Verkehr: Problem der einheitlichen Tarife, Steigerung des Güterstroms, Vereinfachung des Visaverfahrens, Abschluss der inneren Verfahren zu unterzeichneten Abkommen, Bildung transnationaler Verkehrs- und Speditions Körperschaften.
- Energie: gemeinsame Erschließung der Wasserkraftreserven Zentralasiens, das Problem der Energieversorgung und Wassernutzung und die Entwicklung einer einheitlichen Energiebilanz.
- Wanderung der Arbeitskräfte: sozialer Schutz der Migranten, Entwicklung eines wirksamen Systems zur Regelung und Kontrolle über die Wanderung von Arbeitsressourcen, Bekämpfung der von der Migration begleitenden Kriminalität, Probleme der Besteuerung von Migranten und deren Arbeitgeber.
- Agrar-Industrie-Komplex: Abstimmung der landwirtschaftlichen Politik der EurAsEC-Staaten, Entwicklung eines einheitlichen Nahrungsmittelmarktes der Länder der Gemeinschaft, Reduzierung der Transportkosten, Lagerung, Vertrieb von Landwirtschaftsprodukten, Bildung neuer Marktinstitute in diesem Bereich (Versicherung, Banken, Börsen und andere) (vgl. www.evrases.com).

Durch die Mitgliedschaft in der EurAsEC profitiert der Kleinstaat Kirgisistan von der Möglichkeit, seine knappen Ressourcen für institutionelle Außeninteraktion effizienter auszunutzen, da die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft ihm die Möglichkeit bietet, im Rahmen ihres Interaktionsfelds mit einem Minimum an organisatorischem Eigenaufwand Zugang zu vielfältigen transnationalen Kontakten zu gewinnen.

Als ein Kleinstaat zählt Kirgisistan nur 7,5% (Russland – 40%, Weißrussland, Kasachstan und Usbekistan je 15 % und Tadschikistan auch nur 7,5%) in den Haushalt der Gemeinschaft ein. Die Beschlussfassung im Integrationsausschuss²¹⁶ hängt aber mit dem Beitrag des Staates zum Haushalt der Gemeinschaft zusammen und so hat Kirgisistan 7,5 Stimmen (Russland – 40, Weißrussland, Kasachstan und Usbekistan – je 15, Tadschikistan – 7,5).

Vorteile von der Teilnahme an EurAsEC bestehen für Kirgisistan auch darin, dass sich seine Geschäftsaktivität innerhalb eines einheitlichen Wirtschaftsraums entwickelt, der durch Unifizierung der nationalen Gesetzgebungen der EurAsEC-Staaten und durch Gestaltung von gleichen Bedingungen für alle Wirtschaftsobjekte, die in diesem Raum handeln, gefördert wird. Beim Transport von Waren und Dienstleistungen, die auf dem EurAsEC-Territorium hergestellt werden, werden innerhalb der Innengrenzen der Gemeinschaft keine Zollgebühren erhoben. Durch die Minderung der Transaktionskosten werden die auf dem EurAsEC-Territorium erzeugten Waren wettbewerbsfähiger im Vergleich zu Waren aus Drittländern. Eine große Rolle spielt auch die Möglichkeit, das Potential der innovativen Technologien und geistigen Ressourcen der Staaten der Gemeinschaft zu nutzen.

6.4.6.4 Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO)

Eine sehr wichtige Form der Zusammenarbeit und Integration der Kirgisischen Republik mit Russland außerhalb der GUS stellt die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit dar. Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde auf Basis der bisherigen Gruppe „*Schanghai Fünf*“ und ihrer Zielsetzungen am 20. Juni 2001 von China, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan gegründet.

Es sind gemeinsame Probleme, die die Mitgliedsstaaten der Schanghai-Organisation verbinden. Ursprünglich gegründet wegen Grenzstreitigkeiten, liegt ein Schwerpunkt

²¹⁶ Das ist ein ständig funktionierendes Organ der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ihm gehören stellvertretende Regierungschefs der EurAsEC-Staaten an. Zu den wichtigsten Aufgaben des Integrationsausschusses gehören Sicherung des Zusammenwirkens zwischen EurAsEC-Organen, Vorbereitung von Vorschlägen zur Tagesordnung der Sitzungen des Zwischenstaatlichen Rates sowie von Beschluss- und Dokumentenvorlagen und Kontrolle über die Erfüllung von Beschlüssen, die vom Zwischenstaatlichen Rat gefasst wurden. Sitzungen des Integrationsausschusses finden mindestens vier Mal im Jahr statt.

auf dem Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus (vgl. List 2006: 118). Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Kriminalität und Drogenhandel sind weitere Themen. Auch die langfristige multilaterale Kooperation in Handel und Wirtschaft im Rahmen der SCO ist vorgesehen. Trotz regelmäßiger Wiederholung der Bedeutung der ökonomischen Zusammenarbeit ist dieses Vorhaben bisher jedoch nicht in reale Politik umgesetzt worden.

Uwe Halbach, Zentralasien-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, bescheinigt der Schanghai-Organisation wachsende Bedeutung in der Region: *„Die Schanghai-Organisation ist in der Tat in den vergangenen zwei, drei Jahren zu einem zunehmenden Fixpunkt in der Außenpolitik Russlands und auch anderer GUS-Staaten, eben der zentralasiatischen Staaten geworden. Und dabei spielt Sicherheitspolitik eine ganz vorrangige Rolle“* (zit. in: DW-RADIO/Osteuropa vom 15.8.2007).

Obwohl die Kirgisische Republik innerhalb der SCO als der „Juniorpartner“ gewertet wird, war der Nutzen der Kooperation in dieser Form für diesen zentralasiatischen Kleinstaat nicht unerheblich. Die SCO erklärte die Sicherheitsbedrohungen der zentralasiatischen Staaten zu ihrem Schwerpunkt. Um diese unilateral effektiv zu bekämpfen, fehlten Kirgisistan die notwendigen finanziellen und militärischen Mittel.

Des Weiteren stellte die Shanghai Gruppe eine Form der Zusammenarbeit dar, in der Russland sich den Führungsanspruch mit China teilen musste, was einen gewissen Schutz der Kirgisischen Republik vor allzu intensiver russischer Einflussnahme versprach. Im Unterschied zur GUS und ihren Organisationen gleicht also im Rahmen der SCO die Notwendigkeit der Berücksichtigung der chinesischen Interessen im sicherheitspolitischen Bereich teilweise die Interessen der Russischen Föderation aus. Kirgisistan erhält somit größere Handlungsfreiheit für die Realisierung seiner Ziele in dieser Organisation. Wenn aber die Positionen Russlands und Chinas übereinstimmen, wird der Handlungsspielraum der politischen Führung in Bischkek stark eingeschränkt.

Die wichtigste Gemeinsamkeit Moskaus und Beijings ist der Wunsch, der amerikanischen Einflussnahme in Zentralasien entgegenzuwirken, deswegen sollte der kirgisische Präsident beim Gipfel der Shanghaier Organisation für

Zusammenarbeit am 5. Juli 2005 Einigkeit mit der Russischen Föderation und Volksrepublik China zeigen, als die Mitgliedsstaaten dieser Organisation die USA aufforderte, einen Zeitpunkt für den Abzug ihrer Truppen aus der Region zu nennen, die dort offiziell im Zuge des Afghanistan-Einsatzes stationiert sind. Die Entscheidung Bishkeks, sich den Forderungen der Shanghai-Gruppe anzuschließen, war keine selbstständige Entscheidung. Das zeigt die Erklärung des kirgisischen Präsidenten, Kurmanbek Bakijew, die 17. Juli 2005 im russischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Bakijew begründete die Forderungen des Gipfeltreffens der Shanghai-Gruppe genau. Er sagte wörtlich: *„Weil Wladimir Putin diese Frage aufgeworfen hat, sage ich, ist die Situation heute eine andere“* (zit. in: DW-RADIO vom 18.7.2005) Auf diese Weise wurde es klar, dass der Präsident Russlands derjenige war, der diese Frage ins Gespräch gebracht hatte.

Trotz einiger Nachteile, die der Kleinstaat Kirgisistan als Mitglied in einer Organisation mit zwei Großmächten Russland und China hat, stellt die SCO für die Kirgisische Republik einen Rahmen dar, in dem sie Russland, aber auch China und die anderen zentralasiatischen Staaten in eine gemeinsame Gruppe für die Gewährleistung der Sicherheit in der Region binden kann. Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist laut dem kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew ein wirksames Sicherheitsinstrument in der Region: *„Die SCO hat sich als eine angesehene internationale Organisation behauptet, als ein wirksames Instrument, um Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten“* (zit. in: RIA Novosti vom 09.07.2007)

Zusammenfassend kann man sagen, dass das kirgisisch-russische Verhältnis eine ungleiche aber zugleich vorteilhafte *„Patron-Klient-Beziehung“* einer Großmacht zu einem Kleinstaat darstellt (siehe dazu Kapitel 2.2.2.2). Bei so einem Verhältnis kann ein Kleinstaat vom größeren Partner, falls notwendig, den Schutz, also Garantien für ihre Sicherheit bekommen, dafür aber soll er Dienste leisten, die seinen Handlungs- und Entscheidungsspielraum bezüglich vieler internationaler Fragen erheblich einschränken. Fast in jeder Frage soll er den Standpunkt einnehmen, der mit dem der Großmacht übereinstimmt. Das Risiko für den Kleinstaat besteht also darin, dass in so einer Allianz eine fremde Durchdringung durch die Großmacht erleichtert wird, die die Souveränität gefährden und eine Abhängigkeit vom Patron verstärken. Im Falle des Kleinstaats Kirgisistan und der Großmacht Russland geht es aber vielmehr

um „good client state relations“ (Wood 2007: 5). *“By excellent client state is meant a state that serves the foreign policy interests of a larger, more powerful state in a symbiotic relationship that, crucially, does not undermine its own independence or the stability of its regime, but enhances its sovereignty and security through a mutually beneficial framework despite a power relationship that is essentially unequal and hierarchically determined”* (ebd.: 2).

7. Schlussbetrachtung und Perspektiven der Außenpolitik Kirgisistans

Das Jahr 1991 hat eine neue Seite in der Geschichte Kirgisistans eröffnet. Das Land hat die Möglichkeit erhalten, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Gleichzeitig bedeutete die Erklärung der Unabhängigkeit den Anfang eines langwierigen Weges zum Aufbau eines souveränen Staates. Die junge Kirgisische Republik stieß sofort auf zahlreiche Probleme, die der Zerfall der Sowjetunion verursachte. Diese Probleme nur aus eigenen Kräften zu bewältigen war für Kirgisistan absolut unmöglich. Im Zeitalter der Globalisierung, in dem die Interdependenzen der Staaten immer stärker werden, scheitern Versuche eines Landes, seine Schwierigkeiten im Alleingang zu lösen. Deswegen ist die Lösung der innenpolitischen Probleme für alle Staaten, aber insbesondere für Kleinstaaten wie Kirgisistan, mit der erfolgreichen Durchführung einer offenen Außenpolitik verbunden.

*„Das wichtigste Kennzeichen der Außen- und Außenwirtschaftspolitik kleiner Staaten ist deshalb die Öffnung zum Ausland, die eine von ihren Eliten in Wirtschaft, Politik und Diplomatie verinnerlichte, prinzipielle Offenheit gegenüber den Partnern einschließt.“
(Jansen 2001: 173)*

Innen- und Außenpolitik stehen also in einem Wechselwirkungsprozess. Die Außenpolitik hat neben ihrer externen Ausrichtung auch eine innenpolitische Dimension, wie Frank R. Pfetsch definiert:

„Unter Außenpolitik kann grenzüberschreitendes politisches Handeln von politischen Einheiten verstanden werden, also von Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen oder regionalen Gemeinschaften, mit der Intention, bestimmte Absichten oder Ziele und Interessen mit Hilfe nationaler Ressourcen gegenüber oder in Beziehung zu anderen politischen Einheiten durchzusetzen. Das Ziel kann auch gleichzeitig nach innen gerichtet sein und auf Selbsterhaltung oder Systemstabilisierung zielen. Diese Definition enthält als Ziele der Außenpolitik die Absichten und Interessen nach außen und innen.“ (Pfetsch 1994: 33-34)

Die politische Führung in Bischkek hat die Lösung der strategischen Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Transformation des Landes von der erfolgreichen Entwicklung der Außenbeziehungen in verschiedene Richtungen abhängig gemacht und verstand es, die internationalen Kontakte als Garantie für Souveränität, Sicherheit und Stabilität des Landes zu nutzen.

Im historisch kurzen Zeitraum seit der Unabhängigkeit wurde eine enorme Arbeit zur Entwicklung der Republik zu einem souveränen Staat geleistet. Heute unterhält Kirgisistan offizielle diplomatische Beziehungen zu mehr als 100 Ländern auf allen Kontinenten der Welt. Darüber hinaus sind 15 Staaten mit eigenen Botschaften in Bischkek vertreten (Russland, Weißrussland, die Ukraine, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, USA, Deutschland, Japan, China, Indien, der Iran, Afghanistan, Pakistan und die Türkei). Das Land gehört auf gleichberechtigter Basis den einflussreichsten internationalen Organisationen an, darunter der Organisation der Vereinten Nationen. Die Kirgisische Republik arbeitet eng mit insgesamt 71 internationalen Organisationen zusammen, darunter mit den größten Banken und Finanzorganisationen (z.B. mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und mit der Islamischen Entwicklungsbank). Regional ist sie Mitglied u.a. in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit sowie in weiteren regionalen Foren.

Zugleich wurden in den vergangenen Jahren die personellen wie organisatorischen Grundlagen einer eigenen Diplomatie aufgebaut. Der Erfolg der außenpolitischen Tätigkeit war zum Teil von der Funktionsfähigkeit der neuen Strukturen abhängig. Zur organisatorischen Struktur des außenpolitischen Entscheidungsprozesses gehörten das Amt des Präsidenten, das Außenministerium, der Sicherheitsrat, das Verteidigungsministerium und die Armee, diplomatische Vertretungen in wichtigen Ländern, wissenschaftliche Einrichtungen für die außenpolitische Expertise sowie Hochschulen für die Ausbildung der diplomatischen Kader. Den führenden Repräsentanten in der auswärtigen Politik stellte der Staatspräsident dar. Sowohl die verfassungsrechtlichen Kompetenzen als auch die faktische Machtkonstellation im Lande erlaubten ihm eine ungehinderte Formulierung und Umsetzung der auswärtigen Politik. Dem Außenministerium kam in diesem Prozess ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Es stand an der Spitze des einheitlichen Systems der Institutionen des auswärtigen Dienstes, bestehend aus dem Ministerium selbst, den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Kirgisischen Republik im Ausland und ihren Vertretungen bei internationalen Organisationen. Der Sicherheitsrat hatte nur eine Beratungsfunktion für den Präsidenten im Bereich der

Sicherheitspolitik und die Armee sowie das Verteidigungsministerium waren bei der Gestaltung der Außenpolitik von untergeordneter Bedeutung.

Da nur ein kleiner Kreis der Eliten im Präsidentenapparat und Außenministerium die Außenpolitik maßgeblich bestimmte und beeinflusste und vom politischen Wettbewerb in diesem Bereich keine Rede war, gab es wenig Raum für abweichende Vorstellungen oder Stimmen. So führte die Unmöglichkeit, unabhängig zu arbeiten, letztlich dazu, dass Einrichtungen für die außenpolitische Expertise sich allmählich in unbedeutende Organisationen verwandelten. Die Undurchsichtigkeit außenpolitischer Entscheidungsprozesse und fehlende Transparenz in der außenpolitischen Tätigkeit stellen Probleme der kirgisischen Außenpolitik dar. Eine der grundlegenden Ursachen dafür besteht darin, dass derzeit die politischen Angelegenheiten Kirgisistans von den Normen und Werten einer tatsächlich demokratischen Politik weit entfernt sind.

Die Kirgisische Republik konnte wegen ihrer geringen Ressourcen und der schwierigen wirtschaftlichen Transformation diplomatisch nicht in allen für sie wichtigen Ländern präsent sein. Außerdem mangelte es im ganzen System der außenpolitischen Infrastruktur an ausreichend qualifiziertem Personal. Denn die diplomatischen Einrichtungen musste Kirgisistan vollkommen neu aufbauen, da in der Zeit der Zugehörigkeit zur UdSSR die Kirgisische Republik keine eigenständige Außenpolitik führen durfte und daher über keine Erfahrungen in diesem Bereich und kaum über qualifizierte Fachleute verfügte.

Dem kirgisischen Staat ist es bisher auch nicht gelungen, eine effektive Landesverteidigung zu schaffen. Die militärische Bereitschaft der Armee, das Land im Notfall zu verteidigen, ist somit niedrig einzuschätzen. Diese strukturelle Knappheit machte die Kirgisische Republik für militärische Drohungen und den Druck größerer Mächte sehr anfällig, was wiederum die Bedeutung der kirgisischen Diplomatie und Außenpolitik weiter erhöhte.

Die Außenpolitik eines Kleinstaates, der nicht in der Lage ist, die internationale Agenda zu beeinflussen, sollte so flexibel wie möglich gestaltet werden. Nur so kann schnell reagiert werden, um Chancen zu ergreifen, wenn sie sich bieten. Deswegen hat man sich in Kirgisistan bei der Bestimmung und der Ausarbeitung der

außenpolitischen Strategien und Konzeptionen vom Prinzip „sowohl ... *als auch*“ und nicht von „*entweder... oder*“ leiten lassen.

Die universelle Lage Kirgisistans, bedingt durch die auf seinem Territorium bestehenden Konstellationen verschiedener kulturell-zivilisatorischer Schichten (europäisch-russischer, arabisch-muslimischer, persischer und chinesischer), schuf günstige Voraussetzungen für die Entwicklung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit in diverse Richtungen. Somit war die Außenpolitik Kirgisistans auf die Entwicklung der Beziehungen in politischen, ökonomischen und humanitären Sphären zu den Nachbarländern China, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan, zu den Zentren der internationalen Politik Russland, China, den USA, der EU, die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Indien und der Türkei und zu den anderen Staaten, die ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Kirgisischen Republik zeigen, gerichtet. Mit anderen Worten galten, mindestens in den wichtigsten außenpolitischen offiziellen Dokumenten, fast alle Richtungen der Außenpolitik Kirgisistans als prioritär und man versuchte, „*Freundschaft mit allen*“ zu etablieren.

Eine Optimierungsmaßnahme in diesem Bereich wäre die Verbesserung der intellektuellen Versorgung der Außenpolitik. Die praktische Grundlage für die Realisierung der intellektuellen Versorgung der Außenpolitik ist die Ausarbeitung grundlegender Dokumente, die die außenpolitischen Prioritäten des Staates deutlich und klar definieren (Konzeption und Strategien). In der Konzeption werden die langfristigen Perspektiven der Staatsentwicklung dargestellt. Die Strategien helfen dabei, wirksame Mechanismen der Problemlösung zu finden und die dafür notwendigen Ressourcen zu veranschlagen, deren effektive Nutzung zur erfolgreichen Realisierung der langfristigen Aufgaben des Staates beitragen sollte. Somit sind die konkreten Formen der praktischen Verwirklichung der intellektuellen Versorgung der Außenpolitik die Erarbeitung der langfristigen Konzeptionen und der sie ergänzenden kurz- und mittelfristigen Strategien für die aktuellsten Probleme der Außenpolitik. Den existierenden grundlegenden außenpolitischen Dokumenten Kirgisistans mangelt es an einer tiefen Analyse des modernen Zustandes und der Perspektiven der internationalen Beziehungen, ihrer Vor- und Nachteile für den jungen Staat, der optimalen Lösungen für die Überwindung der potentiellen Risiken und der Bedrohungen, die von der Außenwelt ausgehen.

In vielen wirtschaftlich entwickelten Ländern ist die Erarbeitung konzeptueller Grundlagen der Außenpolitik des Staates nicht die Prärogative lediglich einer außenpolitischen Behörde. Bedeutende Beiträge leisten auch Einrichtungen für die außenpolitische Expertise und akademische Forschungszentren, die ein gravierendes wissenschaftliches Potenzial besitzen. Ihre Arbeit hat einen besonderen Wert, da diese Institutionen in der Lage sind, der politischen Führung und der Öffentlichkeit eine objektive Meinung über die außenpolitische Lage des Landes und die Maßnahmen, die für ihre Verbesserung notwendig sind, zu geben. Ein solches Niveau der Beziehungen zwischen den Staatsorganen und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zu erreichen, ist in Kirgisistan noch eine Zukunftssache.

Den allgemeinen politischen Handlungsrahmen der kirgisischen Außenpolitik stellten die Entwicklungen des welt- und regionalpolitischen Kontexts der Kirgisischen Republik dar, da die Dynamiken innerhalb des internationalen Systems die Möglichkeiten des Kleinstaats Kirgisistan und seine Optionen für außenpolitisches Handeln in erheblichem Maße beeinflussten und begrenzten. Die Verhältnisse, Interessen und Strategien vieler Akteure gegenüber der Kirgisischen Republik sollte die politische Führung in Bischkek bei der Gestaltung und Durchführung der Außenpolitik ihres Landes unbedingt berücksichtigen. Den größten externen Einfluss haben drei Großmächte auf den Kleinstaat Kirgisistan: Russland, China und die USA.

Die Interdependenzen in einer globalisierten Welt weisen asymmetrische Züge auf, die sich in der Regel negativ für einen Kleinstaat auswirken.

„Die Staaten des Internationalen Systems sind ungleich in verschiedenen Dimensionen, insbesondere bezüglich der Ausstattung mit Macht, materieller oder personeller Ressourcen, außenpolitischem Verhalten, Stabilität, Penetration durch die Umwelt oder, allgemeiner formuliert, Staaten sind ungleich bezogen auf den Grad beziehungsweise das Ausmaß an ‚Selbstbestimmung‘“ (Höll: 1978: 260f.)

Kirgisistan war mit vielen Einschränkungen seines Handlungsspielraums auf internationaler Ebene konfrontiert. Daher waren die Optionen für den Kleinstaat, die ihn befähigt hätten, die negativen Auswirkungen der Abhängigkeitssituation zu kompensieren und vielleicht „sogar noch Gewinn daraus zu schlagen“ (Košdorff 2000: 51), von großer Bedeutung.

Die kirgisische Wirtschaft war in Folge russischer und später sowjetischer Herrschaft einseitig ausgerichtet und damit exportabhängig, die kleine zentralasiatische Republik war durch ihre Armut gekennzeichnet, sie bildete das „*Armenhaus*“ der Sowjetunion. Hilfen von wo auch immer zu erhalten war neben der Behauptung der Unabhängigkeit das zweite grundlegende Moment der außenpolitischen Bemühungen der Kirgisischen Republik (vgl. Barth/Karsch 2000: 2). Um die für das Land, das man als die „*dritte Welt*“ der Sowjetunion (ebd.) bezeichnet hatte, so notwendige internationale Finanzhilfe zu bekommen, wählte die politische Führung in Bischkek für ihr Land eine demokratische und marktwirtschaftliche Ausrichtung, was eine Anpassung an die vorherrschenden Werte des internationalen Systems darstellte. Kirgisistan hatte sich in der ersten Hälfte der 1990-er Jahre als ein Modell „*demokratischer Entwicklung*“ in Zentralasien und ein „*Musterschüler des Westens in Bezug auf Marktwirtschaftsreform*“ präsentiert. Aus dieser Selbstdarstellung schlug es Kapital.

Große Aufmerksamkeit und vielseitige Unterstützung bekam der kirgisische Staat insbesondere von den USA, Japan, der EU und internationalen Finanzinstitutionen. In Zentralasien wurde Kirgisistan zum höchsten Pro-Kopf-Empfänger westlicher Finanzhilfen. Diese Option der kleinstaatlichen Außenpolitik wurde von Kirgisistan also mit Erfolg angewendet. In den sechzehn Jahren der Unabhängigkeit flossen fast 4 Mrd. US Dollar aus externen Quellen in die kirgisische Wirtschaft (vgl. Omorov 2007: 2), das sind etwa 800 US Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Mehr als 50% der kirgisischen Bevölkerung leben aber weiter unter der Armutsgrenze. Die Effizienz solch einer Politik ist folglich sehr niedrig, zumal sich gleichzeitig eine gewaltige Auslandsverschuldung auftürmte.

Effektiver war die politische Unterstützung, die dem Kleinstaat Kirgisistan für seinen Enthusiasmus für marktwirtschaftliche Reformen und demokratische Liberalisierung gewährt wurde. Z.B. bekam die kirgisische Führung einen bestimmten Grad von Legitimität als Folge der Entwicklung der Kontakte zu der Großmacht USA: Der Beitritt der Kirgisischen Republik zur Welthandelsorganisation im Dezember 1998 hätte sich ohne die Unterstützung der USA als viel problematischer erwiesen. Auch in anderen Foren waren die Vormachtstellung in der Weltpolitik und der Einfluss der USA sehr hilfreich bei der Durchsetzung von Zielen und Interessen Bischkeks. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte stark die Kandidatur Kirgisistans bei der Integration in die europäischen und internationalen Organisationen, z.B. bei der

Aufnahme in die OSZE, und überzeugte die anderen Mitglieder dieser Organisationen von der Notwendigkeit des Beitritts der Kirgisischen Republik.

Die Strategie der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen dient der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit und der territorialen Integrität. Seit seiner Unabhängigkeit ist Kirgisistan Mitglied unterschiedlicher internationaler Organisationen, die für die Weltordnung und eine stabile Entwicklung verantwortlich sind. Eine große Herausforderung für den Kleinstaat ist die ständige Absicherung der Souveränität. Durch die UNO-Mitgliedschaft im März 1992 ist Kirgisistan ein wichtiger Schritt in Richtung Absicherung gelungen. Trotzdem bedarf es einer anhaltenden Verteidigung der eigenen Souveränität auch für die Zukunft.

Ferner hilft die Strategie der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen den Kleinstaaten, im internationalen System wahrgenommen zu werden und ihren Einfluss zu steigern. Kirgisistan beteiligte sich an verschiedenen UN-Maßnahmen zur Friedenssicherung und versuchte im Rahmen der Vereinten Nationen mit eigenen Initiativen zur Gewährleistung der regionalen Sicherheit beizutragen. Dabei suchte es Partner und Verbündete für die Durchsetzung seiner Interessen, da Kirgisistan als Kleinstaat im Zusammenschluss mit anderen Staaten oftmals besser gehört wurde. *„Die Zeit der Einzelgänger ist längst vorbei, sogar wenn die Rede von Imperien ist. Heutzutage werden kollegiales Entscheidungsprinzip und kollegiale Verantwortung viel wichtiger. Staaten treten öfter von der Position ihrer Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organisationen auf. In diesem Zusammenhang haben wir große Perspektive, da Kirgisistan Mitglied in den über 70 Internationalen Organisationen ist“* (Interview mit dem kirgisischen Außenminister E. Karabajew in: Slovo Kyrgyzstana vom 16.03.2007: 6).

Trotzdem wird das Potenzial der internationalen Organisationen von Kirgisistan nicht vollwertig genutzt. Dazu der kirgisische Außenminister Ednan Karabajew: *„Wir waren nicht bereit die politischen und die wirtschaftlichen Ressourcen zu benutzen, die uns die Mitgliedschaft in den internationalen Organisationen bot. Z.B. bis jetzt haben wir keine klare Position bezüglich der Welthandelsorganisation“* (zit. in: Slovo Kyrgyzstana vom 16.03.2007). Es fehlt demnach an einer genau ausgearbeiteten Strategie für die Tätigkeit Kirgisistans innerhalb dieser Institutionen.

Außerdem waren internationale Organisationen für Kirgisistan wichtig, weil in internationalen Organisationen klare Regeln gelten, die dem Land ein gewisses Maß an Verlässlichkeit bieten und seine Verwundbarkeit mindern. Die internationalen Organisationen wie z.B. die UNO und die OSZE waren aber nicht in der Lage, der Kirgisischen Republik verbindliche Sicherheitsgarantien zu geben.

Unter Berücksichtigung der wachsenden Tendenz zum Unilateralismus seitens der USA, die die Grundlagen des Systems der internationalen Sicherheit ruiniert, soll eine besondere Aufmerksamkeit der Aufrechterhaltung der UN-Rolle gewidmet werden. Die Linie Kirgisistans, die auf die genaue Einhaltung der normativen Grundsätze des Völkerrechts gerichtet ist, soll klar definiert werden. Den Hauptgarant der Einhaltung dieser Normen stellt diese einflussreiche Organisation dar. Die Position des Kleinstaats Kirgisistan soll darauf aufgebaut werden, dass die Reformierung des Systems der UN-Organe und die Festigung der Rolle der UNO eine erfolgsträchtige Form der Zusammenarbeit der souveränen Staaten ist, die die Gewährleistung ihrer Sicherheit auf der globalen Ebene zum Ziel haben.

Die Strategie der wirtschaftlichen und politischen Integration wurde auch vom Kleinstaat Kirgisistan in seiner Außenpolitik für die Erhöhung der Sicherheit und Diversifizierung des Außenhandels angewendet. Der Kleinstaat Kirgisistan bekam das Bewusstsein, dass seine eigene Sicherheit von einem guten Verhältnis zu den Nachbarstaaten abhing. Der grenzübergreifende Charakter vieler Probleme und Herausforderungen machte deutlich, dass regionale Sicherheit nur in einem Umfeld gewährleistet werden kann, in dem die Staaten auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und durch die Entwicklung gemeinsamer Bewältigungsstrategien ihre Politiken gestalten. In diesem Kontext gewinnen die Möglichkeiten regionaler Kooperation an Attraktivität. Neben diesen sicherheitspolitischen Interessen spielten wirtschaftspolitische Gründe eine Rolle für ein multilaterales Engagement Kirgisistans in der eigenen Region. Als kleines und an Ressourcen armes Land war die Kirgisische Republik stärker als seine großen Nachbarn auf regionale Zusammenarbeit und Integration angewiesen. Sie beteiligte sich daher konstruktiv an allen regionalen Gruppierungen, die aber in der Regel wenig konkrete Ergebnisse hervorbrachten. Trotzdem sollen die regionale Integration und die regionale Kooperation eine absolute Priorität der Außenpolitik Kirgisistans bleiben.

An erster Stelle steht die Entwicklung strategischer Partnerschaften zu den zentralasiatischen Staaten. Dies ist durch die Gemeinsamkeit der Interessen, die auf die Abwendung und die Überwindung der Bedrohungen der Sicherheit gerichtet sind, bedingt. Eine strategische Aufgabe ist die Bildung einer unteilbaren Region, die in der Lage ist, bei der Lösung wichtiger internationaler Probleme mit einer einheitlichen Position aufzutreten. Dieses Ziel kann nur aufgrund der gegenseitigen Parität der Interessen, der konsequenten Vergrößerung des ökonomischen Vektors in der multilateralen Zusammenarbeit und der Schaffung eines wirksamen Mechanismus für den Widerstand gegen die neuen Bedrohungen der Sicherheit erreicht sein. Die Erfahrungen zeigen, dass, ungeachtet erheblicher Schwierigkeiten, diese Aufgabe nur im Rahmen eines eigenständigen regionalen Integrationsgebildes realisiert werden kann. Der Prozess der regionalen Integration wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die fünf Länder Zentralasiens über eine große Schnittmenge kultureller, historischer etc. Wurzeln, sowie paralleler ökonomischer und anderer Interessen verfügen. All dies stellt eine solide Basis für regionale Integration dar.

Kirgisistan nahm auch an vielen von der Russischen Föderation initiierten Integrationsprozessen aktiv teil und bildete den Integrationskern der GUS. Im Rahmen der GUS wurden reihenweise Abkommen geschlossen, die in vielen Fällen tote Buchstaben blieben. Eine Ausnahme bildet die EurAsEC. Das Hauptziel der „*Eurasischen Integration*“ stellt die ökonomische und militärpolitische Integration im postsowjetischen Raum dar. In Perspektive könnte ein einheitlicher Wirtschafts- und Verteidigungsraum (Russland, Weißrussland, Armenien, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisistan) gebildet werden. Eine „*Eurasische Integration*“ wäre ein attraktives Szenario, da ein hohes Niveau der außenpolitischen Realisierung nicht auf Kosten eigener, zum Teil sehr beschränkter Ressourcen, sondern mit Hilfe der vereinigten Kräfte der Eurasischen Union erreicht würden.

Allianzen zählten auch zu den sicherheitspolitischen Strategien, mit deren Hilfe Kirgisistan versuchte, Sicherheits- und Machtpotenziale auszubauen. Die geschichtliche Perzeption spielte für die Neuausrichtung der kirgisischen Außenpolitik eine besondere Rolle. So schaute Bischkek meist gen Moskau, wenn es an die Sicherheit des Landes dachte. Eine Allianz mit Russland wurde in der Kirgisischen Republik aufgrund historischer Erfahrungen als Ausweg aus dem Sicherheitsdilemma betrachtet. Von der Großmacht Russland erhielt der Kleinstaat

Kirgisistan die Sicherheitsgarantien, die zusätzlich durch die sicherheitspolitische Kooperation der beiden Länder im Rahmen der CSTO verstärkt wurden.

Verstärkt wurde aber auch die Abhängigkeit Kirgisistans von seinem Patron Russland. Um diese Abhängigkeit besser handhabbar zu machen verfolgte Bischkek eine „*Multivektor*“ – Außenpolitik, die auch dazu beitragen sollte, den zunehmenden Einfluss Chinas in der Republik und in der Region besser zu kontrollieren. Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten genutzt werden, die sich durch die Beziehungen zu diesen Nachbarn sowie zu den USA und anderen Ländern boten. So hat sich Kirgisistan in den letzten Jahren zu einem „*Balancekünstler im Umgang mit ausländischen Militärstützpunkten*“ (Kreikemeyer/Kropatcheva 2006: 3) entwickelt. Dort trennen nur etwa 25 Kilometer die Militärbasis der Amerikaner in Manas und die der Russen in Kant, in der Nähe der Hauptstadt Bischkek. Außerdem stimmte Bischkek im Rahmen der CSTO zusätzlich zum russischen Luftwaffenstützpunkt in Kant einem zweiten Militärstützpunkt im Raum der Stadt Osch im Süden Kirgisistans zu. Gleichzeitig entschied sich die kirgisische Führung für eine Verlängerung des bilateralen Stationierungsabkommens mit den USA für den Stützpunkt Ganci nahe dem internationalen Flughafen Manas und widersetzte sich damit dem Beschluss der SOC vom 5. Juli 2005, die USA aufzufordern, einen Zeitpunkt für den Abzug ihrer Truppen aus der Region zu nennen. Die kleine zentralasiatische Republik versuchte auf diese Weise die höchst unterschiedlichen Interessen der Großmächte bis zu einem gewissen Grad gegeneinander auszuspielen und auszubalancieren.

Das positive Image der Kleinstaaten in den Augen der Weltöffentlichkeit ist für diese von großer Bedeutung. Denn je weniger die Politik eines Kleinstaates anerkannt wird, desto weniger werden sich andere Staaten für sein Fortbestehen im Falle einer Bedrohung einsetzen. Deswegen zeigte sich Kirgisistan außenpolitisch immer von der friedlichen Seite, trat für die Einhaltung der normativen Grundsätze des Völkerrechts und internationalistische Prinzipien ein und versuchte, andere Staaten dazu zu bewegen, Konflikte friedlich zu lösen. Innenpolitisch positionierte sich Kirgisistan als ein demokratischer Rechtsstaat und nutzte alle Möglichkeiten, um ein positives Image und ein freundschaftliches Verhältnis seitens der Weltöffentlichkeit und der politischen Kreise zu fördern.

In den vergangenen sechzehn Jahren der Eigenstaatlichkeit ist es dem Kleinstaat Kirgisistan gelungen, dank seiner offenen und aktiven Außenpolitik zu den zentralasiatischen Nachbarrepubliken, den entwickelten europäischen Ländern, den asiatischen Staaten, darunter zu den Ländern der islamischen Welt, den wichtigsten Ländern der asiatisch-pazifischen Region sowie zu den Großmächten Russland, China und den USA, freundschaftliche Kontakte zu knüpfen und sich in die wichtigsten sowohl europäischen als auch asiatischen multilateralen Organisationen zu involvieren. Die formale Vertretung des Landes in zahlreichen internationalen Organisationen und die Aufnahme von bilateralen Beziehungen ist nicht Grund genug, um von einer erfolgreichen Außenpolitik zu sprechen. Weitere Optimierungsmaßnahmen der außenpolitischen Tätigkeit des Landes sollen durchgesetzt werden, die folgendermaßen aussehen könnten:

- Für Kirgisistan mit seiner Ressourcenknappheit und dem schwierigen wirtschaftlichen Transformationsprozess ist die ökonomische Diplomatie von besonders großer Bedeutung. Sie bedarf aber einer klareren Definition der Ziele und Interessen und der Suche nach verschiedenen Mechanismen für die Durchsetzung dieser Ziele. Die besondere Aufmerksamkeit soll in diesem Bereich der Zusammenarbeit der Kirgisischen Republik mit den internationalen Finanzinstituten gewidmet werden. Berechtigt ist eine konsequente Korrektur der Strategie der Kooperation Kirgisistans mit diesen Organisationen.
- Die Zusammenarbeit mit wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern des Westens und mit Japan muss eine der Prioritäten der kirgisischen Außenpolitik bleiben.
- Von strategischer Bedeutung sind auch die bilaterale und multilaterale Kooperation mit Russland und China. Die Perspektive der kirgisischen Politik hängt auch davon ab, inwieweit zwischen diesen Akteuren ein Gleichgewicht hergestellt werden kann.
- Die Realisierung der Hauptpriorität der kirgisischen Außenpolitik – die Gewährleistung der Sicherheit – ist mit der weiteren Entwicklung und Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten verbunden. Das Akteursdreieck Russland, China und die USA soll um die EU, insbesondere um Deutschland, erweitert werden.

Die vollständige und vollwertige Eingliederung Kirgisistans in die Weltgemeinschaft kann nur dann erfolgen, wenn es gelingt, den internen Prozess der politischen und wirtschaftlichen Transformation zu verstetigen und fortzuführen und die innenpolitische Instabilität zu bekämpfen. Ein Bestimmungsfaktor für die erfolgreiche Realisierung der außenpolitischen Prioritäten der Kirgisischen Republik in der langfristigen Perspektive ist also ihre innenpolitische Stabilität, die auf die Einigkeit der Interessen der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen beruht. Die erfolgreiche Außenpolitik, die von den inneren Prozessen determiniert ist, wie die Weltpraxis zeigt, trägt zum Erfolg in der Durchführung der komplexen umfassenden Reformen in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist für Kirgisistan die These relevant, dass nur ein effektiv handelnder und auf rationellen Grundlagen gebauter Staat in der Lage ist, seine Bevölkerung vor negativem Einfluss der modernen globalen Bedrohungen der Sicherheit zu schützen.

Am 31. August 1991 fing die Geschichte der Außenpolitik eines neuen Staates auf der politischen Weltkarte an. In historischer und auch zeitlicher Hinsicht ist die 16-jährige Periode ein kurzer Zeitabschnitt, was aber die Maßstabgröße und die Großartigkeit der Ereignisse, die Kirgisistan erleben musste, betrifft, sind diese 16 Jahre eine ganze Epoche, in der es neben Erfolgen auch Rückschläge gab.

Literaturverzeichnis

- Abazov, R.** (1999): Problems of Economic Transition in the CIS: The Case of Kyrgyzstan. In: Russian and Euro-Asian Bulletin, Vol.8, No.6, June-July.
- Abazov, R.** (2004): Historical Dictionary of Kyrgyzstan. Lanham, Maryland, Oxford.
- Abdrisaev, B.** (2002): U.S.-Kyrgyz Strategic Cooperation in the War on Terrorism. In: The Heritage Foundation Heritage Lectures Series, No. 760, 29 August. Washington D.C.
<http://www.heritage.org/Research/HomelandSecurity/HL760.cfm>
- Afzal, A.** (2003): India's growing influence in Central Asia. Implications for Pakistan. URL:
http://www.issi.org.pk/journal/2003_files/no_3/article/7a.htm
- Ahmar, M.** (1993): Pakistan-Central Asian ties. In: Pakistan and Gulf Economist. 16.01-22.01.
- Ahrari, E.** (2003): The Strategic Future of Central Asia: A View from Washington. In: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring, p. 157-166.
- Akbarzadeh, S.** (2003): India and Pakistan's geostrategic rivalry in Central Asia. In: Contemporary South Asia 12(2), pp. 219-228.
- Akimbekov, S. M.** (1998): Afganskii uzel i problemy bezopasnosti Tsentralnoi Azii. URL:
<http://www.continent.kz/library/KN-2/2soderjanie.html>
- Alexandrova, O.** (1994): Rußland und sein zentralasiatisches "nahes Ausland". Russische Perzeptionen und Politikansätze, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 66, 15. November.
- Aliyev, A.** (1998): The Ancient Silk Road and contemporary motor ways. Baku.
- Allison, R.** (2004): Strategic Reassertion in Russia's Central Asia Policy. In: International Affairs (March).
- Amstrup, N.** (1976): The Perennial Problem of Small States. A Survey of Research Efforts. In: Cooperation and Conflict, Vol. XI, p. 163-182.
- Anderson, J.** (1997): Constitutional Development in Central Asia. In: Central Asian Survey, 16.
- Anderson, J.** (1999): Kyrgyzstan. Central Asia's Island of Democracy? Australia (u.a.).
- Arunova, M.** (2002): The CIS: Summing up the past decade and future prospects. In: Central Asia and the Caucasus, No. 3 (15). p. 7-19.
- Asian Development Bank** (2002): Status Report 2002. The Central Asia Regional Economic Cooperation Program. East and Central Asia Region, September.
http://www.adb.org/Documents/CSPs/ECRD/prc_in222_02.pdf
- Aslanov, V.** (2007): Kirgistan kommt nicht zur Ruhe. Wieder Straßenschlachten in Bischkek. In: Neues Deutschland vom 23.04.
- Auswärtiges Amt** (2007): Kirgisistan Beziehungen zur Europäischen Union <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Kirgisistan.html>
- Auswärtiges Amt** (2007): Kirgisistan: Beziehungen zwischen Kirgisistan und Deutschland.
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Kirgisistan.html>
- Auswärtiges Amt** (2007): Tadschikistan: Außenpolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Tadschikistan/Aussenpolitik.html>
- Auswärtiges Amt** (2007): Turkmenistan: Außenpolitik. <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Turkmenistan/Aussenpolitik.html>
- Baehr, P. R.** (1974/75): Small States. A Tool for Analyses? World Politics 27(1).
- Bahr, E.** (1998): Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik. München.
- Baillie, S.** (1998): A Theory of Small State Influence in the European Union. In: Journal of International Relations and Development 1A (August), p. 195-219.
- Baker, J. A. III** (1995): The Politics of Diplomacy. New York
- Baker-Fox, A.** (1959): The Power of Small States. Diplomacy in World War II. Chicago.
- Barab, Z.** (2004): Hizb ut-Tahrir. Islam Political Insurgency. Washington D.C.: The Nixon Center.
- Barnes, J.** (2002): US National Interests: Getting Beyond the Hype. In: Kalyuzhnova, Y. (ed.): Energy in the Caspian Region. Present and Future. New York.
- Barston, R. P.** (1973): The Other Powers. Studies in the Foreign Policies of Small States. London.
- Barth, P./Karsch, N. S.** (2000): Die Außenpolitik der zentralasiatischen Staaten. In: Rote Reihe Nr. 36.
- Bauwens, W./Clesse, A./Knudsen, O. F.** (1996) (eds.): Small States and the Security Challenge in the New Europe. London/Washington.
- Baybosunov, K.** (2004): Geopolitical Landmarks of Kyrgyzstan. In: Central Asia and the Caucasus, No. 4 (28), p. 152 – 159.
- Behrens, H./Noack, P.** (1984): Theorien der Internationalen Politik. München.
- Bensmann, M.** (2002): Die Islamische Bewegung Usbekistans (IMU). In: Inamo, Heft 30. URL:
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Usbekistan/bensmann.html>

- Bernard, A. T.** (2005): The Eagle, the Bear, and the Yurt: Evaluating Kyrgyzstan's Foreign Policy Behavior with the United States and Russia in the Post-9/11 Security Environment. Master' Thesis. Naval Postgraduate School. Monterey, California. URL: <http://handle.dtic.mil/100.2/ADA435571>
- Binswanger, H. C.** (1970): Zwischenstaatliche oder internationale Prinzipien der Integration – Aus Sicht der Kleinstaaten. In Mayrzedt, H./Binswanger, H. C. (Hrsg.): Die Neutralen in der europäischen Integration. Kontroversen-Konfrontationen-Alternativen. Wien/Stuttgart.
- Blagov, S.** (2002): SCO continues to search for operational framework. In: Eurasia Insight, 11.6. <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav061102a.shtml>
- Blagov, S.** (2003): Russia seeking to strengthen regional organizations to counterbalance western influence. In: Eurasia Insight, 25.02. <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav120402a.shtml>.a.O
- Blank, S.** (2000): U.S. Military Engagement with Transcaucasia and Central Asia. Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, June.
- Blank, S.** (2001): The United States and Central Asia. In: Allison, R./Jonson, L. (ed): Central Asia: The New International Context. Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Blank, S.** (2002): China's Defeat in Central Asia. In: Central Asia – Caucasus Analyst vom 14.08. <http://www.cacianalyst.org>
- Blank, S.** (2002): The Shanghai Cooperation Organization and its future. In: Central Asia – Caucasus Analyst, 22.5. http://www.cacianalyst.org/2002-05-22/20020522_SHANGHAI_AWOL.htm
- Blank, S.** (2003): Russia's move in Central Asia. In: Central Asia Caucasus Analyst, May 7, http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=1382
- Blank, S.** (2005): Kazakhstan's Foreign Policy in a Time of Turmoil. <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav042705.shtml> vom 27.04
- Blua, A.** (2004): Rumsfeld Wraps Up Visit To Uzbekistan, Kazakhstan. In: Radio Free Europe/Radio Liberty, Prague, 26 February. <http://www.rferl.org/featuresarticle/2004/02/04dcdf-fef7-4879-b86f-51ec52a54601.html>
- Bondarevsky, G./Ferdinand, P.** (1994): Russian foreign policy and Central Asia. In: Ferdinand, P. (eds.): The new Central Asia and its neighbours. London.
- Botschaft von Japan** (2007): Außenminister Aso erläutert Grundlagen der Außenpolitik Japans. In: Neues aus Japan Nr. 28.
- Bozdag, A.** (1991): Konfliktregion Kirgisien. Dynamik und Eskalation der blutigen Zusammenstöße 1990. In: Orient, Nr. 3. S. 365-393.
- Bozkurt, M.** (1995): Die Beziehung der Türkei zur Europäischen Union. Frankfurt am Main.
- Brauer, B.** (2002a): China Loses Out in Central Asia. In: Transatlantic Internationale Politik (2). P. 83-86.
- Brauer, B.** (2002b): Zentralasien - ein Jahr nach dem 11. September 2001. In: Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik, Dezember.
- Brauer, B.** (2004): Europäische Union. In: Gumpfenberg, M. C. von/Steinbach, U. (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München
- Braveboy-Wagner, J. A.** (1989): The Caribbean in World Affairs: The Foreign Policies of the English-Speaking Caribbean. Boulder.
- Brill Olcott, M.** (1992): Central Asia on the Catapult to Independence. In: Foreign Affairs 71, no. 3 pp. 108-130.
- Brill Olcott, M.** (1997): Central Asia's New States. Independence, Foreign Policy and Regional Security. Washington, DC: United States Institute of Peace Press.
- Brill Olcott, M.** (2000): Central Asia: Common Legacies and Conflicts. In: Allison, R./Jonson, L. (eds.): Central Asia Security. The New International Context. London
- Brill, H.** (2002): Strategische Allianzen in der internationalen Politik. In: ÖMZ (5). URL: <http://www.bmlv.gv.at/omz/ausgaben/artikel.php?id=23>
- Brown, B./Fuller, E.** (1994): Die Türkei und die muslimischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Interne Studien 84. Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin
- Brzezinski, Z.** (1997): Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Berlin
- Bülent, A.** (1998): Post-Cold War Realities: Israel's Strategy in Azerbaijan and Central Asia. In: Middle East Policy. Vol. 5, no. 4, Januar.
- Bülent, A.** (2000): Turkey's Policy in the Former Soviet South. In: Turkish Studies 1,1 (Spring), p. 36-58.
- Bülent, A.** (2002): Turkish Policy in South Caucasus. In: Egeil, E. (ed.): Geopolitics of Central asia in the post-cold era, A Systemic Analysis. Haarlem.
- Burnashshev, R.** (2002): Regional Security in Central Asia: Military Aspects. In: Rumer, B. (ed.): Central Asia: A Gathering Storm? Armonk/ New York/London.
- Bush, G. W.** (2001): Address to a Joint Session of Congress and the American People. Washington. 20 September. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>
- Capisani, G. R.** (2000). The Handbook of Central Asia: A Comprehensive Survey of the New Republics. London: I. B. Tauris.

- Cappis, O. B.** (1923). Die Idee des Kleinstaats im Deutschland des 19. Jahrhunderts. Säckingen: Buchdruckerei Fr. Mehr.
- Carley, M. P.** (1995): Turkey and Central Asia: Reality Comes Calling. In: Rubenstein, A./ Smolansky, O. (eds.): Regional Power Rivalries in the New Euroasia: Russia, Turkey and Iran. New-York.
- Carlisle, D. S.** (1991): Uzbekistan and the Uzbeks. In: Problems of Communism, Sept.-Oct. P. 23-44.
- Carpenter, T.** (2002): Managing the US-China-Russia triangle. In Heartland, Nr. 2, pp 141-148.
- Central Intelligence Agency** (ed.): The World Factbook 2003, unter: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/kg.html>
- Central Intelligence Agency** (ed.): The World Factbook 2007, unter: <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/kg.html>
- Chauffour, C.** (2006): Teheran blickt auch in Richtung Kaukasus und Zentralasien. Interview mit Mohammad-Reza Djalili, Iran-Experte und Professor am Institut universitaire des hautes études internationales in Genf. Übersetzt von Monika RADEK und Nicolas LANDRU. http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=116
- Christmas-Møller, W.** (1983): Some thoughts on the scientific applicability of the small state concept: A research history and a discussion. In: Höll, O. (ed.): Small states in Europe and dependence. Wien.
- Clarke, C./Payne, T.** (1987): Politics, Security, and Development in Small States. London.
- Clement, H.** (1996): Integrationspolitik und -entwicklung im ehemaligen RGW-Raum. Osteuropa-Institut München, Working Paper Nr. 194, Dezember.
- Cohen, A.** (2000): U.S. Interests in Central Asia and the Caucasus. The Challenges Ahead. In: Central Asia and the Caucasus. 12. May. URL: <http://www.ca-c.org>
- Cohen, A.** (2001): U.S. Foreign Policy Interests and Human Rights in Central Asia. July 18 <http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/Test071801.cfm>
- Cornell, S. E.** (1999): Geopolitics and strategic alignments in the Caucasus and Central Asia. In: Journal of International Affairs. Volume IV, Number 2, June/August. P. 100-126. URL: <http://www.mfa.gov.tr/grupa/percept/iv-2/cornell.htm>
- Cox, M./Mac Ginty, R.** (1996): Farewell to a Beautiful Idea: The End of Neutrality in the Post-Cold War World. In: Bauwens, W./Cleese, A./Knudsen, O. F. (eds.): Small States and the Security Challenge in the New Europe. London/Washington.
- Cutler, R.** (2002): Redrawing the architecture of Central Asian Security. In: Central Asia – Caucasus Analyst, Biweekly Briefing vom 27.2. URL: http://www.cacianalyst.org/2002-02-27/20020227_SECURITY_ARCHITECTURE.htm
- Czempiel, E.-O.** (1992): Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. München.
- Dahl, R. A./Tuftte, E. R.** (1973): Size and Democracy. Stanford.
- Däniken, F. von** (1998): Is the Notion of Small State still Relevant? In: Goetschel, L. (Ed.): Small States Inside and Outside the European Union. Boston/Dordrecht/London. P. 43-48.
- Dannreuther, R.** (1994): Creating new states in Central Asia: the strategic implications of the collapse of Soviet power in Central Asia. London: Brassey's.
- De Cordier, B.** (1996): The Economic Cooperation Organization: towards a new silk road on the ruins of Cold War? In: Central Asian Survey, 15(1), pp. 47-57
- DeTemple, J.** (2001): Central Asian Rapid Reaction Force Support Gathered. In: Eurasia Insight, 3.5. <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav050301.shtml>
- Dilp, S./Siedschlag A.** (2005): Kleinstaaten und die ESVP. Kleinstaaten und ihre Handlungslogik. In: Beiträge zur Internationalen Politik und Sicherheit Nr. 2 (November).
- Djuraev, U.** (2005): America Has Lost Kyrgyzstan. In: Axis vom 11.07.
- Dongfeng, R.** (2003): The Central Asia policies of China, Russia and the USA, and the Shanghai Cooperation Organization process: a view from China. Research attachment to the Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) in October–December.
- Dosenrode-Lynge, S. Z. von** (1993): Westeuropäische Kleinstaaten in der EG und EPZ. In: Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 18, Zürich.
- Dschafarov, R.** (2007): Von der gemeinsamen Geschichte zur gemeinsamen Zukunft. <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?thema=Zentralasien&artikelID=20070111>
- Dubnov, A.** (2002): Putin Asked to Become a "Pillar". In: Vremya Novostei vom 06.12.
- Duschanov, R.** (2003): Opportunities for using West European Integration Experience in Central Asia. In: Central Asia and the Caucasus, No. 5 (23), 2003, <http://www.ca-c.org/journal/eng-05-2003/21.dusprimen.shtml>
- East, M. A.** (1975): Size and Foreign Policy Behavior: A Test of Two Models. In: Kegley, Ch. W. Jr./Raymond, G. A./Rood, R. M./Skinner, R. A. (eds.): International Events and the Comparative Analysis of Foreign Policy. Columbia. P. 159-178.

- Elger, R./Stolleis, F.** (Hrsg.) (2001): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte - Alltag - Kultur. München: Beck.
- Elgström, Ö.** (1983): Active Foreign Policy as a Preventive Strategy against Dependence. In: Höll, O. (ed.): Small States in Europe and Independence. The Laxenburg Papers. Austrian Institute of International Affairs. Wien.
- Elman, M. F.** (1995): The Foreign Policies of Small States: Challenging Neorealism in Its Own Backyard. In: British Journal of Political Science 25, No. 2 (April), p. 171-217.
- Erhart, H./Thränert, O.** (1998): Die Rolle von NATO, EU und OSZE in der Kaspischen Region. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44, S. 37-46.
- Eschment, B.** (2000): Autoritäre Präsidialregime statt Parteiendemokratien in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21). S. 23 – 30.
- Eschment, B.** (2004): Grenze. In: Gumpenberg von, M.-C./Steinbach, U. (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München.
- Eschment, B.** (2005): Kirgistan unter neuer Führung. Aufbruch in eine bessere Zukunft? SWP-Aktuell 45
- Esfandiari, G.** (2005): Central Asia: Iran, Turkey Struggle To Influence Region. In: RFE/RL (25.10.).
- Espindola, R.** (1987): Social Features. In: Clarke, C./Payne, T. (eds.): Politics, Security, and Development in Small States. London. P. 26-49.
- Faul, E.** (1979): Politikwissenschaft im westlichen Deutschland. Bemerkungen zu Entwicklungstendenzen und Entwicklungsanalysen. In: PVS, Nr.20, S. 71-103.
- Fischer, P. A.** (2005): Kirgistan - die Schweiz Zentralasiens? Neue Zürcher Zeitung vom 02.04.
- Fischer, S./Sahay, R./Carlos, V. A.** (1996): Stabilization and Growth in Transition Economies: The Early Experience. In: The Journal of Economic Perspective, 10, no.2.
- Fox, A. B.** (1959): The Power of Small States: Diplomacy in World War II. Chicago: University of Chicago Press.
- Freedom House.** (2004). Nations in Transit 2004. URL: <http://www.freedomhouse.org>.
- Frei, D.** (1975): Strategien zum Umgang mit Abhängigkeit. In: Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft (53), Zürich.
- Freitag-Wirminghaus, R.** (1992): Keine großen Brüder. Der Einfluss der islamischen Welt in Zentralasien und Aserbaidschan. In: Der Überblick (2). S. 50-53.
- Freitag-Wirminghaus, R.** (1998): Great Game“ am Kaspischen Meer. In: International Politics and Society, Nr. 4.
- Freitag-Wirminghaus, R.** (2002): Zentralasien und der Kaukasus nach dem 11. September: Geopolitische Interessen und der Kampf gegen den Terrorismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8, S. 3-13.
- Freitag-Wirminghaus, R.** (2004): NATO/PfP. In: Gumpenberg, M.-C. von/Steinbach, U. (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München. S. 207-209.
- Fritzsche, K.** (1994): Die indisch-pakistanische Rivalität und Zentralasien. Berichte des Bundesinstituts für wissenschaftliche und internationale Studien (Nr. 64). Köln
- Fuller, G. E.** (1994): Russia and Central Asia: Federation or Fault Line? In: Mandelbaum M. (ed.): Central Asia and the world. New York. P. 94-129.
- Garnett, S. W.** (2001): Die USA und das Kaspische Becken. In: Sherman, W. G./Rahr, A. /Watanabe, K. (Hrsg.): Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region. Opladen. S. 43-64.
- Gaupp, P.** (1983): Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und Internationale Beziehungen. In: Zürcher Beiträge zur Politische Wissenschaft, Band 6, Zürich.
- Gehler, M.** (2001): Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich. In: ZEI (Hrsg.): Discussion Paper C 92. Bonn.
- Geiss P. G.** (2006): Staat und Gesellschaft im sowjetischen Zentralasien. In: Fragner B./Kappeler A. (Hrsg.): Zentralasien. 13. bis 10. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien. S. 161-183.
- Geiss, P. G.** (2002): Demokratisierung und gesellschaftlichen Reformen in Zentralasien. In: Internationale Politik N 96, Februar
- Gerisch, G.** (2006): Kasachstan – im Zentrum geostrategischer Ambitionen Russlands, Chinas und der USA. DGAP Mai.
http://www.weltpolitik.net/Regionen/Russland%20und%20Zentralasien/Kasachstan/Grundlagen/Kasachstan_gr.html
- Geser, H.** (1992): Kleinstaaten im internationalen System. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44(4). S. 627-654.
- Geser, H.** (2004): Über die historische Entwicklung und Stellung kleiner Staaten. In: Busek, E./Hummer, W. (Hrsg.): Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen. Liechtenstein. Politische Schriften. Band 39. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft. S. 133-154.

- Gey, T.** (2007): Zentralasien. Begehrte Partner. In: amnesty journal (Februar).
<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61caccfc1256aa1003d7d38/9ca0520f4f743f79c1257279004e05f0?OpenDocument>
- Giragosian, R.** (2006): The Strategic Central Asian Arena. In: China and Eurasia Forum Quarterly, Volume 4, No 1.
- Gleason, G.** (1997): The Central Asian States. Discovering Independence. Boulder (u. a.): Westview Press.
- Glenn E. Curtis** (1996): Kyrgyzstan: A Country Study. Washington: GPO for the Library of Congress.
- Goetschel, L.** (1989): Introduction. In: Ders. (ed.): Small States Inside and Outside the European Union. Boston/Dordrecht/London. P. 9-12.
- Goetschel, L.** (1998): The Foreign and Security Policy Interests of Small States in Today's Europe. In: Goetschel, L. (ed.): Small States Inside and Outside the European Union: Interests and Policies. Dordrecht, Netherlands. P. 13-31.
- Goetschel, L.** (1999): The Foreign and Security Policy Interests of Small States in Today's Europe. In: Goetschel, L. (ed.): Small States Inside and Outside the European Union. Boston./Dordrecht/London.
- Goetschel, L.** (2000): Small States and the Common Foreign and Security Policy (GFSP) of the EU: A comparative Analysis. NFP 42 Working Paper No. 14. Berne.
- Goetschel, L.** (2004): Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik von Kleinstaaten: Indiz für die Entwicklung der internationalen Beziehungen? In: Busek, E./Hummer, W. (Hrsg.): Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen. Liechtenstein. Politische Schriften. Band 39. Schaan. S. 222-234.
- Gomaa, A.** (2003): The ECO and Prospects for Economic Cooperation in Asia. Al Siyassa – Al Dawliya. The international politics journal, Issue 151, January, unter:
<http://www.siyassa.org.eg/esiyassa/AHRAM/2003/1/1/ECON2.HTM>
- Götz, R.** (2006): Energie- und Außenpolitik. In: Ost-West-Gegeninformationen Jg. 18 (Nr. 2). S. 12-18.
- Götz, R./Halbach, U.** (1996): Politisches Lexikon GUS. Dritte Auflage. München.
- Grebenschikov, I.** (2005): Die Zivilgesellschaft und der Staat in Kirgisien. Präsentation SEF-Symposium „Zwischen Überforderung und Eigennutz? Zur Rolle nichtstaatlicher Akteure in fragilen Staaten“ am 1./2. Dezember 2005, Gremiensaal, Deutsche Welle (DW), Bonn. http://www.sef-bonn.org/download/veranstaltungen/2005/2005_symp_vortrag_grebenschikov_de.pdf
- Grebenschikov, I.** (2006): Zivilgesellschaft von Staates Gnaden. In: Der Überblick (1). S. 24-27.
- Gresh, A.** (1998): Turkish-Israeli-Syrian Relations and Their Impact on the Middle East. In: Middle East Journal 52, no. 2.
- Grinberg, R./Kosikova, L.** (1997): Russland und die GUS. Auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 507.
- Gstühl, S.** (2001): Flexible Integration für Kleinstaaten. Liechtenstein und die Europäische Union. (Liechtenstein, Politische Schriften; Bd. 33) Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft
- Gumpfenberg, M.-C. - von** (2001): Neue Konstellation in Zentralasien. In: GUS-Barometer Nr. 21, Dezember. <http://www.dgap.org/gusbar/gus28.htm>
- Gumpfenberg, M.-C. - von** (2002): Deutsches und Europäisches Engagement in Zentralasien. Ein Beitrag zur Stabilisierung der Region? In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Nr. 85, Sankt-Agustin.
- Gumpfenberg, M.-C. – von/Gumpfenberg, M. B. - von** (2005): "Great Game": Phase 3. Zentralasien nach dem 11. September 2001. In: GUS-Barometer (37). S. 4-6.
- Gumpfenberg, M.-C. - von/Gumpfenberg, M.B. - von** (2006): Zur Rolle der OSZE in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 4.
- Gumpfenberg, M.-C. - von/Steinbach U.** (2004): Zentralasien. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Ein Lexikon. München.
- Haghighy, M.** (1995): Islam & Politics in Central Asia. New York: St. Martin's.
- Halbach, U.** (1992): Ethno-territoriale Konflikte in der GUS. In: Bericht des BIOS, Nr.31.
- Halbach, U.** (1993): Islam und Nationalstaat in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte; B 38-39. S. 10 – 20.
- Halbach, U.** (1997): Zentralasien: eine Weltregion formiert sich neu. (Elektronisch ed.). Bonn. (<http://www.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00492toc.htm>).
- Halbach, U.** (2000): Sicherheit in Zentralasien. Teil I: Sicherheitsstrukturen und -politik auf nationaler und regionaler Ebene. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 24.
- Halbach, U.** (2001): Zentralasien in Bedrängnis. SWP-Studie. Oktober. Berlin

- Halbach, U.** (2002): Der "nicht mehr postsowjetische" Raum? Russland in der Wahrnehmung kaukasischer und zentralasiatischer Staaten vor und nach dem 11. September. In: SWP-Studie, Juli. Berlin
- Halbach, U.** (2006): Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In: Fragner B./Kappeler A. (Hrsg.): Zentralasien. 13. bis 10. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien. S. 205-221.
- Hambly, G.** (Hrsg.) (1995): Fischer Weltgeschichte. Band 16. Zentralasien. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Handel I. M.** (1990): Weak States in the International System. 2nd. Edition. London.
- Hanf, K./Soetendorp, B.** (1998) (eds.): Adapting to European Integration. Small States and the European Union. London/New York.
- Harden, Sh.** (ed.) (1985): Small is Dangerous: Micro States in a Macro World. London.
- Harden, Sh.** (ed.) (1994): Neutral States and the European Community. London.
- Havlik, P./Vertlib, V.** (1996): Die wirtschaftliche Lage der zentralasiatischen Nachfolgestaaten der UdSSR. In: Mangott, G. (Hrsg.): Bürden auferlegter Unabhängigkeit: neue Staaten im post-sowjetischen Zentralasien. Wien: Braumüller. S. 147-240.
- Henze, P. B.** (2001): Turkey's Caucasian Initiatives. In: Orbis, Vol. 45, No. 1, Winter.
- Herrnson, P. S./Hill, D. M.** (1999): The Clinton Presidency. The First Term, 1992-1996. New York.
- Herzig, E.** (1995): Iran and the Former Soviet South. Royal Institute of International Affairs. London.
- Hessenberger, E./Kasper, M.** (2006): Der taumelnde Staat. In: Südwind Magazin, 03.
- Hey, J. A. K.** (2003): Introducing Small State Foreign Policy. In: Ders. (ed.): Small States in World Politics. Explaining Foreign Policy Behaviour. Boulder. P. 1-11.
- Hirsch, M.** (1974): Die Logik der Integration. Überlegungen zu den Außenbeziehungen westeuropäischer Kleinstaaten. In: Europa-Archiv 13.
- Hishow, O. N.** (2002): Wirtschaftspolitik im postsowjetischen Raum. März. SWP-Berlin.
- Höhm, H.-H.** (1992): Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion: Die Wirtschaft der Nachfolgestaaten zwischen Krise und Transformation. In: Wissenschaftliches Forum für Internationale Sicherheit (Hrsg.): Von der Sowjetunion zur GUS. Wirtschaft – Gesellschaft – Sicherheit. Bremen: Edition Temmen. S. 26-44.
- Höll, O.** (1983) (ed.): Small States in Europe and Independence. The Laxenburg Papers. Austrian Institute of International Affairs. Wien.
- Höll, O.** (1978): Kritische Anmerkungen zur Kleinstaaten-Theorie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3. S. 259-273.
- Hundmaier, D.** (1999): Das Ende einer außenpolitischen Doktrin? Die Abkehr Schwedens von der Neutralität. Berlin.
- Hunter, S./Broxup, M.** (1996): Central Asia since Independence. Westport, CN: Praeger Publishers.
- Huntington, S. P.** (1991). The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. Norman: University of Oklahoma Press.
- Huskey, E.** (1997): Kyrgyzstan: The Politics of Demographic and Economic Frustration. In: Bremmer, I./Taras, R. (eds.): New States New Politics Building the Post-Soviet Nations. New York.
- Ibraimov O.** (2001): Kyrgyzstan. Bischkek.
- Inbar, E./Sheffer, G.** (1997) (eds.): The National Security of Small States in a Changing World. London.
- Inomjonov, K.** (2005): Die Außenpolitik der Republik Usbekistan im Spannungsfeld von Staatsbildung und regionaler Integration. Dissertation. http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=978891635&dok_var=d1&dok_ext=pdf&filename=978891635.pdf
- International Crisis Group** (2004): Political Transition in Kyrgyzstan: Problems and Prospects. Asia Report N 81 (11. August).
- International Monetary Fund (IMF)** (2004): Direction of Trade Statistics Yearbook. Washington.
- Islamova, G.** (2001): Eurasian Economic Community: Purposes, Challenges and Prospects. In: Central Asia and the Caucasus, No. 1(7), pp. 126-136.
- Jansen, Th.** (2001): Zur Außenpolitik kleiner Staaten. In: Kirt, R./Waschkuhn, A. (Hrsg.): Kleinstaaten-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven. Baden-Baden, S. 169-180.
- Jaquet, L. G. M.** (1980): The role of a small state within alliance system. In: Hommes, P. M. (ed.): Nederland en de Europese eenwording. Den Haag.
- Jazbec, M.** (2001): The Diplomacies of New Small States: The Case of Slovenia with Some Comparison from the Baltics. Aldershot: Ashgate.
- Jonson, L.** (2001): Russia and Central Asia. In: Allison, R./Jonson L. (ed.): Central Asian Security: The New International Context. Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Jonson, L.** (2003): The Security Dimension of Russia's Policy in South Central Asia. In: Gorodetsky, G. (ed.): Russia between East and West. Russian Foreign Policy on the Threshold of the Twenty-First Century. Tel Aviv.
- Jonson, L.** (2004): Vladimir Putin and Central Asia: The Shaping of Russian Foreign Policy. London, New York: I.B. Tauris.

- Jundzis, T.** (1996): Baltic States: Cooperation on Security and Integration into the European Security System. Unter: <http://www.nato.int/acad/fellow/94-96/jundzis/01.htm>
- Kaim, M./Berger, L.** (2004): USA. In: Gumpfenberg, M.-C. von/Steinbach, U. (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München. S. 291-296.
- Kappeler, A.** (1992): Russland als Vielvölkerreich. München.
- Kappeler, A.** (2006): Russlands zentralasiatische Kolonien bis 1917. In: Fagner B./Kappeler A. (Hrsg.): Zentralasien. 13. bis 10. Jahrhundert. Geschichte und Gesellschaft. Wien.
- Karaev, Z.** (2006): Wer Wasser hat, wer Wasser will. In: Der Überblick (01), S. 44.
- Karimow, I.** (1998): Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf.
- Karmanau, Y.** (2006): Kyrgyz protesters rejoice amended constitution. Document awaiting president's signature reduces his power. In: The Associated Press (November 9). http://seattlepi.nwsource.com/national/291634_kyrgyzstan09.html
- Karpat, K. H.** (1995): The Sociopolitical Environment Conditioning the Foreign Policy of the Central Asian States. In: Dawisha, A./Dawisha, K. (eds.): The Making of Foreign Policy in Russia and the New States of Eurasia. New York/London. P. 177-214.
- Kassenow, U. T.** (1995): Zentralasien und Russland. Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. 14. Köln.
- Katargin, W.** (2005): Streit zwischen Journalisten und neuer kirgisischer Führung. DW-RADIO/Russisch. Fokus Ost-Südost vom 24.4. www.dw-world.de
- Katargin, W.** (2006a): Kirgisistan: Opposition fordert Verfassungsreform. DW-RADIO/Russisch. Fokus Ost-Südost vom 31. Mai www.dw-world.de
- Katargin, W.** (2006b): Kirgisistan erhält neue Verfassung. DW-RADIO/Russisch. Fokus Ost-Südost vom 09. 11. www.dw-world.de
- Katargin, W.** (2007): Kirgisistan: Wieder neue Verfassung verabschiedet. DW-RADIO/Russisch. Fokus Ost-Südost vom 04. 01. www.dw-world.de
- Katzenstein, P. J.** (1985): Small States in World Markets. Ithaca.
- Katzenstein, P. J.** (1996): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. New York.
- Kaya, K.** (2001): Turkey's new challenges in the Caucasus and Central Asia. In: Central Asia – Caucasus Analyst vom 07.11. <http://www.cacianalyst.org>
- Kaya, K.** (2002): Turkey's elections: what impact for Eurasia. In: Central Asia – Caucasus Analyst vom 06.11. URL: <http://www.cacianalyst.org>
- Kazemzadeh, F.** (1994): Central Asia's Foreign Relations. A Historical Survey. In: Starr Frederick S. (ed.): The Legacy of History in Russia and the New States of Eurasia. New York/London. P. 195-215.
- Kellner, Th.** (2004): The People's Republic of China and the New Central Asia. Ten Years after Independence. In: Sabahi, F./Warner, D. (eds.): The OSCE and the Multiple Challenges of Transition: the Caucasus and Central Asia. Aldershot, pp. 37-67.
- Keohane, R.** (1969): 'Lilliputians' Dilemmas: Small States in International Politics. In: International Organization 23, no. 2 (Spring), p. 210-219.
- Kestler, T. A.** (2005): Die Krise in Venezuela im Jahr 2002 aus brasilianischer und US-amerikanischer Sicht. Eichstätt.
- Khamidov, A.** (2001): Dispute over China-Kyrgyz border demarcation pits president vs. parliament. <http://www.eurasianet.org/> vom 28.06.
- Khan, S. A.** (2004): Iran's Relations with Central Asia – A strategic analysis. In: Perceptions. Journal of International Affairs. March-May, Volume 9, p. 45-60.
- Khwaja, A. S.** (2005): The changing dynamics of Pakistan's relations with Central Asia. In: Central Asia-Caucasus Analyst, 23. February, Vol. 6, No. 4.
- Kidron, M./Segal, R.** (1992): Der politische Weltatlas. Bonn.
- Kim, A.** (2003): Russia to have air base in Central Asia. In: The times of Central Asia, April 24.
- Kirste, K./Mauß, H. W.** (1996): Zivilmacht und Rollentheorie. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 3 Jg., Nr. 2. S. 283-312.
- Kirt, R.** (1998): Zeitwende am Ende des Jahrhunderts. Kleinstaaten im Zeitalter der Globalisierung. In: Internationale Politik 5.
- Kirt, R.** (1999): Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung. Discussion Paper. C 52. Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung.
- Kirt, R./Waschkuhn, A.** (Hrsg.) (2001a): Kleinstaaten-Kontinent Europa: Probleme und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Kleiser, P. B.** (2002): Erdölreserve des Westens. National denken, gemeinsam ausbeuten: Geopolitik in Zentralasien. In: SoZ – Sozialistische Zeitung. Mai.

- Klimage, D.** (2006): Kyrgyzstan highlights failure of managed democracy. In RFE/RL Newline, p.1, unter: <http://www.rferl.org/newsline/2005/04/5-NOT/not-130405.asp>
- Konicz, T.** (2006): Teurer US-Stützpunkt in Zentralasien. 150 statt zwei Millionen Dollar "Jahresmiete" für Militärbasis in Kirgisien. In: junge Welt vom 22. 07.
- Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation** (2000). Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 (Nr. Pr-351). Quelle: Außenministerium der Russischen Föderation unter <http://www.mid.ru/mid/vpcons.htm>. Übersetzung: Joachim Klopfer, Rolf Lehmann unter: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm>
- Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation** (2000). Bestätigt durch Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation, Nr. 24 vom 10. Januar. Quelle: Nezavisimoe voennoe obozrenie Nr. 1 (174) vom 14.01. Übersetzung: Rainer Böhme, Peter Freitag und Joachim Klopfer unter: <http://www.jokler.de/russ/offiziell/knsich00.htm>
- Kortmann, J.** (1994): Die Außenpolitik westeuropäischer Kleinstaaten am Beispiel Irlands und Dänemarks. Bochum.
- Koßdorff, F.** (2000): Die Republik Irland – Ein europäischer Kleinstaat und seine außenpolitischen Strategien als Mitglied der EU. Wien.
- Kramer, H.** (1993): Kleinstaaten-Theorie und Kleinstaaten-Außenpolitik in Europa. In: Waschkuhn, A. (Hrsg.): Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme. Symposium des Liechtenstein-Instituts 26.-28. September 1991. Vaduz. S. 247 – 259.
- Kreft, H./Huterer, M.** (2001): Neues "Great Game" in Zentralasien? Die Entwicklungen im Südkaukasus, in Zentralasien, dem Mittleren Osten und im westlichen Südasien als Herausforderungen für Europa. In: ÖMZ Nr. 5 (auch unter: www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/asien/great_game.pdf)
- Kreikemeyer, A.** (2004): Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). In: Gumpfenberg, M.-C. von/Steinbach, U. (Hrsg.): Zentralasien. Ein Lexikon. München.
- Kreikemeyer, A./Kropatcheva, E.** (2006): Neue Herausforderungen für die russische Zentralasienpolitik. In: Russlandanalysen (95). Stiftung Forschungsstelle Osteuropa DGO. S. 2-5
- Kremp, H.** (2000): Ein Lindwurm aus zusammengewürfelten Verbänden. In: Die Welt vom 5.2. S. 6.
- Krumm, R.** (2007): Zentralasien – Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte. In: Kompass 2020
- Kubicek, P.** (1997a): Regionalism, Nationalism, and Realpolitik in Central Asia. In: Europe-Asia Studies 49(4). S. 637–665.
- Kubicek, P.** (1997b): Nation, State and Economy in Central Asia: Does Atatürk Provide a Model? The Donald W. Treadgold Papers in Russian, East European and Central Asian Studies, Seattle: Jackson School of International Studies, the University of Washington, No. 14.
- Kushchubekov, T.** (2004): The Kyrgyz Response. The Challenge of Hizb ut-Tahrir: Deciphering and Combating Radical Islamist Ideology. Washington D.C.: The Nixon Center.
- Kutnaeva, N.** (2002): Zivilgesellschaft in Deutschland und Kirgisistan. Ein Vergleich. Magisterarbeit. KU-Eichstaett.
- Kuznets, S.** (1960): Economic Growth of Small Nations. In: Robinson, E. A. (ed.): Economic Consequences of the Size of Nations. New York: St. Martins Pres.
- Lapidus, G. W.** (2001): Central Asia in Russian and American Foreign Policy after September 11, 2001. Presentation from "Central Asia and Russia: Responses to the 'War on Terrorism,'" a panel discussion held at the University of California, Berkeley on October 29.
- Laumulin, M.** (2000): Kazakhstan and the West: Relations During the 1990s in Retrospect. In: Central Asian and the Caucasus, Nr. 3, in: <http://www.ca-c.org>, (12.05.2000).
- Laumulin, M. T.** (1999): Die EU als Modell für die Zentralasiatische Integration? In: Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung. Bonn.
- Lee, E.** (2001): Central Asia's Balancing Act. In: Harvard International Review, Vol. 23 Issue 2, p. 30-33.
- Lewada, J.** (1993): Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls. München
- List, D.** (2006): Regionale Kooperationen in Zentralasien. Hindernisse und Möglichkeiten. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Lo, B.** (2005): A Fine Balance –The Strange case of Sino-Russian Relations, Russie. Cei. Visions N° 1, Research Programme Russia/CIS, April.
- MacFarlane, S. Neil** (1998): Amerikanische Politik in Zentralasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43-44/98. S. 3-12.
- Mackerras, C.** (2003): Ethnicity in Asia. London.
- Mackerras, C.** (2004): 'Pivot of Asia' sees China-Pakistan maneuvers. <http://www.atimes.com/atimes/China/FH13Ad01.html>, 13.08.
- Malek, M.** (2002): Geopolitische Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“: Russland, Zentralasien und die USA nach dem 11. September. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B8). S. 14-22.

- Malek, M.** (2006): Drahtseilakt zwischen Washington und Moskau. EM vom 28.02.
<http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?thema=Zentralasien&artikelID=20060211>
- Malik, H.** (1994): Soviet-Pakistan relations and post Soviet dynamics. London.
- Mandelbaum, M.** (ed.) (1994): Central Asia and the world. New York.
- Mangott, G.** (1996): Bürden auferlegter Unabhängigkeit: neue Staaten im post-sowjetischen Zentralasien. Wien.
- Mangott, G.** (1999): Die innere Dimension. In: Mangott, G. (Hrsg.): Bürden auferlegter Unabhängigkeit. Neue Staaten im post-sowjetischen Zentralasien. Österreichisches Institut für Internationale Politik. Wien.
- Marangos, J.** (2002): The Political Economy of Shock Therapy. In: Journal of Economic Surveys, 16, no. 1 (February), p. 41- 76.
- Marriott, J. A. R.** (1943): Federalism and the Problem of the Small State. London.
- Masaryk, T. G.** (1966): The Problem of Small Nations in the European Crisis. London.
- Mathisen, T.** (1971): The Functions of Small States in the Strategies of the Great Powers. Oslo/Bergen/Tromsø.
- Maynes, Ch. W.** (2003): America Discovers Central Asia. In: Foreign Affairs, Volume 82 No. 2, March/April. P. 120-132.
- McDermott, R.** (2006): Kyrgyz defense minister calls for more foreign aid. In: Eurasia Daily Monitor. <http://jamestown.org/edm/article.php?article-id=2371178>
- McGraw, D. J.** (1994): New Zealand's Foreign Policy Under National and Labour Governments: Variations on the 'Small State' Theme? In: Pacific Affairs 67, no. 1, p. 7-25.
- Mendelson, S. E./ Glenn, J. K.** (2000): Democracy and Rule of Law Project: NGO strategies in post-communist societies. Carnegie Endowment for International Peace. Working Papers. No.8
- Merritt, R. N.** (2006): The Long Road: Democratic Transition in Kazakhstan, Kyrgyzstan and Uzbekistan. Conference Draft prepared for presentation at the Annual Meeting of the Southern Political Science Association (January 5-7). Atlanta.
- Mesbahi, M.** (1995): Regional and Global Powers and the International Relations of Central Asia. In: Dawisha, A./Dawisha, K. (eds.): The Making of Foreign Policy in Russia and the New States of Eurasia. New York/London. P. 215 – 245.
- Minasian, S.** (2003): CIS: Building a collective security system. In: Central Asia and the Caucasus, No. 1 (19). http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-01/16.mineng.shtml
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kazakhstan** (2006): Truth about Kazakhstan. Regional Leadership. <http://www.mfa.kz/eng/index.php?truth=1&selected=13> (13.07.)
- Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Kazakhstan** (2006): Cooperation of the Republic of Kazakhstan with Kyrgyz Republic. <http://www.mfa.kz/eng/index.php?sng=1&selected=4> (13.07.)
- Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation** (2001): Daily News Bulletin vom 10.4., unter <http://www.in.mid.ru/>.
- Mitrofanova, A.** (2002): The Turkish Threat as a Domestic Policy Factor in Contemporary Russia and Its Foreign Policy Implications. In: Egeil, E. (ed.): Geopolitics of Central asia in the post-cold era, A Systemic Analysis. Haarlem.
- Moder, K.-H.** (2001): Zentralasien : aus dem Kalten Krieg in eine autoritäre Eiszeit. Bonn
- Möller, K.** (2003): Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie, November. Berlin.
- Mosser, M.** (2001): Engineering Influence: The Subtle Power of Small States in the CSCE/OSCE. In: Reiter, E./Gärtner, H. (eds.): Small States and Alliances. Heidelberg. p. 63-84
- Mouritzen, H. A.** (1983): Defensive Acquiescence: Making the Best out of Dependence. In: Höll, O. (ed.): Small States in Europe and Independence. The Laxenburg Papers. Austrian Institute of International Affairs. Wien.
- Müller, D.** (2001): Wahhabismus. Islam in Tschetschenien. In: Moskauer Deutsche Zeitung (15.01.).
- Müller, F.** (2002): Entwicklungspotentiale und Wirtschaftsinteressen, Jour Fixe Zentralasien/Kaukasus, SWP-Brennpunkte, Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Neack, L./Hey, J. A. K./ Haney, P. J.** (eds.) (1995): Foreign Policy Analysis: Continuity and Change in Its Second Generation. Englewood Cliffs, N.J.
- Neumann, I. B./Gstöhl, S.** (2004): Lilliputians in Gulliver's World? Small States in International Relations. Centre for Small State Studies. Institute of International Affairs - University of Iceland. Working Paper 1-2004. Reykjavik.
- Nichol, J.** (2003): Central Asia's New States: Political Developments and Implications for U.S. Interests. Issue Brief for Congress (01.04.), Congressional Research Division, The Library of Congress. <http://www.fas.org/man/crs/IB93108.pdf>
- Nichol, J.** (2005): Central Asia: Regional Developments and Implications for U.S. Interests. Congressional Research Service (CRS) Issue Brief for Congress IB93108, 18 February.

- O'Malley, W. D./McDermott, R. N.** (2003): Kyrgyzstan's Security Tightrope: Balancing its Relations With Moscow and Washington. In: *The Journal of Slavic Military Studies*, September, Number 3, Volume 16. p. 72-111.
- Odnokolenko, O.** (2000): Damaging relations with Central Asian states because of U.S. military bases would be unwise and economically disadvantageous. In: *Russia Weekly*, no. 194-9-7. Center for Defense Information. <http://www.cdi.org/russia/194-9.cfm>
- Okhotnikov, S.** (2002): China and Central Asia after the Beginning of the Antiterrorist Operation in Afghanistan. In: *Central Asia and the Caucasus*, No. 5(17), pp. 19-29.
- Olcott, M. B.** (2001): Central Asia: Common Legacies and Conflicts. In: Allison, R./Jonson, L. (eds.): *Central Asian Security. The new international context*. London.
- Olcott, M. B.** (2003): Taking Stock of Central Asia. In: *Journal of International Affairs*, Vol. 56, No. 2 (Spring).
- Opdahl, I. M.** (2005): A Crucial Sphere for Our Security. Russia in Central Asia after 9/11. Oslo.
- Oresman, M.** (2003): Central Asia in Play: The Russian Deployment at Kant Airbase. In: *Central Asia – Caucasus Analyst*, January 15, unter: <http://www.cacianalyst.org>
- Ørvik, N.** (1973): Norwegian foreign policy. The impact of special relationships. In: Barston, R. P. (ed.): *The Other Powers. Studies in the Foreign Policies of Small States*. London.
- Pace, R.** (2000): Small States and the Internal Balance of the European Union: The Perspective of Small States. In: Gower, J./Redmond, J. (eds.): *Enlarging the European Union: The Way Forward*. Burlington, Vt. P. 107-119.
- Page, J.** (2001): China and Russia kick off new Great Game. In: *Johnson's Russia List*, 15. June, www.cdi.org/russia
- Pankov, V.** (1995): Die GUS als Wirtschaftsraum: Weiterer Zerfall oder Reintegration? In: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 2.
- Pannier, B.** (2007): Kyrgyzstan: When Is The Revolution Going To End? In: *RFE/RL* (12. April) <http://www.rferl.org>
- Paringaux, R. P.** (2002): Keine demokratische Lösung für Kaschmir in Sicht. In: *Le monde diplomatique*, 1.
- Peimani, H.** (1998): *Regional Security and the Future of Central Asia. The Competition of Iran, Turkey, and Russia*. London.
- Pernthaler, P.** (2000): The new function of small states in a world that gets connected. In: *Revue Européenne de Droit Public*, p. 63-76.
- Peter, R.** (2002): Die geopolitische Veränderung und ihre Analyse – Überlegungen am Beispiel Südasiens. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 40, S. 703-710.
- Petersen, P.** (1995): Security Policy in Post-Soviet Central Asia. In: *European Security*, Vol. 4, No. 1, Spring.
- Pétric, Boris-mathieu** (2005): Post-Soviet Kyrgyzstan or the birth of a globalized protectorate. In: *Central Asian survey* 24 (3). Abingdon. S. 319-332.
- Pfetsch, F.** (1994): *Internationale Politik*. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Pikulina, M.** (2003): Russia in Central Asia: Third Invasion - An Uzbek View. Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, February, unter: <http://da.mod.uk/CSRC/Home/CentralAsia/K38-MP.pdf>.
- Ploskich, A.** (1998): Über die Geschichte der Kirgisen und Kyrgysstans. In: *Wostok* (1). Berlin: Wostok Verlag GmbH. S. 2-9.
- Pomfret, R.** (1997): The Economic Cooperation Organization: Current Status and Future Prospects. In: *Europe-Asia Studies*, Vol. 49, No. 4, p. 657-667.
- Primbetow, S.** (1996): Regionale Integration der zentralasiatischen Staaten: Ergebnisse, Erfahrungen, Probleme und Perspektiven. In: Heribert, D. (Hrsg.): *Regionale Integration in Zentralasien*. Marburg. S.125-144
- Prinz Nikolaus von Liechtenstein** (2004): Diplomatie und Außenpolitik von Kleinstaaten. In: Busek, E./Hummer, W. (Hrsg.): *Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen*. Liechtenstein. Politische Schriften. Band 39. Schaan: Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft. S. 193-200.
- Przeworski, A.** (1991): *Democracy and the Market*. Cambridge.
- Raadschelders, J. B.** (1992): Definitions of Smallness: A Comparative Study. In: Baker, R. (ed.): *Public Administration in Small and Island States*. West Hartford.
- Radyuhin, V.** (2003): A new Big Game in Central Asia. In: *The Hindu* (18.07.) <http://www.cdi.org/russia/268-12.cfm>
- Rahmani, M.** (2003): Central Asian States: Balancing opportunities and challenges. In: *Central Asia and the Caucasus*, No. 2 (20), unter: http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-02/18.raheng.shtml

- Rahr, A.** (2001): Europa im neuen Zentralasien. In: Garnett, S. W./ Rahr, A./Watanabe, K. (Hrsg.): Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Berlin.
- Rashid, A.** (2002): Heiliger Krieg am Hindukusch. Der Kampf um Macht und Glauben in Zentralasien. München.
- Rasizade, A.** (2002): Dictators, Islamists, Big Powers and Ordinary People. The New "Great Game" in Central Asia. In: Internationale Politik und Gesellschaft. Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 3.
- Reetz, D.** (1993): Pakistan and Central Asia Hinterland Option: The Race for Regional Security and Development. In: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, 17, pp. 28-56.
- Reetz, D.** (2003): Pakistan: internationaler Partner oder Problemfall? FES-Analyse. Electronic ed.: Bonn : FES Library. http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01691.htm#P405_45063
- Reinecke, G.** (1995): Politische Entwicklung im nachsowjetischen Mittelasien: Demokratisierung in Kirgistan. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 57. Köln.
- Robejsek, P.** (1999): Nur Bauern im großen Spiel? Außenpolitische Möglichkeiten kleiner Staaten. In: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, 17. Jg., Nr. 3. S. 188-194.
- Robins, Ph.** (1993): Between Sentiment and Self-Interest: Turkey's Policy Toward Azerbaijan and the Central Asian Republics. In: Middle East Journal. 47:4. S. 593-610.
- Rohde, M.** (1997): Grundlagen der Außenpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 255) <http://www.bpb.de/publikationen/07836889572939275693669250919836.html>
- Rosenau, J. N.** (1970): The Adaption of National Society. A Theory of Political Systems Behaviour and Transformation. New York.
- Rothstein, R. L.** (1968): Alliances and Small Powers. New-York.
- Rothstein, R. L.** (1977): The Weak in World of Strong. New-York:.
- Rourke, J. T.** (1997): International Politics on the world stage. Guilford. Dushkin/McGraw Hill
- Roy, O.** (2000): The New Central Asia: The Creation of Nations. New York: New York University Press.
- Ruloff, D.** (2005): Welche Weltordnung? Eine Einführung. In: Ruloff, D. (Hrsg.) Welche Weltordnung? Schweizerisches Institut für Auslandsforschung: Verlag Rüegger. S. 11-32.
- Rumer, B.** (2002): The Powers in Central Asia. In: Survival (Autumn).
- Šabič, Z.** (2002): Small States Aspiring for NATO Membership: Some Factors Influencing the Accession Process. In: Šabič, Z./Bukowski, Ch. (eds.): Small states in the post-Cold War World. Slovenia and NATO Enlargement. London. P. 1-23.
- Salimi-Asl, C.** (2006): Kirgisstan ein Jahr danach. In: Neues Deutschland vom 23.03.
- Sanders, R.** (1989): The Relevance and Function of Diplomacy in International Politics for Small Caribbean States. In: The Round Table no. 312, p. 413-424.
- Saralaeva, L.** (2005): Russia Offers Kyrgyzstan a Hand. RCA No. 410, 17. September. http://www.iwpr.net/?apc_state=hruirca2005&l=en&s=f&o=260123
- Sarybay, K./Sultanow, B.** (2005) (Hrsg.): Kasachstan – heute. Daten, Fakten, Hintergründe. Berlin
- Schilling, H.-D.** (Hrsg.) (1987): Sowjetunion. Die südlichen Republiken. Ein politisches Reisebuch. Hamburg.
- Schlichte, K.** (Hg.) (2000): The Transformation of the State in the Third World. Boulder/London.
- Behrens, H./Noack, P.** (1984): Theorien der Internationalen Politik. München
- Schmidl, E. A.** (2001): Small States and International Operations. In: Reiter, E./Gärtner, H. (eds.): Small States and Alliances. Heidelberg.
- Schmidt, T.** (2003): Die Außenpolitik der Baltischen Staaten. Im Spannungsfeld zwischen Ost und West. Westdeutscher Verlag.
- Schubert, K.** (2005): Deutschland und seine Außenpolitik im europäischen und transatlantischen Kontext. 'Normalisierung' oder 'soft power'? In: Gawrich, A./Lietzmann H.J. (Hrsg.): Politik und Geschichte. „Gute Politik“ und ihre Zeit. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 271-292.
- Schubert, K./Klein, M.** (Hrsg.) (2006): Das Politiklexikon. 4. Auflage. Bonn
- Seidelmann, R.** (1994): Außenpolitik. In: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 6: Internationale Beziehungen. München. S. 42-49
- Seidelmann, R.** (2000): Außenpolitik. In: Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. 8. Auflage, Opladen.
- Sershen, D.** (2007a): Kyrgyzstan: Former Prime Minister Joins Opposition, Heightened Political Tension Likely. In: Eurasia Insight vom 14.02. <http://www.eurasia.org>
- Sershen, D.** (2007b): Kyrgyzstan: Opposition United, Launches New Attack At President. In: Eurasia Insight vom 23.02. www.eurasia.org
- Shariff, M.** (1993): New frontiers: Central Asia has a lot to offer and the world has everything to gain. In: Pakistan and Gulf Economist. 16.01-22.1.
- Shleifer, A./Vishny, R. W.** (1998): The Grabbing Hand: Government Pathologies and Their Cures. Harvard University Press.

- Sieber, E.** (1920): Die Idee des Kleinstaates bei den Denkern des 18. Jahrhunderts in Frankreich und Deutschland. Basel.
- Simon, G.** (1991): Die Desintegration der Sowjetunion durch die Nationen und Republiken. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 25.
- Singer, M.** (1972): Weak States in a World of Powers. New York.
- Singh Roy, M.** (2001): India's Interests in Central Asia. URL: http://www.ciaonet.org/olj/sa/sa_mar01rom01.html
- Smith, D. L.** (1996): Central Asia: a new great game? Strategic Studies Institute (SSI). June 17.
- Socor, V.** (2002): CIS Antiterrorism Center: Marking Time in Moscow, Refocusing on Bishkek. Institute for Advanced Strategic & Political Studies. Washington. November 3. <http://www.israeleconomy.org/strategic/socor10.htm>
- Socor, V.** (2003): Cheek in Jowl in Kyrgyzstan. In: Johnson's Reading List, #7282, 9 August. <http://www.cdi.org/russia/johnson/7282-19.cfm>
- Solto T.** (2006): Kirgisistan: Soldatenmütter auf dem Vormarsch. In: DW-RADIO/Russisch (3. April), URL: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,1968129,00.html>
- Spanier, J./Uslander, E. M.** (1994): American Foreign Policy Making and the Democratic Dilemma. 6. Auflage. New York: Macmillan
- Stalin, J.** (1971): Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Russland (1920). In: Stalin, J.: Werke, Bd. 4, November 1917-1920, Hamburg.
- Starr, F.** (2004): Central Asia in the Global Economy. In: Central Asia. The Way Forward. Special Advertising Supplement.
- Steinbach, U.** (2000): Die Außenpolitik der Türkei. In: Wehling, H. (Hrsg.): Die Türkei vor den Toren Europas. Heft 1. Baden-Württemberg: Landeszentrale für politische Bildung. S. 50-54.
- Stobdan, P.** (1995): Emergence of Central Asia: Strategic Implications. In: Strategic Analysis (New Delhi) 18, no. 3 (Juni).
- Stuth, R.** (1998): Wettbewerb um Macht und Einfluss in Zentralasien. In: Internationale Politik (3).
- Sutton, P.** (1987): Political Aspects. In: Clarke, C./Payne, T. (eds.): Politics, Security, and Development in Small States. London. P. 3-25.
- Sujunbaev, M.** (2005): Geopoliticheskie osobennosti Kyrgyzstana. In: Central Asia and the Caucasus, 1 (37), pp. 137 – 144.
- Swanström, N.** (2001): China conquers Central Asia through trade. In: Central Asia-Caucasus Analyst, Central Asia – Caucasus Institute, April 11, www.cacianalyst.org.
- Swanström, N.** (2003): Chinese Business Interests in Central Asia: a Quest for Dominance. In: Central Asia-Caucasus Analyst, Central Asia – Caucasus Institute, June 18, www.cacianalyst.org.
- Talbott, S.** (1997): A Farewell to Flashman: American Policy in the Caucasus and Central Asia. Address at the Johns Hopkins School of Advanced International Studies, Baltimore, Maryland, July 21, <http://www.state.gov/www/regions/nis/970721talbott.html>
- Thorhallsson, B.** (2000): The Role of Small States in the European Union. Aldershot: Ashgate.
- Thucydides** (1950): The History of the Peloponnesian War, Book V, chapter 17. New York: E. P. Dutton.
- Timmermann, H.** (1998): Desintegrationsprozesse in der GUS. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 20.
- Torbakov, I.** (2003): Moscow seeks to take advantage of Iraq conflict to reassert its leadership in CIS. In: Eurasia Insight, 9.4., <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav040903.shtml>.
- Trenin, D.** (2002): The End of Eurasia: Russia on the Border between Geopolitics and Globalization. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Trenin, D.** (2003): Southern Watch: Russia's Policy in Central Asia. In: Journal of International Affairs, Volume 56 No. 2, Spring, p. 119-131.
- Trofimov, D.** (2003): Russian foreign policy objectives in Central Asia. The IISS Russian Regional Perspectives. In: Journal for Foreign and Security Policy, issue 2.
- Trouchine, A/Giese, E.** (2006): Aktuelle Probleme der Energiewirtschaft und Energiepolitik in Zentralasien, Giesen.
- U.S. Agency for International Development (USAID)** (2000): USAID's Assistance Strategy for Central Asia 2001-2005, July, unter: http://www.usaid.gov/locations/europe_eurasia/car/PDABS400.pdf
- U.S. Department of Defense** (2005): The National Defense Strategy of the United States of America. The Pentagon, March.
- U.S. Department of State** (2002): U.S.-Kyrgyz Republic Memorandum on Bilateral Cooperation, 15 February, unter: <http://www.bits.de/NRANEU/Central%Asia/kyrgyzcoop.html>

- U.S. Department of State** (2007): Background Note: Kyrgyzstan. URL: <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/5755.htm>
- U.S. Department of State** (2003): U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with Eurasia: FY2002, January, unter: <http://www.state.gov/p/eur/rls/rpt/c10251.htm>
- U.S. Department of State** (2005): Country Reports on Terrorism, 27 April, unter: <http://www.state.gov/s/ct/rls/45425.htm>
- U.S. Department of State** (1996): FY 1995: U.S. Government Assistance to and Cooperative Activities with the New Independent States of the Former Soviet Union, April, unter: http://www.state.gov/www/regions/nis/1995_russia_nis_assistance.html
- U.S. President** (2001): Address to a Joint Session of Congress and the American People. United States Capital, Washington, D.C., 20 September. Unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>
- Ultanbaev, R.** (2003): Eurasian Economic Community: Thorny path of development. In: Central Asia and the Caucasus, No 3 (21), 2003, http://www.ca-c.org/online/2003/journal_eng/cac-03/17.ulteng.shtml
- Umbach, F.** (2004): The Bounded Bear and the Rising Dragon. The Sino-Russian relationship at the beginning of the 21st century: A view from Europe. In: Asia Europe Journal, Vol 2 Nr. 1, January, pp 43-62.
- Utyanova, M.** (2001): Fallout of the Collective Security Treaty, Yerevan. In: Central Asia – Caucasus Analyst, Field Reports, 20.6. http://www.cacianalyst.org/June_20_2001/June_20_2001_CST_Summit.htm;
- Utyanova, M.** (2003): Opening of Russian airbase in Kyrgyzstan. In: Central Asia – Caucasus Analyst vom 05.11. http://www.cacianalyst.org/view_article.php?articleid=1908
- Vaughn, B.** (1994): Shifting geopolitical realities between South, Southwest and Central Asia. In: Central Asian Survey 13.
- Väyrynen, R.** (1983): Small States in Different Theoretical Traditions of International Relations Research. In: Höll, O. (ed.): Small States in Europe and Dependence. Wien. P. 83-104.
- Vellut, J.-L.** (1967): Smaller States and the Problem of War and Peace. Some Consequences of the Emergence of Smaller States in Africa. In: The Journal of Peace Research, 4, p. 252-269.
- Viczanyi, M.** (2004). Islamic Terrorism in Xinjiang. In: Vicziany, M./Wright-Neville, D./Lentini, P. (eds.): Regional Security in the Asia Pacific. Edward Elgar, Chentelham.
- Vidal, D.** (1971): The Survival of Small States. Studies in Small Power/Great Power Conflict. London.
- Vital, D.** (1967): The Inequality of States: A Study of the Small Power in International Relations. Oxford.
- Vogel, H.** (1979): Der Kleinstaat in der Weltpolitik – Aspekte der schweizerischen Außenbeziehungen im internationalen Vergleich. In: Zürcher Beiträge zur Politischen Wissenschaft. Band 1. Zürich.
- Vogel, H.** (1983): Small states' efforts in International Relations enlarging the scope. In: Höll, O. (Hrsg.): Small states in Europe and dependence. Wien.
- Wacker, G.** (1994a): Neue „Seidenstraße“ oder neues „Great Game“? Li Pengs Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen Nr. 32. Köln.
- Wacker, G.** (1994b): Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Teil II). Bericht des BIOST, Nr.12, S.6-25.
- Wacker, G.** (1997): Die zentralasiatischen GUS-Staaten aus chinesischer Perspektive. Bericht der BIOST. Nr.15.
- Wacker, G.** (2002): Gipfeltreffen der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“. Von Worten zu Taten? In: SWP-Aktuell 22
- Wacker, G.** (2003): Rußland und China in Zentralasien: Partner oder Konkurrenten? In: Alexandrova, O./Götz, R./Halbach, U. (Hrsg.): Rußland und der postsowjetische Raum. Baden-Baden.
- Warkotsch, A.** (2006): Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union. Frankfurt am Main.
- Waschkuhn, A.** (1991) (Hrsg.): Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme. Symposium des Liechtenstein-Instituts 26.-28. September. Vaduz.
- Watanabe, K.** (2001): Japan und das neue Zentralasien. In: Sherman, W. G./Rahr, A./Watanabe, K. (Hrsg.): Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung. Die Verantwortung der Trilateralen Staaten für die Stabilität der Region. Opladen. S. 65-76
- Wehner, M.** (2001): Hauptstützpunkt in Zentralasien. In Usbekistan sind wahrscheinlich schon seit Tagen amerikanische Soldaten. In: F.A.Z. vom 5.10.
- Weitz, R.** (2006): Erneuerung zentralasiatischer Partnerschaften. In: NATO Brief (Herbst 2006). Unter: <http://www.nato.int/docu/review/2006/issue3/german/analysis2.html>
- Westphal, K.** (1995): Hegemon statt Partner – Russlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“. Münster 1995.
- Wiberg, H.** (1996): Security Problems of Small Nations. In: Bauwens, W./Cleese, A./Knudsen, O. F. (eds.): Small States and the Security Challenge in the New Europe. London/Washington.

- Wilhelmi, W.** (2002): Die Politik der Russländischen Föderation gegenüber dem „Nahem Ausland“. Unter besonderer Berücksichtigung von Rolle und Einfluss des Militärs. Baden-Baden.
- Winrow, G.** (2000): Turkey and the Caucasus: Domestic Interests and Security Concerns. London.
- Wishnick, E.** (2002): Growing U.S. Security Interests in Central Asia. Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, Carlisle, October 2002, pp. 3-6.
- Wishnick, E.** (2003): A new "Great Game" in Kyrgyzstan? Unter: http://www.isn.ethz.ch/securitywatch/details_print.cfm?id=6970 10. Juli
- Wolkowa, I.** (2005): Neue Unruhen in Kirgisistan. 20 Tote bei mehreren Gefängnisrevolten. In: Neues Deutschland, 2. November.
- Wolter, D.** (1999): Die Kaukasus-Politik der Europäischen Union. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42, S. 32-39.
- Wood, T.** (2006): Kyrgyzstan's Place in the World. URL: www.toscca.co.uk/lecture/notes/TomWoodTalk.pdf
- Wood, T.** (2007): Russia Resurgent in Central Asia? Trinity College International Studies Association Annual Conference 2007 Friday, March 02 2007.
- Woyke, W.** (1985): Erfolg durch Integration: die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969. Bochum.
- World Trade Organization (WTO):** Technical Cooperation Guide: The United States of America/USAID. Unter: http://www.wto.org/english/tratop_e/devel_e/teccop_e/bil_ass_e/usa_e.htm
- Yilmaz, B.** (1995): Regionalmacht Türkei. Hat sie ihre Führungsrolle verpasst? In: Internationale Politik 5. Bonn.
- Zagorski, A.** (1992): Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Entwicklungen und Perspektiven. Bericht des BIOST, Nr. 50.
- Abdullaev, N.** (2006): Polzuchaja ekspansija Tadjikistana na kyrgyzskie zemli. <http://www.apn.kz/publications/article7197.htm> vom 28.11.
- Abdyldaev, S.** (2003): Anataomija strategicheskogo partnerstva. Tak li nuzhna Rossija dlja Kirgizii. In: Obshestvennyi Reiting vom 27. Oktober. <http://www.expert.kg/dr219>
- Abdyldaeva, A.** (2006): Ot shahtera do diplomata. Dokumentalno-biograficheskoe izdanie. Bishkek.
- Aidraliev, A.** (2007) Zhogorku kenesh dal dobro na realizatsiju Kyrgyzsko-Indiiskogo tsentra informatsionnyh tehnologii. <http://www.mtk.gov.kg/news/extnews/190/> vom 22.03.
- Akaev, A.** (1999a): Diplomatiya Shelkovogo Puti. In: Nezavisimaja Gazeta vom 10.03.
- Akaev, A.** (1999b): Diplomatiya Shelkovogo Puti. Doktrina Prezidenta Kyrgyzskoi Respubliki Askara Akaeva. Bishkek
- Akaev, A.** (1999c): Doktrina Prezidenta Kyrgyzskoi Respubliki. "Diplomatiya Shelkovogo Puti" Askara Akaeva. <http://www.kyrgyzstan.sk.uz/politic/silkroad.htm>
- Akaev, A.** (2001): Pamjatnoe desjatiletie. Bischkek.
- Akaev, A.** (2004): Dumaja o budushem s optimizmom. Moskva.
- Alamanov, S.** (2003): Granitsa: razreshenie spornyh problem. Materialy i dokumenty o kyrgyzsko-kitaiskoi gosudarstvennoi granitse. Bishkek. Bakiev, K. (2003): Dorogu osilit idushii. Bishkek.
- Alimov, R.** (2002): Tsentralnaja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost'. Tashkent.
- Askerova, K.** (2007): Iz Kyrgyzstana v Uzbekistan i obratno. Legalno i nelegalno. In: Slovo Kyrgyzstana vom 26.10.
- Azizov, S.** (2002): Geopoliticheskie interesy vedushih mirovyh i regionalnyh derzhav: In: Alimov, R. (red.): Tsentralnaja Azija: geoeconomika, geopolitika, bezopasnost. Tashkent.
- Azizov, S.** (2004): Japonija i Tsentralnaja Azija: Razvitie i perspektivy sotrudnichestva. In: Tsentralnaja Azija v XXI veke: Sotrudnichestvo, partnerstvo i dialog. Materialy mezhdunarodnoy konferentsii. Tashkent.
- Bakiev, K.** (2007): Kyrgyzstan 2005 – 2007: shagi razvitija. Bishkek.
- Bazhanov, E.** (1997): Evolutsija rossiiskoi vneshnei politiki v 90-e gody. Diplomaticeskii ezhegodnik. 1996. Moskva.
- Bekbolotov, K.** (2006): Kyrgyzstan – Kazahstan: Kak stroit novye otnoshenija so starym drugom? Institute For Public Policy. <http://www.ipp.kg/ru/analysis/152/> vom 19.04.
- Blinov, A.** (2004): Novye orientiry i starje zaboty Pakistana. In: Nezavisimaja Gazeta vom 06.08.
- Dzhekshenkulov, A.** (2000): Novye nezavisimye gosudarstva Tsentralnoi Azii v mirovom soobshestve. Moskva.
- Dzhekshenkulov, A. D.** (1996): Vlijanie vneshneekonomicheskikh svjazei na formirovanie ekonomicheskoi struktury nezavisimoi Kyrgyzskoi Respubliki. Bishkek.
- Dzhorobekova, A./Momosheva, N.** (2003): Hronika vneshnepoliticheskoi dejatelnosti Kyrgyzskoi Respubliki (1991-2002). Bishkek.
- Esenov, M.** (1997): Tsentralnaja Azija na poroge XXI veka. <http://ca-c.org/datarus/esenov3.shtml>.

- Galushkina E. A.** (2003): Chlenstvo Kyrgyzstana v sostave VTO. Ugrozy i vozmozhnosti. In: Vestnik KRSU Nr. 1. <http://www.krsu.edu.kg/vestnik/2003/v1/a06.html>
- Germanova, V.** (2002): Kirgizy. In: Ilkhamov, A. (red.): Etnicheskii atlas Uzbekistana. S.139-144.
- Huashen, Ch.** (2004): Kitai, Rossiya, SSHA: Interesy, pozitsii, vzaimootnosheniya v Tsentralnoi Azii. In: Tsentralnaja Azija i Kavkaz N. 5(35). S. 131-140.
- Huashen, Ch.** (2005): Kitai, Tsentralnaja Azija i Shanhaiskaja Organizatsija Sotrudnichestva. Moskovskii Tsentri Karnegi. Rabochie Materialy Nr. 5. Moskva
- Imanaliev, M.** (2007): Tsentralnaja Azija i vneshnii mir. <http://ipp.kg/ru/analysis/379-2-02-2007>
- Institut Obshestvennoi Politiki** (2007): Otchet po vneshnei politike Kyrgyzstana za aprel-ijun 2007 goda. Bishkek
- Ispolkom Mezhgossoveta Kazahstana, Kyrgyzstana i Uzbekistana** (Hrsg.): Sbornik dokumentov i materialov po voprosam ekonomicheskoi integratsii Respubliki Kazahstan, Kyrgyzskoi Respubliki i Respubliki Uzbekistan, Almaty, 1995
- Kalishevskii, M.** (2007): Kazahstan: Ot „mnogovektornosti“ vneshnei politiki k „mnogopoljarnosti“ SNG. www.ferghana.ru vom 20.03.
- Karimov, I.** (1995): Turkestan – nash obshii dom. Taschkent.
- Kerimbekova, N./Galitskii V.** (2002): K voprosu o kyrgyzsko-kitaiskoi gosudarstvennoi granitse. In: Tsentralnaja Azija i Kavkaz, № 5 (23).
- Koichuev, T.** (2007): Ekonomicheskoe sotrudnichestvo Kyrgyzstana i KNR. <http://www.easttime.ru/analitic/1/4/195.html> vom 08.05.
- Koitschuev, T. K./Ploskich, V. M./Usubaliev T. U.** (1996): U istokov kyrgyzskoi nacional'noj gosudarstvennosti. Bishkek: Ilim.
- Kuruchbekov, S./Sarulu, M.** (2002): Tezisy gosudarstvennoi doktriny vechnogo neitraliteta. <http://www.ctaj.elcat.kg/tolsty/z/index12.shtml> vom 21.10.
- Luzjanin, S. G.** (2005): Etnoterritorialnye i pograničnye problemy Tsentralnoi Azii. www.analitika.org vom 29.05.
- Maikova, G.** (2007): Tsentralnaja Azija: tsena kazahskih integratsionnyh prozhektov. <http://kreml.org/opinions/148687284> vom 03.05.
- Momosheva, N.** (2006): Vneshnjaja politika Kyrgyzstana: osnovnye napravlenija i perspektivy razvitija. http://www.ia-centr.ru/public_details.php?id=85 vom 04.08.
- Nijazov, S.** (1999): Mne izvesten marshrut v „zolotoi vek“ moei strany. In: Nezavisimaja Gazeta vom 27.10.
- Olimova S. K.** (2000): Vzaimootnosheniya Rossii i Tadžikistana: strategicheskoe partnerstvo. In: Zvjagelskaja, I. D./Kosolapov, N. A. (red.): Mezhdunarodnye otnosheniya na postsovetском prostranstve. Moskovskii obshchestvennyi nauchnyi fond. S. 97 – 114
- Omarov, M./Omarov, N.** (1999): Problemy natsionalnoi bezopasnosti Kyrgyzstana na sovremennom etape ego razvitija. http://www.ca-c.org/journal/cac-04-1999/st_14_omarov.shtml
- Omarov, N.** (2004): Kitai vo vneshnei politike suverennogo Kyrgyzstana: osnovnye tendentsii i perspektivy. In: Vestnik Kyrgyzsko-Rossiiskogo Slavjanskogo universiteta, t.4, v.4.
- Omarov, N. M.** (2003): Mezhdunarodnye otnosheniya v epohu globalnogo razvitija. Bishkek.
- Omarov, Zh.** (2007): Kuda ushli kredity? In: Delovaja sreda vom 21.02., S. 2
- Ploskich, V. M.** (Hrsg.) (2003): Istorija kyrgyzov i Kyrgyzstana. Bishkek.
- Rashidov B.** (2006): Rossiya v Tsentralnoi Azii: vozmozhnosti i perspektivy. <http://news.ferghana.ru/detail.php?id=859659989032.73,1557,7710510> vom 16.01
- Semenjak, O.** (2007): Kyrgyzstan i Kazahstan: tak blizki, čto slov ne nuzhno. In: Slovo Kyrgyzstana vom 27.04.
- Sitnjanskii** (2007): Dlja čego nuzhny rossiiskie pograničniki v Kirgizstane. URL: <http://www.asiainform.ru/rusdoc/17183.htm> (30. Mai).
- Slutskii, D.** (2007): Ministr inostrannyh del Kyrgyzstana vstretilsja s prezidentom Tadžikistana Emomali Rahmonom. Nachrichtenagentur „Strana.kg“ vom 17.05. Bishkek
- Tuzov, A.** (2007): Turetskie ritmy. In: Vechernii Bishkek vom 12.03., S. 6
- Tokaev, K.** (2003): Preodolenie. Diplomatičeskie očerki. Almaty.
- Tokajew, K.** (1997): Pod stjagom nezavisimosti. Očerki o vneshnei politike Kazahstana. Almaty
- Toktomushev, K. A.** (2001): Vneshnjaja politika nezavisimogo Kyrgyzstana. Bishkek: Sabyr.
- Vlasov, V.** (2007): U „zdanija“ sotrudnichestva nadezhnyi „fundament“. In: Slovo Kyrgyzstana vom 16.03., S. 5.
- Zhukov, E. M.** (red.) (1965): Sovetskaja istoričeskaja entsiklopedija. T. 7. Moskva.
- Zhumagulov, S.** (2003): Situatsija na kyrgyzsko-tadžikskoi granitse obostrjaetsja. <http://www.centrasia.ru/newsA.php4?st=1042320660> vom 12.01.